

# WÜRTTEMBERGISCHE FRANKEN



JAHRBUCH 1988



# **Württembergisch Franken**

**Band 72**

**Jahrbuch des  
Historischen Vereins für Württembergisch Franken**

**Schwäbisch Hall**

**Historischer Verein für Württembergisch Franken  
1988**

# Württembergisch Franken

Band 11

Lehrbuch des

Historischen Vereins für Württembergisch Franken

Herausgeber: Historischer Verein für Württembergisch Franken

ISSN 0084-3067

Gesamtherstellung: Jan Thorbecke Verlag Sigmaringen

# Inhalt

|  | Seite |
|--|-------|
| Jürgen Sydow: Die Zisterzienser – Entstehung und Geschichte eines Mönchsordens . . . . .   | 5     |
| Hermann Ehmer: Das Kloster Bronnbach im Zeitalter der Reformation . . .  | 21    |
| Elisabeth Schraut: Zum Bildungsstand fränkischer Zisterzienserinnenkonvente . . . . .  | 43    |
| Gereon Ch. M. Becking: Zisterzienser-Klöster in Franken . . . . .  | 69    |
| Elmar Weiß: Zur Geschichte des Klosters Seligental . . . . .   | 73    |
| Harald Siebenmorgen: Der Bautypus der mittelalterlichen Zisterzienserklöster . . . . .   | 75    |
| Bernhard Mann: Stuttgart und die Neuwürttemberger . . . . .  | 77    |
| Anette Hettinger: Die NSDAP auf dem Land . . . . .   | 91    |
| Hans P. Müller: Vom Arbeiterbildungsverein zur Sozialdemokratie. Die Haller Arbeiterbewegung von den Anfängen bis zum Fall des Sozialistengesetzes . . . . . | 195   |
| Klaus Bauer: Christian Friedrich Bauer . . . . .   | 221   |
| Walther Ludwig: Das Ganerbendorf Obersteinach und die Vorfahren des Johann Peter von Ludewig . . . . .   | 249   |
| Wilhelm Lamm: Mühlen im hohenlohischen Epbachtal . . . . .   | 275   |
| Gerhard Fritz: Der Arbeitskreis für Mühlenforschung im Historischen Verein für Württembergisch Franken. Bericht von der konstituierenden Sitzung . . . . .   | 341   |
| Gerhard Fritz: Die Erfassung bestehender und verschwundener Mühlen   | 347   |
| Karl-Heinz Schanz: Ziele des Arbeitskreises für Mühlenkunde und der Deutschen Gesellschaft für Mühlenkunde . . . . .   | 349   |
| Sabine Reustle: Mühlen des 16. Jahrhunderts im Backnanger Raum . . . . .   | 351   |
| Horst Clauss: Das Kleinkastell Mainhardt-Ost . . . . .   | 355   |
| Alfred Czarnetzki: Anthropologische Untersuchungen an Skelettresten von Prälaten aus der Murrhardter Stadtkirche . . . . .                                   | 361   |

|  |     |
|--|-----|
| Konrad Betz: Zur Grabschrift von Karl Julius Weber . . . . .                   | 369 |
| Helmut Herrmann: Zur Geschichte der Juden in Weikersheim (1637–1987) . . . . . | 373 |
| Neue Bücher . . . . .  | 379 |
| Nachrufe: Marianne Schumm . . . . .  | 420 |
| Friedrich Reichert . . . . .   | 421 |
| Aus der Arbeit des Historischen Vereins für Württembergisch Franken . . . . .  | 422 |
| Orts- und Personenregister . . . . .   | 433 |
| Verzeichnis der Mitarbeiter . . . . .  | 443 |

# Die Zisterzienser – Entstehung und Geschichte eines Mönchordens

VON JÜRGEN SYDOW

Wenn man die Anfänge und die weitere Geschichte des Zisterzienserordens verfolgen will, wird man nicht umhin können, etwas weiter auszuholen. Die Zisterzienser stehen nämlich nicht allein in der Ordensgeschichte des 11. und 12. Jahrhunderts, sondern man wird das ganze Umfeld dieser Ordensgründung, den Nährboden, auf dem sie Wurzeln fassen konnte, und die besonderen Entwicklungsbedingungen, die den Orden zur wichtigsten monastischen Neugründung der damaligen Zeit werden ließen, kurz behandeln müssen.

Der bekannte Satz von der »Ecclesia semper reformanda«, wonach also die Kirche immer erneut auf ihre »forma«, ihr Urbild, zurückgeführt werden muß, gilt ganz besonders für das Ordenswesen; denn hier war der Weg von den hochgestimmten Anfängen zu einer gewissen Erschlaffung des ursprünglichen Elans vor allem bei einer größer werdenden Verbreitung menschlich vorgegeben, so daß immer wieder eine Rückbesinnung und ein Neuanfang auf der Basis der ursprünglichen Vorstellungen klösterlichen Lebens notwendig wurde und bis in die Gegenwart notwendig ist, wie das noch das Dekret des II. Vatikanischen Konzils »über die zeitgemäße Erneuerung (renovatio) des Ordenslebens« zeigt. Ordensgeschichte ist nicht zuletzt eine Geschichte sowohl der Klosterreformen als auch der Neugründungen von Orden, die auf veränderte Zeitbedingungen eine Antwort gaben, wie die Bettelorden im 13. Jahrhundert oder die Jesuiten im 16. Jahrhundert, bis hin zu den sogenannten Säkularinstituten unserer Tage.

Allgemein bekannt ist die burgundische Abtei Cluny, die um 910 gegründet wurde und von kleinen Anfängen unter ihren jeweils mehrere Jahrzehnte regierenden Äbten Odo, Majolus, Odilo und Hugo zu einer führenden Rolle emporstieg. Ein besonderes Merkmal der cluniazensischen Verfassung ist der schroffe Zentralismus, womit dem Abt von Cluny alle zum Verband gehörigen Klöster, oftmals zu Prioraten herabgedrückt, absolut unterstellt waren. Die gewaltige Klosterkirche – die 1088–1109 gebaute Kirche Cluny III war damals die größte Kirche des Abendlandes – war der Ort für die immer mehr ausgeweitete Liturgie; während die Benediktsregel die 150 Psalmen auf das Chorgebet einer ganzen Woche verteilte, kam man in Cluny schließlich dazu, daß in der Fastenzeit täglich 215 Psalmen gebetet wurden. Dies wurde von monastischen Gegnern (Petrus Damiani) als »massa plumbea«, als »Bleiklumpen«, bezeichnet, da hierdurch das von Benedikt geforderte Gleichgewicht zwischen »opus Dei«, »lectio divina« und »opus manuum«, also zwischen Gottesdienst, geistlicher Lesung mit Betrachtung und persönlichem Gebet sowie Handarbeit, völlig einseitig verlagert wurde.

Cluny ist nicht die einzige Reformbewegung im benediktinischen Mönchtum der damaligen Zeit gewesen, sondern es gab auch andere Klosterverbände, die nicht immer alle Verfassungselemente und Gewohnheiten des burgundischen Vorbildes übernahmen. Zu nennen wären St.-Victor in Marseille, Cava in Unteritalien (Ordo Cavensis) und Chaise-Dieu in Mittelfrankreich; über Fruttuaria in Piemont, das die Gewohnheiten von Cluny übernommen hatte, kamen diese nach Siegburg und St. Blasien, wo sich eigene Reformkreise bildeten. Eine besondere Bedeutung erhielt das Schwarzwaldkloster Hirsau, das seit 1079 dem Vorbild von Cluny folgte, allerdings rechtlich nie einen eigenen Klosterverband gründete, sondern wo die Reformklöster stattdessen nur durch die einheitlichen Gewohnheiten zusammengehalten wurden, wie sich auch in der frühen Entwicklung des bald hirsauisch geprägten Klosters Kumburg zeigt. Dies war das Ordnungsprinzip des deutschen Reformmönchtums gewesen, das die geistige Heimat des eigentlichen Gründers der Hirsauer Bewegung, des Abtes Wilhelm, war. Dieses deutsche Reformmönchtum wird mit dem Namen des 933 wiedergegründeten Klosters Gorze bei Metz in Verbindung gebracht; wichtige Zentren waren u. a. die Abteien St. Maximin in Trier, St. Emmeram in Regensburg, von wo Abt Wilhelm von Hirsau kam, und Niederaltaich in Niederbayern.

Die Gründergeneration der Zisterzienser muß vor dem Hintergrund dieser Reformbewegungen gesehen werden, da sie in einer durchaus eigenständigen Reaktion darauf eine neue Position bezogen hat. Cîteaux aber steht andererseits nicht nur auf den Schultern des Zönobitentums, also des klösterlichen Mönchtums, sondern hat wesentliche Wurzeln in der eremitischen Bewegung des Mittelalters, die gerade im 11. Jahrhundert eine neue Blüte erlebte. Dabei ist der Einfluß des süditalienischen Mönchtums und Eremitenwesens nicht zu verkennen, das die byzantinische Auffassung einer Abkehr von der Welt bewahrt hatte, da Süditalien ja noch lange zum oströmischen Reich gehörte.

Die Rückbesinnung auf die Theologie des Zeitalters der Kirchenväter wie auf die Grundlagen des Ordenslebens in dieser Zeit mußte zudem auch unabhängig von äußeren Einflüssen zwangsläufig das Ideal der Eremiten wieder ins Blickfeld rücken. Nicht zuletzt hat ja selbst der hl. Benedikt, der seine Regel für Zönobiten geschrieben hat, den Eremiten als den Idealmönch derart dargestellt (c. 1), daß er erst nach gründlicher Erprobung im Kloster diesen höheren Weg der Vollkommenheit einschlagen kann, womit er völlig in der Tradition der spätantiken Mönchstheologie steht, deren Werke er auch zitiert und empfiehlt. Ziel der Eremiten war es, wie die Einsiedlerväter der ägyptischen Wüste, die großen Vorbilder allen Ordenslebens, arm und allein in den »eremus« zu ziehen, in eine unwirtliche, einsame Gegend, weit weg von Ordnung und Kultur, um dort »nackt dem nackten Christus zu folgen« (nudum Christum nudus sequi) in der »vita apostolica« oder »vita evangelica« des Urchristentums.

Einzelereimiten und Siedlungen von Eremiten gab es im 11. Jahrhundert zweifellos in größerer Zahl. Viele sind für uns wegen des Fehlens von Quellen nicht mehr faßbar, manche wuchsen in einer mühsamen Entwicklung aus kleinsten Anfängen,



die oft für uns nur unscharf zu erkennen sind und zudem immer wieder Probleme einer genauen zeitlichen Fixierung bieten, dann doch zu größeren Verbänden zusammen, deren Erforschung leichter wird. An den Anfängen der abendländischen Eremiten des Mittelalters steht Nilus von Rossano, der aus dem damals in Kalabrien noch blühenden italo-griechischen Mönchtum stammt, dessen Klostergründung Grottaferrata bei Rom (1004) noch heute als griechisch-uniertes Basilianerkloster fortbesteht. Etwa um die gleiche Zeit war weiter nördlich Romuald von Camaldoli tätig. Als Sohn des Herzogs von Ravenna war er in das dortige Kloster Sant' Apollinare in Classe eingetreten, um eine Bluttat seines Vaters zu sühnen. Unzufrieden mit dem Geist des Klosters trieb es ihn in die Einsamkeit, in die Sümpfe bei Venedig und in Katalonien, er wurde dann auf Wunsch Ottos III. Abt seines Klosters, warf diesem bald den Abtsstab buchstäblich vor die Füße und wanderte danach durch Mittelitalien, Klöster reformierend und Einsiedeleien gründend, darunter auch das zunächst noch unbedeutende Camaldoli nördlich von Arezzo. Es sollte das Musterkloster für seine Gründungen werden und dem Orden der Kamaldulenser den Namen geben. Die Regel Benedikts blieb insofern unangetastet, als der hoch im unwegsamen Gebirge liegende Eremus mit seinen Einzelhäuschen und den notwendigen Gemeinschaftsbauten, wie der Kirche, und das Kloster im Tal eine Einheit bildeten, dessen Leitung allerdings der im Eremus lebende Prior innehatte; das Kloster sollte lediglich den Schutz vor der Welt bieten und die unausweichliche Verbindung mit ihr vermitteln.

Eine neue Regel oder eine feste Organisation gab Romuald seinen Gründungen nicht, da er die Benediktsregel als auch für Einsiedler genügend ansah. Seine Lehren konkretisierte Petrus Damiani (1007–1072), der seine ursprünglich nicht zur Romuald-Gruppe gehörende Einsiedelei Fonte Avellana (südliche Marken) an das Vorbild von Camaldoli anlehnte, wo erst unter dem vierten Prior Rudolf zwischen 1080 und 1085 Konstitutionen niedergeschrieben wurden. Direkt von Camaldoli beeinflusst war der Florentiner Johannes Gualbertus, der um 1036 Camaldoli verließ und sich in Vallombrosa im Gebirge östlich seiner Heimatstadt niederließ, wo er ein strenges Mönchskloster in Einsamkeit und äußerster Armut gründete; es wurde zum Mittelpunkt einer Gruppe weiterer Klöster.

Daneben rührte sich der Geist der eremitischen Erneuerung auch in Frankreich. Am Vorbild der kalabresischen Einsiedler richtete sich Stephan von Thiers aus, der seit 1080/81 eine Gemeinschaft um sich versammelte, aus welcher der Orden von Grandmont (in der Auvergne) entstand, der ein Leben in äußerster Buße forderte. In dieser Tradition der französischen Eremiten und Wanderprediger standen schließlich Robert von Arbrissel mit einer Klostergruppe um das 1100/01 gegründete Doppelkloster Fontevault bei Poitiers und sein Schüler Giraldu von Salles mit der 1115 durchgeführten Gründung von Cadouin in der Dordogne sowie Vitalis mit dem seit 1112 entstehenden Klosterverband von Savigny in der Normandie; die beiden letztgenannten Kongregationen schlossen sich bald den Zisterziensern an. Eine direkte Verbindung mit den Anfängen des Zisterzienserordens ist schließlich auch bei Bruno von Köln festzustellen, dem Gründer der Kartäuser.

Als er sich 1082 aus der Welt zurückzog, ging er zunächst zu Robert von Molesme, dem späteren Gründer des zisterziensischen Stammklosters Cîteaux, und ließ sich bei Molesme als Einsiedler nieder. Bald jedoch zog er mit einigen Gefährten zum Bischof von Grenoble, der ihm eine Einsiedelei in der »Wüstenei« – so die Quellen – des hohen Alpentales von La Chartreuse zuwies. Von hier aus breiteten sich die Kartäuser aus, die ein strenges Einsiedlerleben mit der in voller Gemeinschaft gefeierten Liturgie klug zu verbinden wußten; der fünfte Prior der Chartreuse, Guigo I., schrieb in den 20er Jahren des 12. Jahrhunderts unter Benutzung der Statuten von Camaldoli die »Conduetudines« der Kartäuser nieder, und von den Zisterziensern übernahmen sie bald die Institution der jährlichen Generalkapitel. Wenn man die verwirrende Fülle all dieser Neugründungen überblickt, so werden manche weitere Gemeinsamkeiten deutlich. Da das Mittelalter ja auch äußere Merkmale sehr wichtig nahm, so fällt es auf, welche Bedeutung bei diesen Gemeinschaften die weiße Farbe für die klösterliche Kleidung spielte; aus ungefärbter, später stets weißer Wolle wurde sie hergestellt und sollte dadurch auf Unschuld und Reinheit, auf ein heiligmäßiges Leben im Sinne der »vita apostolica« und »vita evangelica«, hinweisen, und Weiß blieb bis heute z.B. das Ordensgewand der Kamaldulenser und Kartäuser wie auch der Zisterzienser, schließlich auch der Prämonstratenser, einer Reform der Chorherren. Aus dem Kreise des vorzisterziensischen Eremitentums stammt auch das Institut der Konversen, der Laienbrüder, das die Zisterzienser schließlich am stärksten entwickelten. Zuerst wohl wurde es in Camaldoli ausgebildet, wo der Zwiespalt zwischen den strengen Anforderungen des Eremitenlebens und den Notwendigkeiten der materiellen Versorgung dazu führte, letztere Aufgaben solchen Kräften zu übertragen, die, ohne die ganze Strenge des Ordenslebens auf sich nehmen zu wollen oder zu können, doch von der religiösen Bewegung des 11./12. Jahrhunderts erfaßt waren und daher im klösterlichen Verbande ihre Dienste leisten wollten.

Ich glaube, daß es richtig war, all diese verschiedenen Wege der Klostergründungen des 11. Jahrhunderts einmal kurz zusammenzufassen, da die Gründung des »novum monasterium« Cistercium (des »neuen Klosters« Cîteaux) sich nicht von jenen Vorgängen unterscheidet – auch der Name »Neukloster« findet sich nicht nur in Cîteaux – und eigentlich nur eine gut durchdachte konsequente Weiterentwicklung aus den bestehenden Möglichkeiten den raschen eigenständigen Aufstieg des neuen Ordens brachte, wie er so faszinierend vor unseren Augen steht, ohne daß dies von vornherein zu erwarten war. Es fing nämlich ganz in der Art zahlreicher ähnlicher Reformversuche an, und zwar in Molesme (Bistum Langres). Hier ließ sich 1075 der Mönch und Abt Robert mit einer Reihe von Gefährten nieder, nachdem er vorher in mehreren Klöstern nach einer Möglichkeit der Verwirklichung seiner Ideale vergeblich gesucht hatte. Es ging darum, die neuen Vorstellungen der Armut und der »vita evangelica«, des Einsiedlerwesens und einer strengen, aber von allem Beiwerk befreiten und äußerst weitgehenden Einhaltung der Benediktsregel in die Wirklichkeit umzusetzen. Das bedeutete den Verzicht auf eine mit Pacht- und Zinseinnahmen arbeitende Klosterwirtschaft, an

deren Stelle die Eigenbewirtschaftung der Klostergüter in der von Benedikt geforderten Handarbeit trat. Dafür mußte das Chorgebet wieder auf den in der Regel festgeschriebenen Umfang zurückgeschraubt werden; es war allerdings trotzdem nötig, das bei Benedikt nicht vorgesehene Institut der Laienbrüder, wie es im 11. Jahrhundert entstanden war, einzuführen. Die Regel Benedikts konnte weiterhin als Richtschnur dienen für Bescheidenheit in der Kleidung, im Essen, in der Ausstattung der Kirche.

Robert gründete von Molesme aus eine Reihe von Klöstern und Einsiedeleien, zunächst in der Form von abhängigen Prioraten, also nach dem Verfassungsvorbild von Cluny. Im Jahre 1098 trat er selbst an die Spitze einer Gruppe von etwa 20 Mönchen, die in der Wildnis von Cîteaux (bei Dijon in einer Exklave des Bistum Chalon-sur-Saône) ein neues Kloster gründeten. Allerdings wählte ihn der Konvent von Molesme im folgenden Jahre erneut zum Abt und konnte ein päpstliches Dekret erwirken, das seine Rückkehr anordnete; ihm folgte mehr als die Hälfte seiner Mönche. Robert blieb in Molesme bis zu seinem Tode 1111 ohne jede erkennbare Verbindung mit Cîteaux, so daß seine Bedeutung für die Gründung der Zisterzienser letztlich umstritten blieb und deren Generalkapitel von 1225 feststellte, Molesme sei nicht die »Mutter«, sondern nur die »Wurzel« des Ordens.

In Cîteaux war mit dem dortigen kleinen Konvent der Prior Alberich zurückgeblieben, der einstmals mit Robert zu den Gründern von Molesme gehört hatte und auch dort schon Prior geworden war. Er wurde nun zum Abt gewählt, und ihm verdankt der Orden wichtige Grundlagen, obwohl er andererseits kaum Nachwuchs für seinen kleinen Konvent gewinnen konnte. Wichtig war vor allem das Privileg »Desiderium quod« des Papstes Paschalis II. vom 19. Oktober 1100, da mit dem päpstlichen Schutz auch die Freiheit gegeben wurde, die eigene Lebensform dieses Klosters, letztlich den »Ordo cisterciensis«, selbständig zu gestalten, wie er aus den ältesten erzählenden Quellen von Cîteaux durchscheint (Exordium Parvum c. 15); zudem machte das Privileg den Weg frei zu kirchlicher und weltlicher Exemption und Freiheit, die sich zur Vogteifreiheit und zur Übernahme des Schutzes durch Kaiser und König entwickelte.

Als Alberich 1109 starb, folgte ihm als Abt sein Prior Stephan Harding, der 1098 ebenfalls von Molesme nach Cîteaux gekommen war. Er war Engländer und Mönch in der Benediktinerabtei Sherborne gewesen, wo er eine gute Ausbildung erhielt, die er in Irland und Frankreich vertiefte und mit einer Pilgerfahrt nach Rom abschloß. Auf der Rückreise lernte er Camaldoli und Vallombrosa kennen und trat in Molesme unter Abt Robert ein, dessen Kanzler er schließlich wurde und den er nach Cîteaux begleitete. Die Zeit, in der Stephan Harding, der 1133 resignierte und 1134 starb, den Abtsstab führte, wurde für den Aufstieg des Zisterzienserordens entscheidend.

Zunächst änderte sich die Lage des personalschwachen Klosters Cîteaux grundlegend, als der junge burgundische Ritter Bernhard von Fontaines-lès-Dijon mit 30 Verwandten und Gefährten 1112/13 in das Kloster eintrat, das sich bald als zu klein erwies, zudem der Zustrom von Novizen weiterhin anhielt – die Nachricht

vom Eintritt der Gruppe um Bernhard hat zweifellos Aufsehen erregt. So wurde schon 1113 die Abtei La Ferté (südlich von Dijon und Cîteaux) gegründet, es folgten 1114 Pontigny (Bistum Auxerre) und 1115 Clairvaux (in der Champagne), wo Bernhard selbst den Abtsstab übernahm, sowie Morimond (Bistum Langres). Dies sind die vier sogenannten Primarabteien, von denen die einzelnen Filiationen der Tochterklöster ausgehen sollten. Wenige Jahre nach der Gründung der Primarabteien erfolgten schon weitere Gründungen, und diese Tochterabteien wurden in rascher Folge wieder Mutterabteien neuer Töchter; die meisten deutschen Klöster gehörten zur Filiation von Morimond, so auch die fränkischen Abteien Bronnbach und Schöntal. Das Wachstum war so rasch, daß man zu Bernhards Tod 1153 bereits an die 350 Abteien zählte, was bei der anzunehmenden Zahl von etwa 15 Mönchen und 20 Laienbrüdern je Konvent eine Zahl von ca. 12000 Ordensmitgliedern ergeben würde, und das ist bei der damaligen Gesamtbevölkerung, die ja im Vergleich zu heute kaum ein Zehntel ausmachte, sehr viel; von Clairvaux, das unter Bernhard allein schon rund 700 Mitglieder zählte, waren unmittelbar oder mittelbar von den Tochter- und Enkelklöstern 166 Filialkonvente gegründet worden, und in der Mitte des 13. Jahrhunderts wurden im Orden 647 Klöster gezählt, was über 20000 Ordensmitgliedern entsprechen dürfte.

Binnen kurzer Zeit hatten also die »grauen« oder »weißen« Mönche, wie die Zisterzienser wegen ihrer von den Ordensreformern des 11. Jahrhunderts übernommenen Tracht aus naturbelassener bzw. weißer Wolle genannt wurden, die Klosterwelt ihres Zeitalters erobert, so daß Bischof Otto von Freising, selbst Zisterzienser, sagen konnte, damals sei »die Welt zisterziensisch« geworden. Grundlage war die schnurgerade Befolgung der Benediktinerregel (*rectissima via sanctae regulae*), auch wenn manche zeitbedingte Einzelbestimmung Benedikts nicht aufrecht erhalten werden konnte. Hierbei darf auch nicht vergessen werden, daß der Orden ein eigenes, sehr ausgewogenes Verfassungsmodell entwickelte. Richtschnur dieses »patriarchalischen« Systems war die »Charta caritatis«, deren Anfänge unter Abt Stephan Harding erarbeitet wurden und die um 1150 endgültig vorlag; sie vereinigte harmonisch Elemente von Zentralisation und Dezentralisation und überwand somit den einseitigen Zentralismus des Ordens von Cluny, das jedoch für das Amt des Priors als Stellvertreter des Abtes vorbildlich blieb. Die einzelnen Zisterzienserabteien blieben an und für sich selbständig und autonom, doch war der Orden dadurch organisch durchgegliedert, daß der Vaterabt, also der Abt des Mutterklosters, das Visitationsrecht über alle vom Mutterkloster gegründeten Tochterklöster besaß und seinerseits wieder der Visitation durch seinen Vaterabt unterlag, so daß Filiationsstränge (die sog. »lineae«) bis hinauf zu den vier Primarabteien bestanden. Als weitere Klammer diente das Generalkapitel aller Äbte, das jährlich am Fest Kreuzerhöhung (14. September) in Cîteaux, »der Mutter aller anderen«, als höchste Instanz des Ordens zusammentrat; daß bei der späteren großen Ausbreitung des Ordens schließlich nicht mehr alle Äbte jedes Jahr nach Cîteaux reisen konnten, wurde durch Dispense anerkannt, minderte aber nach und nach auch die Bedeutung des Generalkapitels. Andererseits über-

nahmen die Reformorden der Prämonstratenser (Chorherren) und Kartäuser die Institution des Generalkapitels.

Die Zisterzienser sollten, wie bereits gesagt wurde, von ihrer eigenen Hände Arbeit leben, die neuen Klöster sollten in abgelegenen Gegenden entstehen, die an die Wüste der frühkirchlichen Einsiedler erinnerten, und hier war eine Urbarmachung nötig, an der in der Nähe des Klosters die Chormönche teilnahmen, die aber weiter entfernt den Laienbrüdern, die übrigens im Kloster durch die sog. Klosterkasse und in der Kirche durch den Lettner streng von den Chormönchen getrennt waren, übertragen werden mußte; als ihre Stützpunkte dienten die Klosterhöfe, Grangien genannt. Nun wurde es im Altsiedelland immer schwieriger, solche Wüsteneien zu finden, so daß die Zisterzienser auch bereits besiedeltes Land übernehmen mußten; die bestehenden Siedlungen wurden oft aufgelöst und in Eigenwirtschaft übernommen, die bisherigen Bauern wurden in einer frühen Form des Bauernlegens zu Landarbeitern herabgedrückt, manchmal sogar als Laienbrüder übernommen, worin einer der Gründe für die oft blutigen Laienbrüderrevolten lag. In diesen Zusammenhang gehört auch die unbestreitbar wichtige Rolle, welche die Zisterzienser, zusammen mit missionarischen Aufgaben, in der deutschen Ostsiedlung des 12. und 13. Jahrhunderts spielten, wengleich diese Rolle heute nüchterner und zurückhaltender als früher gesehen wird.

Allerdings brachte es die billige Eigenwirtschaft mit sich, daß das Klosterland nach seiner Urbarmachung bald immer höhere Gewinne und Überschüsse abwarf, die auf den städtischen Märkten, wo die Stadthöfe der Klöster eine wichtige Rolle spielen sollten, abgesetzt werden mußten, ganz abgesehen davon, daß bald den Klöstern mehr und mehr Grundstücke und Dörfer sowie Renten angetragen wurden, die nur noch in herkömmlicher Weise zu verwalten waren. Dadurch wurde der Orden, auch wenn er sich auf den Generalkapiteln zunächst noch dagegen sträubte, immer tiefer in die traditionelle Form der Klosterwirtschaft hineingezogen. Hinzu kam die gewerbliche Tätigkeit der klösterlichen Werkstätten. Hier ist etwa die Anfertigung von guten und feinen Schuhen zu nennen, wo sich die Zisterzienser bald eines besonderen Rufes erfreuten, und auch bei Textilprodukten und Schneiderwaren errangen sie Marktanteile. Es gab berühmte Ziegeleien und Glashütten, im Wasserbau machten sich weltliche Herren ihre Kenntnisse ebenso zunutze wie die Erfahrungen zisterziensischer Bauhütten im Hochbau. Eigene Schiffe der Klöster fuhren auf den deutschen Flüssen, und bei einer Reihe von Abteien erhielt Abbau und Handel von Salz, Eisen und Kupfer eine besondere Bedeutung. All das ermöglichte es den Zisterziensern, sich schließlich an Finanzgeschäften zu beteiligen, aber es rief auch eine oft scharfe und heftige Kritik an der klösterlichen Geschäftstüchtigkeit hervor. Da die Kartäuser nicht nur bei den Vollmönchen, sondern auch bei den Konversen auf eine starke Ausweitung der Handarbeit, soweit sie über die Versorgung der einzelnen Kartause hinausging, bewußt verzichteten, sind sie dieser Versuchung entgangen. Das ursprüngliche Ordensideal der Armut und der daraus erwachsenden äußersten Schlichtheit wird vor allem in der Baukunst deutlich. Zisterzienserbauten und

besonders Zisterzienserkirchen werden in der Frühzeit zu klarer Rationalität und damit auf das absolut Notwendige zurückgeführt. Durch den Erfahrungsaustausch so vieler Äbte, die bei dem schnellen Wachstum des Ordens gleichzeitig Neubauten hochführen mußten, und durch den Ordensbrauch, möglichst viele eigene Mitglieder am Bau einzusetzen, kam es zu einer einheitlichen Baukunst, wenn auch regionale Unterschiede in den Details bestanden. Die Beschränkung auf das technisch Notwendige ließ die Schönheit der exakten Konstruktion in der Romanik und in der Frühgotik besonders deutlich werden, zumal das Auge durch den Verzicht auf Farbe (auch durch grau gehaltene Fenster!) und Schmuck sowie durch die Einfachheit der Kirchengерäte und Paramente nicht abgelenkt werden konnte; charakteristisch ist auch der Verzicht auf Kirchtürme, an deren Stelle nur ein Dachreiter erlaubt war.

Ähnlich zurückhaltend ausgestattet waren im allgemeinen auch die Handschriften, die in beachtlicher Zahl in den Schreibstuben der Zisterzienserklöster hergestellt wurden; bei den Miniaturen und Initialen herrschte eine Herbheit, die großzügige Verzierungen kaum zuließ. Freilich waren es auch vor allem Gebrauchshandschriften, die hier in großer Zahl hergestellt werden mußten, da ein festumrissener Grundstock von liturgischen und geistlichen Büchern bei jeder Neugründung notwendig war. Dabei ging der Orden sehr früh recht auffällige Wege, um zuverlässige Texte zu erlangen. Noch in der Zeit des Abtes Alberich und aus den Anfängen des Abtes Stephan Harding, wo die spätere Abwehr überflüssiger künstlerischer Ausstattung sich noch nicht endgültig durchgesetzt hatte, entstand in Cîteaux eine prächtige Bibelhandschrift. Hierbei ist bewußt versucht worden, offensichtlich fehlerhafte Stellen der Vulgata textkritisch und editionstechnisch zu korrigieren, wobei auch jüdische Gelehrte für Vergleiche mit dem Hebräischen bzw. Aramäischen hinzugezogen wurden. Außerdem begann man in mehreren Stufen, die Liturgie und die liturgischen Bücher zu reinigen, zu vereinfachen und zu vereinheitlichen. Um einwandfreie Texte zu besitzen, besorgte man sich in Cîteaux Text und Melodie der ambrosianischen Hymnen aus Mailand und die Gesangsteile des Antiphonars aus Metz, wo – allerdings fälschlich – die ursprünglichen gregorianischen Melodien vermutet wurden, während es in Wahrheit eine stark lokal gefärbte Überlieferung war, die später von den Zisterziensern auch wieder aufgegeben wurde, übrigens nach einer heftigen musikwissenschaftlichen Diskussion im Orden.

Die ersten Jahrzehnte der zisterziensischen Geschichte sind ganz stark von Bernhard von Clairvaux geprägt worden. Natürlich ist es in diesem Rahmen völlig unmöglich, ein Porträt des Heiligen zu entwerfen, der sich selbst als die »Chimäre seines Jahrhunderts« (*chimaera mei saeculi*, im Verhalten weder Kleriker noch Laie, also ein Mischwesen) bezeichnete, der ein »monstruöses Leben« (*vita monstruosa*) führte. In ihm verband sich eine gute Bildung und die hervorragende Kenntnis der Bibel und der Kirchenväter mit einem glänzenden Stil in Wort und Schrift, er trat – wenn nötig, auch mit Schärfe – für das ein, was er für richtig hielt; neben seinem umfassenden Einsatz in der Kirchenpolitik seiner Zeit stand der

geistliche Lehrer und der tiefe Mystiker Bernhard, wie ihn noch Dante in den letzten Gesängen des »Paradiso« seiner »Göttlichen Komödie« vorstellte.

Bernhard war ein Lehrer des geistlichen Lebens für die Mönche seines Ordens. Für die zisterziensische Spiritualität stehen im Zentrum neben einer radikalen Durchführung der Tugenden des Mönchslebens, wie Armut, Gehorsam, Verzicht auf die Ehe und auf jede Annehmlichkeit, um »frei für Gott zu sein« (vacare Deo), damit die Seele sich mit diesem verbinden kann, die Verehrung Christi und seines Kreuzes sowie vor allem eine innige Verehrung Marias, der seit frühzisterziensischer Zeit alle Klöster geweiht waren; hierin ist Bernhard für das Mittelalter weit über das Kloster hinaus zum Lehrer der Frömmigkeit geworden. Hervorzuheben ist auch die sowohl aktive als auch geistliche Unterstützung, welche die Zisterzienser den Ritterorden zukommen ließen; das gilt für die Templer, deren Regel Bernhard von Clairvaux redigiert hatte und denen er seine Schrift »De laude novae militiae« (Lob des neuen Rittertums) widmete, wie auch für die Ritterorden von Alcántara und Calatrava in Spanien, von Aviz in Portugal sowie für die Ritterorden im Vorfeld des Einsatzes des Deutschen Ordens in Preußen und Livland, also die Ritterbrüder von Dobrin (Dobrzyn) und die Schwertbrüder in Livland.

Ein kurzer Blick muß auch auf den weiblichen Zweig des Ordens gerichtet werden, wobei die Zisterzienserinnen unter den mittelalterlichen Orden insofern eine Besonderheit aufweisen, als sie von Anfang an bis heute dem Gesamtorden inkorporiert und somit Angehörige des einen Ordo Cisterciensis sind; sie sind also nicht wie die Benediktinerinnen kirchenrechtlich lose mit den Männerklöstern verbunden und bilden nicht einen II. Orden neben dem I. Orden der Männer, wie das bei den übrigen Orden der Fall ist, und sie waren auch nicht in Doppelklöstern organisiert, wie das zur gleichen Zeit für wenige Jahrzehnte bei den Prämonstratensern versucht wurde. Die Zisterzienserinnen nahmen unter Abt Stephan Harding um 1125 von dem neuen Frauenkloster Tart (nordöstlich von Cîteaux) ihren Ausgang und konnten Tochterklöster gründen, die zunächst einen eigenen, nach zisterziensischem Vorbild strukturierten Verband mit eigenem Generalkapitel bildeten; dies aber war eine kurzzeitige Sonderentwicklung, die schließlich nicht durchgehalten werden konnte.

Um die Wende zum 13. Jahrhundert läßt sich eine neue, sehr starke religiöse Frauenbewegung feststellen, und an vielen Orten schlossen sich fromme Frauen zu Konventen zusammen, die nach geistlicher Führung und Eingliederung in den Orden der Zisterzienser suchten. Der Orden sah sich einer Welle gegenüber, der er bald nicht gewachsen war, so daß die Generalkapitel von 1220 und 1228 weitere Inkorporationen von Frauenklöstern mit wenigen Ausnahmen verboten und 1251 schließlich erreichten, daß die Zisterzienser auch nicht auf dem Umweg über päpstliche Vermittlung zu einer Inkorporation von Frauenklöstern gezwungen werden konnten. Die rechtskräftig inkorporierten Frauenklöster, wie z. B. Frauental, Gnadental und Lichtenstern, unterstanden einem Vaterabt (»pater immediatus«) einer benachbarten Männerzisterze, der weitgehend Rechte hatte. Da das Generalkapitel von 1228 nur die rechtskräftige Aufnahme neuer Klöster untersagt,

jedoch auch weiteren Frauenklöstern die Befolgung der zisterziensischen Lebensordnung zugebilligt hatte, kam es dazu, daß schließlich die Zahl jener Klöster, die ebenfalls nach diesen Normen lebten, viel größer war als die der tatsächlich inkorporierten Frauenzisterzen. Solche nichtinkorporierten Konvente konnten durchaus hochstehende und bedeutende Klöster sein wie etwa die Abtei Helfta im Bistum Halberstadt, die ein Mittelpunkt deutscher Frauenmystik in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts war (Gertrud von Hackeborn, Mechthild von Magdeburg, Mechthild von Hackeborn, Gertrud von Helfta).

Es war schon angedeutet worden, daß die ursprüngliche Strenge des Ordens von Cîteaux nicht gehalten werden konnte, wozu sehr wesentlich der unausweichlich wachsende Reichtum der Abteien beitrug. Man darf auch nicht übersehen, daß im 13. Jahrhundert nochmals zahlreiche neue Klöster gegründet wurden und der Orden sich auch geographisch weit ausbreitete, wodurch sich bei den damaligen Reisemöglichkeiten die enge Einheit der Frühzeit nicht mehr aufrechterhalten ließ; es ist ein kleines, aber bezeichnendes Beispiel, wenn 1216 in Bebenhausen der Zellerar seinem Abt die Reisekosten zum Besuch des Generalkapitels verweigert, trotzdem aber kurz danach zum Prior aufsteigt. Der Weg an die Universitäten, im 12. Jahrhundert noch undenkbar, begann unter dem Engländer Stephan Lexington, seit 1243 Abt in Clairvaux. Es entstand das Ordenskolleg St. Bernhard in Paris, es folgten weitere Studienhäuser z. B. in Oxford und Köln sowie schließlich an allen bedeutenderen Universitäten des Abendlandes, wie etwa St. Jakob in Heidelberg. Hatten wir vor allem im 12., aber auch noch im 13. Jahrhundert eine Periode des Aufbaus und des darauf folgenden Ausbaus feststellen können, so folgt nunmehr im Spätmittelalter eine Zeit des Abschwungs und des Verfalls, wogegen allerdings immer wieder Korrekturversuche unternommen wurden. Die Ursachen für diesen Rückgang sind vielfältig. Für sich allein genommen würde z. B. der spürbare Rückgang bei den Zahlen der Chormönche und noch mehr der Konversen nicht zu ernst zu nehmen sein, zumal sie meistens noch ein Mehrfaches der Zahlen z. B. bei den Benediktinern ausmachen. Man muß jedoch daran denken, daß inzwischen ein neues Ideal für junge Leute, die ins Kloster gehen wollten, eine große Anziehungskraft hatte, nämlich die Bettelorden, allen voran die Franziskaner und Dominikaner. Gewiß war der Adel, ob nun Hochadel oder Niederadel, bei diesen wenig zu finden, und seine Söhne traten weiterhin in die Mönchsorden ein, aber schon bei den städtischen Führungsschichten (Patriziat, Ehrbarkeit usw.) war es so, daß deren Angehörige sowohl bei den alten als nunmehr auch bei diesen jungen Orden eintraten, und bei den städtischen Mittelschichten und gar bei den Unterschichten ging der Weg fast ausnahmslos zu den Bettelorden. Allerdings muß ausdrücklich betont werden, daß die Zisterzienserklöster niemals reine Adelsklöster, wie einige Benediktinerklöster, waren, sondern daß in ihnen schon im 13. Jahrhundert Mönche und Äbte bürgerlicher Herkunft nachzuweisen sind, und im 15. Jahrhundert, wo wir über die soziale Stellung der Konventualen bereits mehr aussagen können, finden wir auch einen durchaus nicht übersehbaren Anteil an Bauernsöhnen unter den Chormönchen.



Der Niedergang des Ordens zeigt sich auch in den wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Klöster, die zwar zu einem beachtlichen Teil von außen auf sie zukamen, wie Kriege, Seuchen und die Regression des 14. Jahrhunderts, die aber auch durch eigene Unfähigkeit und Mißwirtschaft entstanden und manche Klöster bis zu einer hohen Verschuldung und an den Rand des Ruins brachten. Es ist in diesem Zusammenhang bezeichnend, daß das Amt des Bursars, also des Mönchs, der die »bursa« (die »Kasse«) des Klosters verwaltete, von einer Unterordnung unter den zunächst so mächtigen Zellerar gelöst, schließlich mit diesem gleichberechtigt wurde, ja oft den Zellerar völlig verdrängte, auch als Amt oder Amtsbezeichnung; daran erinnert der mächtige Bursariusbau in Bronnbach.

Es gab in sich zerstrittene Konvente, und es kam in vielen Konventen zu einem Verfall der klösterlichen Zucht. Bindende Vorschriften des Ordens wie z. B. der Verzicht auf Fleischgenuß wurden mit dem Trick unterlaufen, daß der Konvent mit Klostergästen am Abtstisch oder in der Infirmarie speiste, wo schon gemäß der Benediktsregel der Fleischgenuß erlaubt war; das Armutsgebot war weitgehend durchbrochen, da persönliches Eigentum und persönliche Einnahmen der Mönche geduldet wurden. Bei der Bedeutung, die das Mittelalter in Symbolen sah, ist es mehr als lediglich ein äußeres Zeichen, wenn in vielen Klöstern gegen Ende des Mittelalters das weiße Ordensgewand gegen einen schwarzen, also den benediktinischen, Habit vertauscht wurde. Mancherorts löste sich das klösterliche Gemeinschaftsleben weitgehend auf, beginnend mit dem Abt, der eine Wohnung außerhalb der Klausur bezog, ganz zu schweigen von schweren sittlichen und anderen Vergehen, von denen die Akten der Archive und die Beschlüsse der Generalkapitel ausführlich berichten. Größeren Schaden als bei anderen Orden richtete auch das abendländische Schisma von 1378–1417 an; denn die ordensinternen Verbindungslinien der Filiationen und des Generalkapitels konnten durchaus zu Klöstern laufen, die im Bereich einer anderen Obödienz lagen, so daß z. B. die Generalkapitel von den deutschen Abteien, die den römischen Papst anerkannten, nicht mehr besucht wurden, weil Cîteaux im Bereich des avignonesischen Papsttums lag, und ähnliches konnte schon in der Beziehung von Vaterabt und Tochterkloster eintreten.

Diese Schwächen, die sich allerdings in den Männerklöstern kaum zu echt skandalösen Zuständen auswuchsen, während vor allem im 15. Jahrhundert viele Frauenzisterzen in eine Krise gerieten, wurden auch von den Zeitgenossen gesehen. Schon 1335 hatte sich Papst Benedikt XII., selbst ehemaliger Zisterzienser, in der Bulle »Fulgens sicut stella« mit der Reform des Ordens beschäftigt; Reformanstöße kamen u. a. auch von den Konzilien zu Konstanz und Basel. Im Orden selbst regten sich immer wieder Kräfte, die ein erneuertes, regeltreues Klosterleben anstrebten; manche Äbte waren oft mit außerordentlichen Visitationen unterwegs, und in vielen Klöstern zeigt sich, daß diese Maßnahmen nicht ohne jeden Erfolg geblieben sind. Nicht vergessen werden darf schließlich, daß auch viele Landesherren ein tätiges Interesse an einer guten Disziplin in den Klöstern ihres Herrschaftsbereiches hatten und auch von ihrer Seite diese Bestrebungen nachdrücklich

förderten; es ist allerdings im Einzelfall oft schwerer, als das aus der Literatur hervorgeht, genau festzustellen, bei wem – auf der Seite des Ordens oder auf der Seite des Landesherrn – der Schwerpunkt einer solchen Initiative und Reform lag, zumal eine Reform ohne die Mithilfe reformwilliger Äbte und Mönche nicht durchführbar war. Hinzuzufügen ist noch, daß eine gelungene Reform zu einer Neublüte des geistigen Lebens im Kloster, sichtbar auch in den Bemühungen um eine gute Bibliothek, führen konnte, wie sie auch oft von einer gesteigerten Bautätigkeit begleitet war.

Das Schwinden der überragenden Bedeutung des Generalkapitels, verbunden mit dem Bestreben der Staaten, die Unterstellung ihrer Klöster unter ausländische Autoritäten zu verhindern, führte zur Bildung von Kongregationen auf landschaftlicher Grundlage, die das patriarchalische Verfassungssystem des Ordens endgültig durchbrachen. So entstanden, abgesehen von der flandrischen *Colligatio Galilaensis*, die von der *Devotio moderna* beeinflusst war, Kongregationen in Kastilien (1425), in Lombardei-Toskana (1497), in Portugal (1567), in Polen (1580), in Kalabrien-Lukanien (1605), in Aragon (1613), im Kirchenstaat und im Königreich beider Sizilien (1613), in Irland (1626). In Oberdeutschland fiel schon im frühen 16. Jahrhundert dem Abt von Salem eine Führungsrolle zu, da er die Funktion eines Generalkommissars in Schwaben, Elsaß, Breisgau, der Grafschaft Pfirt und der Eidgenossenschaft innehatte. Nach langjährigen Vorverhandlungen entstand schließlich unter wesentlicher Förderung durch Salem endgültig 1624 die Oberdeutsche Kongregation.

Die Gründung der Oberdeutschen Kongregation gehört bereits in die Periode des Wiederaufbaus nach den Einbrüchen der Reformation. Sie hatte dem Orden große Verluste in allen evangelischen Ländern gebracht; im Herzogtum Württemberg gingen ihm verloren die Klöster Herrenalb, Maulbronn, Königsbronn und Bebenhausen, die als evangelische Klosterschulen fortgeführt wurden. Sie waren nur noch zeitweise nach dem Interim einige Jahre ab 1548 und nach dem Restitutionsedikt in den Jahren 1630–1648 wieder von Zisterziensern besetzt. Daß in Niedersachsen eine Reihe von Klöstern in evangelischer Form juristisch bis in die Gegenwart fortbestehen, ist bekannt. In den katholisch gebliebenen Konventen begannen sich nach und nach die Reformen der nachtridentinischen Zeit auszuwirken und führten die Klöster zu einer nochmaligen Blüte, die dann im Barock und Rokoko durch die großartigen Kirchen- und Klosterbauten der Reichsabteien wie der landsässigen Abteien im südwestdeutschen Raum, in Franken – hier sind Bronnbach und Schöntal gute Beispiele – und in Bayern sowie in Österreich bis in die Gegenwart das Bild der süddeutschen Klosterlandschaft bestimmen, wobei auch die von Zisterziensern gebauten prächtigen Wallfahrtskirchen, wie z. B. Birnau und Vierzehneiligen, nicht vergessen werden dürfen. Erst jetzt wurde es übrigens auch üblich, beim Klostereintritt statt des eigenen Vornamens einen neuen Klosternamen als Zeichen einer Lebenswende anzunehmen.

Wenn auch bei den Mönchen der deutschen Klöster manche Beeinflussung durch den Zeitgeist jener Jahrhunderte nicht ausgeschaltet werden konnte, so blieben sie

doch selbständig und wenigstens von den unseligen Konsequenzen des Kommen- denwesens völlig verschont, wo, wie in den romanischen Ländern, die klösterlichen Einkünfte einem von der Krone oder auch von der römischen Kurie bestellten Kommendatarabt übertragen wurden, der sich meist wenig um das eigentliche klösterliche Leben kümmerte; so war z. B. Richelieu Abt bzw. Prior von insgesamt 20 Klöstern gewesen, u. a. von Cluny und Cîteaux. Auf der anderen Seite war gerade Frankreich das Land, wo äußerst strenge und über das zisterziensische Maß hinausgehende Reformen entstanden. So ging von der südfranzösischen Abtei Feuillant schon seit 1577 eine Reformbewegung aus, die bald eine eigene Kongregation bildete und als Orden der Feuillanten (Fulienser) 1592 von den Zisterziensern getrennt wurde.

Eine nachhaltige Wirkung hatten seit der Wende zum 17. Jahrhundert die Bestrebungen in einigen französischen Klöstern, u. a. auch in Clairvaux, zu einer strengeren Observanz zurückzukehren. Nach jahrzehntelangen Auseinandersetzungen kam es durch Papst Alexander VII. 1666 zu einem Kompromiß zwischen der allgemeinen und der strengeren Observanz, die schließlich in der Reform von La Trappe (in der Normandie) unter Abt Armand-Jean Le Bouthillier de Rancé 1677/78 ihre eigene Lebensform fand, ohne sich vom Gesamtorden zu trennen. Hatte schon der Josefinismus in Österreich seit 1781 zur Aufhebung einer Reihe von Zisterzienserklöstern geführt, während die weiterhin bestehenden Abteien bis in die heutige Zeit in weitem Maße auf die Pfarrseelsorge und auf die Schule verwiesen wurden, so löschten das Zeitalter der Französischen Revolution und die folgenden Jahrzehnte, die dem Mönchtum wenig günstig waren (bis hin zu den Klosteraufhebungen in der Schweiz) den Orden in Europa nahezu aus; in Deutschland machte ihm die Säkularisation ein Ende. Erhalten blieben schließlich nur einige Abteien in den Ländern des Kaisers von Österreich und einige Trappistenkonvente, die auf der Flucht immer wieder sich zu regulärem Leben zusammenfanden, und schon 1814 stellte Papst Pius VII. nach seiner Rückkehr in den Kirchenstaat die Abtei Casamari wieder her, der 1817 S. Croce in Rom folgte. Nach und nach konnte der Orden in Europa wiederbelebt werden, wobei der Abtei Wettin- gen-Mehrerau eine Schlüsselrolle im deutschen Sprachraum zufiel, und neue Kongregationen entstanden; dagegen trennten sich die Trappisten 1892 von den Zisterziensern und bildeten seither den »Orden der Zisterzienser von der strengen Observanz«, der übrigens 1898 auch das Stammkloster Cîteaux übernahm. Allerdings muß hinzugefügt werden, daß auch einige Klöster des Zisterzienserordens nach einer überaus strengen Observanz leben, wie z. B. Hauterive bei Fribourg von der Mehrerauer Kongregation.

Damit aber ist unser Gang durch die Geschichte des Zisterzienserordens, der gerade in letzter Zeit so viel Interesse weckt, an jenem Ende angelangt, wo er in die Gegenwart überleitet.

## BIBLIOGRAPHIE

(Literatur aus neuerer Zeit in Auswahl)

- Alberich Martin Altermatt*: Die erste Liturgiereform in Cîteaux (ca. 1099–1133). In: Rottenburger Jb. f. Kirchengesch. 4 (1985), S. 119–148.
- Otto Beck*: Die Reichsabtei Heggbach. Kloster. Konvent. Ordensleben. Ein Beitrag zur Geschichte der Zisterzienserinnen. Sigmaringen 1980.
- Die Benediktus-Regel lateinisch – deutsch. Hsg. von *Basilius Steidle*. Beuron<sup>3</sup> 1978.
- Günther Binding, Matthias Untermann*: Kleine Kunstgeschichte der mittelalterlichen Ordensbaukunst in Deutschland. Darmstadt 1985.
- Patrick Braun*: Zisterzienserreform und neue Orden um Cîteaux im 16. und 17. Jahrhundert. In: Cistercienserchronik 91 (1984) 1–4, S. 1–10.
- Wolfgang Braunfels*: Abendländische Klosterbaukunst. Köln<sup>2</sup> 1976.
- Miroslaw Daniluk*: Cystersi (Zisterzienserinnen). In: Encyklopedia Katolicka Bd. III. Lublin 1979, Sp. 717–721.
- Miroslaw Daniluk* u. a.: Cysterki (Zisterzienser). In: Encyklopedia Katolicka Bd. III. Lublin 1979, Sp. 721–740 (beste neue Zusammenfassung).
- Brigitte Degler-Spengler*: »Zahlreich wie die Sterne des Himmels.« Zisterzienser, Dominikaner und Franziskaner vor dem Problem der Inkorporation von Frauenklöstern. In: Rottenburger Jb. f. Kirchengesch. 4 (1985), S. 37–50.
- Georges Duby*: Der heilige Bernhard und die Kunst der Zisterzienser. Stuttgart 1981.
- Kaspar Elm*: Westfälisches Zisterziensertum und spätmittelalterliche Reformbewegung. In: Westfäl. Zs. 128 (1978), S. 9–32.
- Ottilo Engels*: Orden. Ordenswesen. In: Herders Theologisches Taschenlexikon, hsg. von *Karl Rahner*. Bd. 5, 1973, S. 273–294.
- L'eremitismo in occidente nei secoli XI e XII. Atti della 2ª Settimana internazionale di studio. Mendola 1962. Milano 1965.
- Karl Suso Frank*: Grundzüge der Geschichte des christlichen Mönchtums (Grundzüge 25). Darmstadt 1975.
- Die geistlichen Ritterorden Europas. Hsg. von *Josef Fleckenstein* und *Manfred Hellmann* (Vorträge u. Forschgn. XXVI). Sigmaringen 1980.
- Kassius Hallinger*: Woher kommen die Laienbrüder? In: *Analecta Sacri Ordinis Cisterciensis* 12 (1956), S. 1–104.
- Helvetia Sacra III/3. Die Zisterzienser und Zisterzienserinnen, die reformierten Bernhardinerinnen, die Trappisten und Trappistinnen und die Wilhelmiten in der Schweiz. Red. von *Cécile Sommer-Ramer* und *Patrick Braun*. Bern 1982.
- Joachim Hotz*: Zisterzienserklöster in Oberfranken. Ebrach-Langheim – Sonnefeld – Himmelkron – Schlüsselau (Große Kunstführer 98). München–Zürich 1982.
- Hubert Jedin* (Hsg.): Handbuch der Kirchengeschichte. Bd. III, Erster und Zweiter Halbbd. Freiburg 1965 (Neudruck 1985).
- Kloster Maulbronn 1178–1978. Ausstellungskatalog Maulbronn 1978.
- David Knowles*: Christian Monasticism. London 1969.
- Heinrich Koller*: Zur Frühgeschichte der Zisterzienser in Österreich. In: Jb. f. Gesch. d. Feudalismus 6 (1982), S. 137–150.
- Edgar Krausen*: Das Erzbistum Salzburg I: Die Zisterzienserabtei Raitthenhaslach (Germania Sacra N. F. 11). Berlin 1977.
- Ernst Günther Krenig*: Mittelalterliche Frauenklöster nach den Konstitutionen von Cîteaux unter besonderer Berücksichtigung fränkischer Nonnenkonvente. In: *Analecta Sacri Ordinis Cisterciensis* 10 (1954), S. 1–105.
- Louis J. Lekai*: The Cistercians. Ideals and Reality. Dallas 1977.
- Lexikon des Mittelalters. München–Zürich 1978 ff.
- Lexikon für Theologie und Kirche. Bd. 1–11. Freiburg<sup>2</sup> 1957–1967 (Nachdruck 1986).
- Gabriel K. Lobenz*: Die Entstehung der Oberdeutschen Zisterzienserkongregation (1593–1625). In: *Analecta Cisterciensia* 37 (1981), S. 66–342.
- F. van der Meer*: Atlas de l'ordre cistercien. Bruxelles–Paris 1965.
- Edmond Mikkers*: Die Charta caritatis und die Gründung von Cîteaux. In: Rottenburger Jb. f. Kirchengesch. 4 (1985), S. 11–22.
- Hans Mosler*: Das Erzbistum Köln I: Die Zisterzienserabtei Altenberg (Germania Sacra N. F. 2). Berlin 1965.
- Armgard von Reden-Dohna*: Die Zisterzienser im Schwäbischen Reichsprälaten-Kollegium. In: Rottenburger Jb. f. Kirchengesch. 4 (1985), S. 51–57.

Die Regel St. Benedikts. Eingeleitet, übersetzt und aus dem alten Mönchtum erklärt von *Basilius Steidle*. Beuron 1952.

*Maren Rehfus*: Das Zisterzienserinnenkloster Wald. Grundherrschaft, Gerichtsherrschaft und Verwaltung (Arbb. z. Ldskde. Hohenzollerns 9). Sigmaringen 1971 (ein Band der Verf.in über Wald erscheint demnächst in der Reihe »Germania Sacra«).

*Werner Rösener*: Reichsabtei Salem. Verfassungs- und Wirtschaftsgeschichte des Zisterzienserklosters von der Gründung bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts (Vorträge u. Forschgn. Sonderbd. 13). Sigmaringen 1974.

*Werner Rösener*: Südwestdeutsche Zisterzienserklöster unter kaiserlicher Schirmherrschaft. In: ZWLG 33 (1974), S. 24–52.

*Werner Rösener*: Zur Wirtschaftstätigkeit der Zisterzienser im Hochmittelalter. In: Zs. f. Agrargesch. u. Agrarsoziologie 30 (1982), S. 117–148.

*Meinrad Schaab* u. a.: Der Besitz der südwestdeutschen Zisterzienserabteien um 1340/50. In: Hist. Atlas von Baden-Württ., Karte VIII.4 mit Beiwort.

*Meinrad Schaab*: Die Zisterzienserabtei Schönau im Odenwald (Heidelbr. Veröff. z. Ldsgesch. u. Ldskde. 8). Heidelberg 1963.

*M. Gertrud Schaller*: Die Zisterzienserinnen heute. In: Rottenburger Jb. f. Kirchengesch. 4 (1985), S. 333–337.

*Bernardin Schellenberger*: Ein Lied, das nur die Liebe lehrt. Texte der frühen Zisterzienser (Herderbücherei Bd. 904). Freiburg i. Br. <sup>2</sup>1984.

*Leonhard Scherg*: Die Zisterzienserabtei Bronnbach im Mittelalter. Würzburg 1976.

*Pia Schindele*: Die Abtei Lichtenenthal. Ihr Verhältnis zum Cisterzienserorden, zu Päpsten und Bischöfen und zum badischen Landesherrn im Laufe der Jahrhunderte. I. Teil. In: Freib. Diöz.-Arch. Bd. 104 (1984), S. 19–166; II. Teil: ebd. 105 (1985).

*Ambrosius Schneider* u. a.: Die Cistercienser. Geschichte – Geist – Kunst. Köln <sup>3</sup>1986.

*Reinhard Schneider*: Lebensverhältnisse bei den Zisterziensern im Spätmittelalter. In: Klösterliche Sachkultur des Spätmittelalters (Österr. Akademie d. Wiss., Phil.-hist. Kl., Sitzungsberichte 367), Wien 1980, S. 43–71.

*Reinhard Schneider* (Hsg.): Salem. 850 Jahre Reichsabtei und Schloß. Konstanz 1984.

*Reinhard Schneider*: Studium und Zisterzienser mit besonderer Berücksichtigung des südwestdeutschen Raumes. In: Rottenburger Jb. f. Kirchengesch. 4 (1985), S. 103–117.

*Jürgen Sydow*: Bebenhausen. 800 Jahre Geschichte und Kunst. Tübingen 1984.

*Jürgen Sydow*: Das Bistum Konstanz 2: Die Zisterzienserabtei Bebenhausen (Germania Sacra N. F. 16). Berlin 1984.

*Jürgen Sydow*: Die Sozialstruktur eines mittelalterlichen Zisterzienserklosters, dargestellt am Beispiel der Abtei Bebenhausen. In: Rottenburger Jg. f. Kirchengesch. 4 (1985), S. 93–102.

*Michael Toepfer*: Die Konversen der Zisterzienser. Untersuchungen über ihren Beitrag zur mittelalterlichen Blüte des Ordens (Berliner hist. Stud. 10 = Ordensstudien IV). Berlin 1983.

*Hermann Tüchle*: Die Ausbreitung der Zisterzienser in Südwestdeutschland bis zur Säkularisation. In: Rottenburger Jb. f. Kirchengesch. 4 (1985), S. 23–35.

Untersuchungen zu Kloster und Stift. Hsg. vom Max-Planck-Institut für Geschichte (Veröff. d. Max-Planck-Inst. f. Gesch. 68). Göttingen 1980.

*Otto Volk*: Salzproduktion und Salzhandel mittelalterlicher Zisterzienserklöster (Vorträge u. Forschgn. Sonderbd. 30). Sigmaringen 1984.

Die Zisterzienser. Ordensleben zwischen Ideal und Wirklichkeit. Hsg. von *Kaspar Elm* u. a., Bonn 1980.

– Dass., Ergänzungsband. Bonn 1982.

Zisterzienser-Studien. Iff. Berlin 1975 ff.



# Das Kloster Bronnbach im Zeitalter der Reformation<sup>1</sup>

VON HERMANN EHMER

Aus dem Jahre 1510 gibt es eine Beschreibung des Klosters Bronnbach aus der Feder des Novizen Philipp Trunk von Miltenberg<sup>2</sup>, der ein humanistisch inspiriertes Bild vom idealen Leben im Kloster bietet. Demnach zählte die Zisterze im Taubertal damals 40 Konventualen und besaß zwei gut bestückte Bibliotheken, die von den Mönchen fleißig benutzt wurden. Allein sechs der Mitglieder des Konvents führten den Titel eines Magister artium und auch der Abt hatte mit diesem Grad den artistischen Studiengang an der Universität abgeschlossen<sup>3</sup>. Der von Trunk beschriebene Studieneifer der Bronnbacher Mönche kontrastiert freilich einigermaßen mit den in jenen Jahren gelegentlich wiederholten und weitgehend fruchtlosen Versuchen des Generalkapitels, das Collegium Jacobiticum in Heidelberg, das Generalstudium der deutschen Zisterzienser, mit Studenten aus den Klöstern zu beschicken<sup>4</sup>. Doch zählt die Heidelberger Universitätsmatrikel zwischen 1500 und 1510 immerhin sechs Bronnbacher Studenten<sup>5</sup>, so daß dieses Kloster in der Reihe derer, die vom Generalkapitel zur Entsendung von Studenten aufgefordert wurden, noch einen recht ansehnlichen Platz einnimmt.

Knapp anderthalb Jahrzehnte, nachdem der Novize Trunk seinen Brief verfaßte, ist aus dem Kloster Bronnbach eine andere Stimme zu vernehmen. Graf Michael II. von Wertheim ersuchte 1524 den Bronnbacher Abt um ein Gutachten in der Religionsangelegenheit, nachdem dies der Reichstag, der im Januar und

1 Für den Druck bearbeitete Fassung des bei der Zisterziensertagung des Historischen Vereins für Württembergisch Franken in Schöntal am 17. Juni 1987 gehaltenen Referats. In den vorliegenden Text sind auch die Ergebnisse eines Vortrags eingeflossen, der am 21. Oktober 1981 beim Historischen Verein Wertheim gehalten wurde, unter dem Titel: Clemens Leusser – Vom Bronnbacher Abt zum Wertheimer Kaufmann.

2 Eine Übersetzung des s. Zt. in der Universitätsbibliothek Bonn befindlichen Textes wurde veröffentlicht von Alexander Kaufmann, *Zur Geschichte der Abtei Bronnbach an der Tauber*. In: *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins* 34 (1882) S. 467–484.

3 Johannes von Bofsheim, immatrikuliert an der Universität Heidelberg im Wintersemester 1472/73, *Gustav Toepke* (Hrsg.): *Die Matrikel der Universität Heidelberg*, Bd. 1 (Heidelberg 1884) S. 340.

4 *Karl Obser*: *Zur Geschichte des Heidelberger St. Jakobskollegiums*. In: *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins* 57 (1903) S. 434–450.

5 Immatrikuliert wurde am 25. April 1500 Fr. Johannes Gönner, *Toepke* S. 436; am 26. Oktober 1503 Fr. Petrus Nectalin, *Toepke* S. 450; am 14. April 1509 Fr. Ambrosius Breukessel, *Toepke* S. 470; am 11. Oktober 1512 Fr. Marcus Wiger, *Toepke* S. 488; am 14. Oktober 1515 Fr. Andreas Krug, *Toepke* S. 504; am 27. Juni 1518 Fr. Laurentius Beringer, *Toepke* S. 514. – Die eigentliche Studienstätte der Zisterzienser war die Pariser Sorbonne; ob Bronnbacher Mönche dort studiert haben, wurde für die vorliegende Arbeit nicht überprüft. Nur in Ausnahmefällen wurden andere Universitäten besichtigt, vgl. *Hermann Ehmer*: *Salemer Konventualen als Studenten in Tübingen*. In: *Bausteine zur Tübinger Universitätsgeschichte*, Folge 1 (Tübingen 1981) S. 9–15.

Februar jenes Jahres in Nürnberg getagt hatte, den Ständen zur Aufgabe gemacht hatte. Aufgrund dieser Gutachten wollte man im November 1524 ebenfalls in Speyer weiter über die Religionsfrage beraten<sup>6</sup>. Es ist daher offenkundig, daß der Bronnbacher Abt die Anfrage auf die lange Bank geschoben hat, denn sein Antwortschreiben datiert vom 3. November 1524. Es ist freilich auch kein wohlüberlegtes theologisches Gutachten, das Abt Johannes dem Grafen schließlich sandte, sondern eine Entschuldigung: *mir zweivelt nit, E. G. haben gutt wissen, das ich vil jare mit eusserlichen meynes gotshaus geschefften bin beladen gewesen und in solchen dreffentlichen sachen, den cristenlichen glawben berurend, mich in der heyligen schriefft nit sonderlich geubt hab und bin nummere von leyblicher blodigkeyt wegen, als E. G. wol bedencken mogen, in solchem unvermöglich, deshalben es warlich uber meyn verstandt ist, mich einzulassen, eynen auszugk in solchen grossen schweren dapffern sachen zu schreyben.*

Eine spätere Hand hat an den Rand dieses Briefes geschrieben: *Asinus ad lyram*, d. h. daß der Schreiber dieser Bemerkung den Abt mit einem Esel vergleicht, der die Leier spielen will<sup>7</sup>. Dieser Vorwurf ist freilich um so gewichtiger, als es sich doch um denselben Abt Johannes VI. von Bofsheim handelt, den der Novize Trunk 14 Jahre zuvor mit uneingeschränktem Lob bedacht hatte. Auch konnte der Konvent, der zu Zeiten Trunks doch eine Reihe gelehrter Mönche aufwies, sich seither nicht allzusehr verändert haben, so daß es doch hätte möglich sein müssen, dem Grafen eine einigermaßen fundierte Meinungsäußerung zukommen zu lassen. Deshalb wird man die ohnehin verspätete Antwort des Abts als einen Versuch sehen müssen, sich einer Festlegung in der religiösen Frage zu entziehen, denn er fährt in seinem Schreiben fort ... *solichs gebürt den doctorn uff den hohen schulen, die dorumb von fursten und herren enthalten werden.* Gleichwohl gibt der Abt dann doch noch eine Meinung kund, daß man es nämlich bei der seitherigen Übung belassen solle: *Ewer G. haben gutter massen wissen, wye es bißhere ethlich hundert jare in der gemeynen cristhlichen kirchen noch satzung und verordnung der heylgen lerer und concilien ist gehalten worden, dem auch unser eltern und vorfarn getrewlichen volge gethone und seliglich verschieden seyn.* Zuletzt entschuldigt der Abt noch seine verspätete Antwort damit, daß der Kaiser – wie es sich auch in der Tat verhielt – den Reichstag abgesagt habe und der Graf deshalb ohnehin nicht mehr seines Gutachtens bedürftig sei.

Die Anfrage des Grafen Michael bei Abt Johannes von Bronnbach ist zweifellos im Zusammenhang der zu eben jener Zeit einsetzenden Reformationsbestrebungen

6 Vgl. *Martin Brecht, Hermann Ehmer: Südwestdeutsche Reformationsgeschichte* (Stuttgart 1984) S. 82f.

7 Staatsarchiv Wertheim (= StAWt) G 32 I 4, abgedruckt bei *Rolf Kern: Die Reformation des Klosters Bronnbach durch Wertheim und die Gegenreformation durch Würzburg nach Urkunden und Akten dargestellt.* In: *Neue Heidelberger Jahrbücher* 13 (1904) S. 173–275, hier Anlage V, S. 266. Zitiert wird hier nach der Ausfertigung des Schreibens. – Die Auffassung von *Emil Ballweg: Einführung und Verlauf der Reformation im Badischen Frankenland.* Diss. masch., Freiburg i. Br. 1944, Teil 2, S. 68, es handle sich hier um eine Anfrage von Graf Georg II., ist unrichtig. Die Antwort des Abtes ist an dessen Vater Michael II. adressiert. Unrichtig ist auch, daß die zitierte Randbemerkung von Graf Georg stamme: diese wurde vielmehr von einer Hand des ausgehenden 16. Jahrhunderts angebracht.



in der Grafschaft Wertheim zu sehen<sup>8</sup>. Bereits 1521 hatte Graf Georg II., der Sohn des Grafen Michael, auf dem Wormser Reichstag Luther kennengelernt, wo der Wittenberger Mönch sich vor Kaiser und Reich zu verantworten hatte. Es war dies freilich keine flüchtige Bekanntschaft, vielmehr war der Graf Mitglied jenes Ausschusses des Reichstags, der die Aufgabe hatte, Luther zu dem Widerruf zu bringen, den er vor versammeltem Reichstag verweigert hatte<sup>9</sup>. Auch diese Bemühungen im kleinen Kreise blieben bekanntlich fruchtlos, doch hatten die Gespräche offenbar das Ergebnis, daß der Wertheimer Graf von Luther und seiner Lehre überzeugt wurde. Im folgenden Jahr bat er nämlich Luther um Zusendung eines Predigers, den er aus eigenen Mitteln besolden wollte. Luther sandte den aus Basel gebürtigen Dr. Jakob Strauß nach Wertheim, der wegen seiner reformatorischen Predigt von seiner Stelle in Hall in Tirol hatte weichen müssen. Allerdings verstanden sich der Graf und der etwas eigenwillige Dr. Strauß nicht, so daß dieser alsbald – Ende Oktober 1522 – wieder entlassen wurde. 1523 kam der aus Inzlingen bei Lörrach stammende ehemalige Kartäuser Franz Kolb nach Wertheim, der von Luther selbst geprüft und empfohlen worden war. Von Kolb ist noch ein Bericht erhalten, den er Luther nach einjähriger Tätigkeit in Wertheim erstattete und der einen interessanten Einblick in die ersten Reformationsversuche in der Stadt gibt. Franz Kolb hat wohl Anfang 1525 Wertheim wieder verlassen, wobei die Gründe seines Weggangs nicht ganz klar sind. Sein Nachfolger, der wahrscheinlich erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1526 in Wertheim aufzog, war Johann Eberlin von Günzburg<sup>10</sup>. Dieser hatte sich bereits als Verfasser von Flugschriften mit Reformprogrammen für das kirchliche, staatliche und gesellschaftliche Leben einen Namen gemacht und erhielt nun in Wertheim – wenn auch in einem eher kleineren Rahmen – die Gelegenheit zu einer praktischen Reformtätigkeit. In der Tat kam jetzt die Reformation in der Grafschaft richtig in Gang, Eberlin muß deshalb mit Recht der Reformator der Grafschaft Wertheim genannt werden.

Die Reformation der Grafschaft mußte sich selbstverständlich auch auf die landsässigen Klöster auswirken, da doch die Verwerfung des Mönchtums einen wesentlichen Teil von Luthers Kritik am hergebrachten Kirchenwesen darstellte. Als solche landsässigen Klöster der Grafschaft galten die fuldische Propstei Holzkirchen, deren Vögte die Grafen von Wertheim schon seit alters waren, ferner die von einer Wertheimer Gräfin gestiftete Kartause Grünau und schließlich auch die Zisterze Bronnbach<sup>11</sup>. Zwar gehören die Grafen von Wertheim nicht zum Kreis der Stifter Bronnbachs, doch haben sie dem Kloster schon früh Stiftungen zugewandt und dieses als ihre Grablege erkoren. Seit der Mitte des 14. Jahrhun-

8 Zum Folgenden vgl. – falls nichts anderes bemerkt – *Hermann Ehmer*: Luther und Wertheim. In: *Wertheimer Jahrbuch 1977/78* S. 79–97.

9 Die neueste Darstellung des Vorgangs bietet *Martin Brecht*: *Martin Luther. Sein Weg zur Reformation 1483–1521* (Stuttgart 1981) S. 413ff.

10 *Hermann Ehmer*: Johann Eberlin von Günzburg in Wertheim. In: *Wertheimer Jahrbuch 1983*, S. 55–71.

11 Holzkirchen, Grünau und Bronnbach werden z.B. in Akten über einen Streit Bronnbachs mit Würzburg, Mainz und Wertheim wegen der Schatzung als landsässige Klöster der Grafschaft Wertheim bezeichnet. Staatsarchiv Würzburg (= StAW) Geistl. Sachen 2613.

derts galten deshalb die Wertheimer Grafen als Inhaber des Schirmrechts über Bronnbach, ein Recht, das ihnen von König Sigismund 1417 erstmals und dann von dessen Nachfolgern regelmäßig zusammen mit den Reichslehen und Regalien verliehen wurde<sup>12</sup>.

Außer dem Ersuchen des Grafen Michael um ein Gutachten für den geplanten Speyerer Reichstag 1524 sind vorerst freilich noch keine Auswirkungen der beginnenden Reformation in der Grafschaft auf das Kloster Bronnbach zu erkennen. Der entscheidende, durch die religiöse Kontroverse bedingte Vorstoß sollte allerdings nicht von Wertheim, sondern von Würzburg kommen. Papst Clemens VII. hatte 1526, veranlaßt durch die Auflösungserscheinungen, die sich in den Klöstern in zahlreichen Territorien des Reiches zeigten, den Bischof von Würzburg auf fünf Jahre zum Protektor und Visitor aller Klöster im Hochstift ernannt<sup>13</sup>. Dieses Visitationsrecht sollte sich auch auf die Klöster solcher Orden erstrecken, die wie die Zisterzienser und Kartäuser ein eigenes, genau geregeltes Visitationssystem besaßen. Eine Reaktion des Zisterzienserordens, der deshalb um seine Unabhängigkeit fürchten mußte, war eine Anordnung des Abts von Cîteaux und des Generalkapitels, die dem Abt von Bronnbach das Recht verlieh, sein Kloster selbst zu visitieren und zu reformieren<sup>14</sup>.

Die Interessen des Klosters und des Grafen von Wertheim gingen demnach in die gleiche Richtung. Das Begehren der Würzburger Regierung, eine Visitationskommission nach Bronnbach und Grünau zu entsenden, wurde deshalb von Wertheim im August 1527 abgewiesen. Für den Wertheimer Grafen ging es freilich nicht so sehr um die Wahrung der Rechte der betreffenden Orden, vielmehr sah er durch das Würzburger Begehren sein Schirmrecht bedroht. Graf Georg strengte deshalb am Reichskammergericht in Speyer einen Prozeß gegen Würzburg an<sup>15</sup>, der freilich – wie alle anderen Prozesse dieser Art – wegen der Parteilichkeit des Gerichts im Sande verlief, obwohl dies auf dem Augsburger Reichstag 1530 gerügt wurde. Der Graf hatte aber die Situation zweifellos richtig eingeschätzt, denn mit dem Visitationsbegehren des Würzburger Bischofs bahnte sich der Streit um die Landesherrschaft über Bronnbach an, der später das Schicksal des Klosters entscheiden sollte.

Die Wertheimer Reformation schien freilich schon bald durch den frühen Tod des Grafen Georg am 17. April 1530 und den Weggang Eberlins lahmgelegt<sup>16</sup>. Doch

12 Erzbischof Gerlach von Mainz nennt 1354 den Grafen Eberhard von Wertheim Schirmer des Klosters Bronnbach. StAWt-R US 1354 Mai 1; *Leonhard Scherg*: Die Zisterzienserabtei Bronnbach im Mittelalter (Mainfränkische Studien 14, 1976) S. 32ff. – Privileg König Sigismunds von 1417, StAWt-G 121.

13 Das Folgende, wo nichts anderes bemerkt, nach *Kern* (wie Anm. 7) S. 178ff.

14 StAWt-R US 1526 Dez. 26.

15 Hierher gehört eine notariell beglaubigte Protestation des Grafen Michael II. von Wertheim gegen die würzburgische Visitation in Bronnbach, StAWt-R US 1528 Mai 24, desgl. R. 19c/6.

16 *Erich Langguth*: Einmütig in der neuen Lehre: Dr. Johann Eberlin – Graf Michael II. – Dr. Andreas Hoffrichter. Der Wechsel im Wertheimer Pfarramt 1530. In: *Wertheimer Jahrbuch* 1983, S. 73–102. Zum Folgenden vgl. *Hermann Ehmer*: Die Reformation in der Grafschaft Wertheim und bei der Ritterschaft im Kraichgau und im Odenwald. In: *Luther und die Reformation am Oberrhein* (Karlsruhe 1983) S. 77–101, hier S. 87ff.

zeigte sich alsbald, daß die Gräfin Barbara, die Witwe Georgs II., die zusammen mit ihrem Bruder, dem Schenken Wilhelm von Limpurg, und dem Grafen Wilhelm von Eberstein die Vormundschaft für ihren im Kindesalter stehenden Sohn Michael III. übernommen hatte, zielbewußt und tatkräftig die Regierung der Grafschaft führte. In diesem Amt förderte sie die Reformation nach Kräften, wengleich auch die Klöster davon anscheinend noch nicht berührt wurden. Doch dürften die Verhältnisse in den einzelnen Klöstern durchaus unterschiedlich gewesen sein. Im Augustiner-Chorherrenstift Triefenstein traute man sich bald nicht mehr zu, die etwas entlegene inkorporierte Pfarrei Dörlesberg zu versehen, so daß man sie 1542/43 an Bronnbach abtrat<sup>17</sup>. Ansonsten bot wohl die Reformation der Pfarreien der Grafschaft, von denen viele auswärtige, katholische Patrone hatten, Probleme genug, so daß die Klosterfrage zunächst hintangestellt werden mußte. Zudem war die Rechtslage alles andere als eindeutig. Der Kaiser hatte dem Bischof von Würzburg 1534 zwar in einem Privileg die Geistlichen und Klöster im Herzogtum Franken empfohlen, andererseits aber auch 1530 dem Kloster Bronnbach die hergebrachten Privilegien und Freiheiten bestätigt<sup>18</sup> und 1541 und 1548 mit den anderen Regalien auch den wertheimischen Klosterschirm bestätigt<sup>19</sup>. Der weitere Bestand des Klosters Bronnbach mußte daher von den politischen Gegebenheiten abhängen, davon, ob sich nun Wertheim oder Würzburg durchsetzen konnte. Der Bronnbacher Konvent war damit der Spielball der damals eng ineinander verflochtenen politischen und religiösen Interessen der beiden Landesherren. Doch mußte es auch von den Mönchen und ihrem Abt abhängen, wie sich das Schicksal des Klosters in der Folgezeit gestalten würde. Eine wesentliche Rolle kam dabei Clemens Leusser zu, der 1548 von seinen Mitbrüdern zum Abt von Bronnbach gewählt wurde. Auf seine Person ist daher zunächst einzugehen. Diese Aufgabe wird dadurch wesentlich erleichtert, daß Leusser eine eigenhändige Lebensbeschreibung hinterlassen hat, in der er vor allem über seine Amtsführung als Abt von Bronnbach Rechenschaft gibt<sup>20</sup>. Leussers Autobiographie reiht sich

17 StAWt-R US 1542 Juni 17 und 1543 Mai 1.

18 StAWt-R US 1530 Juli 20.

19 StAWt-G Reichslehen 22 (1541 Mai 16), Reichslehen 9 (1548 April 27).

20 Erhalten in der Urschrift von Leussers Hand, StAWt-R Br 1049, Folioband, eingebunden in das Fragment einer Pergamenthandschrift, mit ursprünglich 134 vom Schreiber nummerierten Blättern. Es fehlen die (teilweise herausgeschnittenen) Bl. 1, 2, 11, 63, 82, 83 und 114. Bl. 96–99 werden durch ein eingehaftetes Originalschreiben von Leussers zweitem Schwiegervater Valentin Rüdiger von 1559 gebildet. Auf dem vorderen Vorsatzblatt von Leussers Hand sein Name und die Devise »Perfer et obdura« sowie die Jahreszahl 1568. Darunter ein eingeklebter Kupferstich mit Leussers Wappen, der ebenfalls auf Bl. 126<sup>r</sup> erscheint. Auf dem vorderen Vorsatzblatt erscheint weiter unten nochmals, von anderer Hand, Leussers Name, die Jahreszahl und die Devise mit deutscher Übersetzung: »Leyd und beydt«. Auf den beiden letzten Blättern Federproben und Notizen eines Nachbesitzers. Der Text scheint – gegen Wecken S. 248 – (siehe unten) mit Ausnahme des vorne eingefügten Registers in einem Zug niedergeschrieben worden zu sein. Der Wechsel von der anfänglich gebrauchten lateinischen zur deutschen Sprache ist nicht durch die Entstehungsgeschichte, sondern inhaltlich bedingt. Der Beginn des deutschen Textes kennzeichnet Leussers öffentlichen Übertritt zum evangelischen Glauben. – Leussers Autobiographie wurde – mit verschiedenen Auslassungen – herausgegeben von *Friedrich Wecken*: Die Lebensbeschreibung des Abtes Clemens Leusser von Bronnbach. In: *Archiv für Reformationsgeschichte* 8 (1911) S. 246–322. Hiernach das Folgende, soweit nichts anderes angemerkt.

würdig an ähnliche Werke von Zeitgenossen an, die – wie etwa die Lebensbeschreibung des Götz von Berlichingen – als Rechenschaftslegung über ein ungewöhnliches Lebensschicksal für die Mit- und Nachwelt verfaßt wurden und damit auch den Charakter von Rechtfertigungsschriften besitzen. Der Lebensbeschreibung Leussers wird darüber hinaus, ebenso wie der *Descriptiuncula* des Philipp Trunk, eine Reihe von Nachrichten über das innere Leben des Klosters Bronnbach verdankt, die uns sonst verborgen bleiben müßten.

Clemens Leusser wurde am Clemenstag, dem 23. November 1518, als Sohn des Valentin Leusser und der Christina Hofrichter in Hardheim<sup>21</sup> geboren und hat dort sowie in Walldürn, Kulsheim und Miltenberg die Schule besucht. Seine Stiefmutter überredete den Vater, den Jungen ins Kloster zu schicken, um so die Kosten für den Schulbesuch zu sparen. Gezwungenermaßen willigte der junge Leusser ein, weil er offenbar einsah, daß dies der einzige Weg war, sich auch weiterhin den Wissenschaften widmen zu können. *Fecit desperatio me monachum* schreibt deshalb Leusser, d. h. daß er aus Verzweiflung Mönch geworden sei. Diese Beschreibung besitzt zweifellos Anklänge an Luthers Biographie und gibt ebenso wie bei diesem eine Beurteilung des Klosterlebens von dessen Ende her. Zusammen mit elf anderen Novizen trat Leusser 1533 ins Kloster Bronnbach ein. Sein Lehrer im Kloster, dem er ein dankbares Andenken bewahrte, war Andreas Krug<sup>22</sup>, ein ehemaliger Heidelberger Student, der es an der Universität zum Magister artium gebracht hatte. Nach Vorbereitungszeit und Noviziat legte Leusser 1535 die Profeß ab. In der Folgezeit durchlief er in einer raschen Karriere die verschiedenen klösterlichen Ämter. Zunächst war er als Subcustos für Kirchenggerät und -gewänder verantwortlich, dann wurde ihm 1537 als Keller eine Aufgabe in der Klosterökonomie übertragen. Im folgenden Jahr wurde er Subbursarius, als der er auf den Dörfern den Zehnten und sonstige Gefälle einzuziehen hatte. Dieser Aufgabe scheint sich Leusser zur Zufriedenheit der Mitbrüder gewidmet zu haben, denn 1547 wurde er zum Bursarius ernannt, der die gesamte Klosterökonomie zu leiten hatte. In diesem verantwortungsvollen und arbeitsreichen Amt mußte Leusser seine Studien aufgeben, die er bis dahin unter Anleitung verschiedener Lehrer, die er alle bei Namen nennt, getrieben hatte.

Leusser besaß also neben einer Begabung für Verwaltungsgeschäfte ganz offensichtlich auch eine ausgesprochene Zuneigung zu den Wissenschaften, eine Kombination, die ihn zum idealen Abt eines Zisterzienserklosters machte. Als daher Abt Markus Hauck am 15. November 1548 starb, wurde Clemens Leusser am 26. November von allen acht Konventualen zum Abt gewählt und von Cîteaux

21 *Wecken* S. 248, glaubt die Ortsangabe »in pago Hartheim« für Leussers Geburtsort mit »bei Hardheim« übersetzen zu müssen und meint, »daß wir vielleicht eine der zahlreichen Mühlen oder Gehöfte im Erfatal als sein Vaterhaus annehmen können.« Doch wird man hier »pagus« wohl als »Dorf« verstehen müssen, so daß sehr wahrscheinlich Hardheim selber sein Geburtsort ist. Ein Beleg für diesen Sprachgebrauch ist das von dem Bronnbacher Bursierer Adam Weber 1551 geführte Manual über seine Einnahmen. »continens omnes diversorum pagum, villarum curiarumque computationes et debita«.

StAWt-G 32 XXI 59.

22 Vgl. oben Anm. 5.

bestätigt<sup>23</sup>. Aufgrund der nur von Leusser überlieferten Wahniederschrift lernen wir auch den Bronnbacher Konvent kennen, der kurze Zeit später vor die Entscheidung für oder gegen die Reformation gestellt wurde. Zu ihm gehörten neben Leusser noch der Prior Philipp Bavarus oder Beyer, Andreas Walz, Prokurator des Hofes in Würzburg, Johannes Kennicken (Königheim), Pfarrer in Gaubüttelbrunn, Johannes Pleittner, Kaplan in Kupprichhausen, Adam Textor oder Weber, Granarius, Thomas Lyn, Infirmary, Stephan Ditz, Cellarius, und Martinus Opilio oder Schäfer, Servitor. Nachdem die Bestätigung aus Cîteaux eingetroffen war, wurde Leusser am Vitalistag, dem 28. April 1549<sup>24</sup>, dem Bronnbacher Kirchweihtag, vom Würzburger Weihbischof Georg Flach in Anwesenheit der Äbte Jodokus von Amorbach und Konrad von Neustadt und des Wertheimer Amtmanns Friedrich von Ratzenberg geweiht.

Nach seinem eigenen Bekunden war Leusser bestrebt, das Kloster nach Kräften zu fördern, indem er fünf Novizen aufnahm und verschiedene Baumaßnahmen durchführte, wie den Einbau einer Heizung im Sommerrefektorium und die Wiederherstellung von Gebäuden in und außerhalb des Klosters. Die Zeitläufe schienen zunächst günstig für eine Wiederherstellung des Klosterwesens, nachdem es eine Zeitlang so ausgesehen hatte, wie wenn die Reformation den Klöstern vollends den Boden entziehen würde. Kaiser Karl V. hatte nämlich 1546/47 im Schmalkaldischen Krieg über die evangelischen Fürsten und Städte gesiegt und versuchte daraufhin, diese wieder zur katholischen Religion zurückzuführen. Doch hatten die Kriegshandlungen das Kloster Bronnbach nicht unberührt gelassen, da die Landesherren, in deren Gebiet dessen Besitzungen lagen, sich nicht die Gelegenheit entgehen ließen, das Kloster für Schatzungen und andere Leistungen heranzuziehen<sup>25</sup>. Das Kloster war deshalb bei Leussers Amtsantritt materiell nicht besonders gut gestellt und ging noch schlechteren Zeiten entgegen. Denn in der hohen Politik wendete sich das Blatt alsbald wieder und die kaiserliche Machtposition fand im Fürstenkrieg des Kurfürsten Moritz von Sachsen ein jähes Ende<sup>26</sup>. Diese und die nun folgenden Kriegshandlungen sollten das Kloster Bronnbach noch härter treffen. Doch wichtiger als diese äußeren Ereignisse sind vorerst die Entscheidungen, die Glauben und Gewissen des Abts Clemens betrafen.

In seinem Abtsamt kam Leusser häufiger denn als Bursierer mit gebildeten Menschen zusammen, mit denen er auch über die religiöse Frage diskutierte. Er verteidigte den Mönchsstand, sah sich aber alsbald durch Argumente aus der Heiligen Schrift überwunden, wodurch er mehr und mehr von seinem hergebrach-

23 Eine Niederschrift über die Wahl und die Bestätigungsurkunde sind in den Bronnbacher Archivalien nicht mehr erhalten. Diese sind abschriftlich nur noch in Leussers Autobiographie zu finden, von Wecken jedoch nicht abgedruckt.

24 Die Entscheidung darüber, welcher der verschiedenen Vitalistage gemeint ist, wird durch den Hinweis auf die Bronnbacher Kirchweihe ermöglicht, die am 28. April 1222 (III Kal. Maii) stattfand, vgl. Die Kunstdenkmäler des Amtsbezirks Wertheim bearb. von *Adolf von Oechelhäuser* (Die Kunstdenkmäler des Großherzogthums Baden IV.1, 1896) S. 24.

25 Vgl. den Schatzungsstreit mit Würzburg, Mainz und Wertheim, StAW Geistl. Sachen 2609 und 2613. Die entsprechenden Wertheimer Akten StAWt-G 32 XIII 1–4.

26 *Brecht-Ehmer* (wie Anm. 6) S. 285ff. und S. 311ff.

ten Glauben abgewendet wurde. Dadurch war er genötigt, sich wieder den Studien zuzuwenden. Er las die Schriften Luthers, die Loci Melanchthons und die Schriftauslegungen von Johannes Brenz und anderen. Er hielt sich aber nicht für berechtigt, als Abt seinen katholischen Glauben abzulegen, und sah sich daher schweren Gewissensproblemen ausgesetzt. Er hoffte deshalb, daß das Konzil, das am 1. Mai 1551 in Trient seine Sitzungen aufgenommen hatte, den religiösen Zwiespalt endlich einer Lösung zuführen würde. Das Konzil vertagte sich jedoch im Frühjahr 1552 unter dem Eindruck der Fürstenerhebung, so daß von dieser Seite vorerst nichts mehr zu erhoffen war. Während er noch im Zweifel war, was er tun sollte, bekam er die Sächsische und die Württembergische Konfession zu Gesicht, die dem Konzil vorgelegt worden waren<sup>27</sup>. Durch diese Bekenntnisschriften wurden ihm die Augen geöffnet, so daß er – zunächst heimlich – evangelisch wurde. Er führte sich aber vor Augen, daß er ein öffentliches Amt bekleidete und entsprechende Verantwortung trug, weshalb er dafür sorgte, daß im Kloster und auf den Klosterpfarreien evangelisch gepredigt wurde, wobei er in der Neugestaltung des Gottesdienstes der Wertheimer Kirchenordnung folgte<sup>28</sup>.

Auch das Kloster selbst begann Leusser umzugestalten, indem er einen Vorschlag aufgriff, den Luther und Brenz schon früher geäußert hatten. Von ihnen stammt der Gedanke, die Klöster wieder ihrer ursprünglichen Bestimmung als Stätten der Erziehung und Bildung zuzuführen. Luthers Vorschläge zur Umwandlung der Klöster waren bei der Errichtung der sächsischen Fürstenschulen in die Wirklichkeit umgesetzt worden. Dem Einfluß von Johannes Brenz auf die 1528 beginnende Reformation in den fränkischen Markgrafschaften Ansbach und Kulmbach waren ähnliche Maßnahmen zu verdanken. Insbesondere hatte Abt Johannes Schopper begonnen, im Zisterzienserkloster Heilsbronn eine Schule aufzubauen<sup>29</sup>. Clemens Leusser, der die Schriften von Luther und Brenz kannte, mochte auch Kenntnis von der Heilsbronner Schule haben, denn er nahm 24 arme Knaben auf und stellte für sie und die Konventualen einen Lehrer ein, der sie in der evangelischen Glaubenslehre, der lateinischen Sprache sowie in Grammatik und Dialektik unterrichtete, damit sie später als Pfarrer, Lehrer oder in anderen Berufen nützlich werden konnten. Dies ist ein ähnliches Programm, wie das der württembergischen Klosterschulen, die wenig später, nämlich 1556, begründet wurden<sup>30</sup>.

Die Bronnbacher Klosterschule lernen wir in einem undatierten, aber auf Ende 1552/Anfang 1553 anzusetzenden Schreiben Leussers an Graf Michael III. näher

27 Ebd. S. 308ff.

28 Von der Wertheimer Kirchenordnung (Agende) aus der Mitte des 16. Jahrhunderts gibt es keinen zeitgenössischen Druck, sie ist nur aus der handschriftlichen Überlieferung des 17. und 18. Jahrhunderts bekannt. Als wissenschaftliche Edition vgl. Die evangelischen Kirchenordnungen des XVI. Jahrhunderts hrsg. von Emil Sehling Bd. XI,1: Franken (Tübingen 1961) S. 708–725.

29 Vgl. dazu Helmut Jordan: Reformation und gelehrte Bildung in der Markgrafschaft Ansbach-Bayreuth (Quellen und Forschungen zur bayerischen Kirchengeschichte 1.1. 1917) S. 206f.

30 Zum Zusammenhang der Klosterschulgründungen der Reformationszeit vgl. Hermann Ehmer: Der Humanismus an den evangelischen Klosterschulen in Württemberg. In: Humanismus im Bildungswesen des 15. und 16. Jahrhunderts (Mitteilung der Kommission für Humanismusforschung 12, 1984) S. 121–133.

kennen. Diese zeitliche Einordnung ergibt sich vor allem aus der Klage Leussers über die kriegerischen Zeitläufte, die das Kloster wirtschaftlich an den Rand des Ruins gebracht haben. Denn einerseits hat es überhöhte Leistungen für die umliegenden Landesherren aufzubringen, andererseits ist es fast unmöglich, die Gefälle zu erheben, so daß der verderbliche Weg der Schuldenaufnahme begangen werden muß. In dieser Situation gilt Leussers Sorge vor allem seiner Klosterschule, *vonn deren wegen das unnd alle andere clöster fürnemblich gestiftt*. Sie empfiehlt er der besonderen Fürsorge des Grafen, der – wenn es nicht mehr anders geht – die Einkünfte und Lasten des Klosters übernehmen soll, falls er dafür die päpstliche Erlaubnis erlangen kann. In diesem Fall soll er die Mönche mit einem Leibgeding ausstatten und vor allem für die Unterhaltung der Schule besorgt sein, die mit zwei Lehrern 24 unbemittelte Knaben aufnehmen soll, die von den Einkünften des Klosters zu ernähren und zu kleiden sind. Daneben sollen weitere zwölf Knaben aufgenommen werden, die selbst für ihre Bekleidung sorgen und daneben auch noch jährlich zwölf Gulden Schulgeld zahlen können. Diese Knaben haben mit den Präzeptoren das klösterliche Stundengebet zu verrichten und sollen in einem sechsjährigen Kursus unterrichtet werden. Nach Ablauf der sechs Jahre sollen andere Knaben aufgenommen werden. Für den Fall, daß in den gefährlichen Zeitläufte alle Mönche sterben, soll man das, was für ihren Unterhalt aufgewendet wurde, der Schule zugute kommen lassen oder davon Universitätsstipendien vergeben, *uff das man leut ziehen möcht, di der christlichen gemain mit predigen unnd leren, auch in politischen regimenten nutz- und dinstlich werden möchten*.

Obwohl hier von den Bildungsinhalten keine Rede ist, dürfen wir davon ausgehen, daß auch in der Bronnbacher Schule, die ihr Ausbaustadium mit zwei Lehrern und 36 Schülern wohl nie erreichte, auf der Grundlage der lateinischen Sprache und des Bibelstudiums die hergebrachten Fächer des Triviums, nämlich Grammatik, Dialektik und Rhetorik, unterrichtet wurden, damit die Schüler dazu befähigt wurden, auf der Universität in den Lehrkurs der artistischen Fakultät eintreten zu können. Was Leussers Schulplan etwa von dem württembergischen unterscheidet, ist sein Vorhaben, Stipendiaten und zahlende Schüler aufzunehmen. Das Vorbild hierfür ist offensichtlich im zeitgenössischen Hospitalwesen mit seinen armen und reichen Pfründnern zu suchen. Ein weiterer Unterschied liegt auch darin, daß Leusser einen Lehrkurs von sechs Jahren plant, also offenbar von Jahrgangsklassen ausgeht, während die württembergischen Schulen das Aufsteigen in einem fünfklassigen System vom individuellen Fortschritt des einzelnen Schülers abhängig machen. Leusser scheint hier das Vorbild der Straßburger Schule vorzuschweben, in der es zunächst neun, dann zehn Jahrgangsklassen gab. Die bisher nicht beachtete, ausführliche Äußerung Leussers über seinen Bronnbacher Schulplan<sup>31</sup>

31 StAWt-G 32 XVI 1. – Wenn Clemens Leusser noch in einer neueren Publikation über Bronnbach (Gerhard Wissmann, Kloster Bronnbach. Ein Gang durch die Geschichte der ehemaligen Zisterzienserrabtei im Taubertal [Tauberbischofsheim 1986] S. 194) als »dieser destruktive Abt« bezeichnet wird, zeugt dies lediglich von Unkenntnis der Zusammenhänge, in denen die zukunftsweisende Konzeption

läßt deutlich erkennen, daß diesem ein achtenswerter Platz im Zusammenhang des reformatorischen Bildungswesens zukommt, dessen schließliches Scheitern nicht zu Lasten der Konzeption, sondern der politischen Verhältnisse geht.

Nach Leussers Darstellung hat Graf Michael III. von Wertheim in dieser Phase der Reformation des Klosters Bronnbach keine entscheidende Rolle gespielt. Man möchte aber annehmen, daß der Graf, der 1544 in Wittenberg und Leipzig studiert hatte, diese Umgestaltung des Klosters zumindest wohlwollend zur Kenntnis genommen hat. Jedenfalls war er mit Leussers Vorgehen einverstanden, als dieser ihm davon berichtete, und sicherte ihm seinen Schutz zu. Auch der größte Teil des Konvents billigte die Veränderungen, wie Leusser erzählt; ebenso neigte die Bevölkerung der Klösterdörfer dem evangelischen Glauben zu, so daß die Reformation durch die Feier des Abendmahls in beiderlei Gestalt im Kloster und auf den Klosterpfarreien an Ostern 1553 besiegelt werden konnte.

Drei der Konventualen waren mit der Reformation des Klosters nicht einverstanden. Einer von ihnen hat ein bemerkenswertes Selbstzeugnis hinterlassen, das die Vorgänge in Bronnbach aus seiner Sicht beleuchtet: »Ego Martinus Schepferus<sup>32</sup> Hochhausensis factus rentarius anno domini 1552 prima die Decembris sub abbate Clemente Leussero, Philippo priore<sup>33</sup>, Adamo Webero<sup>34</sup> bursario, Stephano<sup>35</sup> subbursario. Et subbursarius discessit anno 1553, prior uxorem duxit anno 1554, bursarius mortem obiit anno 1557, abbas uxorem duxit eadem in anno, die et hora qua ipse prior expiravit. Quid putas me facturum? Discedamne? Non. Uxorem ducam? Minime. Moriar? Hoc certum, si deo placuerit. Sed sola semper solor spe: Hie bin ich, anders weiß nit ich, got helff mir, zu im beger ich. Amen.« Diese bemerkenswerten Worte, deren Schluß an die Formulierung anklingt, die Luther 1521 bei seinem Auftritt vor Kaiser und Reich zu Worms gebraucht haben soll<sup>36</sup>, finden sich im 1482 angelegten Gült- und Zinsbuch des Bronnbacher Hofes zu Würzburg<sup>37</sup>, dessen Prokurator oder Verwalter Martin Schäfer seit 1552 war. Es gelang daher nicht, die Reformation des Klosters auch noch auf dessen Stadthof in Würzburg auszudehnen. Von Martin Schäfers beiden Mitbrüdern, die ebenfalls

einer Umgestaltung des Klosters durch Errichtung einer Schule steht. – Unrichtig ist auch die Auffassung von Kaufmann (wie Anm. 2) S. 475, daß Graf Michael das Gymnasium in Bronnbach nach Vertreibung der Mönche eingerichtet habe. Diese Auffassung teilt auch *F. Platz*: Beiträge zur Geschichte des Wertheimer Gymnasiums. In: Jahresbericht des Großherzoglichen Gymnasiums zu Wertheim a. M. über das Schuljahr 1875/76, S. 14, der die Bronnbacher Schule kurz erwähnt. Hingegen ist deutlich, daß die Schule aus dem Kloster selber erwachsen ist. Einzuschränken ist auch die Feststellung Kaufmanns, daß es an »eingehenden Nachrichten« über die Schule fehle. Es gibt zwar nur wenige Angaben über Lehrer und Schüler, doch ist die Konzeption der Schule im Rahmen des damaligen evangelischen Bildungswesens klar genug.

32 Martin Schäfer oder Opilio, 1548 Servitor, *Wecken* S. 255; seit 1552 Verwalter des Würzburger Hofes, ebd. S. 295.

33 Philipp Bavarus oder Beyer, Prior, *Wecken* S. 255.

34 Adam Weber oder Textor, 1548 Granarius, *Wecken* ebd.; 1551 Bursarius, StAWt-G XXI 59.

35 Stephan Ditz, 1548 Cellarius, *Wecken* ebd.

36 Vgl. *Brecht* (wie Anm. 9) S. 438f.

37 StAWt-R Bronnbacher Zinsbuch vorl. Nr. 41 Bl. 73. Der Hinweis auf dieses Stück ist Herrn Oberstaatsarchivrat Dr. Norbert Hofmann (jetzt Staatsarchiv Ludwigsburg) zu verdanken.



beim alten Glauben bleiben wollten, übernahm Johann Pleittner<sup>38</sup> die Pfarrei im mainzischen Königshofen an der Tauber, während sich der aus Kilsheim stammende Johann Knoll auf die Pfarrei Rosenberg begab. Von dort mußte er allerdings 1559 weichen, als Albrecht von Rosenberg, der Inhaber der Ortsherrschaft, die Reformation einführte<sup>39</sup>.

Vorerst blieb das reformierte Kloster Bronnbach unbehelligt, denn die fränkischen Bischöfe waren durch den Kriegszug des Markgrafen Albrecht in große Bedrängnis geraten<sup>40</sup>. Alsbald aber sollte sich das Blatt wieder einmal wenden. Dies bekam Clemens Leusser zu spüren, als er 1554 in Begleitung der Wertheimer Bürger Peter Heußlein und Balthasar Pistor und seines Schreibers Konrad Senfft von der Frankfurter Herbstmesse heimritt und zu Stockstadt am Landhag von fünf mainzischen Reitern angefallen wurde, die zur Verstärkung noch 18 Bauern bei sich hatten. Sie fragten ihn, ob er der Abt von Bronnbach sei. Leusser, der sah, daß die Reiter ihre Büchsen gespannt hatten und einer ihm das Gewehr sogar an den Leib setzte, erwiderte, er wüßte von keinem Abt. Die Reiter gaben sich damit nicht zufrieden, sondern meinten, daß er dem Abt ganz ähnlich sähe. Auf die Frage, wer er dann sei, gab Leusser zur Antwort, er sei der Zinsschreiber von Wertheim. Er war nämlich sicher, daß ihn die Reiter auf der Stelle erschießen würden, wenn sie erführen, daß sie tatsächlich den Bronnbacher Abt vor sich hatten. Leussers Furcht war keineswegs unberechtigt. Im selben Jahr war nämlich Johannes Fries, der Abt von Neustadt, der ebenfalls zum evangelischen Glauben übergegangen war, vom Würzburger Bischof inhaftiert worden. Fries gelang es später zu entkommen und versah dann in Württemberg und in der Kurpfalz verschiedene Pfarrstellen<sup>41</sup>. Clemens Leusser nahm diese Vorfälle zum Anlaß, seinen Wohnsitz in den Bronnbacher Hof zu Wertheim<sup>42</sup> zu verlegen und das Kloster von dort aus zu leiten. Mittlerweile traten der Prior und drei weitere Konventualen in den Ehestand und nahmen Pfarrstellen an.

Im Jahre 1555 wurde auf dem Reichstag zu Augsburg der Religionsfrieden abgeschlossen, der die Entscheidung für oder gegen die Reformation in die Hände

38 Johann Pleittner von Ochsenfurt, 1548 Kaplan in Kupprichhausen. *Wecken* S. 255; Heinrich Göbhardt, *Historica Domestica Liberae Abbatiae Bronnbacensis* (Handschrift, 1795), StAWt-R D 181 S. 78f.

39 *Helmut Neumaier*: Reformation und Gegenreformation im Bauland (Forschungen aus Württembergischer Franken 13, 1978) S. 118.

40 Durch eigene Rüstungen und Kontributionen geriet z. B. das Hochstift Würzburg in eine finanziell höchst prekäre Lage, vgl. *Karl Gottfried Scharold*: Hof- und Staatshaushalt unter einigen Fürstbischöfen von Würzburg im sechzehnten Jahrhundert. In: *Archiv des historischen Vereins von Unterfranken und Aschaffenburg* 6.1 (1840) S. 30ff. – Das Folgende, sofern nichts anderes bemerkt, nach *Wecken* S. 261ff.

41 Eine Arbeit über Fries fehlt. Einstweilen vgl. *Heinrich Neu*: Pfarrerbuch der evangelischen Kirche Badens von der Reformation bis zur Gegenwart. Teil 2 (Veröffentlichungen des Vereins für Kirchengeschichte in der evangelischen Landeskirche Baden 13, 1939) S. 176.

42 Dieser befand sich seit 1244 auf dem Areal der heute sogenannten Hofhaltung in der Mühlenstraße. StAWt-R US 1244 Juni 14. Diesen ersten Bronnbacher Hof in Wertheim erhielt 1565 Gräfin Katharina von Wertheim im Tausch gegen den Holzkircher Hof am Maintor, der seitdem als Bronnbacher Hof gilt. StAWt-R US 1565 Nov. 30; vgl. *Erich Langguth*: Die bewegte Geschichte des Bronnbacher Hofes: Kündigung, Prozeß und ein handfester Skandal. In: *Fränkische Nachrichten*, 29./30. Sept. 1984 (Messebeilage).

des jeweiligen Landesherrn legte. Ein erneutes Begehren des Würzburger Bischofs, das Kloster Bronnbach visitieren zu wollen, wurde von Wertheim abgelehnt<sup>43</sup>. Um diese Ablehnung zu bekräftigen, begab sich Graf Michael III. am 20. Dezember 1555 nach Bronnbach, wo er in der neuen Konventsstube vor Abt, Konvent und Zeugen die feierliche Erklärung abgab, daß er für seine Person bei seiner evangelischen Religion bleiben werde und hoffe, daß Abt und Konvent desgleichen tun, wobei er sie auch schützen werde. Leusser erklärte zusammen mit seinem Konvent, daß sie ebenfalls bei der evangelischen Religion bleiben wollten<sup>44</sup>. Dies geschah mit ausdrücklicher Berufung auf den Religionsfrieden, und Graf Michael hatte damit seinen Anspruch auf die Landesherrschaft über das Kloster und seine Besitzungen bekräftigt, die es ihm erlaubte, deren Konfessionsstand zu bestimmen.

Doch wieder einmal nahmen die Dinge eine unerwartete Wendung. Graf Michael starb am 14. März 1556, ohne einen männlichen Erben zu hinterlassen. Seine Witwe übergab daraufhin die Regierung ihrem Vater, dem Grafen Ludwig von Stolberg<sup>45</sup>. Bei dieser Art der Erbfolge stellte sich das Problem der Lehensnachfolge, die ja nur in der männlichen Linie möglich war. Hinsichtlich der Reichslehen gab es freilich keine Anstände<sup>46</sup>, während Bischof Melchior von Würzburg, dessen Lehen einen beträchtlichen Teil der Grafschaft ausmachten, sich sein Entgegenkommen mit 25000 Gulden bezahlen ließ<sup>47</sup>. Dafür erhielt Stolberg die würzburgischen Lehen der Grafschaft, jedoch unter verschiedenen Bedingungen. Hierzu gehörte, daß er den Bischof als geistlichen Ordinarius anerkannte, was ihm deswegen unschädlich dünken mochte, weil diese Klausel unbeschadet des Augsburger Religionsfriedens gelten sollte. Wesentlich deutlicher war die Bestimmung, daß der Erbschutz und -schirm für Bronnbach von Stolberg als Lehen von Würzburg anerkannt werden mußte. Dieses Recht, das ja seither als Reichslehen gegolten hatte, war die Grundlage, auf der allein Wertheim die Landesherrschaft über Bronnbach behaupten konnte, was Stolberg sicher auch klar gewesen ist. Dennoch ließ er absichtlich oder unabsichtlich diese Bestimmung durchgehen, ebenso wie die andere, daß nur die eventuellen männlichen Nachkommen seiner beiden älteren Töchter seine Lehensnachfolger sein konnten. Diese Bestimmung sollte sich als die wichtigste des gesamten Vertragswerks erweisen.

Stolbergs älteste Tochter Katharina war die Witwe Michaels III., dem sie eine

43 StAWt-G 32 I 3.

44 StAWt-G 21 I 4. Druck: *Kern* (wie Anm. 7) Anlage VIII, S. 268f. Leusser bietet eine etwas abweichende Version, *Wecken* S. 262f., was wohl darauf beruht, daß die mündlich gegebenen Erklärungen erst nachher schriftlich fixiert wurden.

45 StAWt-G III A 76 (gleichzeitige Kopie).

46 Die Reichslehen erhielt Stolberg bereits am 7. August 1556 aus der Hand Kaiser Ferdinands I., wobei bestimmt wurde, daß seine Brüder und deren Söhne seine Lehensnachfolger sein sollten, StAWt-G Reichslehen 10. Erst bei der Belehnung durch Kaiser Maximilian II. am 24. Dezember 1569 wurden die eventuellen männlichen Nachkommen der drei Töchter Stolbergs zu seinen Lehensnachfolgern bestimmt, ebd. Reichslehen 23.

47 Die Wertheimer Akten der zwischen Stolberg und Würzburg geführten Verhandlungen, StAWt-G 19 II 1–2; der am 16. August abgeschlossene Vertrag, ebd. XIII 197; der Lehenbrief vom folgenden Tag, ebd. Würzburger Lehen 30.

Tochter Barbara geboren hatte, die jedoch früh starb. In zweiter Ehe vermählte sie sich mit dem Grafen Philipp von Eberstein. Diese Ehe blieb jedoch kinderlos. Die zweite Tochter Elisabeth war zuerst mit Graf Dietrich von Manderscheid, in zweiter Ehe mit Wilhelm von Kriechingen verheiratet. Diese beiden Ehen blieben ebenfalls kinderlos. Damit war nach dem Wortlaut des mit dem Würzburger Bischof geschlossenen Vertrags kein Wertheimer Lehensnachfolger vorhanden, so daß die Lehen an den Bischof von Würzburg zurückfallen mußten. Dies erwies sich dann als um so mißlicher, als Stolbergs dritte Tochter Anna in der Ehe mit Graf Ludwig III. von Löwenstein vier Söhne hatte, die alle das Erwachsenenalter erreichten. Doch diese waren von der Nachfolge in die würzburgischen Lehen ausgeschlossen. Es bleibt vorerst ein Rätsel, weshalb Stolberg diese Bestimmung, die sich als entscheidend für die weitere Geschichte der Grafschaft erwiesen hat, überhaupt akzeptierte. Vielleicht hat man die zur Zeit des Vertragsabschlusses erst achtjährige Anna ignoriert, vielleicht hat diese, auch für die weitere Geschichte von Bronnbach schicksalhafte Vertragsbestimmung noch andere Gründe.

Vorerst war jedoch dieser Lauf der Dinge nicht abzusehen. Clemens Leusser trat 1557 selbst in den Stand der Ehe, indem er Maria Eberlin, eine Tochter des Wertheimer Reformators Johann Eberlin von Günzburg, heiratete<sup>48</sup>. Wieder einmal kündigte Würzburg eine Visitation des Klosters an, wogegen aber der Vaterabt in Maulbronn, veranlaßt durch seinen Landesherrn, den evangelischen Herzog Christoph von Württemberg, protestierte. Die Visitation unterblieb hierauf. Bischof Melchior Zobel fiel 1558 einem Attentat zum Opfer. Sein Nachfolger Friedrich von Wirsberg bot Leusser die Rückkehr ins Kloster an, da dieser gerade verwitwet war, denn Maria Eberlin war ein halbes Jahr nach der Heirat gestorben. Doch Leusser heiratete nach einem knapp einjährigen Witwerstand ein zweites Mal, nämlich Anna, die Tochter des Wertheimer Zinsschreibers Valentin Rüdiger<sup>49</sup>. Schon vorher hatte der Bischof den Bronnbacher Konventualen Johann Pleittner in Würzburg zum Abt von Bronnbach weihen lassen, der dann nach Leussers erneuter Heirat Anfang 1559 vom Bischof mit Gewalt in Bronnbach eingesetzt wurde. Die Proteste, die sowohl Leusser als der Graf von Stolberg hiergegen erhoben, blieben fruchtlos<sup>50</sup>.

In dieser Situation war es offenbar Graf Ludwig von Stolberg, der den Gedanken eines Verzichts Leussers auf die Abtswürde – selbstverständlich gegen eine Entschädigung – aufbrachte. Der Bischof ging auch darauf ein, und seine Regierung trat in Verhandlungen mit den stolbergischen Beamten in Wertheim, die Leussers Interessen – und selbstverständlich vor allem auch die ihres Herrn – vertraten.

48 Vgl. *Ehmer*: Johann Eberlin (wie Anm. 10) S. 71.

49 An Rüdiger erinnert heute noch sein Grabmal, das 1928 vom Wertheimer Bergfriedhof in die Stiftskirche versetzt wurde, vgl. Die Inschriften des badischen Main- und Taubergrundes bearb. von *Ernst Cucuel* und *Hermann Eckert* (Die Deutschen Inschriften 1.1, <sup>2</sup>1969) Nr. 232; *Ludwig Braun*: Die Epitaphien vom Wertheimer Bergfriedhof aus der Zeit vor dem Dreißigjährigen Krieg. In: *Wertheimer Jahrbuch* 1980, S. 9–45, hier S. 34ff.

50 StAWt-G 32 II 1: Antwort des Bischofs von Würzburg auf Stolbergs Protestation und die darauf erfolgte Rückantwort Leussers, StAW Geistl. Sachen 2610.

Clemens Leusser mochte wohl einsehen, daß eine politische Lösung gesucht wurde, die darauf abzielte, eine gütliche Einigung herbeizuführen, um das Problem aus der Welt zu schaffen. Die ausführliche Dokumentation jener Verhandlungen, die zu seinem Verzicht auf die Abtswürde führten, nimmt daher den größten Raum in Leussers Autobiographie ein<sup>51</sup> und stellt deren zentrales Anliegen dar. Sie ist damit sein Zeugnis dafür, daß er alles getan hat, was in seiner Macht stand, um sowohl bei seinem Glauben, wie bei seinem Kloster bleiben zu können, und daß er nur der Gewalt und dem politischen Kalkül gewichen ist.

Leusser nahm zwei auf ihn verübte Mordanschläge zum Anlaß, Wertheim zu verlassen und sich nach Heidelberg zu verfügen, um sich dort von der kurpfälzischen Regierung beraten zu lassen. Von dort reiste er weiter nach Maulbronn zum Vaterabt des Klosters Bronnbach. In Maulbronn war seit kurzem ebenfalls ein evangelischer Abt, der Leusser an die herzogliche Regierung in Stuttgart weiterempfahl<sup>52</sup>. Leussers Reise hatte immerhin den Erfolg, daß der Würzburger Bischof nunmehr die Verhandlungen beschleunigte, zumal sich jetzt Herzog Christoph von Württemberg, Kurfürst Friedrich von der Pfalz, Kurfürst Joachim von Brandenburg und Herzog Wolfgang von Pfalz-Zweibrücken der Sache annahmen und den Grafen Ludwig von Stolberg ersuchten, Leusser zu unterstützen. So kam es schließlich dazu, daß Leusser am 8. Januar 1560 im Bronnbacher Hof zu Wertheim auf das Abtsamt verzichtete, wenngleich er auch der Meinung war, daß Stolberg ihn hätte bei der Abtei erhalten können. Dem neuen Abt lieferte er das Klosterarchiv, Kirchengewänder und -gewänder sowie die Bibliothek aus<sup>53</sup>. Leusser erhielt dagegen eine einmalige Entschädigung von 450 Gulden und eine lebenslange jährliche Rente von 20 Malter Korn, ferner noch etliches Silbergeschirr und die Fahrhabe im Klosterhof zu Wertheim, desgleichen auch das Haus, das er sich in Wertheim in der Brückengasse gekauft hatte. Sein Nachfolger Johann Pleittner mußte hingegen – und das war eben der hauptsächlich strittige Punkt bei den Verhandlungen gewesen – alle Rechtsgeschäfte anerkennen, die Leusser als rechtmäßiger Abt vorgenommen hatte, insbesondere mußte er die Schulden übernehmen, die Leusser hatte aufnehmen müssen.

Nachdem er die Abtswürde abgetreten hatte, begann Leusser eine bürgerliche

51 *WeckenS.* 284–319. Einige hierher gehörige Aktenstücke befinden sich auch in StAWt-G32 II 1.

52 Valentin Vannius (1495–1567), ein ehemaliger Maulbronner Mönch, seit Anfang 1558 Abt von Maulbronn; vgl. *Hermann Ehmer*: Valentin Vannius und die Reformation in Württemberg (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B Bd. 81, 1976). Der Kontakt Leussers zu Vannius ist in der Maulbronner Überlieferung nicht dokumentiert, dagegen aber der gleichzeitig unternommene Versuch, das Maulbronn unterstellte Kloster Pairis bei Kolmar zu reformieren, was jedoch auf die Dauer nicht gelang, weil Österreich die Schirmherrschaft inne hatte, vgl. *Ehmer*, ebenda S. 252f. Der von Württemberg unternommene Versuch, die zisterziensische Filiation zugunsten der Reformation des Klosters Bronnbach zu nutzen, stellt daher eine Parallele zu dem Vorgang von Pairis dar und ist deshalb durchaus ernst zu nehmen.

53 Neben Leussers Aufzählung dessen, was er Abt Johann Pleittner übergeben hat, *WeckenS.* 316, gibt es auch eine wohl von Seiten des letzteren gemachte Aufstellung in StAW Geistl. Sachen 2610. Angesichts der von Leusser offensichtlich sehr genau genommenen Übergabe des Klosterbesitzes ist es völlig unverstänlich, weshalb *Wissmann* (wie Anm. 31) davon reden kann. Leusser habe dem Kloster »den schlimmsten Schaden« dadurch zugefügt, daß er bei seinem Umzug nach Wertheim »aus der Bibliothek die kostbarsten Bücher und aus dem Archiv die wichtigsten Dokumente mitgehen ließ«.

Karriere. Dank seiner Kenntnisse und Erfahrungen wurde er schon bald bei der gräflichen Verwaltung zugezogen und erscheint so z. B. bei der Revision der Jahresrechnungen der verschiedenen Verwaltungsstellen der Grafschaft. Er war ferner Mitglied des Konsistoriums, d. h. des Ehegerichts, das zusammentrat, wenn ein entsprechender Fall vorlag. Auch bekleidete Leusser das Amt eines Hausvogts, als der er die Verwaltung der gräflichen Hofhaltung in Wertheim leitete. 1563 gab Leusser die Hausvogtei ab und erscheint dann in einem öffentlichen Amt zuletzt 1570/71, nämlich als Baumeister, d. h. als verantwortlicher Leiter der Umbaumaßnahmen, mit denen die Kilianskapelle für die Zwecke der Wertheimer Lateinschule eingerichtet wurde<sup>54</sup>. Offenbar wollte man sich damit auch die Schulerfahrung Leussers zunutze machen.

Nach seinem Ausscheiden aus dem unmittelbaren gräflichen Dienst nahm Leusser am 30. November 1564 das Wertheimer Bürgerrecht an und wurde – ein einmaliger Fall in der Wertheimer Stadtgeschichte – noch am selben Tag in Rat und Gericht aufgenommen<sup>55</sup>. Im folgenden Jahr bekleidete er das Amt des älteren Bürgermeisters. Zugleich begann er einen Handel mit sämischem Leder, in dem er recht erfolgreich war. Als ehemaliger Abt, gräflicher Beamter und Kaufmann gehörte Leusser der städtischen Oberschicht an, aus der ausnahmslos auch die Paten seiner Kinder stammen. Diese bürgerliche Reputation wurde schließlich auch noch durch ein 1561 von Kaiser Ferdinand I. dem Vater Leussers und damit auch ihm verliehenes Wappen geziert, das im blauen Schild eine weiße, auffliegende Taube zeigt. Dieses Wappen krönt auch Leussers Grabmal, das bis vor kurzem auf dem Wertheimer Bergfriedhof stand. Das stattliche Epitaph zeigt den am 6. Oktober 1572 verstorbenen Leusser<sup>56</sup> zusammen mit seinen beiden Frauen und vier Söhnen und drei Töchtern, die andächtig kniend zum Gekreuzigten emporblicken<sup>57</sup>.

Clemens Leusser war seit seiner Resignation nicht mehr mit Bronnbacher Angelegenheiten befaßt. Sein Nachfolger Johann Pleittner starb schon am 25. März 1563<sup>58</sup>. Bei dessen Tod war das Kloster von würzburgischen Reisigen besetzt, um jeglichen Wertheimer Einfluß bei der Abtswahl auszuschalten. Der Protest des

54 Abt Clemens von Bronnbach erscheint z. B. bereits am 9. Juni 1559 bei der Revision der Chorstiftsrechnung 1558/59, am 20. Juli 1561 als Clemens Leusser bei der Revision der Rechnungen 1559/60 und zuletzt am 8. Juni 1564 bei der Revision der Rechnung 1563/64, StAWt-G Chorstiftsrechnungen. Hausvogteirechnungen aus Leussers Zeit liegen nicht vor. Zum Umbau der Kilianskapelle vgl. StAWt-G Chorstiftsrechnung 1570/71; Quellen zur Schulgeschichte der Grafschaft Wertheim bearb. von *Otto Langguth* (Würzburg 1937) S. XII.

55 Die Bedeutung des Vorgangs wird betont durch den Eintrag in der Chronik des Braunen Buches, vgl. *Erich Langguth*: »Denkwürdige Händel« aus 200 Jahren. In: *Main-Tauber-Post*, 30. Juni 1954.

56 Von unbekannter Hand wurde am Schluß von Leussers Lebensbeschreibung nachgetragen: »Clemens Leusserus extremam vitae diem clausit die 6. Octobris anno 72, circa horam secundam pomeridianam: periit colica accedente etiam epilepsia.«

57 Vgl. Die Inschriften Nr. 244; Braun (wie Anm. 50) S. 28ff. Das Grabmal ist jetzt in der Wertheimer Kilianskapelle aufgestellt. Aus der Tatsache, daß das Grabmal sieben Kinder zeigt, während Leusser selbst nur sechs nennt, ist zu schließen, daß ihm nach 1568, nach der Abfassung der Lebensbeschreibung, noch eine Tochter geboren wurde.

58 Sein Grabmal befindet sich im nördlichen Seitenschiff der Bronnbacher Klosterkirche, vgl. Die Inschriften (wie Anm. 50) Nr. 232.

Grafen Ludwig von Stolberg<sup>59</sup> gegen dieses Vorgehen blieb fruchtlos. Bischof Friedrich ernannte den letzten Bronnbacher Konventualen Johann Knoll zum Abt<sup>60</sup>, denn Martin Schäfer, der Verwalter des Bronnbacher Hofes in Würzburg, war alsbald gestorben, nachdem er mit Pleittner wieder nach Bronnbach gekommen war. Johann Knoll war übrigens – wohl während seiner Amtszeit als Pfarrer in Rosenberg – in den Ehestand getreten und Vater zweier Töchter geworden<sup>61</sup>. Es muß vorerst offen bleiben, ob jene Walpurgis Knöllin von Kulsheim, die am 2. Oktober 1568 starb und in Bronnbach begraben ist<sup>62</sup>, die Frau oder die Mutter des Abts Johann ist. Fest steht jedenfalls, daß Clemens Leusser demnach nicht der einzige verheiratete Abt von Bronnbach war. Darüber hinaus ist am Beispiel Knolls ersichtlich, daß die Heirat eines Priesters in jener Zeit nicht immer ein untrügliches Zeichen für das evangelische Bekenntnis ist.

Die drei Mönche, die 1559 das Kloster wiederbesiedelten, hatten selbstverständlich wieder ihren hergebrachten Gottesdienst aufgenommen, wengleich auch hinter verschlossenen Türen. In der Klosterkirche wurde nach wie vor von dem als Prediger angestellten Daniel Pfeiffer von Kulsheim, einem ehemaligen Konventualen, evangelischer Gottesdienst gehalten. Bei der vom Wertheimer Superintendenten Jakob Piscator am 1. und 2. August 1559 gehaltenen Synode klagte Pfeiffer über »die große unbilligkeit«, die er von dem neuen Abt erleiden müsse, und wurde daraufhin von seinen Amtsbrüdern »zur beständigkeit« ermahnt<sup>63</sup>.

59 StAWt-G 32 II 2.

60 StAWt-R US 1563 Mai 8.

61 Dies geht hervor aus einer Jahrtagstiftung, die Knoll mit Zustimmung seiner Tochter Margarete und deren Ehemann Klaus Adelman für sich, seine beiden Töchter Margarete und die bereits verstorbene Ursula sowie andere Angehörige in der Pfarrkirche zu Kulsheim errichtete. StAWt-R US 1571 April 23. Knolls Frau wird in dem Stiftungsbrief allerdings nicht erwähnt. Es geht aber daraus hervor, daß Knoll, als er die Abtei Bronnbach bezog, vom Bischof die Erlaubnis erhielt, daß er seine Fahrhabe als Pfarrer von Rosenberg an seine beiden Töchter vererben dürfe.

62 Die Inschriften (wie Anm. 50) Nr. 119.

63 Vgl. die von dem Superintendenten Jakob Piscator 1557 angelegte *Kurtze verzeichnung des jerlichen einkomens der pfarhern und kirchendiener der stat und graffschafft Werthaim*. . . . StAWt-G 45/2b. – *Heinrich Schäfer*: Die Kirche zu Waldhausen bei Wertheim und ihre Pfarrer im Laufe der Jahrhunderte, in: Jahrbuch des Historischen Vereins Wertheim 1933, S. 75–121 nennt S. 97 für die Zeit um 1558 einen Magister Paulus Andrea, *Augustanus pastor Bronnbacensis*, ohne jedoch diese Angabe zu belegen. Es finden sich aber keine Hinweise darauf, daß Bronnbach jemals eine eigene Pfarrei gehabt hätte, da der evangelische Gottesdienst dort von dem bereits erwähnten Klosterprediger und später vom Pfarrer von Reicholzheim gehalten wurde. Die wohl auf einem Irrtum beruhende Angabe Schäfers hat leider auch in neueren Standardwerken für Verwirrung gesorgt. Das Baden-Württembergische Pfarrerbuch Bd. I Kraichgau-Odenwald Teil I (Karlsruhe 1979) bearb. von *Max-Adolf Cramer* führt S. 100 für Bronnbach eine eigene Pfarrliste auf, die von Konrad Krauthauß (1548–1549) angeführt wird. Dieser ist aber mindestens für die Jahre 1548–1554 als Pfarrer in dem zu der wertheimischen Herrschaft Breuberg gehörigen Kirchbrombach (bei Michelstadt/Odenwald) nachgewiesen; StAWt-G 24/175 und 190 Bl. 60 und 80. Aufgrund dieser Verwechslung beginnt die Pfarrliste für Kirchbrombach auf S. 158 des erwähnten Pfarrerbuchs erst 1576. In der Bronnbacher Pfarrliste ist der auf Krauthauß folgende Paulus Andreae (1552–1563) aus den oben angegebenen Gründen wohl zu streichen. An seiner Stelle müßte allenfalls der bereits erwähnte Klosterprediger Daniel Pfeiffer stehen, der, wie weiter unten ausgeführt, 1563 Pfarrer in Reicholzheim wurde und das Predigeramt im Kloster weiterhin von dort aus versah. Die Nennung des Wertheimer Kantors Wendel Schieferdecker in der Bronnbacher Pfarrliste ist ebenfalls irreführend. Schieferdecker wird von *O. Langguth*, *Quellen* (wie Anm. 54) S. XIII als der unten erwähnte ungenannte Lehrer vermutet, der 1568/69 von Wertheim nach Bronnbach entsandt wurde. Wenn dies auch Schieferdecker gewesen sein könnte, so kann er doch nicht als Pfarrer von Bronnbach bezeichnet

Auch die von Leusser gegründete Schule bestand weiter. Ein Beleg dafür ist, daß man Abt Pleittner 1559 von Wertheim aus vorgeworfen hat, daß er die Schüler einzeln abschaffe. Der Abt rechtfertigte sich nicht vor der Wertheimer Regierung, sondern – wie es damals üblich geworden war – vor dem Würzburger Bischof und erklärte, daß er den Sohn des Gissigheimer Pfarrers aus disziplinarischen Gründen heimgeschickt habe<sup>64</sup>.

Abt Johann Knoll hatte sich erboten, die Schule, ebenso wie den evangelischen Gottesdienst in der Klosterkirche, zu belassen, um den Wertheimer Protest gegen seine Wahl zu besänftigen. Die Einhaltung dieser Zusage ist zu erkennen an der wiederholten Entsendung von Lehrern aus Wertheim nach Bronnbach. 1564/65 verhandelte man in Wertheim mit einem Magister Simon von Nürnberg, der als Schulmeister nach Bronnbach angenommen werden sollte. Die Berufung kam aber nicht zustande, so daß man dem Simon (dies war sicher sein Taufname) lediglich ein Zehrgeld von 4 fl. ausbezahlte. Am 18. August 1565 bat Superintendent Jakob Piscator den Grafen von Stolberg, sich der Bronnbacher Schule anzunehmen. Er schlug vor, einen gewissen Georg Lortz nach Bronnbach zu versetzen. Der gräfliche Entscheid auf diesen Bericht lautete, daß der Abt einbestellt und mit ihm deswegen verhandelt werden solle. Was das Ergebnis dieser Verhandlungen war, ist uns allerdings nicht bekannt. 1566 war es ein sonst nicht bekannter Bernhard Kling, der als Lehrer nach Bronnbach geschickt wurde. 1568/69 ist die Rede von einem weiteren namentlich nicht genannten Lehrer, *so gen Brumbach verordnet* wurde<sup>65</sup>.

Der offensichtlich häufige Wechsel bei den Lehrern läßt sicher auf die wachsenden Schwierigkeiten schließen, die der Schule von seiten des Abts und des Bischofs von Würzburg gemacht wurden. Die Zusage des Abts, den evangelischen Gottesdienst im Kloster und die evangelische Klosterschule bestehen zu lassen, sollte offensichtlich nur vorläufig gelten, denn die würzburgische Politik zielte selbstverständlich auf eine vollständige Restitution des katholischen Kultus in Bronnbach ab. Dazu gehörte, daß der würzburgische Anspruch auf die Landesherrschaft durch entsprechende Handlungen bei jeder sich bietenden Gelegenheit untermauert wurde, obgleich Graf Ludwig von Stolberg nun die vom Reich den Grafen von Wertheim verliehene Schirmgerechtigkeit, aus der sich die Landesherrschaft herleitete, zu behaupten suchte. Bischof Friedrich hingegen beharrte auf dem Wortlaut des 1556

werden. Die Bronnbacher Pfarrerliste ist also ersatzlos zu streichen. – Wohl aufgrund der Angaben im Pfarrerbuch von Cramer findet sich im Historischen Atlas von Baden-Württemberg im Beiwort zu Karte VIII.7 Reformation und Gegenreformation im Gebiet des heutigen Landes Baden-Württemberg bearb. von Gunther Franz auf S.2 die merkwürdige Feststellung: »Das Dorf Bronnbach war von 1548–1572 evangelisch, das unter wertheimischer Vogtei stehende Kloster nur von 1553–1563.« Hierzu ist festzustellen, daß es im 16. Jahrhundert – ebensowenig wie heute – kein Dorf Bronnbach gegeben hat. Die zitierten Angaben von Franz sind daher ebenfalls zu streichen; allenfalls könnte man formulieren, daß das Kloster von 1552–1559 evangelisch war und bis 1572 eine evangelische Klosterschule bestand.

64 Hierfür und für das Folgende vgl., wo nichts anderes angemerkt, Kern (wie Anm. 7) S. 231. – Die Verantwortung des Abts Pleittner wegen Abschaffung der Schüler, StAW Geistl. Sachen 2610. Evangelischer Pfarrer in Gissigheim war zu der Zeit Johann Kaspar Schmidt, Baden-Württembergisches Pfarrerbuch Bd. 1.1 (wie Anm. 63) S.128.

65 StAWt-G Chorstiftsrechnung 1564/65; ebd. G45/26; Quellen (wie Anm. 54) S. 125 und S. XIII.

mit Stolberg geschlossenen Vertrags, aufgrund dessen der Klosterschirm ein vom Bischof dem Grafen verliehenes Lehen war. Es mußte demnach eine Frage der Machtverhältnisse sein, wie sich die Dinge in Zukunft entwickeln würden.

1565 nahm Abt Johann neue Konventualen auf, im folgenden Jahr wollte er gar eine Primiz in Bronnbach feiern. Auf den Wertheimer Einspruch hin wurde die Primiz in Kulsheim gehalten, doch zu weiteren Maßnahmen mochte sich Stolberg nicht durchringen. Der Grund dafür war wohl, daß 1566 seine beiden Töchter Katharina und Anna geheiratet hatten<sup>66</sup> und er die Lehensnachfolge der aus diesen beiden Verbindungen erhofften männlichen Nachkommen nicht gefährden wollte. Abt Johann konnte es deshalb wagen, Anfang 1571 dem Reicholzheimer Pfarrer die Klosterkirche zu versperren, als dieser zum Gottesdienst kommen wollte. Er bot ihm an, seine Predigt in der Kapelle zu halten. Dieser Pfarrer war Daniel Pfeiffer, einstiger Konventual und vormaliger Klosterprediger, der dem 1563 verstorbenen Philipp Beyer im Amt nachgefolgt war, worauf die Stelle des Klosterpredigers sicher nicht mehr besetzt, sondern von Reicholzheim aus versehen wurde. Philipp Beyer war übrigens derselbe, der bei der Wahl Leussers zum Abt als Prior des Klosters erscheint, und wurde wohl von Leusser selbst nach Reicholzheim entsandt, wo das Kloster das Pfarrbesetzungsrecht hatte<sup>67</sup>.

Planmäßig arbeitete nun Abt Johann auf die Wiedergewinnung der Klosterkirche hin. Es muß für ihn geradezu eine sinnbildliche Handlung gewesen sein, daß er zuerst die durch ein Unwetter überschwemmte und verschlammte Kirche reinigen lassen mußte<sup>68</sup> und erst dann alles darauf vorbereiten konnte, daß der Würzburger Weihbischof Anfang 1572 Kirche, Kapellen und Altäre neu weihte. Hierauf verfügte sich Bischof Friedrich selbst nach Bronnbach, um dort die erste Messe zu lesen. Wenig später, am 17. März 1572, starb Daniel Pfeiffer, Pfarrer in Reicholzheim und evangelischer Klosterprediger im Nebenamt. Im Herbst wurde Valentin Wagner zu seinem Nachfolger ernannt.

Bereits Ende 1571 hatte Graf Ludwig von Stolberg – möglicherweise bestärkt durch seinen Schwiegersohn, den Grafen Ludwig III. von Löwenstein – beim Reichskammergericht in Speyer eine Klage gegen Würzburg wegen Bruchs des Religionsfriedens in Bronnbach anhängig gemacht<sup>69</sup>. Dies hielt den Lauf der Dinge nicht mehr auf: nachdem nun die Klosterkirche neu geweiht war, blieb sie dem evangelischen Pfarrer endgültig verschlossen. Als weiterer Schritt für die Rekatholisierung des Klosters wurde ein Jesuit zum Schulmeister bestellt, der

66 Vgl. Hermann Ehmer: Die Brautwerbung des Grafen Ludwig III. von Löwenstein. In: Wertheimer Jahrbuch 1984/85, S. 127–132.

67 StAWt-G 32 VI 6. Mit der Kapelle ist wohl die damals an der Stelle der heutigen Gastwirtschaft gestandene Andreaskapelle gemeint, die vermutlich als Leutkirche diente. – Im übrigen ist hiernach die Angabe von Heinrich Neu: Geschichte der evangelischen Kirche in der Grafschaft Wertheim, Heidelberg 1903, S. 40, zu differenzieren, da der evangelische Gottesdienst in Bronnbach unter Abt Johann Knoll nicht – wie Neu meint – abgeschafft, sondern aus der Klosterkirche verdrängt wurde. – Zu Beyer und Pfeiffer vgl. Piscators Verzeichnis (wie Anm. 63).

68 Dergleichen Unwetter haben Bronnbach häufiger betroffen. Eine ganz ähnliche Überschwemmung wie 1571 fand z. B. am 22. Mai 1978 statt.

69 StAWt-G 32 I 5–7. Weitere Akten betr. diesen Prozeß ebd. R Br 473.



selbstverständlich darauf hinarbeitete, daß sich die Schüler dem katholischen Glauben zuwandten. Auch diese Neuerungen fügte Stolberg seiner Klage beim Reichskammergericht an. Das Gericht setzte eine Kommission ein, die an Ort und Stelle durch das Verhör zahlreicher Zeugen die Sachlage klären sollte. Es gelang aber Abt Johann Knoll, zusammen mit dem Bischof den Fortgang des Prozesses zu verschleppen und weiterhin vollendete Tatsachen zu schaffen<sup>70</sup>.

Darüber starb Graf Ludwig von Stolberg 1574 und hinterließ seinen Schwiegersöhnen, den Grafen von Eberstein, Manderscheid und Löwenstein, ein schwieriges Erbe. Der tatkräftigste dieser drei war zweifellos Löwenstein, dessen Position jedoch auf die Dauer dadurch beeinträchtigt war, daß seine Söhne von der Nachfolge in die würzburgischen Lehen ausgeschlossen blieben, obwohl er nach dem Tode Stolbergs im Einverständnis mit seinen Schwägern den Versuch gemacht hatte, beim Würzburger Bischof die Mitbelehnung zu erreichen. Dieser Versuch blieb freilich ebenso fruchtlos wie jener, die Bronnbacher Angelegenheit zur Sache der evangelischen Reichsstände zu machen<sup>71</sup>. Inhaber des Würzburger Bischofsstuhls war seit 1576 Julius Echter von Mespelbrunn, der alsbald die Gegenreformation zu seiner Lebensaufgabe machte und daher auch in Sachen Bronnbach ein unnachgiebiger Gegner Wertheims war. Die Resignation von Abt Johann Knoll 1578 und die Wahl des neuen Abts Wigand Mayer ging daher ohne Störung vonstatten, worauf seitens der Wertheimer Regierung lediglich mit einer Protestation geantwortet wurde<sup>72</sup>.

Da Wertheim nun im Kloster selbst nichts mehr zu bestellen hatte, ging es in der nächsten Phase der Auseinandersetzung um die Klosterpfarreien, auf denen nach wie vor evangelische Pfarrer saßen. Abt Johann lud die Pfarrer von Dörlesberg und Reicholzheim vor und ermahnte sie, den katholischen Glauben anzunehmen. Als sie nicht gehorchten, schreckte der Abt nicht vor Gewaltanwendung zurück, ließ am 10. Juli 1585 von Bewaffneten das Dörlesberger Pfarrhaus überfallen, wobei man statt des Pfarrers, der nicht zu Hause war, dessen Hausrat und Vorräte wegschleppte. Die Maßnahmen des Abts und die Gegenmaßnahmen des Grafen Ludwig von Löwenstein steigerten sich rasch gegenseitig und führten schließlich dazu, daß der Graf den Zehnten in Dörlesberg und Reicholzheim beschlagnahmte, um den Abt zu zwingen, den Pfarrern an beiden Orten die Besoldung weiterhin zu reichen<sup>73</sup>. Es gelang freilich in diesem Zeitraum nicht, den katholischen Gottesdienst in den Dörfern dauerhaft einzuführen; dies war erst 1628, während des Dreißigjährigen Krieges, möglich.

Der Streit um Bronnbach und die Klosterdörfer mündete ein in den Lehensstreit

70 Vgl. z. B. die vom Abt nicht befolgte Zitation vor die Reichskammergerichtskommission nach Wertheim, StAWt-R US 1574 Mai 4.

71 Gesuch um Mitbelehnung, StAWt-G 19 III 1; Denkschrift für die Stände der Augsburger Konfession 1577, StAWt-G 32 I 20.

72 Niederschrift über die Wahl, StAWt-R US 1578 Sept. 23; Bestätigung des Abts Wigand durch Bischof Julius, ebd. 1578 Sept. 30; Wertheimer Protest, StAWt-G 32 II 3. Die Bestätigung durch einen Kommissar des Abts von Cîteaux erfolgte erst 1591, StAWt-R US 1591 Febr. 26.

73 Prozeßakten wegen Dörlesberg, StAWt-G 32 I 8–11, wegen Reicholzheim, ebd. 12–13.

zwischen Würzburg und Wertheim<sup>74</sup>, bei dem es ebenfalls nicht an gegenseitiger Gewaltanwendung fehlte, so daß dieser Streit für die betroffene Bevölkerung zu einem Vorspiel des Dreißigjährigen Krieges wurde. Während des großen Kriegs vermochte sich Wertheim für einige Zeit wieder in den Besitz des Klosters Bronnbach zu setzen, als Abt Johann Feilzer und sein Konvent nach dem Sieg Gustav Adolfs bei Breitenfeld am 17. September 1631 geflohen waren<sup>75</sup>. Der Schwedenkönig übereignete daraufhin den evangelischen Grafen zu Löwenstein-Wertheim am 28. Februar 1632 formell die Klöster Bronnbach, Holzkirchen, Triefenstein und Grünau zusammen mit den vier Ämtern Laudenschlag, Remlingen, Freudenberg und Schweinberg<sup>76</sup>, die Julius Echter als heimgefallene Lehen an sich genommen hatte. Diese »Schwedische Donation« geschah kraft Kriegsrechts, konnte also nur so lange Bestand haben, wie das Kriegsglück währte. Schon zwei Jahre später, am 6. September 1634, wurde das schwedische Heer bei Nördlingen vernichtend geschlagen, und ganz Süddeutschland fiel in die Hand der kaiserlichen Partei. Der Bronnbacher Abt und sein Konvent konnten daraufhin wieder zurückkehren.

Dörlesberg und Reicholzheim waren durch den Westfälischen Frieden den Wertheimer Grafen eingeräumt worden, da sie im Normaljahr 1624 wertheimisch gewesen waren<sup>77</sup>. Doch Bronnbach strengte beim Reichskammergericht einen Prozeß wegen der Herrschaftsrechte in Dörlesberg, Reicholzheim und Nassig an, der schließlich 1672/73 darin endete, daß die beiden ersteren Orte dem Kloster Bronnbach zustehen, Nassig aber bei der Grafschaft Wertheim bleiben sollte<sup>78</sup>. Diese Bereinigung führte dazu, daß Reicholzheim und Dörlesberg wieder zum katholischen Glauben zurückgeführt wurden. Damit war im wesentlichen der Besitzstand erreicht, den das Kloster Bronnbach bis zur Säkularisation 1802/03 haben sollte.

Die evangelische Periode und namentlich Abt Clemens Leusser bildeten für das Selbstbewußtsein des Klosters Bronnbach in der Folgezeit stets einen Makel. Die einzige aus jener Zeit erhaltene Bronnbacher Rechnung, nämlich die des Klosterhofs in Würzburg, die von Adam Weber geführt worden war, wurde noch am Ende des 18. Jahrhunderts mit dem Vermerk *Rechnung des apostatirten Abts Clemens Leusser* versehen<sup>79</sup>. In der – allerdings nicht besonders entwickelten Klostergeschichtsschreibung fehlt es nicht an Hinweisen auf den schrecklichen Tod des Ketzers Leusser, dessen letzte Worte *o Brunbach, o Brunbach* gewesen seien<sup>80</sup>.

74 StAWt-G 19 V 1–21.

75 Kaufmann (wie Anm. 2) S. 476ff. Hermann Ehmer: Ein Bronnbacher Meßkelch in Schweden. In: Wertheimer Jahrbuch 1977/78, S. 99–105.

76 StAWt-G VC 8. Die Urkunde wird seit 1945 vermißt. Ein Abdruck des Textes findet sich in: Archiv des historischen Vereins von Unterfranken und Aschaffenburg 7.3 (1843) S. 106–109. – Akten der Verhandlungen wegen der Schwedischen Donation StAWt-G XII 130f.

77 Restitution von Dörlesberg und Reicholzheim 1649, StAWt-G 32 XIV 10–12.

78 StAWt-R D:81 S. 98.

79 StAWt-R R 80 1547/48.

80 De sacri ordinis nostri Cisterciensis origine (Handschrift, entstanden nach 1627), StAWt-R Br 940. Die dort und danach auch anderwärts zu findende Behauptung, daß Leusser nach seiner Bürgerannahme

Ein unbekannter Bronnbacher Mönch verfaßte wohl anfangs des 17. Jahrhunderts ein Akrostich auf Leusser<sup>81</sup>, bei dem die Anfangsbuchstaben der einzelnen Verse seinen Namen ergeben: *CLEMENT LEUSSER ZV HARTEN*.

*Clement Leusser zu Harten wart gebohren,  
Lang hernach Apt zu Brunbach erkoren;  
Ein böß, untreus Hertz theet er in im tragen,  
Mit falschem Betrug und geytzigen Magen.  
Evangelisch und heyllig wollt er leben:  
Nachdem thett er seinen Conventsbrüdern Weiber geben,  
Trang sie zum Kloster auf die Pfar hinaus,  
Ließ sie also ziehen mit ihren Weybern zu Hauß.  
Er nahm für sich Kelch, Meßgewandt und Monstrantz,  
Und was das Closter hatt, must mit im gehn Werthem dann.  
Solcher erlosen Stuck dett er sich auch nicht schemen,  
Er must des Closters gantz Schatz auch mit nemen,  
Recht wie andere Aidtbrichigen und Mammelucken.  
Zu den Kasten und Kellern thett er auch gucken.  
Verderbt, verwüst das Closter also in Grundt,  
Hatts nit überwunden zu diser Stundt,  
Auch uberwints nicht in hundert Jharen.  
Recht warhafftig hab ich erfahren,  
Thett hernach solches wenig widergeben.  
Er meinett es soltt im nichts schaden am ewigen Leben,  
Nimpts Gott also von im gerecht und guett.*

Joseph Maria Schneidt, Rechtskonsulent des Klosters, verfaßte 1759 einen *Vorläufigen Entwurf einer urkundmäßigen Geschichtkunde des abteilichen Zisterzienserklusters Bronnbach in Franken an der Tauber gelegen*<sup>82</sup>, der leider nicht über das Konzeptstadium hinausgediehen ist. Er anerkennt immerhin, daß Leusser *ein geschickter und in Clostersachen wohlerfahrener Mann* war.

Heinrich Göbhardt endlich, der letzte Abt von Bronnbach, der sich auch als Klosterchronist betätigte, verfaßte eine *Series Abbatum*<sup>83</sup>, in der er alle Äbte des Klosters mit Kurzbiographien und ihren Wappen darstellt. Von Leusser weiß er zu berichten: *infausto sidere natus anno 1556 relicto monasterio, quod prius diripuerat, fidem abjuravit, tandem anno 1572 die 6. Octobris miserrime interiit*. Göbhardts Tendenz ist – etwas verborgen – vor allem an dem Wappen ersichtlich, das er Leusser zuschreibt. Es ist nicht das Wappen, das oben erwähnt wurde und das Göbhardt von Leussers Wertheimer Grabmal kennen mochte. Vielmehr zeigt

in Wertheim noch wertheimischer Amtmann in Laudenbach geworden sei, findet in den zeitgenössischen Quellen keine Bestätigung.

81 StAWt-R D 491b.

82 StAWt-R D 143.

83 StAWt-Stadtarchiv o. Sign.

Leussers Wappen, wie es in Göbhardts Arbeit erscheint, im gespaltenen Schild vorne den Abtsstab und hinten einen Spinnrocken, als Helmzier eine weibliche Gestalt, die in der rechten Hand den Abtsstab und in der linken den Spinnrocken hält. Es handelt sich also um ein Spottwappen, das gleichsam zeigen soll, daß Leusser durch seine Heirat den Abtsstab mit dem Spinnrocken vertauschte.

Heinrich Göbhardt hat sich selbst noch als 52. Abt von Bronnbach in seine Series Abbatum eingetragen. Sie ist damit vollständig, denn das Kloster Bronnbach wurde schon im Herbst 1802 im Vorgriff auf den Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803 durch den Fürsten von Löwenstein-Wertheim-Rochefort säkularisiert. Nur kurze Zeit wurde Abt Heinrich in der Hoffnung gehalten, daß das Kloster noch durch Umwandlung in ein »Institut« zu retten wäre, das zugleich Gymnasium und Priesterseminar sein sollte. Als sich abzeichnete, daß dieser Plan nicht verwirklicht werden würde, resignierte Abt Heinrich am 22. April 1803 und zog sich für seinen Lebensabend in seine Vaterstadt Bamberg zurück<sup>84</sup>.

84 Besitzergreifung 1802. StAWt-R D 6; Projekt eines »Instituts« und die Abdankung Göbhardts, ebd. B 251.

# Zum Bildungsstand fränkischer Zisterzienserinnenkonvente

VON ELISABETH SCHRAUT

## 1. Die religiöse Frauenbewegung

Seit dem 12. Jahrhundert strebten immer mehr Frauen die Führung eines religiösen Lebens an. Zwar hatte auch schon im Frühmittelalter ein Teil adliger Frauen sein Leben in einem Kloster oder Stift verbracht wie etwa die Dichterin Roswitha von Gandersheim. Seit dem 12., vor allem aber im 13. Jahrhundert, wurden Frauen aller Schichten von dem Drang nach einer »vita religiosa« ergriffen, und dies in einer solchen Anzahl, daß Herbert Grundmann für dieses Phänomen den Begriff »religiöse Frauenbewegung des Mittelalters« prägte<sup>1</sup>. In ganz Europa verließen Frauen Heimat und Familie, trennten sich von Kindern und Ehemännern, weigerten sich zu heiraten, verabschiedeten sich von Besitz und angestammtem Milieu, um ein Leben in der Nachfolge Christi zu führen.

Im 11. Jahrhundert fanden sie Anschluß und Unterstützung vor allem bei den französischen Wanderpredigern wie Robert von Arbrissel oder Norbert von Xanten. Diese nahmen das Anliegen der Frauen so ernst und befanden es für so förderungswürdig, daß Robert von Arbrissel von sich sagen konnte: *Was ich in dieser Welt getan habe, diente allein zu Nutz und Frommen der geistlichen Frauen, für die ich all meine Kräfte eingesetzt habe. . . ., in deren Dienst ich und meine Schüler getreten sind*<sup>2</sup>. Nachdem Norbert von Xanten in Prémontré ein Kloster gegründet hatte, brachte er dort auch die Frauen unter, die sich ihm während seiner Wanderpredigerzeit angeschlossen hatten. In der Folge entstanden einige weitere dieser Prämonstratenser-Doppelklöster.

Freilich fand die Frauenfreundlichkeit der Prämonstratenser schon bald ein Ende. Die Institution der Doppelklöster, also das gemeinsame Leben von Männern und Frauen in religiöser Absicht, eine Einrichtung, die es seit den Zeiten des frühen Christentums gegeben hatte, wurde aufgelöst; Männer- und Frauenkonvente wurden getrennt und bald versuchten die Prämonstratenser, sich des weiblichen Ordenszweigs ganz zu entledigen (1198).

Der 1098 entstandene Zisterzienserorden war ursprünglich als reine Männerge-

1 Herbert Grundmann: Religiöse Bewegungen im Mittelalter. Untersuchungen über die geschichtlichen Zusammenhänge zwischen der Ketzerei, den Bettelorden und der religiösen Frauenbewegung im 12. und 13. Jahrhundert und über die geschichtlichen Grundlagen der deutschen Mystik. 4. Aufl. Darmstadt 1970.

2 Zitiert nach Kaspar Elm: Die Stellung der Frau in Ordenswesen, Semireligiosentum und Häresie zur Zeit der heiligen Elisabeth. In: Sankt Elisabeth. Fürstin, Dienerin, Heilige. Hg. von der Philipps-Universität Marburg in Verbindung mit dem Hessischen Landesamt für geschichtliche Landeskunde. Sigmaringen 1981, S. 9.

meinschaft gegründet worden, die das Ziel verfolgte, die Benediktsregel konsequenter zu verwirklichen, als dies die alten Benediktinerklöster zu jener Zeit taten. *Ora et labora* sollte wieder ernst genommen werden, Kontemplation und Handarbeit wurden als eigentliche Aufgabe angesehen, nicht aber die Seelsorge, wie dies bei späteren Ordensgründungen, etwa den Dominikanern oder Franziskanern, von Anfang an der Fall war. Die Klöster der Zisterzienser wurden daher in abgeschiedenen Gegenden gegründet, häufig übernahmen erst die Mönche die notwendigen Rodungsarbeiten. Eine straffe, zentralistische Organisation sollte verhindern, daß die Klostermoral sank und die Zisterzienserkonstitutionen nicht eingehalten wurden.

Die Gründung eines weiblichen Ordenszweiges war ursprünglich nicht vorgesehen. Dem Andrang der Frauen konnte sich der Orden dennoch nicht entziehen. Das französische Frauenkloster Tart wurde, gestützt durch seine guten persönlichen Beziehungen zum dritten Abt von Cîteaux, Stephan Harding, das erste Zisterzienserinnenkloster, ohne freilich dem Orden förmlich inkorporiert zu sein.

Bereits hier zeigt sich die inkonsistente Einstellung der Zisterzienser zu den Frauen, die auch in den folgenden Jahrhunderten bestimmend war: einerseits Akzeptanz und Unterstützung von Frauenkonventen, andererseits aber Ablehnung einer vollständigen Aufnahme in den Orden. Während des 12. Jahrhunderts hören wir von offizieller Seite wenig über Zisterzienserfrauenkonvente. Zwar nahmen einige Klöster, etwa in Spanien oder Frankreich, die Zisterzienserkonstitutionen an, und auch in Deutschland entstanden in dieser Zeit die ersten Zisterzienserinnenklöster. Erst im 13. Jahrhundert aber nahm der Zustrom von Frauen zu den Zisterziensern solche Formen an, daß der gelehrte Jakob von Vitry, ein Spezialist für Frauenseelsorge und Beichtvater der später heiliggesprochenen Marie von Oigny, seine berühmte Aussage, die Zisterzienserinnen seien so zahlreich wie die Sterne des Himmels, formulierte.

Dem männlichen Ordenszweig war dieser Ansturm freilich mehr als unerwünscht. 1220 faßte das Generalkapitel den Beschluß, daß keine weiteren Frauenklöster mehr aufgenommen werden sollten; es erneuerte ihn 1228 und fügte jetzt die Regelung hinzu, daß es außer den offiziell inkorporierten Frauenzisterzen auch solche Gemeinschaften geben könne, die zwar die Zisterzienserregel befolgten, gleichwohl aber keinen Anspruch auf Betreuung durch die Zisterzienser haben sollten<sup>3</sup>.

3 Zu Zisterziensern allg.: Die Cistercienser. Geschichte. Geist. Kunst. Hg. von Ambrosius Schneider u. a., 3. Aufl. Köln 1986. Die Zisterzienser. Ordensleben zwischen Ideal und Wirklichkeit. Katalog zur Ausstellung des Landschaftsverbandes Rheinland, Rheinisches Museumsamt Brauweiler. Köln 1981. Die Zisterzienser. Ergänzungsband. Köln 1982. – Zu Zisterzienserinnen: Simone Roisin: L'efflorescence cistercienne et le courant féminin au piété au treizième siècle. In: Revue d'histoire ecclésiastique 39 (1943), S. 342–378. Maren Kuhn-Rehfuß: Zisterzienserinnen in Deutschland. In: Die Zisterzienser. Ordensleben zwischen Ideal und Wirklichkeit (wie Anm. 3), S. 125–147. Brigitte Degler-Spengler: Die Zisterzienserinnen in der Schweiz. In: Die Zisterzienser und Zisterzienserinnen, die reformierten Bernhardinerinnen, die Trappisten und Trappistinnen, die Wilhelmiten in der Schweiz (= Helvetia Sacra III/3), Bern 1982, S. 507–574. Dies.: Zisterzienserorden und Frauenklöster. In: Die Zisterzienser. Ergänzungsband (wie Anm. 3), S. 213–220. Dies.: »Zahlreich wie die Sterne des Himmels«, Zisterziens-

Diese Beschlüsse bedeuteten aber keineswegs, daß in der Folge keine Frauenkonvente mehr dem Orden angegliedert werden konnten. Eine Inkorporation bedurfte jetzt der Zustimmung des Generalkapitels: ein einzelner Abt durfte keine Aufnahme mehr vornehmen, wie es bis dahin offenbar möglich gewesen war. Außerdem konnte der Papst auf einer Aufnahme eines Frauenkonvents bestehen und auch die Fürsprache mächtiger geistlicher und weltlicher Herren war durchaus erfolgversprechend. Auf die Ursachen für diese Distanzierung der Zisterzienser von den Frauengemeinschaften soll hier nicht weiter eingegangen werden. Angemerkt sei nur, daß es diese Tendenz zur Ausgrenzung und Ablehnung der Frauengemeinschaften zur selben Zeit auch bei den Franziskanern und Dominikanern gab, mithin keine zisterziensische Besonderheit darstellt und daher auch nicht als Ausdruck einer spezifischen Frauenfeindlichkeit dieses Ordens gewertet werden darf.

Jedenfalls führte der Beschluß von 1228 dazu, daß in der Folgezeit die unterschiedlichsten Formen des Verhältnisses von Frauengemeinschaften zum Zisterziensermännerorden oder zu einzelnen Männerklöstern entstanden – und die Kriterien, nach denen ein Frauenkloster, das die Zisterzienserkonstitutionen befolgte, als »echtes«, d. h. voll inkorporiertes zu gelten hat, sind noch heute in der Forschung umstritten. Eine Folge davon ist, daß bis heute die Zahl der Zisterzienserinnenklöster nicht exakt angegeben werden kann. Freilich mußten die nicht offiziell inkorporierten nicht zwangsläufig auch die unbedeutendsten sein. Das Kloster Helfta etwa, in dem die berühmten Mystikerinnen Mechthild von Hackeborn, Mechthild von Magdeburg und Gertrud die Große lebten, gehörte etwa zu jener Gruppe von Zisterzienserinnenklöstern, die in eher lockerem Kontakt zum Orden standen.

Die Zeit der ablehnenden Generalkapitelsbeschlüsse ist gleichzeitig die des größten Andranges von Frauen zu den Zisterziensern, und trotz der Beschlüsse auch die Zeit der größten Anzahl neuaufgenommener, d. h. hier inkorporierter Frauenklöster. Allein bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts entstanden im Erzbistum Mainz 33 Frauenzisterzen, im Erzbistum Trier 11, im Bistum Konstanz 15 und im Bistum Würzburg 9<sup>4</sup>.

ser, Dominikaner und Franziskaner vor dem Problem der Inkorporation von Frauenklöstern. In: Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte 4 (1985), S. 37–50.

4 Zur Anzahl der Zisterzienserinnenklöster im Mittelalter s. S. Roisin (wie Anm. 3). Die angeführten Zahlen nach M. Kuhn-Rehfuss (wie Anm. 3). S. auch: P. Blasius Huemer OSB.: Verzeichnis der deutschen Zisterzienserinnenklöster. In: Studien und Mitteilungen zur Geschichte des Benediktinerordens und seiner Zweige 7 (1916), S. 1–47.

## 2. Zisterzienserinnen und Bildung

Während in den letzten Jahren die Stellung der Zisterzienserinnen zum Orden intensiv erforscht wurde, blieben bislang Fragen nach dem innerklösterlichen Leben der Frauenzisterzen ebenso wie solche nach Bildung und Kultur im Hintergrund<sup>5</sup>. Dies ist freilich kein spezifisches Problem der Zisterzienserinnen; vielmehr ist die Geschichte der Frauenbildung im Mittelalter bis heute weitgehend ungeschrieben geblieben<sup>6</sup>.

Die Ursachen dafür liegen, nicht nur, aber auch, in der Quellenlage begründet. Selbst über die Bildung der wohl berühmtesten Zisterzienserin, der Mystikerin Mechthild von Magdeburg, Autorin des »Fließenden Lichts der Gottheit«, einem der zentralen Texte der mittelalterlichen Frauenmystik, wissen wir kaum etwas. Die schlechte Quellenlage darf aber nicht als Vorwand benutzt werden, die Frage nach der Bildung der Zisterzienserinnen erst gar nicht zu stellen. Bildung ist schließlich die Voraussetzung für kulturelles Schaffen, freilich ein Bereich, in dem gerade Aktivitäten von Frauen lange Zeit nahezu ignoriert worden sind<sup>7</sup>.

Am Beispiel einiger fränkischer Zisterzienserinnenklöster soll im folgenden ein Weg aufgezeigt werden, wie – trotz schlechter Quellenlage – Aufschlüsse über Bildung und Ausbildung und weiter über kulturelle Aktivitäten von Zisterzienserinnen gewonnen werden können.

Den Zielsetzungen der Tagung<sup>8</sup> entsprechend wurden dafür die fünf im heutigen Baden-Württemberg liegenden fränkischen Zisterzienserinnenkonvente ausgewählt. Sie alle sind im 13. Jahrhundert, vier der fünf in den 1230er Jahren, entstanden bzw. umgewandelt worden; adelige Damen spielten dabei als Stifterinnen und Förderinnen eine besondere Rolle. Es handelt sich dabei um die Zisterzienserinnenklöster Frauental (Gemeinde Creglingen), gegründet 1232, Seligental bei Osterburken 1236, Gnadental bei Schwäbisch Hall 1237, Billigheim, das 1238 von einem Benediktinerinnenkloster in eine Frauenzisterze umgewandelt wurde, und schließlich um das 1243 entstandene Zisterzienserinnenkloster Lichtenstern bei Heilbronn.

Grundsätzlich gab es für Frauen nur zwei Möglichkeiten, Lesen und Schreiben, Latein und andere Wissensgebiete zu erlernen: in der Klosterschule oder im Elternhaus durch Privatunterricht. Städtische Schulen, wie sie seit dem 13., vor allem aber seit dem 14. Jahrhundert eingerichtet wurden, waren in den allermeisten Fällen nur Jungen zugänglich; Mädchen blieben ausgeschlossen. Auch in

5 Siehe Literatur wie Anm. 3.

6 Eine neuere übergreifende Arbeit zur Geschichte der Frauenbildung im Mittelalter existiert nicht. – Joachim Bumke: *Höfische Kultur. Literatur und Gesellschaft im hohen Mittelalter* Bd. 1.2 München 1986, bes. Bd. 2, S. 470–483. J. M. Ferrante: *The Education of Women in the Middle Ages in Theory, Fact and Fantasy*. In: *Beyond Their Sex. Learned Women of the European Past*. Hg. von P. H. Labalme. 1981, S. 9–42.

7 Elisabeth Schraut/Claudia Opitz: *Frauen und Kunst im Mittelalter*. Braunschweig 1983.

8 Der vorliegende Text ist die gekürzte Fassung eines Referats, das zuerst auf der Tagung »Zisterzienser in Württembergisch Franken«, veranstaltet vom Historischen Verein für Württembergisch Franken und dem Bildungshaus Schöntal, 16.–18. 6. 1987 in Kloster Schöntal gehalten wurde.



Schwäbisch Hall gab es im Mittelalter keine Einrichtung der Mädchenbildung und selbst eine so mächtige Reichsstadt wie Nürnberg besaß vor der Reformation keine weltliche Bildungseinrichtung für die weibliche Jugend. Domschulen dienten der Ausbildung der Kleriker und von den Universitäten blieben die Frauen bis an die Schwelle des 20. Jahrhunderts ausgeschlossen. Läßt sich bei männlichen Zisterziensern, die zumindest im 14. Jahrhundert häufig eine universitäre Ausbildung erhalten hatten, ihr Bildungsgang mittels der vorhandenen Lehrpläne und Studienordnungen, der vorgeschriebenen Lektüre etc. noch einigermaßen rekonstruieren<sup>9</sup> – für Schulen in Frauenklöstern existieren solche formal festgelegten Bildungsgänge nicht.

So wird einerseits aufgrund der schlechten Quellenlage entweder generell behauptet, die Frauen seien eben recht ungebildet gewesen, oder es werden verallgemeinernde Aussagen getroffen wie: die Zisterzienserinnen konnten meist lesen und schreiben, und in der Frühzeit auch etwas Latein; Handarbeiten gehörten zu ihren Aufgaben...

Wenn wir Frauenbildung nicht mit Hilfe normativer Quellen rekonstruieren können, so bleibt doch der Weg über die überlieferten Sachzeugnisse. Darunter fasse ich in unserem Fall vor allem Kunstwerke und Bücher als wichtigste Quellengruppe.

Wie sieht es nun aber mit der Ausübung dieser Fertigkeiten bei den Zisterzienserinnen aus?

Die Forschungslage zu diesem Problem ist mit zwei Sätzen charakterisiert: G. Plotzek-Wiederhake konstatierte in ihrem Aufsatz im Zisterzienserkatalog von 1980 prägnant und ehrlich: »Über die Handschriftenproduktion in den Frauenklöstern des Zisterzienserordens ist nur wenig bekannt. Zwar besaßen wohl die meisten Männerklöster ein Skriptorium, doch für die Nonnenkonvente ist dies oft nicht nachweisbar«<sup>10</sup>. Und für die fränkischen Zisterzienserinnenkonvente hatte Krenig 1954 festgestellt, daß Zeugnisse kulturellen Schaffens weitgehend fehlten<sup>11</sup>.

Hatten unsere fränkischen Zisterzienserinnen wirklich keine Kultur?

Nachforschungen ergaben, daß sich aus allen fünf genannten Zisterzienserinnenklöstern Handschriften erhalten haben, die teils eine Provenienz aus einem dieser Frauenklöster aufweisen, teils zudem in einer dieser Frauenzisterzen selbst entstanden sind.

Die Provenienz einer Handschrift läßt sich mit Hilfe verschiedener Kriterien wie Einband, sprachliche Gestalt des Textes, Anredeformeln im Text an den jeweiligen Adressaten etc. erschließen, wenn sich nicht in dem Codex selbst sogar ein Besitz-

9 Zur Bildung von Zisterziensern u. a.: *Louis J. Lekai*: Studien, Studiensysteme und Lehrtätigkeit der Zisterzienser. In: *Die Zisterzienser. Ordensleben zwischen Ideal und Wirklichkeit* (wie Anm. 3), S. 165–170. *Reinhard Schneider*: Studium und Zisterzienser mit besonderer Berücksichtigung des südwestdeutschen Raumes. In: *Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte* 4 (1985), S. 103–118.

10 *Gisela Plotzek-Wiederhake*: Buchmalerei in Zisterzienserklöstern. In: *Die Zisterzienser. Ordensleben zwischen Ideal und Wirklichkeit* (wie Anm. 3), S. 357–378, hier S. 368.

11 *Ernst Guenther Krenig*: Mittelalterliche Frauenklöster nach der Konstitution von Cîteaux unter besonderer Berücksichtigung fränkischer Nonnenkonvente. In: *Analecta sacri ordinis Cisterciensis* 10. 1. 2. 1954; hier S. 2.

oder Herkunftsvermerk befindet. Ob eine Handschrift an einem bestimmten Ort auch entstanden ist, läßt sich demgegenüber sehr viel schwerer ermitteln. Auch die Herstellung der unten aufgeführten Handschriften in einem dieser Frauenklöster läßt sich nicht immer zweifelsfrei belegen. Eindeutigster Hinweis für eine solche Zuordnung ist ein Schreiber(innen)vermerk, ein sog. Kolophon, das Auskunft über Schreiber oder Schreiberin, Ort und Zeitpunkt der Entstehung gibt. Fast immer sind diese Kolophone mit einer Bitte um frommes Gedenken für das Seelenheil verbunden. Schließlich war nicht nur der Stolz auf das in mühevoller Arbeit geschaffene Werk Beweggrund für einen solchen Vermerk, sondern, mindestens ebensowichtig, die Sorge um das ewige Leben. Die Fürbitten und Gebete der späteren Leser und Leserinnen, an die sich Schreiber oder Schreiberin wendet, sollen dazu beitragen, das Sündenregister zu verringern und damit die ewige Seligkeit rascher zu erreichen. Auch in den im folgenden kurz vorgestellten Handschriften befinden sich zum Teil solche Kolophone; Beispiele auch dafür, daß mittelalterliche Kunst – und die Schreibkunst (Kalligraphie) zählte im Mittelalter zweifelsohne dazu – keineswegs so anonym war, wie man lange Zeit glaubte. Herausragende Belege dafür waren für den Bereich der bildenden Kunst 1985 in der Kölner Ausstellung »Ornamenta ecclesiae« zu sehen<sup>12</sup>.

Unter den erhaltengebliebenen Handschriften aus den fünf Zisterzienserinnenklöstern, die alle in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts entstanden waren und im Zuge der Reformation aufgelöst wurden, befinden sich keine aus der Zeit der unmittelbaren Entstehung der Klöster.

Die früheste erhaltene Handschrift dürfte wohl ein Codex aus dem Kloster Billigheim sein, der in die zweite Hälfte des 13. Jahrhunderts datiert wird. Die 176 Blatt starke lateinische Pergamenthandschrift im Format 23,5 × 16,5 cm enthält auf fol. 1<sup>r</sup> einen aus dem 15. Jahrhundert stammenden Besitzvermerk: *Liber sancte Marie virginis in Bullikeim*. Im 18. Jahrhundert befand sie sich im Zisterzienserkloster Schöntal und gelangte von dort – wie die zwei anderen Billigheimer Handschriften auch – in die Württembergische Landesbibliothek in Stuttgart. Der Codex enthält ein Kalendarium des Klosters mit Nekrologeinträgen (Abb. 1) sowie ein Martyrologium. Ihre Provenienz aus dem Frauenkloster Billigheim ist durch den Besitzeintrag gesichert; sie wurde im Auftrag dieser Zisterzienserinnen angefertigt oder sogar von diesen selbst geschrieben und mit einfachem Fleuronné und einigen Köpfen ausgeschmückt<sup>13</sup>.

Ein weiteres Martyrologium der Billigheimer Zisterzienserinnen ist in einer 196

12 Ornamenta ecclesiae. Kunst und Künstler der Romanik. Katalog zur Ausstellung des Schnütgen-Museums. Hg. von Anton Legner. Köln 1985.

13 Zur Geschichte des Klosters Billigheim s. Gustav Rommel: Geschichte des ehemaligen Klosters Billigheim. Buchen 1927. Karl-Heinz Mistele: Beziehungen, Probleme und Aspekte eines Frauenklosters im 12. Jahrhundert. In: Jahrbuch für schwäbisch-fränkische Geschichte 26 (1969), S. 115–131. Der Billigheimer Codex des 13. Jahrhunderts: Württembergische Landesbibliothek Stuttgart HB164. Die Handschriften der ehemaligen Hofbibliothek Stuttgart I Codices ascetici I (HB11–150). Beschrieben von Johanne Authenrieth und Virgil Ernst Fiala unter Mitarbeit von Wolfgang Irtenkau. Wiesbaden 1968. S. 102f. – Das Kalendar ist ediert bei: Karl-Heinz Mistele: Kalendar und Nekrolog des Klosters Billigheim. In: Cistercienser-Chronik 69 (1962), S. 55–68.

Blatt starken lateinischen Pergamenthandschrift aus dem 14. Jahrhundert erhalten. Sie enthält außer dem Martyrologium (Abb. 2) ein Nekrologkalender und die Benediktsregel. Einträge im Kalender und Martyrologium verweisen hier auf Kloster Billigheim, z. B. auf fol. 59<sup>v</sup> *O domina Gertrudis Ia abbatissa in bullikein* (Abb. 3). Ob Buchschmuck und Schrift dieses Werks von der Hand einer Billigheimer Klosterfrau stammen, läßt sich vorerst nur vermuten<sup>14</sup>.

Sicher wissen wir das freilich von der dritten überlieferten Billigheimer Handschrift: sie ist nämlich datiert und signiert. Oben auf fol. 15<sup>r</sup> des aus Pergament und Papier bestehenden, 252 Blatt starken Antiphonars, ist zu lesen: *Que hunc librum scribebat Alheidis Quidenbeumen nomen habebat. Anno domini MCCCXLIII* (1344). *Orate misericorditer pro ea.* (»Die dieses Buch schrieb, hatte den Namen Alheidis Quidenbeumen. Im Jahr des Herrn 1344. Betet barmherzig für sie«; Abb. 4.)

Alheidis Quidenbeumen ist die Schreiberin des gesamten Hauptteils, nur das Papiersupplement wurde von einem gewissen Joseph Müller geschrieben. Freilich nennt sich die Schreiberin nicht nur in diesem Kolophon am Anfang des Werks. Auf fol. 227<sup>r</sup> setzt sie am unteren Bildrand zu ihrem Namen auch ihr Wappen: ein weißer Sparren auf rotem Grund, umgeben von drei heraldischen Lilien (Abb. 5). Und damit nicht genug: Alheidis Quidenbeumen signierte ihre Schreibarbeit am Ende einer jeden Lage.

Das in Metzger Neumen geschriebene Antiphonar ist darüber hinaus mit einer größeren Anzahl von Zierinitialen illustriert. Die Buchstabenkörper sind gespalten und mit Pflanzen, Blättern, Blüten oder geometrischen Dekoren ausgeziert, einige zeigen Vögel; manche Buchstaben sind mit Blattgold oder -silber ausgelegt. An zehn dieser illuminierten Initialen hat Alheidis Quidenbeumen ihren Namenszug angebracht und sich damit auch als begabte Illuminatorin verewigt (Tafel I)<sup>15</sup>.

Eine solche Häufung der Namensnennung ist äußerst selten. War Alheidis Quidenbeumen besonders stolz auf ihr Werk? Fürchtete sie, allzubald vergessen zu werden? Oder ahnte sie, vielleicht durch Erfahrung vorsichtig geworden, daß Um- und Nachwelt ihre Leistung womöglich einem anderen zuschreiben würde? Glaubte sie, die Fürsprache der Leser und Leserinnen besonders nötig zu haben? Wir wissen es nicht.

Aus dem Zisterzienserinnenkloster Gnadental bei Schwäbisch Hall werden in Stuttgart zwei lateinische Pergamenthandschriften aufbewahrt. Ein 92 Blatt starker, Ende des 13. Jahrhunderts entstandener Codex kann aufgrund verschiedener Indizien, darunter dem einzigen Nekrologeintrag des Bandes, der dem Gründer des Klosters, Konrad von Krautheim, gilt, der Gnadentaler Zisterze zugewiesen werden. Nach der Reformation kam die Handschrift ins Kloster Schöntal. Sie

14 Württembergische Landesbibliothek Stuttgart, cod. brev. 131. Die Handschriften (wie Anm. 13), S. 170f.

15 Württembergische Landesbibliothek Stuttgart HB XVII 17. Die Handschriften (wie Anm. 13), S. 23f.

enthält im wesentlichen ein liturgisches Kalendar, ein Offiziums-Kollektar, ein Rituale und einen Libellus capitulorum sowie einige Nachträge aus der Mitte des 14. Jahrhunderts von derselben Hand<sup>16</sup>.

Besonders auffällig an dieser im übrigen nur schlicht geschmückten Handschrift ist eine achtzeilige Initiale E auf fol. 16<sup>r</sup> mit figürlicher Darstellung einer Zisterziensernonne (Abb. 6).

Die Tatsache, daß das Textcorpus am Ende des 13. Jahrhunderts entstanden ist, die Nachträge aus der Mitte des 14. Jahrhunderts aber von derselben Hand geschrieben sind, spricht für eine Entstehung im Kloster selbst. Die um 1300 äußerst seltene Darstellung einer einfachen Zisterziensernonne in einer illuminierten Initiale wäre dann als eine Art Selbstportrait der Schreiberin zu sehen. Sie erinnert von weitem an das Werk einer aus dem Mittelrheinischen stammenden Nonne des 12. Jahrhunderts namens Guda, die um 1150 ihr Bildnis in eine Initiale D eines Homiliars setzte und dieses mit dem Zusatz *Guda peccatrix mulier scripsit quae pinxit hunc librum* (»Guda, die Sünderin, schrieb und malte dieses Buch«) versah. Diese Selbstdarstellung der ansonsten unbekanntenen Nonne Guda gilt als frühestes Portrait mit Signatur, zumal von Nonnenhand<sup>17</sup>. Zweifellos handelt es sich dabei allerdings um eine ungleich aufwendigere und qualitätvollere Arbeit als die der unbekanntenen Gnadentaler Zisterzienserin, das gleichwohl wegen der Seltenheit des Darstellungstypus Aufmerksamkeit verdient.

Dieselben Verhältnisse der Textentstehung wie der oben beschriebene Codex weist auch ein 209 Blatt umfassendes Diurnale aus dem Beginn des 14. Jahrhunderts auf, das ebenfalls Nachträge aus der Mitte des Jahrhunderts von derselben Hand enthält. Dieser Codex läßt sich mit Hilfe des Kalenders einem Zisterziensernonnenkloster der Diözese Würzburg zuweisen, das Lagerbuchfragment im Spiegel der Handschrift macht Gnadental wahrscheinlich. Bestätigt wird diese Annahme auch durch einen Besitzvermerk *EHV Hornberg* auf fol. 4<sup>r</sup>: dieser heiratete 1538 die vorletzte Äbtissin des Klosters, Anna Nothaft, über die das Buch in seinen Besitz übergegangen sein dürfte. Die Textentstehung spricht wie bei der ersten Handschrift auch für eine Erstellung in der Gnadentaler Schreibstube durch die Klosterfrauen selbst<sup>18</sup>.

Für Gnadental erfahren wir aus anderen Quellen, daß die beiden Stuttgarter Handschriften gewiß nicht die einzigen dort vorhandenen gewesen sein können. In einem Inventar, das anlässlich der Amtseinsetzung der letzten Äbtissin des Klosters, Helene von Hohenlohe, im Jahre 1536 aufgestellt wurde, werden u. a. sechs Meßbücher erwähnt, die zu diesem Zeitpunkt in der Kirche vorhanden waren.

16 Zur Geschichte von Kloster Gnadental: Das Kloster Gnadental. In: Hohenloher Heimat, Nr. 3, 6. Jg., Juni 1954, S. 9–12. Gerd Wunder: Die Gründerin von Gnadental. In: Der Haalquell, 18. Jg., Nr. 6, April 1967, S. 17f. – Das Offiziumskollektar: Stuttgart. Württembergische Landesbibliothek HBI 136. Die Handschriften der ehemaligen Hofbibliothek Stuttgart 1.1 (wie Anm. 13), S. 243–245. Elisabeth Schraut: Frauen und Kunst in und um Schwäbisch Hall. In: Der Haalquell 39. Jg., Februar 1987, Nr. 4, S. 13–16.

17 Elisabeth Schraut/Claudia Opitz (wie Anm. 7), S. 30.

18 Württembergische Landesbibliothek Stuttgart HBI 160. Die Handschriften der ehemaligen Hofbibliothek Stuttgart 1 Codices ascetici 2 (HBI 151–249). Beschrieben von Virgil Ernst Fiala und Hermann Hauke unter Mitarbeit von Wolfgang Irtenkauf. Wiesbaden 1970, S. 13–15.

Und ein Nachtrag dazu, der den Besitz der Cäcilie Nothafft, einer Gnadentaler Zisterzienserin auflistet, die zu diesem Zeitpunkt das Kloster verlassen will, enthält u. a. die Angabe *ein ladt voll teutscher bucher*, die Cäcilie als Besitzerin deutscher, also nichtlateinischer Bücher ausweist<sup>19</sup>. Demnach gab es in Gnadental Bücher in der Kirche, im Privatbesitz der einzelnen Zisterzienserinnen und in der Bibliothek des Klosters, also im Gemeinschaftsbesitz.

In der Universitätsbibliothek Erlangen hat sich ein Brevier aus dem Zisterzienserinnenkloster Frauental erhalten. Die 164 Blatt umfassende Pergamenthandschrift im Format 29,5 × 22 cm aus dem Jahre 1342 wurde zwar nicht im Kloster geschrieben; doch sie wurde von der Klosterfrau Elizabeth Tunnein in Auftrag gegeben. Davon berichtet ein ausführlicher Vermerk auf fol. 1<sup>r</sup>:

*»Istud collectaneum est completum anno ab incarnatione domini M<sup>o</sup>CCC<sup>o</sup>XLII<sup>o</sup> in vigilia pentecostes. Sub domina Margareta de Brunecke abbatissa in Frauental. Ex procuracione et ordinacione ac mera deuocione sororis Elyzabeth dicte Tvnnlein. Ob reverenciam et honorem sanctissime dei genitricis Virginis Marie. Et ideo non inmerito predictae sororis memoriam in suis oracionibus tenetur habere quicumque in posterum in ipso legerit vel vsum ipsius imperpetuum habuerit cum deuocione quia reuera eundem cum magnis laboribus comparauit. Constitit autem in pergamento II½ c. et Isol. hllm. Precium vero scriptoris III c. et XXVIII hallm. Summa totius VI½ c. et XIII<sup>ot</sup> den. Sed pro illuminatura IX sol. breuium. Insuper ligatura cum clausuris X sol.«<sup>20</sup>. (»Dieses Kollektaneum wurde vollendet im Jahr nach der Menschwerdung des Herrn 1342, am Tag vor Pfingsten. Unter der Herrin Margareta von Brunecke, Äbtissin in Frauental. Auf Veranlassung und Verfügung sowie aus lauterer Frömmigkeit der Schwester Elisabeth, genannt Tunnein. Aus Ehrfurcht und Verehrung der heiligsten Mutter Gottes, der Jungfrau Maria. Und deshalb soll jeder, der in Zukunft in ihm lesen wird oder es in ständigem Gebrauch haben wird, nicht unverdienterweise besagter Schwester durch seine Gebete fromm gedenken, weil sie es in der Tat unter großen Anstrengungen erwarb. Es kostete nämlich das Pergament 251 Schillingheller. Der Lohn des Schreibers gar 328 Heller. Die Summe des Ganzen 664 Pfennige. Für den Buchschmuck indessen IX Schillinge. Obendrein der Einband der Schriftstücke mit Schließen X Schillinge«. – vgl. Abb. 7 –).*

Nur selten erfahren wir derart detailliert von den Entstehungsbedingungen und den Kosten einer einzelnen Handschrift. Die Auflistung der jeweiligen Preise für Pergament, Schreibearbeit, Illuminationen und Bindung wird auch hier mit der Bitte um ein frommes Gedenken verbunden. Der Verdeutlichung der großen Anstrengungen, die zur Herstellung der Handschrift unternommen wurden, soll wohl die detaillierte Aufzählung der Ausgaben dienen.

19 Hohenlohe-Zentralarchiv Neuenstein, Gem. Hausarchiv, Gnadental, Schublade 22, Nr. 55,55a/b.

20 Universitätsbibliothek Erlangen, Ms. 136. Die lateinischen Pergamenthandschriften der Universitätsbibliothek Erlangen. Beschrieben von Hans Fischer. Erlangen 1928, Nr. 136, S. 141f. – Margareta von Brunecke war eine Angehörige der Stifterfamilie Hohenlohe. Vgl. dazu: Gustav Bossert: Urkunden des Klosters Frauenthal. In: Württembergische Vierteljahreshefte, 12. Jg., (1889), Stuttgart 1890, Nr. 46, S. 232 (Gottfried v. Hohenlohe, v. Brunecke genannt).

Den Löwenanteil der Kosten verschlingen das Pergament und der Lohn des Schreibers. Die Ausschmückung der Handschrift mit Illuminationen und die Bindung mit dem Verschuß machen demgegenüber nur einen geringen Teil der Gesamtkosten aus.

Aus dem Zisterzienserinnenkloster Lichtenstern bei Heilbronn haben sich in Stuttgart zwei Handschriften erhalten.

Für dieses Kloster wurde im 14. Jahrhundert aus verschiedenen Teilen einer Handschrift ein Brevier zusammengestellt. Der Pergamentband umfaßt 320 Blatt im Format  $20,5 \times 15$  cm. Der abgelöste Spiegel der Handschrift birgt eine deutsche Urkunde aus dem 14. Jahrhundert des Konrad von Weinsberg, dessen Mutter Luitgard von Weinsberg, geb. von Limpurg, die Gründerin des Klosters Lichtenstern war. Die Handschrift enthält an Buchschmuck einige schlicht ausgezeichnete Initialen wie z. B. auf fol. 1<sup>r</sup> (Abb. 8), zu Beginn eines Zisterzienserkalenders. Beachtenswert sind zwei in der Mitte des 14. Jahrhunderts nachträglich eingefügte ganzseitige Miniaturen: auf fol. 30<sup>r</sup> eine Kreuzigung Christi mit Maria und Johannes (Abb. 9), und auf fol. 139<sup>v</sup> eine Darstellung, die den auferstandenen Christus mit Maria Magdalena zeigt. Ob diese Miniaturen wie auch die einzelnen Teile dieser Handschrift in Lichtenstern entstanden sind, läßt sich nicht mehr feststellen<sup>21</sup>.

Die zweite erhaltene Handschrift, bei der eine Provenienz aus dem Zisterzienserinnenkloster Lichtenstern anzunehmen ist, stammt aus dem 1. Viertel des 16. Jahrhunderts. Es handelt sich dabei um ein kleines ( $10,5 \times 7,3$  cm) lateinisches Gebetbuch zu den großen Heiligenfesten, das 263 Blatt umfaßt. Die Anrede des heiligen Bernhard als Patron *In profesto sanctissimi patris nostri Bernardi* auf fol. 134<sup>v</sup> (Abb. 10) spricht, zusammen mit weiblichen Anredeformeln, für die Herkunft aus einem Zisterzienserinnenkloster; für Lichtenstern die am Fest der heiligen Ursula auftretenden Hymnen- und Reimoffiziumsteile, die auch in dem Lichtensterner Codex des 14. Jahrhunderts enthalten sind, wie auch die Kombination der Heiligen Bernhard und Benedikt, da die Lichtensterner Klosterkirche neben Maria diesen beiden Heiligen geweiht war. Eine Entstehung dieser mit einigen Deckfarbeninitialen ausgeschmückten Handschrift (z. B. auf fol. 135<sup>r</sup> [Abb. 10]) in der Lichtensterner Schreibstube läßt sich aufgrund der Anredeformeln vermuten<sup>22</sup>.

Aus dem Zisterzienserinnenkloster Seligental stammt wahrscheinlich ein monastisches Diurnale des 16. Jahrhunderts, eine 245 Blatt umfassende Pergamenthandschrift im Format  $17 \times 10,5$  cm<sup>23</sup>. Die Schreiberin des Codex hat ihren Namen in

21 Zur Geschichte des Klosters Lichtenstern: *Christa-Maria Mack*: Die Geschichte des Klosters Lichtenstern von der Gründung bis zur Reformation. Göppingen 1975. Württembergische Landesbibliothek Stuttgart, cod. brev. 89. Die Handschriften der Württembergischen Landesbibliothek Stuttgart 1. Reihe. Band 3. 1977. S. 113 ff. Kloster Maulbronn 1178–1978. Nr. 88, Katalogteil S. 26.

22 Württembergische Landesbibliothek, cod. brev. 40. Die Handschriften (wie Anm. 21), S. 57 ff. Kloster Maulbrunn (wie oben), Nr. 116, Katalogteil S. 36.

23 Zur Geschichte von Kloster Seligenthal: *Gustav Rommel*: Geschichte des ehemaligen Klosters Seligenthal. Buchen 1922. – Stuttgart, Württembergische Landesbibliothek, Cod. brev. 130. Die Handschriften (wie Anm. 21), S. 169 f.

einem Kolophon am Ende des Textes genannt: *Orate pro me propter Ihesum Swester Agnes Schelmen closter jungfrawe zu...* (Abb. 11). Der Name des Klosters ist – wahrscheinlich bei einem Besitzwechsel der Handschrift – radiert worden und nicht entzifferbar. Das Buch war für den persönlichen Gebrauch der Zisterzienserin Agnes Schelmen bestimmt; dafür spricht die Auszeichnungsinitiale S zur Agnes-Antiphon auf fol. 36<sup>r</sup> (Abb. 12) sowie auf fol. 19<sup>r</sup> die rote Hervorhebung *agne*. Aus der Familie Schelm von Bergen zu Wildenberg verbrachten im 15. und 16. Jahrhundert zwei Frauen nachweislich ihr Leben als Zisterzienserinnen im Kloster Seligental: Magdalena (belegt 1464–1471) und Amalie, die 1561 als letzte Äbtissin dort gestorben ist. Angesichts der engen Beziehungen der Familie Schelm zum Kloster Seligental kann daher eine Provenienz aus dieser Frauenzisterze angenommen werden.

Damit konnten aus allen fünf ehemaligen fränkischen Zisterzienserinnenklöstern des heutigen Baden-Württemberg Handschriften nachgewiesen werden.

Da auch aus dem fränkischen Zisterzienserinnenkloster Frauenroth in der bisherigen Klostergeschichtsschreibung keine Handschriften dieses Konvents Erwähnung fanden, sei noch kurz auf einen Codex hingewiesen, der sich heute in der Württembergischen Landesbibliothek in Stuttgart befindet<sup>24</sup>. Es handelt sich dabei um ein 279 Blatt starkes Graduale aus Papier und Pergament im Format 33 × 23,5 cm aus dem 14. Jahrhundert. Bemerkenswert an dieser Handschrift ist vor allem der Buchschmuck, vor allem eine Reihe von figürlich ausgezierten Initialen. Auf fol. 13<sup>v</sup> ist in einer qualitätvollen, vorwiegend in verschiedenen Blautönen und Rot illuminierten Initiale eine Zisterziensernonne mit einem Schriftband gezeigt, das den Namen *Beatrix* enthält (Tafel II). Es verweist auf Beatrix von Bodenlauben, die, zusammen mit ihrem Mann, dem bekannten Minnesänger Otto von Bodenlauben, das Kloster Frauenroth gestiftet hat.

Inwieweit trägt nun die Kenntnis dieser Handschriften zu unserem Wissen über den Bildungsstand der fränkischen Zisterzienserinnen bei?

Daß in einem Frauenkloster – ebenso wie in einem Männerkloster – ein gewisser Mindestbestand an Büchern vorhanden war, ist ja Grundvoraussetzung für die Durchführung und Einhaltung klösterlicher Lebensweise. Liturgische Werke z. B. waren mit Gewißheit in jedem Konvent vorhanden – in welcher Zahl und Ausstattung ist eine andere Frage.

Aufschlußreich für den Stand der Bildung und Ausbildung der Zisterzienserinnen ist vor allem der Nachweis der Existenz einer klösterlichen Schreibstube. Wer schreiben kann, kann auch lesen: diese Handschriften wurden schließlich alle nach Vorlagen angefertigt. Als Schreiberinnen waren Klosterfrauen nachweislich in der Mitte des 14. Jahrhunderts im Kloster Billigheim tätig; eine Schreiberin, Alheidis Quidenbeumen, ist uns namentlich bekannt. Sie war auch als Illuminatorin tätig. Dies ist keineswegs selbstverständlich; üblich ist vielmehr eine Arbeitsteilung zwischen Schreiber/in und Buchmaler/in. Diese Spezialisierung bei der Hand-

<sup>24</sup> Stuttgart, Württembergische Landesbibliothek, HB1246. Die Handschriften (wie Anm. 18), S. 176f.

schriftenherstellung bezeugt auch das von der Frauentaler Zisterzienserin Elisabeth Tunnein in Auftrag gegebene Brevier von 1342. Die Ausgaben für Schreibe- und Illumination werden getrennt aufgelistet; sie wurden gewiß auch von zwei verschiedenen Personen, einem Schreiber oder einer Schreiberin sowie einem Buchmaler oder einer Buchmalerin ausgeführt.

Daß wir mit Alheidis Quidenbeumen auch den Namen einer Illuminatorin kennen, ist ein besonderer Glücksfall. Normalerweise nennt sich – wenn überhaupt – die Schreiberin in einem Kolophon. Diese Art der Namensnennung ist bei Buchmalern und Buchmalerinnen nicht üblich. Selbst im Nürnberger Dominikanerinnenkloster St. Katharina, das im 15. Jahrhundert mit ca. 500 Bänden die größte Bibliothek eines mittelalterlichen Frauenklosters besaß, in dessen äußerst aktivem Skriptorium eine große Anzahl von Klosterschwestern mit Schreib- und Malarbeiten beschäftigt war, kennen wir zwar viele Schreiberinnen mit Namen. Als Buchmalerin ist dagegen nur eine einzige, Barbara Gwichtmacherin, mit Namen überliefert – freilich nicht, wie die Billigheimer Zisterzienserin Alheidis Quidenbeumen, durch ein Selbstzeugnis mittels eigener Namensnennung, sondern durch einen Vermerk des Buchbinders Konrad Forster<sup>25</sup>.

In der klostereigenen Schreibstube entstanden wohl auch die beiden überlieferten Handschriften aus dem Zisterzienserinnenkloster Gnadental. Die Namen der Schreiberinnen kennen wir hier allerdings nicht. Auch hier hat sich eine Nonne als Illustratorin betätigt, auch wenn die eher schlichte Darstellung der Zisterzienserin in der Initiale E nicht auf größere Kenntnis und Praxis in der Buchmalerei schließen läßt.

Das Lichtensterner Gebetbuch aus dem beginnenden 16. Jahrhundert dürfte wohl ebenfalls von einer Zisterzienserin dieses Konvents geschrieben sein. Aus dem Kloster Seligental kennen wir für denselben Zeitraum wiederum den Namen einer Schreiberin: Agnes Schelmen.

In vier der fünf behandelten kleineren fränkischen Zisterzienserinnenklöster konnte somit Schreibtätigkeit im Kloster belegt oder wahrscheinlich gemacht werden – angesichts des eingangs zitierten Forschungsstands, wonach Skriptorien in Frauenzisterzen meist nicht nachgewiesen werden können, doch ein bemerkenswertes Ergebnis. Dies, obgleich die Zahl der überlieferten und bislang bekannten Handschriften aus diesen Zisterzienserinnenklöstern doch recht gering ist.

Zumindest einige der damals in diesen Klöstern lebenden Schwestern verfügten demnach über die Fähigkeit des Lesens und Schreibens. Darüber hinaus besaßen sie – wie die lateinischen Handschriften, die sie geschrieben haben – auch Lateinkenntnisse. Dies nicht nur in der Mitte des 14. Jahrhunderts, sondern, erstaunlicher, noch zu Beginn des 16. Jahrhunderts, einer Zeit, wo allgemein mangelnde Lateinkenntnisse der Klosterfrauen konstatiert werden. So erklärte die Schreibmeisterin des Zisterzienserinnenklosters Lichtenthal bei Baden-Baden, Schwester Margaretha, genannt Regula (gest. 1478), eine begabte Kompilatorin

25 Elisabeth Schraut: Stifterinnen und Künstlerinnen im mittelalterlichen Nürnberg. (= Kataloge des Stadtarchivs Nürnberg, hg. von Kuno Ushöfer, Nr. 1). Nürnberg 1987, S. 55 ff.



und fleißige Schreiberin. in einem zwischen 1450 und 1452 von ihr in Alemannisch geschriebenen Codex, der u. a. das *Leben Jesu nach den vier Evangelien* enthält, die Verwendung der Volkssprache damit, daß viele Mitschwestern *das latin nit verstont und darumb manigmol vertrosz hant vil czu lesende*<sup>26</sup>. Die Seligentaler Zisterzienserin Agnes Schelmen wie die unbekannte Lichtensterner Schwester gehörten aber offenbar zu den selten gewordenen lateinkundigen Frauen, bei denen es sich wohl um die Schreibmeisterinnen ihres Konvents gehandelt haben dürfte.

Gleichwohl scheint es um Bildung und Schreibtätigkeit der Zisterzienserinnen nicht so schlecht bestellt gewesen zu sein, wie bislang angenommen wurde.

Die frühe Auflösung der Frauenklöster – die meisten wurden in der Reformation säkularisiert – haben für die Überlieferungslage und damit für unsere heutige Kenntnis negative Folgen zeitigt. Diejenigen freilich, bei denen bis heute Kontinuität besteht, wie z. B. dem Zisterzienserinnenkloster Lichtenthal bei Baden-Baden, haben eine wesentlich günstigere Überlieferungslage aufzuweisen. In Lichtenthal werden Bibliothek (z. T. in Karlsruhe verwahrt) und Geschichtsschreibung bis heute gepflegt; gebildete, im weiteren Sinn literarisch tätige Frauen sind dort noch immer aktiv.

Ein für die Überlieferungslage von Büchern und Kunstwerken günstigeres Schicksal war auch den Zisterzienserinnenklöstern in der Lüneburger Heide beschieden. Sie wurden in der Reformation zwar – wie auch die fränkischen Zisterzen – als Kloster aufgelöst, gleichzeitig aber in evangelische Damenstifte umgewandelt. Die evangelischen Stiftsdamen bewahren das Erbe ihrer katholischen Schwestern bis zum heutigen Tag, und wir kennen etwa aus Kloster Wienhausen zahlreiche Kunstwerke, die z. T. von den Klosterfrauen selbst angefertigt wurden. In Wienhausen gab es auch Schreiberinnen; freilich ist die dort vorhandene, bis ins Mittelalter zurückreichende Bibliothek für die Geschichte der Zisterzienserinnen nicht ausgewertet worden. Für das Kloster Medingen hat sich ein Musikwissenschaftler einmal die Mühe gemacht, nach Musik-Handschriften dieses Klosters zu fahnden: er fand zahlreiche Exemplare in den Bibliotheken von Trier, Hildesheim u. a.

Die Erfolgsaussichten, die Bibliotheks- und Skriptoriumsverhältnisse bei Zisterzienserinnen zu erhellen, stehen also offenbar nicht schlecht, und so läßt sich wohl mit einem gewissen Recht annehmen, daß weitere Recherchen auch weitere Funde zum Ergebnis haben könnten – auch für die fränkischen Zisterzienserinnenkonvente.

26 Zitiert nach: Sr. Pia Schindele O.Cist.: Die Abtei Lichtenthal. In: Freiburger Diözesanarchiv 104 (1984), S. 140.

28

**O**culus splendidior cunctis astris mundo celebris  
 hominibus multum amabilis sanctorum uniuersis que  
 sola tunc digna portare talentum mundi dulce lignum  
 dulces clauos dulcia ferens pondera salua osten  
 te caterua in tuis hodie laudibus congregata alleluia  
 alleluia alleluia aeterna. *Evovae. Iohannis E. au. pr. la. 2*

**V**alde **I**ste est iohannes qui supra pectus domini in cena  
 recubuit beatus apostolus iohannes cui reuelata sunt secreta ce  
 lestia alleluia aeterna. *Evovae. 2*  
*Vi uicerit faciam illum columnam  
 in templo meo. dicit*

*Alis Quidenbeumen*

**I**ohannes apostolus et euangelista virgo est electus a domino  
 atque inter ceteros magis dilectus. *Ad Magnific. Inzolis  
 2. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.*

Tafel 1 Antiphonarium aus dem Zisterzienserinnenkloster Billigheim, 1344, fol. 94<sup>r</sup>: Zierinitiale mit Signatur der Schreiberin Alheidis Quidenbeumen (vgl. Abb. 4 und 5). Stuttgart, Württembergische Landesbibliothek, HB XVII 17.

*i*

**D**ominica prima  
in aduentu domini.

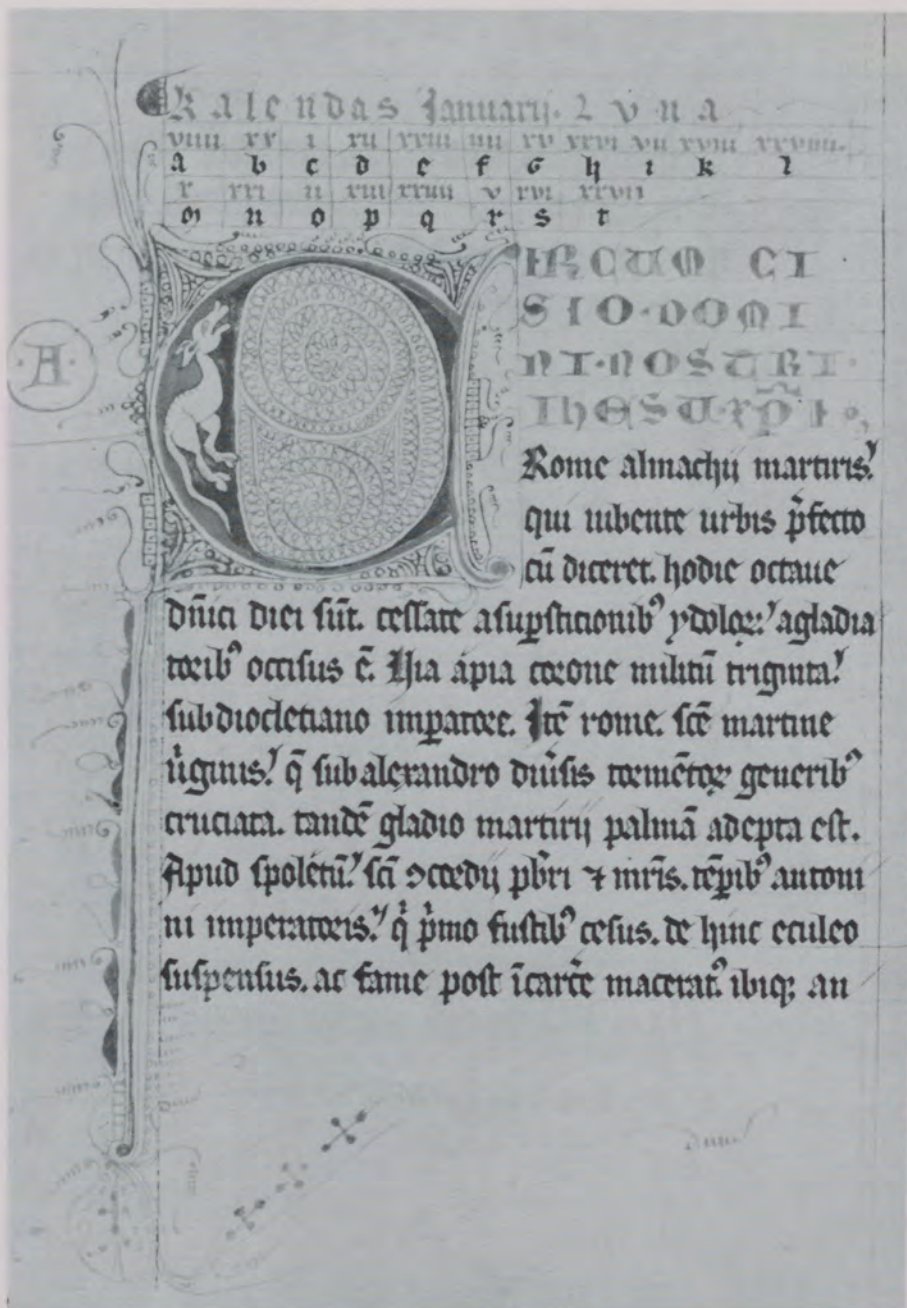
**D. U. E. L. E**

**U. A. V. I.** An  
mam meam deus  
meus in te confi do

non eru uescam. neqz irride ant me inimi  
ci mei. etenim uniuersi qui te expectant non  
confundentur. **V**ias tuas domine demon  
stra mihi; et semitas tuas edoce me. **G**loria

Tafel 2 Graduale aus dem Zisterzienserinnenkloster Frauenroth, 14. Jh., fol. 13<sup>v</sup>:  
Illuminierte Initiale mit figürlicher Darstellung einer Zisterzienserin mit Schriftband  
»Beatrix«. Stuttgart, Württembergische Landesbibliothek, HB I 246.





2 Martyrologium aus dem Zisterzienserinnenkloster Billigheim (Textbeginn); in: Sammelhandschrift, fol. 9<sup>v</sup>. Stuttgart, Württembergische Landesbibliothek, Cod. brev. 131.

archemij cū uxore sua candida. ⁊ filia pau-  
lina. qui archemius gladio percussus. uxor  
u ei ⁊ filia. lapidib; s obrute. Cuiusmodi nō  
ueduno. scōz amantij ⁊ alexandri.

|       |      |   |     |      |      |        |     |      |       |
|-------|------|---|-----|------|------|--------|-----|------|-------|
| rviii | xxix | x | xxi | iiii | viii | xxiiii | v   | xxvi | xxvii |
| A     | b    | c | d   | e    | f    | g      | h   | i    | k     |
| viii  | xix  | i | xi  | xxii | iiii | xviii  | xxv | vi   |       |
| l     | m    | n | o   | p    | q    | r      | s   | t    |       |

**C**onstantinopoli. natale vii. id. iunij.  
sā pauli. eisdē ciuitatis epi. q̄ a cōsta-  
ntino impatore. apud ciuitatula quādā icapa-  
doxia. cuiusā nomine. ob catholicā fidem  
pulsus exilio. arrianoꝝ isidoy crudeliter  
strangulat. ad celestia regna migravit. Itē  
creduba. scōz pet̄ p̄bri. euēty. ieremie. et  
aliorum trium. Sexto idus iunij.

|       |    |    |      |       |      |     |      |      |       |
|-------|----|----|------|-------|------|-----|------|------|-------|
| rviii | i  | xi | xxii | iiii  | viii | xxv | v    | xxvi | xxvii |
| a     | b  | c  | d    | e     | f    | g   | h    | i    | k     |
| ix    | xx | ii | xii  | xxiii | v    | xv  | xxvi | vii  |       |
| l     | m  | n  | o    | p     | q    | r   | s    | t    |       |

⁊ gallijs suessionis. ciuitate. natale bea-  
ti medardi epi nouo mensis. q̄ quātū fu-

⁊ dñā Berdradis i abba in hultkem

45


Que hinc libri celebrat alheid Quidenbeumen noni haterbar.  
 Anno dñi .m.ccc.iiii. *perate unice. p. ca.*  
 vivit. **A**lleluia alleluia alleluia Alle  
 luia alleluia alleluia. ps. Venite  
 Sabbato Sancto. Ad Vesperas. Fada Comunione Sa-  
 cerdotis statim post Vesperis intonatur soleniter. Antiphona  
 et Psal. Laudate Dominum oēs gentes. *Antiphona.*  
**A**lleluia alleluia alleluia. *Psal.*  
**L**audate Dominum omnes gentes laudate  
 eum omnes populi. *Quoniam. Gloria Patri. Sicut erat.  
 Et postea cantatur integra Ant.  
 Alleluia. Post qua Celebrans in-  
 tonat. Vespere autem Sabbati. etc.  
 Per Octavam Pasche. Et Cantores Magnificat.*  
**B**enedicamus Domino alleluia alleluia.  
*In omnibus festis Sermon.*  
**B**enedicamus Do...mino  
*In omnibus festis. M. d. Diebus Octavis. et Dominicus.*  
**B**enedicamus Do...mino  
*In festis xij. Lect. et diebus. In festis iij. Lect. et feris.*  
**B**enedicamus Do...mino. *Benedicamus Domino.*

4 Antiphonarium aus dem Zisterzienserinnenkloster Billigheim, 1344, fol. 15<sup>r</sup> (mit Vermerk der Schreiberin Alheidis Quidenbeumen). Stuttgart, Württembergische Landesbibliothek, HB XVII 17.

210 227

sibilis. **E**xte mens nostra fulgeat ite uota p̄ cōpleat  
 ad te p̄te se dirigat ite credens te diligat **O** deus amor uo  
 bilis. **T**riuitas salus om̄iū cor sana mate sancū cōcede  
 nobis ueni ā p̄ septiformis graciā **O** amor iunabilis.  
**F**ac nos ex fide uiuere fac p̄ spem sursum tendere cōca  
 ritans gemine fac nos uestiri regimine **O** amor vincas  
 omnia. **P**atri sic benedictio cū coeterno filio bñdēs  
 sic spiritus et nos iūsto celic⁹ **O** amor deus deitas a  
**P**ange lingua gloriosi corporis **D**ecorū om̄i. **Q**ue  
 mideriū sanguinisq̄ p̄ciosi que iūmūdi p̄ciū fruct⁹  
 uentris generosi rex effudit gencū. **N**obis nat⁹ uob

Alh. Quidenbeumē.







Istud Collec. tuncum est completum. Anno ab  
 Incauacione Dni. M. CCC. xliij. In Vigilia Pentecostes.  
 Sub Dna Margareta de Brinecke Abbataissa in Frauvental. Exprocacione et ordinacione  
 ac mera deuocione Sororis Elizabeth dicit  
 Tunnein. Ob euentia et honorem sanctissime  
 Dei genitricis Virginis Marie. Et ideo non merito  
 p'dicte Sororis memoriam in suis oronibz tenetur  
 habere. quicunq; in postum in ipso legit vel vsus  
 ipsius impetuum habuerit. cum deuocione quia  
 reuera eundem cum magnis laboribz coparauit.  
 Costat autē ipsameno. iij. r. i. fol. hllh.  
 p'cau no Scriptor iij. r. xxvii. hllh. Summa tota vj. r. xviij. den.  
 Sed p' Illuminata. x. fol. breuii.  
 Insup Ligatura cu clausuris. x. fol.



7 Vermerk über die Stifterin Elisabeth Tunnein und die Herstellungskosten der Handschrift; in: Brevier aus dem Zisterzienserinnenkloster Frauental, 1342, fol. 1<sup>r</sup>. Erlangen, Universitätsbibliothek, Ms. 136.

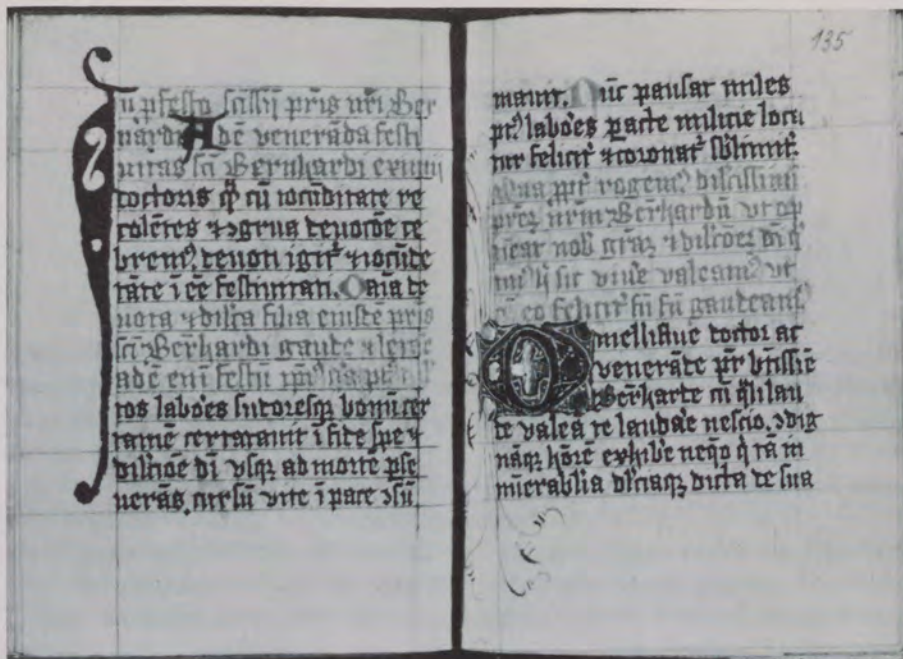
|       |   |      |  |                                    |   |        |
|-------|---|------|--|------------------------------------|---|--------|
|       |   |      |  |                                    |   |        |
| iiii  | A | iiii | Jan.   | Curvencio dñi nri nri xpi. an. lē. | ω |        |
|       | B | iiii | Oct. scti Stephani.                                |                                    | ω |        |
| xvi   | C | iiii | Oct. scti Johannis. ω. Venofene v. Coll. Graudi n. | ω                                  |   |        |
|       | D | iiii | Oct. scti Innocenti.                               | ω                                  |   |        |
| xv    | E | iiii | MOHAS  |                                    |   |        |
| xviii | F | viii | Luphama dñi. vii. lē.                              |                                    |   |        |
|       | G | vii  |  |                                    |   |        |
| xvi   | A | vi   |  |                                    |   |        |
| v     | D | v    |  |                                    |   |        |
|       | C | iiii | Willehelmi epi. xii. lē. Pauli pmi herms           | ω                                  |   |        |
| xiiii | D | iiii | Com. epi. & albari. Coll. pmi ane qs.              |                                    |   |        |
| ii    | E | ii   |  |                                    |   |        |
|       | F | ii   | Oct. Luph. dñi xii. lē. Wylam & Ramgy              | ω                                  |   |        |
| x     | G | ii   | Febr. Felcis iunioris.                             | ω                                  |   |        |
|       | A | viii | Mauri albano.                                      | ω                                  |   |        |
| xviii | B | vii  | Marcelli p & martyris.                             | ω                                  |   |        |
| vii   | C | vi   | Antony p. xii. lē. Ipcosyn. Eicofyn. & Micoofyn m. | ω                                  |   |        |
|       | D | v    | Oruce uirginis & mris.                             | ω                                  |   | b. pmi |
| xv    | E | iiii |  |                                    |   | r.     |
| iiii  | F | iiii | Fabiam & Sebatiani mris. xii. lē.                  |                                    |   | d.     |
|       | G | iiii | Agnens uirginis & martyris. xii. lē.               |                                    |   | e.     |
| xvi   | A | iii  | Vincenai martyris. xii. lē.                        |                                    |   | p.     |
| v     | B | iii  | Emermiane uirginis & m.                            | ω                                  |   | g.     |
|       | C | ii   |  |                                    |   | h.     |
| xv    | D | viii | Conuio scti Pauli. xii. lē. Preiecti mris.         | ω                                  |   | i.     |
|       | E | vii  |  |                                    |   | k.     |
| xviii | F | vi   | Agnens scdo.                                       |                                    |   | l.     |
| vii   | G | v    |  |                                    |   | m.     |
|       | A | iiii | Juliam epi. xii. lē.                               |                                    |   | n.     |
| xviii | B | iiii |  |                                    |   | o.     |
| vi    | C | ii   |  |                                    |   | p.     |



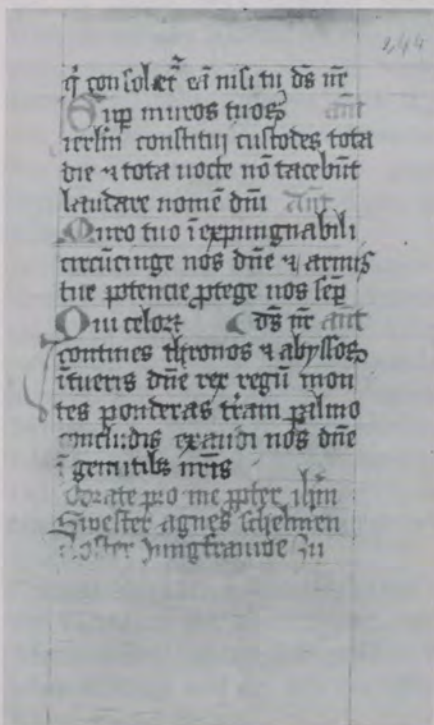
8 Kalendar des Zisterzienserinnenklosters Lichtenstern; in: Brevier, 14.Jh., fol. 1'. Stuttgart, Württembergische Landesbibliothek, Cod. brev. 89.



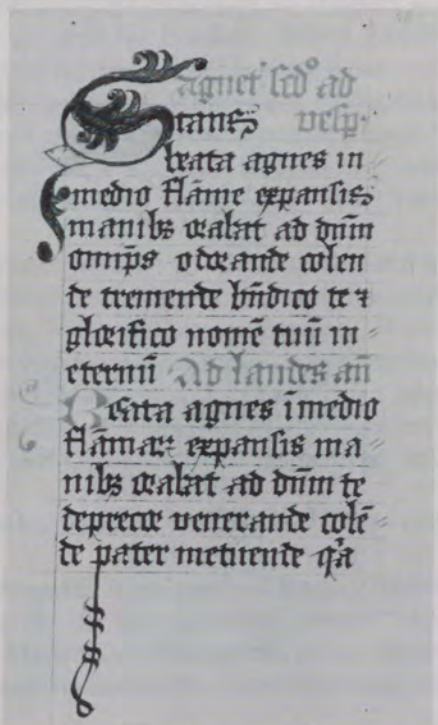
9 Kreuzigung Christi mit Maria und Johannes (wie Abb. 8) fol 30<sup>r</sup>.



10 Lateinisches Gebetbuch des Zisterzienserinnenklosters Lichtenstern, 1 V. 16. Jh., fol. 134<sup>r</sup>/135<sup>r</sup>. Stuttgart, Württembergische Landesbibliothek, Cod. brev. 40.



11 Vermerk der Schreiberin Agnes Schelmen, in: Diurnale aus dem Zisterzienserinnenkloster Seligental, 16. Jh., fol. 244<sup>r</sup>. Stuttgart, Württembergische Landesbibliothek, Cod. brev. 130.



12 Schmuckinitialie S zur Agnes-Antiphon, in: Diurnale (wie Abb. 11), fol. 36<sup>r</sup>.



# Zisterzienser-Klöster in Franken

VON GEREON CH. M. BECKING

Sinn dieses Diavortrages war es, die einstmals reiche fränkische Zisterzienser-Landschaft den Tagungsteilnehmern vorzustellen, und zwar knapp und doch möglichst umfassend, wie es bei der großen Zahl der Klöster in der Zeit einer Stunde möglich ist.

Die im Rahmen anderer Referate behandelten Zisterzen im badischen und württembergischen Franken waren dabei ausgespart.

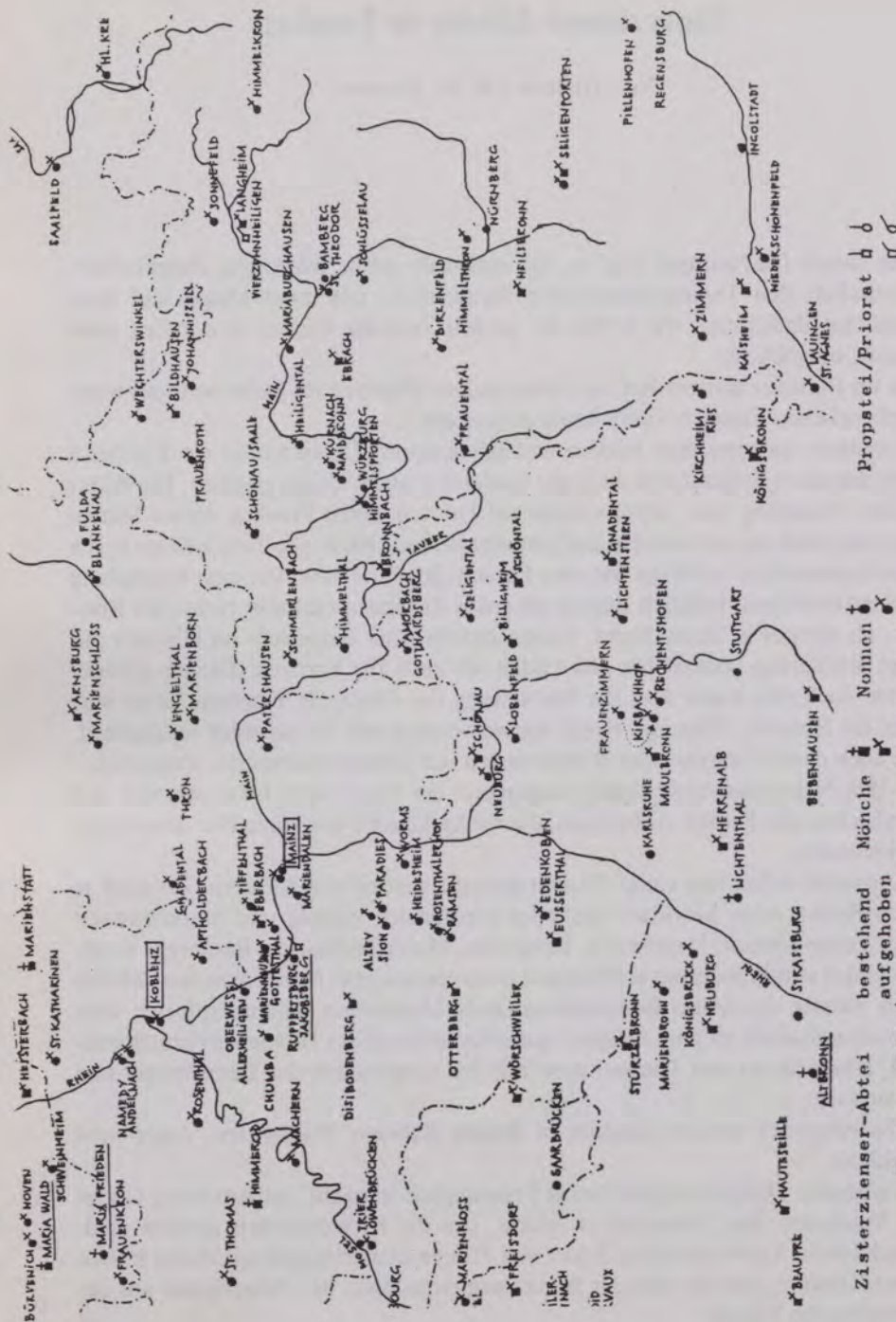
In wenigen ausgewählten Bildern und mit knappen Daten wurde ein Überblick über den alten Bestand und die heute noch erhaltenen Spuren gegeben. Die Bilder sollten Anregung sein, selbst einmal auf Fahrten durch Franken diesen Stätten nachzuspüren, sie aufzufinden und kennenzulernen. Nicht alle diese Klöster liegen ja so repräsentativ am Wege wie etwa Ebrach, Schöntal usw. Also eine Vorstellung in Steckbriefform, lediglich Ebrach als erstes Zisterzienserkloster rechts des Rheines, als zweites in Deutschland, wurde ausführlicher dargestellt im Hinblick auf seine Bedeutung sowohl für den Orden als auch für Franken. Diesem Zwecke diente auch eine Karte über die Verbreitung des Ordens in Franken, ferner eine über die Ebracher Filiation. Beide Karten wurden den Teilnehmern mitgegeben, um auch damit Fahrten oder Wanderungen auf Zisterzienserspuren anzuregen.

Bei den Nonnenklöstern wurden ungeachtet der Frage nach Inkorporation und dergleichen alle Klöster einbezogen, die vielleicht auch nur kurze Zeit dem Orden nahestanden.

In Auswahl sollen hier einige Namen genannt werden von Klöstern, die auch in ihren Resten noch historisch und/oder künstlerisch wichtig und besuchenswert sind: Vorab Ebrach, Heilsbronn, Langheim, Maria Bildhausen; Bamberg, Wechterswinkel und Frauenroth als Beispiele noch romanischer Nonnenkirchen, letztere auch wichtig durch das Bodenlauben-Grab; Maidbronn, Himmelsporten oder Mariaburghausen als gute Beispiele gotischer einschiffiger Nonnenkirchen; Sonnefeld, Himmelkron und Himmelthron mit den Grabmälern der Henneberger und Orlamünde.

Nicht behandelt werden konnten in diesem Rahmen Wallfahrten, Amts- und Stadthöfe.

Ein zentrales Thema zisterziensischer Frömmigkeit ist nächst der Anbetung Gottes die Verehrung der Gottesmutter Maria, der die Klosterkirchen geweiht sind. Abschluß des Vortrages waren Bilder von Marien-Darstellungen aus diesen fränkischen Klöstern und das Bild der Schutzmantelmadonna der Zisterzienser aus der Klosterkirche Ebrach.



Auszug aus privater Plansammlung ZISTERZIENSER IN EUROPA Blatt 54 und 64  
 GEREON CH. M. BECKING, D 8700 Würzburg Neutorstrasse 8







# Zur Geschichte des Klosters Seligental

VON ELMAR WEISS

Das Kloster Seligental bei Osterburken hat keine so spektakuläre Geschichte aufzuweisen wie das gleichnamige Zisterzienserinnenkloster in Landshut. Die Gründung erfolgte 1236, zu einer Zeit, in der das Generalkapitel sich gegen die Aufnahme weiterer Frauenklöster wehrte. Deshalb gehört Seligental zur Kategorie von Klöstern, die zwar die Ordensregeln befolgten, aber keine Ansprüche gegenüber dem Orden hatten.

Die bedeutendste Edelfreienfamilie im Gebiet des heutigen Baulands und des hinteren Odenwalds, die Dürn, treten als Gründer auf. Konrad von Dürn beabsichtigte ein Hauskloster, eine Bleibe für den Lebensabend und eine standesgemäße Grablege. Zudem stellte Seligental aufgrund seiner geographischen Lage in der Mitte des Dürnschen Herrschaftsgebiets einen machtpolitischen Kristallisationspunkt dar. Der Gründungsakt ist ein Zusammenspiel religiöser Motive mit politischen Antriebskräften.

Auseinandersetzungen mit dem Nonnenkloster auf dem Frankenberg bei Amorbach, dem Konrad von Dürn Besitz in Schlierstadt, Seckach, Zimmern und Hemsbach zugunsten von Seligental weggenommen hatte, führten zum Richtspruch des Papstes, der das Kloster restituierte.

Das Kloster Seligental wurde zum Anziehungspunkt der Töchter und Witwen des fränkischen Adels. Die wirtschaftliche Basis des Klosters – aus vielen und weitgestreuten Schenkungen – war für ein standesgemäßes Leben ausreichend. Wichtigster Besitz waren die sog. Klosterdörfer Schlierstadt, Seckach, Zimmern, Hemsbach und Ruchsen.

Als Schirmherren traten nach dem Tod der Gründer 1278 die Herren von Hohenlohe, 1328 die Bischöfe von Würzburg und seit 1505 Kurmainz auf. Kirchlich war das Bistum Würzburg zuständig.

1239 erfolgte bereits die Weihe der Klosterkirche, die der hl. Muttergottes geweiht war. Weitere Patrone waren die hl. Ursula und der hl. Nikolaus. Gerade bei den Heiligenkulten der Klosterdörfer läßt sich Einfluß nachweisen. Seligental war auch Ziel verschiedener Wallfahrten.

Eine gewisse soziale Bedeutung für die Klosterdörfer und Umgebung hatte die »Gründonnerstag-Stiftung«, die bis 1845 existierte und die Austeilung von Haferbrei beinhaltete; außerdem das Hospiz für Alte, Kranke und Sieche.

Alle Klosterämter waren in Seligental vertreten, auch ein Konverseninstitut war angeschlossen. Vaterabt war der jeweilige Abt von Bronnbach. Über Bronnbach wurde auch lange Zeit der Seligentaler Außenhandel abgewickelt.

In der Endphase des Klosters werden zwei Äbtissinnen mit individuellen Zügen greifbar; Walpurga von Hardheim, die 1519 und 1526 Dorfordnungen erließ und 1525 die Niederbrennung und Plünderung des Klosters durch die Bauern verhinderte, und Caecilia von Rüdt, die am Vorabend der Einführung der Reformation im Bauland als recht weltlich gesinnte Äbtissin fungierte.

Trotz mehrerer Neueintritte geriet das Kloster in große Bedrängnis. 1552 wurde es von den marodierenden Soldaten im Markgräflerkrieg heimgesucht. Zur selben Zeit wurde in der Umgebung das lutherische Bekenntnis eingeführt. Einige Nonnen verließen jetzt das Kloster. Als 1561 Äbtissin Amalia Schelmin von Berg starb, waren nur noch zwei Nonnen zugegen. 1568 wurde das Kloster aufgehoben und fiel schließlich an die mainzische Hofkammer. Spätere Restituierungsversuche blieben erfolglos.

Heute sind in Seligental nur noch geringe Reste der alten Klosteranlage erhalten. 1928 wurde die 1788 profanierte Kirche durch ein Feuer vernichtet.

# Der Bautypus des mittelalterlichen Zisterzienserklosters

VON HARALD SIEBENMORGEN

Der Bauplan eines mittelalterlichen Zisterzienserklosters folgte wie keine Bauaufgabe zuvor einem festgelegten Schema.

Gründe hierfür waren das Prinzip der Filiation in raschster Folge und nach streng überwachtem System sowie zum Teil auch die Bauhütten, die – zunächst aus Burgund – von einer neuen Niederlassung zur nächsten gesandt wurden.

Viele Zisterzienserklöster des 12. und 13. Jahrhunderts könnten so als Verkörperung eines zugrundeliegenden »Idealplans« gelten, der nur nach örtlichen und topografischen Bedürfnissen oder regionalen Baugepflogenheiten modifiziert wurde. Gegenüber gängigeren Repräsentanten dieses Idealschemas wie Fontenay, Maulbronn oder Eberbach stellte der Vortrag das 1228–1240 erbaute gotische Royaumont in der Ile de France als idealtypischen Bau vor.

Besonderheiten des zisterziensischen Klostertyps sind die gestraffte Systematik der Anordnung der Klausurräumlichkeiten um einen Kreuzgang und deren konsequente Abschirmung von den übrigen Klosterbereichen, die abgewinkelte Anordnung des Refektoriums an den Kreuzgang und die Einbeziehung der Bauten der Konversen (mit eigenem Refektorium, Dormitorium und Kirchenzugang) in das Anlageschema. Der Kirchenbau der Zisterzienser war ursprünglich schmucklos, mit schlichter Fassade und ohne Türme, die Innenwände waren unverputzt und damit ohne die bis dahin selbstverständlichen Wandmalereien, ohne farbige Glasfenster und das übliche Maß an Skulpturen der Heiligenbilder. Die Chorgrundrisse waren – unterschiedlicher Ausprägung – für die Aufnahme möglichst vieler Altäre entwickelt, um den Priestermönchen ein möglichst häufiges Lesen der Messe zu ermöglichen.

Die Gesamtanlage eines Zisterzienserklosters, von einer festen Mauer umgeben, bezog auch Gebäude für handwerkliche Tätigkeiten ein. Damit vermochte sich eine solche Klosteranlage von nachfolgenden Siedlungsbildungen als auch von der benediktinischen Praxis der ausgelagerten Wirtschaftshöfe abzugrenzen.

Wurden solche Gründungsideale der Zisterziensergründer nach den ersten hundert Jahren auch aufgeweicht, so stellte der Idealplan des Zisterzienserordens – bis in die Gründungen im hiesigen regionalen Raum – eine Verbindlichkeit dar, die Dauer wie kaum ein anderer Bautypus der mittelalterlichen Architektur besaß.

Eine lebhafte Diskussion über einzelne, in der Forschung noch strittige der Prinzipien zisterziensischer Klosterkunst schloß sich dem Vortrag an.



# Stuttgart und die Neuwürttemberger

## Betrachtungen eines Historikers zu einem aktuellen Thema\*

VON BERNHARD MANN

Regionalismus, und das heißt immer auch Kritik am Zentralismus der Regierungen und Metropolen, ist heute weit verbreitet. »Heimat« wird wieder groß geschrieben, und mit ihr natürlich auch ihre Geschichte, die man nicht länger nur von oben und von der Zentrale aus, sondern auch von unten und von der Peripherie her sehen möchte und sieht.

Ist dieses aktuelle Problem auch ein historisches? Doch wohl! Der Geschichte des 19. Jahrhunderts ist das Phänomen wohlbekannt. Das alte Preußen hat bis ins 20. Jahrhundert hinein seine Probleme gehabt mit den Neuerwerbungen des Napoleonischen Zeitalters – den Rheinlanden vor allem, aber auch mit den Annexionen von 1866, bei übrigens oft erstaunlich innerpreußisch-föderativer Politik, die das Eigenleben der Provinzen respektierte, ja pflegte, mehr als alle anderen deutschen Staaten, allein Österreich zeitweise ausgenommen. 1848/49 sind fast überall die relativ neu erworbenen Gebiete besonders unruhig gewesen – in Bayern, Franken und die Pfalz, in Baden, das fast nur aus Neuerwerbungen bestand, das ganze Land. Aber waren sie das, weil sie neu erworben waren, oder aus anderen Gründen? Im Königreich Württemberg jedenfalls sehen wir ein recht differenziertes Bild. Gewiß sind ehemalige Reichsstädte im allgemeinen unruhiger als altwürttembergische Landstädte oder gar die Residenzen und Garnisonsstädte Stuttgart oder Ludwigsburg. Alle Reichsstädte? Oder nur die gewerbereichen? und die Garnisonsstädte weniger als die andern? Gewiß spielten kirchlich-konfessionelle Verschiedenheiten eine große Rolle, und hier ist eine klare Scheidung möglich: Katholiken gab es (fast) nur in Neuwürttemberg, Pietisten (fast) nur im Altwürttembergischen – bloß: beide stehen, spätestens seit dem Scheitern der Paulskirchenverfassung, fest hinter der Stuttgarter Regierung! Von Bauernunruhen hören wir vor allem im Fränkischen – aber auch hier stehen die Grundholden offenbar Seite an Seite mit Stuttgart gegen die Grundherren daheim. Antijüdische

\* Wenn mein auf der Jahreshauptversammlung des Historischen Vereins für Württembergisch-Franken am 4. Mai 1986 in Bad Mergentheim gehaltener Festvortrag erst jetzt veröffentlicht wird, dann deshalb, weil ich 1986 noch hoffte, ihn mit Anmerkungen zu versehen und in diesen auch auf die höchst anregenden kritischen Diskussionsbeiträge einzugehen, die sein Echo waren. Daraus ist leider wegen allzu dringender anderer Verpflichtungen nichts geworden. Weiterer Aufschub würde wohl wenig bessern – so gebe ich ihn denn, verkürzt um einige persönliche Einleitungsworte, so, wie er gehalten wurde, in den Druck. Daß man diese Dinge auch anders und gewiß nuancierter sehen kann und muß, ist mir bewußt: ein Vortrag, der die Aufmerksamkeit der Hörer fesseln soll, darf aber vielleicht doch etwas pointieren.

Ausschreitungen gab es dort, wo Israeliten in größerer Zahl ansässig waren, in ehemals reichsritterschaftlichen Gebieten zumeist – als Protest gegen Stuttgart wird man sie kaum sehen können. In Oberschwaben wird 1849 die Parole ausgegeben, *keinen Staatsdiener, keinen Unterländer, keinen Protestanten* zu wählen, aber vom »roten Fürsten« Waldburg-Zeil (und von ihm erst 1849, nach der Annahme der kleindeutschen Reichsverfassung durch Württemberg), während es in den Frühjahrswahlen von 1848 dort nur um eine angemessene Vertretung des Katholizismus im Stuttgarter und Frankfurter Parlament gegangen war, die Spitze gegen Staatsdiener, Unterländer und Protestanten noch fehlte. Warum wählte Mergentheim Robert Mohl in die Nationalversammlung – gewiß einen Stuttgarter, wenn auch einen, der dort in Ungnade gefallen war, warum Schwäbisch Hall Wilhelm Zimmermann – gab es keine besseren aus der eigenen Region?

Wer je einmal Wahlforschung betrieben hat, weiß, wie wenig Wahlergebnisse – zumal unter einem Mehrheitswahlrecht – demoskopisch ausgewertet werden können. Aber selbst, wenn wir unterstellen, daß 1848 Ressentiments gegen Stuttgart in Neuwürttemberg noch eine große Rolle gespielt haben – wäre damit schon etwas über eine Kontinuität bis heute gesagt? Fühlen sich Württembergisch Franken, Ulm und Oberschwaben, der Raum Rottweil noch heute als Besatzungsgebiete? Sind auch im Kollektiven »Kindheitserlebnisse« so stark? Oder wird doch nur neuer Ärger alt ausstaffiert, Bundschuh und Morgenstern aus der Mottenkiste geholt, wenn es gegen den Mercedesstern geht?

Wie gesagt, diese Verbindung von Historischem und Aktuellem hat mich verlockt, aufs Eis zu gehen, auf dem man ausrutschen, ja einbrechen kann. Denn bald – aber für heute zu spät – hat sich herausgestellt, daß die Darstellungen dazu wenig hergeben, und von den Quellen waren ohnehin kaum sehr direkte Aussagen zu erwarten. Dieses Thema scheint kein Thema zu sein. Aber vielleicht doch ein Augenöffner für eine ganze Reihe von Fragen, die noch keineswegs abschließend beantwortet sind! Perspektivenwechsel führt nicht nur in der Photographie, sondern auch in der Historie oft zu überraschend neuen Ansichten und Einsichten – wir sehen es beim heute beliebten Blick von unten, wir werden es beim Blick von der Peripherie her ebenfalls sehen. Mindestens eine Relativierung von bisher für zentral Gehaltenem ist zu erwarten.

Dabei soll – wie schon bisher – der Begriff »Neuwürttemberg« nicht auf den kurzlebigen Staat Friedrichs beschränkt werden, der von 1803 bis 1805 bestand und dessen Hauptstadt Ellwangen war. Es soll um alle Gebiete gehen, die im Zeitalter Napoleons neu zu Württemberg kamen, also auch um Ulm und Oberschwaben, um Rottweil, Spaichingen und Rottenburg, auch um Mergentheim – dessen Besetzung den Extremfall bildete –, und um die ganze Geschichte seitdem. Den so verstandenen »Neuwürttembergern« wollte ich nicht die »Altwirtembergern« gegenüberstellen, denn dann hätte ich damit beginnen müssen, daß auch der dicke König Friedrich Neuwürttemberger war, der sofort in schärfsten Gegensatz zu den Altwirtembergern geriet und unversöhnt mit ihnen gestorben ist. Und selbst sein Sohn Wilhelm war in einem gewissen Sinn zeitlebens »landfremd« und



stand seinen Württembergern – wie umgekehrt – mit einer gewissen Reserve gegenüber. Daher lieber »Stuttgart« – als Synonym für den zentralistischen Mächtigen-Großstaat und seine militärisch organisierte Bürokratie, deren Präsenz mindestens in den 63 Oberamtsstädten zwischen Tettngang und Mergentheim, Freudenstadt und Neresheim allezeit spürbar war. Synonym auch für Stuttgarter Parteipolitiker gleich welcher Herkunft und Couleur, soweit sie versuchten, sich dem Zentralismus des Staates mit einem eigenen Zentralismus anzupassen.

»Stuttgart und die Neuwürttemberger« – da fragt man sich zunächst einmal, ob das wirklich ein absoluter Gegensatz war. Immerhin war von den 13 Männern, die zwischen 1816 und 1933 Ministerpräsidenten waren oder eine entsprechende Stellung im Staatsapparat hatten, nur einer Stuttgarter i. e. S., und der hat nur drei Tage lang regiert: Theodor Liesching, vom 7. bis zum 9. November 1918! (Denn Mitternacht und Weizsäcker, beide in Stuttgart geboren, werden Sie doch wohl für Württembergisch-Franken reklamieren wollen!) So überraschend das sein mag: eine lange und eindrucksvolle Reihe von Neuwürttembergern nahm die nach dem König erste Stelle im Lande ein: v. Linden, v. Varnbüler, Mitternacht, Breitling, Weizsäcker, Eugen Bolz (wenn wir Bazille nicht zählen wollen) belegen zusammen 72 der 83 Jahre zwischen 1850 und 1933 – acht Neuntel der Zeit. Das kann eine exorbitante Überrepräsentation der Neuwürttemberger in den höheren Regionen sein, zu erklären durch einen bei nicht wenigen Altwürttembergern erkennbaren Hang, lieber der Zweite auf einem Dorfe zu sein als Caesar in Rom. Doch wir wissen zu wenig über Herkunft und Zusammensetzung der württembergischen Beamenschaft im 19. Jahrhundert, als daß wir darüber eine ganz bestimmte Aussage machen könnten.

Nun ist das Regieren eine Sache, und das Regiert-Werden eine zweite. Wurde Neuwürttemberg – von den Kollaborateuren einmal abgesehen, die es überall gibt, weil sie ihre Familien nicht verhungern lassen können – als erobertes Land oder doch von Anfang an als gleichberechtigt behandelt? Wie lange als erobertes Land? Waren die Unlustgefühle der Verwalteten spezifisch neuwürttembergische Unlustgefühle, oder brummt und bruddelten die Altwürttemberger wie ihre neuen Mitbürger und Mituntertanen? Wie wurde die neue Verwaltungsorganisation akzeptiert – die Oberämter, die den heutigen Regierungspräsidien entsprechenden vier Kreisregierungen? Aus den Versuchen der zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts, einzelne Oberämter aufzuheben, wissen wir, daß sich kein Oberamtsstädtchen sein Oberamt nehmen lassen wollte – mit guten Gründen. Und schon 1831 hat sich der Ulmer Oberbürgermeister Wolbach gegen die Forderung gewandt, die Kreisregierung wieder aufzuheben – verständlicherweise, denn sein Ulm war Sitz einer solchen und betrachtete das als Kompensation für den vorausgegangenen Zentralitätsverlust.

Weiter: im modernen Flächenstaat – schon des 19. Jahrhunderts – findet ein interregionaler Wohlstandsausgleich statt. Im alten Württemberg vor allem durch die Zusammenfassung der Gemeinden eines Oberamts zur solidarisch haftenden Amtskörperschaft, aber auch durch die staatliche Infrastrukturpolitik, die Straßen

und Eisenbahnen baute und so auf Kosten aller einzelne Gebiete besonders förderte. Wie lange haben da die Neuwürttemberger mehr einbezahlt, als sie herausbekamen?

Wie stand es mit der Vaterlandsliebe der Neuwürttemberger? War ihnen das Biberacher oder Mergentheimer Hemd näher als der Württemberger Rock, und zogen sie diesem Rock immer noch den Mantel der gesamtdeutschen Nationalität vor? Welcher – der »großdeutschen« des Frühjahrs 1848 oder des Jahres 1859 oder der »kleindeutschen« der Paulskirchenverfassung von 1849 oder des Bismarckreichs von 1871? Wie stand es mit Bemühungen um die Erhaltung ihrer kulturellen Identität – von der auch Ihr Verein zeugt? Wurden sie von Stuttgart ignoriert, gefördert, behindert? Wie bodenständig waren ihre Träger?

Schließlich: wie äußerte und organisierte sich Protest? Und wogegen und gegen wen richtete er sich?

Dieser – sicher nicht vollständige – Fragenkatalog muß fürs erste genügen. Eines drängt sich deutlich genug auf: wenn wir diese Fragen beantworten oder einer Antwort näher bringen wollen, müssen wir historisch vorgehen, d. h. die einzelnen Zeitalter säuberlich auseinanderhalten – was 1809 gilt, muß nicht 1890 gelten, und schon gar nicht 1980. Gewiß werden die Anfänge besonders interessant sein, der erste Scheffel Salz sozusagen, den junge Eheleute miteinander verzehren. Die Jahre bis 1815 sind – und da wird das Bild der Eheleute vollends schief – u. a. bestimmt von der beiderseitigen Unsicherheit, wie lange die Verbindung denn überhaupt dauern werde, wie lange Neuwürttemberg württembergisch bleiben, ob nicht Württemberg selbst recht bald das selbe Schicksal erleiden müsse, das es anderen bereitet hatte (wie jene ehemaligen Reichsunmittelbaren, die 1803 ober-schwäbische Klöster säkularisiert hatten); interessierte Nachbarn waren niemals fern, und Napoleon mit Neugründungen immer schnell bei der Hand. Wie denkbar oder undenkbar war ein Fürstentum Franken oder auch zwei – ein Weinfranken um Würzburg und ein Bierfranken um Nürnberg? Und was dergleichen Denk-Möglichkeiten mehr waren. Die Jahre 1800 bis 1815, in denen sozusagen alles möglich war, müssen also unsern ersten Abschnitt bilden.

Den zweiten möchte ich am Vorabend der Revolution von 1848 enden lassen. Es ist eine Periode der Verfassungsgebung und des Einlebens in eine neue Verfassung, der Verwaltungsorganisation für mehr als ein Jahrhundert und des Einwachsens dieser Verwaltung, aber auch beginnender oder sich intensivierender Auseinandersetzungen über Fragen, die besonders Neuwürttemberg berührten: die Frage nach dem Verhältnis von Staat und katholischer Kirche, die Frage der »Bauernbefreiung«, die Frage der Gemeindeverfassung und der staatlichen Rechte über die Gemeinden.

Die Jahre 1848/49, in denen diese Auseinandersetzungen einen Gipfel erreichten, sollen für sich allein im dritten Abschnitt besprochen werden, weil damals, wie ich meine, eine nachhaltige Wende im Verhältnis von Stuttgart und Neuwürttemberg eingetreten ist. Unmittelbar danach beginnt die Zeit der fast ununterbrochen »neuwürttembergischen« Ministerpräsidenten, die Zeit einer Bereinigung der

Konflikte zwischen Staat und katholischer Kirche, aber auch und vor allem der sehr allmähliche Wandel Württembergs vom Agrar- zum Industriestaat.

Dieser Strukturwandel und seine Auswirkungen auf das uns interessierende Verhältnis sollen in einem vierten Abschnitt zur Sprache kommen, der fast hundert Jahre umfassen und entsprechend allgemein sein wird – die Jahre zwischen 1850 und 1933 scheinen darin eine Einheit zu bilden, daß Württemberg im ganzen konservativer regiert wurde, als es der wirtschaftlich-sozialen Dynamik des Raumes um Stuttgart entsprach, und daß die für diese Politik bestimmenden Kräfte nicht zuletzt in den Räumen des Landes beheimatet waren, die 1800 noch nicht zu Württemberg gehört hatten.

Läßt sich für die Zeit danach, vor allem für die zwölf Jahre nach 1933, aus dem Blickwinkel unseres Themas überhaupt noch etwas sagen? Ich bezweifle es – »Stuttgart« war da nicht mehr »Stuttgart«, Württemberg nicht mehr Württemberg (oder doch nur noch als Fassade), und von »Neuwürttemberg« wird man vollends nicht mehr sprechen wollen. Man kann allenfalls konstatieren, daß in diesen zwölf Jahren Bauern- und Volkstumsideologie und eine auf kriegerische Autarkie zielende Agrarpolitik eine Krise verdeckt haben, die vor 1933 begonnen hatte und nach 1950 in aller Deutlichkeit sichtbar wurde: das relative Zurückbleiben des agrarischen Sektors hinter dem gewerblich-industriellen (wenn Sie so wollen: »Neuwürttembergs« hinter »Stuttgart«) – bei allen atemberaubenden »Fortschritten«, die auch die agrarische Produktion in einem vorher unvorstellbaren Maße modernisiert, intensiviert und gesteigert haben. Schon als ich, in »Stuttgarter« Anschauungen und altwürttembergischem Milieu großgeworden, vor etwa 30 Jahren zusammen mit meiner Frau (die damals noch nicht meine Frau war) Ihr schönes Land zum erstenmal urlaubend und wandernd (zum Glück noch ohne Auto) etwas näher kennen- und schnell lieben lernte, drängte sich uns die Diskrepanz von altem Wohlstand und neuer Zurückgebliebenheit auf, die – wie auf viele – auch auf uns einen ganz eigenartigen Zauber ausübte. Hier wie noch mehr in Oberschwaben war die Bevölkerungsvermehrung durch den Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen verhältnismäßig geringer geblieben, und damit die Notwendigkeit, für diese größere Bevölkerung außerhalb der Landwirtschaft Arbeit und Brot zu schaffen – Ausnahmen wie Oberkochen u. a. bestätigen die Regel. Hier schien noch die alte Welt zu existieren, ein »Verlorenes Paradies«, in dem noch die alteuropäischen Zeitvorstellungen herrschten, die so wohltuend anders sind als die Stuttgarter Hektik. (Daß das auch eine andere Seite hatte, haben die Urlauber vielleicht geahnt, aber nicht gesehen.) Seitdem ist vieles geschehen, hier wie »da hinten« in Stuttgart. Die Problemgebiete haben aufgeholt, und in »Stuttgart« hat – nicht bei allen, aber bei vielen – das Nachdenken darüber begonnen, wohin die Reise gehen soll, und ob es dazu wirklich immer schnellerer und aufwendigerer Autos und immer neuer Straßen bedarf. Gewiß gehört auch das zu unserem Thema, das ja ausdrücklich den Anspruch erhebt, »aktuell« zu sein. Aber wie sehr ist das noch historisch? Ich jedenfalls will diese letzte Periode nur noch im Ausblick behandeln, indem ich frage, wie die Historie dieses notwendige Nachdenken fördern kann.

Doch zurück zu den Anfängen!

*Wenn mein Blick in der Vergangenheit weilt, so beginnt eine Ihnen wohlbekannte und bis heute erschütternde Schrift Ihres Mergentheimer Mitbürgers Hofrat Frhr. v. Kleudgen, und die traurigen Ereignisse überschaut, die der verheerendste aller Kriege durch die Umwälzung von Deutschland über so viele tausend Menschen gebracht hat, so führt mich meine Phantasie stets mit mächtigem Arm in Mergentheims vaterländische Gefilde und ruht dort in schwermutsvollen Gefühlen auf den Trümmern vergangenen Glücks.*

*Die Untertanen des Deutschen Ordens, von jeher beglückt durch die gelindeste Verfassung, wandelten selbst unter den Stürmen eines langjährigen Krieges noch heiter und froh ihre Wege. Nie schlug der Kriegsgott mit seinen verwüstenden Schritten seinen Schauplatz auf dem Gebiete dieses Fürstentums auf. Der Bürger und Landmann behielt von jeher ihre Söhne für Gewerb und Feldbau, denn freiwillig stellte sich der entbehrliche Teil zum Militärstande, der mit den Kräften des Landes in einem richtigen Einklang stand. Am Hofe des Fürsten herrschte Gastfreiheit, aber nicht Pracht, und so waren zu dem gesamten Aufwand, der überall in den Schranken der Mäßigkeit blieb, nie Abgaben erforderlich, die durch die Tränen der Untertanen befleckt waren. Die Staatsdiener hatten reichhaltige Besoldungen und daher nie nötig, zu heimlichen Erpressungen ihre Zuflucht zu nehmen. Überall zeigten sich Wohlstand und Frohsinn als unzertrennliche Gefährten.*

Aber der bis dahin revolutionärste Krieg seit Menschengedenken, den Frankreich gegen den Erbfeind des 16. bis 18. Jahrhunderts, Österreich, und den Erbfeind seit 1755, Großbritannien, gleichzeitig führte, hatte die Fürsten der größeren deutschen Staaten vor die Wahl gestellt, sich der einen oder der anderen Seite anzuschließen, um so oder so überhaupt ihre Stellung und ihre Länder zu retten. Der Herzog von Württemberg, zunächst aus außen- wie innenpolitischen Gründen Parteigänger Österreichs, hatte sich schließlich Frankreich angeschlossen und war dafür vielfach belohnt worden, mit geistlichen Gebieten und Reichsstädten, den Besitzungen der Reichsritterschaft und kleinerer Reichsfürsten, schließlich mit Ländern, die Österreich und Österreichs unmittelbarer Gefolgschaft gehört hatten. Dieser neue Besitz war lange unsicher, und unsicher war offenbar auch der so selbstherrlich auftretende Kurfürst, dann König Friedrich von Württemberg. Er konnte sich nicht verbergen, daß sein Land auch nach den letzten Vergrößerungen für eine wirklich selbständige Rolle immer noch zu klein war – daher erstrebte er seine weitere Vergrößerung und Grenzen, die weit jenseits der heutigen Landesgrenzen von Baden-Württemberg liegen sollten. Aber das taten andere auch – Bayern vor allem, das in jenen Jahren mit Tirol, Salzburg und dem Innviertel nicht mehr hinter Preußen zurückblieb; Bozen, Trient und Rovereto waren für kurze Zeit bayerische Städte. Mittel dieser Vergrößerungspolitik und aus der Sicht des Protektors Napoleon auch ihr Zweck waren Soldaten und – eng damit zusammenhängend – Geld. Der Zwang, beides zu schaffen, traf Alt- und Neuwürttemberger mit gleicher Härte. Das harte Los, Soldat zu werden, hatte bis dahin nur die Armen und Ärmsten getroffen, Menschen, für die die alte Welt keine andere

Verwendung hatte, die Arbeitslosen von damals. Nun traf es jeden. Steuern und Abgaben waren bis dahin in den meisten neuwürttembergischen Gebieten verhältnismäßig gering gewesen, weil die bisherigen Herren im großen und ganzen mit den Erträgen aus ihrer Grundherrschaft, also den Abgaben, allein ausgekommen waren und nur von Fall zu Fall Steuern ausgeschrieben hatten. Unter württembergischer Herrschaft blieben die Abgaben bestehen, weil die Verpflichtung, sie zu zahlen, als eine »privatrechtliche« angesehen wurde, aber dazu kamen jetzt die neuen, kriegsmäßig hohen Steuern. Dazu der Militärdienst! Nicht so sehr die Besitzergreifung durch Württemberg (oder Bayern oder Baden) war es, was die Untertanen zu Verzweiflungstaten trieb – sie ging überall, übrigens auch hier in Mergentheim, widerstandslos vonstatten. Überall wurden auch die alten Beamten von der neuen Herrschaft übernommen; nur wenige suchten andere Dienste oder ließen sich pensionieren. Der Widerstand, meist passive Resistenz, Entweichen vor der Musterung, Desertion der Ausgehobenen und Eingezogenen, entstand bei der Einziehung zum Kriegsdienst. So auch hier. Was »Stuttgart« im Falle Mergentheim zur Überreaktion veranlaßte, waren die geographischen, politischen und zeitlichen Umstände und wohl auch die unerwartete Heftigkeit des Aufruhrs – hart an der Landesgrenze, in einer Situation, da die neuen Untertanen noch auf ein Eingreifen Österreichs hoffen konnten (und hofften), das die neuen Herren fürchten mußten, und das alles sozusagen unter den Augen der französischen Armee und ihres Imperators, der erwarten durfte, daß seine Verbündeten ihm durch Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in ihren »Reichen« wenigstens den Rücken freihielten bei der Behauptung und Vergrößerung seines Imperiums. All das soll »Stuttgart« nicht entschuldigen und war kein Trost für die Betroffenen, so wenig es ein Trost war, daß auch Altwirtemberg von Friedrich im Grunde wie ein erobertes Land behandelt und seiner ihm heiligsten Rechte beraubt wurde. Man muß auch nur eine Nummer des neuen *Regierungsblatts für das Königreich Württemberg* aufschlagen, z. B. die vom 4. Februar 1809 (ein willkürlich herausgegriffenes Datum), um ermessen zu können, was das alles für den Alltag der Untertanen bedeutete: an der Spitze ein Dekret des Polizeiministeriums, *Gespräche über politische Gegenstände betreffend*, gefolgt von einer Verordnung, *die Fastnachtslustbarkeiten betreffend* – beides wurde verboten oder in den privatesten Raum zurückgedrängt; es folgte die Aufhebung des Zunftzwangs bei der Uhrenmacherei, was mindestens nicht allgemein populär war, ein Dekret über die – modern gesprochen – Überwachung der Junglehrer (mit spaltenreichem Fragebogen: *ob er etwas liest? Und welches Buch er in dem Jahre gelesen hat?*); den Schluß machten seitenlange Aufrufe der neuen Oberämter zur Wehreffassung der *Untertanen-Söhne* und seitenlange Listen derer, die desertiert waren oder sich der Wehreffassung entzogen hatten.

Daß der König alte und neue Gebiete so rasch wie möglich zusammenschweißen wollte, versteht sich, daß sich in der Beamenschaft die kompakte Masse der Altwirtemberger gegenüber den zahlenmäßig weit unterlegenen und in verschiedenen Verwaltungssystemen und -traditionen groß gewordenen Neuwürttembergern

im ganzen durchsetzte, ist nicht verwunderlich. Eine bewußte Bevorzugung Altwürttembergs war das nicht, zumal da auch dessen alte Führungsschicht alles andere als treu und fest hinter König und Dynastie stand. Württemberg hat diese schwierigen Jahre durchgestanden und zuletzt durch einen rechtzeitigen Seitenwechsel die Gefahrenzone unbeschädigt durchschritten, die durch den Sieg der Alliierten über Napoleon entstand – verwandtschaftliche Beziehungen zu England und Rußland waren dabei hilfreich. 1815 war das neue Königreich völkerrechtlich nicht mehr in Frage zu stellen und in seinem Besitzstand garantiert. Aber die erworbenen Gebiete mußten erst noch gewonnen werden, wie das ererbte Land auch. Treue zur Dynastie reichte dafür so wenig allein aus wie die 1810 erstmals reorganisierte, auf die Amalgamierung alt- und neuwürttembergischer Gebiete bedachte neue Verwaltungsorganisation in der Fläche. Dazu bedurfte es einer geschriebenen Verfassung, die auch dem Kredit des Staates und der Abtragung des beängstigend hoch gewordenen Schuldenbergs zugutekommen sollte. Für viele überraschend legte Friedrich schon im Frühjahr 1815, noch vor Verabschiedung der Deutschen Bundesakte in Wien, einem aus geborenen und gewählten Mitgliedern überraschend »liberal« zusammengesetzten Einkammerlandtag eine Verfassung zur Annahme vor. Hatte er nicht die alte Verfassung des Herzogtums bis zum Zerreißen strapaziert und schließlich aufgehoben? War er nicht ein Despot wie aus dem Bilderbuch? Der spätere Historiker sieht deutlicher als die meisten Zeitgenossen, daß er – bei allen temperamentsbedingten Entgleisungen in Einzelfällen – stets, auch in der verfassungslosen Zeit, nicht nur sein eigenes Recht (oder was er dafür hielt) schroff gewahrt, sondern auch die Rechte seiner Untertanen anerkannt hatte, soweit die Umstände das überhaupt erlaubten. Wo er »*jura singulorum*« aufhob, tat er das im guten Gewissen seiner privilegienfeindlichen Zeit, im Interesse der zeitgemäßen Rechtsgleichheit. Im ganzen kam das dem Staate zugute, dem auch sein Repräsentationsbedürfnis, seine Prachtliebe dienen sollten (auch hier gab es Entgleisungen übergenuß). Vor allem war er ein Politiker, der wußte, daß neben Soldaten vor allem geordnete Finanzen und ein guter Staatskredit die Stärke eines Staates ausmachen. Der Erlaß einer Verfassung kam dem verbreiteten Verlangen nach verbrieftem Rechtsstaatlichkeit entgegen und nützte dem Staatskredit, wenn sie Staatsakte, die »Freiheit und Eigentum« der Bürger betrafen, im Grundsatz an die Zustimmung einer repräsentativen Volksvertretung band.

Die Absicht der Verfassungsgebung scheiterte am vereinigten Widerstand der Alt- und Neuwürttemberger. Beide hatten sich in der Forderung nach der Wiederherstellung des *alten Rechts* verbunden – so verschieden dieses alte Recht für die einen und für die anderen war. Im Grunde war es ja eine paradoxe Situation: die Repräsentanten des adelslosen, bürgerlich-bäuerlichen alten Herzogtums Arm in Arm mit den ehemals reichsunmittelbaren Fürsten, Grafen und Herren, deren »altes Recht« letzten Endes auf eine Auflösung oder doch Aushöhlung der Staatseinheit hinauslief. Viel weniger paradox war es, wenn vor allem Abgeordnete neuwürttembergischer Wahlbezirke als erste den erneuten Versuchen Fried-

richs und nach dessen Tode Ende Oktober 1816 seines Sohnes Wilhelm entgegenkamen, in der Verfassungsfrage zu einem befriedigenden Abschluß zu kommen. Die Neuwürttemberger waren also gespalten, was nicht erstaunlich war – die Trennungslinie verlief zwischen ehemaligen Herrschern und deren Untertanen! Während die Herren naturgemäß nur sahen, was sie verloren hatten, erkannten die Untertanen, was sie gewinnen konnten, falls sie sich auf den Boden der neuen, aber jetzt offenbar unabänderlichen Tatsachen stellten. Altwirtemberger und Regierung haben in der Folge eine Chance vertan – die Altwirtemberger, indem sie sich mit so heterogenen Kräften wie den Standesherrn in einem sehr rückwärtsorientierten Widerstand verbänden, die Regierung, indem sie diesen Widerstand durch die Teilung des Landtags in einen Ober- und ein Unterhaus aufbrechen wollten. Neuwürttemberg bekam dadurch in gewisser Hinsicht ein Übergewicht. Denn außer den Abgeordneten der neuwürttembergischen Oberämter, die etwas mehr als die Hälfte der altwürttembergischen ausmachten (wenn man so genau überhaupt trennen kann), den Abgeordneten von vier neu- und drei altwürttembergischen *Guten Städten* (Ellwangen, Heilbronn, Reutlingen, Ulm einerseits, Stuttgart, Tübingen, Ludwigsburg andererseits) und neben vier evangelischen und zwei katholischen Kirchenvertretern saßen im Unterhaus auch noch die (neuwürttembergischen) Abgeordneten der Ritterschaft, während das Oberhaus im Kern aus Standesherrn, also überwiegend aus Neuwürttembergern bestand. Die dem englischen Zweikammersystem nachgemachte Verfassungsbestimmung, daß König, Kammer der Standesherrn und Kammer der Abgeordneten zusammenstimmen mußten, gab tatsächlich der Kammer der Standesherrn ein Veto auch da, wo Regierung und Abgeordnetenkammer einig waren. Das wurde vor allem für die Fortführung der Bauernbefreiung wichtig, wo wegen des »Mauerns« der Standesherrn vor allem in »Württembergisch-Franken« eine Spannung zwischen berechtigten Grundherren und pflichtigen Bauern entstand, die sich im März 1848 entlud. Doch das eilt voraus.

Ein Zweiklassenwahlrecht wie das württembergische von 1819, nach dem in Einerwahlkreisen mit einfacher Mehrheit (die tatsächlich eine Minderheit der Wahlberechtigten sein konnte) in offener, also auch beamtlicher Beeinflussung offener Abstimmung Abgeordnete gewählt werden, ist gewiß ein für demoskopische Zwecke sehr ungeeignetes Instrument. So bleibt unklar, wie sehr die Wähler ihrer eigenen Überzeugung folgten, wie sehr sie einem Druck der Oberamt männer nachgaben – Tatsache ist, daß in den Landtagen zwischen 1819 und 1848 die Regierung immer über eine, meist starke, Mehrheit gebot, und daß sie sich besonders auf die Abgeordneten der neuwürttembergischen Wahlkreise stützen konnte. Opposition machten Teile der Altwirtemberger – und die Standesherrn, die erst seit den dreißiger Jahren ihren Frieden mit dem neuen Staat zu machen begannen, der ihnen seinerseits, teils durch den Deutschen Bund gezwungen, teils, um ihre Opposition zu besänftigen, aber nie ganz ehrlich, beträchtliche Konzessionen auf dem Gebiet der Patrimonialverwaltung, Patrimonialpolizei und Patrimo-

nialjustiz und natürlich auch der Grundlastenablösung machte, zu Lasten der weniger privilegierten übrigen Neuwürttemberger.

Die Probleme sind vielschichtiger, als ich sie hier darstellen kann – auch der Staat hatte einen sehr hohen Anteil an Naturaleinkünften, weshalb der Finanzminister den Befreiungsplänen des Innenministers immer mit größtem Mißtrauen begegnete. Auseinandersetzungen zwischen einer aufklärerisch-protestantischen Staatskirchenpolitik und einem beginnenden »Ultramontanismus« der niederen Ränge der katholischen Hierarchie und der katholischen Laien kamen dazu – aber im großen und ganzen dürfte das Bild stimmen: eine egalisierende Ministerialbürokratie, die v. a. bei neuwürttembergischen Abgeordneten Unterstützung fand, lief auf den Widerstand der (ebenfalls »neuwürttembergischen«) Adelskammer auf, den sie vor 1848 allenfalls manchmal unterlaufen, aber niemals wirklich brechen konnte. Das soll nicht heißen, daß im übrigen zwischen »Stuttgart« und »Neuwürttemberg« immer schönste Harmonie geherrscht hätte: das stets wache und (bei der Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher und Gemeinderäte wohl kaum unberechtigte) Mißtrauen der Ministerialbürokratie gegen die Selbstverwaltung der Gemeinden erzeugte Reibungen und Spannungen, und die vier Kreisregierungen, von denen mindestens zwei in neuwürttembergischen Zentren (Ellwangen und Ulm) lagen, waren doch zu wenig selbständig, als daß sie eine wirkliche Dezentralisation bewirkt hätten.

Dennoch lassen sich, wie eingangs bemerkt, die Unruhen des Revolutionsjahres 1848/49 nicht einfach auf einen Gegensatz zwischen Stuttgart und den Neuwürttembergern reduzieren, auch wenn dies einem gesamtdeutschen Muster entsprechen würde. Die Altwürttemberger waren keine Royalisten wie die Altpreußen oder Altbayern, und Neuwürttemberg hatte keinen Code Napoleon zu verteidigen wie die Rheinlande und die Pfalz. Die konfessionellen Gegensätze spielten zunächst keine große Rolle; wenn, dann verliefen die Fronten zwischen Liberalen und Demokraten, die der Kirche die Schule nehmen wollten, und Katholiken und Pietisten, die eben das verhindern wollten. Zu Bauernunruhen kam es da, wo die Vollendung der Bauernbefreiung am Widerstand der Berechtigten gescheitert war – das war also ein Konflikt unter Neuwürttembergern, in den Stuttgart eingriff, um zunächst, zugunsten der Standesherrn, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, und sodann, zugunsten der Pflchtigen, die Feudalabgaben abzulösen, die Patrimonialverwaltung zu beseitigen, die Adelsgüter gemeindesteuerpflichtig zu machen. Wenn ehemalige Reichsstädte besonders unruhig waren, dann deshalb, weil sie Gewerbe- und keine Garnisons- und Beamtenstädte waren, nicht, weil sie gegen eine partikularistische Staatsregierung »Reichspatriotismus« demonstrieren wollten. Denn die württembergische Regierung war selber »reichspatriotisch« wie die keines anderen Königsreichs. In den – diesmal wirklich freien – Wahlen zur deutschen Nationalversammlung scheinen neuwürttembergische Ressentiments kaum eine Rolle gespielt zu haben. Wohl nicht einmal bei der Wahl des Fürsten Waldburg-Zeil, der gewiß ein besserer »Deutscher« als »Württemberg« war, der aber auch und vor allem gewählt wurde, weil er die Interessen der



katholischen Kirche zu vertreten versprach. Ebensovienig wird man in der Frage »großdeutsch oder kleindeutsch« die Trennungslinie zwischen Stuttgart und Neuwürttemberg ziehen dürfen – auch der starke Mann des Märzministeriums, Friedrich Römer, war im Grunde großdeutsch, und kleindeutsch erst, seitdem klar war, daß sich Österreich dem Großdeutschland der Paulskirche entzog. Auch hier ging der Riß eher durch die Reihen der Neuwürttemberger hindurch, im großen und ganzen entlang konfessioneller Grenzen. Der Widerstand gegen den bürokratischen Staat, das stürmische Verlangen nach einer Reform der Kommunalverfassung durch Abschaffung der Lebenslänglichkeit von Ortsvorstehern und Gemeinderäten und Aufhebung der Steuerfreiheit der Adelsgüter, das Mißtrauen gegen einen Stuttgarter Zentralismus, komme er nun von Regierung und Bürokratie oder im Gegenteil von den neuen politischen Vereinen, sprich Parteien – all das war andererseits keine neuwürttembergische Besonderheit, sondern weit verbreitet. Allenfalls die Obrigkeitserfrömmigkeit der Pietisten und der kirchlich konservativen Evangelischen wäre, wie angedeutet, »altwürttembergisch« zu nennen. Aber eben das hat in der Folge Stuttgart und die Neuwürttemberger enger zusammengeschlossen als je zuvor.

Das verbindende Band war die gemeinsame Gegnerschaft gegen die Frankfurter Reichsverfassung, an der den einen die demokratisch-modernisierenden Grundrechte und das demokratische Wahlrecht, den anderen das preußisch-protestantische Erbkaisertum mißfiel. Wiederum darf man die »Neuwürttembürger« nicht als monolithischen Block sehen – weder waren sie alle katholisch, noch hatten auch künftig Standesherrn und Ritter einerseits, Stadtbürger und Bauern andererseits immer und überall die selben Interessen. Die Standesherrn hatten die Hoffnung nicht aufgegeben, im Zuge der Gegenrevolution einige ihrer alten Positionen zurückzuerobern. Der König steuerte fortan einen adelsfreundlichen und die Kirchen, auch und vor allem die katholische, stärker berücksichtigenden Kurs. Er hatte nicht vergessen, wo in den Wirren um die Anerkennung der Reichsverfassung im April bis Juni 1849 seine Verbündeten saßen. Deren Position wie die seinige wären durch eine Verwirklichung der Paulskirchenverfassung aufs höchste gefährdet gewesen. Adelsvorrechte im Landtag, selbst eine Erste Kammer als Adelskammer hätte es dann nicht mehr geben dürfen, eine konstitutionell-parlamentarische statt der konstitutionell-monarchischen Regierungsweise wäre über kurz oder lang die fast unausweichliche Folge gewesen.

Mit der Berufung des Präsidenten des Katholischen Kirchenrats, v. Linden, zum Innenminister, der der Chef eines überwiegend adligen Ministeriums wurde und vierzehn Jahre lang blieb, und mit der Rückkehr zur unreformierten alten Verfassung von 1819 mit ihrem Zweikammerlandtag beginnt eine neue, im Grunde bis weit ins 20. Jahrhundert hineinreichende Periode engster Zusammenarbeit zwischen Stuttgart und den Neuwürttembergern. Entgegen allen Hoffnungen und Bestrebungen der Achtundvierziger blieb die Regierung bürokratisch, auch wenn ihre starken Männer – wie seit den siebziger Jahren Mittnacht – einen nicht unbeträchtlichen Teil ihrer Macht der Tatsache verdankten, daß sie sich parlamen-

tarische Mehrheiten zu schaffen und zu erhalten wußten. Linden, aus alter katholischer Adelsfamilie – sein Vater war Assessor am Reichskammergericht in Wetzlar gewesen –, war als Kind nach Württemberg gekommen und dort im Staatsdienst, aber auch als Ritterschaftliches Mitglied der Kammer der Abgeordneten aufgestiegen; er kann ebenso als Neuwürttemberger gelten wie der ebenfalls katholische Mittnacht, dessen Vater als neuwürttembergischer Beamter im württembergischen Staatsdienst bis zum Oberfinanzrat aufgestiegen und nobilitiert worden war. (Seine parlamentarische Laufbahn hatte der Sohn übrigens 1861 in Mergentheim begonnen.) Das Regierungsgeheimnis dieser Männer war, sich die katholische Kirche so wenig zur Feindin zu machen wie die seit den fünfziger Jahren pietistisch beherrschte evangelische, aber auch die Kammer der Standesherren nicht zu verprellen. Zu einem »Kulturkampf« wie in Baden oder später in Preußen kam es in Württemberg nicht, auch wenn der Landtag sich kein Konkordat gefallen ließ – die dann beliebte einseitig staatlich-gesetzliche Regelung des Verhältnisses gab der katholischen Kirche soviel an Rechten, wie sie auch durch das Konkordat erhalten hätte. Wie wenig sich die katholische Bevölkerung mit dem Rücken an der Wand fühlte, wie gut sie durch die katholische Mehrheit in der Ersten Kammer und ihr faktisches Vetorecht geschützt war, zeigt die späte Gründung einer württembergischen Zentrumspartei, mehr als zwei Jahrzehnte später als in Preußen und im Deutschen Reich. Das auch von dem den Nationalliberalen politisch nahestehenden Weizsäcker als Premierminister bis zum Ende des Ersten Weltkriegs durchgehaltene konstitutionell-monarchische, nicht parlamentarische Regierungssystem, das keine festen Koalitionen im Landtag kennt, nahm der geborenen Minderheit der Katholiken darüber hinaus die Sorge, von einer protestantisch-laikalen Mehrheit dauerhaft unterdrückt zu werden. Die späte Industrialisierung des Landes und das entsprechende späte Hochkommen der Sozialdemokratie erleichterten eine solche Politik.

Dies führt auf die Frage nach der Bedeutung des allmählichen Strukturwandels von einer Agrar- zu einer Industriegesellschaft für unsere Fragestellung. Die natürlichen und geschichtlichen Gegebenheiten – Mangel an fossilen Energien und den meisten anderen Bodenschätzen, geringe Stadt-Land-Unterschiede, d. h. eine verbreitete Proto-Industrialisierung in den Dörfern wenigstens der altwürttembergischen Realteilungsgebiete – legten eine vorsichtige, seit 1848 im Sinne der Förderung von Mittelstand und Kleinindustrie geführte Industrialisierungspolitik nahe. Auch die Infrastrukturpolitik, die schon Anfang der 1840er Jahre mit dem Eisenbahnbau einen ersten Höhepunkt erreicht hatte, bevorzugte das Zentrum, »Stuttgart« nicht. Selbstverständlich mußte die Landeshauptstadt auch die Verkehrshauptstadt werden. Aber alle Regionen, die vorerst keine Eisenbahn bekamen, wurden mit neuen Straßen entschädigt – dafür sorgte schon das Staatsbahnsystem, das den Bahnbau parlamentarischer Mitbestimmung und damit dem politischen Geschäft unterwarf. Bald wurden im Landtag förmliche Pakete geschnürt: stimmst du für meine Eisenbahn, stimme ich auch für die deine... Erst der Automobil- und Motorenbau und letztlich erst die Rüstungsanstrengungen des

Ersten Weltkriegs haben zu einer in und um Stuttgart konzentrierten Großindustrie geführt, neben der aber immer auch noch andere Zentren, gerade auch in Neuwürttemberg, existierten.

Die politische Konsequenz war freilich nicht die Beteiligung, sondern die bewußte Fernhaltung der Sozialdemokratie von der Macht – nach dem Zwischenspiel der Regierung Blos selbst in der Republik. Die Geschichte der kasernierten Polizei und ihrer Einsätze in der republikanischen Zeit zeigt das deutlich. Württemberg blieb betont agrarischer und konservativer, als das seiner gewandelten Sozial- und Wirtschaftsstruktur entsprach, bis in das Landtagswahlrecht hinein, das an der Dezentralisierung festhielt oder sie wiederherstellte. Man kann das so oder so werten – die Neuwürttemberger jedenfalls haben keinen Grund, sich darüber zu beklagen. Sie stellten – nach dem aus Wertheim gebürtigen Sozialdemokraten Wilhelm Blos, dem Altwürttemberger Liberalen Hieber und dem von einem französischen Vater abstammenden Konservativen Wilhelm Bazille – seit 1928 wieder einen katholischen Staatspräsidenten und Regierungschef, Eugen Bolz aus Rottenburg. Wichtiger als die Herkunft und politische Heimat eines Politikers ist seine Politik – und die war auch bei Bolz betont konservativ-bürokratisch, wie seit langem gewohnt.

Ich möchte das hier nicht weiter vertiefen und schon gar nicht werten. Die Geschichte hat ihr eigenes Recht, an dem der Historiker nicht deuteln darf: geschehen ist geschehen! Fragen wir lieber abschließend, ob die ohne Zweifel vorhandenen und sicher nicht ganz unberechtigten Ressentiments der Neuwürttemberger gegen Stuttgart historische Gründe haben. Ich glaube nicht. Dafür ist dieses Land Württemberg, das es heute nicht mehr gibt, von Anfang an viel zu stark auch von Neuwürttembergern geprägt worden. Von einer Benachteiligung der neuen Landesteile kann wohl zu keiner Zeit oder allenfalls in den allerersten Jahren die Rede sein – selbst da war auch in Altwürttemberg das Leben kein Zuckerschlecken. Freilich – und da bekommt die Historie nun doch ihr Recht – war dem Königreich Württemberg von Geburt an ein starker Zentralismus eigen, wie den anderen süddeutschen Mittelstaaten von Napoleons Gnaden auch. Der moderne Staat, wie ihn seine Schöpfer und Erben auffaßten, war unvereinbar mit lokalen und regionalen Sonderrechten und Machtreservaten. Diese wurden daher zäh bekämpft und niemals als wirklich berechtigt anerkannt, auch wo die politischen Umstände einen Waffenstillstand oder gar eine Zusammenarbeit auf Zeit nahelegten. Auch die dem modernen Staat wesenseigene Verpflichtung, für alle seine Bürger möglichst gleichmäßig zu sorgen und kein Individuum, keine Klasse zu bevorzugen oder zu benachteiligen, stand einer Dezentralisierung im Wege. Zwar einen Finanzausgleich im heutigen Sinne gab es allenfalls innerhalb der einzelnen Oberämter, in den Amtskörperschaften. Aber tatsächlich führt jeder Staat einen Wohlstandsausgleich durch, wenn er seine Einnahmen nicht dort ausgibt, wo sie hereingekommen sind, sondern erst einmal in seine zentrale Kasse nimmt. Wir wissen wenig darüber, wie sich das im 19. und frühen 20. Jahrhundert konkret ausgewirkt hat. Es gibt nur Studien über das württembergische Steuer-

system, die zeigen, daß im 19. Jahrhundert die württembergische Landwirtschaft die Hauptkosten der württembergischen Industrialisierung trug; daraus kann vielleicht rückgeschlossen werden, daß damals Neuwürttemberg mehr in die Staatskasse einbezahlte, als es wieder herausbekam. Das ist heute sicher anders. Aber davon abgesehen, hat auch »Stuttgart« schon früh erkannt, daß Regionalismus und Landespatritismus einander nicht ausschließen. Vielleicht waren 1847 in der Hauptstadt nicht alle über die Gründung eines »Historischen Vereins für das württembergische Franken« glücklich, und ein »Historischer Verein für Franken« wäre vielleicht sogar als an Hochverrat grenzend empfunden worden. Aber bald hat man auch in der Hauptstadt erkannt, daß die Beschäftigung mit der Geschichte eher stabilisierend als destabilisierend wirkt. Es war gewiß nicht ohne einen Seitenblick nach Stuttgart, wenn ihr Vorsitzender Ottmar Schönhuth am Ende des ersten Jahrfünfts rühmte, daß der Verein zusammengehalten habe *in einer stürmischen Zeit, wo Vereine wie Pilze aufschossen, die aber gerade die Tendenz hatten, Vereine für historisches Streben unnötig zu machen – denn was anders war die Tendenz jener aufgeregten Zeit in ihrer Entartung, als den Boden der Geschichte zu untergraben und sie zuletzt ganz wegzunehmen?* Zeitgebundene Worte gewiß, die bestens in das politische Klima von 1852 passen, aber auch zeitlose Worte: heute wie damals wird nur eine kritische, auch den eigenen Urteilen und Vorurteilen gegenüber selbstkritische Besinnung auf die eigene und eigenste Geschichte den Abstand gewinnen helfen von allem nur Kurzsichtigen und Modischen, den wir für unser Überleben in Würde und Freiheit so nötig brauchen.

# Die NSDAP auf dem Land

## Aufstieg, Machtergreifung und Gleichschaltung im badischen Amtsbezirk Adelsheim 1928–1935

VON ANETTE HETTINGER

### INHALTSVERZEICHNIS

|  | Seite |
|--|-------|
| Einleitung   | 91    |
| Zielsetzung der Arbeit   | 91    |
| Benutzte Quellen und Literatur   | 93    |
| Teil I: <i>Die Zeit des Aufstiegs des Nationalsozialismus</i>                              | 96    |
| 1. Das Untersuchungsgebiet in der Weimarer Republik  | 96    |
| 2. Die wirtschaftliche Lage im Bezirk am Ende der Weimarer Republik                        | 99    |
| 3. Die parteipolitische Situation und das politische Klima im Bezirk                       | 102   |
| 4. Propaganda und Agitation der NSDAP  | 108   |
| 5. Die Organisation der NSDAP auf Bezirksebene   | 115   |
| 6. Die NSDAP im Spiegel der Wahlen   | 119   |
| Teil II: <i>Machtergreifung und Gleichschaltung</i>  | 125   |
| 1. Reaktion auf den 30. Januar 1933 und Wahlkampf  | 126   |
| 2. Die Machtprobe: Der Flaggenstreit   | 130   |
| 3. Die Mobilisierung der Bevölkerung und der Beginn ihrer ideologischen Erfassung          | 135   |
| 4. Das andere Gesicht der Machtergreifung: Drohungen und Terror                            | 142   |
| 5. Die Gleichschaltung der Verwaltung  | 148   |
| 5.1. Gesetzliche Grundlagen  | 148   |
| 5.2. Die Gleichschaltung auf Bezirksebene  | 150   |
| 5.3. Die Gleichschaltung der Gemeindeverwaltungen  | 151   |
| 5.3.1. Der Austausch an der Gemeindeg Spitze (Bürgermeister)                               | 152   |
| 5.3.2. Die Gleichschaltung der Gemeindeparlamente<br>(Gemeinderäte und Gemeindeverordnete) | 162   |
| 5.3.3. Die Überprüfung der Gemeindebediensteten  | 171   |
| 6. Die Gleichschaltung der Gesellschaft  | 173   |
| 6.1. Die Gleichschaltung der Berufsstände  | 173   |
| 6.2. Die Gleichschaltung der Vereine   | 178   |
| 7. Die Konsolidierung und die Durchsetzung des Regimes in der Bevölkerung bis 1935         | 182   |
| Zusammenfassung  | 190   |
| Abkürzungsverzeichnis  | 194   |

## Einleitung

### *Zielsetzung der Arbeit*

Ein wesentlicher Bestandteil der Machtergreifung durch die NSDAP im Jahr 1933 war die Eroberung der Macht auf der unteren, lokalen Ebene; schon Allen stellte in seiner Pionierstudie, in der er die lokalen Voraussetzungen und die Durchführung nationalsozialistischer Maßnahmen in Northeim beschrieb, fest, daß die Aktivitäten der örtlichen Parteiorganisationen die Basis bildeten, auf der Hitler

aufbauen und den totalitären Staat durchsetzen konnte<sup>1</sup>. Vor Ort mußte sich die Durchsetzungsmöglichkeit nationalsozialistischer Maßnahmen erweisen. Deshalb bilden Lokalstudien eine wichtige Ergänzung zu den Forschungen auf der oberen, überregionalen Ebene; nur das Einbinden von Studien der oberen und solchen der unteren Ebene in größere Zusammenhänge kann die ganze Komplexität des nationalsozialistischen Herrschaftssystems erfassen<sup>2</sup>.

Diese Arbeit will zur Erforschung der örtlichen Voraussetzungen und Vorgänge während der nationalsozialistischen Machtergreifung einen Beitrag liefern. Es soll im Rahmen der Untersuchung versucht werden, den Weg nachzuzeichnen, den die NSDAP bis zur endgültigen Durchsetzung als herrschende Partei in einem begrenzten, ländlichen Gebiet Badens nahm. Es soll nach den spezifischen Voraussetzungen, die diese Partei im Amtsbezirk Adelsheim vorfand, und die sie zu der Partei machte, hinter der bei der Reichstagswahl im März 1933 über die Hälfte der Wähler stand, gefragt werden. In diesem Zusammenhang soll der Aufbau der Parteiorganisation der NSDAP sowie die Entwicklung dieser Partei, wie sie sich in den Ergebnissen der Reichs- und Landtagswahlen spiegelt, dargestellt werden. Die Frage nach dem Personenkreis, der der NSDAP zu ihren großen Erfolgen verhalf, und die nach Art und Umfang der nationalsozialistischen Agitation ist damit eng verbunden. Für die Phase der Machtergreifung stellt sich vor allem die Frage nach dem »Wie«: Es soll der Versuch unternommen werden, die Art und Weise der nationalsozialistischen Machtübernahme v. a. im Jahr 1933 darzustellen, die sich auf alle Bereiche des politischen und gesellschaftlichen Lebens erstreckte. Die Frage nach dem tatsächlichen Grad der nationalsozialistischen Machtdurchsetzung schließt sich daran an.

Die Arbeit konzentriert sich zeitlich auf die Jahre zwischen 1928 und 1935. Diese Jahre markieren insofern gewisse Begrenzungen, als 1928 das Jahr ist, in dem die NSDAP im Bezirk die ersten größeren Erfolge bei Wahlen erzielen konnte, und 1935 die Deutsche Gemeindeordnung (DGO) erlassen wurde, womit ein Punkt erreicht wurde, an dem der nationalsozialistische Führergedanke auch in der Gemeindeverfassung verwirklicht wurde. In einzelnen Punkten wird diese Untersuchung über den zeitlichen Rahmen, der hier gesetzt wurde, hinausgehen; v. a. die untere Grenze erweist sich hier eher als fließend, da die NSDAP auch schon bei vorhergehenden Wahlen antrat, und die Voraussetzungen der nationalsozialistischen Erfolge in der Stimmungslage der Bevölkerung zu suchen sind – ein Punkt der Untersuchung, der sich zeitlich nicht auf die Endphase der Weimarer Republik begrenzen ließ.

1 W. S. Allen: S. 9.

2 Vgl. hierzu L. Meinzer: S. 16; M. Broszat: Vorwort zu Bayern in der NS-Zeit Bd. 1. S. 12ff.

*Benutzte Quellen und Literatur*

Als Quellengrundlage für diese Arbeit wurde der Bauländer Bote (BB) der Jahre 1928 bis 1935 einschließlich sowie Akten von 31 Gemeindearchiven und des Generallandesarchivs Karlsruhe (GLA) benutzt. Bei dem BB handelt es sich um das Amtsblatt des Bezirks, das seit 1875 in Adelsheim erschien. Verlegt wurde die Zeitung im untersuchten Zeitraum durch Wilhelm Haag, der den BB mitsamt Druckerei im Juli 1928 übernommen hatte. Er wollte das Blatt »frei von jeder parteilichen und konfessionellen Einstellung, frei von Klassen- und Rassenhaß« führen und sein Hauptaugenmerk auf den Ausbau des Lokalteils legen<sup>3</sup>.

Dieser Lokalteil, der für die vorliegende Arbeit herangezogen und ausgewertet wurde, konzentriert sich besonders auf Berichte von Versammlungen und auf sonstige Vereinsmitteilungen im Bezirk. Wenn in der Darstellung zuweilen der Eindruck einer Adelsheim-zentrierten Darstellung entstehen sollte, so hängt dies mit der Aufmachung des BB zusammen: Meldungen aus Adelsheim überwiegen, während die Nachrichten aus dem östlichen Teil des Bezirks und hier besonders aus den katholischen Gemeinden relativ spärlich sind. Auch unter dem neuen Verleger dürften demnach hauptsächlich die Bewohner der ehemals reichsritterschaftlichen Orte des Amtsbezirks, die in ihrer Mehrzahl Protestanten waren, durch den BB angesprochen worden sein, wie dies auch schon vor dem Ersten Weltkrieg der Fall gewesen war<sup>4</sup>.

Der zitierten Maxime gemäß ließ Haag als Verleger und Schriftleiter des BB nie eindeutige parteipolitische Präferenzen erkennen. Doch läßt sich in den wenigen und recht allgemein gehaltenen Kommentaren zum politischen Geschehen ein deutschnationaler Grundzug ausmachen, der der politischen Überzeugung der Mehrzahl seiner Leser entsprach.

Bei den Akten der Gemeindearchive handelt es sich v. a. um Wahlunterlagen zu den Bürgermeister-, Gemeinderats- und Gemeindeverordnetenwahlen der 20er und 30er Jahre sowie um Akten, die die Gemeindebediensteten betrafen. Weiter wurden die Gemeinderatsprotokolle durchgesehen. Aus zeitlichen Gründen (sämtliche Protokolle hatten keine Register) wurden in den meisten Fällen nur die Jahre 1933 bis 1935 berücksichtigt; es stellte sich dabei heraus, daß diese Unterlagen nur von geringerem Wert waren<sup>5</sup>.

Die Bestände der einzelnen Gemeindearchive sind von unterschiedlichem Umfang und Wert für diese Untersuchung. Insbesondere die Wahlunterlagen und Gemeinderatsprotokollbücher waren mehrmals überhaupt nicht oder nur unvollständig vorhanden. In Bronnacker, Hohenstadt und Schillingstadt sind überhaupt keine

3 Vgl. G. Schneider: besonders S. 152. 1934 wurde dem BB die Funktion des Amtsblattes entzogen und der nationalsozialistischen »Volksgemeinschaft« übertragen. Im Zuge der Kriegsbewirtschaftung mußte das Erscheinen des BB am 31. 5. 1941 eingestellt werden.

4 Schneider: S. 145.

5 Beratungsgegenstände der Gemeinderäte waren Holzversteigerungen, Farrenkäufe, die Gemeindeflächen u. a. m., die für diese Untersuchung uninteressant waren.

Unterlagen aus dem hier untersuchten Zeitraum vorhanden<sup>6</sup>; in anderen Gemeinden konnte nur das betreffende Gemeinderatsprotokoll herangezogen werden, etwa in Eubigheim, Oberwittstadt und Unterkessach. Andere Archive sind noch nicht geordnet, so daß auf Unterlagen aus diesen Gemeinden weitgehend verzichtet werden mußte.

Bei den Akten aus dem GLA handelt es sich um Akten des Bezirksamtes und des Amtsgerichts Adelsheim. Die Akten des Bezirksamtes, von denen hier nur die wichtigsten genannt werden sollen, betreffen in erster Linie Verwaltungsangelegenheiten der Gemeinden sowie Maßnahmen zur Überwachung politischer Versammlungen aller Parteien vor 1933. Teilweise sind auch Versammlungsprotokolle erhalten, die von der Gendarmerie über NSDAP- und KPD-Versammlungen erstellt wurden<sup>7</sup>. Als für die Gleichschaltungsphase des Jahres 1933 besonders nützlich erwiesen sich zwei Akten zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (Berufsbeamtengesetz) zur Durchführung der Gleichschaltung in den einzelnen Gemeinden<sup>8</sup>. Für die Terrormaßnahmen der NSDAP gegenüber ihren politischen Gegnern wurden Akten mit Unterlagen zur »Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung 1933 bis 1934« herangezogen<sup>9</sup>. Wichtige Informationen für diesen Bereich stellten auch die Akten des Amtsgerichts dar, die anhand von Strafprozessen die Vorgehensweise nationalsozialistischer Kreise dokumentieren.

Die Feststellung Broszats, daß die Behandlung der Geschichte der NSDAP und ihrer Machtdurchsetzung in der Forschung stark durch die Quellenlage bestimmt sei, gilt auch für diese Untersuchung<sup>10</sup>. Aus dem eingesehenen Material konnte zum Teil nur ein unvollständiges Bild gewonnen werden. Dies betrifft insbesondere die NSDAP selbst, auf deren Organisation auf Bezirks- und Gemeindeebene nur durch vereinzelte Hinweise in den eingesehenen Quellen geschlossen werden konnte. Akten der Kreisleitung oder örtlicher Parteistellen der NSDAP waren nicht auffindbar. Auch zum Vereinswesen der Zeit gibt es kaum spezielle Unterlagen; Informationen hierüber stammen v. a. aus Berichten im BB über Vereinsfeiern und -angelegenheiten und sind dementsprechend begrenzt. Statistische Angaben über den Bezirk und Informationen über die Wahlentwicklung wurden den Veröffentlichungen des Badischen Statistischen Landesamtes entnommen. Aus der Fülle der Literatur, die mittlerweile gerade zum Problem des Nationalsozialismus erschienen ist, wurden nur solche Werke ausgewählt, die einen allgemeinen Wissenshintergrund vermitteln, oder als Untersuchungen zu speziellen Fragen auch dieser Arbeit wichtig erschienen<sup>11</sup>.

6 Für Hohenstadt und Schillingstadt: Auskunft der Gemeindeverwaltung Ahorn.

7 Besonders GLA 338/800.

8 GLA 338/86a und 86.

9 GLA 338/805.

10 *M. Broszat*: Die Machtergreifung S. 209.

11 *Bracher/Schulz/Sauer*: Die nationalsozialistische Machtergreifung. (1962); *M. Broszat*: Der Staat Hitlers. (81979); *K. Hildebrand*: Das Dritte Reich. (1980). Zum Problem Nationalsozialismus und Gemeinde wurde *H. Matzerath*: Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung. (1970) herangezogen, zum Problem Nationalsozialismus und Landbevölkerung *Heberles* Untersuchung der Verhält-



Allgemein über die Machtergreifung in Baden und Württemberg informiert die von Thomas Schnabel herausgegebene Aufsatzsammlungen »Die Machtergreifung in Südwestdeutschland«<sup>12</sup>. Als weitere Studie, die sich mit den badischen Verhältnissen befaßt, soll hier die Dissertation Grills über die badische NSDAP von ihren Anfängen bis 1945 genannt werden, der Dokumente verwendete, die bei Ende des Zweiten Weltkrieges von der amerikanischen Besatzungsarmee beschlagnahmt wurden<sup>13</sup>. Grills Arbeit war für die Entwicklung der NSDAP gerade auch im hier untersuchten Bezirk von großem Wert. Ergänzt wurde sie von der Arbeit Bräunche »Die NSDAP in Baden 1928–1933«, der die Vorphase der Machtergreifung beschreibt, und der Studie Rehbergers, der sich aber auf die Machtübernahme durch die NSDAP auf Regierungsebene und auf die sie begleitenden gesetzlichen Regelungen konzentriert<sup>14</sup>.

Auf rein regionale Aspekte der Machtergreifung in Baden beziehen sich nur wenige Werke. Der von Bräunche, Köhler, Lux und Schnabel verfaßte Katalog zu einer Ausstellung in Freiburg über die Machtergreifung im südbadischen Raum lieferte sporadische Hinweise. Die Untersuchungen über Haslach und Wertheim beziehen sich dagegen vor allem auf die kleinstädtischen Aspekte, die wichtige Hinweise gaben; aber durch die anders gearteten sozialen Gegebenheiten dieser Kleinstädte konnten diese Studien nur in geringerem Maße zum Vergleich herangezogen werden, da es sich beim Amtsbezirk Adelsheim um einen agrarisch strukturierten Raum handelt<sup>15</sup>. Als Vergleich wurde deshalb in erster Linie Zofkas Arbeit über den bayerischen Landkreis Günzburg herangezogen, da es sich hier um ein ähnlich strukturiertes Gebiet handelt<sup>16</sup>. Die in Zusammenarbeit zwischen Broszat und Fröhlich entstandene Studie über die Durchsetzung der NSDAP im Landkreis Memmingen behandelt ebenfalls den Aspekt der Machtverteilung zwischen den alten, lokalen Honoratioren und den neuen NSDAP-Machthabern auf lokaler Ebene, dessen Untersuchung auch hier von Bedeutung war<sup>17</sup>. Die Machtübernahme in einem überwiegend bäuerlichen und gemischt konfessionellen Gebiet beschreibt ebenfalls Rothenberger in seiner Untersuchung der südpfälzi-

nisse in Schleswig-Holstein (Landbevölkerung und Nationalsozialismus. [1963]); die übrigen werden im Verlauf der Arbeit genannt.

12 *Th. Schnabel*: Die Machtergreifung.

13 *J. H. Grill*

14 *E. O. Bräunche/H. Rehberger*: (1966).

15 *E. O. Bräunche/W. Köhler/H. P. Lux/Th. Schnabel*: 1933. Machtergreifung in Freiburg und Südbaden. (1983); *M. Hildenbrand*: Die nationalsozialistische »Machtergreifung« in einer Kleinstadt – Haslach i. K. im Jahre 1933. In: *Die Ortenau* 63 (1983) S. 187ff.; *E. Scheurich*: Aufstieg und Machtergreifung des Nationalsozialismus in Wertheim am Main. (1983) Einen Überblick über die bisher erschienenen, regional begrenzten Untersuchungen zum Nationalsozialismus gibt *J. H. Grill*: Local and Regional Studies on National Socialism: A Review. In: *JCH* 21 (1986) S. 253–293.

16 *Z. Zofka*: Die Ausbreitung des Nationalsozialismus auf dem Lande. Eine regionale Fallstudie zur politischen Einstellung der Landbevölkerung in der Zeit des Aufstiegs und der Machtergreifung der NSDAP 1928–1936. (1979)

17 *M. Broszat/E. Fröhlich*: Politische und soziale Macht auf dem Lande. Die Durchsetzung der NSDAP im Kreis Memmingen. In: *VfZ* 25 (1977) S. 546ff.

schen Verhältnisse<sup>18</sup>. Zuletzt sei noch die Arbeit Neumaier genannt, der die Revolutionszeit und Frühphase der Weimarer Republik in den Amtsbezirken Adelsheim und Boxberg untersucht hat, und damit wichtige Vorinformationen gab<sup>19</sup>.

Doch soll noch auf zwei Werke hingewiesen werden, die ein Stimmungsbild der Zeit vermitteln. Selma Kahn, eine Jüdin, die in Adelsheim aufwuchs und 1934 aus Deutschland auswandern mußte, verarbeitete ihre Erlebnisse in ihrem Roman »Ins Dritte Reich – Roman aus einer süddeutschen Kleinstadt«. Der Roman bezieht sich, obwohl keine Ortsangaben gemacht wurden, ganz offensichtlich auf Adelsheim und Umgebung; auch wurden Charaktere gezeichnet, die unschwer auf tatsächlich agierende Personen der Zeit zutreffen; doch da einzelne Ereignisse in den Quellen keine Entsprechung fanden, mußte auf eine Einbeziehung des Romans in diese Arbeit verzichtet werden. Auch Willy Wertheimer, der von 1919 bis 1924 jüdischer Lehrer in Eubigheim war und anschließend nach Buchen versetzt wurde, beschreibt ein anschauliches Bild vom Leben der jüdischen Dorfbewohner der Zeit<sup>20</sup>.

## I Die Zeit des Aufstiegs des Nationalsozialismus

### 1. Das Untersuchungsgebiet in der Weimarer Republik

Beim Amtsbezirk Adelsheim handelt es sich um ein vorwiegend landwirtschaftlich und kleingewerblich strukturiertes Gebiet im nördlichen Teil des ehemaligen Landes Baden, dem sog. badischen Hinterland. Die südliche Grenze des Bezirks war gleichzeitig die Landesgrenze zu Württemberg; Nachbarbezirke waren Mosbach im Westen, Buchen im Norden und Tauberbischofsheim im Osten<sup>21</sup>.

Der Amtsbezirk bestand erst seit 1924 in dem Umfang, wie er der vorliegenden Arbeit zugrundeliegt. In diesem Jahr nämlich wurde neben zwölf anderen badischen Bezirken auch der Amtsbezirk Boxberg aufgelöst und die dazu gehörenden Gemeinden in die benachbarten Bezirke Adelsheim und Tauberbischofsheim eingegliedert<sup>22</sup>. Doch sollte auch diese Neueinteilung wiederum nicht von Bestand sein; schon 1936 wurde der Bezirk Adelsheim aufgehoben und dem Bezirk ab 1939

18 K. H. Rothenberger: Die nationalsozialistische Machtübernahme in der Südpfalz (Januar bis November 1933). In: ZGO 132 (1984) S. 305ff.

19 H. Neumaier: Ländlicher Raum zwischen Monarchie und Republik. Die Rätebewegung in den badischen Amtsbezirken Adelsheim und Boxberg. In: ZGO 128 (1980) S. 415ff.

20 S. Kahn: Gedichte und Prosa aus dem Exil. (1975); W. Wertheimer: Zwischen zwei Welten. Der Förster von Brooklyn. Lebenserinnerungen des ehemaligen jüdischen Lehrers in Eubigheim und Buchen in Baden. (21980)

21 Vgl. Theiss/Baumhauer (Hg.): Der Kreis Buchen. Vorsatz-Karte.

22 Zur Verwaltungsgeschichte vgl. Redeker, U./Schöntag, W.: Verwaltungsgliederung in Baden, Württemberg und Hohenzollern 1815–1936. Beiwort zu den Karten VII, 4–5 in: Historischer Atlas von Baden-Württemberg. (1972–1976). Es handelte sich bei den genannten Gemeinden um: Ballenberg, Buch, Erlenbach, Gommersdorf, Klepsau, Krautheim, Neunstetten, Oberndorf, Oberwittstadt, Schillingstadt, Schwarzenbrunn, Unterwittstadt und Winzenhofen.

Kreis Buchen zugeteilt. Heute sind die 37 Gemeinden, die zum Amtsbezirk Adelsheim gehörten, auf insgesamt vier Landkreise Baden-Württembergs aufgeteilt: Neckar-Odenwald-Kreis (zu diesem Kreis gehören die meisten Gemeinden), Main-Tauber-Kreis, Hohenlohe-Kreis und dem Kreis Heilbronn.

Im Jahr 1933 zählte der Amtsbezirk Adelsheim 18996 Einwohner, 3,3 % (755 Personen) weniger als 1925. Überhaupt ist im Bezirk wie im gesamten Bauland seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein starker Bevölkerungsrückgang zu beobachten, der durch die Abwanderung in die industriellen Zentren, z. B. Mannheim, bedingt war<sup>23</sup>.

Die größten Gemeinden des Bezirks waren die Amtsstadt Adelsheim mit 1573 sowie Osterburken mit 1542 Einwohnern. Die nächstgrößten Gemeinden waren Seckach (934) und Sennfeld (883). Insgesamt gab es 13 Gemeinden mit einer Einwohnerzahl zwischen 501 und 1000, 16 Gemeinden mit 201 bis 500 Einwohnern; die Einwohnerzahl von sechs Gemeinden lag unter 200. Die kleinsten Gemeinden des Bezirks und des gesamten badischen Frankenlandes waren Horrenbach und Schwarzenbrunn mit 77 bzw. 41 Einwohnern.

Die Bevölkerung des Bezirks war nach der Volkszählung von 1933 zu 53,8 % katholischen Glaubens; 44,1 % waren evangelisch. Der Anteil der jüdischen Bevölkerung betrug 1933 1,5 % (277 Personen), wobei diese zwischen 1925 und 1933 einen im Vergleich zur allgemeinen Bevölkerungsentwicklung sehr hohen Rückgang von 15,5 % zu verzeichnen hatte, der durch den Geburtenrückgang in den jüdischen Gemeinden, durch die verstärkte Auswanderung der Juden sowie durch die Abwanderung der Juden aus den Dörfern in die großen Städte verursacht worden war<sup>24</sup>.

Der überwiegende Teil der Gemeinden des Bezirks war als Ergebnis von Reformation und Gegenreformation durch eine relative konfessionelle Homogenität gekennzeichnet: der Bevölkerungsanteil einer Konfession überstieg in den meisten Gemeinden 70 %, zum großen Teil sogar 90 %. 16 Gemeinden des Bezirks, ehemals reichsritterschaftliche Orte, waren überwiegend katholisch, davon ebenfalls 11 zu über 90 %<sup>25</sup>.

Die jüdische Bevölkerung konzentrierte sich auf neun Gemeinden des Bezirks: Adelsheim, Eubigheim, Groß- und Kleineicholzheim, Krautheim, Merchingen, Osterburken, Sennfeld und Sindolsheim; in Osterburken und Sindolsheim wohn-

23 Vgl. *Neumaier*: S. 417f.; zwischen 1852 und 1933 wanderten aus dem Amtsbezirk insgesamt 16732 Personen ab, so daß der Geburtenüberschuß sich bei der Bevölkerungsentwicklung überhaupt nicht auswirken konnte. Vgl. dazu Badisches Statistisches Landesamt (Hg.): *Die badische Landwirtschaft im Allgemeinen und in einzelnen Gauen*, 3 Bde. (1932–1936), Bd. 3, Tab. S. 296f., S. 274; bzw. Badisches Statistisches Landesamt (Hg.): *Die Wohnbevölkerung in Baden und ihre Religionszugehörigkeit*, (1934), s. Anhang, Tab. II.

24 Vgl. *G. Tadday*: *Die Zeit der Verfolgung 1933–1945*. In: *Juden in Baden 1909–1984* (Katalog zur Ausstellung, 1984), S. 57f. Einige Artikel im BB berichten von der Auswanderung jüdischer Bürger nach Amerika, z. B. BB 10. 12. 1928.

25 Der Einfachheit halber sollen die überwiegend evangelischen Gemeinden bzw. die überwiegend katholischen Gemeinden in Zukunft nur noch als evangelische Gemeinden bzw. katholische Gemeinden bezeichnet werden.

ten 1933 allerdings nur noch je sechs jüdische Bürger. Sennfeld mit 56 jüdischen Bürgern (6,3 %) und Grobeicholzheim mit 51 jüdischen Bürgern (7,5 %) wiesen den höchsten jüdischen Bevölkerungsanteil auf.

Die Bevölkerung des Bezirks verdiente ihren Lebensunterhalt zum größten Teil in der Landwirtschaft; nach einer Statistik aus dem Jahr 1928 arbeiteten 67,9 % der Bevölkerung des Amtsbezirks in der Landwirtschaft, und nur 13,5 % waren in Industrie und Gewerbe beschäftigt. 8,2 % zählten sich zur Berufsgruppe Handel und Verkehr, einschließlich Gast- und Schankwirtschaft, 3,1 % waren in der Verwaltung, einschließlich Heerwesen, Kirche, freie Berufe, 0,8 % im Gesundheitswesen und 1,2 % in »häuslichen Diensten« beschäftigt; 5,3 % waren ohne Beruf bzw. gaben keinen Beruf an<sup>26</sup>. Die im Jahr 1927 veröffentlichte Gemeindestatistik zählte 121 Industriearbeiter (0,6 % der Bevölkerung) auf<sup>27</sup>.

1928 wurden insgesamt 3819 landwirtschaftliche Betriebe<sup>28</sup> und 1195 gewerbliche Betriebe ermittelt. Bei 4523 Haushaltungen im Gesamtbezirk bedeutet das, daß zu ungefähr 84 % der Haushalte ein landwirtschaftlicher Betrieb gehörte, von denen ein großer Teil im Nebenerwerb geführt wurden. Darauf deutet auch die große Zahl der Parzellenbetriebe (unter 2 ha) hin, die 34,7 % der Betriebe ausmachten, und die, wie für das gesamte badische Frankenland festgestellt wird, »fast ohne Ausnahme von Junglandwirten, Altenteilern, Handwerkern, Kaufleuten, Tagelöhnern, Industriearbeitern usw. bewirtschaftet« wurden<sup>29</sup>. Zum größten Teil waren die landwirtschaftlichen Betriebe im Bezirk von mittlerer Größe; die Durchschnittsfläche betrug 6,2 ha. 64,9 % der Gesamtfläche des Bezirks wurde landwirtschaftlich genutzt, überwiegend als Ackerland; der Getreideanbau war dabei vorherrschend<sup>30</sup>.

Nur in einer kleinen Zahl von Gemeinden des Bezirks erreichte der Anteil der Handwerker und Kaufleute einen größeren Umfang. Es handelt sich hierbei v. a. um die größeren Gemeinden mit einem jüdischen Bevölkerungsanteil<sup>31</sup>. In Adelsheim und Osterburken dürfte darüber hinaus der Anteil der in der Verwaltung Beschäftigten relativ hoch gewesen sein; doch mußten die Angestellten des Finanzamtes in Osterburken mit der Aufhebung dieses Amtes zum

26 Badisches Statistisches Landesamt (Hg.): *Baden in Wort und Zahl*. (1928) S. 11; Vergleichszahlen Baden insgesamt: 28,2 % / 39,6 % / 15,9 % / 4,9 % / 1,8 % / 1,8 % / 7,0 %.

27 Badisches Statistisches Landesamt (Hg.): *Badische Gemeindestatistik*. (1927) S. 146f. Eine 1933 in *Badische Landwirtschaft*, Bd. 3, S. 296f., veröffentlichte Zählung nennt nur noch 104 Fabrikarbeiter. Demnach würde sich die Differenz aus der verringerten Zahl von Arbeitern in Seckach erklären, wo nur noch 4 Arbeiter gezählt wurden. Das dort angesiedelte Gipswerk, einer der zwei Industriebetriebe des Bezirks mit mehr als 20 Arbeitern, bestand aber weiterhin.

28 1933: 3927 landwirtschaftliche Betriebe.

29 *Badische Landwirtschaft*, Bd. 3, S. 278; *A. Weber: Soziale Merkmale der NSDAP-Wähler*. (1969) S. 132 erwähnt, daß in Baden die Betriebe unter 2 ha zu 71 % im Nebenerwerb bewirtschaftet wurden.

30 *Baden in Wort und Zahl*, S. 20/23/28.

31 Zu nennen wären hier Adelsheim, Krauthheim, Osterburken, Eubigheim, Groß- und Kleineicholzheim, Merchingen, Rosenberg, Seckach und Sennfeld, in denen auch der relativ hohe Anteil der Parzellenbetriebe auf eine größere Zahl von Nicht-Vollerwerbslandwirten hinweist.

1.3.1933 aus Osterburken wegziehen<sup>32</sup>. Zuständig wurde jetzt das Finanzamt Mosbach, für den ehemaligen Amtsbezirk Boxberg das Finanzamt Tauberbischofsheim.

Insgesamt befanden sich im Bezirk 1925 nur zwei größere Industriebetriebe, die 20 und mehr Arbeiter beschäftigten: Ruchsen war der Sitz eines Filialbetriebes der Kunstbaumwollfabrik Leo Mayer (Stuttgart-Feuerbach); in Seckach hatte die Heidelberger Gipsindustrie GmbH ein Filialwerk (Gipswerk) eingerichtet<sup>33</sup>. Allerdings scheint die Kunstbaumwollfabrik in Ruchsen zwischen 1925 und 1933 einen wirtschaftlichen Niedergang erlebt zu haben, da es nach einer anderen Aufstellung aus dem Jahr 1933 in Ruchsen keinen Betrieb mehr gab, der mehr als 20 Personen beschäftigte<sup>34</sup>. Der zweite Betrieb des Amtsbezirks in dieser Größenordnung war jetzt die Stempelfabrik und Druckerei Richard Veith in Adelsheim.

## 2. Die wirtschaftliche Lage im Bezirk am Ende der Weimarer Republik

Die Weltwirtschaftskrise bestimmte auch die wirtschaftliche Lage des Amtsbezirks Adelsheim. Doch wurde sie in dem vorwiegend agrarisch geprägten Bezirk vor allem als Absatzkrise der Landwirtschaft und in den damit einhergehenden fallenden Agrarpreisen deutlich.

Als Mitglieder des badischen Landtages und der badischen Regierung sich im Mai 1930 auf einer Informationsfahrt durch das Frankenland befanden und bei dieser Gelegenheit auch in Adelsheim Station machten, ging der damalige Landrat Kohlhepp in seiner Ansprache auch darauf ein. Demnach seien die wirtschaftlichen Verhältnisse im Bezirk, wie das geringe Steueraufkommen zeige, schlecht, und sie würden noch durch die ungünstigen Grenzverhältnisse verstärkt. Die größte Sorge des Bezirks sei aber die Lage der Landwirtschaft, deren Erzeugnisse nicht den nötigen Absatz fänden<sup>35</sup>.

Die schlechte Lage der Landwirtschaft wird sehr oft im BB beklagt. 1930 wurden insbesondere die Absatzschwierigkeiten bei den Grünkernerzeugern betont. Teile der Ernte des Vorjahres würden noch unverkauft in den Speichern lagern<sup>36</sup>. Die schlechten Preise für Weizen und anderes Getreide, dann die niedrigen Schweinepreise ließen die Landwirte mit großen Sorgen in die Zukunft blicken<sup>37</sup>. Schlechte Ernteergebnisse 1930 und 1931 vergrößerten diese Sorgen noch. Im Rückblick auf das Jahr 1931 schreibt der Kommentator des BB, daß die sehr geringe Ernte und die unverhältnismäßig niedrigen Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse viele landwirtschaftliche, aber auch gewerbliche Betriebe an den Rand des Ruins

32 Vgl. BB 2. 1. 1933; hier wurde der wirtschaftliche Verlust, der der Stadtgemeinde Osterburken hierdurch entstand, beklagt.

33 Badisches Statistisches Landesamt (Hg.): Die Industrie in Baden im Jahr 1925. (1926) S. 51 u. 188.

34 Badisches Statistisches Landesamt (Hg.): Badische Landwirtschaft, Bd. 3, Tab. 1, S. 296ff.

35 BB 17. 5. 1930; zur Informationsfahrt des Landtags *G. Trunk*: Die Frankenlandfahrt der badischen Volksvertreter. In: Der Wartturm 28, Nr. 2 (Mai 1937) S. 1-6.

36 BB 21. 6. 1930; Grünkern, unreif (grün) geernteter Dinkel, wurde in den meisten Gemeinden des Bezirkes angebaut.

37 BB 14. 10. 1930.

gebracht hätten<sup>38</sup>. Im Januar 1933 wird aus Leibenstadt gemeldet, daß die Viehhaltung zu einem Verlustgeschäft geworden wäre, daß sich selbst die Milchwirtschaft nicht mehr lohnen würde, da die Milchpreise so weit gefallen seien, und daß die Landwirte von den Erträgen aus diesem Wirtschaftszweig nicht mehr wie früher die notwendigen Haushalts- und Steuergelder bezahlen könnten. »Jeder greift sich an den Kopf und fragt, wenn das so weiter geht, mit was soll ich noch bezahlen?« – dies dürfte eine Frage gewesen sein, die sich viele stellten<sup>39</sup>.

Die Lage im Handwerk erschien ebenso trostlos. Im Dezember 1928 machte die Schuhmacherzwangsinnung des Bezirks ihre Kunden in einer Anzeige im BB darauf aufmerksam, daß, bedingt durch die wirtschaftliche Notlage ihres Berufsstandes, sich die Schuhmacher außerstande sehen würden, auch in Zukunft wie bisher Kredite auf die von ihnen hergestellten Waren zu geben. Die hohen Lederpreise sowie die scharfen Zahlungsbedingungen der Materiallieferanten zwängen sie dazu, alle Waren in Zukunft nur noch gegen Barzahlung abgeben zu können<sup>40</sup>. Auf einer Handwerkerversammlung in Osterburken im März 1930 wurde die Notlage der Handwerker beklagt, die gegenüber der Konkurrenz aus der Industrie und der Regiebetriebe wie auch durch Gefängnis- und Zuchthausarbeit auf verlorenem Posten stehen würden. Auch hohe Steuern und Zinsen trügen zu der schlechten Lage bei. Die Versammlung verabschiedete deshalb einstimmig eine Resolution, in der sie den Schutz des Handwerks gegen die großkapitalistischen Konzerne und Trusts, gegen die Regiebetriebe des Reiches, gegen den Mißbrauch gemeinnütziger Unternehmensformen und gegen Warenhäuser und Konsumvereine forderten. Die Versammlungsteilnehmer protestierten, wie es in der Meldung heißt, »gegen jede Absicht einer Verelendung und Proletarisierung der deutschen Mittelschichten«<sup>41</sup>.

Über die Arbeitslosenrate liegen für den Bezirk selbst keine Angaben vor. Der BB berichtet aber monatlich über die Arbeitsmarktlage im gesamten Arbeitsamtsbezirk Mosbach<sup>42</sup>. 1929 waren 1,3 %, 1930 1,5 %, 1931 2,0 % und 1932 2,4 % der Wohnbevölkerung als arbeitslos gemeldet<sup>43</sup>. Da die Gesamtregion aber hauptsächlich von der Landwirtschaft lebte und Familienbetriebe vorherrschend waren, werden die relativ niedrigen Zahlen verständlich; andere Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb der Landwirtschaft gab es kaum, die meisten Söhne der Bauern blieben wohl auch weiterhin im elterlichen Betrieb.

Auch die finanzielle Lage der Gemeinden war, wie auf der Kreisversammlung des Verbandes badischer Gemeinden in Osterburken am 3. Mai 1931 festgestellt

38 BB 31. 12. 1931.

39 BB 21. 1. 1933.

40 BB 8. 12. 1928.

41 BB 5. 3. 11929; Regiebetriebe sind öffentliche Unternehmen, die unmittelbar durch eine öffentliche Körperschaft (Staat, Gemeinde) geführt werden. – Auch *Scheurich*: S. 29, berichtet von einer solchen Resolution des Wertheimer Gewerbevereins vom 15. Februar 1929, in der dieselben Forderungen gestellt wurden.

42 Umfaßte wahrscheinlich die Bezirke Adelsheim, Mosbach und Buchen.

43 Badisches Statistisches Landesamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch für das Land Baden 1938. (1938); die Zahlen schließen wahrscheinlich nur die Hauptunterstützungsempfänger ein.

wurde, trostlos. Den starken Rückgängen in den Einnahmen besonders bei den Steuern und den Waldeinnahmen standen übermäßige Fürsorgelasten, hohe Aufwendungen für Wohlfahrtserwerbslose und für die Krisenfürsorge als auch die hohen Kostenbeiträge für Land- und Kreisstraßen gegenüber<sup>44</sup>. Holz- und andere Versteigerungen gemeindeeigenen Gutes, eine Haupteinnahmequelle der Gemeinden, brachten in der Tat kaum mehr Gewinne, da die Käufer der vergangenen Jahre zu wenig Geld zur Verfügung hatten. In Leibenstadt konnte 1930 bei der Stammholzversteigerung kein einziger Verkauf getätigt werden<sup>45</sup>. In Krautheim wurde trotz einer nochmals angesetzten Versteigerung nicht alles Öhmd (Heu) von gemeindeeigenen Wiesen abgesetzt; die Gebote wären, wie es in der Meldung heißt, überdies sehr gering gewesen<sup>46</sup>. Eubigheim meldete im August 1931, daß bei einer Verpachtung von Gütern die Ausgaben für Umlagen, Steuern und soziale Lasten die eigentlichen Pachterlöse übersteigen würden<sup>47</sup>. Da die Gemeindeumlagen nur in geringem Umfang von den Gemeindebürgern aufgebracht werden konnten – Stundungen waren eher die Regel –, mußten die Leibenstadter Bürger z. B. die Feldwege selbst durch unbezahlte Arbeit instand setzen<sup>48</sup>.

Sichtbarstes Zeichen für die wirtschaftliche Not war die hohe Zahl der Wanderer und Bettler, die ohne feste Bleibe umherzogen. Die Zahl derjenigen, die dabei die Wandererfürsorgestelle in Adelsheim in Anspruch nahmen (Übernachtung, Mahlzeit), wurden regelmäßig veröffentlicht. Im Jahr 1929 erschienen bei dieser Stelle durchschnittlich 162 Wanderer im Monat (1946 im Jahr); im nächsten Jahr stieg diese Zahl auf durchschnittlich 240 Personen im Monat an (2878 im Jahr). Auch 1931 und 1932 wurde die Zahl der Wanderer noch größer: rund 281 bzw. 300 Personen im Monat (3095 bzw. 3599 im Jahr) nahmen diese Hilfe in Anspruch. Mit einem Tagesdurchschnitt von über 28 Personen wurde im Dezember 1932 eine Rekordzahl erreicht. Besonders die hohe Zahl jugendlicher Wanderer wurde immer wieder vermerkt; und selbst Familien mit Kinderwagen seien auf diese Weise unterwegs, heißt es einmal<sup>49</sup>.

Ende 1932 führten einige Gemeinden des Bezirks, um der Flut der Bettler Herr zu werden und um Gewohnheitsbettelei zu verhindern, sog. Bettlergutscheine ein<sup>50</sup>. Diese konnten von Privatleuten gekauft werden, die sie ihrerseits wieder an die Bettler weitergaben, damit sich diese dafür lebensnotwendige Dinge selbst kaufen konnten.

Die Bewohner des Bezirks litten zwar nicht Hunger, aber die wirtschaftliche Not stellte sich als Bargeldlosigkeit dar, wie der ruhige Verlauf der Kirchweihe im Jahr 1931 zeigte: Der Kommentator des BB meinte, daß über allen Veranstaltungen das

44 BB 5. 5. 1931.

45 BB 7. 2. 1930.

46 BB 5. 9. 1931.

47 BB 22. 8. 1931.

48 BB 31. 1. 1931 unter der Überschrift »Frondienste«. Die Gemeinderäte befaßten sich immer wieder mit Anträgen auf Stundung der Umlagen.

49 BB 5. 2. 1931.

50 Im BB werden z. B. die Gemeinden Adelsheim (17. 6. 1932), Oberwittstadt (21. 11. 1932), Bofsheim (14. 12. 1932) und Schlierstadt (31. 12. 1932) genannt.

Gespenst »Geldmangel« geschwebt hätte<sup>51</sup>. Das Absinken des Lebensstandards war somit überall fühl- und durch die Bettler auch sichtbar. Mit der Verarmung einher ging eine politische Radikalisierung weiter Kreise, die sich besonders in den guten Wahlergebnissen für die NSDAP Ausdruck verschaffen sollte.

### 3. Die parteipolitische Situation und das politische Klima im Bezirk

Die konfessionelle Zugehörigkeit spielte im Amtsbezirk Adelsheim bei Wahlscheidungen eine herausragende Rolle. Läßt sich dies schon für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg feststellen – schon bei der Landtagswahl 1905 zeigte sich eine eindeutige Beziehung zwischen liberalen Wahlerfolgen und den evangelischen Gemeinden bzw. zwischen Zentrumserfolgen und katholischen Gemeinden<sup>52</sup> –, so gilt dies erst recht für die Nachkriegszeit. Das Zentrum war die beherrschende Partei des Amtsbezirks; bis zu den Wahlen im Jahr 1932 konnte sie die katholische Wählerschaft fast in ihrer Gesamtheit an sich binden. Erst das verstärkte Auftreten der Nationalsozialisten verdrängte das Zentrum vom ersten Platz in der Wählergunst, den es bis 1930 einschließlich einnahm.

Das konfessionell geprägte Erscheinungsbild des Amtsbezirks und die Integrationsfähigkeit der Partei, deren Zusammenhalt gerade durch den katholischen Glauben bewirkt wurde, kommen hier zum Ausdruck. Zudem besaß das Zentrum im überwiegenden Teil der katholischen Gemeinden des Bezirks örtliche Repräsentanten, die als Bürgermeister, Ortsgeistliche und Lehrer vor Ort an exponierter Stelle standen und zu den Honoratioren der Dörfer zu rechnen sind. In organisatorischer Hinsicht hatte die Partei sich zumindest auf Bezirksebene formiert; hier bestand eine Bezirksgruppe des Zentrums schon seit 5. Dezember 1918<sup>53</sup>.

Für die evangelische Wählerschaft läßt sich für die Nachkriegszeit Ähnliches nicht sagen. Vor dem Ersten Weltkrieg hatte diese in ihrer Mehrheit nationalliberal gewählt; nach dem Krieg aber verteilten sich ihre Stimmen auf mehrere Parteien. Besonders die DNVP konnte jetzt einen erheblichen Teil der evangelischen Wählerschaft an sich binden. Auch die DDP und in geringerem Maße die DVP erzielten Erfolge. Inwieweit die beiden Parteien auch organisatorisch im Bezirk verankert waren, läßt sich nur bedingt feststellen. Es bestanden Ortsgruppen der DDP in Osterburken und Adelsheim<sup>54</sup>; für die DNVP läßt sich nur feststellen, daß der am Bezirksamt beschäftigte Verwaltungsobersekretär Kull eine wichtigere Rolle zumindest in den letzten Jahren der Weimarer Republik spielte<sup>55</sup>.

Allerdings verloren diese Parteien wieder viele Stimmen an den Badischen Landbund, als dieser seit 1921 bei Wahlen zum Land- und Reichstag anzutreten begann. Diese bäuerliche Interessenvertretung wurde zeitweilig zur zweitstärksten

51 BB 19. 10. 1931.

52 Vgl. *Neumaier*: S. 420.

53 *Neumaier*, S. 442.

54 *Neumaier*: S. 442.

55 Bei einer Veranstaltung der DNVP in Adelsheim im September 1931 war Kull Versammlungsleiter. GLA 338/801: Schreiben vom 17. 9. 1931.



politischen Kraft im Bezirk, bevor die NSDAP dieses Wählerpotential für sich gewinnen konnte. Einen größeren Erfolg konnte auch der Evangelische Volksdienst für sich verbuchen, der 1929 zum ersten Mal zur Landtagswahl antrat. 1930 erreichte diese evangelische Partei 10,7 % der Stimmen, ohne allerdings bei den Wahlen des Jahres 1932 diese Bedeutung wieder erlangen zu können. Der Evangelische Volksdienst war auf Bezirksebene organisiert, die Bezirksgruppe Adelsheim, Buchen, Tauberbischofsheim wurde durch den in Adelsheim wohnenden Fortbildungshauptschulhlehrer Ernst Henny geleitet, der Leiter der Ortsgruppe Adelsheim und 1932 auch Mitglied des Landesvorstands der Partei war<sup>56</sup>.

Die SPD hatte zwar am Anfang der 20er Jahre erhebliche Wählerschichten im Bezirk für sich gewinnen können, konnte aber diese Wahlerfolge nicht wiederholen und fiel auf ungefähr 8 bis 10 % der Wählerstimmen zurück. Doch ragten einige Gemeinden auch noch in der Spätphase der Weimarer Republik mit einem überdurchschnittlichen Ergebnis für die SPD heraus: es sind dies Adelsheim, Korb, Merchingen und Sennfeld. Auch in Groß- und Kleineicholzheim sowie teilweise in Leibenstadt, Neunstetten und Schlierstadt konnte die SPD im Vergleich zu anderen Gemeinden des Bezirks gute Ergebnisse erzielen.

Ortsgruppen der SPD bestanden in Adelsheim, Korb, Seckach und Sennfeld. 1925 hatte die Ortsgruppe Adelsheim 26, die Ortsgruppe Korb 5, die Ortsgruppe Seckach 12 und die Ortsgruppe Sennfeld 19 Mitglieder<sup>57</sup>. Die Ortsgruppe Korb scheint aber zwischen 1925 und 1928 aufgelöst worden zu sein, und die Adelsheimer Ortsgruppe mußte einen starken Mitgliederschwund hinnehmen: 1929 gehörten ihr nur noch 8 Mitglieder an, nachdem sie zwischenzeitlich (1928) auf 28 Mitglieder angewachsen war. Auch die Ortsgruppe in Seckach wurde zwischen 1925 und 1928 aufgelöst; nach der Neugründung 1929 hatte sie 12 Mitglieder. Über die Gründe, die zur Auflösung der Ortsgruppen bzw. zum Mitgliederschwund führten, liegen keine Angaben vor. Bezirksvorsitzender der SPD war im Jahr 1932 Karl Huß, der seit 1921 auch Vorsitzender der Ortsgruppe Adelsheim war. Er war Geschäftsführer der Allgemeinen Ortskrankenkasse Adelsheim<sup>58</sup>. Vorsitzender der Ortsgruppe in Sennfeld war bis mindestens 1931 Gemeinderat Heinrich Fütterer<sup>59</sup>. In Großbeicholzheim und Kleineicholzheim konnte die Partei auf weitere aktive Mitglieder vertrauen; 1932 leiteten die beiden jüdischen Gemeinderäte Rosental, Großbeicholzheim, und Kahn, Kleineicholzheim, SPD-Wahlveranstaltungen in diesen Gemeinden<sup>60</sup>.

Die KPD spielte nur eine sehr untergeordnete Rolle im Amtsbezirk Adelsheim. Nur bei den Reichstagswahlen 1928 und 1932 verzeichnete sie mit 2,1 % bzw.

56 Zum Evangelischen Volksdienst: *K. Nowak*: Evangelische Kirche und Weimarer Republik (1981) S. 144ff. – *H.-G. Merz*: Katholische und evangelische Parteien in Baden seit dem 19. Jahrhundert. In: Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Hg. v. *P.-L. Wehnacht*. (1978) S. 50ff.

57 *J. Schadt* (Hg.): Im Dienst an der Republik. Die Tätigkeitsberichte des Landesvorstands der Sozialdemokratischen Partei Badens 1914–1932. (1977) S. 107f.

58 GLA 338/801: Schreiben vom 11. 3. 1932; *Neumaier*: S. 442.

59 GLA 338/801: Schreiben vom 3. 6. 1931.

60 GLA 338/801: Schreiben vom 9. 3. 1932.

2,4 % und 3,3, % einen gewissen Erfolg. In bestimmten Gemeinden konnte sie höhere Stimmenzahlen für sich gewinnen; es handelt sich hier besonders um die Gemeinden Korb, Großeicholzheim, Merchingen, Schillingstadt, Schlierstadt und Seckach, in geringerem Maße auch Sennfeld<sup>61</sup>. Eine festere Organisation war offensichtlich im Bezirk nicht aufgebaut worden; die Organisation von Veranstaltungen und die Koordinierung von Aktionen erfolgte von Mosbach aus. Bezirksleiter war Albert Güssler in Korb; in den Ortschaften Leibenstadt, Sennfeld, Adelsheim und Schlierstadt wohnten Vertrauensmänner der Partei<sup>62</sup>.

Was die politische Stimmungslage des Bezirks angeht, so lassen sich besonders zwei Strömungen ausmachen, die auch die Nationalsozialisten für sich zu nutzen verstanden. Es handelt sich hier um eine starke, nationalistische Strömung und, mit ihr verbunden, um militärische Traditionen. Die Sehnsucht nach einem wiedererstarkten Deutschland, in dem es keinen Parteienhader mehr gäbe, tritt in den Kommentaren des BB und in Reden besonders zu von den Kriegervereinen veranstalteten Feiern deutlich hervor. Überhaupt können diese Kriegervereine als Träger dieser Strömungen bezeichnet werden.

Außer in den ganz kleinen Gemeinden des Bezirks (Hemsbach, Horrenbach, Oberndorf und Schwarzenbrunn) gab es in jeder Gemeinde einen Krieger- bzw. einen Militärverein, die in den Jahren nach 1870/71 ins Leben gerufen worden waren. Sie feierten also meist gerade Anfang der 30er Jahre ihr 50jähriges Bestehen, das durch größere Feiern und Dorffeste würdig begangen wurde; zum Teil wurden wie in Bofsheim und Hohenstadt, aber auch in anderen Gemeinden, zu diesen Anlässen Kriegerdenkmale für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges errichtet. Erinnerungen an ehemals »größere Zeiten« Deutschlands nach dem Krieg gegen Frankreich dürften bei diesen Angelegenheiten sicherlich überall eine Rolle gespielt haben. Patriotische Gefühle bei gleichzeitiger Klage über die gegenwärtigen Zustände wurden in den Festreden zu diesen Feiern ausgedrückt. Beispielfhaft soll an dieser Stelle die Rede des Pfarrers von Schillingstadt, Engelhard, beim 50jährigen Stiftungsfest des Kriegervereins Schillingstadt 1930 erwähnt werden<sup>63</sup>. Das deutsche Volk, so meinte dieser, sei im Ersten Weltkrieg nicht nur deshalb unterlegen, weil der Krieg zu lange dauerte, sondern auch weil »satantische, teuflische Mächte« Lügen verbreitet und zum Verrat aufgefordert hätten. Jetzt sei Deutschland, das »das Größte an Heroismus« geleistet habe, von seiner Größe herabgesunken in eine Tiefe, die noch nie vorher ein Kulturvolk erreicht hätte. Die Wiedergeburt Deutschlands und sein Wiederaufstieg könnten nur durch die »Liebe zu deutscher Art, zu deutschem Geist, zu deutschem Wesen, zu deutscher Zucht und Sitte, zu deutscher Erde, zu deutschem Volk« und durch »deutschen Glauben« erreicht werden. Gerade die Kriegervereine seien die »Pflanzstätten deutscher Art, deutscher Treue, deutscher Tüchtigkeit«. Deshalb

61 Die höhere Zahl der für die KPD abgegebenen Stimmen gerade in Schlierstadt und Korb könnte sich hierdurch erklären lassen.

62 GLA 338/802. S. 2; vgl. auch 249a/Zugang 1970/Nr. 36. Fasz. 86 und 86a.

63 Vollständig abgedruckt im BB vom 31. 5. 1930.

fordert er alle »wirklich echten Patrioten« auf, über die Schranken der Parteien, Klassen und Konfessionen hinweg einander die Bruderhand zu einer deutschen Volks- und Schicksalsgemeinschaft zu reichen. Erst dann könne man wieder von Deutschland sagen und singen: »Deutschland, Deutschland über alles«.

Engelhard bringt hier die weitverbreitete Meinung zum Ausdruck, die sich in den Begriffen »Kriegsschuldlüge« und »Dolchstoßlegende« zusammenfassen läßt. Doch zeigt sich hier auch die Unzufriedenheit breiter, vorwiegend protestantischer Kreise mit dem Weimarer Staat, dessen Verfassung liberales und demokratisches Gedankengut aufgenommen hatte und den man demzufolge für die auch von Engelhard beklagte Uneinigkeit und »Parteienwirtschaft« verantwortlich machte. Anfällig für ein autoritäres Regierungssystem, dessen Ursache in der über Jahrhunderte hinweg herrschenden Verbindung zwischen Thron und Altar, zwischen Landesherrn und Kirche, zu suchen sind, glaubten sich viele protestantische Christen in einem Obrigkeitsstaat besser aufgehoben, da man diesem zutraute, die Gegensätze, die man im gegenwärtigen System aufbrechen sah, zu überbrücken und die Einigkeit des deutschen Volkes herzustellen. Die Weimarer Republik konnte dies dieser Meinung nach nicht leisten<sup>64</sup>.

Ursache der gegenwärtigen Notlage des deutschen Volkes, so wurde immer wieder betont, sei der Versailler Vertrag und besonders sein Kriegsschuldartikel: die Kriegsschuldthese hätte maßgeblich zur Versklavung des deutschen Volkes geführt. Besonders im Jahr 1929 nahm der Protest gegen das »Versailler Diktat« im Bezirk ein großes Ausmaß an. Kundgebungen und Protestversammlungen gegen die Kriegsschuld, die vom Kyffhäuser Bund, dem größten Dachverband der deutschen Kriegervereine, angeregt worden waren<sup>65</sup>, fanden in großer Zahl im Bezirk meist anlässlich des Volkstrauertages des Jahres 1929 statt, bei denen die Forderung nach Aufhebung des Kriegsschuldparagraphen erhoben wurde. Auch in den evangelischen Kirchen Deutschlands wurde der zehnjährigen Wiederkehr des Versailler Vertrags am 28. Juni 1929 gedacht; im Amtsbezirk Adelsheim wie anderwo auch wurde hierzu eine Erklärung des Deutsch-Evangelischen Kirchenausschusses verlesen, die zur »restlosen Aufklärung der wahren Kriegsursachen« und zur Beseitigung der »Belastung des deutschen Volkes mit der Kriegsschuld« aufrief<sup>66</sup>. Die Rede Pfarrer Engelhards zur Jubiläumsfeier des Kriegervereins fügt sich somit ein in die allgemeine Stimmungslage.

Die Wegnahme des Kriegsschuldparagraphen sollte eine Voraussetzung zum Wiederaufstieg Deutschlands sein. Eine andere sah man darin, »alles Trennende« innerhalb des deutschen Volkes zu beseitigen<sup>67</sup>. Man beklagte die Uneinigkeit, den Parteienhader, besonders die Parteienzersplitterung. »Sind wir ein Staatsvolk oder

64 Zur ablehnenden Haltung vieler Protestanten gegenüber dem Weimarer Staat vgl. *Nowak*, bes. S. 72ff.; für Baden und Württemberg: *J. Thierfelder/E. Röhm*: Die evangelischen Landeskirchen von Baden und Württemberg in der Spätphase der Weimarer Republik und zu Beginn des Dritten Reiches. In: *Th. Schnabel* (Hg.): *Machtergreifung*, S. 219ff. besonders S. 226ff.

65 Vgl. *C. J. Eliot*: The Kriegervereine and the Weimar Republic. In: *JCH* 10 (1975) S. 124.

66 Erklärung zitiert bei *Nowak*, S. 200; vgl. *BB* 22. 6. 1929.

67 So der Redner zum Volkstrauertrag in Hirschlanden, *BB* 27. 2. 1929.

ein Interessenhaufen?« fragte der Kommentator des BB am 13. September 1930 vor der Reichstagswahl des Jahres, nachdem er die Vielzahl der bei dieser Wahl auftretenden Parteien beklagt hatte.

Auch im Kommentar zur Jahreswende 1932/33 klingt diese Sehnsucht nach Einigkeit und der Wunsch nach einem Wiederaufstieg des deutschen Volkes an. Am 2. Januar 1933 heißt es im BB unter dem Titel »Zur Jahreswende«:

»... Wir erwarten von dem Jahr 1933, daß es uns aus dem abgrundtiefen Niedergang des Jahres 1932 wieder emporführt zu lichterem Höhen. Es kann dies aber nicht geschehen allein durch wundertätige Dinge, sondern vielmehr durch die Tat. Wir müssen alle Kräfte einsetzen, um wieder hoch zu kommen. Dazu gehört vor allem Einigkeit. Mögen unsere Wege noch so getrennt sein, ein Ziel müssen wir alle haben: Das deutsche Vaterland! Wir sind ein Volk in Not. Das müssen sich alle vor Augen halten, auch diejenigen, denen die Not noch nicht im eigenen Nacken sitzt. Halten wir zusammen in Not und Tod wie in den schweren Kriegsjahren, dann werden wieder zur Geltung kommen deutsche Treue und der alte gute deutsche Name in aller Welt.«

Ein Vorgang, der sich zwar schon zu Anfang der 20er Jahre abspielte, aber darüber hinaus Wirkungen zeigte, wirft ein Licht auf die Vorstellungen, die bei einem größeren Teil der Bevölkerung des Bezirks vorherrschend waren und die zum Aufstieg des Nationalsozialismus beitrugen. Unter der Überschrift »Deutsche der Tat« erschien am 27. Juni 1933 im BB ein längerer Artikel, der anlässlich des Jahrestages des »Schmachfriedens von Versailles mit seinen entehrenden Entwaffnungsbedingungen« am 28. Juni auf den »opferbereiten, vaterländischen Geist« aufmerksam machen will, der selbst zu Beginn der 20er Jahre im Bezirk nicht tot gewesen sei. Diesem Bericht zufolge hatten Angehörige des (konservativ-nationalistischen) »Bundes für Freiheit und Recht« unter der Leitung Hauptmann (a. D.) Damm<sup>68</sup> auf einem Gutshof im Odenwald ein Waffenlager aus ehemaligen Heeresbeständen angelegt, die eigentlich im Zuge der Entwaffnung hätten abgeliefert werden sollen. Da dieses Lager aber entdeckt zu werden drohte, wurden die Waffen heimlich nach Bofsheim gebracht und dort mit Wissen des Ortspfarrers im Kirchturm und im Dachstuhl der Kirche versteckt. Später wurden Teile des Waffenbestandes – es handelte sich nach Angaben des Artikels um 1500 Gewehre mit Munition und um Handgranaten – auch nach Sindolsheim, Adelsheim, auf den Wemershof bei Adelsheim und nach Sennfeld gebracht. Andere Lager in Osterburken unter dem Dach der Kilianskapelle und in ausrangierten Eisenbahnwaggons sowie in Seligental bei Zimmern wurden allerdings am 2. Februar 1921 entdeckt. Hier handelte es sich um 33000 Gewehre, 60 Maschinengewehre und

68 Vgl. Neumaier, S. 437, Anmerkung. Zu den Vorgängen in Osterburken im besonderen jetzt auch: H. Neumaier: Bund Freiheit und Recht. In: E. Weiß/H. Neumaier: Geschichte der Stadt Osterburken. (1986), S. 382–387. Der Bund war ein Zweig der Organisation Escherich, die 1920 aus freiwilligen Verbänden entstand. Sie waren zur Zerschlagung der Münchner Räterepublik eingesetzt worden. Die Organisation wurde 1921 aufgelöst.

Munition<sup>69</sup>. Ein »Judas« aus Osterburken, ein SPD-Mitglied, so der Verfasser des Berichts im BB, soll die Verschwörer in Osterburken verraten haben<sup>70</sup>.

Da die Gefahr einer Entdeckung des Waffenlagers, so der Bericht weiter, auch in Bofsheim bestand – ein angeblich »bekannter Kommunist« aus Seckach soll eines Tages auffällig um die Kirche herumgestrichen sein –, entschloß man sich, die Gewehre unter der mittlerweile »von der marxistischen Seuche«<sup>71</sup> genesenen Bevölkerung Bofsheims zu verteilen; die übrigen Waffen wurden an verschiedenen Plätzen im Ort untergebracht. Um die Waffenbestände zu decken, gründete man einen Schützenverein und teilte zusätzlich die Männer zu einer Einwohnerwehr ein. 1929 schließlich wurden die Waffen bis auf solche, die die Männer für sich behielten, an die Reichswehr abgegeben. Mit den im Ort verbliebenen Waffen rüstete man dann im Jahr 1933 die SA-Mannschaften des Bezirks aus, damit diese, wie es in dem Artikel heißt, »nicht mit leeren Händen vor's Bezirksamt zu marschieren brauchten«.

Der Artikel ist deshalb interessant, da er, wie schon erwähnt, ein Licht wirft auf den Geist, der im Bezirk herrschte: immerhin war man bereit, jahrelang und mit Wissen einer breiten Bevölkerungsschicht gegen bestehende Gesetze zu verstoßen. Er ist weiter interessant, da er einige der beteiligten Männer namentlich nennt: Beteiligte und Mitglieder dieses Bundes waren selbst die beiden Bürgermeister von Osterburken und Bofsheim sowie der Ratschreiber von Bofsheim. Zwei andere beteiligte Osterburkener wurden später NSDAP-Mitglieder. Und wie der Artikel weiter aufführt, schlossen sich die Mitglieder des Bundes, als er aufgelöst wurde, der »neu aufkommenden nationalsozialistischen Bewegung in der SA an oder traten in den ebenfalls schon bestehenden Stahlhelm ein«. Auch die Beobachtung, die Wertheimer in Eubigheim machte, daß nämlich im Schützenverein ein stark militärischer, oppositioneller Geist herrschte, da man »in diesen Versammlungen ... aus Herzenslust auf die Reaktion und die Herren, die den Krieg verloren haben, schimpfen« konnte, daß »das Getriebe in diesem Verein ... schon seine Schatten voraus (warf) auf das, was kommen sollte«<sup>72</sup>, kann man auch für Bofsheim als gültig erachten. Auch hier wurde der Schützenverein mit der gleichzeitig gegründeten Einwohnerwehr zu einem Sammelbecken der mit dem bestehenden Staat, mit dem »System« Unzufriedenen.

69 Vgl. hierzu *H. G. Zier*: Politische Geschichte Badens 1918–1933. In: *Badische Geschichte. Vom Großherzogtum bis zur Gegenwart*. Hg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. (1979) S. 161.

70 Es handelte sich hierbei um den Schlossermeister J. Ellwanger und seine Söhne. In Osterburken wurde das Handeln Ellwangers als Verrat aufgefaßt; er bat wegen der herrschenden Stimmung gegen ihn beim Bezirksamt sogar um die Erlaubnis, eine Schußwaffe tragen zu dürfen. Sein Geschäft wurde im folgenden boykottiert. Ellwanger verließ bald darauf Osterburken. Vgl. hierzu *Neumaier* in: *Geschichte der Stadt Osterburken*. S. 384.

71 Bofsheim hatte 1919 zu einem wesentlichen Teil sozialdemokratisch gewählt.

72 *W. Wertheimer*: S. 84.

#### 4. Propaganda und Agitation der NSDAP

Seit mindestens Mitte 1928 wurden landwirtschaftliche Themen in die allgemeine Propagandatätigkeit der badischen NSDAP aufgenommen<sup>73</sup>. Besonders Albert Roth beschäftigte sich in seinen Reden immer wieder mit landwirtschaftlichen Fragen und der Not der Bauern, die doch die »Ernährer des deutschen Volkes« und »die Wurzel des Staates« seien<sup>74</sup>. Der Staat sehe zu, wie dieser Bauernstand zugrunde gehe, während die hohen Beamten von demselben Staat so gut bezahlt würden, daß sie die Not der anderen gar nicht mehr bemerkten<sup>75</sup>. Die Schulden der Landwirtschaft würden trotz Fleiß und trotz der Sparsamkeit der Bauern entstehen, da die Regierungspartei nicht das Volk, sondern die internationale Hochfinanz vertreten würde. Dies wäre besonders bei der Annahme des Young-Planes in Erscheinung getreten<sup>76</sup>. – Aber landwirtschaftliche Themen haben in den Reden nicht die große Bedeutung, die man vielleicht vermuten würde. Die Lage der Landwirtschaft ist in den nationalsozialistischen Versammlungen nur ein Thema unter anderen. Eine deutliche Konzentration auf die drängenden Fragen der Landwirtschaft und damit auf die vorherrschende soziale Gruppe des Bezirks ist bei den Rednern mit Ausnahmen Roths im allgemeinen wenig festzustellen; überhaupt wird dieses Thema spätestens 1932 zugunsten »globalerer« Themen fallengelassen. In den Reden, die im Bezirk gehalten wurden, und die durch die Berichte der Gendarmerie überliefert sind<sup>77</sup>, werden besonders die »Parteienwirtschaft« und »das System« des Parlamentarismus sowie die Abhängigkeit Deutschlands von der »internationalen Hochfinanz«, die man in nationalsozialistischer Sicht im Judentum verkörpert sah, beklagt. In Zusammenhang mit dem Young-Plan, dem »Schandvertrag«, beschrieb Friedhelm Kemper, der badische HJ-Führer, ein Deutschland, das auf die Ebene eines Sklavenvolkes herabgedrückt worden sei; das deutsche Volk sei zugunsten »der Kahn, Levi und dergleichen« verkauft worden<sup>78</sup>. Schuld an der Not des deutschen Volkes seien aber auch die Parteien, die während der Wahlkämpfe immer alles versprochen, dann aber in den Parlamenten »Kuhhändel« (Kemper) trieben, und an ihre Versprechungen nicht im mindesten mehr dächten. Es wurden von der NSDAP also genau solche Themen angesprochen, die im Bezirk schon geläufig waren. Dagegen wollten die Nationalsozialisten mit der Beseitigung des parlamentarischen Systems und der Errichtung eines Ständestaates vorgehen; sie strebten die Diktatur an, wie sie klar und deutlich verkündeten<sup>79</sup>. Die Volksgemeinschaft wäre anzustreben. Als Lösung

73 Grill: Nazi Party, S. 135.

74 So z. B. am 16. 6. 1929 in Schillingstadt. GLA 338/800: Gendarmerie-Bericht vom 18. 6. 1929.

75 Roth auf der genannten Versammlung am 16. 6. 1929 in Schillingstadt (wie Anmerkung 55); Albert Roth war Ortsgruppen- und Kreisleiter, später Landtags- und Reichstagsabgeordneter der badischen NSDAP und deren Agrar-Experte.

76 Roth am 2. 10. 1929 in Adelsheim; GLA 338/800: Gendarmerie-Bericht vom selben Tag.

77 Besonders GLA 338/800.

78 Kemper in Schillingstadt am 16. 6. 1929; GLA 338/800: Gendarmerie-Bericht vom 18. 6. 1929.

79 So Lenz und Kramer am 4. 5. 1929 in Osterburken; GLA 338/800: Gendarmerie-Bericht vom 6. 5. 1929. Karl Lenz war seit 1921 SA-Führer und politischer Leiter der NSDAP, seit 1929 Landtagsabgeord-

der Arbeitslosenfrage schlugen die Nationalsozialisten die Einführung der Arbeitsdienstpflicht vor. Es waren dieselben Töne und Parolen, die die NSDAP überall in Deutschland anschlug.

Die Wahlkampfreden des Jahres 1932<sup>80</sup> konzentrieren sich auf die Person Adolf Hitlers, der mit dem »System« Schluß machen wird: »Schluß jetzt, alles wählt Adolf Hitler«; »Hinweg mit dem System Brüning. Mit Hitler in ein besseres Deutschland« oder »Kampf bis zum Sieg« waren Titel einiger nationalsozialistischer Veranstaltungen zu den Reichstagswahlen. Wenn man überhaupt von den Titeln der Veranstaltungen auf die Inhalte der bei diesen Gelegenheiten gehaltenen Reden schließen kann, so wird für die Reichstagswahlen des Jahres deutlich, daß – besonders im zweiten Wahlkampf für die Reichstagswahl am 6. November 1932 – sich das Hauptaugenmerk der nationalsozialistischen Redner nun »Gegen Marxismus und Reaktion« richtete, wie einer der Titel lautete<sup>81</sup>.

Das Auffälligste bei den Wahlkämpfen des Jahres 1932 ist aber die große Zahl der nationalsozialistischen Veranstaltungen, im Vergleich zu den anderen Parteien<sup>82</sup>. Schon im Jahr 1928 zeigte die NSDAP eine größere Aktivität, zumindest was die Veröffentlichung von Veranstaltungsberichten im BB angeht. Diese Tendenz setzt sich auch in den folgenden Jahren fort. Hinzu kommen noch mehrere Berichte im BB über Veranstaltungen in Gemeinden des benachbarten Amtsbezirkes Tauberbischofsheim, besonders in den protestantischen Gemeinden Schwabhausen und Oberschüpf. Selbst im wahlkampflosen Jahr 1931 erlahmte die nationalsozialistische Propaganda nicht, auch wenn sie sich auf protestantische Gemeinden allein konzentrierte. 1932 schließlich dehnte sie ihre Agitation auch auf die größeren katholischen Gemeinden des Bezirks wie z. B. Schlierstadt und Seckach aus. In insgesamt 20 Gemeinden des Bezirks hielt sie vor der ersten Reichspräsidentenwahl des Jahres Veranstaltungen ab; im Wahlkampf zur zweiten Reichspräsidentenwahl wurden in 17 Gemeinden Veranstaltungen durchgeführt<sup>83</sup>. In nur sechs Gemeinden des Bezirks (in Bofsheim, Bronnacker, Erlenbach, Hemsbach, Hünghheim, Oberndorf und Unterwittstadt) hatten bis zum Tag der zweiten Reichspräsidentenwahl in diesem Jahr noch keine NSDAP-Veranstaltungen stattgefunden, wobei es sich bei diesen Gemeinden um die kleinsten und – mit Ausnahme der protestanti-

ner, 1930 Reichstagsabgeordneter; August Kramer war seit 1927 Bezirksleiter in Heidelberg und Gaugeschäftsführer.

80 Hierzu liegen keine Unterlagen in Form von Gendarmerie-Berichten mehr vor, so daß aus den Titeln der Veranstaltungen auf die Inhalte geschlossen werden mußte – soweit dies durch die allgemeinen Formulierungen dieser Titel überhaupt möglich war.

81 Ein weiterer häufiger Titel gerade dieses Herbst-Wahlkampfes lautete ähnlich: »Bolschewisten, Herrenclub oder Volksregierung?« Es ist dabei auffällig, daß verschiedene Redner zum selben Thema sprachen; die zentrale Steuerung der Propaganda wirkte sich hier aus. Vgl. *N. Frei*, Nationalsozialistische Presse und Propaganda. In: *Das Dritte Reich*. Hg. von *M. Broszat* und *H. Möller*. (1983) S. 152–175, bes. S. 154ff.; s. auch *H. Mommsen*: Zur Verschränkung traditioneller und faschistischer Gruppen in Deutschland bei Übergang von der Bewegungs- zur Systemphase. In: *Faschismus als soziale Bewegung*. Hg. von *W. Schieder*. (1976) S. 164.

82 Die Tabelle XI im Anhang macht dies deutlich.

83 Diese Gemeinden entsprachen aber nicht nur den Gemeinden, in denen schon im ersten Reichspräsidenten-Wahlkampf eine Veranstaltung durchgeführt worden war.

schen Gemeinde Bofsheim – um die fast gänzlich katholischen Gemeinden des Bezirks handelte. Die größte Aktivität entfaltete die NSDAP des Bezirks aber zur Reichstagswahl im Juli, zu der sie innerhalb von drei Wochen (zwischen dem 9. und 30. Juli 1932) insgesamt 40 Veranstaltungen durchführte. Nur Erlenbach, Hemsbach, Hüngheim, Klepsau, Oberndorf, Unterwittstadt und Winzenhofen blieben dieses Mal ausgespart; man erwartete offensichtlich in diesen Gemeinden, in denen die Zentrumsparterie ca. 90 % der Stimmen und mehr erhielt, keinen Erfolg. Dies traf tatsächlich ein. Im Wahlkampf im Herbst schließlich wurden nochmals 37 Veranstaltungen in 29 Gemeinden durchgeführt. Mit insgesamt 160 Veranstaltungen im gesamten Jahr 1932 führte die NSDAP damit fünfmal so viele Veranstaltungen durch als das Zentrum, das mit 32 Versammlungen immer noch eine deutlich höhere Zahl als die anderen Parteien vorweisen konnte.

Das Zentrum konzentrierte sich im Bezirk nur auf den katholischen Teil der Wählerschaft; nur in katholischen Gemeinden wurden von dieser Partei Versammlungen durchgeführt. Allerdings konnte die Partei auf die dauernde Präsenz ihrer Leute vor Ort (Priester, Bürgermeister) vertrauen, so daß sie auch als einzige Partei bei den Wahlen 1932 kaum Verluste hinnehmen mußte.

Die übrigen Parteien konzentrierten sich ebenso auf solche Gemeinden, in denen sie sich von vornherein einer gewissen Zahl an Stimmen sicher sein konnten. Der Evangelische Volksdienst lud ausdrücklich nur evangelische Wähler zu seinen ansonsten nichtöffentlichen Veranstaltungen ein, die meist in Adelsheim stattfanden. Auch SPD und KPD konzentrierten sich mit ihren Veranstaltungen nur auf bestimmte Gemeinden, die SPD auf Adelsheim, Großbeicholzheim, Korb, Leibensstadt, Merchingen, Schlierstadt, Seckach und Sennfeld; die KPD auf Groß- und Kleineicholzheim, Schlierstadt, Seckach und Sennfeld. In diesen Gemeinden konnten sie auf einen festen Wählerstamm oder sogar auf eine Ortsgruppe der SPD vertrauen. Die geringe Zahl aktiver SPD-Mitglieder im Bezirk, die zur Organisation von Wahlkampagnen herangezogen werden konnten, dürfte hier eine Rolle gespielt haben.

Dasselbe Problem stellte sich für die KPD. Doch wirkt die relativ große Zahl an KPD-Veranstaltungen erstaunlich, wenn man den geringen Stimmenanteil dieser Partei in Rechnung zieht; auch in diesem ländlichen Bezirk erwies sich somit die KPD als eine der aktiveren Parteien.

Fast von Anfang an suchten die Nationalsozialisten die offene und direkte Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner<sup>84</sup>. Ihre Mitglieder erschienen auf Veranstaltungen anderer Parteien und Gruppen, um dort in der Diskussion ihren Standpunkt darzulegen oder auch um die Veranstaltung zu stören. Im BB werden Nationalsozialisten zum ersten Mal in diesem Zusammenhang anlässlich einer Veranstaltung des Jungdeutschen Ordens in Osterburken im Mai 1929, einem Lichtbildervortrag über das »gewaltige Fronterlebnis der Kriegsjahre« mit einer nachfolgenden Rede über die gegenwärtige Situation Deutschlands, erwähnt.

84 Im Wahlkampf 1928 lassen sich dafür noch keine Anhaltspunkte finden.



Anschließend gab es eine »lebhaft[e] Auseinandersetzung der Nationalsozialisten mit dem Jungdeutschen Orden«, meldete der Berichterstatter des BB<sup>85</sup>. Am 7. Juli 1929 erschienen Nationalsozialisten auch in einer Veranstaltung des Landbundes in Bofsheim; allerdings griff in diesem Fall kein nationalsozialistischer Redner der Gemeinde oder des Bezirks in die Diskussion ein, sondern Friedhelm Kemper wurde »vorgeschickt«<sup>86</sup>; auch bei einer Wahlversammlung der SPD Anfang Oktober desselben Jahres in Adelsheim kam es nach der Meldung des BB vom 8. Oktober 1929 zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten während der Diskussion.

Im selben Jahr kam es auch zu Störversuchen der Nationalsozialisten in anderen Veranstaltungen. Dies geschah bei einer Wahlveranstaltung des Zentrums in Osterburken am 25. Oktober 1929 mit fast 800 Personen, auf der der ehemalige Reichskanzler und zu jenem Zeitpunkt Reichsminister für die besetzten Gebiete, Dr. Wirth, sprach. Mitglieder der NSDAP hatten am Abend zuvor auf einer eigenen, stark besuchten Wahlveranstaltung beschlossen, in dieser Zentrums-Veranstaltung Dr. Wirth entgegenzutreten bzw. die gesamte Veranstaltung zu sprengen. Die Diskussion wurde von dem nationalsozialistischen Redner Siegfried Kasche<sup>87</sup> dazu benützt, die Regierung und das gegenwärtige System scharf anzugreifen. Da er nicht zum Thema redete, wurde ihm nach einiger Zeit das Wort entzogen; es hinderte ihn aber nicht, »mit einem provozierenden Lachen«, so der Bericht der Gendarmerie, weiter zu reden. Da seine Ausführungen schließlich nur noch aus Gebrüll gegen Dr. Wirth bestanden haben sollen und die Versammlung in große Aufregung geriet, sie sogar im Begriff war, Kasche zu verprügeln – dies hätte dann zu einer Schlägerei mit den anderen anwesenden Nationalsozialisten geführt –, wurde Kasche von den Beamten der Gendarmerie aus dem Saal entfernt<sup>88</sup>.

Offenbar wegen solcher Erfahrungen mit den Nationalsozialisten ging das Zentrum später dazu über, entweder keine Diskussion mehr zuzulassen oder die Veranstaltung auf Ortseinwohner zu beschränken<sup>89</sup>. Man fürchtete wohl in beiden Fällen den Auftritt der Brüder Senft aus Osterburken, die mittlerweile als Redner der NSDAP im Bezirk allgemein bekannt waren. Dies jedenfalls bringt ein Bericht der Gendarmerie zum Ausdruck, der auf die Bitte des Veranstaltungsleiters einer Zentrums-Versammlung in Osterburken Anfang Februar 1932 um polizeilichen Schutz hin geschrieben worden war<sup>90</sup>.

Aktiver als die anderen Parteien war die NSDAP des Bezirks auch in ihrer Presse-

85 BB 27, 5. 1929. Die Ortsgruppe Osterburken des Jungdeutschen Ordens wurde Anfang der 20er Jahre gegründet. Vgl. *Neumaier*; in: *E. Weiß/H. Neumaier*: Geschichte der Stadt Osterburken. (1986) S. 397f.

86 BB 9, 7. 1929.

87 Wohnhaft in Soran (Lausitz), Mitglied des Reichstags im Jahr 1932; vgl. GLA 338/798.

88 GLA 338/800: Gendarmerie-Bericht vom 31. 10. 1929.

89 Vgl. eine Veranstaltung in Osterburken am 24. 7. 1932, BB 27, 7. 1932 bzw. eine Veranstaltung in Adelsheim am 2. 2. 1932, im BB angekündigt am 30. 1. 1932.

90 GLA 338/801: Schreiben vom 28. 1. 1932; Fritz Senft wurde in diesem Jahr noch Kreisleiter der NSDAP des Bezirks.

und Öffentlichkeitsarbeit. So wurde der Bericht im BB über eine Veranstaltung des Zentrums in Osterburken am 26. Juli 1932, an der der badische Staatspräsident Dr. Schmitt teilnahm, ganz offensichtlich von einem Berichtersteller der NSDAP geschrieben, der selbst noch in diesem Artikel die verantwortlichen Regierungsstellen angriff<sup>91</sup>: Nachdem in nur einem Satz von der Rede Schmitts – nur das Thema der Rede »Zurück zu Brüning?« wurde genannt – berichtet wurde, leitete der Bericht sofort über zu einer NSDAP-zentrierten Art der Darstellung der Veranstaltung und zu der verweigerten Diskussionsmöglichkeit. Deshalb hätte ein führender Nationalsozialist die Veranstaltung sofort zu Beginn verlassen,

»... während sich die Zurückgebliebenen auf heftige Zwischenrufe verlegten. Als auch dieses durch das starke Gendarmerieaufgebot unterdrückt werden sollte, setzten sich die Hitler stark zur Wehr. Ihrer Disziplin ist es zu verdanken, daß eine Palastrevolution mit unabsehbaren Folgen unterblieb. Man hatte den Eindruck, daß die Versammlung einen ruhigeren Verlauf genommen hätte, wenn den Gegnern Diskussion zugestanden worden wäre, aber gleichzeitig auch einen sicheren Beweis dafür, wie sehr die verantwortungsvollen Regierungsstellen die Aufklärung über die Wahrheit durch den Gegner scheuen«<sup>92</sup>.

Der BB hatte sich zwar mit dem Vorsatz »Über den Verlauf der Versammlung wird uns berichtet« von diesem Artikel in gewisser Weise distanziert; aber von Zentrums-Seite erfolgte weder eine Richtigstellung noch ein eigener Bericht über den Verlauf der Versammlung und besonders über Dr. Schmitts Ausführungen. Die Nationalsozialisten mußten so dem Leser des BB, der vielleicht aus keiner anderen Quelle von dieser Veranstaltung erfuhr, als die zu Unrecht Beschuldigten erscheinen. Und selbst der Affront des letzten Satzes wurde damit von Zentrums-Seite unwidersprochen hingenommen.

Es gab aber auch Blamagen für die NSDAP. Auf einer Versammlung der KPD am 6. Dezember 1931 in Grobeicholzheim versuchte ein NSDAP-Mitglied des Ortes während der Diskussion einige Punkte der Ausführungen des KPD-Redners zu widerlegen, »was ihm aber in seiner Erregtheit nicht gelang«<sup>93</sup>.

Auch auf andere Art verstand die NSDAP, das Interesse auf sich zu lenken. Sie veranstaltete Propaganda-Märsche der SA durch den Bezirk, wobei auch Musikgruppen wie z. B. die »Spielmannschar Buch« teilnahmen. Manche Zuschauer dürften dabei an Festumzüge, die bei größeren Vereinsveranstaltungen in den Orten durchgeführt wurden, erinnert worden sei. Auch Erinnerungen an Märsche von Soldaten haben wohl bewirkt, daß diese Propaganda-Märsche der SA von einem größeren Teil der Bevölkerung zumindest nicht negativ aufgenommen wurden.

Andere Veranstaltungen, die helfen sollten, Sympathien für die NSDAP zu gewinnen, betonten den »sozialen« Charakter der NSDAP. Es handelt sich hier um Lebensmittelsammlungen, die, wie im BB gemeldet wird, durch die Bezirks-

91 BB 27. 7. 1932.

92 BB 27. 7. 1932.

93 So der Gendarmerie-Bericht vom 8. 12. 1931, GLA 338/801.

gruppe im Herbst 1930 bzw. 1932 durch die Ortsgruppe Sennfeld durchgeführt wurden. Der Ertrag der Sammlung sollte armen und arbeitslosen Mitgliedern der NSDAP zukommen<sup>94</sup>. Außerdem führte die NSDAP-Frauenschaft Adelsheim im Herbst 1932 Näh- und Strickabende durch, um die SA während einer Weihnachtsfeier mit Dingen des täglichen Gebrauchs beschenken zu können. Diese Veranstaltung bot mit den Worten des Berichterstatters im BB »das Bild einer wahren Volksgemeinschaft«; die Frauenschaft habe durch ihre tätige Liebesarbeit den Gedanken der Volksgemeinschaft gefestigt und vertieft<sup>95</sup>. Wenige Tage später folgte auch eine Kinderbescherung, die erneut durch die Frauenschaft Adelsheim vorbereitet und durchgeführt wurde. Der Bericht darüber schließt wieder mit der Betonung des »sozialen« Charakters der NSDAP und besonders der Frauenschaft: »... die NS-Frauenschaft, die keine Kampftruppe ist, in der sich vielmehr in Baden 10000 Frauen im Sinn des nationalen Sozialismus zusammengeschlossen haben, hat auch mit dieser Veranstaltung ihren Leitspruch durch die Tat bewiesen: National sein heißt, in jedem, auch dem ärmsten Volksgenossen, ein Stück Vaterland zu sehen, und sozial sein heißt: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst«<sup>96</sup>.

Mit der Art dieser Darstellung gab sich die NSDAP einen christlichen Anstrich. Auch andere Veranstaltungen waren dazu gedacht, Sympathien für die NSDAP zu wecken. Während des Winters wurden Weihnachtsfeiern, sog. »Deutsche Abende« und andere Feiern durchgeführt, bei denen Theaterstücke gezeigt, Lieder und Gedichte vorgetragen wurden und eine Kapelle Musikstücke und Märsche spielte. Teilweise wurde anschließend zum Tanz aufgefordert. Solche Unterhaltungsabende, zu denen die gesamte Einwohnerschaft eingeladen wurde, mögen eine willkommene und besonders von der Jugend begrüßte Abwechslung im Dorf gewesen sein.

Mit dieser Art von Veranstaltungen knüpfte die NSDAP außerdem an schon bestehende Traditionen des Vereins- und Gesellschaftslebens im Dorf an<sup>97</sup>. In Vereinsveranstaltungen im Winter wurden häufiger Theaterstücke aufgeführt, zu denen die gesamte Gemeinde eingeladen wurde. Die Pflege des deutschen Liedgutes, an der man auch in den Gesangvereinen der Dörfer interessiert war, wurde auch von den Nationalsozialisten mit Liedvorträgen auf den »Deutschen Abenden« unterstützt. Daß der Gesangverein Sindolsheim deshalb an einem solchen Abend in Sindolsheim mitwirkte und das Lied »Gebet an das Vaterland« zur Aufführung brachte, ist nicht nur auf den großen Rückhalt der NSDAP in der

94 BB 13. 12. 1930 bzw. 29. 10. 1932; 1930 gingen die gesammelten Spenden (rund 350 Zentner Kartoffeln) überdies nach Mannheim, in eine Industriestadt, zu der, bedingt durch die Abwanderungen, viele verwandtschaftliche Beziehungen bestanden. Die Aktion dürfte deshalb der NSDAP Sympathien eingetragen haben, weil sicherlich über Verwandte von der Not arbeitsloser Industriearbeiter bekannt war.

95 BB 20. 12. 1932.

96 BB 23. 12. 1932; der ganze Bericht beschreibt im übrigen eine schöne, heile Kinderwelt mit vor Erwartung strahlenden Kindern und schönen Weihnachtsliedern; er appellierte damit an Gefühle, die gerade in der Vorweihnachtszeit manchen Leser des BB ansprechen sollten.

97 *Broszat/Fröhlich* stellen dies in ihrer Untersuchung ebenfalls fest, S. 443; vgl. auch *Frei*: S. 155.

Wählerschaft Sindolsheims zurückzuführen<sup>98</sup>; in solchen Veranstaltungen kamen Gedanken zum Ausdruck, die den Bewohnern dieser Region nicht fremd waren und denen sie sich verbunden fühlten.

Dies gilt auch für die schon erwähnten militärischen Traditionen, die neben patriotischen Gefühlen und der Sehnsucht nach einem wiedererstarkten Deutschland ohne Parteienhader in der Stimmungslage der Bevölkerung vorherrschend waren. Die NSDAP stimmte in die Klagen ein, als sie eine ihrer Kundgebungen im Jahr 1932 in Adelsheim unter das Motto stellte: »Nicht Partei – Deutschland, nichts als Deutschland«, und als sie bei einer »Volkskundgebung für Adolf Hitler« die Parteienvielfalt beklagte; sie setzte dem ihre »Volksbewegung« oder das Bild einer »wahren Volksgemeinschaft« entgegen, das ihre Anhänger in der schon erwähnten Weihnachtsfeier geboten haben sollen<sup>99</sup>.

Damit läßt sich die Frage nach den den Aufstieg des Nationalsozialismus bedingenden Faktoren in der folgenden Weise beantworten: Die NSDAP traf im Bezirk auf nationale und militärische Traditionen, die ihrer eigenen Ideologie zu einem großen Teil ebenfalls eigen war. Die SA trat als die »Verkörperung des Neuen Militarismus« auf, wie Kocka dies bezeichnet hat<sup>100</sup>. Der SA-Mann im braunen Uniformhemd verkörperte diesen nach dem und durch den Weltkrieg ausufernden deutschen Militarismus; in der militärischen Ordnung ihrer Propaganda-Märsche, deren »stramme Ordnung und Disziplin« in einem Artikel im BB als anerkanntenswert hervorgehoben wurde<sup>101</sup>, fanden sich Erinnerungen an Zeiten, als das deutsche Heerwesen noch ohne Beschränkungen des Versailler Vertrags, der in großen Teilen der Bevölkerung als »Schmachfrieden« empfunden wurde, in der Öffentlichkeit in Erscheinung trat. Die militärische Tradition war besonders in den Kriegervereinen lebendig, in denen der Wehrgedanke und die Soldatenkameradschaft gepflegt wurde. Auch die Sehnsucht nach einer Einheit des deutschen Volkes und nach dem Ende des Parteienhaders wurde von den Nationalsozialisten mit ihren Vorstellungen einer »wahren Volksgemeinschaft« Ausdruck verliehen. Was Schnabel für das württembergische Schwäbisch Hall feststellte, gilt damit auch für den badischen Amtsbezirk Adelsheim: Die Ideen und Parolen der Nationalsozialisten konnten sich nur deshalb so schnell durchsetzen, weil sie auf ein durch Rechtsparteien, Wehrverbände und Kriegervereine gut vorbereitetes Feld trafen<sup>102</sup>.

Darüber hinaus machte die allgemeine Krisensituation, in der sich das Reich in wirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Hinsicht befand, die Anfälligkeit für die nationalsozialistischen Parolen größer<sup>103</sup>.

98 BB 6. 2. 1931.

99 BB 31. 10. 1932 bzw. 20. 12. 1932 und 23. 12. 1932; vgl. oben: Weihnachtsfeier der Frauenschaft Adelsheim.

100 J. Kocka: Ursachen des Nationalsozialismus. In: Beiträge zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Hg. v. der Bundeszentrale für politische Bildung (1983) S. 6.

101 BB 11. 7. 1932.

102 Th. Schnabel: Der Weg ins Dritte Reich – Der Fall Schwäbisch Hall. In: Württembergisch-Franken 68 (1984) S. 189.

103 Vgl. hierzu auch E. Kolb: Die Weimarer Republik (1984) S. 106ff.

Hinzu kam die große Aktivität der NSDAP, die besonders im Wahljahr 1932 in fast jeder Gemeinde durch Versammlungen präsent war. Sie übertraf mit der Zahl ihrer Veranstaltungen alle anderen Parteien zusammen um ein Vielfaches. Während die NSDAP versuchte, auch auf die Wählerschichten, namentlich die katholische Bevölkerung des Bezirks, einzuwirken, die der NSDAP traditionell fernstanden und an andere Parteien gebunden waren, konzentrierten sich diese Parteien nur auf die ihnen »sichere« Wählerschaft. Allerdings schöpfte gerade das Zentrum seine Wählerreserven vollständig aus.

Es sei noch eine Beobachtung angefügt. Die NSDAP erschien im Bezirk im großen und ganzen nicht als der Ruhestörer und »Krawallmacher«, wie sie es in anderen Gegenden Deutschlands wohl war. Ihre Veranstaltungen verliefen meist »sachlich« und relativ diszipliniert und ruhig. So jedenfalls lesen sich die meisten Berichte über nationalsozialistische Veranstaltungen im BB. Es gab zwar Auseinandersetzungen von NSDAP-Mitgliedern und Mitgliedern anderer Parteien auf Veranstaltungen dieser Parteien; aber diese blieben die Ausnahme und beschränkten sich zum größten Teil auf Veranstaltungen in Osterburken und Adelsheim. »Handfeste« Auseinandersetzungen wie Schlägereien wurden nicht überliefert. So wurden solche Berichte Lügen gestraft, die etwa von Schlägereien der Nationalsozialisten mit anderen politischen Gruppierungen anderswo berichteten; im Amtsbezirk Adelsheim herrschte in dieser Beziehung eine relative Ruhe.

##### 5. Die Organisation der NSDAP auf Bezirksebene<sup>104</sup>

Die Anfänge einer Parteiorganisation der NSDAP auf Bezirksebene fallen in die Zeit vor den Reichstagswahlen 1928. Die badische NSDAP hatte seit 1926 auf Betreiben Albert Roths versucht, in den Nordosten Badens vorzustoßen. Einen ersten Erfolg konnte sie in organisatorischer Hinsicht im Jahr 1926 mit einer Ortsgruppengründung in Mosbach verbuchen<sup>105</sup>. Die nächste Gründung einer Ortsgruppe scheint vor dem Juli 1927 in Buchen gelungen zu sein. In der zweiten Hälfte dieses Jahres erfolgte dann die wohl erste Ortsgruppengründung im Amtsbezirk Adelsheim in der Gemeinde Merchingen, wo schon in den ersten Jahren der Weimarer Republik Freicorps-Mitglieder aktiv geworden waren, aus deren Reihen wie auch aus anderen paramilitärischen Organisationen sich viele spätere NSDAP-Mitglieder rekrutierten<sup>106</sup>. Schon 1927 konnte diese Ortsgruppe auf einen eigenen Redner zurückgreifen; am 28. Dezember 1927 hielt ein Merchinger einen Vortrag in Schwabhausen, Amtsbezirk Tauberbischofsheim, mit dem Titel »Was der Nationalsozialismus will«<sup>107</sup>.

Im Spätjahr 1927 legte die badische Parteileitung besonderen Wert auf eine

104 Zur Frage der Organisation der NSDAP wurden, wie in der Einleitung erwähnt, keine direkten Unterlagen gefunden. Grundlage zu diesem Abschnitt waren deshalb nur vereinzelte Indizien im BB und den übrigen Akten sowie Grills Werk über die badische NSDAP.

105 Vgl. Grill: Nazi Party, S. 117.

106 Vgl. Grill: Nazi Party, S. 40ff.

107 BB 2. 1. 1928.

verstärkte Propaganda im Hinterland. Albert Roth, einer der wichtigsten Propagandisten der badischen NSDAP gerade für die ländlichen Gebiete<sup>108</sup>, sprach zwischen dem 18. November und 4. Dezember 1927 auf vier Veranstaltungen im Amtsbezirk Mosbach und auf fünf Veranstaltungen im Amtsbezirk Adelsheim<sup>109</sup>; Gauleiter Robert Wagner wurde ebenso aktiv und sprach im Oktober 1927 in Merchingen, Adelsheim und Osterburken<sup>110</sup>. Zwei weitere Ortsgruppengründungen im Bezirk gelangen im Laufe des Jahres 1928: in Schillingstadt war die dortige Ortsgruppe nach einem Bericht im BB vom 24. Januar 1929 schon verhältnismäßig stark; sie zählte am 18. Juni 1929 schon ungefähr 40 Mitglieder<sup>111</sup>. Die Ortsgruppe Schillingstadt konnte sich 1933 im BB rühmen, daß die Einwohner Schillingstadts »von den ersten im badischen Hinterland waren, bei denen die Idee des Nationalsozialismus Eingang fand«, und daß sie sich in Folge stets dafür eingesetzt hätten<sup>112</sup>. Die dritte Ortsgruppengründung des Bezirks wurde wahrscheinlich in Osterburken vorgenommen, obwohl dies aus den verwendeten Quellen nicht eindeutig hervorgeht; möglicherweise wurde die Ortsgruppe Sindolsheim noch vorher gegründet<sup>113</sup>. Über die nächsten Ortsgruppengründungen liegen keine Unterlagen vor, doch scheinen sich größere Gruppen von NSDAP-Mitgliedern in Bofsheim, Buch und Sindolsheim befunden zu haben. Bei der Gruppe in Bofsheim handelte es sich wohl vor allem um SA-Mitglieder; neben Schillingstadt scheint diese Gemeinde eine der größeren SA-Bastionen des Bezirks gewesen zu sein<sup>114</sup>. Die nächste Ortsgruppengründung, deren Datum bekannt ist, erfolgte am 20. November 1930 in Adelsheim. Die Ortsgruppe umfaßte 30 Mitglieder<sup>115</sup>. Kurz vorher hatten die Nationalsozialisten bei den Wahlen der Bezirksräte und Kreisab-

108 Grill: Nazi Party, S. 143.

109 So Grill, Nazi Party, S. 124 und S. 143.

110 Grill, Nazi Party, S. 183 Anmerkung.

111 Das sind 10 % der wahlberechtigten Einwohner. GLA 338/800: Gendarmerie-Bericht vom 18. 6. 1929; am 26. 12. 1927 hatte diese Ortsgruppe sogar schon eine Weihnachtsfeier veranstaltet, BB 2. 1. 1928.

112 BB 24. 3. 1933.

113 Eine Karte Grills, Nazi Party, S. 125, lokalisiert die dritte Ortsgruppe im Bezirk im Jahr 1928 in den Bereich von Sindolsheim. Doch scheint diese Karte, was die geographische Genauigkeit angeht, nicht unbedingt zuverlässig zu sein; auch die Ortsgruppen Merchingen und Schillingstadt sind verschoben. Doch spräche für Sindolsheim die größere absolute Stimmenzahl für die NSDAP bei den Reichstagswahlen im Jahr 1928. Erstmals erwähnt wird ein nationalsozialistischer Ortsgruppenführer aus Sindolsheim am 6. 2. 1931. Die Ortsgruppe Osterburken wird erstmals am 30. 4. 1929 erwähnt. Gebert gibt als Gründungsjahr der Ortsgruppe Osterburken erst das Jahr 1932 an. J. Gebert: Osterburken im badischen Frankenland. (1956) S. 170. Nach Neumaier soll eine kleine Ortsgruppe der NSDAP in Osterburken schon 1925 entstanden sein, sich 1927 aber wieder aufgelöst haben. Neumaier, in: E. Weiß/H. Neumaier: Geschichte der Stadt Osterburken, S. 387.

114 Bei einer Kundgebung, die am 29. 9. 1929 in Sennfeld stattfinden sollte, aber wegen nur geringer Teilnehmerzahl abgesagt werden mußte, sollten SA-Mannschaften aus den beiden genannten Gemeinden teilnehmen. Vgl. GLA 338/800: Gendarmerie-Bericht vom 2. 10. 1929. Die SA wurde übrigens in Sennfeld von einem Teil der Bevölkerung ausgelacht.

115 BB 22. 11. 1930. In den Quellen, insbesondere im BB, wird nicht streng nach »Ortsgruppe« und »Stützpunkt« unterschieden; beide Begriffe werden häufig durcheinander geworfen. Die Unterscheidung zwischen Stützpunkten (bis 50 Mitglieder) und Ortsgruppen (über 50 Mitglieder), die in der NSDAP-Parteistatistik von 1935 zur Anwendung kommt, wird deshalb in dieser Arbeit unterlassen. Vgl. Parteistatistik der NSDAP. Hg. vom Reichsorganisationsleiter der NSDAP, 3 Bände. (1935) z. B. Bd. II, S. 306.

geordneten einen ersten Erfolg aufzuweisen. Jeweils zwei Kandidaten der NSDAP-Liste konnten in die beiden Gremien einziehen. Die NSDAP des Bezirks war aber noch nicht in der Lage, bei dieser Wahl genügend Kandidaten für beide Gremien aufzustellen, die in der Bevölkerung genügend Anerkennung gefunden hätten. Die 14 Listenplätze für die beiden Gremien wurden von nur zehn Männern besetzt. Die Kandidaten kamen im übrigen fast gänzlich aus evangelischen Gemeinden, nur einer stammte aus einem katholischen Dorf (Ballenberg), wo er aber, wie ein Bericht im BB deutlich macht, als zugezogener Landwirt und als NSDAP-Anhänger ein Außenseiter in der Gemeinde war<sup>116</sup>.

Aus der Kandidatenliste geht hervor, daß immerhin ein Bürgermeister des Bezirks Mitglied der NSDAP war bzw. dieser Partei nahestand, die ansonsten, wie aus den Doppelkandidaturen hervorgeht, wenige Mitglieder aus den Reihen der Honoratioren der Gemeinden aufweisen konnte<sup>117</sup>.

Die Jahre 1931 und 1932 brachten Versuche mit sich, die Partei in organisatorischer Hinsicht auf Bezirksebene zu konsolidieren. Vorgegangen wurde dabei in der Weise, wie sie auch Grill beschrieben hat: Nachdem eine stärkere Ortsgruppe in einer Gemeinde des Bezirks etabliert worden war, wurden von dieser Ortsgruppe Versuche unternommen, der NSDAP auch in den Nachbargemeinden eine breitere Basis zu verschaffen bzw. dort eine neue Ortsgruppe zu gründen<sup>118</sup>. Als letzte Etappe auf diesem Weg wurde die gänzliche Durchsetzung des Bezirks mit Ortsgruppen in jeder Gemeinde angestrebt – ein Ziel, das aber im Untersuchungsgebiet erst 1933 mit Ortsgruppengründungen auch in den meisten katholischen Gemeinden gelingen sollte. Vorerst konzentrierte sich die NSDAP nur auf die evangelischen Gemeinden.

Die Ortsgruppe Korb, die wohl im Laufe des Jahres 1931 gegründet worden war, konzentrierte sich dabei unter ihrem Ortsgruppenleiter und gleichzeitigen »Bezirksleiter Adelsheim-Süd« auf die Gemeinden Unterkessach, Ruchsen und Leibenstadt, die offensichtlich zu einem Sammelstützpunkt zusammengefaßt worden waren<sup>119</sup>. Die Ortsgruppe in Adelsheim, die ihrerseits von Osterburken aus gegründet wurde, war für die Gemeinden Seckach, Schlierstadt, Sennfeld und Zimmern zuständig<sup>120</sup>. Die Ortsgruppe Buch kümmerte sich um den nordöstlichen Bereich des Bezirks, insbesondere um Eubigheim, während Schillingstadt für die nationalsozialistische Propaganda in Berolzheim, Oberwittstadt und Bronnacker zuständig war. Die Ortsgruppe in Neunstetten führte Veranstaltungen in Gomersdorf, Krautheim, Klepsau und Winzenhofen durch, die Ortsgruppe Merchingen in Ballenberg und wohl auch in den übrigen benachbarten Gemeinden. Man

116 BB 26. 9. 1928.

117 Über eine eventuelle Parteimitgliedschaft dieses Bürgermeisters (aus Sindolsheim) gibt es keine Hinweise. Aus Krankheitsgründen mußte er schon im Mai 1932 sein Amt als Bürgermeister niederlegen.

118 Grill, Nazi Party, S. 211f.

119 GLA 338/801: Schreiben vom 13. 12. 1932.

120 Zur Ortsgruppengründung in Adelsheim vgl. GLA 338/800: Schreiben vom 12. 9. 1930; BB 22. 11. 1930.

kann wohl davon ausgehen, daß bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung im Jahr 1933 in allen evangelischen Gemeinden Ortsgruppen bestanden.

Das Jahr 1932 brachte auch in anderer Hinsicht eine Konsolidierung der Partei mit sich. Zum ersten Mal traten bei den vielen und langen Wahlkämpfen des Jahres Redner in größerer Zahl auf, die aus dem Bezirk stammten. Es handelte sich dabei v. a. um den zum Kreisleiter aufgestiegenen Fritz Senft aus Osterburken und seinen Bruder Willy, um den ebenfalls in Osterburken wohnenden Sturmbannführer Grosse, um den Bezirksrat Richard Rodemer aus Buch sowie in geringerem Maße um den Bezirksleiter Adelsheim-Süd Thren aus Korb sowie den Landwirt Link aus Osterburken, wobei allerdings der Wahlkampf zur zweiten Reichstagswahl 1932 von der »zweiten Garnitur« der Bezirks-NSDAP (Thren, Link) neben auswärtigen Rednern allein bestritten wurde.

Auch die Kreisleitung scheint sich in diesem Jahr endgültig in Osterburken etabliert zu haben. Als Kreisleiter wird Fritz Senft erstmals am 26. September 1932 im BB erwähnt. Als »Bezirksführer« bzw. »Bezirksgruppenleiter« wird vorher immer Helmut Reißner aus Merchingen genannt, der 1929 auf Platz 2 der Wahlvorschlagsliste der badischen NSDAP im Wahlkreis Adelsheim-Mosbach hinter Albert Roth kandidierte. Fritz Senft, der weder auf Bezirks-, noch Kreis- noch – soweit nachprüfbar – auf Gemeindeebene bei den Kommunalwahlen 1930 kandidiert hatte und zu diesem Zeitpunkt ein noch weitgehend unbeschriebenes Blatt gewesen sein muß, wird zum ersten Mal am 17. Juli 1930 als Redner in einer Versammlung in Bofsheim erwähnt, wo er zusammen mit Reißner auftrat und über aktuelle politische Tagesfragen, wie es im BB heißt, sprach<sup>121</sup>. Am 20. November 1930 nahm er zusammen mit Reißner die Gründung der Ortsgruppe Adelsheim vor; er erläuterte dabei das Programm der NSDAP. Fritz Senft und sein Bruder zogen die Organisation der NSDAP offensichtlich nach und nach an sich; der bisherige Bezirksführer Reißner wurde – so scheint es – in diesem Prozeß langsam »entmachtet«. Als Bezirksleiter wird er zuletzt Anfang Februar 1932 erwähnt<sup>122</sup>; am 7. April 1932 meldete dann ein neuer Ortsgruppenleiter der NSDAP Merchingen – Reißner hatte diese Funktion ebenfalls inne – eine Wahlveranstaltung in Ballenberg an. Zwischen diesen beiden Daten muß der Rücktritt Reißners oder seine Absetzung erfolgt sein, denn danach erscheint er in keiner

121 BB 17. 7. 1930; Fritz Senft war kein eingessener Osterburkener, sondern war am 21. 5. 1905 in Burgwindheim/Oberfranken geboren worden. Sein Vater erwarb Anfang 1928 eine Drogerie in Osterburken (GA Osterburken: A 250), in der er wie sein Bruder Willy als Drogist tätig war. »Karriere« hatte Senft offensichtlich zuerst in der SA gemacht, denn am 27. 5. 1931 wird er als »Adjutant des Sturmbanns II/4« genannt. (GLA 338/801). – Aus der Tatsache, daß Senft kein gebürtiger Osterburkener war, u. a. zu folgern, daß der Nationalsozialismus »von auswärts und von Nicht-Osterburkenern wie ein fremdes Gewächs auf Osterburkener Boden gepflanzt«, die Osterburkener sich damit schlechthin nur »unter dem Druck und Zwange der politischen Verhältnisse« und »mit Widerwillen und innerem Widerstand« der Bewegung öffneten, erscheint mir doch zu apologetisch. So J. Gebert: Osterburken im badischen Frankenland. (1956) S. 170, vgl. auch Neumaier, in: E. Weiß/H. Neumaier: Geschichte der Stadt Osterburken. (1986), S. 396 und 397.

122 In einem Gendarmerie-Bericht zu einer nationalsozialistischen Versammlung am 31. 1. 1932 in Osterburken: als Bezirksleiter kündigt er zuletzt am 1. 2. 1932 eine Versammlung in Merchingen an. GLA 338/801.



Funktion mehr in den eingesehenen Unterlagen. Nicht einmal nach der Machtergreifung 1933 hatte er eine Funktion in der Gemeinde inne.

Parallel zu diesen Vorgängen wurde auch die Parteiorganisation zentralisiert. Am 4. Januar 1932 werden zum ersten Mal verschiedene Veranstaltungen im Bezirk zentral von Osterburken aus durch die »Bezirkspropagandaleitung« angekündigt, die in den Händen von Willy Senft lag. Am 18. Februar 1932 nennt Willy Senft diese Stelle »Kreispropagandaleitung«. Die Ankündigung von Veranstaltungen erfolgte danach zum größten Teil durch diese NSDAP-Stelle<sup>123</sup>.

Damit hatte die NSDAP am Vorabend der Machtergreifung eine geschlossene Parteiorganisation aufgebaut. Auch Frauenschichten waren in Adelsheim und Merchingen entstanden, doch sollte die Einbindung der Frauen in die Parteiorganisation erst 1933 einsetzen und auch nur sehr langsam vorwärts schreiten. Was die Jugendorganisation der NSDAP, die Hitlerjugend, angeht, so wird schon am 16. Januar 1933 von einer HJ-Gruppe in Adelsheim berichtet. Für die anderen Gemeinden liegen keine Nachrichten vor.

Der Darstellung vorausgreifend soll noch kurz auf die weitere Entwicklung der Parteiorganisation nach dem Januar 1933 eingegangen werden, da hierfür auch keine vollständigen Informationen aufgefunden wurden. Im Jahr 1933 begann man, wie erwähnt, mit dem Aufbau von Ortsgruppen und Stützpunkten in den bisher kaum berücksichtigten katholischen Gemeinden. Ausgespart wurden dabei nur die kleinsten Gemeinden des Bezirks. Am 1. Januar 1935 schließlich wies der Kreis Adelsheim der NSDAP vier Ortsgruppen und 26 Stützpunkte auf; die weitere Unterteilung in Zellen und Blocks wurde nur in geringem Maße durchgeführt<sup>124</sup>.

### *6. Die NSDAP im Spiegel der Wahlen<sup>125</sup>*

Bei der Reichstagswahl am 4. Mai 1924, bei der die NSDAP erstmals zusammen mit der Deutsch-Völkischen Freiheitspartei als Völkisch-Sozialer Block antrat, erhielt sie im Bezirk insgesamt 3,3 % der Stimmen; sie blieb damit unter dem badischen Gesamtergebnis (4,8 %). Bei der zweiten Reichstagswahl des Jahres erhielt der Völkisch-Soziale Block, jetzt »Nationalsozialistische Freiheitsbewegung«, noch 1,7 % (Baden 1,9 %). Auch bei der Landtagswahl im folgenden Jahr blieb die NSDAP, die in Baden erst kurz zuvor wieder gegründet worden war und

123 Weitere Indizien für den Ausbau der Parteiorganisation lassen sich für 1932 in dem Ankauf einer Schreibmaschine entdecken (erstes maschinengeschriebenes Schreiben am 22. 9. 1932); am 29. 10. 1932 verwendet er zum ersten Mal einen Vordruck mit der Kopfzeile »NSDAP-Gauleitung Baden...«; vgl. GLA 338/801.

124 Es gab zu diesem Zeitpunkt keine Zellen und sieben Blocks. NSDAP-Parteistatistik 1935, Bd. 3, S. 188.

125 Aus Gründen der Übersichtlichkeit soll hier auf eine genaue Darstellung der Wahlentwicklung auf Gemeindeebene verzichtet werden; nur die allgemeinen Tendenzen im Bezirk sollen angesprochen werden. Die Ergebnisse der Reichspräsidentenwahlen finden sich im BB am 14. 3. 1932 bzw. am 11. 4. 1932.

die zu dieser Wahl nicht einmal eigene Kandidaten aufgestellt hatte<sup>126</sup>, mit 1,1 % noch unter dem badischen Gesamtergebnis (1,2 %). Es sollte sich zeigen, daß gerade die Gemeinden, in denen die NSDAP bzw. der Völkisch-Soziale Block trotz der eigentlich geringen Stimmenzahl ein über dem Durchschnitt liegendes Ergebnis erzielen konnte, zu denjenigen gehören sollten, in denen die NSDAP spätestens bei den Reichstagswahlen des Jahres 1930 die stärkste Wählergruppe für sich gewinnen konnte.

Das Ergebnis in Merchingen bei der Landtagswahl 1925 ist besonders auffällig. Hier erhielt die NSDAP mehr als die Hälfte aller Stimmen, die im Bezirk überhaupt für sie abgegeben wurden. Der Einfluß der Freicorps-Mitglieder, die hier, wie erwähnt, 1923 aktiv geworden waren, und die sich für völkische Ideen einsetzten, machte sich damit geltend. Trotz des Rückgangs der Wahlbeteiligung war der NSDAP dieser Erfolg in Merchingen gelungen. Zusammen mit der Deutsch-Völkischen Freiheitsbewegung, die 3,6 % erhielt, kam sie sogar dem sozialdemokratischen Anteil in Merchingen von 19,9 % schon recht nahe.

Die verstärkten Bemühungen der Partei im Nordosten Badens und der sich abzeichnende Aufbau einer Parteiorganisation auch im Amtsbezirk Adelsheim<sup>127</sup> trug bei der Reichstagswahl am 20. Mai 1928 erste Früchte; der NSDAP gelang bei dieser Wahl der Sprung aus der Bedeutungslosigkeit heraus. Sie erhielt 696 Stimmen mehr als 1925 und erreichte wie die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkspartei, die bäuerliche Interessenpartei, 9,5 % der Stimmen. Mit diesem Ergebnis lag die Partei im Bezirk deutlich über dem badischen Gesamtergebnis von 2,9 %; es war das drittbeste Ergebnis in einem badischen Bezirk überhaupt. Nur die Amtsbezirke Wertheim und Mosbach lagen mit 17,2 % bzw. 13,4 % noch darüber.

Durch das Ergebnis der Landtagswahl vom 27. Oktober 1929 wurde die NSDAP zur zweitstärksten Partei des Bezirks hinter dem Zentrum; sie setzte mit 19,6 % ihren Siegeszug fort und lag damit wieder deutlich über dem badischen Gesamtergebnis von 7,0 %. Es war erneut das drittbeste Ergebnis in Baden überhaupt<sup>128</sup>. Die Zahl ihrer Wähler im Bezirk hatte die Partei mehr als verdoppeln können. In einzelnen Gemeinden gelang der NSDAP sogar der Durchbruch zur absoluten Mehrheit<sup>129</sup>, so daß unter den 35 Gemeinden Badens, in denen die NSDAP die Hälfte oder mehr Stimmen auf sich vereinigen konnte, immerhin fünf Gemeinden des Bezirks waren. Hinter Breitenbronn, Amtsbezirk Mosbach, und Bobstadt, Amtsbezirk Tauberbischofsheim, hatte Sindolsheim sogar den drittgrößten Anteil von NSDAP-Stimmen an der Gesamtstimmenzahl aller Gemeinden Badens vorzuweisen<sup>130</sup>.

126 Die Gründung erfolgte am 27. 2. 1925; *Bräunche*, S. 337; vgl. *P. Hüttenberger*: Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP. (1969) S. 14.

127 Auf die Gründung der Ortsgruppe Merchingen 1927 wurde hingewiesen.

128 Hinter Kehl (32,0 %) und Weinheim (20,2 %).

129 Dies gelang in Bofsheim, Hohenstadt, Neunstetten, Schillingstadt und Sindolsheim; vgl. Anhang Tab. IX; in Unterkessach waren es auch 49,1 %.

130 Badisches Statistisches Landesamt (Hg.): Badische Landtagswahl am 27. 10. 1929. (1930) S. 23.

Entgegen der allgemeinen Entwicklung kam der Vormarsch der NSDAP im Bezirk aber 1930 zum Stocken; im Amtsbezirk Adelsheim gewann sie nur 1,3 % (240 Stimmen) hinzu, während sie landesweit mit 19,2 % deutlich zugenommen hatte. Die Partei hatte im Bezirk ihr zu diesem Zeitpunkt mögliches Wählerreservoir ausgeschöpft; der große Sprung, den die Partei in Baden und im Reich tat, war hier schon bei der vorausgegangenen Wahl gelungen.

Der Trend, der sich schon 1929 abgezeichnet hatte, setzte sich bei dieser Wahl fort und sollte sich auch 1932 bestätigen: Die Konfessionszugehörigkeit der Wähler spielte bei der Wahlentscheidung eine herausragende Rolle. Die NSDAP hatte sich in den meisten evangelischen Gemeinden an die Spitze gesetzt, während die katholischen Orte auch weiterhin mehrheitlich das Zentrum wählten. Die endgültige Entscheidung der überwiegenden Mehrheit der evangelischen Wähler für die NSDAP, die diese schließlich 1932 traf, konnte zu diesem Zeitpunkt in erster Linie noch durch einzelne bekannte Persönlichkeiten anderer Parteien aufgehalten werden. Dies war der Fall in Korb und Unterkessach, zwei benachbarten Gemeinden, in denen der Badische Landbund noch einmal die Stimmenmehrheit erringen konnte; das persönliche Ansehen des Landbund-Mitglieds, Kreis- und Gemeinderates Fritz Hespelt aus Korb trug zu diesem Erfolg wesentlich bei. Es war weiter der Fall in Hirschlanden, wo die DVP bei der Landtagswahl 1929 die absolute Stimmenzahl erreichen konnte; die Kandidatur des dortigen Bürgermeisters auf der Liste der DVP hatte dies möglich gemacht. Andererseits konnte die NSDAP derartige personengebundene Entscheidungen ebenfalls für sich nutzbar machen. Der Übertritt führender Landbund-Mitglieder zur NSDAP ist für das Abwandern der Wähler des Landbundes bzw. anderer bäuerlicher Interessenparteien zur NSDAP verantwortlich zu machen. Grill berichtet von einem solchen Übertritt auch im Amtsbezirk Adelsheim; ein namentlich nicht genannter Landbundführer aus Merchingen war im Herbst 1927 in die NSDAP eingetreten. Bei der Wahl im nachfolgenden Jahr ging der Anteil der Stimmen für die bäuerliche Interessenpartei erheblich zurück<sup>131</sup>. Die Feststellung Rapps bezüglich der Reichstagswahl 1928 läßt sich auch auf den hier untersuchten Bezirk übertragen; er meinte, daß die NSDAP in vielem die Erbschaft des Landbundes angetreten habe, wohl auch deshalb, weil sie in Baden durchaus eine bäuerliche Partei sei<sup>132</sup>.

Auch die Kommunalwahlen des Jahres 1930 bestätigen diese Entwicklung. Mit 23,8 % bzw. 24,9 % der Stimmen konnte die NSDAP je zwei Vertreter in den Bezirksrat bzw. die Kreisversammlung entsenden, während die Kandidaten der Bauernliste, die bisher mit je zwei Abgeordneten vertreten waren, nicht mehr

131 Grill: *Nazi Party*, S. 167. Anmerkung: seine Information hierüber stammt aus dem »Führer« vom 12. 11. 1927, S. 4; der »Führer« war die Gauzeitung der badischen Nationalsozialisten. – 1925 hatte die Listenverbindung DNVP-Landbund im Bezirk noch 30,2 % der Stimmen erhalten; 1928 erhielt die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei noch 9,5 %, die DNVP 13,3 % (der Badische Landbund hatte zu dieser Wahl keine eigene Liste aufgestellt; er ließ sich wohl durch die genannte Partei vertreten).

132 A. Rapp: *Die Parteibewegung in Baden 1905–1928*. (1929) S. 10.

gewählt wurden<sup>133</sup>. Während die NSDAP, aber auch SPD und Evangelischer Volksdienst ihre Wählerschaft vollständig mobilisieren konnten, gelang dies dem Zentrum nicht; die Partei konnte jetzt statt bisher vier nur noch jeweils drei Vertreter in diese Gremien senden<sup>134</sup>.

Das Jahr 1932 war für die NSDAP im Bezirk das Jahr der Triumphe. Die Konsolidierung der Parteiorganisation und die verstärkte Propagandatätigkeit, deren Ausmaß von keiner anderen Partei erreicht wurde, machte sich bei den Wahlen für die NSDAP bezahlt. Bei den beiden Reichspräsidentenwahlen konnte sich Hitler im Gesamtbezirk zwar nicht gegenüber Hindenburg durchsetzen, aber mit 43,8 % bzw. 42,5 % der Stimmen, die für Hitler abgegeben wurden, lagen die Ergebnisse weit über denen im Gesamtland Baden oder im Reich. Der Stimmenanteil Hindenburgs variierte dagegen nur leicht<sup>135</sup>. Doch in geringem Maße lassen sich auch noch Sympathien für Hindenburg unter den Wählern, die bei der nächsten Reichstagswahl für die NSDAP stimmten, feststellen; in einigen Gemeinden konnte Hitler weniger Stimmen für sich gewinnen, als für die NSDAP bei der Reichstagswahl im Juli des Jahres abgegeben wurde<sup>136</sup>.

Aus der ersten Reichstagswahl des Jahres ging die Partei als stärkste Wählergruppierung des Bezirks hervor. Mit insgesamt 45,5 % der Stimmen hatte sie bei dieser Wahl 2756 Stimmen im Vergleich zur Reichstagswahl des Jahres 1930 hinzugewinnen können. Die Ergebnisse der NSDAP auf Reichs- und Länderebene (Reich: 27,3 %; Baden: 36,6 %) wurden damit weit übertroffen. Der Anstieg der Wahlbeteiligung um 12,3 % gegenüber 1930, der Rückgang der Stimmenzahl für den Evangelischen Volksdienst, der Vertrauensverlust in die bürgerlichen Parteien<sup>137</sup> und die Tatsache, daß der Badische Landbund nicht mehr mit einer eigenen Liste zur Wahl angetreten war, sondern mit der NSDAP ein Wahlabkommen geschlossen hatte – auf einem gemeinsamen Treffen von Landbund- und NSDAP-Funktionären am 1. April 1931 hatte sich der Badische Landbund damit einverstanden erklärt, alle politischen Aktivitäten aufzugeben und sich nur noch auf rein wirtschaftliche Angelegenheiten zu konzentrieren, während die NSDAP die Interessen des Landbundes und seiner Mitglieder im Parlament vertreten sollte<sup>138</sup> –, hatte zu diesem Erfolg der NSDAP im wesentlichen beigetragen. Die NSDAP war nun in allen evangelischen Gemeinden zur stärksten Partei geworden; mit 49,8 %

133 Die absolute Stimmenzahl blieb dabei für beide Parteien ungefähr in derselben Höhe; der prozentuale Anstieg der NSDAP ist auf die geringe Wahlbeteiligung zurückzuführen. Die Ergebnisse der Wahl finden sich im BB vom 20. 11. bzw. 24. 11. 1930.

134 In den Gemeinden selbst waren meistens keine parteigebundenen Wahlvorschlagslisten eingereicht worden. Nationalsozialistische Wahlvorschlagslisten sind nur für Merchingen, Berolzheim und Schillingstadt bekannt.

135 Der Anteil Hindenburgs an der Gesamtstimmenzahl betrug 53,6 % bzw. 56,4 %. Für den kommunistischen Kandidaten Thälmann wurden dagegen nur 1,5 % bzw. 1,6 % abgegeben.

136 Etwa Groß-, Kleineicholzheim, Neunstetten.

137 Vgl. BB vom 1. 8. 1932; der Kommentator des BB stellt fest, daß die Mittelparteien nun völlig zerschlagen und von der NSDAP völlig aufgesogen seien.

138 H. Gies: R. Walter Darré und die nationalsozialistische Bauernpolitik 1930–1933. (1966) S. 72; Grill, Nazi Party, S. 243.

schnitt sie in Sennfeld vergleichsweise am schlechtesten ab<sup>139</sup>. In Bofsheim, Hohenstadt, Sindolsheim und Unterkessach betrug der Anteil der Stimmen für die NSDAP sogar mehr als 90 %. Auch in den größeren katholischen Gemeinden konnte die NSDAP jetzt Stimmengewinne für sich verbuchen, ohne allerdings in den Wählerstamm des Zentrums weit vordringen zu können, das nur geringfügige Verluste im Vergleich zu 1930 hinnehmen mußte. Auch läßt sich eine Wählerbewegung von den Mittel- und Rechtsparteien zur NSDAP feststellen. Neu- und ehemalige Nichtwähler scheinen für die NSDAP gestimmt zu haben<sup>140</sup>.

Doch je kleiner die Gemeinden waren, um so höher blieb auch der Anteil des Zentrums; dasselbe gilt im übrigen für die Erfolge der NSDAP: der »wahlbestimmende Einfluß der Gemeinschaft«, wie es Gies ausgedrückt hat, war um so stärker, je kleiner eine Gemeinde war<sup>141</sup>. Die Dorfgemeinschaft ermöglichte eine leichtere gegenseitige Einflußnahme.

Auch die zweite Reichstagswahl des Jahres am 6. November brachte der NSDAP im Bezirk die relative Mehrheit der Stimmen, obwohl sie der allgemeinen Entwicklung entsprechend doch erhebliche Einbrüche hinnehmen mußte, da sich 11,1 % weniger Wähler für sie entschieden. Der Rückgang der Wahlbeteiligung, aber auch die Rückkehr zahlreicher NSDAP-Wähler des Sommers zur DVP und zum Evangelischen Volksdienst waren dafür verantwortlich. Nur in Osterburken kann eine gegenläufige Entwicklung festgestellt werden; denn hier hatte die NSDAP einen, wenn auch nicht sehr erheblichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen, der trotz des Rückgangs der Wahlbeteiligung gelungen war. Die schon festgestellte erhöhte Präsenz der Kreisleitung in dieser Gemeinde<sup>142</sup> dürfte sich auch dieses Mal im Wahlergebnis niedergeschlagen haben.

Es bleibt noch, auf die Reichstagswahl im März 1933 einzugehen, obwohl diese, wie Childers bemerkt, nicht mehr zur Weimarer Periode zu zählen, sondern als erste Wahl der nationalsozialistischen Ära zu betrachten sei<sup>143</sup>. Auch Bracher weist auf den, wie er es nennt, »Scheincharakter einer freien Wahlentscheidung«, die der deutsche Bürger gehabt hätte, hin<sup>144</sup>. Die anderen Parteien wurden behindert, ihre Veranstaltungen teilweise verboten, während die NSDAP ihre volle Propagandatätigkeit unbehindert entfalten konnte. Doch konnte jeder Wähler

139 Hier war die SPD traditionell stark; sie konnte auch dieses Mal wieder 35,5 % der Stimmen gewinnen, aber ihre Führungsposition bei vergangenen Wahlen mußte sie nun an die NSDAP abtreten.

140 Nur Osterburken und Gommersdorf wiesen erhebliche Verluste für das Zentrum und gleichzeitig Gewinne für die NSDAP auf. In Osterburken als Sitz der Kreisleitung waren diese Gewinne wohl Ergebnis der erhöhten Präsenz der Partei, während in Gommersdorf unter der katholischen Bevölkerung eine größere Bereitschaft bestanden hatte, andere Parteien als das Zentrum zu wählen: Bei der Landtagswahl 1921 konnte der erstmals antretende Landbund hier überraschend 41,5 % der Stimmen gewinnen, ohne diesen Erfolg bei der nächsten Wahl wiederholen zu können.

141 Vgl. Gies, S. 89ff.

142 Vgl. Anmerkung 122.

143 Th. Childers: The Social Bases of National Socialist Vote. In: JCH 11 (1976) Heft 4, S. 38, Anmerkung 50.

144 Bracher: Stufen der Machtergreifung (Bd. 1 von Bracher/Schulz/Sauer), S. 139.

noch frei und unabhängig seine Vorliebe für eine bestimmte Partei ausdrücken<sup>145</sup>; die Wahl soll deshalb im Kontext der Wahlen der Weimarer Republik behandelt werden.

Wähler, die opportunistisch mitgerissen wurden<sup>146</sup>, hat es im Bezirk Adelsheim ganz sicher gegeben. Gegenüber der letzten Wahl konnte die NSDAP nämlich noch erheblich zulegen; auf sie entfielen dieses Mal mit 6086 Stimmen 55,6%. Die von der gesamtdeutschen NSDAP angestrebte absolute Mehrheit erreichte sie demnach zumindest in diesem Bezirk. 11,7% mehr Stimmen als im November 1932 und 10,1% mehr als im Juli 1932 wurden für sie abgegeben<sup>147</sup>. Offensichtlich profitierte die NSDAP am meisten von der erhöhten Wahlbeteiligung, die dieses Mal mit 87,8% das Rekordergebnis aller bisherigen Wahlen brachte. 1532 Wähler mehr als im November 1932 waren zur Wahlurne gegangen. Die DNVP war die einzige Partei, die neben der NSDAP einen Stimmenzuwachs verzeichnen konnte; alle übrigen Parteien mußten Stimmenverluste hinnehmen<sup>148</sup>.

Erstmals gelang der NSDAP bei dieser Wahl ein erheblicher Einbruch in den Wählerstamm des Zentrums, obwohl diese Partei im Vergleich zur Wahl im November nur wenige Stimmen verlor. Der Unterschied zur Reichstagswahl im Juli 1932 ist allerdings gravierend; stimmten damals noch 4059 Wähler (39,4%) für das Zentrum, so wurden bei dieser Wahl nur 3602 Stimmen (32,9%) für die katholische Partei abgegeben. In Gommersdorf gewann die NSDAP sogar die absolute Mehrheit.

Den Einbruch in die katholische Wählerschaft zeigt eine Berechnung, die auch Weber in ähnlicher Form angestellt hat; er kam zu dem Ergebnis, daß wahrscheinlich weniger als ein Fünftel der Stimmen für die NSDAP aus den Reihen der katholischen Wählerschaft kam<sup>149</sup>. Im Amtsbezirk Adelsheim wurden bei der Reichstagswahl noch 69,6% der Stimmen, die die NSDAP erhielt, in den evangelischen Gemeinden abgegeben, während bei den vorhergegangenen Wahlen der Anteil der NSDAP-Stimmen aus diesen Gemeinden rund 80% betragen hatte. Der Einbruch der NSDAP in die katholische Wählerschaft wird also auch hier deutlich<sup>150</sup>.

Damit läßt sich vereinfachend sagen, daß die NSDAP hauptsächlich von evangeli-

145 So auch A. Milatz: Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik. (1966) S. 148; Broszat, Staat, S. 105; Bracher: Stufen der Machtergreifung, S. 139. meint dagegen, daß von der Freiheit in der Wahlentscheidung kaum mehr die Rede sein könne. Die Bevölkerung war teilweise opportunistisch mitgerissen worden, zu einem anderen Teil sei sie verängstigt gewesen und hätte resigniert. – Dies traf sicher zu einem Teil zu, doch blieb die Möglichkeit der freien Stimmabgabe weiterhin bestehen.

146 Bracher, Stufen der Machtergreifung, S. 128.

147 Das Ergebnis liegt damit knapp über dem von Gies, S. 95. angegebenen durchschnittlichen Zuwachs von 10% auf dem Land.

148 Die DNVP trat dieses Mal als Kampffront Schwarz-Weiß-Rot zur Wahl an.

149 Weber, S. 77ff. und S. 160; J. W. Falter: Wer verhalf der NSDAP zum Sieg? Neuere Forschungsergebnisse zum parteipolitischen Hintergrund der NSDAP-Wähler 1924–1933. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 14. 7. 1979, S. 16f., bestätigte dieses Ergebnis in seiner Zusammenfassung der bisherigen Forschungsergebnisse zur Wahlentwicklung in der Weimarer Republik.

150 Zu diesen evangelischen Gemeinden wurden auch Rosenberg und Kleineicholzheim gezählt, die nur eine einfache Mehrheit evangelischer Bewohner aufweisen. Die konstante Zahl der für das Zentrum abgegebenen Stimmen in diesen Gemeinden läßt annehmen, daß die NSDAP-Wähler der evangelischen

schen Wählern gewählt wurde. Besonders für die Wahlen vor 1933 trifft dieser Tatbestand zu. Es ist ein eindeutiger Zusammenhang zwischen der Konfessionszugehörigkeit der Bevölkerung einer Gemeinde und ihrer Entscheidung für die NSDAP festzustellen: evangelische Gemeinden stimmten spätestens seit 1932 mit absoluter Mehrheit für die NSDAP, während sich die katholische Bevölkerung gegenüber der nationalsozialistischen Propaganda resistenter erwies.

Die Erfolge der NSDAP waren um so größer, je größer der Anteil derjenigen war, die in klein- und mittelbäuerlichen Betrieben beschäftigt waren<sup>151</sup>. Da es sich beim Amtsbezirk Adelsheim um ein hauptsächlich landwirtschaftlich strukturiertes Gebiet mit Betrieben mittlerer Größenordnung handelte, läßt sich dieses Ergebnis leicht nachweisen. Es wird durch eine andere Beobachtung gestützt: Der Badische Landbund wurde in denselben Gemeinden mit Mehrheit, zum Teil mit absoluter Mehrheit gewählt, in denen auch die NSDAP ab 1929, spätestens jedoch 1932 die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Der Ausgangspunkt, von dem aus sich die NSDAP anschickte, nach dem 30. Januar 1933 zur herrschenden Partei zu werden, ist demnach als sehr günstig zu bezeichnen. Seit der Reichstagswahl vom Juli 1932 war die NSDAP zur stärksten Partei des Bezirks geworden und lag mit ihrem Ergebnis deutlich über dem badischen Gesamtergebnis. Ihre Stimmen stammten zum größten Teil von Wählern aus evangelischen Gemeinden des Bezirks; doch waren ihr auch Einbrüche in die katholische Wählerschaft gelungen.

Schon 1930 hatte die NSDAP mit acht Ortsgruppen die größte Organisationsdichte aller Parteien im Bezirk. Ende 1932 dürfte sie in allen evangelischen Gemeinden organisatorisch vertreten gewesen sein. Nur vielleicht das Zentrum war in den katholischen Gemeinden in ähnlicher Dichte durch die örtlichen Honoratioren, Pfarrer und Bürgermeister, repräsentiert. Die bürgerlichen und linken Parteien konnten auf dieser Ebene nichts Entsprechendes entgegensetzen. Hinzu kam die Einsatzbereitschaft der NSDAP-Mitglieder für ihre Partei. Die weitere Eroberung des Bezirks durch die NSDAP konnte so leicht in Angriff genommen werden.

## II. Machtergreifung und Gleichschaltung

Der Prozeß der Machtergreifung und der Durchdringung des öffentlichen Lebens durch die Partei Adolf Hitlers stellt sich als ein Ineinandergreifen legaler bzw. pseudolegalen und terroristischer Maßnahmen dar; die Grenzen dazwischen sind fließend. Die geltende Rechtsordnung wurde nicht einfach außer Kraft gesetzt – dazu war die rechtsstaatliche Tradition in Deutschland zu stark<sup>152</sup>. Doch verstan-

Wählerschaft angehörten. Die Vergleichszahlen betragen bei den vorhergegangenen Wahlen: 1928: 85,7 %, 1929: 80,6 %, 1930: 80,7 %, 1932: 78,8 % bzw. 80,7 %.

<sup>151</sup> Heberle, S. 116.

<sup>152</sup> Broszat, Staat, S. 403.

den es Hitler und die NSDAP, sich dieser rechtsstaatlichen Prinzipien zu bedienen, indem sie sie als Rahmen ihres Handelns weiterhin scheinbar gelten ließen, sie ansonsten aber aushöhlten und pervertierten. Der »Normenstaat« war schließlich nur noch Fassade für die zahlreichen »Maßnahmen«, mit denen sich die Partei den Zugriff auf alle Bereiche des öffentlichen Lebens sicherte. »Der Maßnahmestaat ergänzt und verdrängt nicht nur den Normenstaat, er bedient sich auch des Normenstaats, um seine politischen Zwecke rechtsstaatlich zu tarnen«<sup>153</sup>. Denn die Notverordnung vom 4. Februar 1933, die u. a. die Versammlungs- und Pressefreiheit einschränkte, die Verordnung vom 22. Februar 1933, die SA, SS und Stahlhelm zur Hilfspolizei erklärte, schließlich die sog. Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933 oder auch das Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 stellten durchaus »legale«, d. h. in der Weimarer Verfassung verankerte Möglichkeiten dar; zudem widersetzten sich keine der verantwortlichen rechtsstaatlichen Instanzen<sup>154</sup>. In ihrer Zielsetzung aber, der Ausschaltung unliebsamer Gegner, sind sie als Mittel zur Durchsetzung von der Verfassung zuwiderlaufenden, nationalsozialistischen Zielsetzungen anzusehen. Besonders mit der Reichstagsbrandverordnung gelang es, die Grundrechte auf Dauer, d. i. für das gesamte Dritte Reich, aufzuheben; der permanente Ausnahmezustand war so geschaffen<sup>155</sup>. Die Verordnungen deckten durch ihre Pseudolegalität auch terroristische Maßnahmen und Aktionen; durch sie wurden »Zug um Zug Grundrechte und Verfassung ausgeschaltet und eine pseudolegale Basis für die Eroberung weiterer Machtpositionen und die Gleichschaltung der konkurrierenden Kräfte geschaffen«<sup>156</sup>. Aber nicht nur auf der gesetzlichen Ebene zeigt der Prozeß der Gleichschaltung ein doppeltes Gesicht; auch im öffentlichen und gesellschaftlichen Leben werden zwei Seiten des sich etablierenden Regimes deutlich. Auf der einen Seite stellt sich das Dritte Reich mit Festen und Feierlichkeiten dar, an denen die Bevölkerung massenhaft teilnimmt; die andere Seite zeigt sich in den beginnenden Einschüchterungsversuchen, in Hausdurchsuchungen und Verhaftungen politischer Gegner und in einer gewissen Herrschaftslosigkeit, d. h. in willkürlichen Maßnahmen, die in erster Linie untere Parteiebenen gegenüber den Repräsentanten des »alten Systems« und auch gegenüber der Bevölkerung ergreifen.

### *1. Reaktion auf den 30. Januar 1933 und Wahlkampf*

In der Stadt Adelsheim reagierte die Ortsgruppe der NSDAP sehr schnell auf die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933. Schon am selben Abend veranstaltete sie eine Siegesfeier, während der sie ein Siegesfeuer, das nach dem Bericht im BB vom folgenden Tag für eine große Menschenmenge im Tal und

153 E. Fraenkel: Der Doppelstaat. (1974; Originalfassung: The Dual State. 1941), zitiert nach U. Adam: Judenpolitik im Dritten Reich. (1979) S. 356.

154 K. D. Bracher: Die deutsche Diktatur. Entstehung, Strukturen, Folgen des Nationalsozialismus. (1969) S. 214.

155 Bracher, Diktatur, S. 214.

156 Bracher, Stufen der Machtergreifung, S. 92.



auf der Höhe weithin sichtbar war, auf dem Kinds-Wingertsberg abbrennenn ließ. Der Ortsgruppenführer hielt eine Ansprache, in der er auf die Bedeutung des Tages hinwies. Am Schluß der Veranstaltung wurde das Deutschlandlied mit großer Begeisterung – so der BB – gesungen<sup>157</sup>.

Ob auch in anderen Dörfern des Bezirks ähnliche Feiern veranstaltet wurden, ist nicht bekannt. Das Leben in den Gemeinden scheint zunächst noch seinen gewohnten Gang gegangen zu sein. Doch spätestens im März 1933 änderte sich auch das Klima im Amtsbezirk Adelsheim; das Übergreifen der NSDAP in alle Bereiche des Lebens begann, auch durch die Einschüchterung politischer und ideologischer Gegner.

Über Art und Umfang des Wahlkampfes zur Reichstagswahl am 5. März 1933 finden sich im Vergleich zu den Wahlkämpfen des Jahres 1932 nur wenige Anhaltspunkte, vor allem die Meldungen im BB.

Auf eine Forcierung des Wahlkampfes von seiten der NSDAP weist eine Meldung im BB vom 20. Februar 1933 hin:

»Adelsheim. (...) Wir leben wieder einmal im Zeichen politischer Hochspannung. Die Parteien mit ihren politischen Truppen führen einen erbitterten Kampf, dessen Entscheidung am 5. März, dem Tage der Reichstagswahl, fallen soll. Zwei Lager, die politische Rechte und die politische Linke, stehen sich in unserer Vaterlande haßerfüllt gegenüber wie zwei feindliche Brüder, von denen keiner nachgeben will, ehe der andere kampfflos am Boden liegt. Bis ins kleinste Dorf wird die deutsche Wählerschaft aufgerüttelt durch Versammlungen und Aufmärsche ...«<sup>158</sup>

Die NSDAP scheint sich dieses Mal hauptsächlich auf Propagandamärsche der SA konzentriert zu haben, die über verschiedene Ortschaften führten, wo Ansprachen gehalten wurden. Am 12. Februar 1933 führte ein solcher Propagandamarsch des Sturmbanns II der Standarte 112 über die Orte Grobeicholzheim, Seckach, Schlierstadt, Zimmern, Adelsheim und Osterburken<sup>159</sup>. Beteiligten waren über 100 SA-Männer, die in militärischer Ordnung auch durch die verschiedenen Straßen der Dörfer zogen. Auf der anschließenden Kundgebung sprachen der Kreispropagandaleiter sowie der Sturmbannführer zur Bevölkerung; beide nahmen zu den Regierungen der vergangenen 14 Jahre Stellung und wiesen auf die Bedeutung des 30. Januar hin<sup>160</sup>. Über einen anderen Propagandamarsch, der von Buch über Hohenstadt, Hirschlanden, Sindolsheim nach Bofsheim führte, wird am 23. Februar berichtet. Dieses Mal nahmen der Kreisleiter und der Sturmbannführer als Redner teil. Am 26. Februar schließlich wurde ein weiterer Propagandamarsch durchgeführt, der offensichtlich durch den gesamten Kreis Mosbach führte. Ein großer Zug SA-Leute zog in diesem Zusammenhang am Abend mit Fackeln und Musik und in disziplinierter Ordnung durch Adelsheim<sup>161</sup>.

157 BB 31. 1. 1933.

158 BB 20. 2. 1933.

159 BB 13. 2. 1933.

160 »in temperamentvollen Worten«, wie es über eine derartige Kundgebung in Schlierstadt hieß: BB 14. 2. 1933.

161 BB 27. 2. 1933.

Im BB ist, neben den überall in Deutschland stattfindenden Kundgebungen am 4. März, auf die später eingegangen werden soll, nur noch von einer weiteren Veranstaltung der NSDAP vor der Reichstagswahl die Rede. Auf dieser sprach Baron von Eyb aus Dörzbach (Württemberg) über das Thema »Rasse und Politik« und Rechtsanwalt Dr. Lang aus Adelsheim über geschichtliche und politische Fragen im Sinne des Nationalsozialismus<sup>162</sup>. Von Veranstaltungen der übrigen Parteien wird kaum berichtet. In Osterburken fand eine Wahlversammlung des Zentrums mit dem badischen Staatspräsidenten statt, die nach Angaben des Artikels im BB gut besucht war und reibungslos verlief – es scheint, daß sich die NSDAP dieses Mal zurückhielt<sup>163</sup>. Weiter fand eine Wahlversammlung der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot in Adelsheim am 21. Februar statt. Der Redner des Abends, Landgerichtsdirektor Dr. Hanemann aus Heidelberg, sprach über das Thema »Der Vormarsch der Nation« im Sinne der nationalen Einigung, wie vermerkt wird. In der Diskussion bekundeten verschiedene Teilnehmer der Versammlung ihre Zustimmung zur nationalen Einheitsfront. Die Versammlung bot ein Bild nationalen Einigungswillens – so der Berichterstatter<sup>164</sup>.

Am 19. Februar kam es in Adelsheim zwischen SA-Angehörigen und Mitgliedern der Eisernen Front zu einem Zwischenfall<sup>165</sup>. Die Eisernen Front war abends mit Spielleuten und Fahnen durch Adelsheim gezogen und stellte sich danach für eine Kundgebung vor dem Kriegerdenkmal auf. Doch der Redner wurde durch »Heil Hitler«-Rufe am Reden gehindert, woraufhin die Angehörigen der Eisernen Front ebenfalls Kampfrufe hören ließen. Es herrschte eine sehr gespannte Stimmung. Die Gendarmerie, die die beiden Parteien voneinander trennte, konnte Schlimmeres verhindern. Nach einer halben Stunde zogen die Männer der Eisernen Front geschlossen ab, während die SA-Männer vor das Denkmal zogen und das Deutschlandlied sangen<sup>166</sup>.

Während der Bericht am 20. Februar im BB das Verhalten der Gendarmerie lobt, die weitere Tätlichkeiten durch ihr besonnenes und ruhiges Auftreten verhindert hätte, erklärt eine Gegendarstellung von seiten der NSDAP am folgenden Tag, daß dem Ortsgruppenführer Adelsheims der relativ ruhige Verlauf zu verdanken sei. Eine beabsichtigte Störung der Demonstration habe schon deshalb nicht stattfinden können, weil an die Mitglieder der NSDAP die Weisung ausgegeben worden wäre, von der Straße wegzubleiben. Der Protest während der Kundgebung der Eisernen Front sei nur deshalb erfolgt, weil die roten Fahnen am Kriegerdenkmal aufgestellt genommen hätten<sup>167</sup>.

Auch in Sennfeld kam es zu einem Zwischenfall zwischen Mitgliedern der NSDAP und der SPD. Am 3. März soll, wie am 4. März 1933 im BB unter dem Titel »Polizeibericht« gemeldet wird, ein Flugblattverteiler der SPD während eines nicht

162 Vgl. BB 20. 2. 1933.

163 Vgl. die Zentrumsversammlung mit Dr. Wirth im Oktober 1929; s. S. 117f.

164 BB 22. 2. 1933.

165 An dieser Stelle wird zum ersten Mal die Existenz einer Gruppe der Eisernen Front bezeugt.

166 BB 20. 2. 1933.

167 BB 21. 2. 1933.

genehmigten Umzugs der NSDAP von einem Angehörigen der NSDAP niedergeschlagen worden sein; die Flugblätter, die er mitführte, seien ihm widerrechtlich abgenommen worden. Die Gendarmerie habe auf diesen Vorfall hin sofort Ermittlungen eingeleitet. Schon in der nächsten Ausgabe des BB wird diese Darstellung des Vorgangs dementiert. Die Meldung sei bewußte Lüge und Verleumdung, heißt es dort, denn es habe sich bei dem beschriebenen Vorgang nur um einen ganz bedeutungslosen Zwischenfall gehandelt, der sich so unauffällig abgespielt hätte, daß fast niemand etwas davon bemerkt hätte. Tatsache sei, daß, als ein nationalsozialistischer Redner das Wort ergreifen wollte, versucht worden sei, die Ausführungen durch »Freiheit«-Rufe zu stören. SA-Männer hätten sich daraufhin zu den Rufnern begeben, um bei weiteren Störversuchen die betreffenden Männer vom Platz zu weisen. Ein SA-Mann habe dabei die Flugblätter bemerkt, die unter dem Rock eines der Männer versteckt gewesen seien. Da er verbotene kommunistische Flugblätter vermutete, habe er die Herausgabe verlangt; dieser Aufforderung sei der Mann aber nicht nachgekommen. Ein anderer SA-Mann habe ihm daraufhin die Flugblätter aus der Rocktasche gezogen; dabei habe er aber in aller Seelenruhe weiter Pfeife geraucht. Zu weiteren Zwischenfällen sei es nicht gekommen, auch die Gendarmerie habe sich nicht mit der Angelegenheit befaßt<sup>168</sup>.

Daß es wirklich zu Tötlichkeiten von Seiten der SA gekommen ist, ist aber wegen der offenbar gereizten Stimmung in Sennfeld wahrscheinlich. Der Ortsgruppenführer hatte sogar für einen für den 4. März geplanten Fackelzug der NSDAP-Ortsgruppe durch Sennfeld, einem Dorf mit großer SPD-Anhängerschaft, beim Bezirksamt um Polizeischutz nachgesucht<sup>169</sup>. Doch machen die beiden Dementis im BB deutlich, daß die NSDAP großen Wert darauf gelegt zu haben scheint, in der Öffentlichkeit, besonders im übrigen Teil des Amtsbezirks, der von den Vorfällen nur aus der Zeitung erfuhr, als makellose und anständige Partei zu erscheinen, der man die Leitung und die Verantwortung für den Staat anvertrauen konnte. Offensichtlich wollte man den Makel einer Partei, die als nicht vertrauenswürdig erschien, loswerden. Vertrauen sollte auch in bisher der NSDAP fernstehenden Bevölkerungskreisen gewonnen und darüber hinaus wohl die Basis verbreitert werden.

Am 4. März, am Abend vor der Reichstagswahl, fanden in den Gemeinden zum »Tag der erwachenden Nation« Fackelzüge und wohl zum Teil auch sog. »Höhenfeuer« wie in Osterburken statt. Die Rede Hitlers in Königsberg wurde über Lautsprecher für eine größere Öffentlichkeit übertragen. In Adelsheim wurde eine vaterländische Kundgebung zu Ehren des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers, der wenige Tage zuvor zum Ehrenbürger ernannt worden war, veranstaltet; die Vereine und besonders die Jugend beteiligten sich am vorherigen Fackelzug durch die mit vielen Fahnen geschmückte Stadt in großer Zahl. Am Kriegerdenkmal hielt der Bürgermeister eine kurze, wie es heißt »vom vaterländischem Geist beseelte Ansprache«, die mit einem begeisterten Hoch auf Reichspräsident und

168 BB 6. 3. 1933.

169 GLA 338/805, fol. 5.

Reichskanzler endete. Anschließend wurde das Deutschlandlied gesungen; der Männergesangsverein trug ein Lied vor. Nach der Übertragung der Rede Hitlers wurde ein Freiheitsfeuer abgebrannt, während, wie es in dem Bericht heißt, »die Klänge des großen Zapfenstreichs durch die frühlingssmilde Nacht getragen wurden«<sup>170</sup>.

Daß es der NSDAP gelungen war, durch diese pompösen, die Gefühle ansprechenden Veranstaltungen und durch ihren Versuch, sich bewußt als maßvolle Partei darzustellen, wie auch durch ihre Appelle an den vaterländischen Geist der Deutschen sich in den Augen der Wählerschaft zu empfehlen, zeigt das Wahlergebnis vom 5. März: Die NSDAP errang im Bezirk die absolute Mehrheit<sup>171</sup>.

## 2. Die Machtprobe: Der Flaggenstreit

Schon in der Nacht vom (Wahl-)Sonntag auf den Montag (5./6. März) versuchte die NSDAP, die badische Landesregierung aus Zentrum und DVP zu stürzen. Ein Schritt hierzu war die überall im Reich durchgeführte Aktion des Hissens der Hakenkreuzfahnen vor allem auf staatlichen Gebäuden und Rathäusern<sup>172</sup>.

Es handelt sich dabei um eine bewußte Kraftprobe zwischen NSDAP und Regierung, die den Auftakt für eine weitere Radikalisierung und für weitere Terrormaßnahmen durch die NSDAP gab. Ließ die staatliche oder auch kommunale Stelle das Hissen der Hakenkreuzfahne zu, so bedeutete dies die Kapitulation der staatlichen Gewalt vor der Parteigewalt, zumindest aber ein Eingeständnis der eigenen Schwäche<sup>173</sup>.

In Karlsruhe war es schon am 6. März zu dieser Kraftprobe gekommen, die mit dem Nachgeben der Regierung endete. Die Parteifahnen wurden zwar am Abend des selben Tages wieder eingeholt, aber nur unter dem erklärten Einverständnis der badischen Zentrumsführung, mit der NSDAP in Koalitionsverhandlungen zu treten. Während der nächsten beiden Tage kam es zu einer merklichen Beruhigung der Lage, bis schließlich am 8. März der badische Gauleiter durch Reichsinnenminister Frick zum Reichskommissar ernannt wurde, was einen eindeutigen Verfassungsbruch darstellte<sup>174</sup>.

Im Amtsbezirk Adelsheim hatten sich am 6. März noch keine derartigen Zwischenfälle ereignet. Erst am 9. März, als die Landesregierung schon abgelöst worden

170 BB 6. 3. 1933; Berichte über weitere Fackelzüge liegen aus Hohenstadt, Osterburken und Bofsheim sowie aus Sennfeld und Seckach vor (BB 7./8./9. 3. 1933); in Berolzheim wurde eine derartige Veranstaltung nicht genehmigt, da sie zu kurzfristig angemeldet worden war (GLA 338/805, fol. 5/12/9). Es ist anzunehmen, daß auch in anderen Gemeinden Fackelzüge zum »Tag der erwachenden Nation« durchgeführt wurden. Vgl. *Frei*: S. 162f.

171 Vgl. S. 124.

172 Erstmals wurde eine solche Aktion in Hamburg durchgeführt und dann auch an anderen Orten zu einer Prestigefrage gemacht. Vgl. *Broszat*, Staat, S. 135f.

173 *Rehberger*, S. 93; in seiner Arbeit sind die Aktionen, die sich in Karlsruhe abspielten und die zum Rücktritt der badischen Regierung unter Staatspräsident Dr. Schmitt führten, ausführlich dargestellt (S. 90ff.); vgl. auch *Matzerath*, S. 66.

174 Vgl. *Broszat*, Staat, S. 138; *Rehberger*, S. 98.

war, kam es zur Demonstration der nationalsozialistischen Machtübernahme. In einem Eilfunk des Reichskommissars vom 9. März hatte dieser angeordnet, daß das Hissen von Hakenkreuzfahnen, schwarz-weiß-roten Fahnen und alten Kriegsflaggen auf Polizeipräsidien, Bezirksämtern und Polizeiunterkünften nicht verhütet werden sollte, »sofern die Bevölkerung den Wunsch auf das Hissen derartiger Fahnen äußert«<sup>175</sup>. Offensichtlich war gleichzeitig an die Parteidienststellen die Anordnung gegangen, dem Eilfunk gemäß einen derartigen Wunsch zu äußern, denn am selben Tag zogen SA- und andere Männer in Adelsheim vor die staatlichen Gebäude, um die Partei- und die alte Reichsfahne zu hissen. Die SA-Männer waren bewaffnet; die Waffen stammten aus den schon erwähnten, in den 20er Jahren in einzelnen Orten des Amtsbezirks versteckten Heeresbeständen<sup>176</sup>. Am folgenden Tag beschreibt der BB die Vorgänge:

»Adelsheim (im Zeichen des Hakenkreuzes) ›Das Alte stürzt – das Neue bricht sich Bahn.« ... Unter diesem Gesichtspunkt muß man den Wandel der politischen Verhältnisse betrachten. In den vergangenen Tagen hat sich eine unblutige Revolution vollzogen, die vom Reich ausgehend sich ungeahnt rasch auch über unsere badische Heimat ausgebreitet hat. Nachdem die Polizeigewalt in Baden auf den ernannten Reichskommissar übergegangen ist, sah man gestern vormittag auch hiesige SA-Mannschaften bewaffnet. Gegen zwei Uhr nachmittags marschierte die hiesige SA mit Spielmannszug und zahlreichen Hakenkreuzfahnen in Richtung Osterburken. Am Ortsausgang vereinigte sie sich mit den entgegenkommenden SA-Mannschaften von Osterburken und Merchingen. In vereinigttem Zuge, der durch die Bevölkerung von hier und aus den Orten der Umgebung verstärkt war, zogen die SA unter klingendem Spiel durch die Stadt und hißten nacheinander auf allen staatlichen und öffentlichen Gebäuden die Hakenkreuzfahne, beim Bezirksamt unter Absingen des Deutschlandliedes. Auf dem Postamt wurde außer der Hakenkreuzfahne eine schwarz-weiß-rote Fahne mit dem Reichsadler gehißt. Nachdem die Hakenkreuzfahne hier auf allen öffentlichen Gebäuden wehte, setzte sich der Zug nach Sennfeld in Bewegung. Im hiesigen Rathaus wurde eine Wache eingerichtet. Vor dem Rathaus, dem Bezirksamt und dem Postamt steht ein Doppelposten. Um zehn Uhr gestern abend wurde Zapfenstreich geblasen«<sup>177</sup>.

Von möglichen Widerstandsaktionen der staatlichen Behörden in Adelsheim ist nichts bekannt. In Sennfeld aber, wo die Ortsgruppe Adelsheim der NSDAP mit dem Einverständnis und auf Wunsch der Ortsgruppe Sennfeld die Hakenkreuzfahne auf dem Rathaus anbrachte, regte sich Widerstand von SPD-Seite. Nach einem Bericht der Gendarmeriestation Adelsheim vom 11. März 1933<sup>178</sup> wollten Anhänger der SPD die Fahne auf dem Rathaus wieder entfernen, was die SA ihrerseits verhindern wollte. Zu diesem Zweck begab sich der Ortsgruppenleiter der SA, Herold, aus Adelsheim mit etwa zehn bewaffneten SA-Männern nach

175 GLA 338/805, fol. 38/39.

176 Vgl. S. 106f.

177 BB 10. 3. 1933.

178 GLA 338/805, fol. 74.

Sennfeld. Auch sämtliche Gendarmeriebeamten der Hauptstation Adelsheim fuhren daraufhin nach Sennfeld, um größere Auseinandersetzungen zwischen den beiden Parteien zu verhindern. Zwischen dem SPD-Bürgermeister aus Sennfeld und dem Ortsgruppenleiter wurde eine Aussprache herbeigeführt mit dem Ergebnis, daß der Bürgermeister die Erlaubnis gab, die Fahne auf dem Rathaus zu belassen; damit diese nicht heruntergeholt werden könne, wollte er das Rathaus abschließen. Nach diesem Nachgeben des Bürgermeisters zogen die SA-Leute wieder ab.

An den Vorgängen in Sennfeld und Adelsheim sind zwei Dinge bemerkenswert: einmal die Tatsache, daß die Aktionen der NSDAP in Sennfeld immer noch von Adelsheim aus unternommen wurden. In Sennfeld bestand immerhin schon seit Januar 1932 eine NSDAP-Ortsgruppe. Offensichtlich fühlte diese sich aber noch nicht stark genug, Aktionen im eigenen Ort durchzuführen und war angesichts der Stärke der SPD auf die Hilfe von auswärts angewiesen. Darauf weist auch eine – die schon erwähnte – Bitte um Polizeischutz für einen Fackelzug am 4. März 1933 in Sennfeld hin<sup>179</sup>, ebenso die ebenfalls angeführten Vorgänge vom 3. März. Zum anderen scheint sich die Machtprobe im Bezirk nicht hauptsächlich zwischen der staatlichen Verwaltung und NSDAP-Kreisen vollzogen zu haben, sondern sie wurde zu einer Auseinandersetzung zwischen SPD- und NSDAP-Mitgliedern. Der Bürgermeister, selbst Mitglied der SPD und Vorsteher einer Gemeinde mit einer starken SPD-Anhängerschaft, gab nach bzw. mußte nachgeben. Angesichts der Demonstration bewaffneter Stärke durch die SA blieb auch keine andere Wahl. Der vor dem Bezirksamt in Adelsheim aufgestellte SA-Wachtposten wurde am Nachmittag des 10. März wieder abgezogen. Nach der Meldung im BB erfolgte dies auf Weisung des Reichskommissars<sup>180</sup>. Dieser hatte am 10. März in seiner Eigenschaft als Polizeibeauftragter einen Erlaß herausgegeben, der Übergriffe der »national gesinnten Bevölkerung« ausdrücklich mißbilligte und zu Besonnenheit aufrief. Es hieß dort, daß auch die Partei, SA und SS Disziplin und Besonnenheit zugesichert hätten<sup>181</sup>.

Demnach wurde »von oben«, von den Regierungs- bzw. oberen Parteistellen versucht, Übergriffe unterer Parteiebenen einzugrenzen. Auch ein Satz in derselben Meldung im BB ist wohl in diesem Sinn zu deuten; es heißt dort, daß die

179 GLA 338/805, fol. 5.

180 BB 11. 3. 1933.

181 Im Erlaß heißt es u. a. im Wortlaut: »... Die Freude über den Wahlerfolg und die Entsendung eines Beauftragten der Reichsregierung in das Land Baden ist von der national gesinnten Bevölkerung teilweise in Formen Ausdruck gegeben worden, die in Ansehung der politischen Lage verständlich, aber für die Zukunft zu verhüten ist. Es wolle gegen derartige Vorgänge nachdrücklich, aber mit Verständnis und nicht engherzig eingeschritten werden. Ich lege besonderen Wert darauf, daß bei aller Bestimmtheit, mit der die Befugnisse der Staatsbehörden zu wahren sind, in erster Linie behelrend auf diese Kreise eingewirkt wird. Die Leitung der NSDAP, der SA und SS hat zugesichert, ihrerseits Anlaß zu nehmen, die ihr zugehörigen Bevölkerungsteile zu Disziplin und Besonnenheit anzuhalten. Ich erwarte, daß in kritischen Lagen die Polizei dem national gesinnten Teil der Bevölkerung gegenüber sich ohne Waffengewalt durchsetzt; jedenfalls darf in derartigen Fällen von der Schußwaffe nur nach Einholung meines vorherigen Einverständnisses Gebrauch gemacht werden ...« GLA 338/805, fol. 41 und 42.

wegenommenen Waffen und die Munition sofort zurückzugeben seien<sup>182</sup>. Anscheinend wurden von der SA widerrechtlich Waffen beschlagnahmt, und man darf wohl annehmen, daß dies beim politischen Gegner geschah.

Am 12. März, dem Volkstrauertag, sollte nach einer Anweisung des Staatsministeriums in schwarz-weiß-rot und in den Landesfarben gelb-rot-gelb auf Halbmast geflaggt werden. Die Gemeinden und andere öffentliche Körperschaften wurden um dasselbe Verfahren gebeten<sup>183</sup>. Ebenfalls am 12. März 1933 wurde durch den Reichspräsidenten die Regelung der Flaggenfrage angeordnet und bestimmt, daß die schwarz-weiß-rote und die Hakenkreuzfahne gemeinsam zu hissen seien<sup>184</sup>. Am nächsten Tag ordnete daraufhin Robert Wagner an, vom Montag bis einschließlich Mittwoch auch die staatlichen Gebäude Badens wie die des Reiches auf diese Weise zu beflaggen. Der Aufruf erging gleichzeitig an die Gemeinden und die Bevölkerung<sup>185</sup>.

Ob die angeordneten Maßnahmen von den Gemeindeverwaltungen beachtet wurden, wurde peinlichst genau kontrolliert. In diesem Zusammenhang erfolgte nämlich am 13. März durch Sturmbannführer Grosse die Mitteilung an das Bezirksamt, daß in Seckach und Hüngheim am Volkstrauertag die schwarz-rot-goldene Flagge aufgezogen worden sei. Der Sturmbannführer ersuchte das Bezirksamt, dafür Sorge zu tragen, daß in Zukunft den Anordnungen des Reichskommissars Folge geleistet werde. Am 14. März erstattete der Sturmbannführer in derselben Angelegenheit eine Anzeige gegen den Bürgermeister von Ballenberg, weil dieser der angeordneten Beflaggung zuwidergehandelt hätte; aus demselben Grund zeigte er auch den Bürgermeister von Erlenbach an. Dem Sturmbannführer zufolge hatte der Bürgermeister in Ballenberg am Sonntag eine von einem Einwohner überlassene schwarz-weiß-rote Flagge aufgezogen, am Montag diese aber nicht mehr angebracht und somit die Anordnung der Reichsregierung absichtlich mißachtet. Auf dem Rathaus in Erlenbach hätte er, wie der Sturmbannführer weiter ausführte, sogar eine schwarz-rot-goldene Fahne vorgefunden; der dortige Bürgermeister hätte ihm angegeben, daß er von dem Erlaß gewußt habe, doch der Polizeidiener hätte die Flaggen miteinander verwechselt und die falsche gehißt. Nach Einschätzung des Sturmbannführers war dies eine bewußte Sabotage, was aber, wie er meinte, im Hinblick auf die politische Einstellung der Gemeinde Erlenbach<sup>186</sup> ohne weiteres verständlich sei.

In der Antwort des Bezirksamts nach der telefonischen Rücksprache bei den betroffenen Bürgermeistern wurde dem Sturmbannführer mitgeteilt, daß der Flaggenerlaß dem Bürgermeister in Ballenberg zu spät bekannt geworden war, er aber jetzt schwarz-weiß-rot geflaggt habe. Der Bürgermeister in Erlenbach habe schon Fahnenstoff für beide Fahnen, auch für die Hakenkreuzfahne, eingekauft;

182 BB 11. 3. 1933.

183 BB 11. 3. 1933.

184 RGBl. 1933. S. 103.

185 GLA 338/805, fol. 12.

186 Die Gemeinde Erlenbach hatte am 5. März zu 85,4 % Zentrum gewählt.

sie würden gerade zurechtgemacht. Eine Bestrafung der beiden Bürgermeister könne deshalb nicht erfolgen, da ihnen keine Schuld nachzuweisen sei und außerdem die Gemeinden in den Verlautbarungen der Regierung und des Reichskommissars nur ersucht worden seien, die schwarz-rot-weiße und die Hakenkreuzfahne zu hissen, die letztere nur, wenn eine zweite Flaggvorrichtung am Rathaus vorhanden sei<sup>187</sup>.

Die SA konnte sich also in diesen Fällen noch nicht vollständig durchsetzen, auch weil das Bezirksamt den gesetzlichen Rahmen voll ausschöpfte. In einem anderen Fall dagegen war der Landrat den Wünschen der Partei entgegengekommen: Er erlaubte nämlich, daß die Flaggen am Bezirksamt während des angeordneten dreitägigen Hissens durch Posten der SA gesichert würden<sup>188</sup>. Damit übertrug er der SA eine Funktion, die ihr als Parteigliederung eigentlich nicht zukam.

Als Abschluß des dreitägigen Hissens waren von Wagner in ganz Baden Fackelzüge angeordnet worden. In Adelsheim nahmen daran die Vereine, die nationalen Verbände und die der Jugend, Vertreter der Behörden und die Bevölkerung in großer Zahl teil. Der Zug zog durch die Stadt und stellte sich anschließend vor dem Rathaus auf. In emphatischen Worten beschreibt der BB die nun folgende Kundgebung:

»... Es war ein erhabenes Bild, das sich im Fackelschein darbot. Die Fahnen gruppieren sich um den unter der Eingangspforte stehenden Bürgermeister, der von hier aus eine kurze, von vaterländischem Geist durchwehte Ansprache hielt, die er ausklingen ließ in einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und die Männer, die sich für das Zustandekommen des nationalen Staates einsetzten. Brausend verklang hierauf das Deutschlandlied in der Frühlingsnacht. In andächtiger Stille folgte die Versammlung dem großen Zapfenstreich der Musikkapelle und des Spielmannszuges. Ortsgruppenleiter Spöhrer forderte noch zum Gesang des Horst-Wessel-Liedes auf. Mit einem dreifachen ›Sieg-Heil‹ auf unsere obersten Reichsführer fand die Kundgebung ihren Abschluß«<sup>189</sup>.

Damit wurde zum ersten Mal in einer öffentlichen, nicht von der NSDAP einberufenen Kundgebung – die Einladung ging vom Bürgermeister aus – das Horst-Wessel-Lied gesungen; auch hierin findet die Durchdringung des öffentlichen Lebens durch die NSDAP – ein fast unmerklicher Vorgang – ihren Ausdruck. Bei derartigen Veranstaltungen war nämlich bisher immer nur das Deutschlandlied gesungen worden.

187 Alle Vorgänge: GLA 338/805, fol. 83.

188 BB 14. 3. 1933.

189 BB 16. 3. 1933.



### 3. Die Mobilisierung der Bevölkerung und der Beginn ihrer ideologischen Erfassung

Daß das Regime zu feiern wußte, wie schon Joachim Fest in seinem Film über Adolf Hitler feststellte<sup>190</sup>, zeigte sich auch im Amtsbezirk Adelsheim. Die Bevölkerung erlebte Feierlichkeiten zu den verschiedensten Gelegenheiten, an denen immer ein Großteil, wenn nicht der größte Teil der Bevölkerung der Gemeinden teilnahm. Ganz neue Anlässe wurden gefunden, um etwa einen Fackelzug durchzuführen oder sog. Sieges- oder Freiheitsfeuer abbrennen zu lassen; es waren gleichzeitig günstige Gelegenheiten für die nationalsozialistische Propaganda. Ein neues Gemeinschaftsgefühl sollte erzeugt werden; jeder sollte sich als ein Glied, das beim Aufbau des ganz neuen Deutschen Reiches half, fühlen können, denn die Zeit der Zerstrittenheit, der »Parteienwirtschaft« – einer der wichtigen Anklagepunkte gegen das »System« der Weimarer Republik – war jetzt vorbei. Jeder wurde jetzt eingeplant, und wer weiter abseits stand und nicht begeistert einstimmte, konnte leicht registriert werden. Der Faktor der sozialen Kontrolle gerade auf dem Dorf, wo sich alle untereinander kannten, mußte dabei als sehr wichtig eingeschätzt werden. Sich diesem Druck entziehen zu können, dürfte sehr schwer gewesen sein. Auch ein anderer Aspekt dieser dauernden Mobilisierung erscheint wichtig. Dadurch, daß dauernd etwas geschah, daß die Bevölkerung zu immer neuen Zusammenkünften gerufen wurde, konnte zumindest unterschwellig der Eindruck erweckt werden, daß etwas getan wurde, daß es jetzt wieder aufwärts ging oder einfach nur, daß diese neue Regierung auch die Energie zeigen würde, die bestehenden Probleme anzupacken und zu lösen.

Aus den Berichten im BB über solche Veranstaltungen spricht immer große Begeisterung über die neuen Verhältnisse. Der NSDAP scheint es tatsächlich gelungen zu sein, in einem großen Teil der Bevölkerung eventuelle Vorbehalte auszuräumen und auch sie für die »Umwälzung« zu gewinnen. Kershaw hat im Zusammenhang der Wahlkämpfe des Jahres 1932 auf den Sensationscharakter der nationalsozialistischen Großkundgebungen in provinziellen bayerischen Kleinstädten hingewiesen, für die solche Veranstaltungen ein ganz neues Phänomen darstellten<sup>191</sup>. Diese Feststellung dürfte auch hier zutreffen. Wie schon für die sog. »Deutschen Abende« der NSDAP vor 1933 bemerkt wurde, bildeten wohl auch diese neuen Feiern eine willkommene Ablenkung im normalen, vielleicht eher eintönigen Dorfleben. Die nationalen Gefühle und die Hoffnung auf einen Wiederaufstieg Deutschlands aus der »Schmach« und aus wirtschaftlicher Not waren es aber hauptsächlich, die die Menschen zu begeisterten Anhängern der »Umwälzung« machten.

Der neue nationale Enthusiasmus äußerte sich auch im Amtsbezirk Adelsheim in der Verleihung von Ehrenbürgerrechten an den Reichskanzler, den Reichspräsidenten und auch an den Reichskommissar Robert Wagner, ebenso in den Umbenennungen von Straßen und Plätzen und in der Benennung von Bäumen mit den

190 »Hitler – eine Karriere« (1977).

191 I. Kershaw: Der Hitler-Mythos. Volksmeinung und Propaganda im Dritten Reich. (1980) S. 41.

Namen der »nationalen Führer«. Die Amtsstadt Adelsheim schritt hier voran. Schon am 28. Februar 1933 wurde im Gemeinderat der Beschluß gefaßt, Adolf Hitler zum Ehrenbürger zu ernennen. Der SPD-Gemeinderat Storz stimmte allerdings dagegen; er vertrat die Meinung, daß die Verleihung der Ehrenbürgerwürde der Stadt an persönliche Verdienste für die Gemeinde geknüpft sei, was bei den Verdiensten des Reichskanzlers nicht unmittelbar zuträfe<sup>192</sup>. Seine Gegenstimme war wohl der maßgebliche Grund für seinen Rücktritt vom Amt des Gemeinderats in einer der nächsten Sitzungen. – Der Bericht über die Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Hitler im BB vom nächsten Tag hebt besonders die Tatsache hervor, daß Adelsheim damit an der Spitze sämtlicher Amtsstädte in Baden stehe<sup>193</sup>.

In mindestens acht weiteren Gemeinden des Amtsbezirks wurde Hitler ebenfalls zum Ehrenbürger ernannt; es sind die Gemeinden Berolzheim, Buch, Grobeicholzheim, Hohenstadt, Merchingen, Neunstetten, Osterburken und Seckach. Der Beschluß wurde mit Ausnahme der Gemeinde Merchingen in der zweiten Märzhälfte bzw. Anfang April gefaßt, d. h., durch die noch nicht gleichgeschalteten und in ihrer personellen Zusammensetzung unveränderten Gemeinderäte. Offenbar erlagen auch diese dem »Hitler-Mythos« (Kershaw). Da viele dieser Gemeinderatsmitglieder im Verlauf der nationalsozialistischen Gleichschaltung aus dem Gemeindeparlament ausgeschlossen wurden, kann man diese Vorgänge dahingehend interpretieren, daß auch ein großer Teil derjenigen, die der NSDAP vielleicht eher fernstanden, sich von diesem Enthusiasmus mitreißen ließen, vielleicht aber auch nicht den Mut fanden, sich der allgemeinen Entwicklung zu entziehen<sup>194</sup>.

Auch in Sennfeld sollte Ende März auf Antrag des Stützpunktleiters Hitler das Ehrenbürgerrecht verliehen werden. Der Antrag wurde aber mit der Begründung zurückgewiesen, daß kein Geld für einen Ehrenbürgerbrief in der Gemeindekasse vorhanden sei<sup>195</sup>. Der Gemeinderat, der zur Hälfte von der SPD gestellt wurde, fand so eine gute Entschuldigung, da ihnen damit offiziell nicht der Vorwurf gemacht werden konnte, nicht national zu denken.

Auch Hindenburg und Robert Wagner wurden auf diese Weise geehrt. Hindenburg wurde Ehrenbürger in Adelsheim, Berolzheim, Buch, Grobeicholzheim, Merchingen und Neunstette, Robert Wagner in denselben Gemeinden sowie in Osterburken und Seckach<sup>196</sup>. In zahlreichen Gemeinden wurden Straßen und

192 Gemeindearchiv (GA) Adelsheim: Gemeinderatsprotokolle (GRP), S. 302.

193 BB 1. 3. 1933.

194 GA Berolzheim: B 14, Sitzung vom 9. 4. 1933; GA Buch: GRP, Sitzung vom 23. 3. 1933 auf Antrag des Ortsgruppenleiters (der Beschluß wurde am 22. 7. 1945 wieder aufgehoben); GA Grobeicholzheim B 21, Sitzung vom 20. 3. 1933, auch BB 25. 3. 1933; Hohenstadt: BB 18. 3. 1933, der Beschluß erfolgte einstimmig; Merchingen: BB 5. 5. 1933; GA Neunstetten: B 5, Sitzung vom 21. 3. 1933; GA Osterburken: B 236, Sitzung vom 15. 3. 1933, auch BB 17. 3. 1933; GA Seckach: B 12, Sitzung vom 17. 3. 1933, auch BB 23. 3. 1933, auf Antrag des Stützpunktleiters; keine Informationen über eventuelle Ehrenbürgerwürden liegen vor für die Gemeinden Ballenberg, Bronnacker, Kleineicholzheim, Rosenberg, Schillingstadt und Schlierstadt.

195 Vgl. BB 6. 6. 1933.

196 GA Adelsheim: GRP, Sitzung vom 1. 5. 1933; für die übrigen Gemeinden gelten dieselben Nachweise wie unter Anmerkung 60.

Plätze nach Hitler, Hindenburg und Wagner genannt; es wurden Bilder des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten angeschafft. In Adelsheim wurde anlässlich des 1. Mai die Linde auf dem nun so genannten Hindenburgplatz in Hitlerlinde umbenannt; in Hohenstadt geschah dies anlässlich des Geburtstages Hitlers. In Hirschlanden pflanzte man neben die Bismarckeiche eine »Hitlereiche«<sup>197</sup>. In Korb wurden die vier Linden am dortigen Bachufer mit den Namen der für den Gemeinderat bedeutendsten Männer der nationalen Erhebung benannt; neben Hitler, Hindenburg und Wagner zählte der Gemeinderat auch den Kreisleiter Senft dazu<sup>198</sup>.

Erste Gelegenheit zur Bekundung der von Hitler und der Reichsregierung verkündeten »nationalen Einheit« im Rahmen größerer Festlichkeiten bot sich am 12. März aus Anlaß des Volkstrauertages. 1929 war dieser Tag zu Kundgebungen gegen die sog. Kriegsschuldfrage benutzt worden; in den hauptsächlich von den Kriegervereinen durchgeführten Veranstaltungen war damals der dem deutschen Volk aufgezwungene »Schmachparagraph« (Artikel 231) beklagt worden, der die Schuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg festlegte<sup>199</sup>. Protestreden waren damals gehalten worden. Jetzt, im Jahr 1933, wurde der Volkstrauertag »unter dem Eindruck der in diesen Tagen stattgefundenen Staatsumwälzung« begangen, wie es zu Beginn des Artikels im BB vom 13. März 1933 über die Feiern in Adelsheim heißt. Es liegen zwar nur wenige Berichte über die Feiern in den einzelnen Gemeinden vor, und diese verliefen, wie es heißt, im üblichen Rahmen; jedoch hat sich der Ton der Reden, die im BB zusammenfaßt wiedergegeben wurden, gerade im Vergleich zu 1929 entscheidend geändert. Die Aggressivität ist nun verschwunden, die Wiedereinführung der alten Reichsflagge, »unter der das alte Heer kämpfte«, wurde allgemein begrüßt und, wie es Pfarrer Linnebach in Rosenberg ausdrückte, als Symbol für ein Wieder-Zusammenfinden und für die Einigkeit des deutschen Volkes aufgefaßt<sup>200</sup>.

Die nächste Gelegenheit, um der »Staatsumwälzung«<sup>201</sup> zu gedenken, wurde mit einem Erlaß des neuen badischen Kultusministers Dr. Wacker geschaffen, der einen schulfreien Tag für ganz Baden anordnete. In einer kurzen Schulfeyer sollten die Schulleiter an diesem Tag, dem 14. März, auf die Bedeutung der »nationalen Erhebung« hinweisen. Auch Eltern und andere Interessenten waren dazu eingeladen<sup>202</sup>. Es war dies wieder eine Gelegenheit, das Gefühl zu erzeugen, in einer besonderen Zeit zu leben, und darüber hinaus die Bevölkerung für das Regime zu aktivieren. In Adelsheim hielt der dortige Oberlehrer Steger bei einer solchen Feier eine patriotische Rede. Daß es bei der Anordnung der Schulfeyern aber nicht nur darum ging, die nationalen Gefühle zu wecken und zu pflegen, sondern in erster Linie darum, die NSDAP in diese Gefühle einzubeziehen und diese Begeisterung

197 BB 24. 4., 26. 4., 1. 5. 1933; GA Hirschlanden: B 5, Sitzung vom 17. 4. 1933.

198 GA Korb: B 36, S. 448.

199 Z. B. in Osterburken, BB 23. 2. 1929.

200 BB 14. 3. 1933.

201 So der BB am 13. 3. 1933.

202 BB 13. 3. 1933.

für die deutsche Nation auch für die NSDAP dienstbar zu machen, beweist die Anwesenheit des Ortsgruppenleiters der Ortsgruppe Adelsheim, der nach dem gemeinsam gesungenen Deutschlandlied der Toten gedachte, die für die nationalsozialistische Bewegung (!) ihr Leben gegeben hätten, und ebenso wieder die Tatsache, daß als Abschluß der Veranstaltung das Horst-Wessel-Lied gesungen wurde<sup>203</sup>. Auch bei der Schulfeier in Rosenberg zeigt sich dieser schleichende Prozeß der Durchdringung des öffentlichen Lebens durch die NSDAP, der mit dem Anspruch der NSDAP auf Kontrolle des gesamten staatlichen und öffentlichen Lebens enden sollte: Hier zogen die Schüler nach der Feier durch den Ort und sangen das Horst-Wessel-Lied; als Belohnung erhielten die Kinder anschließend Brezeln<sup>204</sup>.

Die Reichstagszeremonie am 21. März war die nächste Gelegenheit, Hitler und der NSDAP in der Öffentlichkeit eine bessere Reputation zu verschaffen. Dieser von Goebbels inszenierte »meisterhafte Theater-Coup« (Kershaw) wurde überall in Deutschland gefeiert. In seinem Aufruf hierzu hatte Goebbels zu großer Beflagung mit Hakenkreuzfahne und der alten Reichsfahne aufgefordert; überall sollten Fackelzüge und »Freiheitsfeuer« den Wiederaufstieg Deutschlands bekunden<sup>205</sup>. Nach Kershaw wurden diese Feiern zu einem »Meilenstein des nationalen Gefühlsaufbruchs«<sup>206</sup>, und auch auf den Amtsbezirk Adelsheim scheint sich diese Begeisterung übertragen zu haben. Dies wird schon an der Ausführlichkeit der Berichte über die Feiern in den einzelnen Gemeinden deutlich; die Berichtersteller wollten, so scheint es, sich gegenseitig übertrumpfen. Die Begeisterung, die offensichtlich erzeugt wurde, dringt am besten in dem Bericht über die Feierlichkeiten in Adelsheim durch; man feierte die »große historische Zeitenwende«; den »Tag der nationalen Erhebung« würde keiner mehr vergessen. Es ist erstaunlich, wie sehr die Menschen offenbar von den Ereignissen bewegt und überwältigt wurden; denn die Ansprachen, aber auch der Fackelzug, das sog. Freiheitsfeuer und die Lieder des Gesangvereins scheinen im Grunde nichts Besonderes gewesen zu sein. Doch das Schauspiel, das der Bevölkerung in der Garnisonkirche in Potsdam bei der Reichstagszeremonie geboten wurde, riß offensichtlich alle, die national dachten, zu Begeisterungstürmen hin und machte die Leute zuversichtlich: »Es herrschte eine frohe, zuversichtliche Stimmung«, heißt es im BB. »Die feierliche Sanktionierung der Symbiose von nationalem Traditionsbewußtsein und nationalsozialistischem Revolutionswillen«<sup>207</sup>, das symbolhafte Zusammenstehen des traditionellen verkörpernden Reichspräsidenten und des Vertreters eines »neuen Deutschlands«, des Reichskanzlers, verfehlten ihre Wirkung nicht:

»Ein denkwürdiger Tag nicht nur in der Geschichte des deutschen Volkes, sondern auch unserer Stadtgemeinde, wird der 21. März sein und bleiben. Kinder und

203 BB 15. 3. 1933.

204 BB 15. 3. 1933.

205 Vgl. BB 21. 3. 1933.

206 Kershaw, S. 51.

207 Bracher: Stufen der Machtergreifung, S. 210.

Kindeskinder werden sich erzählen von der nationalen Erhebung und dem Begeisterungsturm, den dieser erwachende Frühling durch die deutschen Lande getragen hat. . . . Unvergänglicher Ahnengeist und vorwärtsstürmendes Frühlingsdrängen haben sich vermählt und einen Sturm der Begeisterung entfacht, wie wir ihn im Laufe der Jahrhunderte alten deutschen Geschichte nur selten erlebten. Nicht nur die in Potsdam und Berlin waren Zeugen dieser großen, historischen Stunde; das ganze deutsche Volk, dem diese große geschichtliche Stunde durch das Radio vermittelt wurde, war Zeuge des Anbruchs einer neuen Zeit. – . . . Nüchterne Tage werden der Begeisterung folgen. Doch zu jeder Stunde soll uns der Gedanke an ein mächtiges, starkes und freies Deutschland mit Flammenschrift in Herz und Sinn eingegraben sein. Mit dem glühenden Freiheitsdichter Hoffmann von Fallersleben wollen wir alle Zeit bekennen:

›Deutschland, Deutschland über alles  
über alles in der Welt‹<sup>208</sup>.

Die ideologische Erfassung der Bevölkerung setzte sich auch in den nächsten Wochen fort. Man konzentrierte sich vor allem auf die Jugend. Schon die Schulfeiern vom 14. März stellten einen Versuch dar, die Jugend im nationalsozialistischen Sinn zu beeinflussen; diese Absicht wird jetzt weiterverfolgt. In einem Artikel über ein HJ-Treffen in Adelsheim heißt es zum Schluß: »Die Jugend wollen wir ergreifen und sie eingliedern in das große, deutsche Vaterland«<sup>209</sup>. Eine Schulentlassungsfeier in Sennfeld wird als nationale Weihestunde beschrieben<sup>210</sup>. Die nächste Gelegenheit, den Hitler-Mythos zu festigen, bot sich mit dem Geburtstag des Reichskanzlers am 20. April. Im BB erschien an diesem Tag ein Gedicht, das Hitler als dem Ehrenbürger der Stadt Adelsheim und als Volkskanzler gewidmet war. In Osterburken wurde eine Kundgebung im Gasthaus »Zur Sonne« veranstaltet. In Hohenstadt feierte man den Reichskanzler sogar mit einem Festgottesdienst am Ostersonntag, während dem der Pfarrer in seiner Predigt und in einem Gebet Hitlers gedachte<sup>211</sup>. Auch aus Eubigheim wird eine nationale Feier, an der sich auch die Vereine beteiligten, von diesem Tag gemeldet<sup>212</sup>.

Eine weitere Steigerung der Begeisterung wurde mit den Feiern zum neu eingeführten »Feiertag der nationalen Arbeit« am 1. Mai erreicht. Auf die Feiern in Adelsheim bezogen schreibt der BB am 2. Mai 1933, daß dies ein Festtag gewesen wäre, »wie wir ihn in Adelsheim zuvor noch nicht erlebt hatten«. Es herrschte »Hitlerwetter«, wie es in dem Bericht über den Verlauf des Tages in Adelsheim hieß – eine Bezeichnung, die noch mehr Zeichen des neuen Personenkultes ist<sup>213</sup>. Der Tag verlief, nachdem die Kreisleitung zu den Feiern Richtlinien herausgegeben hatte, überall ähnlich. Straßen und Häuser waren mit Fahnen und »Maien-

208 BB 22. 3. 1933.

209 BB 10. 4. 1933.

210 BB 11. 4. 1933.

211 BB 25. 4. 1933.

212 Allerdings erst im BB vom 16. 5. 1933.

213 BB 3. 5. 1933; der Artikel war von dem Adelsheimer Rechtsanwalt und späteren Bürgermeister in Mosbach, Lang (Lg), einem Mitglied der NSDAP, geschrieben worden.

grün« geschmückt; es gab Konzerte, Festzüge, Festreden, Aufführungen der Gesang- und Turnvereine, abends zum Teil Tanzveranstaltungen. Überall fanden Festgottesdienste statt, an denen die SA und alle Vereine geschlossen teilnahmen. In einem Aufruf zum 1. Mai in Adelsheim hieß es hierzu, daß alle Personen, die eine Uniform oder ein Braunhemd besäßen, in dieser Kleidung am Gottesdienst teilnehmen sollten; sämtliche andere sollten »in angemessener Sonntagskleidung, nicht aber etwa in Gehrock und Zylinderhut« zum Gottesdienst erscheinen<sup>214</sup>. Sollte mit diesem Gebot der 1. Mai wirklich zum Feiertag des Arbeiters gemacht werden, an dem sämtliche bürgerliche Insignien verschwinden sollten, so wurden damit andererseits auch die Kirchen in die »nationalen Feiern« eingebunden; auch sie sollten in den Lobpreis der Arbeit einstimmen. Auch ein Artikel unter dem Titel »Katholische Pfarrgemeinde und 1. Mai« äußerte sich in diesem Sinn: Das Fest der Arbeit sei für den gläubigen Christen ein Fest der christlichen, da gottverbundenen Arbeit, und dieser Aspekt sei in den Feiern besonders angeklungen: »Wir Katholiken haben die freudige Genugtuung«, heißt es in diesem Artikel, »daß wir am 1. Mai den religiösen Sinn der Arbeit ganz besonders betont sahen.« Desto leichter müsse es dem Katholiken deshalb fallen, auch am nationalen Gehalt des Tages Anteil zu nehmen<sup>215</sup>.

Die Einbeziehung der Kirchen und ihrer Vertreter in die Feiern muß als geschickter Schachzug der NSDAP gewertet werden, waren doch die protestantische wie katholische Kirche und die jeweiligen Pfarrer noch immer eine der bedeutendsten Institutionen auf dem Land; Pfarrer und Priester übten einen großen Einfluß auf die Bevölkerung aus. Es mußte als Sanktionierung der neuen Verhältnisse erscheinen, wenn sich die Kirchen in den Dienst eines solchen Tages stellten. Auch die Volkstümlichkeit der Feiern, die sich in Tanzveranstaltungen und Bierausschank zeigte, war Propaganda für das neue Regime; die verordnete Teilnahme aller Berufsstände und Vereine sollte die Volksgemeinschaft propagieren, die, wie es in einem Bericht heißt, mit dem 1. Mai ihre Krönung erlebt hätte. Die Losung sollte jetzt »Ein Volk – ein Wille« sein<sup>216</sup>.

Mit Schlageter-Feiern und Sonnwendfeiern wurden die Festlichkeiten fortgesetzt. In Adelsheim wurde aus Anlaß des Todestages des von den Nationalsozialisten unter den »Todesopfern der Nationalen Erhebung in Baden« geführten Albert L. Schlageter, der am 26. Mai 1923 wegen eines während der Ruhrbesetzung verübten Sabotageaktes von den Franzosen hingerichtet worden war, ein Gedenkstein gesetzt<sup>217</sup>. Ressentiments gegen Frankreich dürften auch hier eine Rolle gespielt haben<sup>218</sup>.

Die Sonnwendfeiern fanden Ende Juni mit Sonnwendfeuern, Ansprachen und, wie in Adelsheim, der Verbrennung von »Schmutz- und Schundliteratur« statt. Die

214 BB 29. 4. 1933.

215 BB 3. 5. 1933.

216 BB 2. 5. 1933 über die Ereignisse in Adelsheim.

217 BB 26./27. 5. 1933; gleichzeitig wurde die Eckenbergstraße in Adelsheim in Schlageterstraße umbenannt.

218 Vgl. *Bräunche*: Nationale Ressentiments. In: Ders./Köhler u. a.: 1933, S. 5ff.

Bücher hierfür waren nach einem Aufruf im BB vom 16. Juni, der zur Überprüfung der Bücherbestände aufforderte, von der HJ gesammelt worden<sup>219</sup>.

Die Sonnwendfeiern sollten als Fest der Jugend gefeiert werden. Ziel dabei war aber offensichtlich wieder der Versuch, diese Jugend in den Staat einzubinden. Der »richtige vaterländische Geist« der Jugend sollte, wie der Bofsheimer Hauptlehrer Winter bei einer solchen Feier meinte, herangebildet werden. Die Sammlung sog. »undeutscher« Literatur diene demselben Zweck; die Jugend wurde aktiviert. Die Nationalisierung des Schulwesens – und damit der Jugend –, die Hitler schon 1930 als Ziel postulierte, als Frick in Thüringen zum Volksbildungsminister ernannt wurde, und »die Erziehung des Deutschen zum fanatischen Nationalisten« setzte bei der Jugend an, die auch am leichtesten zu begeistern war<sup>220</sup>. Aber auch die Lehrer selbst wurden eingebunden. Sie hielten bei den Schulfeiern und bei anderen Feierlichkeiten im Dorf die Reden; auch ihre Autorität wurde so im Sinne der neuen Machthaber gebraucht. Die Lehrer auf den Dörfern und ihre angesehene Stellung im Dorf trugen so zur Etablierung des nationalsozialistischen Staates bei. Noch eine Gelegenheit bot sich im Jahreslauf für die nationalsozialistische Propaganda an: das Erntedankfest Anfang Oktober. Die trennende Kluft zwischen Stadt und Land sollte mit diesem »in nationaler Geschlossenheit« in ganz Deutschland gefeierten Tag überwunden werden, heißt es im BB<sup>221</sup>. Über den sonst üblichen Rahmen einer Gottesdienstfeier hinaus wurden jetzt auch Festumzüge veranstaltet, an denen sich alle Vereine beteiligten<sup>222</sup>.

Insgesamt läßt sich sagen, daß im Amtsbezirk Adelsheim wie anderswo auch besonders im ersten halben Jahr nach der Machtergreifung am 30. Januar 1933 bemerkenswerte Aktivität auf propagandistischem Gebiet entfaltet wurde, die eine breitere Zustimmung erzeugt haben dürfte. Darüber hinaus halfen die vielen nationalen Feiern über den gleichzeitig einsetzenden Druck und Terror hinwegzublicken, da jetzt das Gefühl um sich griff, daß es von nun an aufwärts gehe. Der Pessimismus der früheren Jahre war verschwunden<sup>223</sup>. Die anlässlich der Feierlichkeiten wiederholte Betonung des Nationalen kam dabei ebenfalls der NSDAP zugute, wurde sie doch als »nationale Bewegung« in diesen Gedankenkreis eingeschlossen. Dies mochte die Ausschaltung der Gegner des Nationalsozialismus noch als eine dem Endzweck unterzuordnende Maßnahme erscheinen lassen, die notwendig war, um das deutsche Volk wieder zu wahrer Einigkeit zu führen.

219 BB 16.6. 1933; in diesem Aufruf hieß es u. a.: »Hinaus mit dem Geist, der die Ehre des deutschen Frontsoldaten und deutschen Volkes besudelt.«

220 Hitler am 3. 2. 1930, vgl. bei *Broszat*, Machtergreifung, S. 104ff.

221 BB 27. 9. 1933.

222 Nachrichten hierüber liegen aber nur aus Adelsheim vor: BB 27./30.9./3. 10. 1933.

223 Zumindest in den Artikeln im BB, doch dürfte das Gefühl eines Aufschwungs weit verbreitet gewesen sein.

#### 4. Das andere Gesicht der Machtergreifung: Drohungen und Terror

Neben ihre propagandistischen Tätigkeiten waren Drohungen und Einschüchterungsversuche gegen politische und ideologische Gegner das andere Mittel der NSDAP, um ihre Ziele zu erreichen. Vor allem KPD- und SPD-Mitglieder oder diesen Parteien Nahestehende sowie jüdische Bewohner wurden wachsendem Druck ausgesetzt. Auch der BB erregte in dieser Beziehung das Interesse der NSDAP.

Im BB erschienen hierzu fast gar keine Meldungen; nur der wachsende Druck auf den BB selbst schlug sich nieder. Eine Akte im GLA mit dem wohl unpassenden Titel »Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung« sowie einzelne Amtsgerichtsakten informieren darüber<sup>224</sup>. Es dürfte darüber hinaus zu weiteren Schikanen gekommen sein, über die nichts überliefert ist.

Im Amtsbezirk Adelsheim war es zuerst der arbeitslose Arbeiter H. Angstmann aus Kleineicholzheim, ein Mitglied der KPD, der wegen seiner politischen Haltung am 11. März in Schutzhaft genommen wurde. Vorausgegangen war ein Eilfunk des Reichskommissars, dem am 8. März die polizeilichen Befugnisse übertragen worden waren, vom 10. März, in dem er aufgrund der Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar u. a. alle öffentlichen Versammlungen und Aufzüge der SPD und der KPD und deren Flugblätter, Plakate und sonstigen Druckschriften verboten hatte. Weiter hieß es dort, daß alle leitenden kommunistischen Persönlichkeiten und sonstige Kommunisten, von denen eine Gefährdung oder eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu befürchten sei, in Schutzhaft zu nehmen oder darin zu belassen seien. Für Führer der SPD, für die eine Gefährdung bestehe oder zu befürchten sei, sollte dasselbe gelten<sup>225</sup>.

Angstmann wurde zusammen mit dem Bäcker M. Stein aus Schweinfurt der Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt, da man bei ihm und Stein, der aus Großeicholzheim stammte, Flugblätter und Plakate der KPD gefunden hatte, die er allerdings nach dem Verbot der Verteilung solcher Flugblätter durch die Verordnung des Reichspräsidenten in einem Rucksack bei einem anderen Bewohner Kleineicholzheims unterbrachte, ohne daß dieser von dem Inhalt wußte. Wegen Aufbewahrung von Flugblättern, die u. a. zum Sturz der Regierung und zur gewaltsamen Änderung der Reichsverfassung und zu Massenstreik aufriefen, wurde Angstmann zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, Stein zu zwei Monaten. Die Schutzhaft wurde wegen der Gefängnisstrafe unterbrochen<sup>226</sup>.

Der Einschüchterung sollten die am 20. März durchgeführten Hausdurchsuchungen bei elf Personen, wohl alle SPD- bzw. KPD-Mitglieder, im Bezirk dienen. In einer streng vertraulichen Anweisung des Badischen Landespolizeiamtes vom 17. März<sup>227</sup> wurden überfallartige Durchsuchungen, die auch in anderen Bezirken

224 Vgl. auch *F. Hundsnurscher/G. Taddey*: Die jüdischen Gemeinden in Baden. Denkmale, Geschichte, Schicksale. (1968); GLA 338/805; GLA 249a / Zugang 1970 / Nr. 36, Fasz. 86, 86a, 93, 94, 94a.

225 GLA 338/805, fol. 43, 44.

226 GLA 338/805, fol. 60; vgl. GLA 249a / Zugang 1970 / Nr. 36, Fasz. 86.

227 GLA 338/805, fol. 91.



Badens schon vorher durchgeführt worden waren, für den 20. März um fünf Uhr morgens angeordnet: diejenigen Wohnungen und Wohnviertel, in denen man Waffen oder anderes belastendes Material vermutete, sollten durchsucht werden. SA- oder SS-Männer sollten hierbei, sofern die örtlichen SA-Führer sich einverstanden erklärten, »zu Absperrzwecken« herangezogen werden.

Durchsuchungen wurden bei dem jüdischen Händler und SPD-Gemeinderat Siegfried Rosenthal in Großeicholzheim vorgenommen, der anschließend festgenommen wurde, obwohl nichts Belastendes gefunden worden war. Auch die Wohnung des kaufmännischen Angestellten und KPD-Mitgliedes Bloch aus Großeicholzheim wurde durchsucht; dasselbe geschah in der Wohnung des zu diesem Zeitpunkt inhaftierten Emil Eppel in Merchingen und in der Wohnung des Schreiners Robert Link in Schlierstadt. Die Namen der übrigen werden nicht genannt. Die Gendarmerie fand bei diesen Durchsuchungen, wie sie am 21. März an das Landespolizeiamt meldete, nur ein Jagdgewehr, das allerdings den Vermietern des Robert Link gehörte, sowie eine Pistole und Munition, für die aber ein Waffenschein vorhanden war. Flugschriften und Druckschriften der KPD aus der Zeit vor dem 5. März wurden ebenfalls gefunden und beschlagnahmt<sup>228</sup>. Ob die Kreisleitung der NSDAP die Namen derjenigen, deren Wohnungen durchsucht wurden, dem Bezirksamt übergab, wie Scheurich für Wertheim berichtet<sup>229</sup>, ist nicht bekannt.

Am 11. Mai kam es erneut zu einer Durchsuchung bei dem SPD-Vorstandsmitglied der Ortsgruppe, Otto Rappold, aus Sennfeld, wobei Bücher und 80 Pfennig aus der Kasse der Ortsgruppe beschlagnahmt wurden<sup>230</sup>. Eine wahre Welle von Durchsuchungen wurde dann für den 21. Juni im Auftrag des Bezirksamtes in Sennfeld angeordnet. Betroffene waren wieder SPD-Mitglieder und jüdische Bürger. Insgesamt wurden 33 Wohnungen nach Flugblättern, Schriften und Waffen durchsucht. Gefunden und beschlagnahmt wurden einige zum Teil nicht angemeldete Waffen und alte Flugblätter sowie in einem Fall das »Kommunistische Manifest«<sup>231</sup>. Der Erfolg erscheint im Vergleich zum Aufwand sehr gering; doch dürfte der psychische Druck auf die derart Betroffenen sehr hoch gewesen sein. Auch die jüdische Bevölkerung mußte schon bald den von der NSDAP ausgeübten Druck spüren. Für die Zeit vor 1933 wird zumindest aus einigen Gemeinden ein gutes Verhältnis zwischen jüdischer und christlicher Bevölkerung berichtet<sup>232</sup>. In Groß- und Kleineicholzheim sowie in Sennfeld waren Juden im Gemeinderat vertreten. Über Ausschreitungen gegenüber der jüdischen Bevölkerung vor 1933 liegen für den Amtsbezirk Adelsheim kaum Berichte vor; aktenkundig wurde nur ein Vorfall in Hüngeheim im Jahr 1932, als es bei der Zwangsversteigerung eines Pferdes, die der jüdische Händler Mannheimer aus Heilbronn vornehmen ließ, zu

228 GLA 338/805, fol. 93 bis 97.

229 Scheurich, S. 72.

230 GLA 338/805, fol. 156.

231 GLA 338/805, fol. 188 bis 195.

232 So etwa für Kleineicholzheim, Merchingen, Sennfeld, Krauthem und Eubigheim; vgl. *Hundsnurscher/Taddey* für die jeweiligen Gemeinden.

verbalen Drohungen und einzelnen »Heil«-Rufen gegenüber dem jüdischen Händler kam und dadurch die Versteigerung verhindert wurde<sup>233</sup>.

Noch vor dem Verbot des Schächtens durch das »Gesetz über das Schlachten von Tieren« vom 21. April 1933<sup>234</sup>, das das Schlachten von Tieren ohne Betäubung vor der Blutentziehung untersagte – beim rituellen, jüdischen Schächten läßt man die Tiere ohne vorherige Betäubung nach einem Schnitt in den Hals ausbluten –, verlangte der Adelsheimer Ortsgruppenleiter am 14. März, daß das Schächten für den Bezirk verboten werden sollte. Der Bürgermeister von Adelsheim hätte dies, wie er erklärte, schon am Tag zuvor für die Gemeinde Adelsheim verboten<sup>235</sup>. Das Bezirksamt erklärte dem Ortsgruppenleiter zwar, daß dies nicht möglich sei, da ein solches Verbot nur über den Weg der Gesetzgebung vorgenommen werden könne; aber »im Hinblick auf die Lage« wollte man es dem Judenlehrer Bloch<sup>236</sup> doch verbieten. Für den Fall, daß er gegen dieses Verbot handele, ließ man Bloch wissen, daß er Gefahr laufe, in Schutzhaft genommen zu werden. Doch dem Ortsgruppenleiter reichte dieses Verbot nicht. Er verstärkte den Druck auf die Verwaltung. Noch bevor das Verbot nämlich überhaupt gegenüber dem Judenlehrer ausgesprochen werden konnte, meldete er, daß sich vor seinem Haus eine 100köpfige Menge versammelt habe, die kaum noch zurückgehalten werden könne. Daraufhin ordnete man telefonisch das Verbot des Schächtens für Bloch an, der sich zu dieser Zeit in Sennfeld befand; falls dieser sich weigerte, sollte man ihn sogar unter Gewaltanwendung an der Ausübung des Schächtens hindern. Als Bloch schließlich auf dem Bezirksamt erschien, erklärte er sich sofort bereit, das Schächten bis auf weiteres zu unterlassen<sup>237</sup>. Der Druck von unten hatte somit in diesem Fall ausgereicht, um das Bezirksamt zu antijüdischen Maßnahmen zu zwingen, ohne daß im Grunde ausreichende gesetzliche Vorlagen dazu vorhanden waren. Einige Tage später, am 19. März – immer noch vor der Verabschiedung des Gesetzes –, wurden die Schächtmesser auch bei den anderen Judenlehrern des Bezirks eingezogen<sup>238</sup>.

Der Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April des Jahres wurde wohl überall befolgt<sup>239</sup>. Genauere Nachrichten liegen allerdings nur für die Amtsstadt Adelsheim vor, wo der Tag ohne Zwischenfall verlief. Der Ortsgruppenleiter hielt am Abend eine Hetzrede gegen die Juden. Das Schächtverbot wurde in der Folge von ihm streng gehandhabt; an Samstagen ließ er außerdem die Bänke in den öffentlichen Anlagen entfernen, so daß sie von den jüdischen Bürgern am Sabbat nicht benutzt werden konnten. Leute, die noch weiterhin in den jüdischen Geschäften kauften, stellte er auf offener Straße zur Rede<sup>240</sup>.

233 GLA 249a / Zugang 1970 / Nr. 36, Fasz. 87 und 87d.

234 RGBl. 1933, S. 203.

235 Darüber finden sich aber keine anderen Hinweise.

236 Nur Bloch als Kultbeamter durfte das Schächten der nach dem jüdischen Religionsgesetz reinen Tiere ausführen.

237 GLA 338/805, fol. 45.

238 Ebenda, Rückseite.

239 E. Weiß: Jüdisches Schicksal im Gebiet zwischen Neckar und Tauber. (1979) S. 17.

240 Nach *Hundsnurscher/Taddey*, S. 34.

In Merchingen wurden die jüdischen Händler Nathan Ostheimer und Nathan Fleischhacker von Mitgliedern der Ortsgruppe Merchingen der NSDAP zur Zahlung von 600 bzw. 800 Reichsmark aufgefordert – Beträge, zu deren Zahlung dieselben NSDAP-Mitglieder vor 1933 gerichtlich verurteilt worden waren. Nathan Ostheimer war 1927 von dem damaligen Ortsgruppenleiter in Adelsheim in einer Gastwirtschaft nach einem Wortwechsel geohrfeigt worden, worauf Ostheimer ihn wegen tätlicher Beleidigung verklagt hatte. In dem anderen Fall hatte Fleischhacker eine Privatklage gegen einen SA-Mann erhoben, da dieser das falsche Gerücht in Merchingen verbreitet hatte, er, Fleischhacker, habe bei seinem Nachbarn, dem Bruder des SA-Mannes, Feuer gelegt. Jetzt, im Jahr 1933, sollten die beiden jüdischen Händler das Geld, zu deren Zahlung die NSDAP-Mitglieder verurteilt worden waren, wieder zurückzahlen.

Die Merchinger Mitglieder hatten dazu die Rückendeckung des Kreisleiters und des Sturmbannführers, die sie wahrscheinlich auch zur Durchführung ihres Racheaktes ermunterten. In zwei Briefen wurde Ostheimer zur Zahlung aufgefordert; Ostheimer beugte sich der Erpressung. Im Fall Fleischhackers erschienen der ehemals Beklagte mit einem weiteren SA-Mann bei Fleischhackers Frau, als sich dieser in Schutzhaft befand. Sie drohten ihr, daß ihr Mann bei Verweigerung der Zahlung noch länger in Schutzhaft bleiben müsse; die Entscheidung hierüber läge beim Gauleiter, der noch am selben Abend über die erfolgte Zahlung Bescheid haben müsse. Nach einer erneuten Drohung durch die beiden SA-Männer und einem Brief vom 11. April – Fleischhacker war mittlerweile wieder aus der Schutzhaft entlassen worden – zahlte der Bruder Fleischhackers schließlich die geforderte Summe, um in Ruhe gelassen zu werden. Die beiden SA-Männer wurden allerdings, nachdem die Staatsanwaltschaft von den Vorfällen erfahren hatte, wegen Erpressung angeklagt. Das Verfahren wurde 1934 eingestellt, nachdem die Rückzahlung des erpreßten Geldes erfolgt war. Die beiden Angeklagten hatten sich damit entschuldigt, daß die Vorkommnisse im Übereifer der ersten Tage der Revolution geschehen seien, und sie darüber hinaus auf dienstlichen Befehl ihres Sturmbannführers und im Einverständnis mit dem Kreisleiter gehandelt hätten<sup>241</sup>. Die Vorfälle in Merchingen machen deutlich, daß von seiten der NSDAP im Verlauf der Machtergreifung versucht wurde, alte Rechnungen zu begleichen bzw. Vorkommnisse in der Vergangenheit, bei denen man sich benachteiligt gefühlt hatte, zu rächen. In diesem Sinn äußerte sich auch einer der SA-Männer in dem Brief an Fleischhacker, in dem er seine Forderungen gestellt hatte: »Wir Nationalsozialisten haben die Macht, und werden sie so anwenden, wie sie gegen uns vorher angewandt wurde«<sup>242</sup>. Ähnliches sollte auch bei der Ausschaltung von Bürgermeistern geschehen.

241 GLA 249a / Zugang 1970 / Nr. 36, Fasz. 89; der Richter, der dieses Verfahren am Amtsgericht Buchen leitete, wurde im übrigen versetzt, da er den Wünschen des Standartenführers Koch als Vorgesetzter der SA-Männer nicht nachkam; Koch wollte »in sehr schroffer Weise« auf den Richter während des Verfahrens einwirken. Vgl. Brief des Richters vom 8. 2. 1934 (ebenda).

242 GLA 249a / Zugang 1970 / Nr. 36, Fasz. 89, S. 19.

Die genannten Vorfälle weisen auf einen wichtigen Aspekt der nationalsozialistischen Machtübernahme hin: die Einschüchterung des ideologischen und des politischen Gegners (Juden, SPD, KPD) erfolgte auf zwei Ebenen. Einerseits gab es staatlich verordneten Terror, wie die vom Landespolizeiamt verfügten Durchsuchungen zeigen; die Revolution wurde von oben her durchgesetzt. Auf der anderen Seite aber erzwang Druck von unten, d. h. von unteren Parteiebenen, die sich, wie die Vorgänge in Adelsheim vor Erlaß des Schächtverbotes zeigen, auch auf die sog. »Meinung des Volkes« beriefen, Entscheidungen der Staatsgewalt, die zwar nicht legal waren, die man aber »im Hinblick auf die Lage« zu treffen müssen glaubte. Damit war der Terror, der auch die der NSDAP innewohnende Auffassung vom Wesen der Gewalt und damit die Fortführung der »Kampfzeit« der NSDAP als Selbstzweck ausdrückte, vor allem Mittel zum Zweck; politische Entscheidungen wurden so vorbereitet und vorangetrieben<sup>243</sup>.

Auch der BB war zusehends Drohungen ausgesetzt. Durch politische Anschuldigungen gegenüber dem Verleger und durch wirtschaftliche Maßnahmen wurde versucht, dem BB die bisherige Unabhängigkeit zu nehmen. Im Zusammenhang mit der Affäre um den Leibenstädter Bürgermeister Vogel, der im BB wenige Tage nach seinem erzwungenen Rücktritt eine Anzeige veröffentlichen ließ, in der er nationalsozialistischen Kreisen in Leibenstadt Verleumdung vorwarf<sup>244</sup>, rückte auch der BB, weil er diese Anzeige veröffentlichte, in das Interesse der NSDAP. Die nationalsozialistische Zeitung »Die Volksgemeinschaft«, die in Heidelberg erschien und in Zukunft dem BB zunehmend Leserkreise wegnehmen sollte<sup>245</sup>, veröffentlichte darauf einen Artikel, der sich in der Hauptsache gegen Bürgermeister Vogel wandte; aber auch der Verleger des BB, Haag, wurde dort kritisiert. Er habe es aus politischen Gründen abgelehnt, die Gegenerklärung des Stützpunktes Leibenstadt ohne weiteres abzudrucken. Gleichzeitig wurde dazu aufgerufen, nur die nationalsozialistische Parteipresse zu lesen<sup>246</sup>. In seiner Gegendarstellung vom 21. Juni 1933 entkräftete Haag zwar die Vorwürfe der Leibenstadter Nationalsozialisten, auch stellte sich in einer persönlichen Aussprache heraus, daß die Äußerungen Haags durch den Überbringer der Gegenerklärung des Leibenstadter Stützpunktes zu der Erklärung von Bürgermeister Vogel völlig entstellt wiedergegeben worden waren; aber offenbar war dies noch nicht das Ende der Angriffe und Vorwürfe von nationalsozialistischer Seite auf den BB. Am 8. August sah sich der angesehene Ehrenbürger Adelsheims und Karlsruher Regierungsrat Gottlieb Graef veranlaßt, für den BB einen längeren Artikel über die Geschichte des BB zu verfassen. Darin geht er auch auf das Jahr 1933 ein, wobei dieser Teil ein Drittel des gesamten Artikels in Anspruch nimmt. Mit Zitaten des thüringischen Reichstatthalters Sauckel, nach dessen Aussage es gegen den Willen des Führers sei,

243 Adam: S. 46; vgl. auch Sauer: Die Mobilmachung der Gewalt (Bd. 3 von Bracher/Schulz/Sauer) S. 11. ff.

244 Darüber wird später ausführlicher die Rede sein.

245 Vgl. Schneider, S. 152f.

246 Der Artikel wurde in der Gegendarstellung Herrn Haags im BB vom 21. 6. 1933 nachgedruckt.

wenn zur Mitarbeit am Aufbau des neuen Deutschlands bereite Zeitungen bedrängt würden, und es ein Verbrechen sei, wenn die nationalsozialistische Presse der Heimatpresse mit örtlichen Organen Konkurrenz machen wolle, versuchte Graef für den BB einzutreten. Man könne dem Blatt keinen Vorwurf daraus machen, daß es vor 1933 nicht ausgesprochen nationalsozialistisch eingestellt war, genausowenig wie den Millionen deutscher Männer, die der »mittlerweile als Heil und Rettung Deutschlands erkannten bewunderungswerten Bewegung« damals auch nicht näher gestanden hätten. »Es wäre tief zu beklagen, wenn, wie es schon den Anschein hatte, dem Bauländer Boten hieraus eine Schädigung erwachsen, oder wenn gar seine Existenz dadurch in Frage gestellt werden sollte«<sup>247</sup>. In dem Artikel ist zwar eine gewisse Anbiederung nicht zu verkennen, aber sie wird verständlich, wenn man die bedrohte Existenz des BB, die offensichtlich ist, in Rechnung stellt.

Die Diffamierungen wurden fortgesetzt, denn im November erschien hierzu eine Anzeige auf Seite zwei des BB. Demnach waren offenbar Leser des BB von in Parteiuniform auftretenden Werbern anderer (Partei-)Zeitungen dazu gedrängt oder gezwungen worden, »bestimmte Zeitungen« – damit ist sicherlich der BB gemeint – abzubestellen. An die Leser ergeht in dieser Anzeige der Aufruf, sich nicht durch Zudringlichkeiten einschüchtern zu lassen, denn auch die Nichtpartei-presse stehe unter dem Schutz des Staates<sup>248</sup>. Einige Tage später erfolgte ein ähnlicher Aufruf. Dem kann indirekt entnommen werden, daß eine falsche Nachricht verbreitet worden war, wonach jeder eine bestimmte – nationalsozialistische – Zeitung zu abonnieren habe und dies sogar Pflicht sei:

»Falsch ist, wie wiederholt bekannt gegeben wurde, die Behauptung, man ›muß‹ ein Blatt abonnieren. Man muß gar nicht! Im Gegenteil. Jeder kann ruhig die Zeitung lesen, die ihm zusagt! Und derjenige macht sich nach den behördlichen Anweisungen strafbar, der einen unzulässigen Zwang auszuüben versucht. Also bleiben Sie weiterhin treuer Leser des ›Bauländer Boten‹«<sup>249</sup>.

Hier kämpfte ein Verleger um das Überleben seiner Zeitung. Zusätzlich wurde dem BB zum 1. Januar 1934 die Funktion als Amtsblatt für den Amtsbezirk Adelsheim genommen und der nationalsozialistischen »Volksgemeinschaft« übertragen. Die Überlassung der amtlichen Bekanntmachung zu kostenlosem Abdruck war in diesem Zusammenhang bestimmt kein Trostpflaster, da wichtige Einnahmen verloren gegangen sein dürften<sup>250</sup>.

Der BB konnte sich im Gegensatz zu anderen Regionalzeitungen des Baulandes bis zum 31. Mai 1941 halten und wurde erst im Zuge der Kriegsbewirtschaftung eingestellt; aber er verlor nach und nach sein vertrautes Aussehen<sup>251</sup>. Eigenverant-

247 BB 8. 8. 1933.

248 BB 16. 11. 1933.

249 BB 20. 11. 1933.

250 BB 28. 12. 1933.

251 *Schneider*: S. 153, vgl. auch S. 140; von den von Schneider genannten acht Zeitungen des badischen Hinterlandes, die auch während der Weimarer Republik erschienen, stellten sechs ihr Erscheinen 1933 bzw. 1936 ein.

wortliche Berichte wurden immer seltener; Einleitungen wie »es wird uns berichtet ...« lassen dies erkennen. Wie weit diese Beschränkung der redaktionellen Selbständigkeit ging, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen. Doch die Tendenz zum Abdruck von von Nationalsozialisten geschriebenen Artikeln gerade bei politischen Ereignissen im Bezirk ist unverkennbar. Auch dadurch wurde die Beeinflussung der Gesellschaft, hier der Leserschaft des BB, im nationalsozialistischen Sinn zu erreichen versucht, und der BB im Sinne der nationalsozialistischen Propaganda eingesetzt<sup>252</sup>.

## 5. Die Gleichschaltung der Verwaltung

### 5.1. Gesetzliche Grundlagen

Der pseudolegale Rahmen der nationalsozialistischen Machtergreifung zeigte sich auch bei der Gleichschaltung der Verwaltung, bei der ebenfalls terroristische und legale Maßnahmen nur schwer unterscheidbar ineinander übergingen. Neue Gesetze wurden verabschiedet, die eigentlich nicht mehr in den Rahmen eines Rechtsstaates paßten; aber sie waren »legal«<sup>253</sup> und setzten schließlich den Führungsanspruch der NSDAP durch. Die NSDAP wurde so zur maßgeblichen Kraft in allen Bereichen.

Es soll hier nur auf die wichtigsten Gesetze in diesem Prozeß eingegangen werden, die die kommunale Ebene betreffen und Mittel zur Ausschaltung solcher Personen boten, die der NSDAP wegen ihrer politischen Einstellung als nicht tragbar erschienen.

Das wohl wichtigste Gesetz stellte das »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« (Berufsbeamtengesetz) vom 7. April 1933 dar<sup>254</sup>. Dieses Gesetz ermöglichte, bezogen auf die Bezirks- und Gemeindeebene, die Entlassung unliebsamer Beamter, aber auch Angestellter in der Bezirks- und Gemeindeverwaltung; es erstreckte sich aber auch auf Körperschaften des öffentlichen Rechts, auf Sparkassen und Ortskrankenkassen. Auch Gemeinderäte wurden aufgrund dieses Gesetzes überprüft. Durch seine generalisierenden Bestimmungen – § 4 besagte z. B., daß Beamte, »die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltslos für den nationalen Staat eintreten«, entlassen werden müßten – bot dieses Gesetz die Möglichkeit, solche Maßnahmen, die das Beamtenrecht und rechtsstaatliche Prinzipien verletzten, auch nachträglich zu legalisieren; gleichzeitig war es eine Rechtfertigung aller kommenden Willkürmaßnahmen, denen hierdurch Tor und Tür geöffnet wurden<sup>255</sup>.

Das »Vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich« vom

252 Vgl. hierzu *Frei*, S. 167 ff.

253 Vgl. *Hildebrand*, S. 4 und 24; *Bracher*, Diktatur, S. 210.

254 RGBl. 1933, S. 175 ff.

255 Vgl. *Bracher*, Stufen der Machtergreifung, S. 242; ausführlich beschäftigt sich *H. Mommsen*: *Beamtenrecht im Dritten Reich*. (1966) mit dem Berufsbeamtengesetz.

31. März 1933<sup>256</sup> ermächtigte die Landesregierungen, auch Gesetze nach Verfahren zu beschließen, die in den Landesverfassungen nicht vorgesehen waren, und bot Handhabe, die Landtage aufzulösen. Eine Neubildung der Landtage sollte nach den Ergebnissen der Reichstagswahlen vom 5. März erfolgen. Dementsprechend wurden auch die gemeindlichen Selbstverwaltungskörper, wozu auch die Kreis- und Bezirksräte zählten, aufgelöst und wieder neugebildet (§ 12). Die Zahl der Gemeinderäte wurde beschränkt (§ 13). – Die badische Regierung erließ hierzu insgesamt fünf Durchführungsgesetze. Erlasse des Reichskommissars und der badischen Regierung, auf die im Verlauf der Darstellung eingegangen werden soll, ergänzten die Maßnahmen.

Mit der Deutschen Gemeindeordnung (DGO) von 1935<sup>257</sup> verschaffte sich die NSDAP besonders mit dem Amt des »Beauftragten der Partei«, das meistens vom Kreisleiter ausgeübt wurde, schließlich die Kontrolle der Gemeindeverwaltung. Bürgermeister und Gemeinderäte sowie die neueingeführten Beigeordneten wurden von nun an von der NSDAP, d. h. durch den Parteibeauftragten, berufen (§§ 41, 51); darüber hinaus mußten die Bürgermeister ein Bewährungsjahr hinter sich bringen, nach dessen Ablauf eine endgültige Entscheidung über sein Verbleiben im Amt herbeigeführt wurde (§ 45, 2). Allein dadurch wurde der Berufung der NSDAP mißliebiger Bürgermeister ein Riegel vorgeschoben.

Mit der DGO wurde das Führerprinzip auch in der Gemeinde verwirklicht; nach § 32 führte der Bürgermeister die Verwaltung in voller und ausschließlicher Verantwortung; den Gemeinderäten blieb nur noch das Recht, sich zu den Gemeindeangelegenheiten zu äußern (§§ 55, 57). Ein zeitgenössischer Kommentator meinte hierzu, daß der Führer der Gemeinde der Bürgermeister sei, die Beigeordneten aber seine wichtigsten Gehilfen. Bei der klaren Herausstellung des Führerprinzips käme es darauf an, wer in der Gemeinde dieses Amt innehatte. Dem Bürgermeister sei soviel Macht gegeben, daß er damit auch die volle Verantwortung trage<sup>258</sup>.

Doch konnte der Bürgermeister nicht auf seine von der DGO eingeräumte Unabhängigkeit vertrauen; die Kontrolle der Partei war zu stark. Parteiämter, die Bürgermeister und Gemeinderäte innehatten, banden sie zuerst an die Parteidisziplin, so daß der NSDAP sehr große Möglichkeiten der Einwirkung in die Gemeindeverwaltung offenstanden. Und da die Gemeinderäte von der NSDAP berufen wurden, waren diese vor allem auch Vertrauensleute der Partei<sup>259</sup>.

256 RGBl. 1933, S. 153f.

257 RGBl. 1935, S. 49ff.

258 W. Sommer: Die NSDAP und die Gemeinde. (1935) S. 20f.

259 Zur DGO vgl. besonders Matzerath, S. 105ff.; auch P. Diehl-Thiele: Partei und Staat im Dritten Reich. (1969) S. 155; O. Ziebill: Politische Parteien und kommunale Selbstverwaltung. (2. Auflage 1972) S. 34ff.

5.2. Die Gleichschaltung auf Bezirksebene<sup>260</sup>

Die Gleichschaltung der Bezirksverwaltung brachte der NSDAP die Kontrolle der untersten staatlichen Verwaltungsebene und damit der den Gemeinden nächsthöheren Instanz. Doch gab es in der personellen Zusammensetzung des Bezirksamtes im Zuge der Machtergreifungs- und Gleichschaltungsphase nur wenige Veränderungen. Der Landrat Dr. Bierneisel, der erst seit Ende 1932 im Amt war, wurde in der zweiten Maihälfte beurlaubt und nach Rastatt versetzt. Die Dienstgeschäfte übernahm vertretungsweise der Mosbacher Landrat Rothmund, bis schließlich am 25. August 1933 Regierungsrat Albert Englert zum neuen Landrat ernannt wurde und nach dem Wegzug Dr. Bierneisels die Dienstgeschäfte am 16. Oktober übernahm<sup>261</sup>. Ansonsten ergaben sich in der Verwaltung des Bezirksamtes offenbar keine Veränderungen. Selbst die beiden SPD-Mitglieder, die dort beschäftigt waren, der Verwaltungsinspektor und Adelsheimer Gemeinderat Storz sowie der Angestellte Haas, konnten offensichtlich im Amt bleiben. Landrat Dr. Bierneisel hatte sich in einer Beurteilung für ihr Verbleiben im Bezirksamt ausgesprochen<sup>262</sup>. Aufgrund des Berufsbeamtengesetzes wurde aber der Bezirksarzt Dr. Jäger entlassen. Grundlage hierfür war § 2 dieses Gesetzes, wonach Dr. Jäger »ohne die für (seine) Laufbahn vorgeschriebene oder übliche Vorbildung oder sonstige Eignung« ins Beamtenverhältnis aufgenommen worden wäre; allerdings ist über die näheren Umstände seiner Entlassung nichts bekannt. Die Bezirksarztstelle wurde im September ganz aufgehoben<sup>263</sup>.

Der Geschäftsführer der Bezirkssparkasse Adelsheim wurde beurlaubt und trat im Juni 1933 von seinem Amt zurück<sup>264</sup>. Im Dezember wurde der bisherige Gegenbuchführer zum neuen Geschäftsleiter ernannt<sup>265</sup>. Die übrigen Beamten und Angestellten der Sparkassen im Bezirk erschienen den Vertrauensmännern, die zur Prüfung im Sinne des Berufsbeamtengesetzes eingesetzt worden waren, als zuverlässig<sup>266</sup>. Größtes Interesse erweckte bei der NSDAP aber die Allgemeine Ortskrankenkasse (AOK) in Adelsheim, deren Geschäftsführer Karl Huß Bezirksvorsitzender der SPD war. Schon am 1. April war durch den badischen Sonderkommissar für Gewerkschaftsfragen und Sozialversicherungen, Plattner, Kreisleiter Senft zum Hilfskommissar für die AOK Adelsheim ernannt worden, der sofort mit der Überprüfung der Kasse begann<sup>267</sup>. Am 22. Mai wurden der Vorsitzende, der Vorstand und der Ausschuß der AOK ihres Amtes enthoben; die Gesamtleitung wurde dem Sturmbannführer Grosse bis auf weiteres übertragen<sup>268</sup>. Grund für die

260 Für diesen Teil der Untersuchung können nur beschränkte Angaben gemacht werden, da Nachrichten über eventuelle Gleichschaltungsmaßnahmen nur unvollständig und zum Teil nur indirekt vorliegen.

261 BB 3. 6. 1933 bzw. 18. 10. 1933.

262 GLA 338/86a: Schreiben an den Reichskommissar vom 31. 3. 1933.

263 GLA 338/86a: abschließender Bericht (ohne Datum); BB 8. 9. 1933.

264 BB 1. 7. 1933; GLA 338/86a.

265 BB 1. 12. 1933.

266 Die Vertrauensleute waren neben Landrat Rothmund der Kreisleiter Senft und der Eisenbahnwerkmeister Schwarz aus Osterburken.

267 BB 1. 4. 1933.

268 BB 27. 5. 1933.



Entlassung des Geschäftsführers sowie eines Krankenkassenkontrolleurs war ihre SPD-Mitgliedschaft; sie sollen, wie die NSDAP-Kreisleitung schrieb, nur aufgrund ihres »Parteibuches« in ihre Stellungen gekommen sein. Der Geschäftsführer Huß war demnach als Bezirks- und Ortsvorsitzender der SPD sowie als Bezirks- und ehemaliger Gemeinderat einer der schärfsten Gegner der NSDAP; er soll sich, wie die NSDAP-Kreisleitung betonte, sogar bei einem Überfall auf SA-Männer beteiligt haben, wofür aber sonst keine Angaben gefunden wurden<sup>269</sup>. Am 11. November 1933 wurde schließlich Willy Senft, der Bruder des Kreisleiters, zum Vollstreckungsbeamten der AOK Adelsheim bestellt.

Die Kreisversammlung und der Bezirksrat wurden aufgrund des Gleichschaltungsgesetzes vom 31. März in ihrer bisherigen Form aufgelöst und nach den Ergebnissen der Reichstagswahl vom 5. März wieder neugebildet. Eine Bekanntmachung des Bezirksamtes vom 12. April<sup>270</sup> forderte die Bezirks- und Kreisleitungen der Parteien auf, bis zum 25. April Wahlvorschläge für die Besetzung der fünf Kreisabgeordneten des Bezirks (bisher sieben) und der sechs Bezirksräte (bisher sieben) einzureichen. Am 29. April wurden die Sitze den einzelnen Parteien zugeordnet. Die NSDAP stellte von nun an drei Kreisabgeordnete und vier Bezirksräte, das Zentrum erhielt je zwei Sitze. SPD und Evangelischer Volksdienst, die in beiden Gremien bisher mit je einem Abgeordneten vertreten waren, gingen leer aus<sup>271</sup>.

Auf der überörtlichen Ebene der Verwaltung änderte sich somit, sieht man von der AOK ab, relativ wenig. Dieses Ergebnis deckt sich mit der Feststellung, daß auf den den Ministerien nachgeordneten Verwaltungsstufen zunächst nur geringe Veränderungen durchgeführt wurden<sup>272</sup>. Die NSDAP des Bezirks konzentrierte sich mehr auf die Weiterentwicklung der Parteioorganisation und die Erfassung der Bevölkerung in den verschiedenen Parteigliederungen (Bauernschaften, NSBO, u. a.). Überhaupt scheinen sich die Parteimitglieder mehr für die Einflußnahme auf die gemeindliche Verwaltung interessiert zu haben.

### 5.3. Die Gleichschaltung der Gemeindeverwaltungen

Um ihren Einfluß auf die politischen und administrativen Entscheidungen in der Gemeinde sichern zu können, mußte die NSDAP ihre eigenen Anhänger in die Gremien der Gemeindeverwaltung – neben Bürgermeister und Gemeindebediensteten zählen hierzu Gemeinderat und Bürgerversammlung – bringen. Denn nach § 18 der Badischen Gemeindeordnung hatte der Gemeinderat, der aus Bürgermei-

269 GLA 338/86a: Stellungnahme der Kreisleitung vom 19. 5. 1933.

270 BB 15. 4. 1933.

271 BB 2. 5. 1933.

272 K. Stiefel: Baden. Bd. 1 (1978) S. 354; allerdings ist seine Feststellung, daß sämtliche Landräte im Jahr 1933 ihre Ämter behielten, zu einfach, da, wie das Beispiel Adelsheim zeigt, es zu Veränderungen in der Verwaltung in Form von Versetzungen gekommen ist. Nach Tellenbach, von 1934 bis 1936 Landrat in Pfullendorf und anschließend bis 1945 Landrat in Tauberbischofsheim, beschränkten sich die Personalveränderungen innerhalb der badischen Verwaltung auf Bezirksebene auf die Versetzung einiger Landräte und auf nur wenige Dienstentlassungen von Beamten. Vgl. K. Tellenbach: Die Badische Innere Verwaltung im Dritten Reich. In: ZGO 134 (1986) S. 385.

ster und sechs bis vierundzwanzig Gemeinderäten bestand, die Aufgabe, die Gemeinde zu vertreten und ihre Angelegenheiten zu verwalten. Das Amt des Bürgermeisters, dem die Leitung der gesamten Gemeindeverwaltung unterstellt war (§ 42), war dabei für die Partei die wichtigste Position, die mit einem zuverlässigen Mann besetzt werden mußte<sup>273</sup>.

Mit der Frage, ob die bisherigen Inhaber der Bürgermeister- und Gemeinderatsämter in ihrem Amt verbleiben konnten, ist die Frage nach dem Austausch der Machteliten auf dem Dorf eng verbunden. Durch die Verteilung der Gemeindeämter entschied sich am ehesten, wer die Macht im Dorf besaß<sup>274</sup>. Man kann wohl davon ausgehen, daß nur solche Männer – es gab keine weiblichen Gemeinderäte im Bezirk – in das Amt des Bürgermeisters bzw. eines Gemeinderates gewählt wurden, die das Vertrauen eines großen Teiles der Bevölkerung genossen und die folglich auch größeren Einfluß im Gemeindeleben ausübten. Diese Männer aus ihren Ämtern zu verdrängen, wenn sie der NSDAP nicht nahestanden, mußte das Ziel der Partei sein; denn dadurch erst gelang ihr die Demonstration ihrer Macht und ihres Einflusses auch in der kleinsten administrativen Einheit, der Gemeinde. Dadurch, daß an der Spitze der Gemeindeverwaltung auf dem Rathaus eine neue Person eingesetzt war, die vielleicht sogar dort in der Parteiform erschien, mußte jedem Bürger klar werden, daß eine Änderung der politischen Verhältnisse eingetreten und daß jetzt die NSDAP zur Macht gelangt war. Die Demonstration dieser Macht gelang am besten auf dem Rathaus als der politischen Schaltzentrale der Gemeinde und dem Platz, wo jeder Bürger irgendwann einmal zur Regelung eigener Geschäfte erscheinen mußte<sup>275</sup>.

### 5.3.1 Der Austausch an der Gemeindegspitze (Bürgermeister)

In einem Schreiben an die Bezirksämter vom 6. Mai 1933 zum »Vollzug des Zweiten Gesetzes zur Durchführung der Gleichschaltung von Reich, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden im Land Baden«<sup>276</sup> gab Wagner Anordnungen zur Behandlung des Bürgermeisterramtes:

»Die Regierung ist entschlossen, das wichtige Amt des Bürgermeisters nur solchen Personen anzuvertrauen, die die volle Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit und rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten. Die Entscheidung darüber, ob diese Gewähr gegeben ist, kann nur von Fall zu Fall getroffen werden; sie hängt nicht von der Parteizugehörigkeit, sondern von der Beurteilung ab, die die Persönlichkeit des Bürgermeisters bei der national gesinnten Bevölkerung und bei den vorgesetzten Behörden findet...«<sup>277</sup>

Bei den Bürgermeistern, die noch im Amt waren, sollte dieser Grundsatz durch eine Überprüfung anhand der Gesichtspunkte verwirklicht werden, die das Berufs-

273 Badische Gemeindeordnung: GVBl. 1922, S. 183ff.

274 Broszat/Fröhlich: S. 562.

275 Vgl. auch Broszat/Fröhlich: S. 553, die auf den Aspekt der optischen Repräsentierung der Partei durch die politischen Leiter in halbwegs vorschrittsmäßiger Dienstkleidung eingehen.

276 Vom 4. 5. 1933, GVBl. 1933, S. 79f.

277 GLA 338/86, auch 86a.

beamten-gesetz bot – die Regierung bzw. die NSDAP auf Bezirks- und Ortsebene zeigten in der Tat die Entschlossenheit, nur ihnen genehme Personen im Amt zu belassen bzw. solchen das Amt zu übertragen.

In den einzelnen Gemeinden des Bezirks übten vor der Machtergreifung zum überwiegenden Teil Männer, die politisch eher rechts standen, bzw. Parteianghörige des Zentrums das Amt des Bürgermeisters aus. Es gab nur einen Bürgermeister, der SPD-Mitglied war: Bürgermeister Zimmermann war im Juli 1929 in Sennfeld mit großer Mehrheit zum Bürgermeister und Ratschreiber gewählt worden, obwohl er kein Einwohner Sennfelds war<sup>278</sup>. Er gehörte zu den wenigen Bürgermeistern, die ihr Amt erstmals nach 1928 antraten; der größte Teil war schon zu einer Zeit gewählt worden, als die NSDAP nur wenige Anhänger hatte. Die Bürgermeister in Bronnacker, Oberndorf und Hohenstadt hatten ihr Amt sogar schon lange vor dem Ersten Weltkrieg übernommen (1902/1901/1908). Einen Sonderfall stellte die Amtsstadt Adelsheim dar: bei der dort stattfindenden Bürgermeisterwahl im Jahr 1930 hatte keiner der Kandidaten die erforderliche Stimmenzahl auf sich vereinigen können, so daß nach drei erfolglosen Wahlgängen auf Wunsch der Stadt durch den badischen Innenminister ein kommissarischer Bürgermeister ernannt worden war.

Nur in den Gemeinden Adelsheim – die Amtszeit des kommissarischen Bürgermeisters lief nach zweimaliger Verlängerung Ende Mai 1933 ab –, Erlenbach und Oberwittstadt sollten im Jahr 1933 regulär Bürgermeisterwahlen stattfinden. In allen anderen Gemeinden mußten die der NSDAP nicht genehmen Bürgermeister auf andere Weise aus ihrem Amt gedrängt werden.

Das geschah meistens folgendermaßen: Der Bürgermeister wurde bis auf weiteres beurlaubt bzw. mußte seinen ihm zustehenden Jahresurlaub antreten. Seine Stellvertretung wurde an ein NSDAP-Mitglied übertragen, oft indem die geordnete Stellvertretung übergangen wurde. Zum Teil war dieser Stellvertreter schon vor Antritt des Urlaubs durch den Bürgermeister kommissarisch der Gemeindeverwaltung beigeordnet worden. Derartig unter Druck gesetzt, wahrscheinlich mit Vorwürfen von nationalsozialistischer Seite überhäuft<sup>279</sup>, legten die meisten Bürgermeister ihr Amt »unter Druck der Verhältnisse« nieder, wie die stereotype Erklärung für den Rücktritt hieß. Die Einsetzung eines neuen Bürgermeisters erfolgte dann nach der Wahl, die durch die Gemeinde oder häufiger durch den gleichgeschalteten Bürgerausschuß vorgenommen wurde. Denn mit einer Verordnung<sup>280</sup> war die Möglichkeit gegeben worden, zur Vermeidung von Störungen der öffentlichen Ordnung die Wahl nur durch den Bürgerausschuß, der aus den Mitgliedern des Gemeinderates und den Gemeindeverordneten bestand, durchfüh-

278 Er kam aus Walldürn; BB 15. 7. 1929.

279 In Oberndorf wurden dem Bürgermeister nach seiner eigenen Erklärung »eine Unmenge Vergehen ... aus Zeiten, die ganz weit zurückliegen«, vorgeworfen, und ihm gegenüber Beschuldigungen ausgesprochen in »Dingen, in denen ich ein durchaus reines Gewissen habe«. Vgl. GA Oberndorf: A 13, Rücktrittserklärung des Bürgermeisters vom 29. 6. 1933.

280 Verordnung des Innenministers vom 7. 6. 1933, vgl. Schreiben des Bezirksamts vom 7. 6. 1933, GLA 338/86.

ren zu lassen; dadurch konnte die Wahl des von der NSDAP ausgewählten Bürgermeisters von Anfang an sichergestellt werden, da die Wahl nach der Gleichschaltung der Gemeindegremien stattfand.

Es sind außerdem zwei Fälle bekannt, in denen die Bürgermeister durch einen Mißtrauensantrag aus dem Amt gedrängt wurden, den die gleichgeschalteten Gemeinderäte stellten. Es ist wahrscheinlich, daß dieses Vorgehen durch die Kreisleitung angeordnet worden war, nachdem alle vorherigen Bemühungen der NSDAP, den Bürgermeister zum Rücktritt zu veranlassen, gescheitert waren. Bürgermeister Vogel wurde vom örtlichen Stützpunktleiter in Leibenstadt zum Rücktritt aufgefordert, denn »die Kreisleitung verlange dies«. Als er sich weigerte, wurde er noch am selben Tag auf das Bezirksamt gerufen, wo ihm ebenfalls der Rücktritt nahegelegt wurde, denn eine Weigerung habe keinen Zweck, wie ihm dort gesagt wurde. Ebenfalls am Abend des selben Tages wurde schließlich der neue Gemeinderat einberufen, der den Mißtrauensantrag stellte. Derartig dem »Druck der Verhältnisse« ausgesetzt, sah Bürgermeister Vogel keine andere Möglichkeit mehr als die des Rücktritts<sup>281</sup>.

In Ruchsen wurde der Mißtrauensantrag in der ersten Sitzung des am selben Tage erst durch den Landrat vereidigten neuen Gemeinderates eingebracht; angesichts der Tatsache, daß auch der noch anwesende Landrat dem Bürgermeister den Rücktritt nahelegte, blieb diesem nichts anderes übrig, als sein Amt aufzugeben<sup>282</sup>. Bürgermeister Vogel wehrte sich im übrigen gegen eine derartige Behandlung. In einer Anzeige im BB am 13. Juni wandte er sich an die Einwohner Leibenstadts und dankte denen, die ihm offen und treu ihr Vertrauen entgegengebracht hätten. Aber den Einwohnern, »die mich in feiger, hinterlistiger Weise hintergangen und meine Person in den Schmutz gezogen haben«, sprach er seine »Anerkennung« aus; er fuhr fort, daß der Lohn, der jedem Sterblichen beschieden sei, auch bei ihnen nicht ausbleiben werde. Er reagierte also in herausfordernder Weise, ohne daß es etwas nützte. Sein Rücktritt war nur von wenigen Einwohnern Leibenstadts gewollt; als treibender Motor hinter dieser Angelegenheit stand im übrigen die Kreisleitung, die ihn ohnedies, wie aus einer Liste aller Bürgermeister des Bezirks hervorgeht<sup>283</sup>, »beanstandete«.

Insgesamt wurden 21 der 37 Bürgermeister des Bezirks, Adelsheim eingeschlossen, die im Januar 1933 im Amt waren, im Laufe des Jahres 1933 abgelöst. Hinzu kamen noch zwei weitere Wechsel in diesem Amt im Jahr 1934: in Klepsau legte der dortige Bürgermeister sein Amt aus Altersgründen nieder, obwohl er eigentlich noch nicht in einem Alter war – er war 55 –, in dem man in Pension zu gehen pflegt. Doch scheint der Rücktritt nicht unbedingt von der NSDAP herbeigeführt worden zu sein, denn es fand sich kein einheimischer Kandidat, der das Amt übernommen und/oder die Zustimmung der NSDAP erhalten hätte, da am

281 GA Leibenstadt: Akte Nr. 14. Schreiben des Rechtsanwaltes des Bürgermeisters an das Amtsgericht Adelsheim vom 7. 3. 1935 im Fall Vogel gegen die Gemeinde Leibenstadt.

282 BB 22. 5. 1933.

283 GLA 338/86a: Anlage zum Erlaß des Innenministers vom 31. 5. 1933.

20. August 1934 ein kommissarischer Bürgermeister ernannt wurde, der nicht aus Klepsau stammte. Begründet wurde dieses Vorgehen damit, daß die Vornahme einer Wahl eine Störung der öffentlichen Ordnung oder eine sonstige Schädigung des öffentlichen Interesses befürchten ließe<sup>284</sup>. Außerdem wurde Ende 1934 in Buch ein neuer Bürgermeister ernannt: ein Obersturmbannführer der SA, der bisher an der Gemeindeverwaltung in keiner Weise (als Gemeinderat oder Gemeindeverordneter) beteiligt gewesen war, so daß der Grund für den Wechsel möglicherweise im Profilierungsstreben dieses SA-Mannes gesehen werden kann<sup>285</sup>.

Man kann verschiedene Gründe feststellen, die die NSDAP zur Kritik an einem Bürgermeister bewegte und dessen Ausscheiden aus dem Amt anstreben ließ. Meistens wirkten mehrere Motive zusammen.

Ein wesentliches Motiv war für die NSDAP die Mitgliedschaft in der SPD. Dementsprechend wurde Bürgermeister Zimmermann aus Sennfeld aus seinem Amt entlassen, nachdem ihm auf eine Anweisung Wagners vom 11. März hin schon die Ausübung der Ortspolizei untersagt und er am 16. März beurlaubt worden war. Er hatte zwar seiner drohenden Entlassung dadurch entgegenzuwirken versucht, daß er aus der SPD austrat und um Aufnahme in die DNVP nachsuchte; doch hatte er damit keinen Erfolg, denn die Aufnahme wurde ihm verweigert<sup>286</sup>. Am 15. Juni 1933 wurde er endgültig entlassen.

Überhaupt bedeutete diese Anweisung Wagners nur wenige Tage nach der Übernahme der Polizeikräfte durch ihn selbst den Startschuß zur politischen Ausschaltung der Gemeindeoberhäupter. Dieser Anweisung zufolge sollten zwar nur »in den Gemeinden, in denen die Ortspolizei in den Händen eines Marxisten liegt, ... der Landrat den Bürgermeistern die Ausübung der Ortspolizei ... untersagen und sie einem anderen geeigneten Mitglied des Gemeinderats ... übertragen«<sup>287</sup>, aber die Anordnung wurde auch auf die Verhältnisse in Merchingen übertragen, indem dem dortigen Bürgermeister ebenfalls die Ausübung der Ortspolizei untersagt wurde, obwohl er nach Aussage des Bezirksamtes eher der DNVP zuzurechnen war. Hier waren örtliche Streitigkeiten zwischen der NSDAP-Ortsgruppe und dem Bürgermeister ausschlaggebend. Der Bürgermeister hatte nämlich bei seiner Wiederwahl im Jahr 1928 der Ortsgruppe das Versprechen gegeben, daß diese ihre Versammlungen in den Räumen seines Gasthauses abhalten könne. Aber später hielt er sich nicht mehr an dieses mit seinem Ehrenwort bekräftigte Versprechen, wie die NSDAP beklagte<sup>288</sup>.

Örtliche Streitigkeiten zwischen Bürgermeister und NSDAP führten auch in Schillingstadt zur Entlassung des Bürgermeisters. Das Bezirksamt sprach von »Unstimmigkeiten mit nationalsozialistischen Kreisen«, die die Kreisleitung der

284 GA Klepsau: A 87.

285 Über die Gründe für das Ausscheiden des vorherigen Bürgermeisters liegen allerdings keine Angaben vor. GA Buch: GRP, Sitzung vom 31. 12. 1934.

286 Wenigstens bis zum 3. 4. 1933, dem Datum des Schreibens; GLA 338/79.

287 GLA 338/79.

288 In einem Schreiben der (nationalsozialistischen) Gemeindeverwaltung am 13. 4. 1934; vgl. GA Merchingen: A 104.

NSDAP dazu veranlaßt hätte, den Bürgermeister zum Antritt eines Urlaubs zu bewegen<sup>289</sup>. In einer Beurteilung der NSDAP-Kreisleitung wurde derselbe Bürgermeister als »ganz gefährlicher Gegner unserer Bewegung« bezeichnet<sup>290</sup>.

Aber nicht nur die Tatsache, daß ein Bürgermeister wie der von Sennfeld Mitglied in der SPD war, spielte bei der Ausschaltung des Bürgermeisters eine Rolle; offensichtlich sollte besonders auch in den Gemeinden mit einem hohen Anteil an SPD-Wählern die Führung im Rathaus wechseln. Der Vergleich der Wahlergebnisse legt dies nahe. Außer in Sennfeld und Merchingen wurde nämlich auch die Gemeindegemeinschaft in Korb und Grobholzheim, ebenso in Adelsheim ausgewechselt – hier wurde ein besonders fanatischer Anhänger der NSDAP neuer Bürgermeister. Engere Beziehungen zu den jüdischen Bürgern der Gemeinde und Hilfeleistungen für diese war ein weiteres Motiv für die Beurlaubung bzw. Entlassung. Der Bürgermeister von Grobholzheim wurde von der NSDAP-Kreisleitung als »Judenfreund« bezeichnet, da er, wie diese am 23. Mai 1933 in einer Beurteilung schreibt, ein falsches Protokoll unterzeichnet haben soll, um dem Grobholzheimer jüdischen Bürger und SPD-Mitglied Rosenthal zu helfen, aus der Schutzhaft entlassen zu werden<sup>291</sup>. Auch der Merchinger Bürgermeister war einmal als »Judenfreund« bezeichnet worden.

Der noch nicht gleichgeschaltete Gemeinderat in Grobholzheim stellte sich in seiner letzten Sitzung am 13. April hinter seinen Bürgermeister; er lehnte die Verfügung des Bezirksamtes, die die Beurlaubung des Bürgermeisters und die Bestellung des nationalsozialistischen Gemeinderates und Ortsgruppenleiters zum stellvertretenden Bürgermeister bestimmte – der geordnete Stellvertreter wurde übergangen –, ausdrücklich ab. Auch in Merchingen und Schillingstadt waren die normalen Stellvertreter der Bürgermeister nach deren Beurlaubung übergangen worden und ein nationalsozialistischer, »von der Kreisleitung der NSDAP bezeichneter« Stellvertreter ernannt worden. In Schillingstadt wurde diese Regelung ebenfalls durch den Gemeinderat abgelehnt, aber aufgrund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1933 wurde der neue Stellvertreter doch ernannt<sup>292</sup>. Eine weitere Rolle spielte das Alter der Bürgermeister. Dem Bürgermeister von Korb wurde u. a. »aus Rücksicht auf sein Alter« der Rücktritt nahegelegt; in dieser Weise begründete auch der Bürgermeister von Ruchsen seinen Rücktritt. Die Bürgermeister von Hohenstadt und Oberndorf gehörten, wie erwähnt, zu den dienstältesten Bürgermeistern des Bezirks, so daß die NSDAP, deren Mitglieder und Anhänger meistens zur jüngeren Generation zu gehören schienen<sup>293</sup>, auf eine Ablösung gedrängt haben dürfte. Diese Bürgermeister waren zu sehr noch Repräsentanten des alten »Systems«, als daß sie auch

289 GLA 338/79: Schreiben des Bezirksamtes am 3. 4. 1933.

290 GLA 338/86a: Schreiben vom 19. 5. 1933.

291 GLA 338/86a: Schreiben vom 23. 5. 1933.

292 GLA 338/79: Schreiben des Bezirksamtes vom 3. 4. 1933.

293 Die nationalsozialistischen Gemeinderäte und Gemeindeverordneten waren zu einem großen Teil nach 1890 geboren.

im »neuen« nationalsozialistischen Staat weiterhin im Amt hätten bleiben dürfen<sup>294</sup>.

Für die Verhältnisse in den katholischen Gemeinden des Bezirks, an deren Spitze, wie es scheint, ausnahmslos Zentrumsleute standen, gilt wohl die folgende Formulierung der Kreisleitung in bezug auf den Bürgermeister, den Ratschreiber und den Gemeindevorsteher von Schlierstadt: »Wenn unsere Bewegung in diesem Zentrumsort weiterkommen soll, müssen diese Herren unbedingt in der Versenkung verschwinden«<sup>295</sup>. Es zeigte sich zwar, daß auch Bürgermeister, die an der Spitze von Gemeinden standen, die mehrheitlich oder fast einheitlich für die Zentrumsliste votiert hatten, und die einen katholischen Bevölkerungsanteil von fast 100 % aufwiesen, im Amt blieben; doch handelt es sich in diesen Fällen mit Ausnahme von Osterburken um kleine bzw. sogar um die kleinsten Dörfer des Bezirks (nämlich Bronnacker, Erlenbach, Hemsbach, Horrenbach, Unterwittstadt, Winzenhofen und Zimmern). In Osterburken dürfte die »nationale Einstellung« des Bürgermeisters, die sich in der Beteiligung an der Errichtung von geheimen Waffendepots gezeigt hatte, ausschlaggebend für dessen Verbleib im Amt gewesen sein. Der Bürgermeister wurde spätestens 1934 Kreisreferent des Kreisamtes für Kommunalpolitik<sup>296</sup>. Man kann annehmen, daß die Kreisleitung in den genannten katholischen Dörfern auf keine anderen, ihr politisch nahestehenden Personen zurückgreifen konnte, da die Partei in diesen Dörfern zu wenig verankert war. Die Durchführung der Gleichschaltung der Gemeindeparlamente allein dürfte aus demselben Grund Schwierigkeiten bereitet haben<sup>297</sup>.

Allerdings gilt dieses Urteil nicht für alle kleinen katholischen Gemeinden des Bezirks. Auf die Ablösung des Bürgermeisters von Oberndorf wurde schon verwiesen, und in Hüngheim und Ballenberg wurden ebenfalls neue Bürgermeister, die der NSDAP angehörten, eingesetzt. Doch wiesen diese Gemeinden bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 einen größeren Anteil an NSDAP-Wählern auf. Der neue Bürgermeister in Oberndorf soll allerdings eine »Notlösung« für dieses Amt gewesen sein<sup>298</sup>.

Daß die Partei aber auf jeden Fall entschlossen war, ihre Kandidaten in den Gemeinden durchzusetzen, zeigen die Vorgänge bei der Wahl des Bürgermeisters am 30. Juli 1933 in Schlierstadt, bei der der örtliche Stützpunktleiter durch die Gemeinde zum Bürgermeister gewählt werden sollte<sup>299</sup>. Hatte die Kreisleitung mit ihrer Bewertung der drei leitenden Männer des Ortes (Bürgermeister, Ratschrei-

294 Allerdings wurde diese »Politik« nicht überall verwirklicht; der Bürgermeister von Bronnacker, der seit 1902 im Amt war und schon 67 Jahre zählte, konnte sein Amt über die Gleichschaltungsphase hinweg behalten. Altersgründe spielten auch anderswo eine Rolle; vgl. *Th. Schnabel*, Schwäbisch Hall, S. 194; von den drei entlassenen Bürgermeistern des Oberamtes Schwäbisch Hall wurden zwei aus Altersgründen zur Ruhe gesetzt.

295 GLA 338/86a; Schreiben der Kreisleitung vom 19. 5. 1933.

296 Vgl. GA Neunstetten: A 306.

297 Vgl. auch die Außerachtlassung einiger dieser Gemeinden während der Wahlkampagnen der NSDAP im Jahr 1932, s. o. S. 25f.

298 Mündliche Auskunft Herr Müller, Oberndorf.

299 Hierzu GA Schlierstadt: A 119.

ber, Gemeinderechner) schon eingestanden, daß die NSDAP in dieser Gemeinde nur wenig Rückhalt erwarten konnte, so mußte sie bei dieser Wahl darauf aus sein, ihren Kandidaten auf jeden Fall durchzubringen. Am Tag vor der Wahl fand eine gut besuchte Versammlung im Rathaus statt, zu der der nationalsozialistische Stützpunkt Schlierstadt eingeladen hatte. Zur Unterstützung des Kandidaten der Partei war selbst der Kreisleiter anwesend. In einer eineinhalbstündigen Rede sprach er über die Erfolge der Regierung Hitler und kündigte an, daß mit großer Sicherheit der Amtsbezirk Adelsheim drei Wochen später frei von Arbeitslosen sein werde<sup>300</sup>. Die anwesenden Ortseinwohner hörten seinen Ausführungen zu, ohne in der anschließenden Diskussion irgendwelche Fragen zu stellen.

Doch war man sich von seiten der NSDAP trotz des Auftritts des Kreisleiters nicht sicher, ob ihr Kandidat die erforderliche Zahl an Stimmen erhalten würde, da – offensichtlich von Zentrumskreisen – ein Gegenkandidat aufgestellt worden war. Am Wahltag erklärte dieser aber plötzlich, daß er nicht mehr kandidieren und auch eine Wahl nicht mehr annehmen werde; er sei gegen seinen Willen aufgestellt worden.

Die Vorgänge am Wahltag beweisen, daß er diese Erklärung nicht freiwillig abgab. Während der Wahl erschien der Vertrauensmann des Zurückgetretenen im Wahllokal, um zu erklären, daß dieser ohne eigene Einwilligung aufgestellt worden sei. Auch der Kandidat selbst erschien in Begleitung des Adelsheimer Ortsgruppenleiters, um seinen Rücktritt von der Kandidatur zu erklären und die auf ihn entfallenen Stimmen für ungültig erklären zu lassen.

Die Anwesenheit von zwei SA-Männern, die den Vertrauensmann begleiteten, und des Ortsgruppenleiters aus Adelsheim sprechen für sich; der Zentrumskandidat wurde zur Aufgabe seiner Kandidatur gezwungen. Das Ergebnis der Wahl brachte zwar eine Stimmenmehrheit für den nationalsozialistischen Kandidaten, der 178 der 322 Stimmen erhielt. Doch sein Rückhalt in der Bevölkerung Schlierstadts war nur gering. Sein Gegenkandidat hatte 121 Stimmen auf sich vereinigt, die nun für ungültig erklärt wurden. Zudem war die Wahlbeteiligung im Vergleich zur vorausgegangenen Bürgermeisterwahl im Jahr 1929 beträchtlich zurückgegangen; es wurden 100 Stimmen weniger abgegeben.

Neben der Parteimitgliedschaft des Bürgermeisters spielten auch in den katholischen Gemeinden örtliche Streitigkeiten eine Rolle. Möglicherweise war es auch ein gewisses Minderwertigkeitsgefühl, das NSDAP-Mitglieder in den Gemeinden bewog, gegen die Bürgermeister vorzugehen, wobei das eigene Profilierungsstreben einzelner Parteimitglieder auch – oder gerade aus dem Minderwertigkeitsgefühl heraus – eine Rolle spielte. In Ballenberg war die Zahl der NSDAP-Wähler immer sehr gering; 1928 war in einem Artikel im BB, wie schon erwähnt, sogar die Rede davon, daß in Ballenberg außer einem zugezogenen Landwirt niemand etwas von der NSDAP wissen wolle<sup>301</sup>. Im Zusammenhang mit einer Veranstaltung der NSDAP hatten in Ballenberg alle Gastwirte des Ortes ihre Räumlichkeiten verwei-

300 BB 31. 7. 1933.

301 BB 26. 9. 1928.



gert. Die NSDAP mußte ihre Veranstaltung daraufhin ins Freie verlegen, wobei dies in ihrem Bericht im BB propagandistisch auszunutzen verstand: sie tagte »auf historischer Stätte (= Rabenstein), wo einst vor 400 Jahren Georg Metzler die Bauern zum Freiheitskampf gegen ihre Unterdrücker aufrief«<sup>302</sup>.

Die Außenseiterstellung im Dorf als »zugezogener Landwirt« und als NSDAP-Mitglied (ab 1930 Kreisabgeordneter der NSDAP) dürfte eine Rolle gespielt haben, auch in diesem Dorf trotz einer relativ geringen Anhängerschaft zu versuchen, mehr Einfluß zu gewinnen. Symbol für die Unterdrückung der NSDAP in einem Dorf, das die NSDAP-Anhänger nicht schätzte, war eben der Bürgermeister, der deshalb gehen mußte, vor allem auch dann, wenn er, wie die NSDAP-Kreisleitung schrieb,

»... die Bewegung seit 1928 bis auf den heutigen Tag mit großer Gehässigkeit bekämpfte. Er verweigerte uns den Rathaussaal, hintertrieb die Säle der Wirtschaften. Die SA beschimpfte er als Lausbuben, ließ unsere Plakate abreißen ...«<sup>303</sup>

Das Gefühl, vor der Gemeinde lächerlich gemacht worden zu sein, hatte wohl auch der Stützpunktleiter in Berolzheim, der der Gemeindeverwaltung als Kommissar beigeordnet worden war. Am 10. Mai 1933 war er vom Bürgermeister und Ratschreiber der Gemeinde im Rathaus eingeschlossen worden. Vorausgegangen war ein Streit um die Einsicht in die Akten der Gemeindeverwaltung. Bürgermeister und Ratschreiber sollen sich ihrer Tat anschließend in einem Gasthaus gerühmt haben, worauf sie auf die Beschwerde des Stützpunktleiters hin in Schutzhaft genommen wurden. Der Bürgermeister wurde sofort beurlaubt und schließlich seines Amtes enthoben; der Ratschreiber wurde in einem Dienststrafverfahren angeklagt und aufgrund des Berufsbeamtengesetzes entlassen<sup>304</sup>.

Das Machtstreben eines einzelnen Parteimitgliedes als zusätzliches Motiv, den Bürgermeister aus seinem Amt zu verdrängen, war nicht nur in Ballenberg wichtig. In Hüngheim mußte der Bürgermeister sein Amt »auf Druck der örtlichen Parteileitung« zur Verfügung stellen. Er war Vorsitzender der örtlichen Zentrumsgruppe. Nachfolger wurde ein Angehöriger der NSDAP, der selbst in der eigenen Ortsgruppe nicht unumstritten war. Am Tag seiner Wahl ordnete der Kreisleiter eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Stützpunktes an, um die Kandidatur bekanntzugeben. Der Kreisleiter drohte denjenigen Parteimitgliedern oder Gemeinderäten, die versuchten, einen anderen Kandidaten aufzustellen, mit dem Ausschluß aus der Partei bzw. dem Gemeindeparlament<sup>305</sup>. Sein Kandidat, ein Gemeinderatsmitglied in den Jahren 1926 bis 1930, der aber bei den Kommunalwahlen 1930 auf keiner Wahlvorschlagsliste mehr erschien – er scheint also sein Ansehen eingebüßt zu haben –, wurde durch diese Intervention vom Bürgerausschuß gewählt. Auch in Schwarzenbrunn strebte offensichtlich ein »alter Kämpfer« der NSDAP nach mehr Einfluß: Obwohl im Juni 1933 noch mit Zustimmung

302 BB 20. 9. 1928.

303 GLA 338/86a: Schreiben der Kreisleitung am 19. 5. 1933.

304 GA Berolzheim: A 86; BB 12. 5. 1933; GLA 338/86a: Schreiben der Kreisleitung am 23. 5. 1933.

305 GA Hüngheim: A 125, Schreiben der Kreisleitung vom 10. 10. 1933 an den Stützpunkt Hüngheim.

der NSDAP als »national zuverlässig« bezeichnet<sup>306</sup>, mußte der Bürgermeister dieser nur 41 Einwohner zählenden Gemeinde im Oktober 1933 zurücktreten und das Amt an den Ratschreiber der Gemeinde, der seit 1929 Mitglied der NSDAP war, übergeben<sup>307</sup>.

Insgesamt waren Ende 1933 von 37 Bürgermeistern des Bezirks noch 16 im Amt; hinzu kamen noch die Rücktritte der Bürgermeister von Buch und Klepsau im Jahr 1934, so daß insgesamt 23 Bürgermeister den Machtwechsel politisch nicht überlebten. Wenn das Bezirksamt in seinem Abschlußbericht zum Berufsbeamtengesetz schreibt, daß diese Bürgermeister, elf werden namentlich genannt, »unter dem Druck der Verhältnisse« »freiwillig« zurückgetreten seien, und nur aufgrund des Berufsbeamtengesetzes entlassen wurde, so muß man dies als bewußte Untertreibung betrachten<sup>308</sup>. Die Bürgermeister standen unter ganz erheblichem psychischen Druck, der zwar nur teilweise aus den Akten ersichtlich wird, der aber allgemein von der NSDAP ausgeübt worden sein dürfte.

Die Ergebnisse Zofkas, der für den bayerischen Landkreis Günzburg feststellte, daß mindestens die Hälfte aller vor 1933 amtierenden Bürgermeister auch nach 1933 ihr Amt behielten<sup>309</sup>, und die Ergebnisse Schnabels, der die Verhältnisse im württembergischen Oberamt Schwäbisch Hall untersuchte, wo 24 der 27 Bürgermeister, die vor 1933 im Amt waren, auch während des Dritten Reiches tätig waren, decken sich also mit denen im untersuchten Bezirk nicht<sup>310</sup>. Für das Land Baden liegt noch keine systematische Untersuchung vor, die die Gleichschaltung im ländlichen kommunalen Bereich behandelt. In den 90 größten Städten des Landes kam es zwar zu vielen Wechseln im Amt des Bürgermeisters, denn mehr als drei Viertel aller Bürgermeister dieser Städte wurden aus ihrem Amt entfernt<sup>311</sup>; doch lassen sich die Verhältnisse in den Städten nicht auf ländliche Gebiete übertragen. In Südbaden hielt sich die Zahl der neuen Bürgermeister auf den Dörfern in Grenzen, wie Schnabel in einer anderen Untersuchung feststellt<sup>312</sup>. Daß die badische NSDAP aber in unterschiedlichem Ausmaß auf die Entfernung von Bürgermeistern aus ihrem Amt drängte, zeigen die Ergebnisse Grills, der für September 1936 feststellt, daß nur 360 Bürgermeister in den 1527 badischen Gemeinden ausgetauscht worden seien, daß dabei aber in einigen Bezirken bis zu 80 % der Bürgermeisterposten im Jahr 1936 durch neue Männer besetzt worden

306 Vgl. GLA 338/86a.

307 GLA 338/3080. Es ist natürlich immer schwierig, die genauen Gründe für den Rücktritt eines Bürgermeisters anzugeben, da zum Teil, wie in diesem Fall, über diese keine Unterlagen vorhanden sind. Die Möglichkeit besteht, daß der Bürgermeister freiwillig zurücktrat; es kann dann aber angenommen werden, daß diesem Vorgang Reibereien vorausgingen.

308 GLA 338/86a: ohne Datum.

309 Zofka, *Ausbreitung des Nationalsozialismus*, S. 251; *Ders.*: *Dorfeliten und NSDAP. Fallbeispiele der Gleichschaltung aus dem Bezirk Günzburg*. In: *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 4, S. 385.

310 Schnabel, *Schwäbisch Hall*, S. 194.

311 Schnabel, *Schwäbisch Hall*, S. 194.

312 Schnabel, *Die Gleichschaltung der kommunalen Verwaltung: Das Beispiel Freiburg*. In: *Bräunchel Köhler u. a.*: 1933, S. 46.

sein<sup>313</sup>. Wie der Amtsbezirk Adelsheim innerhalb der badischen Entwicklung einzuordnen ist, läßt sich aus Mangel an genauen Angaben über andere badische Bezirke nicht sagen. Der Amtsbezirk Adelsheim scheint aber einer der Bezirke Badens gewesen zu sein, wo die Gleichschaltung an der Gemeindeg Spitze radikaler durchgeführt wurde. Das gute Abschneiden der NSDAP bei den Reichstagswahlen mag dafür auch ausschlaggebend gewesen sein, bedeutete es doch, daß die NSDAP in der Bevölkerung dieses Bezirkes größeren Rückhalt genoß als etwa in den überwiegend katholischen Bezirken Südbadens. Doch könnte nur eine genauere Untersuchung der Verhältnisse in anderen Bezirken hierauf eine Antwort geben.

Bei der Auswahl der Bürgermeister scheint die NSDAP Wert darauf gelegt zu haben, daß hauptsächlich Männer mit Erfahrung in der Verwaltung der Gemeinde als Gemeinderäte oder Gemeindeverordnete zu neuen Bürgermeistern gewählt wurden, von denen eine gewisse fachliche Eignung erwartet werden konnte. In mindestens zehn Fällen war der neue Bürgermeister schon vor 1933 zum Gemeinderat gewählt worden; er genoß damit auch eine gewisse Reputation. Mindestens zwei waren ehemalige Gemeindeverordnete und damit, wenn in diesen Fällen auch nur in sehr geringem Maße, schon einmal mit der Gemeindeverwaltung bekannt geworden. Der neue Bürgermeister von Schwarzenbrunn war, wie erwähnt, auch der Ratschreiber des Ortes. In Ballenberg wurde ein nationalsozialistischer Kreisrat neuer Bürgermeister. In zwei weiteren Fällen spielte darüber hinaus auch die Reputation der neuen Bürgermeister eine Rolle: in Eubigheim wurde der reichste Bauer im Ort neuer Bürgermeister, und in Leibenstadt war es der Sohn des verstorbenen Ratschreibers, der zum Bürgermeister ernannt wurde<sup>314</sup>. In zehn Fällen wurde der Ortsgruppen- bzw. Stützpunktleiter in der Gemeinde neuer Bürgermeister. Damit wurde die in der Anfangszeit des Dritten Reiches von der NSDAP gewünschte Personalunion<sup>315</sup> verwirklicht, die eine größere Einflußnahme der Partei auf die Gemeindeverwaltung sichern sollte. Die übrigen Ortsgruppenleiter übernahmen meistens das Amt eines Gemeinderates oder, nach der Einführung der DGO 1935, das eines Beigeordneten, obwohl ein derartiges Amt als abträglich für das Ansehen eines Ortsgruppenleiters und auch der NSDAP angesehen wurde, da mit der Übernahme eines solchen Amtes der Ortsgruppenleiter als örtlicher

313 Grill: *Nazi Party*, S. 358; allerdings hieße dies, daß seit September 1933 keine zahlenmäßige Veränderung mehr eingetreten wäre, denn für diesen Zeitpunkt gibt Grill (er zitiert die nationalsozialistische Zeitung »Der Führer« vom 24. 9. 1933, S. 9) eine Zahl von 300 neuernannten Bürgermeistern zusätzlich 60 kommissarisch eingesetzter Bürgermeister an, deren Amtszeit auf zwei Jahre begrenzt war. Doch konnte diese Untersuchung zeigen, daß allein im Amtsbezirk Adelsheim nach dem September 1933 vier Bürgermeister ausgewechselt wurden. (Gommersdorf: erst im Herbst 1933; Klepsau und Buch 1934; auch in Sindolsheim wurde der Bürgermeister 1935 ausgetauscht.)

314 Dieser Umstand wird in einer Meldung im BB vom 22. 7. 1933 betont; der ehemalige Ratschreiber bürgte offensichtlich auch für das Ansehen seines Sohnes. Nach den Streitigkeiten in Leibenstadt im Zusammenhang mit dem erzwungenen Rücktritt Bürgermeister Vogels wurde dies wohl für notwendig erachtet, um die Gemüter wieder zu beruhigen. Daß dem von der NSDAP eingesetzten Bürgermeister dies gelang, zeigt die Tatsache, daß derselbe auch wieder in den 50er Jahren zum Bürgermeister gewählt wurde. Vgl. GA Leibenstadt: Nr. 14.

315 Vgl. Matzerath, S. 237.

Führer der Partei dem Gemeindeleiter unmittelbar untergeordnet wurde<sup>316</sup>. In Sennfeld wurde, wie ein Jahr später in Klepsau, ein nationalsozialistischer kommissarischer Bürgermeister eingesetzt, der aus einer anderen Gemeinde des Bezirks stammte. Hier mußte sich die Ortsgruppe offensichtlich erst noch genügend innerhalb der Gemeinde durchsetzen, ehe 1935 ein aus der Gemeinde stammendes Parteimitglied Bürgermeister werden konnte.

Die meisten der neu eingesetzten Bürgermeister konnten sich über die gesamte Zeit, die das Dritte Reich dauerte, halten. Zum Teil konnten sie sich in ihrem Amt auch ein gewisses Ansehen erwerben, wie der Fall des in den 50er Jahren wiedergewählten Bürgermeisters in Leibenstadt zeigt, oder auch der Fall Krautheims, wo der 1933 eingesetzte Bürgermeister auch nach dem Krieg von der Militärregierung wieder für kurze Zeit eingesetzt wurde, obwohl seine Parteimitgliedschaft bekannt war<sup>317</sup>. In Adelsheim und Seckach ließen sich die zum Bürgermeister ernannten Ortsgruppenleiter 1934 schwere Verfehlungen zu Schulden kommen, so daß die Kreisleitung sie absetzte. Diese Fälle waren Anlaß für die Kreisleitung für ein scharfes Sonderrundschreiben an alle Bürgermeister des Bezirks, in dem sie ankündigte, auch in Zukunft rücksichtslos durchgreifen zu wollen, wenn Ähnliches wieder vorkommen sollte. Über die Art der Verfehlungen lassen sich daraus aber keine Anhaltspunkte gewinnen<sup>318</sup>.

Doch konnten sich nicht alle neuen Bürgermeister in ihrer Gemeinde durchsetzen. Der neue Bürgermeister von Ballenberg, der als Außenseiter in der Gemeinde diese Stelle übernommen hatte, zog es 1935 vor, eine Siedlerstelle in Seligental zu übernehmen und aus dem Dorf wegzuziehen. Der Machtgewinn und der Einfluß, die er durch sein Amt 1933 erhalten hatte, scheinen für ihn nicht mehr lohnens- und erstrebenswert gewesen zu sein, da er sicherlich mit Widerständen in der Gemeinde zu kämpfen hatte.

### 5.3.2. Die Gleichschaltung der Gemeindeparlamente (Gemeinderäte und Gemeindeverordnete)

Die Vertretung der Gemeinde und die Verwaltung ihrer Angelegenheiten lag aufgrund der Badischen Gemeindeordnung<sup>319</sup> beim Gemeinderat, der in kleinen und mittleren Gemeinden (bis 200 bzw. bis 4000 Einwohner) aus dem Bürgermeister und sechs von der Gemeinde gewählten, ehrenamtlichen Gemeinderäten gebildet wurde. Neben den Gemeinderat trat in kleinen Gemeinden die aus allen Wahlberechtigten bestehende Gemeindeversammlung, in mittleren und großen Gemeinden der Bürgerausschuß, der aus Bürgermeister, den Gemeinderäten und den gewählten Gemeindeverordneten bestand. In Gemeinden mit 201 bis 500 Einwohnern betrug die Zahl der Gemeindeverordneten 24, in Gemeinden mit 501 bis 2000 Einwohnern 36. Bürgerausschuß bzw. Gemeindeversammlung mußten den

316 Vgl. *Matzerath*, S. 239.

317 GA Krautheim: A 160.

318 GA Neunstetten: A 84, Sonderrundschreiben vom 24. 11. 1934.

319 GVBl. 1922, S. 183ff.

wichtigen, hauptsächlich die finanziellen Angelegenheiten der Gemeinde betreffenden Beschlüssen des Gemeinderats zustimmen. Daher war es der NSDAP erst durch die Gleichschaltung dieser Organe möglich, ihren Totalanspruch auf die Kontrolle der Gemeindeverwaltung und aller Entscheidungen innerhalb der Gemeinde zu demonstrieren; erst dann konnte die Kontrolle der wichtigsten Abläufe im Gemeindeleben gelingen. Es zeigt sich, daß die Austauschquote bisheriger Gemeindevertreter gerade in diesen Gremien besonders hoch war.

Die bei der Machtergreifung bestehenden Gemeindevertretungen waren meistens, soweit man dies aus den eingereichten Wahlvorschlagslisten und den Ergebnissen der Kommunalwahlen im Jahr 1930 überhaupt erschließen kann, weniger parteiorientiert als nach Berufsständen zusammengesetzt. Häufig waren sog. Bürgerlisten eingereicht worden<sup>320</sup>. Nur in wenigen Gemeinden hatten Parteien Wahlvorschlagslisten eingereicht. Noch am ehesten verstanden sich die Bewerber um die kommunalen Ämter in den katholischen Gemeinden als Zentrumsleute<sup>321</sup>. SPD-Listen waren in Adelsheim, Merchingen, Schlierstadt und Sennfeld aufgestellt worden; in Korb kandidierte ein SPD-Angehöriger auf einer Einheitsliste. Die SPD stellte in Adelsheim und Korb je einen Gemeinderat, in Merchingen zwei und in Sennfeld drei Gemeinderäte. Im Neunstettener Gemeinderat waren zwei Bewerber des Evangelischen Volksdienstes vertreten, im Gemeinderat in Rosenberg war ein Vertreter der DNVP. Nationalsozialistische Wahlvorschlagslisten waren, soweit bekannt, nur in Merchingen, Schillingstadt und Berolzheim eingereicht worden. In Merchingen konnten drei NSDAP-Vertreter in das Gemeindeparlament einziehen, während mindestens zwei der sechs Gemeinderäte in Schillingstadt vor 1933 der NSDAP angehörten. Die NSDAP stellte in Berolzheim einen Gemeinderat und angeblich auch zwei Drittel der Gemeindeverordneten<sup>322</sup>. Insgesamt läßt sich wohl sagen, daß sich die Bevölkerung in ihrer Wahlentscheidung 1930 für die Gemeindegremien weniger von parteipolitischen Gesichtspunkten bestimmen ließ.

Während der ersten Monate nach der nationalsozialistischen Machtergreifung des Januar 1933 kam es im Bezirk kaum zu politisch motivierten Rücktrittserklärungen nicht-nationalsozialistischer Gemeinderäte oder Gemeindeverordneten. Selbst gegen die jüdischen Gemeindevertreter in Klein- und Grobeicholzheim sowie in Eubigheim scheint es, soweit bekannt, keine Maßnahmen gegeben zu haben, die zu ihrem Rücktritt geführt hätten. Der jüdische Gemeinderat Spatz aus Grobeicholzheim erscheint weiterhin, bis zum 11. April 1933, in den Gemeinderatssitzun-

320 Vgl. oben, S. 41 Anmerkung 115.

321 Die einzige Wahlvorschlagsliste in Erlenbach war eine Zentrumsliste; es gab sogar zwei Zentrumslisten in Gommersdorf, die miteinander konkurrierten. In Adelsheim und Rosenberg waren ebenfalls Zentrumswahlvorschlagslisten aufgestellt worden, die offenbar die katholische Minderheit in diesen Orten vertreten sollten.

322 Vgl. GA Berolzheim: A 86, S. 64: Aussage des nationalsozialistischen Fraktionsprechers. Die Zahl erscheint, wenn man die Wahlergebnisse dieser Gemeinde zum Vergleich heranzieht, zu hoch gegriffen, vor allem deshalb, da nur einer von sechs Gemeinderäten schließlich der NSDAP angehörte. Doch da solche Wahlen eher Persönlichkeits- als Parteiwahlen sind, könnte die Zahl annähernd richtig sein.

gen<sup>323</sup>. Der einzige bekannte Fall eines Rücktritts betrifft den SPD-Gemeinderat Storz, der gegen die Ernennung Hitlers zum Ehrenbürger der Stadt Adelsheim gestimmt hatte. In einer der Sitzungen, die diesem Vorgang folgte, ließ er seinen Rücktritt als Gemeinderat erklären (am 16. März). Da der nächstfolgende Bewerber auf der SPD-Vorschlagsliste und SPD-Ortsvorsitzender Huß ebenfalls auf die Annahme eines Gemeinderatsamtes verzichtete – als Geschäftsführer der AOK Adelsheim war er, so läßt sich vermuten, schon zu diesem Zeitpunkt nationalsozialistischen Angriffen ausgesetzt<sup>324</sup> –, wurde erst der dritte Bewerber auf dieser Liste als Nachfolger ernannt. Da dieser aber nicht mehr vereidigt wurde, war die SPD damit aus diesem Gremium ausgeschlossen.

Der Gemeinderat Hespelt aus Korb, der bis 1930 Vertreter der »Badischen Bauern« im Kreistag war, ließ in einer Erklärung am 26. März 1933 wissen, daß er aus Gesundheitsgründen sein Amt als Gemeinderat nicht mehr länger ausüben könne, da die Arbeit in seinem Betrieb seine ganze Kraft in Anspruch nehme<sup>325</sup>. Möglicherweise handelt es sich auch hier um einen politisch motivierten Rücktritt. Die Gleichschaltung der Gemeindevertretungen erfolgte im April 1933. Gesetzliche Grundlage hierfür war das »Gesetz zur Durchführung der Gleichschaltung von Reich, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden im Land Baden« vom 4. April 1933, dem Durchführungsgesetz des schon genannten Reichsgesetzes<sup>326</sup>. Nähere Ausführungsbestimmungen hierzu erteilte das badische Innenministerium am 7. April sowie am 11. April an die Bezirksämter<sup>327</sup>. Dem Gesetz und den dazugehörigen Verfügungen zufolge wurden die Bürgerausschüsse mit sofortiger Wirkung aufgelöst; die Amtsdauer der Gemeinderäte endete mit dem 30. April. Die Zahl der Gemeinderäte und der Gemeindeverordneten wurde vermindert; von diesem Zeitpunkt an sollten in Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern nur noch vier Gemeinderäte gewählt werden; die Zahl der Gemeindeverordneten betrug in Gemeinden bis zu 1000 Einwohnern nur noch neun bzw. zehn in Gemeinden zwischen 1001 und 2000 Einwohnern<sup>328</sup>. Die Zuteilung der Sitze erfolgte in Anlehnung an das Ergebnis der Reichstagswahl vom 5. März und sollte bis spätestens 29. April 1933 durchgeführt worden sein. Die einzelnen Parteien sollten ihrem Ergebnis entsprechend eine bestimmte Anzahl von Sitzen erhalten; ihre Wahlvorschläge mußten bis zum 25. April beim Bürgermeister eingereicht werden.

Am 13. April wurden diese Anweisungen auch im BB durch das Bezirksamt veröffentlicht; gleichzeitig wurde die Verteilung der Sitze in den einzelnen Gemeinden bekanntgegeben. Demnach konnte die NSDAP jetzt 92 der 150 Gemeinderatsmitglieder stellen; das Zentrum wurde nur noch durch 57 Männer vertreten. Dementsprechend sah auch die Verteilung der Sitze der Gemeindeverordneten aus:

323 Er fehlt aber in der letzten Sitzung des alten Gemeinderates am 13. April; ebenso war er nicht anwesend, als Hitler, Hindenburg und Wagner zu Ehrenbürgern ernannt wurden.

324 Vgl. oben S. 61.

325 GA Korb: A 97.

326 Vgl. oben S. 59.

327 GLA 338/86.

328 BB 13. 4. 1933.

Auf die NSDAP entfielen 178 der 281 2Sitze, während das Zentrum als zweitstärkste Partei 95 Gemeindeverordnete stellte. Die SPD war nur noch in Merchingen und Sennfeld mit je einem Gemeinderat vertreten, ebenso mit zwei bzw. drei Gemeindeverordneten. In Adelsheim und Korb stellte sie noch jeweils einen Gemeindeverordneten. Auf die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot entfielen schließlich zwei Gemeindeverordnete (in Buch und Korb) und auf die Deutsche Staatspartei ein Gemeindeverordneter (in Kleineicholzheim). Dadurch, daß die Stimmen der anderen Parteien nicht gerechnet wurden, kam ein Ergebnis zustande, das der NSDAP, aber auch dem Zentrum mehr Sitze zusprach, als diese eigentlich nach dem Ergebnis vom 5. März erhalten hätten. Mit 61,3 % der Gemeinderäte und 63,3 % der Gemeindeverordneten stellte die NSDAP mehr Vertreter, als ihrem Wahlergebnis von 55,6 % entsprochen hätte. Auch das Zentrum lag mit 38 % über seinem Ergebnis von 32,9 %, während die SPD nicht der Märzwahl entsprechend repräsentiert war (1,3 % der Sitze der Gemeinderäte/4,9 % im März). In 16 Gemeinden des Bezirks stellte die NSDAP nun sämtliche Gemeinderäte, während das Zentrum nur noch in vier Gemeinden die Sitze unter sich verteilte.

Die Feststellung der Wahlvorschlagslisten und die »Wahl« des neuen Gemeinderates und der Gemeindeverordneten erfolgten Ende April in den Gemeinden, indem aus den eingereichten Listen die Erstgenannten in entsprechender Zahl zu Gemeinderäten erklärt wurden. Mit einer Wahl im normalen Sinn hatte dieser Vorgang allerdings nichts mehr zu tun; doch scheint sie in den meisten Gemeinden ohne Schwierigkeiten vollzogen worden zu sein. In Ruchsen allerdings wurde sie von NSDAP-Mitgliedern angefochten; hier waren zwei Listen der NSDAP eingereicht worden, wobei aber nur eine die erforderliche Unterschrift des Ortsgruppenleiters trug, so daß die andere für ungültig erklärt wurde. Die Einwände der auf der anderen Liste Aufgestellten, mit denen diese ihren Einspruch begründeten<sup>329</sup>, wurden aber vom Bezirksamt als belanglos gewertet; der Einspruch wurde abgelehnt. Auf beiden Listen waren bisherige Gemeinderäte vertreten, so daß man annehmen kann, daß auch die auf der zweiten, vom Ortsgruppenleiter nicht unterschriebenen Wahlvorschlagsliste aufgeführten Männer weiterhin bei den Gemeindegeschäften mitreden wollten. Sie scheinen von der Gruppe um den Ortsgruppenleiter ausmanövriert worden zu sein, zumal sie auch nicht als Gemeindeverordnete aufgestellt wurden<sup>330</sup>.

In Oberndorf gelang es der NSDAP sogar, statt eines Gemeinderates, der ihr nach dem Wahlergebnis zustand, drei Männer in den Gemeinderat zu entsenden. Das Zentrum hatte zwar eine Liste mit vier Männern aufgestellt, aber einer der

329 U. a. mit Strafverfahren wegen Beleidigung, Ruhestörung und groben Unfugs, die gegen zwei Kandidaten der gegnerischen Liste anhängig waren.

330 GA Ruchsen: A 100. Die schließlich Gewählten wußten dies offenbar sehr genau, denn in der Gemeinderatssitzung am 16. Juni des Jahres begründeten sie ihre Entscheidung, die Bürgermeisterwahl durch den Bürgerausschuß und nicht durch die Gesamtgemeinde vornehmen zu lassen, damit, »daß bei der Gleichschaltung des Gemeinderates und der Gemeindeverordneten in hiesiger Gemeinde Sabotage gegen Parteimitglieder betrieben wurde«. Dies sei bei der bevorstehenden Bürgermeisterwahl noch viel mehr zu befürchten, so daß die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdet werden könne. Zusätzlich befürchtete man eine Schädigung des Ansehens der NSDAP in der Gemeinde.

Aufgestellten zog seine Zustimmung mit der Begründung zurück, daß er außerhalb der Ortsgrenzen wohne und deshalb zu den Sitzungen, die nicht am Abend stattfänden, nicht kommen könne. Zwei andere waren miteinander verwandt. Deshalb galt nur einer von der Liste des Zentrums als gewählt im Sinne des Gleichschaltungsgesetzes; die übrigen Gemeinderatsmitglieder wurden von der Liste der NSDAP genommen<sup>331</sup>. Zwei Männer auf der NSDAP-Liste waren schon vor 1933 Gemeinderäte in Oberndorf gewesen. Sie arrangierten sich offensichtlich mit den neuen Verhältnissen. Alle anderen ehemaligen Gemeinderäte ließen sich nicht mehr aufstellen, nicht einmal auf der Liste des Zentrums. Die Zentrumsliste, wie auch die NSDAP-Liste mit den zwei genannten Ausnahmen, wies nur Männer auf, die bisher im Gemeindeparlament nicht vertreten waren, eine Beobachtung, die sich auch in anderen Gemeinden machen ließ. Bei den ehemaligen Gemeinderäten mag eine gewisse Resignation bei der Entscheidung, sich nicht mehr aufstellen zu lassen, mitgespielt haben, während bei den Männern auf der NSDAP-Liste es sich wohl um solche handelte, die bisher nur wenig Mitsprachemöglichkeit in der Gemeinde hatten und diese möglicherweise auf dem Weg über die NSDAP zu gewinnen suchten.

Größere Schwierigkeiten bei der Neubildung des Gemeinderates scheinen in Seckach aufgetreten zu sein. Auch hier spielte die bestehende Verwandtschaft zwischen zwei neugewählten Gemeinderäten eine Rolle. Auslöser für die sich länger hinziehenden Verwicklungen war der Rücktritt des Ortsgruppenleiters der NSDAP Anfang Mai 1933<sup>332</sup>. Derselbe war für die NSDAP nun nicht mehr als Gemeinderat tragbar, so daß die Wahl von dieser angefochten wurde<sup>333</sup>. Der nächste Kandidat auf der NSDAP-Wahlvorschlagsliste war mit einem von Zentrumsseite nominierten Gemeinderat verschwägert. Bei der Auslosung für das Gemeinderatsamt zwischen den beiden »gewann« der Zentrumskandidat; da aber der NSDAP-Kandidat die einwandfreie Durchführung der Auslosung bezweifelte und die Wahl erneut anfocht, woraufhin das Bezirksamt die Wahl für ungültig erklärte – aber aus einem anderen Grund: der Wahlausschuß war nicht ordnungsgemäß verpflichtet worden –, zogen sich die Verwicklungen noch länger hin. Verstärkt wurden sie durch die versehentliche Verpflichtung des nächstfolgenden Zentrumskandidaten durch das Bezirksamt am 22. Mai. Der eigentliche Zentrumskandidat verzichtete schließlich im August auf sein Mandat, so daß sein Schwager zum Gemeinderat ernannt werden konnte. Ob er dies freiwillig tat, bzw. ob ihm die dauernden Verwicklungen schließlich leid waren, wird nicht ersichtlich. Es ist aber anzunehmen, daß er die Aussichtslosigkeit seiner Kandidatur einsah – auch deshalb, weil im August die Zentrumsparlei schon nicht mehr bestand und er wohl nicht als Gemeinderat anerkannt worden wäre.

Alle neuen Gemeinderäte wurden wie die anderen Gemeindebeamten und -angestellten nach dem Berufsbeamtengesetz überprüft. Aus einer Liste aller Gemeinde-

331 GA Oberndorf: A 12.

332 BB 6. 5. 1933.

333 Am 6. 5. 1933. Über die Vorgänge in Seckach: GLA 338/3082.



räte des Bezirks, die im Rahmen dieser Überprüfung angelegt wurde, geht hervor, daß insgesamt sechs der vom Zentrum aufgestellten Gemeinderäte der NSDAP als nicht zuverlässig erschienen. Was die SPD-Gemeinderäte in Merchingen und Sennfeld betrifft, so steht auf dieser Liste neben deren Namen ein eindeutiges, handschriftliches »Raus!!«; ihr Ausschluß war demnach von Anfang an klar. Durch das Verbot der SPD vom 22. Juni 1933 und die Anweisung des badischen Innenministers hierzu vom nächsten Tag<sup>334</sup> wurden die SPD-Mitglieder der Gemeindegremien von diesen endgültig ausgeschlossen. Die Vertreter der SPD im Bezirk Adelsheim hatten allerdings schon an den vorausgehenden Sitzungen nicht mehr teilgenommen<sup>335</sup>. Die »Verordnung zur Sicherung der Staatsführung« vom 7. Juni 1933 erklärte die Zuteilung von Sitzen an die SPD endgültig für ungültig<sup>336</sup>. Es ist nur ein Fall eines Zentrumsgemeinderates bekannt, der am 19. Juli 1933 vom Bezirksamt aufgrund des Berufsbeamtengesetzes beurlaubt wurde<sup>337</sup>. Die Überprüfung der übrigen Zentrumsabgeordneten wurde ohnehin überflüssig, da es mit der Auflösung der Zentrumspartei am 5. Juli 1933 keine Zentrumsabgeordneten mehr gab, wie es in einem Erlaß des badischen Innenministers vom 19. Juli heißt<sup>338</sup>. Die Abgeordneten verlören demnach zwar nicht automatisch ihr Mandat; aber

*...andererseits erfordert der Gedanke der Gleichschaltung das Ausscheiden all derjenigen Persönlichkeiten aus vorgenannten Organen, von denen nicht mit voller Bestimmtheit eine vorbehaltlose und bereitwillige Zusammenarbeit mit den übrigen Mitgliedern dieser Körperschaften erwartet werden kann. Solche Persönlichkeiten müssen auf die eine oder andere Weise zum Ausscheiden veranlaßt werden.*

*Die eine oder andere Weise*, so der Erlaß, sah zuerst den »freiwilligen« Rücktritt der Zentrumsabgeordneten vor. Falls keine örtliche Einigung zustande kam, sollte der Landrat angerufen werden, der zusammen mit dem Kreisleiter oder dessen Kommunalreferenten und einem Vertrauensmann der früheren Zentrumspartei darüber zu beraten hatte, welche Kandidaten in den Gemeindegremien auch weiterhin vertreten sein sollten. Die anderen sollten zum »freiwilligen Verzicht« aufgefordert werden. Die letzte Entscheidung behielt sich, falls auch von Kreisleiter und Landrat (der Vertrauensmann des Zentrums wurde nicht mehr genannt; er spielte also nur eine nebensächliche Rolle) keine Lösung gefunden werden sollte, der Innenminister selbst vor. Für den Fall, daß eine Umbildung nicht möglich sei, *da die für untragbar erachteten Mitglieder und Ersatzleute trotz Aufforderung nicht freiwillig zurücktreten*, sollte das betreffende Gremium aufgelöst und durch Ernennung seiner Mitglieder durch den Landrat wieder neu gebildet werden.

In Osterburken traten die Zentrumsgemeinderäte und -verordneten am 28. bzw. 29. Juli »freiwillig« zurück<sup>339</sup>, ebenso zwei Gemeinderäte in Berolzheim am

334 GLA 338/805, fol. 205.

335 Ebenda, Rückseite, handschriftlicher Vermerk vom 24. 6. 1933.

336 RGBl. 1933, S. 462.

337 Es handelte sich um einen Gemeinderat in Osterburken; GA Osterburken: A 250.

338 GA Berolzheim: A 75; GA Osterburken: A 250.

339 GA Osterburken: A 250, handschriftlicher Vermerk.

3. August, der dritte wollte, *wenn er nicht ausscheiden muß*, im Gemeinderat bleiben; allerdings wurde er nicht wieder aufgestellt<sup>340</sup>. Am 4. August erklärten Zentrumsmitglieder des Krautheimer Bürgerausschusses und deren Ersatzleute ihren Rücktritt im Vollzug der Gleichschaltung, wie es heißt. Ein bisheriges Mitglied wurde von der NSDAP anerkannt, zwei nicht Zurückgetretene indes- sen mit der Begründung, sie seien nicht national zuverlässig, abgelehnt<sup>341</sup>. Ein Zentrums Gemeinderat in Krautheim trat von seinem Amt ebenfalls zurück; der von ihm vorgeschlagene Ersatzmann wurde von der NSDAP nicht anerkannt, da ein Ersatzmann der NSDAP-Liste zuerst in den Gemeinderat vorrücken sollte. Zwei andere Bewerber des Zentrums wurden von der NSDAP aner- kannt, da sie in der Zwischenzeit in die NS-Bauernschaft bzw. in die SA- Reserve eingetreten waren<sup>342</sup>. In Oberwittstadt beauftragte der Gemeinderat den Bürgermeister, mit dem Stützpunktleiter über die Neuberufung der Gemeinderäte zu verhandeln; offensichtlich wollten diese ihr Amt auch weiter- hin wahrnehmen und hofften auf die Zustimmung des Stützpunktleiters<sup>343</sup>. Der Gemeinderat von Klepsau trat am 27. August geschlossen zurück<sup>344</sup>. Der ein- zige Gemeinderat des Zentrums in Oberndorf war ebenfalls aus seinem Amt »freiwillig« ausgeschieden<sup>345</sup>. Außer in Unterwittstadt und Winzenhofen, wo wohl aus Mangel an der NSDAP geeignet erscheinenden Leuten die Gemein- deräte nicht noch einmal umgebildet wurden, wurden in allen anderen katholi- schen Gemeinden Neuernennungen durchgeführt<sup>346</sup>. Zusammen mit den beiden Gemeinden Merchingen und Sennfeld, in denen für die ausgeschiedenen SPD- Mitglieder ebenfalls neue Gemeinderäte ernannt wurden, waren im September 1933 67,9 % der Gemeinderatsmitglieder im Vergleich zum Mai des Jahres neu in diesem Gremium. Bei den Gemeindeverordneten beträgt diese Quote 60,9 %<sup>347</sup>.

In Osterburken war im Zuge der Neubildung des Gemeinderates auch ein NSDAP-Mitglied aus diesem Gremium ausgeschlossen worden, da es sich den Ärger des Kreisleiters zugezogen hatte. In einer Gemeinderatssitzung am 3. August hatte er zusammen mit dem Zentrums Gemeinderat in der Frage der Neubesetzung gegen den Kreisleiter, der auch Gemeinderat war, gestimmt; statt dessen machte er einen eigenen Vorschlag<sup>348</sup>. Wenige Tage später mußte er deshalb aus der NSDAP ausscheiden; darüber hinaus verlor er sein Mandat.

340 GA Berolzheim: B 14 (GRP), Sitzung vom 3. 8. 1933.

341 GA Krautheim: A 144.

342 GA Krautheim: A 154.

343 GA Oberwittstadt: GRP, Sitzung vom 13. 8. 1933.

344 GA Klepsau: B 47 (GRP), S. 402.

345 GA Oberndorf: A 12, Schreiben des Bezirksamts vom 13. 9. 1933.

346 Für Eubigheim und Zimmern liegen keine Unterlagen vor.

347 Bei dieser Berechnung wurden insgesamt 14 Gemeinden berücksichtigt; nur in diesen Gemeinden wurden diesbezügliche Unterlagen gefunden. In Seckach wurde, wahrscheinlich wegen der vorhergegan- genen Verwicklungen (s. o.), keine erneute Umbildung durchgeführt. Für die Quote bei den Gemeinde- verordneten konnten nur Zahlen aus sieben Gemeinden ermittelt werden.

348 Der zweite Zentrums Gemeinderat war aufgrund des Berufsbeamtengesetzes beurlaubt worden, GA Osterburken: B 236 (GRP), S. 21.

In einem Schreiben des Bezirksamtes wurde er darauf aufmerksam gemacht, daß er in Zukunft das Rathaus während Gemeinderatssitzungen nicht mehr betreten dürfe<sup>349</sup>.

Damit war es der NSDAP bis zum September gelungen, alle Gemeindeparlamente gleichzuschalten. Auf den ersten Blick handelt es sich hierbei um einen Vorgang, der von oben angeordnet worden war. Das Ausmaß an Druck, den örtliche Parteikreise aber bei diesen Vorgängen ausübten, die zum »freiwilligen« Rücktritt der Gemeinderäte führten, läßt sich, da die Unterlagen hierzu fehlen, nur erahnen. 59,8 % der Gemeinderäte des Herbstes 1933 waren vor der Gleichschaltung nicht in diesem Gremium vertreten gewesen. Für die Gemeindeverordneten beträgt diese Quote 49,6 %<sup>350</sup>. Bei den evangelischen Gemeinden liegt diese Quote sogar bei 66,6 %. Die hohe Quote überrascht, handelt es sich bei den evangelischen Gemeinden doch um die Orte, wo die NSDAP schon frühzeitig große Erfolge aufzuweisen hatte und bei denen man eigentlich annehmen müßte, daß die dort anzutreffende breite Zustimmung zur NSDAP auch bis in den Gemeinderat reichte. Doch wurden in einigen Gemeinden (in Sindolsheim, Neunstetten und Kleineicholzheim) sogar sämtliche Gemeinderäte ausgetauscht. Der Bürgermeister konnte hier allerdings sein Amt behalten. Es scheint, daß sich die NSDAP-Aktivisten in diesen Fällen nach vorne drängten und die zu vergebenden Gemeindeämter unter sich aufteilten. Den »Alten« traute man wohl auch nicht die Fähigkeit zu, sich den neuen Verhältnissen anzupassen und in einem nationalsozialistisch zu organisierenden Staat voll mitzuarbeiten. Außerdem weist die Tatsache, daß die neuen, von der NSDAP eingesetzten Gemeinderäte und Gemeindeverordneten noch nie vorher ein politisches Amt in der Gemeinde eingenommen hatten und damit auch nicht für die Gemeinde verantwortlich waren, darauf hin, daß es sich bei den neuen Vertretern in den Gemeindeparlamenten vor allem um die weniger im Gemeindeleben etablierten und anerkannten Männer handelte, die jetzt nach vorne drängten. Es ist auffällig, daß viele der neuen Gemeindevertreter im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts oder sogar nach der Jahrhundertwende geboren worden waren; es handelt sich hierbei also um die Generation der 30- und 40jährigen, die einen großen Teil der nationalsozialistischen Anhängerschaft

349 GA Osterburken: A 250, Schreiben vom 9. 8. 1933.

350 Die Zahlen wurden errechnet, indem die Zahl der vorher, d. h. ab 1930, noch nicht bzw. noch nie im Gemeinderat vertretenen Männer ermittelt wurde. Insgesamt konnten bezüglich der Austauschquote der Gemeinderäte Angaben aus 33 Gemeinden erfaßt werden. Für die übrigen Gemeinden lagen keine genauen Angaben vor. Dasselbe gilt für die Quote der Gemeindeverordneten. Bei der Quote von 66,6 % (evangelische Gemeinden) wurden 16 Gemeinden erfaßt. – Auch im Vergleich zu den Kommunalwahlen der Weimarer Republik sind diese Quoten sehr hoch. Nur im Jahr 1922 konnte eine ähnlich hohe Austauschquote von 55 % bei den Gemeinderäten (14 erfaßte Gemeinden) und von 40,5 % bei den Gemeindeverordneten (8 erfaßte Gemeinden) festgestellt werden. Dies hing zu diesem Zeitpunkt mit der Rückkehr der Kriegsteilnehmer und ihrer jetzt vollzogenen Wiedereingliederung in das Gemeindeleben zusammen. Vergleichszahlen: Wahl 1926: Gemeinderäte 26,7 % (25 Gemeinden erfaßt), Gemeindeverordnete 27,2 % (11 Gemeinden); Wahl 1930: Gemeinderäte 33,3 % (28 Gemeinden), Gemeindeverordnete 29,9 % (14 Gemeinden).

ausmachte<sup>351</sup>. Schoenbaums These, daß der Nationalsozialismus auch eine Auflehnung der Jungen gegen die Alten gewesen sei, findet sich damit in dieser Untersuchung bestätigt<sup>352</sup>. Die anderen, älteren neuen Gemeinderatsmitglieder kamen wohl aus der Gruppe derjenigen, denen ein großer Teil der Bevölkerung des Dorfes weniger vertraute und deshalb in kein Amt wählte.

Die von der NSDAP anerkannten Gemeinderäte und Gemeindeverordneten arrangierten sich mit den neuen Verhältnissen, wie das Beispiel Krautheim zeigt, wo diese in nationalsozialistische Organisationen eintraten. In den anderen Gemeinden war der Weg für die NSDAP durch Organisationen wie den Landbund, dem viele Bauern nahegestanden waren, schon vorgebahnt. In den kleinsten Gemeinden des Amtsbezirkes blieb der NSDAP auf der anderen Seite aber nicht anderes übrig, als sich ihrerseits mit den Verhältnissen in diesen Dörfern zu arrangieren: In Winzenhofen blieben sämtliche Zentrumsgemeinderäte, die schon vor 1933 im Amt waren, bis auf die, die durch die Verringerung der Zahl der Gemeinderäte ausscheiden mußten, im Gemeindeparlament vertreten, da die NSDAP auf keine eigenen Leute zurückgreifen konnte.

Mit dem Jahr 1933 war die Gleichschaltungsphase aber noch nicht beendet; die Durchdringung auch des Gemeindelebens mit nationalsozialistischem Gedankengut wie dem Führergedanken sollte sich fortsetzen. Durch ein Gesetz vom 6. März 1934 wurden die Bürgerschaftsausschüsse und die Gemeindeversammlungen vorläufig bis zu einer endgültigen Regelung aufgehoben<sup>353</sup>. Damit war die untere Ebene der Gemeindeverwaltung, die einem größeren Teil von Bürgern noch gewisse Mitspracherechte sichern sollte, aufgehoben. Die endgültige Regelung erfolgte schließlich durch die DGO vom Januar 1935, auf die schon eingegangen wurde. Damit war der Bevölkerung endgültig die Mitwirkungsmöglichkeit an kommunalpolitischen Entscheidungen genommen worden; der Bürgermeister wurde rechtlich zum »Führer« der Gemeindeverwaltung erhoben.

Die Neuernennung der Beigeordneten und Gemeinderäte erfolgte im Laufe des Frühjahrs und Sommers 1935, ihre Verpflichtung wurde meistens im August durchgeführt. Die Vorschläge für diese Ämter machte der jeweilige Bürgermeister dem Kreisleiter, der das Amt des Beauftragten der NSDAP nach der DGO innehatte. In einem Brief an den Bürgermeister von Leibenstadt am 31. Juli 1935 betonte der Kreisleiter, daß die vorgeschlagenen Männer aus den Reihen der alten, bewährten Parteigenossen zu entnehmen seien, und nur in Ausnahmefällen auch jüngere, geeignete Parteigenossen oder auch Volksgenossen, die in der nationalsozialistischen Weltanschauung gefestigt seien, vorgeschlagen werden könnten. Die Vorschläge seien aber vom Stützpunktleiter gegenzuzeichnen<sup>354</sup>.

Soweit sich Angaben über die neuernannten Beigeordneten und Gemeinderäte

351 NSDAP-Parteistatistik Bd. 1, S. 206: in Baden stellte die Generation, die zwischen 1894 und 1903 geboren war, 27,7 % der Mitglieder (Reich 27,9 %); die Generation, die zwischen 1904 und 1913 geboren war, stellte 33,7 % (Reich 34,1 %).

352 D. Schoenbaum: Die braune Revolution. (1968) S. 74.

353 GVBl. 1934, S. 115.

354 GA Leibenstadt: Nr. 15.

ermitteln ließen, zeigte sich, daß im Jahr 1935 nach der Umbildung der Gemeinderäte im Vollzug der DGO nur noch ungefähr ein Viertel der Beigeordneten und Gemeinderäte aus den Reihen der alten, in der Weimarer Republik im Dorf bestimmenden Männer stammte<sup>355</sup>. Demnach hatte sich die alte »Elite« im Dorf zum größten Teil aus der Kommunalpolitik zurückgezogen bzw. zurückziehen müssen; es war ein Vorgang, der eine Mischung aus Zwang und fehlender Bereitschaft zur Kooperation mit den neuen Machthabern dargestellt haben dürfte<sup>356</sup>. In etlichen Gemeinden waren gar keine »alten Männer« in den Gemeindegremien übrig geblieben: so in Groß- und Kleineicholzheim, in Klepsau, Krautheim, Seckach und Sindolsheim; in der letztgenannten Gemeinde wurde selbst der Bürgermeister, der seit 1932 im Amt war, im Jahr 1935 durch den Ortsbauernführer abgelöst.

Inwieweit es der NSDAP gelungen war, ihre in der DGO formulierte Forderung, daß möglichst nur NSDAP-Mitglieder in die Gemeindeämter berufen werden sollten, auch in die Praxis umzusetzen, zeigt eine weitere Zählung. Es konnte zwar nur zum Teil ermittelt werden, ob die ernannten Gemeinderäte und Beigeordneten Mitglieder der NSDAP waren oder nicht; aber in den Fällen, wo diese Daten eindeutig aus den Unterlagen hervorgehen, zeigt sich eine ziemliche Parität zwischen den Gemeinderäten, die NSDAP-Mitglieder waren, und denen, die als Volksgenossen bezeichnet werden bzw. nur in nationalsozialistischen Organisationen wie der NS-Bauernschaft oder der DAF waren<sup>357</sup>. Damit war es die Partei, die in diesem Bereich Zugeständnisse machen und von ihrem Grundsatz zumindest teilweise abgehen mußte. Möglicherweise spielte aber auch die bestehende Mitgliedersperre eine Rolle, da hier manchem eventuell die Parteimitgliedschaft versagt wurde. Die hohe Zahl der Nicht-Mitglieder macht auf jeden Fall deutlich, daß die Partei nur auf wenige vor dem 30. Januar beigetretene Mitglieder, die im Sinne der NSDAP »vollwertige« Mitglieder waren, zurückgreifen konnte, Mitglieder, die auch ein Gemeindeamt übernehmen wollten oder konnten.

### 5.3.3. Die Überprüfung der Gemeindebediensteten

Auch die Gemeindebediensteten wurden als Folge des Berufsbeamtengesetzes einer Überprüfung unterzogen. Diese Überprüfung betraf neben den Bürgermeistern und Gemeinderäten die Ratschreiber, die Gemeinderechner und die Polizeidiener. Die übrigen Gemeindebediensteten (Feldwarte, Brunnenwarte, Wegwarte usw.) wurden, wie es scheint, nicht überprüft, jedenfalls nicht in der eingesetzten Kommission. Es ist möglich, daß diese Überprüfung auf Gemeindeebene, eventu-

355 Es konnten 27 Gemeinden berücksichtigt werden.

356 In welchem Maß jeweils Zwang oder wirklich freiwilliger Rückzug gewirkt haben, kann aus den vorliegenden Unterlagen nicht erschlossen werden. Der Eindruck geht aber dahin, daß Zwangsmaßnahmen besonders in der ersten Phase der Gleichschaltung vorherrschend waren.

357 Für 21 Gemeinden liegen hierzu Teilinformationen vor. Als Parteigenossen werden 51 Personen bezeichnet, als Volksgenossen 39. Hinzu kommen 10 Personen, die in nationalsozialistischen Organisationen waren, damit also auch keine vollwertigen Parteimitglieder darstellten. Für 29 Personen werden keine Angaben gemacht.

ell durch örtliche Parteimitglieder, vollzogen wurde, doch finden sich dafür keine Anhaltspunkte. Von Entlassungen aus politischen Gründen ist bei diesem Personenkreis nichts bekannt. Doch da diese Stellen nur wenig Lohn einbrachten und da sie keine Vollzeitbeschäftigungen darstellten, erschienen die Inhaber dieser Positionen auch nicht als zu wichtig.

Von der NSDAP-Kreisleitung wurden sechs Ratschreiber des Bezirks beanstandet, ebenso zwei Gemeinderechner und drei Polizeidiener. Der Ratschreiberdienst in Oberndorf und Sennfeld lag in den Händen der Bürgermeister, die beide aus ihrem Dienst ausgeschieden waren, so daß hier auch die Ratschreiberstellen neu zu besetzen waren. Der Ratschreiber in Berolzheim, der von einem NSDAP-Mitglied aus Berolzheim als ungerecht und brutal bezeichnet wurde und der angeblich der eigentliche Leiter der Gemeindegeschäfte auf dem Rathaus gewesen war, gegen den selbst der Bürgermeister nicht angekommen sein soll, wurde aufgrund des Berufsbeamtengesetzes entlassen<sup>358</sup>. Der Ratschreiber in Hüngheim, der gar nicht beanstandet worden war, trat freiwillig von seinem Amt zurück<sup>359</sup>. Die anderen Ratschreiber blieben im Amt. Zwei der drei beanstandeten Polizeidiener traten ebenfalls freiwillig, wie es hieß, zurück. Dem Polizeidiener in Ballenberg war von seiten der NSDAP vorgeworfen worden, er stünde der KPD nahe und hätte die Entlassung nationalsozialistischer Beamter immer freudig begrüßt. Außerdem habe er den dortigen Stützpunktleiter angezeigt und, wie die NSDAP schrieb, einen Meineid geschworen, damit dieser verurteilt wurde. Auch hier spielten Rachegefühle bei der NSDAP mit.

In Schlierstadt mußte außerdem der Gemeinderechner seinen Dienst niederlegen; der Ratschreiber konnte im Amt bleiben, obwohl beide zusammen mit dem Bürgermeister von der NSDAP beschuldigt worden waren, als Inhaber verschiedener Ämter bei der Sparkasse, beim Bauernverein und der Ein- und Verkaufsgenossenschaft die Gemeinde unter Druck zu halten und die Einwohner am »Gängelband« zu haben<sup>360</sup>. Allerdings mußte während der Kriegsjahre wieder auf den entlassenen Gemeinderechner zurückgegriffen werden, da seine Nachfolger – lange Zeit konnte kein geeigneter Ersatz für ihn gefunden werden, so daß es zu mehreren Wechseln in diesem Amt kam – eingezogen worden waren.

Ob bei Neueinstellungen bevorzugt »alte Kämpfer« der NSDAP berücksichtigt wurden, wie es diese forderte<sup>361</sup>, läßt sich nicht beantworten, vor allem deshalb, weil eine eventuelle Mitgliedschaft der Neueingestellten in der NSDAP nicht festgestellt werden kann. Es deuten aber Anzeichen in diese Richtung. Als der Seckacher Bürgermeister, der aufgrund des Berufsbeamtengesetzes entlassen worden war, deshalb auch die Posten als Waldmeister und Baumwart der Gemeinde verlor, übernahm der neue Bürgermeister und Stützpunktleiter auch diese Stellen. In Hemsbach wurden im Juli 1933 die Stellen des Wald- und Feldhüters der

358 Vgl. GA Berolzheim: A 86, S. 7, 35, 64. Er soll außerdem die NSDAP beschimpft haben.

359 GLA 338/86a: abschließender Bericht des Bezirksamtes, ohne Datum.

360 GLA 338/86a: Schreiben der NSDAP-Kreisleitung vom 19. 5. 1933.

361 Z. B. in einem Rundschreiben der Kreisleitung vom 10. 1. 1935, GA Klepsau: A 81.

Gemeinde frei, nachdem der bisherige Inhaber beider Posten zurückgetreten war. Sein Nachfolger wurde bei zwei Bewerbern der erst 22jährige Ortsbauernführer, der im übrigen der wichtigste Mann der NSDAP vor Ort gewesen zu sein scheint, denn ein Stützpunkt wurde nicht gegründet. Seine Ernennung war anscheinend umstritten. Sie wurde zweimal jeweils mit demselben Ergebnis in aufeinanderfolgenden Sitzungen des Gemeinderats behandelt<sup>362</sup>.

Insgesamt läßt sich sagen, daß der größte Teil der Gemeindebediensteten auch während des Dritten Reiches im Amt blieb. Die Parteimitglieder strebten offensichtlich mehr nach den politischen und einflußreicheren Posten in der Gemeinde, wie sie das Amt des Bürgermeisters und der Gemeinderäte darstellten, für die auch keine besondere Ausbildung benötigt wurde – dies war wahrscheinlich der Grund dafür, daß die meisten Gemeindebeamten unbehelligt blieben.

## *6. Die Gleichschaltung der Gesellschaft*

Bot die Gleichschaltung der Gemeindeverwaltung eine Kontrollmöglichkeit der Bevölkerung auf politischer wie auch alltäglicher Ebene – jeder Bürger mußte irgendwann einmal zur Regelung persönlicher Angelegenheiten auf dem Rathaus erscheinen und wurde auf diese Weise mit den Machthabern des Regimes konfrontiert –, so mußte das Bestreben der Partei dahin gehen, das Leben jedes einzelnen bis in die Privatsphäre hinein zu regeln. Dem sollte die Gleichschaltung der Berufsstände und auch der Vereine dienen, wobei die letzteren gerade auf dem Land eine große Rolle im Leben der Menschen spielten, waren sie doch eine der wenigen Möglichkeiten der Freizeitgestaltung, die, so darf man annehmen, vom größten Teil der Dorfbewohner in Anspruch genommen wurden. Die Vereine bildeten so eine Konstante im ländlichen gesellschaftlichen Leben.

### *6.1. Die Gleichschaltung der Berufsstände*

In einem vorwiegend landwirtschaftlich und kleingewerblich ausgerichteten Bezirk wie dem Amtsbezirk Adelsheim spielte die Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 eine nur nebensächliche Rolle. Im BB wurden vor 1933 niemals irgendwelche gewerkschaftliche Veranstaltungen genannt; es muß deshalb angenommen werden, daß im Bezirk Adelsheim nur wenige Arbeiter, wenn überhaupt, gewerkschaftlich organisiert waren. Auch dürfte die nur geringe Zahl von Industriearbeitern gewerkschaftlichen Bestrebungen eine marginale Bedeutung verliehen haben.

Dennoch wurden auch im Bezirk Adelsheim Gründungen von Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisationen (NSBO) durchgeführt. In Adelsheim fand am 24. April 1933 eine derartige Gründungsversammlung statt, zu der alle Arbeiter und Angestellten eingeladen worden waren. Der Kreisleiter sprach über Sinn und Zweck der Betriebszellen; zur weiteren Werbung wurde auch im BB ein längerer

362 GA Hemsbach: B 49 (GRP), S. 196, 198.

Artikel hierzu veröffentlicht. Nach der Gründungsversammlung traten sofort 56 Personen der NSBO bei<sup>363</sup>.

Auch in Seckach wurde im Mai 1933 eine NSBO-Ortsgruppe gegründet, der mehrere Arbeiter beitraten. Dasselbe passierte offensichtlich auch in anderen Gemeinden; im März 1934 werden NSBO-Dienststellen in Osterburken, Rosenberg, Ruchsen, Seckach und Sennfeld genannt<sup>364</sup>.

Wesentlich bedeutender, da zahlenmäßig viel stärker im Bezirk vertreten, waren Handwerk und Gewerbe. Hier wurde die Zusammenfassung der einzelnen Berufssparten mit einem Artikel im BB am 24. April 1933 eingeleitet, in dem es hieß, daß in den Organisationen des Handwerks wie Innungen oder Gewerbevereine die Vorstandsmitglieder ihr Amt an den zuständigen örtlichen Vertreter des Nationalsozialistischen Kampfbundes für den gewerblichen Mittelstand übergeben sollten; dieser sollte wiederum zur kommissarischen Fortführung der Organisation einen Vorstand berufen, der schon vor dem 30. Januar 1933 NSDAP-Mitglied war. Bis zu einer Neuwahl eines Gesamtvorstandes sollte dieser die Geschäfte weiterführen. Aber erst am 25. April 1933 erfolgte in Adelsheim die Gründung des Kampfbundes für den gewerblichen Mittelstand, der sich aus dem bestehenden Gewerbeverein Adelsheim entwickelte. In der Gründungsversammlung, zu der der größte Teil der Adelsheimer Gewerbetreibenden erschienen war, übergab der bisherige Vorstand des Gewerbevereins sein Amt an nicht näher bezeichnete, kommissarisch betraute Personen und forderte die Mitglieder des Vereins zum geschlossenen Übertritt in den Kampfbund auf. Von immerhin 43 Anwesenden wurde sein Aufruf befolgt<sup>365</sup>. Ob auch die anderen Gewerbevereine des Bezirks in derselben Weise gleichgeschaltet wurden, ist aus den herangezogenen Quellen nicht zu erschließen. In einer Aufstellung sämtlicher Vereine des Bezirks im Januar 1934 werden Gewerbevereine in Ballenberg, Eubigheim, Oberwittstadt, Osterburken, Rosenberg und Unterkessach genannt<sup>366</sup>. Wenn diese Vereine ebenfalls in die nationalsozialistische Organisation des Kampfbundes bzw. der Nachfolgeorganisation NS-Hago (Nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbe-Organisation) überführt wurden, so deutet die weitere Nennung von Gewerbevereinen darauf hin, daß die nationalsozialistische Nachfolgeorganisation der Gewerbevereine im Bewußtsein der Bevölkerung bzw. der Bürgermeister, die die Auflistung der Vereine besorgten, keine herausragende Rolle spielten, da sie immer noch unter ihrem alten Namen genannt wurden. Für Adelsheim allerdings wird kein Gewerbeverein mehr genannt.

Die nächste Nachricht über Gleichschaltungsmaßnahmen in diesem Bereich betrifft den Kohlenhandel. Nach einer Meldung im BB vom 4. Juli 1933 wurde innerhalb der Bezirksvereinigung des Kohlenhandels gleichgeschaltet. Antriebs-

363 BB 24. bzw. 25. 4. 1933.

364 BB 13. 5. 1933 und 24. 3. 1934.

365 BB 26. 5. 1933.

366 GLA 338/926: Antworten der einzelnen Bürgermeisterämter auf ein Gesuch des Bezirksamtes, das Auflistungen sämtlicher Vereine der Gemeinden forderte. Doch scheinen nicht alle Bürgermeister vollständige Angaben gemacht zu haben.



motor hinter diesem Vorgang scheinen aber rein wirtschaftliche Interessen gewesen zu sein, da gleichzeitig auch die für den Bezirk Adelsheim bindenden genehmigten Preise veröffentlicht wurden. Der Preiskampf sei damit beendet, so heißt es, etwaige Versuche, diese Preise zu unterlaufen, würden einen Prozeß wegen unlauteren Wettbewerbes nach sich ziehen. Die Käufer wurden aufgefordert, »Unterangebote fragwürdiger Elemente«, wie es heißt, zurückzuweisen und nur diejenigen Händler zu beauftragen, die der Bezirkshändler-Vereinigung angeschlossen wären.

Wieweit dem Aufruf zum Beitritt zur NS-Hago in der Handwerkerschaft und unter den Gewerbetreibenden im Bezirk Folge geleistete wurde, ist nicht bekannt. Bei einer Kreisversammlung der Organisation in Adelsheim im September des Jahres, die aus dem gesamten Bezirk gut besucht gewesen sein soll, wird festgestellt, daß wieder eine große Zahl Gewerbetreibender der Organisation beigetreten wären. Verbunden wird der Bericht aber mit einem Appell an die noch Fernstehenden zum Beitritt<sup>367</sup>.

Doch wurde die Erfassung und Kontrolle des Handwerks im November des Jahres durch das »Gesetz über den vorläufigen Aufbau des deutschen Handwerks« geregelt<sup>368</sup>. An die Stelle der freien beruflichen Interessenvertretungen der einzelnen Zweige des Handwerks traten jetzt Pflichtinnungen, die in Verwirklichung des Führergedankens von Obermeistern geleitet wurden. Damit war die Kontrolle des Handwerks besonders auch in wirtschaftlicher Hinsicht gesetzlich verankert und die staatliche Wirtschaftsaufsicht und Wirtschaftslenkung begünstigt<sup>369</sup>.

Die Neuorganisation des Handwerks zog sich im Amtsbezirk Adelsheim bis in den Herbst des Jahres 1934 hin, da die Handwerker des Bezirks zu einem großen Teil bis dahin überhaupt nicht organisiert gewesen zu sein scheinen. Im BB ist immer wieder von Gründungsversammlungen von Pflichtinnungen die Rede<sup>370</sup>. Anfang November 1933 erfolgte die Gründung einer Pflichtinnung der Elektroinstallateure. Die freie Wagner-Vereinigung wurde bald darauf in eine Pflichtinnung umgewandelt. Ebenfalls noch im alten Jahr wurde die Schuhmacherzwangsinnung des Bezirks gleichgeschaltet. Im Februar bzw. März erfolgte die Gründung einer Sattlerpflichtinnung bzw. einer Küferinnung<sup>371</sup>. Erst im Herbst des Jahres 1934 wurden schließlich weitere Versammlungen durchgeführt, die angeordnet worden waren, um das Handwerk endgültig gleichzuschal-

367 BB 21. 9. 1933.

368 RGBl. 1933, S. 1015.

369 Vgl. *Broszat*, Staat, S. 216f.

370 Dies scheint aber eine allgemeine Entwicklung in Baden gewesen zu sein; in einem Schreiben des badischen Finanz- und Wirtschaftsministeriums an die Bezirksämter vom 17. 1. 1934 heißt es, daß die Errichtung von Pflichtinnungen mit Nachdruck weiterbetrieben werden müßte, v. a. da Baden im Ausbau des Innungswesens hinter anderen Ländern zurückkläge. Vgl. GA Großbeicholzheim: A 278. Ein Nichterscheinen bei derartigen Gründungsversammlungen hätte, wie es in einer Einladung zu einer Innungshauptversammlung heißt, für die Betroffenen schwere berufliche Nachteile zur Folge. Vgl. GA Korb: A 149. Schreiben vom 10. 9. 1933.

371 BB 4./9. 11., 3./6. 12. 1933; 7. 2./5. 3. 1934.

ten. Am 16. Dezember 1934 war die Gleichschaltung abgeschlossen; an diesem Tag wurden im BB alle Zwangsinnungen mit ihren Obermeistern aufgeführt<sup>372</sup>.

Doch stellten die in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten die weitaus wichtigste Berufsgruppe im Amtsbezirk dar. Das Augenmerk der Partei im Bezirk mußte deshalb v. a. auf der Erfassung dieser Berufsgruppe liegen.

Ein hauptsächlicher Teil der Wähler der NSDAP war aus den Kreisen der protestantischen Landwirte gekommen. Gerade die Bauern, die eine Vorzugsstellung zumindest innerhalb der nationalsozialistischen Ideologie einnahmen<sup>373</sup>, werden große Hoffnungen in das neue Regime gesetzt haben. Doch zunächst erfolgte auch ihre Zusammenfassung in berufsständischen Organisationen, den nationalsozialistischen Bauernschaften, die in jedem Ort gegründet wurden.

Schon vor der Machtergreifung hatte die NSDAP sog. landwirtschaftliche Bezirksfachberater, die, wie Gies für den gesamten agrarpolitischen Apparat der NSDAP feststellt, wohl auch im Bezirk Adelsheim in erster Linie rein propagandistisch tätig wurden und unter den Bauern Unzufriedenheit schürten, die die Nationalsozialisten wiederum für sich auszunutzen verstanden<sup>374</sup>. Erstmals erwähnt in den Quellen wird ein solcher Fachberater im Februar 1932 anlässlich in ganz Baden durchgeführter Hausdurchsuchungen bei Angehörigen des agrarpolitischen Apparates<sup>375</sup>. Nach der Machtergreifung galt es nun, auch die Bauern zusammenzufassen und der Kontrolle des nationalsozialistischen Staates zu unterstellen.

Dies geschah auf zweierlei Weise: Einerseits gründete man in den Orten Bauernschaften und hielt die Bauern des Ortes zum Beitritt an; andererseits wurden die landwirtschaftlichen Genossenschaften der Kontrolle der Partei unterstellt. Man darf vermuten, daß mancher Bauer nicht ganz freiwillig in die nationalsozialistische Partei eintrat, weil er berufliche Nachteile zu fürchten hatte. Denn spätestens im Januar 1934 waren die landwirtschaftlichen Genossenschaften in den Gemeinden, über die die Versorgung der Landwirte mit Düngemitteln und Saatgut sowie anderen landwirtschaftlichen Gütern sichergestellt wurde, und über die auch der größte Teil des Absatzes der landwirtschaftlichen Erzeugnisse abgewickelt wurde, in nationalsozialistischer Hand<sup>376</sup>. Auf diese Weise wurde von einer anderen Seite auf die Bauern eingewirkt; ihr beruflicher Lebensnerv war damit getroffen.

Die Gründung von Bauernschaften scheint im Bezirk allgemein im Jahr 1933 durchgeführt worden zu sein, jedoch liegen genauere Angaben nur für 15 Gemeinden vor: Hier bestanden im Februar 1934 örtliche Bauernschaften. Doch da es sich

372 Vgl. BB 20. 10. 1934 über eine Versammlung der Schreinerzwangsinnung, die den Obermeistern der anderen Innungen als Musterversammlung für eigene Versammlungen dienen sollte. – BB 16. 12. 1934, insgesamt werden 12 Innungen genannt.

373 Stichworte hierzu sind z. B. Hitlers Auffassung von einem »gesunden Bauernstaat«, der das »Fundament der gesamten Nation« sein sollte. »Ein fester Stock kleiner und mittlerer Bauern war noch zu allen Zeiten der beste Schutz gegen soziale Erkrankungen, wie wir sie heute besitzen.« (Hitler, Mein Kampf, zitiert nach Gies, S. 23); zum Verhältnis NSDAP und Landwirtschaft: Gies, S. 21 ff., vgl. auch K. Bludau: Nationalsozialismus und Genossenschaften. (1968) S. 61.

374 Gies, S. 51 ff.

375 GLA 338/802: Schreiben vom 8. 2. 1932; die Durchsuchungen fanden am 10. Februar statt.

376 Vgl. Badisches Statistisches Landesamt (Hg.): Badische Landwirtschaft, Bd. 3, S. 291.

um katholische wie evangelische Gemeinden aller Größenklassen handelt, darf man die Gründung von Bauernschaften in allen Gemeinden für das Jahr 1933 annehmen<sup>377</sup>.

War der Beitritt eines Landwirts zur Bauernschaft noch eher eine eigene, wenn vielleicht auch nicht mehr freiwillige Entscheidung, so wußte die NSDAP auf andere Weise das wirtschaftliche Leben im Dorf und besonders der Landwirte unter ihre Kontrolle zu bekommen, indem sie an leitender Stelle in den landwirtschaftlichen Genossenschaften Männer ihres Vertrauens einsetzte. Die Gleichschaltung der Genossenschaften war am 27. Juni 1933 im BB angekündigt worden; gleichzeitig wurden einheitliche Grundsätze für die Durchführung der Gleichschaltung durch den Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften (mit Sitz in Karlsruhe) im engsten Einvernehmen mit dem agrarpolitischen Apparat der NSDAP aufgestellt. Demnach sollte die Gleichschaltung bis zum 1. Januar 1934 durchgeführt worden sein; die bekannten Maßnahmen wie die Ausschaltung von Marxisten oder die Neubesetzung in erster Linie durch alte Parteimitglieder oder alte Mitglieder der NS-Bauernschaften waren vorgeschrieben<sup>378</sup>. Über die Zusammensetzung der alten Vorstände der Genossenschaften in den Gemeinden ist nichts bekannt; aber aus der schon angeführten Liste der Vereine in den einzelnen Gemeinden vom Januar 1934<sup>379</sup> geht hervor, daß zu diesem Zeitpunkt die Vorstände in nationalsozialistischer Hand waren bzw. in der Hand von Männern, die der Kreisleitung als zuverlässig erschienen<sup>380</sup>. Dieser Tendenz entgegen läuft die Entwicklung nur in wenigen Fällen, in denen der Vorstand in den Händen von Männern ruhte, die offensichtlich auf ihrem Gebiet Fachmänner waren und deshalb mit diesem Amt (eventuell wieder) betraut wurden.

Die Gleichschaltung der Bauern ging somit schneller vor sich als die von Handwerk und Gewerbe, die endgültig erst im Herbst 1934 abgeschlossen war; sie scheint mit dem Jahr 1933 beendet gewesen zu sein.

377 Doch die Anfängererfolge der Bauernschaften scheinen nicht überragend gewesen zu sein, soweit man dies an der Anzahl der beigetretenen Bauern ablesen kann, die für drei Gemeinden bekannt ist. In Bofsheim traten der neugegründeten Bauernschaft 20 Mitglieder bei, in Merchingen 78 und in Schlierstadt »eine Anzahl Bauern«. (BB 24.4./12.7./9.9. 1933) Vergleicht man diese Zahlen mit der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe im Ort und stellt man zudem in Rechnung, daß in einem landwirtschaftlichen Betrieb wohl normalerweise mindestens zwei Männer (Vater und Sohn) beschäftigt waren, so stellt sich in der Tat heraus, daß zumindest im ersten Jahr des Dritten Reiches der Organisationsgrad der bäuerlichen Bevölkerung nicht allzu hoch war. (In Bofsheim gab es 68, in Merchingen 201 und in Schlierstadt 175 landwirtschaftliche Betriebe. Vgl. Anhang Tab. I).

378 BB 27. 6. 1933.)

379 GLA 338/926; vgl. oben, S. 110, Anmerkung 213; die Angaben sind aber gerade bezüglich der Genossenschaften nicht vollständig.

380 Es handelte sich v. a. um Gemeinderäte, die 1933 bzw. 1935 von der Kreisleitung berufen worden waren.

## 6.2. Die Gleichschaltung der Vereine

Die Quellenlage läßt es nicht zu, in der Frage der Gleichschaltung der Vereine ein endgültiges Urteil zu fällen. Grundlage dieses Abschnittes konnten fast nur vereinzelte Namensnennungen der Vorstände der einzelnen Vereine im BB sein, die dadurch nur sehr sporadisch namentlich erfaßt werden konnten. Für den Januar 1934 liegen zwar nahezu vollständige Angaben vor<sup>381</sup>, doch ist nicht ausgeschlossen, daß die Gleichschaltung der Vereine erst nach diesem Termin vorgenommen wurde, über die dann im BB keine Angaben gemacht wurden.

Das Interesse der NSDAP erregten die katholischen Volksvereine und Jungmännervereine, deren Geschäftsstellen neben denen anderer katholischer Verbände durch eine Anordnung des badischen Innenministeriums vom 1. Juli 1933 geschlossen wurden. Demnach sollten ihr Vermögen und vorhandenes Schriftmaterial sichergestellt werden<sup>382</sup>. Die Gendarmerie begann daraufhin mit der Überprüfung in den katholischen Gemeinden, da anscheinend nicht bekannt war, in welchen Gemeinden derartige Vereine noch existierten. Bei den bestehenden Volksvereinen in Adelsheim, Zimmern, Krauthem, Klepsau, Oberwittstadt, Berolzheim, Eubigheim, Schillingstadt und Osterburken sowie den Jungmännervereinen Osterburken und Hüngeheim wurden daraufhin gemäß der Anweisung die schriftlichen Unterlagen und das Vermögen beschlagnahmt<sup>383</sup> – eine Maßnahme, die neben den psychischen Auswirkungen auf die Mitglieder auch rein praktische, negative Folgen für die Vereinsarbeit hatte. Für den katholischen Jungmännerverein Osterburken berichtet Gebert, daß das Vermögen nach Abschluß des Konkordates (20. Juli 1933) nach langen Verhandlungen wieder herausgegeben wurde, so daß das Vereinsleben wieder aufblühen konnte. Verbieten wurde der Verein erst am 7. Februar 1939<sup>384</sup>.

Besonderes Interesse erfuhren nur noch Sport-, Gesang- und Kriegervereine. Doch kam es anscheinend nur bei einigen Kriegervereinen zu personellen Veränderungen an der Vereinsspitze. Auf die Bedeutung der Kriegervereine während der Weimarer Republik gerade auch im Amtsbezirk Adelsheim wurde schon an anderer Stelle hingewiesen. Die nationalen und militärischen Traditionen, die in den Kriegervereinen gepflegt wurden, waren Grundlage gerade auch für die Propaganda der Nationalsozialisten. Dies wird auch in einem Artikel im BB im November 1934 ausgedrückt, in dem es heißt, daß die Kriegervereine die »soldatischen Arbeitszellen für den Wiederaufbau der Nation« gewesen seien, die »durch tausendfache Kleinarbeit an der Seele des Volkes Miterhalter und Mitgestalter jener Glaubensgrundlage, auf der der Nationalsozialismus aufbaute«, wurden<sup>385</sup>. Jetzt, zu Beginn des Dritten Reiches, galten die Kriegervereine den Nationalsozialisten als willkommene Organisationen, durch die der Wehrgedanke, der in den Kriegervereinen

381 Gemeint ist wieder die Auflistung in GLA 338/926.

382 GLA 338/805, fol. 301.

383 GLA 338/805, fol. 303ff.

384 Gebert, S. 250.

385 BB 10. 11. 1934 (2. Blatt = Beilage)

traditionell gepflegt wurde, noch weitere Verbreitung finden sollte. Dies geschah schließlich durch die Überführung der Mitglieder der Kriegervereine in die SA-Reserve. Aus dem Protokoll einer Vorstandssitzung des Kriegervereins Osterburken geht hervor, daß sämtliche Mitglieder der Kriegervereine, die noch keinem Wehrverband angehörten und noch nicht älter als 65 Jahre waren, zum Beitritt in die SA-Reserve verpflichtet waren, um sich, wie es dort heißt, in den Dienst des Vaterlandes zu stellen<sup>386</sup>. Die soldatischen Tugenden sollten wieder in den Vordergrund gestellt werden, meinte auch der Kreisleiter auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung des Kriegervereins Osterburken am 18. März 1934<sup>387</sup>. Für seine Ausführungen zur Gründung der SA-Reserve erhielt der Kreisleiter, wie das Protokoll der Versammlung vermerkt, reichen Beifall; sein Vortrag über soldatische Tugenden deckte sich mit den Auffassungen der Anwesenden. Dennoch trat die Versammlung nicht geschlossen zur SA-Reserve über, wie der Bericht im BB vom 23. März 1934 glauben machen will, sondern nur insgesamt 23 Mitglieder, d. h. nicht einmal die Hälfte der Versammelten<sup>388</sup>.

Auch in anderen Kriegervereinen des Bezirks wurde die Organisation der Männer, die jünger als 65 Jahre waren, in der SA-Reserve vollzogen. Berichte liegen allerdings nur für den Bofsheimer und Adelsheimer Kriegerverein vor<sup>389</sup>. – Beide Versammlungen zu diesem Thema fanden übrigens nach dem »Röhm-Putsch« statt, und von Rednern beider Versammlungen wird das mutige und rasche Zugreifen des Führers gelobt. Die Kriegsteilnehmer müßten, gerade im Hinblick auf die vergangenen Ereignisse, mit gewohnter Treue hinter dem Führer stehen, meint der Berichterstatter über die Versammlung in Bofsheim.

Das Ausmaß der Gleichschaltung bei den für den nationalsozialistischen Staat wichtigen Kriegervereinen und damit auch der Auswechslung der Vorstände kann, wie bei anderen Vereinen auch, nicht mit letzter Sicherheit bestimmt werden. Insgesamt wechselte die Führung in fünf Kriegervereinen, wobei bemerkenswert ist, daß in drei Fällen ehemalige Bürgermeister ersetzt wurden, die im Zuge der Gleichschaltung der Gemeindeverwaltung ihr Amt verloren hatten, und denen man nun offenbar auch nicht mehr die Führung der Kriegervereine anvertrauen wollte. Es handelte sich um die Bürgermeister von Leibenstadt, Seckach und Unterkessach. Bürgermeister Vogel von Leibenstadt hatte sich bekanntlich im BB wegen seines erzwungenen Rücktritts gewehrt. Im Falle des Bürgermeisters Baier von Seckach ist erwähnenswert, daß er erst im Jahr 1933 zum Vorsitzenden des Kriegervereines gewählt worden war, und zwar zu einem Zeitpunkt, als er schon den Angriffen von nationalsozialistischer Seite ausgesetzt war. Die Meldung über seine Wahl, die im Zuge der Gleichschaltung des Seckacher Kriegervereins durchgeführt wurde, erschien am selben Tag im BB wie die Meldung von seiner

386 GA Osterburken: B 256, Sitzung vom 11. 3. 1934.

387 BB 23. 3. 1934.

388 In der Generalversammlung am 26. Februar waren 58 Mitglieder anwesend. GA Osterburken: B 256.

389 BB 5. 7. bzw. 17. 7. 1934.

Beurlaubung als Bürgermeister<sup>390</sup>. Seine Wahl war sicher ein bewußter Akt Seckacher Bürger, die mit den Maßnahmen der NSDAP nicht einverstanden waren und ihrem Bürgermeister ihr Vertrauen aussprechen wollten.

In Adelsheim verlor der Beamte beim Bezirksamt und Mitglied der DNVP, Kull, in der Versammlung zur Durchführung der Gleichschaltung sein Amt als Kriegervereinsvorstand<sup>391</sup>. Der Wechsel an der Spitze des Kriegervereins in Osterburken scheint aber nicht politisch motiviert gewesen zu sein, denn der bisherige Vorstand, der wegen Arbeitsüberlastung sein Amt zur Verfügung stellte, wurde während der Generalversammlung aus den Reihen der Mitglieder mehrmals wieder für das Amt vorgeschlagen, ohne daß diese Vertrauenskundgebung bei ihm Erfolg hatte; er lehnte ab<sup>392</sup>.

Im Gegensatz zu den Kriegervereinen scheinen sich, vorbehaltlich eventueller Maßnahmen nach dem Januar 1934, bei den übrigen Vereinen im Bezirk keine Änderungen an der Führungsspitze ergeben zu haben. Sämtliche Vereinsvorstände scheinen während des ersten Jahres des Dritten Reiches bestätigt worden zu sein. Was aber die Einbindung der Vereine in den nationalsozialistischen Staat und dessen Zielsetzungen anbelangt, so ging es dem Regime dabei offensichtlich in erster Linie um die Sport- und Gesangsvereine. Am 15. Mai 1933 wurde im BB ein Aufruf an alle Leibesübungen treibenden Vereine in Baden veröffentlicht, in dem diese aufgefordert wurden, den nationalsozialistischen Sportverband im Zuge einer Vereinheitlichung sämtlicher Turn- und Sportvereine beizutreten, damit der Sport in Zukunft auf nationalsozialistischer Grundlage durchgeführt werden könne. Der Nationalsozialistische Deutsche Sportverband (NSDSV), der, gebunden an das Volksganze, eine Verknüpfung von Höchstleistung und Breitenarbeit anstrebe, müsse in jede Stadt und jedes Dorf hineingetragen werden. Zu diesem Zweck sei es möglich, einzelne Sportler als auch ganze Vereine in den NSDSV aufzunehmen<sup>393</sup>. In Adelsheim wurde dieser Forderung insofern Rechnung getragen, als dort der Zusammenschluß von Radfahrer- und Sportverein erfolgte, ein Wunsch allerdings, der offensichtlich schon länger gehegt worden war, da für Mitglieder beider Vereine doppelte Beitragspflicht bestanden hatte<sup>394</sup>.

Daß auch hinter diesem Aufruf ideologische Gründe zu suchen sind, wird an einem Artikel im Dezember des Jahres 1933 deutlich. Demnach sollten die Sportvereine sich zwar ausdrücklich nicht mit der Ausbreitung der nationalsozialistischen Bewegung befassen, denn dies sei Aufgabe der politischen Organe; aber eine Aufgabe der Führer der Vereine sei auch, über die Erhaltung der nationalsozialistischen Weltanschauung innerhalb der Vereine zu wachen. Doch wurde es immer noch als Hauptaufgabe bezeichnet, den Sport in die Breite zu tragen und Einzelleistungen zu fördern, gerade auch im Hinblick auf die Olympiade<sup>395</sup>.

390 BB 29. 6. 1933.

391 BB 21. 8. 1933.

392 BB 23. 3. 1934, vgl. GA Osterburken: B 256, Sitzung vom 26. 2. 1934.

393 BB 15. 5. 1933.

394 BB 19. 5. 1933.

395 BB 11. 12. 1933 unter der Überschrift »Der neue Sportführer«.

Dennoch wurden damit auch im Freizeitbereich des Bürgers gewisse Kontrollmöglichkeiten geschaffen.

Auch bei den Gesangsvereinen wurde ein Zusammenschluß unter dem Dachverband des Deutschen Sängerbundes (DSB) angestrebt. Am 14. Juli 1933 wurde im BB ein Aufruf des DSB veröffentlicht, der »im Sinne der Zusammenfassung aller Volksschichten und Stände zu gemeinsamer Arbeit und zur Hebung der künstlerischen Leistungsfähigkeit« Richtlinien für den Zusammenschluß der Gesangsvereine aufstellte. Demnach sollte es in Gemeinden unter 3000 Einwohnern höchstens einen Männergesangsverein und einen gemischten Chor geben dürfen. Falls dies nicht der Fall wäre, sollten die Vereine ineinander aufgehen.

Nun trafen solche Voraussetzungen zwar nicht für die Gesangsvereine im untersuchten Bezirk zu; in den Gemeinden gab es jeweils nur einen Gesangsverein und daneben möglicherweise noch einen Kirchenchor, der aber, wie es scheint, nicht unter diese Bestimmungen fiel<sup>396</sup>. Doch wird auch hier deutlich, daß der nationalsozialistische Staat darum bemüht war, in alle Lebensbereiche seiner Bürger einzugreifen: Am 4. September 1933 heißt es anläßlich des Landestreffens des Badischen Sängerbundes in Tauberbischofsheim, daß normalerweise nur ein vor dem 30. Januar 1933 eingetretenes Mitglied der NSDAP Vereinsführer eines Gesangsvereines sein könnte<sup>397</sup>. Mit solchen Maßnahmen wurden die Vereine auch aus dem nicht-politischen Raum herausgeholt, was sich deutlich am Aufruf des Kreisführers der Badischen Sängerschaft für den Kreis Mosbach zeigte, der dazu aufforderte, bei der Volksabstimmung im November 1933 für Hitler mit »Ja« zu stimmen<sup>398</sup>. Die »Pfleger des deutschen Liedgutes«, die jetzt als besondere Aufgabe der Gesangsvereine betont wurde, war Teil desselben Strebens nach einer Politisierung der Vereine, auch wenn hier nur eine ältere Tradition, die jetzt besonders herausgestellt wurde, fortgesetzt worden sein dürfte<sup>399</sup>.

Inwieweit diese Kontrolle der Bevölkerung in den Vereinen möglich war, bzw. inwieweit sie überhaupt im Untersuchungszeitraum durchgeführt wurde, läßt sich einem Artikel im BB vom 6. Februar 1934 entnehmen. Dort wird von einem Maskenball berichtet, den Gesang- und Musikverein Osterburken »in wahrer Volksgemeinschaft« durchgeführt hätten. Mit einem Seitenhieb auf NSDAP-Funktionäre heißt es dort:

»Ganz besonders sollten sich auch einmal diejenigen Kreise, die meinen, sich immer noch von den gewöhnlichen Sterblichen abschließen zu müssen, einmal in eine solche Veranstaltung wagen, und sie könnten sehen, daß dort ihr Ansehen nicht geschädigt wird, sondern daß gerade in den Vereinen das gepflegt wird, was sie bei jeder Gelegenheit predigen: ›Volksgemeinschaft‹.«

396 Die Kirchenchöre mußten 1934 ihre bisherige Form ändern und wurden in die Kirchengemeinden eingegliedert, die sie nun auch finanziell tragen mußten. Vorher hatten sie sich zum größten Teil aus Beiträgen der Mitglieder finanziert. Vgl. BB 6. 2. 1934; doch wurde diese Änderung offensichtlich begrüßt, da nun nicht mehr die Vereinsmitglieder für die Ausgaben aufkommen mußten.

397 BB 5. 9. 1933.

398 BB 10. 10. 1933.

399 Vgl. hierzu auch *Scheurich*, S. 77.

Daraus läßt sich schließen, daß zumindest in Osterburken im ersten Jahr des Dritten Reiches das Vereinsleben weniger von der NSDAP durchdrungen wurde, und daß deren Funktionäre an den Vereinstätigkeiten wenig interessiert waren. Die Vereine führten weiterhin ein gewisses Eigenleben. Dieses Urteil wird von der Tatsache gestützt, daß die Vereinsvorstände über die Phase der Gleichschaltung hinaus im Amt blieben.

### *7. Die Konsolidierung und die Durchsetzung des Regimes in der Bevölkerung bis 1935*

Die Machtstrukturen in den einzelnen Gemeinden des Bezirks in den Jahren 1934 und 1935 lassen erkennen, daß die NSDAP die Macht in den Gemeinden wirklich »ergriffen« hatte. Die wichtigsten Posten in der Verwaltung und im politischen Leben der Gemeinde waren nun mit NSDAP-Angehörigen oder mit »national zuverlässigen« Männern besetzt. Ausnahmen bildeten hier nur einige ganz kleine katholische Gemeinden, in denen die alten Verantwortlichen aus Mangel an geeigneten, der NSDAP nahestehenden Personen weiterhin im Amt geblieben waren. Doch scheint man diesen Orten keine große Bedeutung beigemessen zu haben.

In wirtschaftlicher Hinsicht hatte das Regime außerdem eine Pluspunkt zu verzeichnen: die Arbeitslosigkeit war rückläufig; für den Bezirk Adelsheim wurde am 21. August 1933 gemeldet, daß es hier keine Arbeitslosen mehr gäbe<sup>400</sup>. Im Zuge der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wurden zwischen Hohenstadt und Hirschlanden die Verlegung der Kirnau und Meliorationsarbeiten durchgeführt, die hundert Arbeitslosen Beschäftigung boten<sup>401</sup>. Insgesamt gab es aber im Bezirk wenige Hinweise auf einen Aufschwung der Wirtschaft in den ersten drei Jahren des Regimes.

Deutliches Zeichen einer Veränderung stellte aber der zahlenmäßige Rückgang der Wanderer und Bettler dar, die vor der Machtergreifung und auch noch 1933 die Wandererfürsorgestelle in Adelsheim in großer Zahl aufgesucht hatten. Ihre Zahl verringerte sich 1934 und 1935 deutlich; nachdem der BB am 8. April 1934 schon ein »gewaltiges Absinken« der Zahlen gemeldet hatte und dies als sichtbarsten Beweis für die fortschreitende wirtschaftliche Gesundung wertete, berichtete er am 26. Juli 1935, daß seit acht Tagen keine Wanderer mehr die Fürsorgestelle aufgesucht hätten, und daß die jüngeren Jahrgänge unter den Wanderern restlos verschwunden seien.

Zustimmung erfuhr auch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht; sie wurde, wie mehrmals aus verschiedenen Gemeinden gemeldet wurde, überall begrüßt<sup>402</sup>. Und die im Rahmen der Deutschen Arbeitsopferversorgung durchgeführten

400 BB 21. 8. 1933.

401 Ein anderes, in Seckach schon seit 1932 bestehendes Arbeitslager, durch das auch Arbeitslose aus dem Bezirk Arbeit gefunden hatten (vgl. BB 5. 12. 1932), war im Juli 1933 nach Vollendung der Seckach-Korrektion wieder aufgehoben worden.

402 BB 18. 3./23. 4./20. 6./13. 7. 1935.



kostenlosen Urlaubsfahrten oder die verbilligten Wochenendfahrten, die durch die Deutsche Arbeitsfront (DAF) veranstaltet wurde, dürften nicht nur bei den Teilnehmern eine gewisse Begeisterung ausgelöst haben<sup>403</sup>.

Doch unter der Oberfläche machte sich Unzufriedenheit breit. Dies zeigte sich nicht nur an der verringerten Teilnehmerzahl bei offiziellen Veranstaltungen, die als Ausdruck des Unmuts über die dauernd von der Bevölkerung geforderten Aktivitäten interpretiert werden muß: Mehrmals wird in Berichten über Versammlungen geklagt, daß die Teilnahme geringer gewesen sei als erwartet, oder daß manche nicht ihre Pflicht getan hätten<sup>404</sup>. Teile der Bevölkerung versagten sich dem Regime auf diese Weise.

Von allen Bevölkerungsgruppen zeigte sich für die Landwirte des Bezirks der Zugriff des nationalsozialistischen Staates am stärksten. Wenn diese besondere und für sie günstige Erwartungen an die neue Regierung gerichtet hatten, so wurden sie enttäuscht. Zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft mögen noch viele eine Verbesserung ihrer Verhältnisse erwartet haben, besonders als am 29. April 1933 die Absicht der badischen Regierung bekannt gemacht wurde, den Absatz von Grünkern besonders zu fördern, der in den meisten Gemeinden in zum Teil erheblichen Ausmaß angebaut wurde<sup>405</sup>. Die neue Regierung plante demnach, in allen badischen Schulen zu Beginn des Schuljahres eine Stunde über die Bedeutung des Grünkerns zur Pflicht zu machen; außerdem sollte in allen staatlichen Küchen, bei der Polizei und beim Heer mindestens einmal pro Woche Grünkernsuppe ausgeteilt werden<sup>406</sup>. Doch schon wenige Tage später wurde gemeldet, daß die Herstellung von Grünkern eingeschränkt werden sollte; jeder Gemeinde und damit jedem Anbauer von Grünkern wurde die Produktion nur eines gewissen Kontingents erlaubt<sup>407</sup>.

Auch die Milcherzeuger unter den Landwirten mußten schon bald staatliche Eingriffe hinnehmen. Am 4. Oktober 1933 wird in bezug auf Sennfeld gemeldet, daß in Folge der Gleichschaltung nun je drei Pfennig pro frei verkauftem Liter Milch abgeliefert werden müßten, um für Werkmilch einen angemessenen Preis erreichen zu können. Außerdem wurde auf der Versammlung der Milchgenossenschaft Sennfeld, bei der diese Anordnungen bekannt gemacht worden waren, angekündigt, daß diejenigen Landwirte, die nicht der Milchgenossenschaft angehörten, keine Milch mehr verkaufen dürften. Die allgemeine Einführung von Richt- und Höchstpreisen bei Lebensmitteln, die den Bauern wohl weniger Spielraum beim Verkauf ihrer Erzeugnisse ließen, scheint den Landwirten auch nicht einsichtig gewesen zu sein; der landwirtschaftliche Kreisfachberater der NSDAP

403 BB 20.5./14.8.1935: es wird von Fahrten für mehrere ältere Frauen aus Seckach nach Oberbayern berichtet; BB 5.9./7.6.1935.

404 Vgl. z.B. BB 3.1.1935 bei einer Bauernversammlung in Schillingstadt oder BB 3.6.1935 beim Olympia-Werbetag in Adelsheim: »Es hätte etwas ganz Großes werden können, wenn alle ihre Pflicht getan hätten.« Vgl. auch BB 31.5./2.10.1935 (Veranstaltungen in Sennfeld und Adelsheim).

405 Vgl. hierzu: Badisches Statistisches Landesamt (Hg.): Badische Landwirtschaft, Bd. 3, Tab. 3, S. 324ff.

406 BB 29.4.1933.

407 BB 8.5.1933 und 10.6.1933.

mußte diese Maßnahmen auf mehreren landwirtschaftlichen Versammlungen erklären, wobei die Berichte über diese Versammlungen den Eindruck erwecken, als ob diese Maßnahmen eher negativ empfunden wurden<sup>408</sup>.

Die Landwirte mußten in diesen Jahren eine Reihe von Veränderungen hinnehmen. Das Reichserbhofgesetz, das auf eine Förderung des mittelständischen Bauerntums abzielte und die mittleren, leistungsfähigen Betriebe zu unteilbaren Familienerbhöfen machen sollte<sup>409</sup>, war nur ein Grund für die gesteigerte Propaganda unter den Bauern. Propagiert wurde darüber hinaus im Rahmen der Autarkiepolitik des Dritten Reiches der Anbau von Ölfrüchten und Faserpflanzen, die die Versorgung Deutschlands mit Fetten und Kleidungsstoffen sicherstellen sollten<sup>410</sup>. In diesem Rahmen wurde besonders für den Flachs-anbau geworben<sup>411</sup>, der aber, wie es in einem Bericht aus Buch vom Herbst 1935 heißt, viel Arbeit machen würde, die nicht bezahlt werden könne; doch sei damit dem Volksganzen gedient<sup>412</sup>. Wenn schon der gewiß gegenüber der nationalsozialistischen Politik nicht negativ eingestellte Schreiber dieses Berichts einen Seufzer hören ließ, so ist anzunehmen, daß andere Landwirte negativer darüber dachten.

Unmut erzeugte auch eine andere Maßnahme. Nach dem Willen der badischen Regierung sollte im Bauland die Schafzucht besonders gefördert werden, die schon traditionell in dieser Gegend von Bedeutung war<sup>413</sup>. Nur in fünf Gemeinden des Bezirks war 1934 das Beweiden der Felder durch Schafe nicht erlaubt<sup>414</sup>. Diese Gemeinden sollten nun auch von der Notwendigkeit der Schafzucht überzeugt werden. Wie dies aber vor sich ging, zeigen die Vorgänge in Bofsheim. Die Gemeinde hatte erst im Herbst 1933 die Gemeindegemeinschaft durch einen fast einstimmig gefaßten Gemeindebeschuß aufgegeben. Als nun im Jahr 1934 die Wiedereinführung durchgeführt werden sollte und um die Zustimmung der Grundbesitzer nachgefragt wurde, verhielten sich diese ablehnend. Auch Drohungen des Kreisbauernführers, der auf die Möglichkeit der zwangsweisen Wiedereinführung durch Gesetz aufmerksam machte, stimmten diese nicht um. Der Gemeinderat, der wohl der Meinung der Gemeinde war, beschloß sogar, es auf eine Zwangseinführung ankommen zu lassen, da er gegen die einhellige Ablehnung durch die Gemeinde nichts unternehmen wollte. In einem Schreiben meinten die Mitglieder des Gemeinderates, daß die Gemüter durch die Flurbereinigungsmaßnahmen ohnehin erregt seien; der Gemeinderat wolle deshalb gegen den erklärten Willen nahezu aller Bauern nichts unternehmen<sup>415</sup>. Doch erscheint am 20. Februar 1935 im BB plötzlich die Meldung, daß es dem Ortsbauernführer und der

408 Vgl. BB 25. 7./26. 7./25. 8. 1934.

409 Vgl. *Broszat*, Staat, S. 236.

410 Der Kreisbauernführer referierte darüber u. a. auf einer Versammlung in Neunstetten, BB 31. 12. 1934.

411 BB 22. 10. 1934, 19. 1. 1935.

412 BB 2. 11. 1935.

413 Vgl. Badisches Statistisches Landesamt (Hg.): *Badische Landwirtschaft*, Bd. 3, S. 289.

414 BB 22. 10. 1934.

415 GA Bofsheim: A 147. Schreiben vom 1. 12. 1934 an die Kreisleitung. Die Vorgänge in Bofsheim werden in dieser Akte dokumentiert.

Gemeindebehörde in einer vierten Abstimmung endlich gelungen sei, die Bauern von der wirtschaftlichen Notwendigkeit der Maßnahme zu überzeugen. Die Zwangswiedereinführung sei so vermieden worden. Wie es zu diesem plötzlichen Meinungsumschwung der Bofsheimer Bauern gekommen war, geht aus den Unterlagen nicht hervor, doch gibt eine neuerliche Abstimmung, die am 5. Mai des Jahres durchgeführt wurde, darüber Aufschluß, wie die Zustimmung der Bauern gewonnen wurde: Von den 155 abstimmungsberechtigten Grundbesitzern stimmten 14 für die Wiedereinführung der Schafweide, 16 sprachen sich dagegen aus. Nicht anwesend waren bei dieser Abstimmung 125 Grundbesitzer, die ihren Protest dadurch ausdrückten, daß sie der nachträglichen Legitimation der angeordneten Maßnahme durch eine erneute Abstimmung fernblieben. Dennoch schrieb das Bezirksamt am 18. Mai, daß eine Wiedereinführung der Schafweide in Bofsheim mit Stimmenmehrheit beschlossen worden sei. Über eine bewußte Verfälschung der Tatsachen und einer Entscheidung über die Köpfe der Betroffenen hinweg setzte die Kreisleitung damit ihren Willen durch. Selbst in einem Ort, der wie Bofsheim schon frühzeitig mit großer Mehrheit für die NSDAP gestimmt hatte, mußte dies großen Unmut auslösen. In dem schon erwähnten Bericht im BB, den ein Bofsheimer verfaßt hatte, wird deshalb auch deutlich Kritik an dem Vorgehen der Staats- und Parteibehörden geübt:

»Es mag sein, daß auch sonstwo andere Ansichten vorkommen; wenn sich aber hier ältere, erfahrene Bauern, die von Kindheit auf schon Schafe auf ihren Feldern haben herumlaufen sehen, derartig strikt gegen das Beweiden der Luzerne- und Esparsette-Felder aussprechen, dann werden sie für ihre Ansichten gewichtige Gründe ins Feld führen können, v. a. die der langjährigen Erfahrung«<sup>416</sup>.

Derartige Erfahrungen wie in Bofsheim sowie die anderen genannten Wirtschaftsmaßnahmen, die im Rahmen der Autarkiepolitik durchgeführt werden sollten, mußten die Bauern, selbst wenn sie NSDAP-Anhänger waren, verbittern. Hinzu kamen die rassenpolitischen Entscheidungen des Regimes, die indirekt auch die Bauern betrafen. Durch das Verbot vom Sommer 1935, Vieh an jüdische Händler zu verkaufen, in deren Hand der Viehhandel im Bezirk lag<sup>417</sup>, drohte den Bauern der Verlust ihres Absatzmarktes. Selbst wenn christliche Händler aus Mannheim für die jüdischen Händler einsprangen, wie in einem Artikel berichtet wird, dürfte dies den Bauern weniger gefallen haben, da diese Händler nicht in dem Maße verfügbar waren wie die im Bezirk ansässigen jüdischen Händler, die etwa bei Notverkäufen schneller zur Stelle sein konnten<sup>418</sup>.

Besonders die älteren Landwirte empfanden solche Maßnahmen als Einschränkung ihrer Entscheidungsfreiheit und als Eingriff in ihre Selbständigkeit. Ihre Stellung als Herr auf eigenem Hof wurde dadurch bedroht. Neumaier hat bezüg-

416 BB 20. 2. 1935; Luzerne und Esparsette sind Futterpflanzen.

417 Vgl. hierzu S. 173 ff.

418 In dem genannten Bericht aus Neunstetten (BB 11. 11. 1935) heißt es, daß viele Bauern schon geglaubt hätten, ihr Vieh nicht mehr verkaufen zu können, daß aber Händler aus Mannheim in die Gegend gekommen seien, die Vieh aller Art kauften und bar bezahlten.

lich der Zwangsbewirtschaftung während des Ersten Weltkrieges darauf hingewiesen, daß die ungewohnten Eingriffe in die Selbständigkeit der Bauern tiefe Verbitterungen bei Kriegsende auslösten, die in antistaatliche Ressentiments mündeten<sup>419</sup>. Diese Einschätzung dürfte auch bezüglich der Zwangsmaßnahmen des Dritten Reiches gelten.

Zeigte sich in den genannten Fällen der Unmut noch mehr unter der Oberfläche, so hat ein anderes Ereignis den Unmut der Bevölkerung und v. a. der Katholiken im Bezirk in besonderem Maße erregt. Als am 30. Juni 1934 der katholische Stadtpfarrer Osterburkens, Deppisch, verhaftet wurde, kam es zu einer Demonstration gegen die Kreisleitung. Deppisch hatte mit regimekritischen Äußerungen schon länger die Aufmerksamkeit der Kreisleitung auf sich gezogen und den Ärger des Kreisleiters erregt<sup>420</sup>. – Da Gebert die Vorgänge in Osterburken in seiner Ortsgeschichte ausführlich darstellt, kann an dieser Stelle auf Details verzichtet werden<sup>421</sup>.

Die Verhaftung Deppischs erfolgte am frühen Morgen des 30. Juni 1934, wozu aus der gesamten Umgebung SA-Mannschaften zusammengezogen worden waren. Daß der Angelegenheit großer Wert beigemessen wurde, zeigt die Anwesenheit des Regierungsrates Berokmüller, des Landrates Englert aus Adelsheim und auch des Landrates Rothmund aus Mosbach in seiner Eigenschaft als Führer der Außenstelle des Landeskriminalpolizeiamtes<sup>422</sup>.

Als die Bevölkerung Osterburkens von der Verhaftung des beliebten Pfarrers hörte, versammelten sich, so Gebert, Hunderte empörter Bürger auf dem Marktplatz, um gegen die Festnahme zu protestieren. Die Menge drückte ihr Mißfallen durch Pfui-Rufe aus. Gendarmerie und SA-Mannschaften forderten die Menge auf, sich zurückzuziehen, und verliehen dieser Aufforderung durch den Gebrauch von Gummiknüppeln Nachdruck. Mehrere Männer, vor allem Mitglieder des Jungmännerversins Osterburken, wurden im Verlauf des Tages in Osterburken verhaftet und ins Konzentrationslager Kislau (bei Bruchsal) gebracht. Vier Männer wurden wegen Auflaufs und Widerstandes gegen die Staatsgewalt bzw. wegen versuchter Gefangenenbefreiung verurteilt, wobei an den Urteilen besonders bemerkenswert ist, daß sie, wie es scheint, recht hart ausfielen; das Gericht glaubte nicht den geladenen Zeugen, Bürgern aus Osterburken, sondern vornehmlich den Gendarmeriebeamten, nach deren Meinung sich die Vergehen der Männer schwerer darstellten<sup>423</sup>.

Am Tag nach der Verhaftung des Pfarrers nahmen 200 Männer aus Osterburken an einer Wallfahrt nach Walldürn teil, die zu einer Demonstration gegen die

419 *Neumaier*, S. 424.

420 *Gebert*, S. 171, berichtet sogar, daß Kreisleiter Senft Pfarrer Deppisch öffentlich mit Aufhängen gedroht haben soll.

421 *Gebert*, S. 170ff.; Vgl. auch *R. Herbst*: Von der Kanzel in die Gefängniszelle. Wie sich die Osterburkener Bürger am 30. Juni 1934 gegen die Verhaftung von Pfarrer Deppisch wehrten. In: *Fränkische Nachrichten* 30. 4./1. 7. 1984, Sonderseite.

422 Vgl. GLA 249a / Zugang 1970 / Nr. 36, Fasz. 90 und 92.

423 Ebenda.

Kreisleitung wurde. Trotz des Verbotes eines geschlossenen Auftretens marschierten die Männer zusammen mit der Musikkapelle geschlossen zum Bahnhof. Der Bürgermeister, der auch Vorstand des Musikvereins war, wollte seiner Kapelle die Teilnahme zwar verbieten, doch setzten sich diese mit der Drohung durch, ihre Instrumente zu zerschlagen, so daß sie auch bei anderen festlichen Gelegenheiten nicht mehr hätten auftreten können. Im Zug stimmten sie Wallfahrtslieder an, die sicherlich auch im Gebäude der Kreisleitung gegenüber dem Bahnhof zu hören waren. – Als sie abends zurückkehrten, wurden sie von der Gemeinde jubelnd am Bahnhof empfangen: die Polizei und die wachhabende SA mußten, so Gebert, die Dinge tatenlos an sich vorüberziehen lassen.

Die Vorgänge in Osterburken mögen dafür mitverantwortlich gewesen sein, daß bei der Volksabstimmung am 19. August 1934 in einzelnen katholischen Gemeinden des Bezirks die Nein-Stimmen und die Zahl der leer abgegebenen Umschläge im Vergleich zu anderen Gemeinden des Bezirks hoch waren. In Osterburken selbst drückten 22,5 % der Abstimmenden auf diese Weise ihre Ablehnung aus; 10 % der Stimmberechtigten blieben der Volksabstimmung überhaupt fern. Hohe Ablehnungsquoten – also Nein-Stimmen und leere Stimmzettel – zeigten auch die Ergebnisse in den Gemeinden Ballenberg (21 %), Eubigheim (18,3 %), Gommersdorf (16,6 %), Hüngheim (16 %), Krautheim (14,5 %), Oberwittstadt (18 %) und Schlierstadt (13,5 %). Im Durchschnitt des Bezirks betrug diese Quote 9,3 %<sup>424</sup>. Die Ereignisse in Osterburken dürften mit den gleichzeitigen Vorgängen um den »Röhm-Putsch« zusammenhängen. Es könnte sich hier um ein Ablenkungsmanöver für die SA, die in großer Zahl in Osterburken in diesen Tagen zusammengezogen worden war, handeln. Die Zeitspanne von mehreren Wochen zwischen dem angeblichen Anlaß der Verhaftung Deppischs – seine Pfingstpredigt (Pfingsten war in diesem Jahr am 20. Mai) – und seiner tatsächlichen Verhaftung weisen auch auf einen solchen Zusammenhang hin.

Auch deuten andere Vorkommnisse im Bezirk besonders im Jahr 1935 auf eine verbreitete Unzufriedenheit der Bevölkerung hin. Ab September 1935 häufen sich die Meldungen im BB über Fälle von Schutzhaft, die wohl abschreckend wirken sollten besonders auf solche Personen, die Ansatzpunkte für Kritik an den bestehenden Verhältnissen sahen.

Als Ablenkungsmanöver von bestehenden Mißständen war wohl auch die Herausbeschwörung einer Krisenstimmung im Sommer 1935 gedacht. Betroffene und Zielscheibe wurden in diesem Zusammenhang besonders die jüdischen Bürger. Am 19. Juli 1935 wurde im BB ein Aufruf des Gauleiters veröffentlicht, der angesichts des angeblich »auffällig herausfordernde(n) Benehmens von Angehörigen der jüdischen Rasse« zur Wahrung von Disziplin aufrief. An mehreren Orten sei es nach Wagner deshalb schon zu spontanen Abwehrreaktionen von Volksgenossen gekommen. Provokationen von jüdischer Seite sollten aber grundsätzlich

424 Die Ergebnisse der Abstimmung finden sich im BB vom 20. 8. 1934. Die Ergebnisse im Reich zum Vergleich: Wahlbeteiligung 95,7 %, ungültige Stimmen 2 %, Ja-Stimmen 89,9 %, Nein-Stimmen 10,1 %.

unbeantwortet gelassen werden – nur berechtigte Notwehr würde eine Reaktion rechtfertigen. Denn solche Provokationen lägen auch im Interesse kommunistischer und anderer staatsfeindlicher Kreise, die das Ansehen des nationalsozialistischen Staates schädigen wollten. Dem solle, wie Wagner meinte, in geordneten Bahnen entgegengesteuert werden.

Daß es sich hier bewußt um eine Stellungnahme handelte, die die Bevölkerung auf die angeblichen Provokationen aufmerksam machen sollte – Provokationen, deren Urheber aber nicht jüdische oder kommunistische Kreise, sondern, wenn überhaupt, Mitglieder der NSDAP waren –, scheint klar zu sein<sup>425</sup>. Solche Stellungnahmen dienten als Vorbereitung für andere, gegen die erklärten Feinde der NSDAP gerichtete Maßnahmen. Das Feindbild wurde heraufbeschworen, ohne eigentlichen Anlaß. Zweck war eine weitere Radikalisierung und eine Mobilisierung vorhandener Antipathien und gleichzeitig die Schaffung eines Ventils für die angestaute Unzufriedenheit.

Auch im Amtsbezirk Adelsheim ist dies zu spüren. Auf einer Großkundgebung der NSDAP in Schlierstadt befaßte sich der Redner Roth »mit denjenigen verantwortungslosen Elementen, die glauben, durch ihre Wühlarbeit den nationalsozialistischen Staat unterminieren zu können«. Die »verantwortungslosen Elemente« waren für ihn Marxisten, Zentrumsgeist, Reaktionäre und das Judentum. Auch der Kreisleiter kündigte auf dieser Veranstaltung den »staatsfeindlichen Kreisen« einen scharfen Vernichtungskampf an<sup>426</sup>. Am gleichen Tag wurde im BB nochmals Wagner zitiert, der angeblich keinen Grund zur Beunruhigung sah; nur Krisenmacher meinten demnach, es gäbe in diesem Jahr eine Mißernte. Am 20. August wurden Sprechchöre der SA veröffentlicht, die sich gegen Kritiker und gegen Juden richteten<sup>427</sup>. Am 26. August wurde im BB für den 29. August eine unter der Parole »Deutsches Volk, horch auf!« abzuhaltende Massenkundgebung auf dem Römerkastell in Osterburken angekündigt<sup>428</sup>. Am gleichen Tag veröffentlichte der BB für die Gemeinde Korb unter dem Titel »Aus dem Gemeinderat« judenfeindliche Bestimmungen, die im August und September von offenbar allen Gemeinderäten als Gemeinderatsbeschlüsse verabschiedet wurden<sup>429</sup>. Die Bestimmungen, die auf ein Rundschreiben der Kreisleitung vom 2. September 1935 zurückgingen, wurden von den Gemeinderäten fast wörtlich in der Form, die die Kreisleitung vorschrieb, als Gemeinderatsbeschuß angenommen:

425 Vgl. hierzu *Adam*, S. 114ff.

426 BB 12. 8. 1935.

427 »Kritiker und Meckerer versohlen? Nein – der Teufel soll sie holen.« bzw. »Wohin mit den Juden? Nach Palästina!« BB 20.8.1935.

428 Ähnliche Massenkundgebungen fanden in ganz Baden statt; vgl. BB 21.8.1935: Ankündigung Wagners.

429 Keine derartigen Bestimmungen finden sich in den Gemeinderatsprotokollbüchern von Unterwittstadt, Großbeicholzheim (!), Neunstetten und Hemsbach, doch auch in Korb läßt sich darüber nichts finden. In anderen Gemeinden fehlen die Protokolle der betreffenden Zeit, oder die Seiten wurden herausgerissen. Daß in Großbeicholzheim keine derartigen Beschlüsse verabschiedet wurden, mag am Verhalten des Bürgermeisters und Ortsgruppenleiters gelegen haben, der die Entwicklung (bezüglich Strafmaßnahmen gegen Personen, die weiterhin mit Juden in Verbindung standen oder sie in Schutz nahmen) nicht bejahte. Vgl. GA Großbeicholzheim: A 333 (Judenschicksale).

- »1. Die Gemeinde...läßt jeweils am Ortseingang sowie Ortsausgang ein Schild anbringen mit folgender Beschriftung: ›Juden sind in...nicht mehr erwünscht«.
2. Grundstücke der Gemeinde dürfen in Zukunft an Juden nicht verkauft noch verpachtet werden. Desgleichen ist den Juden der Neuerwerb von Haus- und Grundbesitz innerhalb der Gemeinde zu versagen.
3. Die Gemeindeverwaltung tätigt mit Juden keinerlei Geschäfte mehr. Gemeindebeamte, Gemeindeangestellte, Gemeindearbeiter, die künftig noch beim Juden kaufen, werden mit sofortiger Wirkung ihres Dienstes bei der Gemeinde enthoben.
4. Juden wird in Zukunft der Zuzug in unsere Gemeinde untersagt.
5. Juden sind an Holzversteigerungen im Gemeindewald auszuschließen.
- Ferner:
- a. Juden erhalten keinen Bürgernutzen mehr.
- b. Juden und deren Vertretern ist das Benützen der Gemeindewege nicht mehr gestattet.
- c. Juden ist das Parken auf öffentlichen Plätzen der Gemeinde verboten.
6. Gewerbetreibende, Handwerker, Bauern usw., die nachweislich mit jüdischen Firmen in Geschäftsverbindung stehen, werden bei Vergebung gemeindlicher Aufträge nicht mehr berücksichtigt.
7. Bei Vergebung von Aufträgen durch die Gemeinde ist maßgebend, ob derjenige, der den Auftrag erhält, die N.S.V. gemessen an seinen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend unterstützt.
8. Es können künftig Geschäfte nur dann Berücksichtigung finden bei Vergebung öffentlicher Aufträge, wenn ihre Arbeitnehmer in der Staatsjugend sind oder in NS-Organisationen. Geschäfte, die bewußt die Zugehörigkeit ihrer Angestellten, Lehrlinge, Arbeiter verhindern, haben keinen Anspruch auf Vergebung von gemeindlichen Aufträgen. Dasselbe ist auch dann der Fall, wenn nachgewiesen wird, daß Gewerbetreibende und Handwerker bewußt die heutige Staatsform ablehnen oder einer nationalsozialistischen Organisation nicht angehören«<sup>430</sup>.

Nur in einigen Gemeinden – außer in Korb war dies in Osterburken, Krautheim und Eubigheim der Fall – wurden die Beschlüsse schon vor dem 2. September 1935, dem Datum des Schreibens der Kreisleitung, verabschiedet. In Eubigheim, wo schon in einer Sitzung des Gemeinderats im März des Jahres der Zuzug von Juden in die Gemeinde untersagt worden war, nahm der Beschluß noch schärfere Formen an: Leute, die den Bestimmungen zuwiderhandelten, sollten als Volksverräter eingestuft werden<sup>431</sup>. In Buch mußte die erste Bestimmung nicht mehr verabschiedet werden, da derartige Schilder, wie sie diese Bestimmung forderte, schon im Frühjahr aufgestellt worden waren<sup>432</sup>. In den meisten Fällen scheinen die

430 GA Klepsau: A 376, Rundschreiben der Kreisleitung Nr. 32/35.

431 GA Eubigheim: GRP, Sitzung vom 24. 8. 1935.

432 GA Buch: GRP, Sitzung vom 21. 9. 1935.

Bestimmungen einstimmig verabschiedet worden zu sein. Widerspruch regte sich, soweit bekannt, nur in Osterburken und Sindolsheim; in diesen Gemeinden stimmten jeweils drei Abgeordnete (von vier Gemeinderäten und zwei Beigeordneten) gegen die von der Kreisleitung angeordneten Maßnahmen, die, wie es in dem Rundschreiben hieß, strikt eingehalten werden sollten; die Verantwortung hierfür wurde den Hoheitsträgern der Partei übertragen.

Die Nürnberger Gesetze wurden bekanntlich erst am 15. September 1935 verabschiedet. Es zeigt sich damit, daß dem »legalen Akt«, wie so oft im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, ein Akt »von unten« vorausging, der zwar »von oben« – in diesem Fall darf man wohl annehmen, daß die Kreisleitung nicht der ursprüngliche Initiator dieser Maßnahmen war – angeordnet war, aber dennoch als »Forderung des Volkes« und der Parteibasis als Rechtfertigung für derartige gesetzliche Regelungen erscheinen sollte, und die Durchsetzung dieser Regelungen zu beschleunigen half<sup>433</sup>.

Die Diskriminierung der jüdischen Bürger und ihre rechtliche Zurückstufung zu Bürgern zweiter Klasse, die im nationalsozialistischen Deutschland schlimme Auswirkungen und Folgen zeigen sollten, mußte jedem Bürger das menschenverachtende Vorgehen des Regimes deutlich machen. Die Maßnahmen des Sommers 1935 und ihre Verwirklichung in den Gemeinderatsbeschlüssen in den meisten, möglicherweise in allen Gemeinden machen somit wieder deutlich, daß die untere Ebene des Staates und der Gesellschaft eine wesentliche Grundlage war, auf der Hitler und seine Anhänger aufbauen konnten. Hier erwies sich die Durchsetzungskraft des Regimes.

Die Untersuchung bricht zu einem Zeitpunkt ab, als das Bezirksamt Adelsheim nur noch kurze Zeit zu bestehen hatte. Gerüchte über eine Änderung der Verwaltungsstruktur hatte es schon vor Beginn des Dritten Reiches gegeben; schon im März 1931 hatten die Adelsheimer Bürger gegen eine Auflösung des Bezirksamtes protestiert<sup>434</sup>. 1936 wurde schließlich die endgültige Aufhebung des Amtsbezirks verfügt. Die Gemeinden des Amtsbezirks Adelsheim wurden dem Amtsbezirk Buchen angegliedert. Auch die Organisation der NSDAP paßte sich dieser Neuorganisation an, der Kreis Adelsheim der NSDAP hörte ebenfalls auf zu existieren; sein Kreisleiter Senft wurde im selben Jahr zum Kreisleiter in Mosbach berufen.

### Zusammenfassung

Der Amtsbezirk Adelsheim kann als hauptsächlich landwirtschaftlich und in geringerem Maß kleingewerblich orientierter Bezirk charakterisiert werden, dessen Bevölkerung meistens in mittelgroßen Gemeinden lebte. Diese Gemeinden sind zum großen Teil als konfessionell homogene Gemeinden zu bezeichnen. Die Bevölkerung verdiente ihren Lebensunterhalt im Untersuchungszeitraum in erster

433 Vgl. *Adam*, S. 68.

434 Vgl. BB 3.3.1931.



Linie in der Landwirtschaft, wobei auch der hauptberuflich nicht in der Landwirtschaft arbeitende Bevölkerungsteil die Landwirtschaft im Nebenerwerb betrieb. Die im Bezirk ansässige Industrie war demgegenüber nahezu bedeutungslos.

Auch in diesem Bezirk macht sich Ende der zwanziger Jahre ein Absinken des Lebensstandards bemerkbar; die Wirtschaftskrise zeigt sich hauptsächlich im Geldmangel der Bevölkerung und in den hohen Zahlen der Wanderer und Bettler. In erster Linie von den Kriegervereinen getragen, läßt sich im Bezirk eine weitverbreitete Antipathie gegen das bestehende parlamentarische System der Weimarer Republik feststellen, die vor allem in der evangelischen Bevölkerung ausgemacht werden kann. Die Sehnsucht nach einem wiedererstarkten Deutschland kommt immer wieder zum Ausdruck – eine Stimmungslage, die ein Grund dafür ist, daß die NSDAP weite Kreise für sich gewinnen kann. Die evangelische Bevölkerung des Bezirks wendet sich von den Parteien der Mitte und der Rechten sowie der bauerlichen Interessenpartei mehr und mehr ab und stimmt bei den Wahlen für die NSDAP, während das Zentrum auf der anderen Seite die katholische Bevölkerung weiter an sich binden kann.

Den ersten größeren Erfolg hat die NSDAP im Bezirk bei der Reichstagswahl des Jahres 1928 mit 9,5 % der Stimmen. Sie liegt damit im Bezirk weit über dem badischen Gesamtergebnis – ein Trend, der sich auch bei den nächsten Wahlen fortsetzen sollte. Mit der Konsolidierung ihrer Parteiorganisation und einer gerade im Vergleich zu den anderen Parteien ungeheuren Propagandaaktivität gelingt es der Partei im Jahr 1932, im Bezirk zur stärksten Partei zu werden, hinter der hauptsächlich die Mehrheit der evangelischen Wählerschaft steht. Gewisse Versäumnisse der anderen Parteien, die im Bezirk meist nur bei Wahlkämpfen in Erscheinung treten, und die sich in erster Linie auf ihre Stammwählerschaft konzentrieren, während die NSDAP auch ihr Fernstehende zu gewinnen sucht, tragen zu diesem Erfolg bei. Sie kann schließlich bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 die absolute Mehrheit erringen.

Der 30. Januar 1933 bringt im Bezirk noch keine großen Veränderungen mit sich. Erst nach der Reichstagswahl im März setzen die Versuche der NSDAP in größerem Maß ein, das Leben im Bezirk unter ihre Kontrolle zu bringen. Der Flaggenstreit ist dazu der Auftakt und zugleich der Anlaß zu Versuchen, auch in den Gemeinden eine Demonstration der neuen Macht der NSDAP zu geben. Sie stößt dabei auf wenige Widerstände; die Gemeindeverwaltungen wie auch die Verwaltung des Bezirks lenken in den meisten Fällen ein.

Nach der März-Wahl 1933 ist im Bezirk eine große nationale Begeisterung festzustellen, die die NSDAP für sich auszunutzen versteht. Es setzt ein schleichen-der Prozeß ein, während dessen Verlauf die NSDAP ihren Anspruch auf die Kontrolle des gesamten Lebens durchsetzt. Die Bevölkerung wird zur Beteiligung an einer großen Zahl von Veranstaltungen aufgerufen, die das »wiedererstarkte Deutschland« feiern. Die Beteiligung der Honoratioren der Dörfer, die bei diesen Feiern als Redner mitwirken und die nationale Begeisterung zum Ausdruck bringen, trägt dabei zur Anerkennung und Sanktionierung des neuen Systems bei.

Gleichzeitig setzen Terrormaßnahmen ein, die sich gegen die politischen und ideologischen Gegner richten: KPD- und SPD-Mitglieder sowie jüdische Bürger werden verstärkt Drohungen und Belästigungen ausgesetzt; ihre Widerstandskraft soll so gebrochen werden.

Die Gleichschaltung der Verwaltung setzt hauptsächlich im April des Jahres 1933 ein. Auf Bezirksebene sind hierbei kaum Veränderungen festzustellen; nur die AOK erfährt besonderes Interesse. Ihr Geschäftsführer wird abgesetzt, NSDAP-Funktionäre treten an seine Stelle. Die NSDAP konzentriert sich besonders auf die Gemeindeebene und hier v. a. auf die politischen Ämter.

Insgesamt werden bis Ende 1934 23 der 37 Bürgermeister des Bezirks abgelöst, wobei ihre Verdrängung aus dem Amt mit Hilfe »legaler« Mittel, d. h. Gesetzen und Anweisungen des Bezirksamtes (»von oben«), und durch terroristische Methoden »von unten«, durch Angriffe und Vorwürfe, gelingt. Der Einfluß der NSDAP in den Gemeinden wird auch durch die Umbildung der Gemeinderäte und Bürgerausschüsse gemäß den Ergebnissen der Reichstagswahl sichergestellt; die Mehrzahl der bisherigen, unter dem Weimarer System tätigen Gemeinderäte und Gemeindeverordneten werden aus diesen Gremien verdrängt. In den katholischen Gemeinden trägt hierzu eine erneute Umbildung der Gemeindegremien im Sommer 1933 bei, deren Mitglieder auch nach der erfolgten Gleichschaltung mehrheitlich der Zentrumsparterie angehört hatten. Nur in den kleinen katholischen Gemeinden gibt es kaum Veränderungen; die NSDAP kann hier nur auf wenige Männer ihres Vertrauens zurückgreifen.

So zeigt sich für das Ende des Jahres 1933, daß der NSDAP der Austausch der Machteliten auf dem Dorf gelungen war, denn selbst in den protestantischen Gemeinden sind zu diesem Zeitpunkt hauptsächlich neue Männer in den Gemeindegremien vertreten. Die Durchdringung des politischen Lebens der Gemeinden mit nationalsozialistischem Gedankengut setzt sich weiterhin fort. Mit der DGO wird im Jahr 1935 das Führerprinzip auch in den Gemeinden etabliert und der NSDAP weitgehende Rechte und Einwirkungsmöglichkeiten zugesprochen. Dennoch gelingt es der Partei nicht, ihren Anspruch, nur alte Parteimitglieder mit Gemeindeämtern zu betrauen, zu verwirklichen.

Der Machtanspruch der NSDAP macht aber nicht an der Verwaltung halt, sondern konzentriert sich auch auf die Kontrolle des Einzelnen in seinem beruflichen und privaten Leben. Die Gleichschaltung der Berufsstände und der Vereine dient diesem Ziel. Damit soll auch eine Kontrolle des wirtschaftlichen Lebens erreicht werden.

Im Bezirk werden trotz der relativen Bedeutungslosigkeit der Arbeiter Gründungen von nationalsozialistischen Betriebszellen vorgenommen. Das Handwerk wird bis zum Herbst 1934 in Pflichtinnungen organisiert. Die Bauern als wichtigste Berufsgruppe des Bezirks werden in Bauernschaften zusammengefaßt, die 1933 in wohl allen Gemeinden des Bezirks gegründet werden. Die Kontrolle des wirtschaftlichen Lebens der Dörfer gelingt durch die Kontrolle der landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Die Vereine führen wohl auch weiterhin ein gewisses Eigenleben, obwohl auch über die Vereinsarbeit die Einbindung der Bevölkerung in den nationalsozialistischen Staat versucht wird und die Vereine aus dem nicht-politischen Raum herausgeholt werden sollen. Nur die katholischen Vereine werden in größerem Maß behindert. In den übrigen Vereinen kommt es zumindest bis Januar 1934 kaum zu personellen Veränderungen an der Vereinsspitze. Nur die Kriegervereine, in denen der Wehrgedanke traditionell gepflegt wurde, erlangen eine größere Bedeutung; folglich kommt es hier, wenn auch in geringem Maß, zu Änderungen im Vorstand einiger Vereine. Die Kriegervereine werden schließlich 1934 in die SA-Reserve überführt. Sport- und Gesangvereine erfahren eine ideologische Einbindung in das nationalsozialistische Herrschaftssystem.

Im Untersuchungszeitraum läßt sich eine gewisse Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem Regime feststellen, die sich daran zeigt, daß die Teilnehmerzahlen an Veranstaltungen sinken. Mehr noch stoßen die wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Regimes im Bezirk auf eine gewisse Ablehnung, obwohl sich das Regime durchzusetzen weiß. Besonders die Bauern werden hiervon betroffen; die wirtschaftspolitischen Entscheidungen wie z. B. die Förderung der Schafzucht im Rahmen der Autarkiepolitik bedeuten Eingriffe in die gewohnte Selbständigkeit der Bauern. Als Ventil für die wohl verbreitete Unzufriedenheit werden besonders im Jahr 1935 Kampagnen gegen die jüdische Bevölkerung benutzt, deren Entrechtung auch auf Gemeindeebene deutlich wird.

## ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

|                      |  |
|----------------------|--|
| AOK                  | Allgemeine Ortskrankenkasse  |
| BB                   | Bauländer Bote   |
| Berufsbeamten-gesetz | Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums                 |
| DAF                  | Deutsche Arbeitsfront  |
| DDP                  | Deutsche Demokratische Partei                                      |
| DGO                  | Deutsche Gemeindeordnung   |
| DNVP                 | Deutschnationale Volkspartei                                       |
| DSB                  | Deutscher Sängerbund   |
| DVP                  | Deutsche Volkspartei   |
| EvVd                 | Evangelischer Volksdienst  |
| Fasz.                | Faszikel   |
| fol.                 | folio  |
| GA                   | Gemeindearchiv (einschließlich Stadtarchiv)                        |
| GLA                  | Generallandesarchiv Karlsruhe                                      |
| GRP                  | Gemeinderatsprotokolle   |
| GVBl.                | Badisches Gesetz- und Verordnungsblatt                             |
| HJ                   | Hitler-Jugend  |
| JCH                  | Journal of Contemporary History                                    |
| KPD                  | Kommunistische Partei Deutschlands                                 |
| Landb.               | Badischer Landbund   |
| NS-Bauernschaft      | Nationalsozialistische Bauernschaft                                |
| NSBO                 | Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation                  |
| NSDAP, NS            | Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei                     |
| NSDSV                | Nationalsozialistischer Deutscher Sportverband                     |
| NS-Hago              | Nationalsozialistische Handwerks-, Handels und Gewerbeorganisation |
| RGBl.                | Reichsgesetzblatt  |
| SA                   | Sturmabteilung   |
| SPD                  | Sozialdemokratische Partei Deutschlands                            |
| SS                   | Schutzstaffel  |
| VfZ                  | Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte                              |
| Z                    | Zentrum  |
| ZBLG                 | Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte                        |
| ZGO                  | Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins                      |

# Vom Arbeiterbildungsverein zur Sozialdemokratie

## Die Haller Arbeiterbewegung von den Anfängen bis zum Fall des Sozialistengesetzes<sup>1</sup>

VON HANS P. MÜLLER

Die Anfänge der württembergischen Arbeiterbewegung reichen in das Revolutionsjahr 1848 zurück<sup>2</sup>. In Stuttgart, Esslingen, Göppingen und Ulm hatten sich *Arbeitervereine* gebildet; bis 1852 waren im Königreich Württemberg etwa 25 solcher Vereine entstanden. Sie fielen jedoch größtenteils der spätestens 1851 vehement einsetzenden staatlichen Unterdrückung zum Opfer. Die anschließende Reaktionsära erlaubte allenfalls eine »Phase informeller oder latenter Existenz«<sup>3</sup>, die erst im Rahmen einer veränderten politischen Großwetterlage seit Anfang der 1860er Jahre zu Ende ging.

Einerseits durch die Einführung der Gewerbefreiheit – in Württemberg zum 1. Mai 1862 – gefördert, andererseits mit dem Wiedererstarken des (Links-)Liberalismus eng verbunden, trat nun die Arbeiterbewegung in eine neue Phase ein. In einer Art Gründungswelle waren bis 1867/68 etwa zwanzig württembergische *Arbeiterbildungsvereine* mit rund 1600 Mitgliedern entstanden<sup>4</sup>. Zweierlei ist dabei bemerkenswert: Die sich formierende Bewegung der Handwerkergesellen und Arbeiter hatte zunächst eine rein emanzipatorische, von klassenkämpferischen Ideen noch weit entfernte Zielsetzung. Nicht Sprengung der bürgerlichen Gesellschaft, sondern Integration in diese wurde angestrebt, als Integrationsvehikel sah man die eigene (Fort-)Bildung an. »Man war durchdrungen von dem Gedanken, daß es die erste Aufgabe eines tüchtigen Arbeiters sei, sich eine gediegene Bildung zu verschaffen; dann besitze er die Waffen für sein Fortkommen, mit denen er sich selber helfen könne«<sup>5</sup>. Folgerichtig organisierte man sich in Arbeiterbildungsvereinen mit entsprechenden Statuten. Gleichzeitig galt die enge Verbindung mit

1 Eine Kurzdarstellung des hier behandelten Zeitraums gibt die Festschrift »100 Jahre Sozialdemokratische Partei Deutschlands – Ortsverein Schwäbisch Hall«, Schwäb. Hall o. J. (1978). Sie beschränkt sich jedoch weitgehend auf die Wiedergabe von Zeitungsanzeigen und einige Aktenauszüge. Der ungedruckt geliebene wiss. Zulassungsarbeit von J. Karg: Die Arbeiterbewegung im Oberamt Schwäbisch Hall von ihren Anfängen bis zum Ende des Sozialistengesetzes. Mannheim 1980, verdankt der Verfasser Hinweise auf Belegstellen im Haller Tagblatt. Karg hat einige wesentliche Momente der Haller Entwicklung übersehen. Vgl. auch G. Wunder: Die Anfänge der SPD in Hall. In: K. Ulshöfer (Hg.): Bauer, Bürger, Edelmann. Festgabe für G. Wunder (= Forschungen aus Württ. Franken, 25), Sigmaringen 1984, S. 295ff.

2 Auch die Haller Gewerbegehilfen berieten im April 1848 über eine Stellungnahme »zu der sich neugestaltenden bürgerlichen Gesellschaft und über die Rechte und Pflichten der Gehilfen«. W. German: Chronik von Schwäbisch Hall. ... Schwäb. Hall o. J., S. 275.

3 W. Schmierer: Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik. Die Anfänge der Arbeiterbewegung in Württemberg 1862/63–1878. Hannover 1970, S. 43.

4 Ebd. S. 74. Eine andere Quelle nennt für 1868 17 württ. Vereine mit etwa 1400 Mitgliedern: E. Eyck: Der Vereinstag deutscher Arbeitervereine 1863–1868. ... Berlin 1904, S. 88.

5 Eyck, S. 2.

liberal-demokratischen Kreisen des Bürgertums als natürlich und angemessen. Deren politische Zielsetzung war mit der der Arbeiterbildungsvereine zunächst weitgehend identisch. »Absolut herrschend war die Anschauung, daß Bürger und Arbeiter... große Aufgaben gemeinsam zu erfüllen hätten, daß beide von Natur aufeinander angewiesene, eng verbundene Brüder seien«<sup>6</sup>.

Zentren des Wiederaufbaus der württembergischen Arbeiterbewegung waren die 1862 neu entstandenen Arbeiterbildungsvereine Ulm und Esslingen sowie der Anfang 1863 als Rechtsnachfolger des 1852 aufgelösten Arbeitervereins gegründete Arbeiterbildungsverein Stuttgart. Kennzeichnend war hier die personelle Kontinuität zur »alten« Arbeiterbewegung. Die auch im übrigen Deutschland einsetzende Entwicklung – Einberufung erster Arbeiterkongresse – verlieh zusätzliche Impulse<sup>7</sup>.

Vertreter der Stuttgarter und Esslinger Vereine nahmen Anfang Juni 1863 am ersten Vereinstag deutscher Arbeitervereine in Frankfurt/Main teil. Unter diesem Namen konstituierte sich dort ein lockerer Zusammenschluß, an dessen Spitze sein »Ständiger Ausschuß« trat. Diese liberal geprägte, zunächst an den genossenschaftlichen Ideen Schulze-Delitzsch' orientierte Vereinigung war bis zu ihrer Auflösung 1869 die organisatorisch-politische Heimat der württembergischen Arbeiterbildungsvereine<sup>8</sup>. Entsprechend den Frankfurter Empfehlungen konstituierte sich im September 1863 ein »Gauverband württembergischer Arbeiterbildungsvereine«, an dessen Spitze der Stuttgarter Verein als »Vorort« trat, dieser Gauverband schloß sich dem Vereinstag an<sup>9</sup>.

Nachdem die Stuttgarter Arbeiter die Förderung des Vereinsgedankens als zentrale Aufgabe proklamiert hatten<sup>10</sup>, entstanden seit 1863 in rascher Folge weitere Vereine. Im April 1864<sup>11</sup> wurde der »Arbeiter-Bildungs-Verein Schwäbisch Hall« ins Leben gerufen. Eine im Haller Tagblatt erschienene Anzeige postulierte »gesellschaftliche Hebung und geistige Bildung« als Vereinsziel<sup>12</sup>. Die – unter dem Datum 24. April 1864 – gedruckten Vereinsstatuten<sup>13</sup> enthalten achtzehn Paragraphen, die ganz dem oben skizzierten Bild entsprachen; Politik blieb ausgeklammert. § 1 präzierte »geistige Bildung des Arbeiters durch passende Vorträge, gute Lectüre, Pflege des Gesangs und Unterricht in allgemein nothwendigen Kenntnissen« als alleinigen Vereinszweck. Zusammenkünfte sollten mindestens einmal wöchentlich erfolgen (§ 2). Jedem unbescholtenen, mindestens 18jährigen Arbeiter »ohne Unterschied der Person und der Beschäftigung« stand der Beitritt offen (§ 3), als Aufnahmegebühr wurden 12, als Monatsbeitrag 9 Kreuzer festgesetzt

6 Ebd., S. 2.

7 Vgl. *Schmierer* (wie Anm. 3), S. 51 ff.

8 Die Spaltung der frühen deutschen Arbeiterbewegung kann hier unberücksichtigt bleiben. Lassalles ebenfalls 1863 entstandener »Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein« vermochte in Württemberg zunächst nicht Fuß zu fassen. Vgl. *Schmierer* (wie Anm. 3), S. 61 ff.

9 Vgl. ebd., S. 63 ff.

10 Ebd., S. 70.

11 Nicht erst im Sommer 1864, wie *Schmierer* (ebd., S. 269) meint.

12 Haller Tagblatt (HT), Nr. 95 v. 26. 4. 1864.

13 Kopie im Kreisarchiv Schwäb. Hall (KrA SHA) – vgl. Anhang.

(§ 4). Die weiteren Punkte legten die Vereinsorganisation fest und bestimmten ein aus Vorstand, Vizevorstand, Kassierer, Schriftführer sowie einem dreiköpfigen Ausschuß gebildetes »Comité« als Leitungsorgan (§ 12).

Es erscheint wahrscheinlich, daß der Arbeiterbildungsverein Stuttgart dem Haller Verein »zur Existenz verholfen« hat<sup>14</sup>. Andererseits mögen auch außerwürttembergische Erfahrungen bei der Gründung mit eingeflossen sein, kam doch der erste Vereinsvorstand, der Bürstenbinder Julius Bär, aus Thüringen<sup>15</sup>. Die Haller Vereinsgründung erscheint insofern bemerkenswert, als die übrigen Arbeiterbildungsvereine in Württemberg fast ausnahmslos in Städten mit bereits entwickelter Industrie bzw. Großgewerben entstanden. In der Stadt Hall existierten nach der Gewerbeaufnahme von 1875 748 Betriebe mit 1520 männlichen (und 289 weiblichen) Gehilfen; nur 29 Unternehmen verfügten über mehr als fünf Beschäftigte<sup>16</sup>. So wird deutlich, daß sich die Mitgliedschaft fast ausschließlich aus Handwerkern bzw. Handwerksgesellen rekrutierte.

Die Quellen zur Vereinsgeschichte sind spärlich, da der Arbeiterbildungsverein als unpolitisch galt – und dies zunächst auch war – und so keiner amtlichen Beaufsichtigung unterlag. Anzeigen im Haller Tagblatt berichten über belehrende Vorträge, seit 1865 regelmäßig gefeierte Stiftungsfeste; der unterhaltende bzw. gesellige Bereich – Gesang, Tanz, Musikdarbietungen, Gedichtvorträge, Weihnachtsfeiern – kam nicht zu kurz. Auch die 1869 neu gedruckten Statuten<sup>17</sup> zeigen, obwohl wesentlich ausführlicher gehalten, keine gravierenden Änderungen gegenüber 1864. Eine eigene Bibliotheks-Ordnung legte nunmehr Ausleihemodalitäten fest. Offenbar hatte die Vereinsbücherei inzwischen einen beachtlichen Umfang erreicht, stand sie doch unter Leitung eines Bibliothekars. Den Stellenwert des geselligen Bereichs unterstreicht, daß nunmehr der Vereinsleitung ein eigenes »Vergnügungs-Comité« zur Seite stand. Schließlich war den Statuten eine eigene »Sänger-Ordnung« beigegeben. Der Verein unterhielt einen Gesangslehrer und verfügte über eine Notensammlung; Gesangspflege wurde als »wesentliche« Vereinsaufgabe bezeichnet.

Während 1868 die Mitgliederzahl mit fünfzig angegeben wird<sup>18</sup>, zählte der Verein nach einem Bericht im Haller Tagblatt im Frühjahr 1869 »ca. 100 Mann«<sup>19</sup>. Auch

14 So *Schmierer* (wie Anm. 3, S. 71), ohne dies jedoch zu belegen.

15 Lt. Totenbuch v. St. Michael war Bär 1838 in Sachsen-Altenburg geboren. Er verstarb bereits 1865. Vgl. die Danksagung des Arbeiterbildungsvereins für »ehrenvolle Begleitung... Blumen und Kränze«, HT Nr. 144 v. 24. 6. 1865.

16 KrA SHA 1/43.

17 Kopie im KrA SHA.

18 Bericht über den Fünften Vereinstag der Deutschen Arbeitervereine ... 1868 zu Nürnberg. Hg. v. Vorort Leipzig<sup>2</sup> 1928, S. 31. *Schmierer* (wie Anm. 3, S. 271) führt für den 1. 1. 1868 23 Mitglieder – zugleich Abonnenten der »Arbeiter-Zeitung« – an.

19 HT Nr. 92 v. 22. 4. 1869. Im August 1869 betrug die Mitgliederzahl 120: Protokoll über d. Versammlung des Allgem. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterkongresses zu Eisenach... 1869, Leipzig 1869, S. 82.

das Oberamt Hall ging im Mai 1870 von etwa einhundert Mitgliedern aus<sup>20</sup>. Daß sich der Haller Arbeiterbildungsverein auch als Selbsthilfeorganisation verstand, zeigt die Gründung einer »Kranken-Unterstützungskasse«. Bereits 1868 wurden dazu Statuten erarbeitet, deren § 1 die Unterstützung erkrankter Mitglieder durch Geldleistungen postulierte. Vereinsmitglieder waren zum Beitritt verpflichtet, dieser stand aber auch Nichtmitgliedern offen. Während die Statuten noch von niedrigen Beiträgen – 6 bzw. 3 Kreuzer im Monat – ausgingen, wurden diese 1869 auf 18 Kreuzer monatlich erhöht, die tägliche Unterstützung auf 30 Kreuzer festgesetzt. Bei den Beratungen waren auch Arbeitgeber beteiligt, eine Vereinbarung mit dem städtischen Krankenhaus wurde angestrebt<sup>21</sup>. Der Selbsthilfe diente auch die 1870 erfolgte Bildung eines – allerdings wohl nur kurzlebigen – vereinseigenen »Arbeitsnachweises«. Dort waren »Arbeiter in allen Fächern« registriert, mit entsprechenden Stellen in Stuttgart und Heilbronn stand man in Verbindung. Gewerbetreibende und Landwirte wurden zur Nutzung der neuen Einrichtung aufgerufen<sup>22</sup>.

Aktiv – jedoch nicht an führender Stelle – war der Haller Arbeiterbildungsverein auch an der Verbandsarbeit beteiligt. Er war beim Vereinstag der deutschen Arbeiterbildungsvereine vertreten, der im September 1865 in Stuttgart zusammentrat<sup>23</sup> und u. a. für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eintrat, eine Forderung, die von den Hallern nachdrücklich unterstützt wurde<sup>24</sup>. Auf der Landesversammlung des württembergischen Gauverbandes 1866 in Cannstatt – sie war von Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der »großdeutschen« und damit antipreußischen Volkspartei und der »kleindeutschen« Deutschen Partei (Nationalliberale) geprägt – bezog der Haller Delegierte die Position der Volkspartei<sup>25</sup>. Folgerichtig setzte sich der »bisher wenig hervorgetretene« Haller Verein<sup>26</sup> bei den Landtagswahlen von 1868 vehement für den Kandidaten der Volkspartei, Oesterlen, ein. Eine Vereinsversammlung – ihr wohnten auch »viele andere hiesige Bürger« bei – beschloß nicht nur dessen Unterstützung, sondern verabschiedete auch eine Dankadresse an den bisherigen Abgeordneten. Angesichts der Wiedereinführung des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts formulierte die Versammlung: »Arbeiter! Das langersehnte allgemeine Wahlrecht ist errungen! Laßt uns miteinander zeigen, daß wir dessen würdig sind«<sup>27</sup>!

Wenige Tage später griff der Arbeiterbildungsverein erneut in den aufwendigen Wahlkampf zwischen Nationalliberalen und Volkspartei ein: Nachdem sich 42 Arbeiter in einem Aufruf für Oesterlens Gegenkandidaten ausgesprochen hat-

20 KrA SHA 1/519. Demgegenüber vertraten W. Atz und Chr. Schwend im Juni 1870 je 90 Mitglieder: Protokoll über den ersten Congreß der social-demokratischen Arbeiterpartei zu Stuttgart... 1870. Leipzig 1870, S. 51f.

21 Gedr. Statuten im KrA SHA. HT Nr. 92 v. 22. 4. 1869.

22 HT Nr. 177 v. 3. 8. 1870.

23 *Schmierer* (wie Anm. 3), S. 78, Anm. 75.

24 Ebd., S. 83, Anm. 126.

25 Ebd., S. 107f.

26 Ebd., S. 114, Anm. 169.

27 HT Nr. 147 v. 26. 6. 1868.



ten<sup>28</sup>, deckten die beiden Vereinsvorstände, W. Atz und G. Bühler, den Hintergrund auf – der Chef der 42 bekenne sich »zur preußischen Partei«. Zugleich machten sie klar, daß der Arbeiterbildungsverein sich in seiner Unterstützung für Oesterlen nicht »irre machen« lasse. Dieser wolle »als guter Deutscher die Interessen des Volkes und also auch den Arbeiterstand vertreten; aber er will nicht preußisch werden, und das wollen wir auch nicht«<sup>29</sup>.

Diese Politisierung des Haller Arbeiterbildungsvereins, seine eindeutige politische Standortbestimmung war keineswegs ungewöhnlich. Vielmehr war die »Bundesgenossenschaft« zwischen der Volkspartei und der Mehrheit der württembergischen Arbeitervereine – Oesterlen galt als Befürworter dieser Allianz – in jenen Jahren die Regel<sup>30</sup>. Wie in zahlreichen Orten Württembergs waren auch in Hall und wenig später in einigen Bezirksorten im Rahmen der Auseinandersetzungen um die deutsche Frage 1865 an die 1848er Tradition anknüpfende »Volksvereine« wiederentstanden; sie bildeten den »organisatorischen Unterbau« der Volkspartei<sup>31</sup>. Als 1870 der Haller Oberamtmann die politischen Verhältnisse seines Bezirks schilderte, lieferte er auch einen Rückblick: Seitdem 1848 in Hall »die Wogen der Erregung« hochgegangen seien, herrsche unter den Bürgern »eine krankhafte Neigung, das Bestehende zu kritisieren... und aus dieser Neigung« resultiere »die Sucht, um jeden Preis der Regierung Opposition zu machen...«. Organ dieser Opposition sei vor allem der Volksverein. Seine Mitglieder – 1867 etwa 300, 1870 noch ca. 140 – rekrutierten sich aus dem »mittleren Gewerbestand, das gebildete Element ist gänzlich unvertreten«. Führend sei u. a. der Schreiner und Gemeinderat Christoph Schwend, er zähle zur »äußersten Linken« des Vereins<sup>32</sup>.

Der 1817 geborene Schwend gehörte nicht nur zu den aktivsten politischen Persönlichkeiten Halls – ein Aufruf zur Schleswig-Holstein-Frage von 1863 ist etwa von ihm unterzeichnet<sup>33</sup>, seit 1864 war er Mitglied des Landeskomitees der Volkspartei<sup>34</sup> –, er sollte auch eine der Zentralfiguren der Haller Arbeiterbewegung werden. Entsprechend der skizzierten Aktionsgemeinschaft zwischen Volkspartei und Arbeiterbildungsvereinen trat Schwend wohl spätestens 1868 dem Haller Arbeiterverein bei. Er vertrat diesen als Delegierter beim Nürnberger Vereinstag der deutschen Arbeitervereine (5.–7. September 1868) und stimmte dort mit der Mehrheit für ein neues, entschieden klassenkämpferisches Programm<sup>35</sup>. Dessen erster Punkt lautete: »Die Emanzipation der arbeitenden Klassen muß durch die arbeitenden Klassen selbst erobert werden. Der Kampf... ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Monopole, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft«<sup>36</sup>. Nur vorder-

28 HT Nr. 151 v. 1. 7. 1868.

29 HT Nr. 153 v. 3. 7. 1868.

30 G. Runge: Die Volkspartei in Württemberg von 1864 bis 1871.... Stuttgart 1970, S. 155f.

31 Ebd., S. 45.

32 KrA SHA 1/519.

33 HT Nr. 268 v. 22. 11. 1863.

34 Runge (wie Anm. 30), S. 36, Anm. 37.

35 Bericht (wie Anm. 18), S. 31, Schmierer (wie Anm. 3), S. 204, Anm. 119.

36 Zit. nach A. Bebel: Aus meinem Leben, <sup>9</sup>(Ost-)Berlin 1980, S. 159.

gründig war in Nürnberg eine Entscheidung zwischen Volkspartei und Nationalliberalen gefallen. Bebel schrieb in seinen Erinnerungen, daß nunmehr unbestreitbar »eine sozialistische Partei vorhanden war, die auf dem Boden der Internationale stand«<sup>37</sup>.

Schwend wurde im Januar 1869 erneut – diesmal als Vertreter des Haller Arbeiterbildungsvereins – in das Landeskomitee der württembergischen Volkspartei gewählt<sup>38</sup>. Die Verbindung war damit institutionalisiert und sollte auch auf der Landesversammlung der württembergischen Arbeitervereine vom 13.–14. Juni 1869 in Rottweil zum Ausdruck kommen. Der Haller Vereinsvorsitzende Atz trat dort sogar als Redner auf<sup>39</sup>. Die Versammlung in Rottweil war jedoch die letzte des württembergischen Gauverbandes. Nachdem bereits 1868 in Nürnberg eine Reihe württembergischer Vereine bzw. Delegierter den Vereinstag verlassen und eine nationalliberal orientierte Vereinigung (Deutscher Arbeiterbund) mitbegründet hatten<sup>40</sup>, sollte der Eisenacher Kongreß eine zukunftsweisende Umgestaltung der Arbeiterbewegung bringen. Auf dem zum 7. August 1869 nach dort einberufenen »allgemeinen deutschen sozial-demokratischen Arbeiter-Congreß« konstituierte sich die »Sozialdemokratische Arbeiterpartei« mit einem klassenkämpferischen Programm, der »Vereinstag« wurde aufgelöst. Der Haller Verein entsandte keinen eigenen Delegierten, er ließ sich jedoch mit der Instruktion vertreten, »nur den Resolutionen zu(zu)stimmen, welche dem social-demokratischen Nürnberger Programm entsprechen«<sup>41</sup>.

Obwohl damit die Weichen für eine Trennung von der Volkspartei eigentlich gestellt waren, blieb in Hall das Einvernehmen sowohl mit dem Volksverein als auch dem übrigen Bürgertum zunächst erhalten. Ende November 1869 lud der Arbeiterbildungsverein zusammen mit den Vorständen des Gewerbe- und Volksvereins zu einem Vortrag des Reichstagsabgeordneten August Bebel ein. Es erscheint bemerkenswert, daß Volks- und Gewerbeverein »zahlreiche Beteiligung« ihrer Mitglieder wünschten, »da die ›socialle Frage‹ von einem der tüchtigsten und bewährtesten Führer der socialen Demokratie besprochen wird«<sup>42</sup>. Bebel's Auftritt in Hall war – wie auch im übrigen Süddeutschland – ganz offenbar ein großes Ereignis; schon am Bahnhof wurde er von Abgesandten der drei einladenden Vereine feierlich empfangen<sup>43</sup>. Der Adlersaal und die anschließenden Räume waren »vollständig besetzt von Männern verschiedenen Alters und Standes«, die seinem fast zweistündigen Vortrag zur Arbeiterfrage – er wurde von Christoph Schwend eröffnet – »mit gespanntester Aufmerksamkeit« folgten. Das Haller Tagblatt entschloß sich, das Referat fast vollständig abzudrucken<sup>44</sup>. Es attestierte

37 Ebd., S. 162.

38 *Schmierer* (wie Anm. 3), S. 128.

39 Ebd., S. 137.

40 Ebd., S. 116.

41 HT Nr. 178 v. 3. 8. 1869.

42 HT Nr. 275 u. 276 v. 26. u. 27. 11. 1869.

43 *Schmierer* (wie Anm. 3), S. 146. Anm. 139.

44 HT Nr. 280–284, 1869.

Bebel, »wahr und warm« über die Verhältnisse der Arbeiter gesprochen und nur gelegentlich »etwas zu grell« gewesen zu sein. Lediglich seine »Polemik« gegen die »Bourgeoisie« und die »staatlichen Zustände« galten der Zeitung als nicht verbreitbar<sup>45</sup>.

Der Haller Arbeiterbildungsverein verfolgte nunmehr zunächst einen entschieden politischen Kurs. Anfang 1870 rief er etwa zu einer Solidaritätsveranstaltung zu Gunsten der streikenden Bergleute in Waldenburg (Schlesien) auf: »Arbeiter und Arbeiterfreunde, kommt, legt eure Scherflein zusammen, ihr lindert die Noth wackerer Brüder und verhelft ihnen zu ihrem Recht«<sup>46</sup>. Auf seiner Hauptversammlung am 13. März 1870 – sie war von über zweihundert Arbeitern und auswärtigen Deputierten besucht – erfolgte mit überwältigender Mehrheit bei nur drei Gegenstimmen die Annahme des Eisenacher Parteiprogramms, das vom Vorsitzenden Atz und Schwend vertreten und erläutert wurde. Nach der vorangegangenen Festlegung war dieser Beschluß nur folgerichtig, die Werbung der Abgesandten des Stuttgarter Arbeitervereins für das nationalliberale Verbandsprogramm blieb chancenlos<sup>47</sup>. Der »Sündenfall« des Arbeiterbildungsvereins wurde auch von den Behörden registriert. In einem Bericht an das Innenministerium vom Mai 1870 konstatierte der Haller Oberamtmann, der Verein habe das »lobenswerthe« Ziel seiner Statuten durch den Anschluß an die sozialdemokratische Arbeiterpartei verlassen. Allerdings habe »das kleine Häuflein der Arbeiter sich bis jetzt in keiner Weise bemerklich gemacht«. »Bemerkenswert« erschien dem Oberamtmann die – noch bestehende – Verbindung des Vereins zur eigentlichen Opposition, der Volkspartei<sup>48</sup>.

Der Zustand der Arbeiterbewegung in Württemberg war bereits am Vorabend des Krieges von 1870/71 desolat. Die Arbeitervereine waren durch den teils offen ausgetragenen, z. T. latent schwelenden Konflikt zwischen Volkspartei und Sozialdemokratie verunsichert und untereinander zerstritten. Der auch von den Haller Delegierten Atz und Schwend besuchte Landeskongreß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Stuttgart (4.–7. Juni 1870) hatte beschlossen, »mit keiner anderen Partei Allianzen oder Kompromisse« einzugehen<sup>49</sup>. Schließlich traten in Württemberg auch die Lassalleaner auf den Plan. Die Haltung der Parteiführer Bebel und Liebknecht – Verweigerung der Kriegskredite im norddeutschen Reichstag, später Eintreten für die Pariser Kommune – entfremdete im Siegestaumel bzw. der Euphorie der Bismarckschen Reichsgründung endgültig bürgerliche Kreise der Partei. Ihre Anhänger wurden nun erstmals als Reichs- oder Vaterlandsfeinde bezeichnet.

Vor diesem Hintergrund geriet der Haller Arbeiterbildungsverein in eine Krise. Zur Landesversammlung der württembergischen Sozialdemokraten im Juli 1871

45 HT Nr. 284 v. 5. 12. 1869.

46 HT Nr. 1 v. 1. 1. 1870.

47 HT Nr. 57, 60 u. 61, 1870, *Schmierer*, S. 151, Anm. 170.

48 KrA SHA 1/519.

49 Protokoll (wie Anm. 20), S. 51f., *Schmierer*, S. 155, auch Anm. 203.

entsandte er keinen Delegierten<sup>50</sup>, im Dezember 1871 hatte er den Tod seines Vorsitzenden, des Schusters Wilhelm Atz, zu beklagen. Das Parteiorgan, der »Volksstaat«, würdigte Atz als »eifrige(n) Sozialdemokrat(en), der, kein Opfer scheuend, überall, wo sich die Gelegenheit bot, für die Verbreitung der sozialdemokratischen Prinzipien eintrat«<sup>51</sup>. Ein Bericht des Haller Tagblatts von 1872 läßt zwar das Ausmaß der Krise erkennen, die Hintergründe bleiben jedoch – mangels weiterer Quellen – unklar. Der »Arbeiterverein« – so firmierte er seit 1872<sup>52</sup> – habe »seine social-demokratischen Principien abgestreift« und verfolge nunmehr nur noch das Ziel, »durch eifrige Pflege des Gesangs u. nützliche Lektüre... dem Arbeiter bei geselligem Beisammensein eine Erholungsstätte (zu) werden«. Bezeichnenderweise quittierte das Blatt den Rückzug aus der Politik mit einem »Bravo!« und wünschte dem »von höchster Blüthe bedeutend zusammengesunkene(n) Verein« ein Wiedererstarken »unter seinem neuen Panier«<sup>53</sup>.

Aus dieser Meldung darf geschlossen werden, daß wahrscheinlich Auseinandersetzungen, ja Richtungskämpfe die neue – unpolitische – Orientierung des Arbeitervereins bewirkt hatten. Resultat der Neuorientierung war offenbar ein Mitgliederverlust. Es erscheint plausibel, das veränderte politische Klima nach der Reichsgründung für diese Entwicklung mitverantwortlich zu machen. Dennoch entsandte der Haller Arbeiterverein 1872, 1873 und 1875 Delegierte zu den Landesversammlungen der württembergischen Sozialdemokratie. Die Einladungen waren jedoch auch an »Gesinnungsgenossen« und Freunde der Partei ergangen<sup>54</sup>. Die Jahre bis 1875 bedeuteten so für die Haller Arbeiterbewegung eine Zeit des Stillstandes. Während der Arbeiterverein seinen neuen Kurs beibehielt<sup>55</sup>, fanden vereinzelte Auftritte auswärtiger Sozialdemokraten zwar Interesse, aber keine größere Resonanz<sup>56</sup>.

1875 erfolgte dann jedoch in Hall wie im Reich ein Neubeginn. Während am 2. Mai der Arbeiterverein sein 11. Stiftungsfest beging<sup>57</sup>, zeigte am folgenden Tag der Schreiner Ludwig Schwend – ein Sohn von Christoph Schwend – dem Haller Stadtschultheißenamt an. »daß sich hier eine Mitgliedschaft der socialdemokratischen Arbeiterpartei gegründet hat« und bat um deren Genehmigung. Das Gesuch wurde an das Oberamt weitergeleitet<sup>58</sup>, von dort erfolgte jedoch keine Reaktion: man hatte die Parteigründung nur zur Kenntnis genommen. Lediglich die anfängliche Mitgliederzahl der neuen Partei ist bekannt. Auf dem Vereinigungskongreß in Gotha (22.–27. Mai 1875) schlossen sich Sozialdemokratische Arbeiterpartei und Lassalleaner (ADAV) um den Preis eines von Marx und Engels heftig kritisierten Kompromißprogramms zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutsch-

50 *Schmierer* (wie Anm. 3), S. 174.

51 Zit. nach ebd., S. 174, Anm. 112.

52 Eine Begründung für die geänderte Bezeichnung fehlt.

53 HT Nr. 122 v. 29. 5. 1872.

54 Dazu *Schmierer* (wie Anm. 3), S. 179ff.

55 Vgl. etwa die Einladung zur Singstunde, HT Nr. 124 v. 30. 5. 1873.

56 Vgl. HT Nr. 153 v. 4. 7. 1873.

57 HT Nr. 100 v. 1. 5. 1875.

58 KrA SHA 1/510. Das Gesuch ist abgebildet in: 100 Jahre... (wie Anm. 1).

lands (SAP) zusammen. Der gemeinsame württembergische Delegierte vertrat dort auch die 25 Mitglieder der Haller Parteiorganisation<sup>59</sup>. Da nur elf württembergische Mitgliedschaften in Gotha vertreten waren, darf sich die Haller Partei zu den Pionieren der württembergischen Sozialdemokratie zählen.

Die Vermutung Schmierers, der Haller Arbeiterbildungsverein – der wie erwähnt seit 1872 als Arbeiterverein firmierte – sei 1875 »in eine Mitgliedschaft der SAP umgewandelt« worden<sup>60</sup>, ist unzutreffend. SAP und Arbeiterverein bestanden vielmehr als befreundete Organisationen nebeneinander. 1876 beteiligten sich die Mitglieder der Partei an der Fahnenweihe des Arbeitervereins<sup>61</sup>, dieser führte etwa im November 1876 eine Mitgliederversammlung durch, wohl 1877 erfolgte die Umbenennung zum Arbeiter-Gesang-Verein<sup>62</sup>. Doppelmitgliedschaften in beiden Organisationen sind nicht auszuschließen. Während der Hintergrund der Haller Parteigründung im Dunkel bleibt, ist zu vermuten, daß die politische Abstinenz des Arbeitervereins diesen Schritt verursachte. Zudem dürfte die Annäherung von Lassalleanern und Sozialdemokraten in Württemberg schon vor dem Kongreß in Gotha<sup>63</sup> nicht ohne Einfluß geblieben sein. Bemerkenswert erscheint schließlich eine Erklärung Chr. Schwends während einer Wahlversammlung 1890: Nachdem er »viele Jahre« der Volkspartei angehört habe, sei er zur Einsicht gelangt, »daß wir mit dieser Partei, so annehmbar und liberal ihre Grundsätze erscheinen mögen, nicht vom Fleck kommen, darum habe er sich den Grundsätzen der Sozialdemokratie zugewandt«<sup>64</sup>. Nachdem Schwends Sohn Ludwig 1875 die Parteigründung angezeigt hatte, darf als sicher gelten, daß auch sein Vater zu den Gründungsinitiatoren gehörte<sup>65</sup>, dessen Bruch mit der Volkspartei in jene Zeit zurückreicht.

Die Jahre bis zur Verkündung des Sozialistengesetzes waren für die kleine Haller Partei eine Zeit des Aufbaus. 1878 schilderte der Oberamtmann ihre vornehmlich aus Volksversammlungen mit auswärtigen »Agitatoren« bestehenden politischen Aktivitäten. Themen waren etwa das Verhältnis zwischen Sozialismus und Christentum, die Reichstagsparteien, Bismarcks Politik und Wahlfragen. Der Veranstaltungsbesuch sei »durchschnittlich mäßig« gewesen, Frauen hätten »keinen Antheil« genommen, »wohl aber unreife minderjährige Mannspersonen«. Die Vorträge wurden als »gemäßigt« charakterisiert. »Anlaß zum Einschreiten der Behörden« habe nicht bestanden<sup>66</sup>. Als sich im Januar 1876 der Haller Oberstaatsanwalt anläßlich einer Versammlung mit dem sozialdemokratischen Reichtagsab-

59 Protokoll des Vereinigungs-Congresses d. Sozialdemokraten Deutschlands abgehalten zu Gotha... 1875, Leipzig 1875 (Delegiertenverzeichnis im Anhang).

60 Schmierer, S. 204.

61 HT Nr. 106 v. 7. 5. 1876.

62 HT Nr. 265 v. 12. 11. 1876 (Versammlung Arbeiterverein); HT Nr. 179 v. 4. 8. 1877 (Versammlung Arbeiter-Gesang-Verein).

63 Dazu Schmierer, S. 186ff.

64 HT Nr. 41 v. 19. 2. 1890.

65 Er erscheint 1878, zusammen mit einem weiteren Sohn, Carl, auf der oberamtlichen Liste der Parteimitglieder. KrA SHA 1/510.

66 KrA SHA 1/510.

geordneten Vahlteich scharfmacherisch dafür aussprach, solchen »socialistischen Bestrebungen, deren allgemein gefährliche Natur keinem Zweifel mehr unterliegt« entgegenzutreten, verwies Oberamtmann v. Daniel darauf, daß die württembergische Gesetzgebung dazu keine Handhabe biete. Offenbar halbherzig versprach er, »wenn immer möglich«, Vahlteichs Vortrag über Geschäftskrisen und die Reichstagsparteien mitstenographieren zu lassen<sup>67</sup>. Diese am bestehenden Recht orientierte Haltung Daniels verhinderte bei weiteren Veranstaltungen bis 1878 – als Referenten traten etwa der bekannte Stuttgarter Parteiredner Dr. Dulk und der Redakteur der »Süddeutschen Volkszeitung«, Holzwarth, auf<sup>68</sup> – jegliche Einflußnahme der Behörden. Dies galt auch für die am 15. April 1877 in Hall abgehaltene Landesversammlung der Württembergischen SAP<sup>69</sup>.

In Anlehnung an den Arbeiterverein entstanden auch in Hall örtliche Gewerkschaften, die den auf Reichsebene operierenden Dachverbänden angehörten. Wahrscheinlich 1873<sup>70</sup> trat eine Holzarbeitergewerkschaft ins Leben, die dem in Hamburg domizilierenden »Bund der Tischler« assoziiert war. Ihr war eine staatlich kontrollierte Krankenkasse angeschlossen. Im Folgejahr<sup>71</sup> bildete sich ein Ableger der Metallarbeitergewerkschaft in Braunschweig, die 1878 in Hall etwa 31 Mitglieder zählte. Mit ihr war eine Kranken- und Sterbekasse verbunden<sup>72</sup>. Möglicherweise bestand vor 1878 auch eine Schuhmachergewerkschaft. Aus den spärlichen Anzeigen im Lokalblatt sind neben regelmäßigen Versammlungen, z.T. mit auswärtigen Sozialdemokraten, auch gesellige Veranstaltungen in Verbindung mit dem Arbeiterverein und der SAP zu ersehen. Der seit den 1860er Jahren in Hall bestehende Konsumverein kann nicht als Teil der Arbeiterbewegung angesehen werden. Während der Untersuchungen anlässlich des Sozialistengesetzes blieb er völlig unbeachtet.

Zur Reichstagswahl im Januar 1877 tat im 11. württembergischen Wahlkreis (Oberämter Hall, Öhringen, Backnang und Weinsberg) mit dem sächsischen Reichstagsabgeordneten Vahlteich erstmals ein sozialdemokratischer Zählkandidat an. Nachdem bereits im Herbst 1876 in Hall und Ilshofen das sozialdemokratische Programm vorgestellt worden war<sup>73</sup>, organisierte ein »Arbeiterwahlkomité« – sicherlich aus Haller Parteimitgliedern bestehend – einen bescheidenen Wahlkampf mit Versammlungen in Hall, Untermünkheim und Ilshofen<sup>74</sup>. Von den im gesamten Wahlkreis für Vahlteich abgegebenen 254 Stimmen entfielen allein 205 auf die Stadt Hall, in Ilshofen wurden 9 Wähler gewonnen<sup>75</sup>. Während die SAP in

67 Ebd.

68 HT Nr. 86, 94 und 127, 1878.

69 HT Nr. 85 u. 86 v. 14. u. 15. 4. 1877.

70 HT Nr. 96 v. 26. 4. 1873.

71 HT Nr. 77 v. 2. 4. 1874.

72 KrA SHA 1/510.

73 HT Nr. 241 v. 14. 10. u. Nr. 270 v. 18. 11. 1876.

74 HT Nr. 4 u. 5 v. 6. u. 9. 1. 1877.

75 HT Nr. 8 v. 12. 1. 1877.

Württemberg – sie war nur in einigen Wahlkreisen angetreten – knapp 4 % der abgegebenen Stimmen erhielt<sup>76</sup>, hatte sie in Hall beinahe 25 % erzielt.

Zwei Attentate auf Kaiser Wilhelm im Mai und Juni 1878 sollten das politische Klima im Deutschen Reich radikal verändern. Obwohl die beiden Täter Hödel und Nobiling keine Sozialdemokraten waren – Hödel war wegen Betrugs aus der Partei ausgeschlossen worden –, instrumentalisierte Bismarck das Geschehen skrupellos. Sein Vorgehen gegen die Arbeiterbewegung gehört nach einem modernen Urteil »zweifellos zu den dunkelsten Punkten« seines politischen Wirkens<sup>77</sup>. Mit dem Ziel, eine für ein scharfes Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie ausreichende Mehrheit zu erlangen, erreichte er die Auflösung des Reichstags und die Ausschreibung von Neuwahlen zum 30. Juli 1878. Der Wahlkampf war von einer beispiellosen publizistischen Kampagne gegen die Sozialdemokratie begleitet, gleichzeitig wurden deren Flugblätter beschlagnahmt, Versammlungen verboten und Verhaftungen vorgenommen. Das reichsweite Kesseltreiben wird durch die Vorgänge in Hall illustriert. Dabei ist vorauszuschicken, daß hier das Lokalblatt nach einem oberamtlichen Bericht »gegen die socialistischen Tendenzen... von jeher lebhaft aufgetreten« sei und sich den »Haß« der Sozialdemokraten zugezogen habe<sup>78</sup>. Nunmehr schrieb das Haller Tagblatt nach einem polemischen Versammlungsbericht aus Stuttgart, die Partei habe »allen Grund, angesichts der Früchte ihrer Lehren, so still als möglich sich zu verhalten«. Gleichzeitig verkündete eine redaktionelle Notiz, man habe sowohl einen Aufsatz als auch eine Anzeige »der hiesigen Sozialdemokratie« zurückgewiesen<sup>79</sup>. Der Aufsatz sollte frühere Artikel des Blattes widerlegen, die Anzeige für eine Volksversammlung werben, die neben Wahlfragen »die Angriffe gegen die Socialdemokratie u. die Haltung... des Haller Tagblatts« zum Thema hatte<sup>80</sup>. Die Haller Sozialdemokraten versuchten nun, per Plakat für die geplante Versammlung zu werben. Das Stadtschultheißenamt verweigerte jedoch die Genehmigung; das Plakat sei geeignet, »den öffentlichen Frieden... zu gefährden«, es könnten »leicht Gewaltthätigkeiten zwischen den verschiedenen Klassen der Bevölkerung entstehen«. Eine Beschwerde Christoph Schwends namens seiner Partei – »das Verbot komme... einem Versammlungsverbot beinahe gleich« und verstoße zudem gegen das Wahlgesetz – wurde vom Oberamt zurückgewiesen<sup>81</sup>.

Während die Haller SAP kurz vor dem zweiten Attentat zu einer Volksversammlung mit Dr. Dulk aufgerufen hatte (»Auch die Frauen sollten unser württ. Versammlungsrecht mehr benutzen«<sup>82</sup>), konnte sie anschließend nur noch eine einzige, allerdings beeindruckende Anzeige für den wiederum als Zählkandidaten nominierten Julius Vahlteich veröffentlichen:

76 *Schmierer* (wie Anm. 3), S. 240.

77 *L. Gall*: Bismarck – Der weiße Revolutionär, Frankfurt/Berlin/Wien 1983 (TB-Ausgabe), S. 564.

78 Die Haller Parteimitglieder würden daher überwiegend die »Süddeutsche Volkszeitung« und den »Vorwärts« lesen; KrA SHA 1/510. Die »Volkszeitung« – das württ. Parteiorgan – lag auch in Haller Gastwirtschaften aus; *Schmierer* (wie Anm. 3), S. 194, Anm. 47.

79 HT Nr. 163 v. 14. 7. 1878.

80 KrA SHA 1/510.

81 Ebd.

82 HT Nr. 127 v. 1. 6. 1878.

## Wähler des 11. Wahlkreises!

Der 30. Juli rückt näher, das deutsche Volk hat eine Wahl von der größten Bedeutung zu vollziehen, über sein eigenes Wohl und Wehe zu entscheiden. — Die Reichsregierung braucht neue Steuern, obgleich die Steuerlast in Württemberg seit dem Jahre 1866 sich verdoppelt hat. Die fünf Milliarden französischer Kriegs-Entschädigung sind aufgezehrt. Durch die fortwährend steigenden Ausgaben für das Militär, gegen 400 Millionen Mark jährlich, drohen neue drückende Steuern, trotz Stodung aller Geschäfte, trotz Verarmung und Noth des Arbeiter-, Handwerker- und Bauernstandes. Es kann deshalb nur eine Lösung des Volkes in diesem Wahlkampf geben: Erleichterung der ungeheuren Militär- und Steuerlast, äußerste Sparsamkeit im Staatshaushalt, Abschaffung der gerade die ärmeren Klassen bedrückenden indirekten Steuern!

Die Verbrechen gegen das Leben des Kaisers wurden von ruchlosen Subjekten begangen, keine Partei darf hiesfür verantwortlich gemacht werden, wie es von Seite der volksfeindlichen Parteien zu dem Zweck geschieht, einem großen Theil der Bevölkerung das freie Wort, die Versammlungsfreiheit und womöglich das allgemeine gleiche Wahlrecht zu nehmen. Wähler! tretet für die bedrohte Volksfreiheit ein, es handelt sich um eure höchsten politischen Rechte! Gebt nur einem Mann eure Stimme, der sein ganzes Leben lang für die Volkerechte eingetreten ist, dem Kandidaten der Arbeiterpartei

### Julius Wahlteich, Prokurist in Chemnitz.

Helfet die Lasten des Volkes erleichtern, steuert der um sich greifenden Verarmung, legt am 30. Juli eure Stimme für Wohlfahrt und Freiheit in die Waagschale. Wählt einen ganzen Mann, zeigt, daß Ihr begriffen habt, warum der so zohme letzte Reichstag aufgelöset wurde; er war noch nicht zahm genug! Schickt nicht noch einen zahmeren nach Berlin, der zu Allem Ja und Amen sagt, wählet

## Julius Wahlteich,

Prokurist in Chemnitz.

**Das Arbeiter-Wahlcomité.**

7110]



Die beiden eigentlichen Kontrahenten, der fraktionslose v. Bühler und sein nationalliberaler Gegenspieler Göz, führten dagegen einen wochenlangen und fast modern wirkenden Wahlkampf mit zahlreichen Anzeigen, Aufrufen und ausführlicher Berichterstattung des Haller Tagblatts. Bühler hatte etwa »energisches Einschreiten gegen die... sozialdemokratische Partei mit allen hiezu geeigneten... Mitteln« gefordert<sup>83</sup>, auch sein Gegenspieler verteilte die Sozialdemokratie<sup>84</sup>. Vor diesem Hintergrund ist es überraschend, daß 241 Stimmen in der Stadt, weitere 27 im Oberamt Hall auf Vahlteich entfielen (Wahlkreisergebnis: 274)<sup>85</sup>. Anderswo in Württemberg hatte die Partei erhebliche Einbußen erlitten.

Ein Geheimerlaß des württembergischen Innenministeriums vom 12. August 1878 unterrichtete die Oberämter über den Entwurf eines Reichsgesetzes »gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie«, nach dem »Vereine, Versammlungen und Druckschriften, welche socialdemokratischen, socialistischen oder kommunistischen, auf Untergrabung der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung dienen, verboten werden«. Demzufolge war ausführlich über bestehende Vereine und deren publizistische und agitatorische Tätigkeit zu berichten. Die nach diesem und nachfolgenden Erlassen angestellten oberamtlichen Erhebungen liefern erstmals ein detailliertes Bild über den Stand der Arbeiterbewegung in Hall<sup>86</sup>. Nach dem Bericht von Oberamtmann v. Daniel fiel die Haller Mitgliedschaft der Arbeiterpartei »unzweifelhaft« unter den Gesetzentwurf. Gemäß ihrem Programm<sup>87</sup> erstrebe sie die »Errichtung des freien Volksstaats« und huldige »sozialistischen Tendenzen«. Die Mitgliederzahl betrage »etwa 50«, eine dem Oberamt vorliegende Liste enthalte 43 Namen<sup>88</sup> – neben vier selbständigen Haller Gewerbetreibenden und einem Landwirt aus einer Nachbargemeinde nur unselbständige Haller Gewerbegehilfen: Schreiner, Schlosser, Schneider, Schuster, Dreher, Bürstenmacher, Buchbinder, Flaschner, Buchdrucker, Maler, Schmiede, Metzger, Maurer, Zimmerleute u. a. Als Vorsitzender fungiere der Schreinergehilfe Friedrich Elser, Schriftführer sei der Ingenieur Carl Schwend (ein Sohn von Christoph Schwend). Die »Wirksamkeit« der jeden Samstag tagenden Parteigruppe wurde als »gering« bezeichnet, Beanstandungen seien bisher nicht vorgekommen, ein der Partei bzw. der Metallgewerkschaft verbundener Singkranz »Liberté« lasse »wenig von sich hören«. Vermögen sei nicht vorhanden; für »Propaganda« habe man freiwillig etwa 32 Mark an den Parteausschuß in Hamburg gesandt. Schließlich verneinte der Bericht die Anwesenheit sozialistischer

83 HT Nr. 168 v. 20. 7. 1878.

84 HT Nr. 170 v. 23. 7. 1878.

85 HT Nr. 182 v. 6. 8. 1878.

86 Die Oberämter Crailsheim, Gaildorf und Gerabronn erstatteten auf diesen Erlaß Fehlanzeige: HStA Stgt. E 146 alt, Bü 1971. Ein in Crailsheim 1869 bestehender Arbeiterbildungsverein – vgl. Amts- u. Intelligenz-Blatt für das Oberamt Crailsheim..., Nr. 128 v. 28. 10. 1869 – war inzwischen offenbar eingegangen.

87 Vgl. Anhang. Die Haller Sozialdemokraten orientierten sich nicht etwa am Gothaer Parteiprogramm von 1875, sondern an dem von Eisenach aus dem Jahr 1869.

88 KrA SHA 1/510. Die Liste – auch eine der Gewerkschaftsmitglieder – ist abgebildet und transkribiert in: 100 Jahre... (wie Anm. 1), S. 14ff.

»Agitatoren«, auch sozialistische Druckschriften erschienen nicht im Bezirk<sup>89</sup>. Die keineswegs scharfmacherischen Ausführungen lassen erkennen, daß der Oberamtmann die Haller Sozialdemokraten nicht als sonderlich gefährlich ansah.

Unmittelbar nach der Verkündung des Sozialistengesetzes<sup>90</sup> zeigten L. Schwend und Fr. Elser dem Oberamt die Auflösung der Haller Mitgliedschaft der sozialistischen Arbeiterpartei an. Anfang November 1878 meldete Elser als gewesener Bevollmächtigter auch die Selbstauflösung der Filiale des »Bundes der Tischler«, dessen Krankenkasse allerdings fortbestehe. Das Kassenbuch und die Gelder der Gewerkschaft habe man an die Zentrale in Hamburg abgeliefert, weitere Unterlagen vernichtet. Georg Renftle, der Bevollmächtigte des Metallarbeitervereins, wurde Anfang November über das Verbot seiner Organisation unterrichtet. Er gab dabei zu Protokoll, daß das Hauptkassenbuch an die Braunschweiger Zentrale eingesandt worden sei, die Vereinskrankenkasse jedoch noch existiere<sup>91</sup>. Der mit den Metallern verbundene Gesangsverein »Liberté« habe sich inzwischen aufgelöst. Die Mitglieder der Metaller-Genossenschaft galten dem Oberamt als »Anhänger der Sozialdemokratie«. Seine Namensliste führt neben drei Fabrikarbeitern und zwei Wirten die üblichen Handwerkerberufe auf<sup>92</sup>.

Ungeachtet ihrer Selbstauflösung wurde das Oberamt Hall angewiesen, das förmliche Verbot der genannten Organisation öffentlich zu verkünden. Dies geschah am 18. November 1878<sup>93</sup>. Dennoch verblieb der Haller Arbeiterbewegung während der zwölfjährigen Ära des Sozialistengesetzes ein letztes Refugium. Im November 1878 machte das Stadtschultheißenamt das Oberamt auf die Existenz des Arbeitergesangsvereins aufmerksam, dessen Mitglieder sich angeblich zum größten Teil aus ehemaligen Sozialdemokraten und Gewerkschaftern rekrutierten. Die vom Vorstand, dem Schmied Friedrich Bischoff, vorgelegte Mitgliederliste mit 18 Namen führt jedoch nur einen Sozialdemokraten auf. Die ebenfalls vorgelegten undatierten Statuten galten dem Schultheißenamt als »unverfänglich«, postulierten sie doch »Pflege des Gesangs, guter Lektüre und geselliger Unterhaltungen« als alleinigen Vereinszweck. Bemerkenswert erschien den Behörden jedoch der Besitz einer roten Fahne. Das älteste Vereinsmitglied, Colporteur Fischer – sein Name erscheint als einziger auch auf der Liste der Sozialdemokraten –, erklärte auf Befragen, die Fahne sei vor Jahren vom damaligen Arbeiterverein angeschafft worden. Die rote Farbe diene dazu, »sich vor den anderen hier bestehenden Vereinen auszuzeichnen«. Aus der Herkunft wird deutlich, daß der Arbeitergesangsverein die Nachfolge des Arbeitervereins angetreten hatte. Oberamtmann v. Daniel schlug vor, den Verein »vorerst unbeanstandet zu lassen«, jedoch »scharf zu beobachten«. Dem stimmte die Kreisregierung zu, allerdings sei die Bibliothek zu überprüfen. Nach dem Einzug einiger Schriften demonstrierte der Arbeiterge-

89 Zum Vorangehenden KrA SHA 1/510.

90 Reichsgesetzblatt Nr. 34 v. 21. 10. 1878.

91 Während die Krankenkasse der Tischler unbehelligt blieb, wurde die der Metallarbeiter 1881 geschlossen: KrA SHA 1/510.

92 Zum Vorangehenden ebd. Lt. *Schmierer* (S. 217) verfügten die Metaller nur über ca. 20 Mitglieder.

93 HT Nr. 273 v. 21. 11. 1878.

sangverein Wohlverhalten. Vorstand Bischoff erklärte, man stehe »allen socialdemokratischen Tendenzen fern« und habe demzufolge die früheren »Liberté«-Mitglieder nicht aufgenommen. Schließlich solle die Fahne durch eine andere ersetzt werden, sobald dazu Mittel vorhanden seien. Obwohl im Mai 1879 zur Kenntnis des Oberamtes gelangte, »daß eine Anzahl ehemaliger Mitglieder der früher... bestandenen... social-demokratischen Verbindungen im Arbeitergesangverein Aufnahme gefunden hat«, wurde lediglich das Überwachungsgebot erneuert. Im November 1879 zog das Oberamt das Fazit, daß weder »socialistische Verbindungen« beständen noch »social-politische Tendenzen« herrschten<sup>94</sup>. So blieb der Arbeitergesangverein auch in der Folgezeit unbehelligt. Dies mag als Indiz dafür gelten, daß das Sozialistengesetz in Württemberg insgesamt milder gehandhabt wurde als anderswo. Sozialdemokratische Parteiführer haben dies mehrfach betont<sup>95</sup>.

Diese »milde« Praxis hatte jedoch durchaus ihre Grenzen. Im Februar 1879 wurde der Schneider Eberhard, ein »notorisch entschiedener Sozialdemokrat«, wegen der versuchten Neugründung eines »Liederkranzes« oberamtlich vernommen. Er erklärte, ehemalige »Liberté«-Mitglieder hätten ihn gebeten, dort den Vorsitz zu übernehmen, Statuten seien bereits entworfen, 15 Mitglieder – davon 10 aus der aufgelösten »Liberté« – vorhanden. Eberhard wurde belehrt, die Gründung stelle für das Oberamt »eine Fortsetzung des Gesangvereins ›Liberté‹« dar, sein »Inslebetreten« sei daher zu beanstanden. Der vermögenslose Familienvater erklärte daraufhin, er wolle sich »keinen Unannehmlichkeiten aussetzen« und seine Kameraden entsprechend informieren; der Verein werde »nicht ins Leben« treten<sup>96</sup>.

Im Sommer 1879 hatte das Oberamt Hall über das Verhalten der vormaligen Parteimitglieder zu berichten. Ein daraufhin erstellter Polizeibericht führte u. a. aus: »Die hier bekannten Sozialdemokraten verhalten sich gegenwärtig ruhig und schweigsam, sie sind zwar öfters in Gesellschaften beisammen, ohne aber Politik zu treiben. Daß sie aber noch geheime Verbindungen haben, dürfte nicht ausgeschlossen sein«<sup>97</sup>. In der Tat kann von einer Untätigkeit der Haller Sozialdemokraten während der Zeit der Illegalität nicht die Rede sein. So unterrichtete das Berliner Polizeipräsidium – die eigentliche Zentrale zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung mit einem Heer von Spitzeln im In- und Ausland<sup>98</sup> – im März 1880 das Oberamt, man habe eine an den Haller Schreineresellen Krüger gerichtete Sendung mit Exemplaren des in der Schweiz gedruckten Parteiorgans »Der Sozialdemokrat« abgefangen. Nach Rückfrage bei der Staatsanwaltschaft berichtete das Oberamt, Untersuchungen über die verbotene Verbreitung hätten kein relevantes Ergebnis gebracht, und fügte beschwichtigend hinzu, die kleine Haller

94 KrA SHA 1/510.

95 A. Bebel (wie Anm. 36), S. 588, W. Keil: Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung in Württemberg. In: Schwäb. Tagwacht Nr. 191 v. 17. 8. 1907.

96 KrA SHA 1/510.

97 Ebd.

98 Das Ausmaß dieser Beobachtungstätigkeit reflektieren die oberamtlichen Akten, die zudem eine Anzahl von Steckbriefen gesuchter »Agitatoren« enthalten: KrA SHA 1/510.

Partei verhielte sich »ganz still« und werde »fortwährend scharf überwacht«. Bei Krüger war eine Hausdurchsuchung vorgenommen worden; der Schreinereselle saß für einige Tage in Vernehmungshaft<sup>99</sup>. Auch in der Folgezeit wurden Sendungen des »Sozialdemokrat« nach Hall konfisziert. Unbekannt blieb den Haller Behörden die Teilnahme Ludwig Schwends am sozialdemokratischen Parteitag in Wyden/Schweiz im August 1880. Dieser erste Kongreß in der Illegalität beschloß u. a. die Teilnahme an Kommunal- und Reichstagswahlen<sup>100</sup>.

Spätestens seit 1880 hatte die deutsche Sozialdemokratie ein dichtes Vertriebsnetz für ihre im Ausland hergestellte Presse und zahlreiche Druckschriften aufgebaut. Ein Erlaß des württembergischen Innenministeriums vom November 1880 informierte die Oberämter, daß Druckschriften und Flugblätter »in die verschiedensten Waren und Warenverpackungen versteckt« über die Grenzen kämen und ordnete die »Fahndung nach verdächtigen Sendungen... insbesondere aus Belgien, Holland, England, Frankreich, der Schweiz und Österreich-Ungarn« an. Trotz Überwachung gelangte dieses Material auch nach Hall. Mitte November 1880 meldete das Stadtschultheißenamt erstmals das Auftauchen sozialdemokratischer Flugblätter im Stadtgebiet. »Der oder die Täter« konnten jedoch auch durch die Staatsanwaltschaft nicht ermittelt werden. Im Januar 1881 starteten die Haller Sozialdemokraten eine Großaktion. Wie die Schultheißenämter Bibersfeld, Untermünkheim und Michelfeld übereinstimmend berichteten, hatte man dort nachts massenhaft das in der Schweiz gedruckte Flugblatt »Ein Wort an die landwirtschaftliche Bevölkerung« in die Häuser geschoben. Die Schriften wurden eingesammelt; die »Täter« waren nicht zu ermitteln. Mitte April 1881 meldete das Oberamt der Kreisregierung, daß in Hall, Bibersfeld, Gelbingen und Steinbach 169 Exemplare der wiederum in der Schweiz gedruckten Flugschrift »Aufgepaßt« mit »auf den Umsturz der Gesellschaft gerichteten Bestrebungen« ausgelegt worden seien. Als Verdächtigen hatte man einen als Sozialdemokraten bekannten Schustergesellen verhaftet, mangels Beweisen jedoch nach zwei Tagen wieder entlassen müssen. Die Kreisregierung ordnete daraufhin die Veröffentlichung eines förmlichen Verbots der Druckschrift an. Ein vom Inhalt besonders eindrucksvolles Flugblatt – es kam aus Holland – verbreiteten die Haller Sozialdemokraten in einer Nachtaktion im Januar 1888. Es erinnerte an die Reichsgründung von 1871 und zitiert einleitend aus der damaligen Kaiserproklamation, die inneren Frieden, »Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung« versprochen hatte. In einer scharfen Abrechnung mit dem Bismarckreich wird diesem Anspruch die Realität entgegen gestellt: Ausbeutung der arbeitenden Menschen zugunsten von Fabrikanten und Großgrundbesitzern. Knebelung durch ein »Ausnahmegesetz... das eine ganze Partei rechtlos der Willkür der Polizeibehörden überantwortet«. Weiter heißt es: »Was die ›Gesittung‹ im Reich anbetrifft, so brauchen wir nur auf die Gesinnungslosigkeit der ›nationalen‹ Presse hinzuweisen, die alle Thaten der Machthaber

99 Ebd., C. Rieber: Das Sozialistengesetz und die Sozialdemokratie in Württemberg 1878–1890, 2 Bde., Stuttgart 1984, S. 253, Anm. 36.

100 Ebd., (Rieber), S. 263f.

verteidigt und lobpreist. Nicht minder zeigt von der Gesittung das infame Denuzianten- und Spitzelthum, das unter den Ausnahmegesetzen großgezogen worden ist<sup>101</sup>. Die abschließende Beschwörung einer besseren Zukunft illustriert, warum in Hall und überall im Reich der Einsatz der Sozialdemokraten trotz drakonischer und existenzbedrohender Strafbestimmungen des Sozialistengesetzes nicht erlahmte. Die Verbreiter der Druckschriften hatten Geldstrafen bis zu tausend Mark oder Gefängnis bis zu sechs Monaten zu gewärtigen.

Der Spielraum, den das Sozialistengesetz für eine legale Betätigung bot, war äußerst gering. Versammlungen mit politischen Inhalten verboten. Dennoch gelang es den Haller Sozialdemokraten, während der 1880er Jahre einige Veranstaltungen mit auswärtigen Referenten durchzuführen; Einzelpersonen zeichneten dafür verantwortlich. Vordergründig waren die dabei behandelten Themen unpolitisch. So referierte 1882 der Reichstagsabgeordnete Kayser etwa über die Kranken- und Unfallversicherung und die Lage der Kleingewerbe<sup>102</sup>. 1886 sprach der Stuttgarter Schriftsteller Stern über den Einfluß der Maschinen auf die soziale Lage der Arbeiter<sup>103</sup>. Auch gewerkschaftliche Aktivitäten fanden statt. Ein offenbar 1882 entstandener »Fachverein der Schreiner und verwandter Berufsgenossen«<sup>104</sup> trat 1883 mit einer Versammlung unter dem Thema »Die lange Arbeitszeit und die heutige Produktionsweise« an die Öffentlichkeit<sup>105</sup>. 1885 bildete sich ein Fachverein der Schneider<sup>106</sup>; beide Organisationen waren jedoch offenbar kurzlebig.

Das eigentliche Kampf- und Bewährungsfeld der Sozialdemokraten während der Zeit der Unterdrückung stellten die Wahlen dar. Christoph Schwend, schon seit 1877 (und vorher von 1865–1871) im Haller Gemeinderat vertreten, wurde 1883 trotz der Präsentation eines konservativen Wahlvorschlags mit überzeugender Stimmenzahl wiedergewählt<sup>107</sup>. Schwend trat zwar nicht als Kandidat der Sozialdemokraten an, das Wählervotum war dennoch ein Erfolg für seine Partei.

Vier Reichstagswahlen – 1881, 1884, 1887 und 1890 – lieferten letztendlich den Beweis, daß Bismarcks Versuch der Zerschlagung der Sozialdemokratie erfolglos blieb. Die Wahlen vom Oktober 1881 standen im Zeichen extremer Wahlbehinderung. Wie im übrigen Württemberg konnten auch in Hall keine sozialdemokratischen Versammlungen stattfinden, die Aufnahme von Anzeigen wurde verwehrt. Ursprünglich wollten die Haller Sozialdemokraten wiederum Vahlteich aufstellen. Von dessen Auswanderung nach Amerika zeigten sie sich enttäuscht und nominierten schließlich August Bebel, für den lediglich in einer nächtlichen Flugblattaktion geworben werden konnte<sup>108</sup>. Unter diesen Umständen ist es nicht verwun-

101 KrA SHA 1/510. Dort auch weitere Flugblätter.

102 HT Nr. 125 v. 1. 6. u. Nr. 215 v. 14. 9. 1882.

103 HT Nr. 175 v. 30. 7. 1886.

104 HT Nr. 215 v. 14. 9. 1882.

105 HT Nr. 91 v. 21. 4. 1883.

106 HT Nr. 215 v. 15. 9. 1885.

107 HT Nr. 294 v. 16. 12. 1883. *Rieber* (wie Anm. 99, S. 833) geht von einer ersten Wahl Schwends in den Gemeinderat aus.

108 HT Nr. 250 v. 27. 10. 1881.

derlich, daß ein Artikel im »Sozialdemokrat« von »Flauheit« und »Mutlosigkeit« der Haller Genossen berichtete<sup>109</sup>; im Oberamtsbezirk entfielen nur 135 Stimmen auf Bebel<sup>110</sup>. Dieser Abwärtstrend hielt zunächst an. Obwohl das »Komité der Arbeiterpartei« 1884 in der Lokalpresse für die Wahl Bebels aufrufen konnte – bei seiner Popularität sei es »überflüssig, auf Weiteres einzugehen«<sup>111</sup> – wurden im Oberamtsbezirk nur 83 Stimmen erzielt<sup>112</sup>. 1887 konnte dieser Tiefpunkt dann überwunden werden. Es gelang dem Wahlkomitee für Bebel, eine Versammlung mit einem Stuttgarter Referenten abzuhalten. Nach deren Eröffnung durch Chr. Schwend wurde vor 60–70 Zuhörern die Haltung der Volkspartei attackiert, die ohne eigenen Kandidaten für eine Wahlenthaltung plädiert hatte. Das Haller Tagblatt sprach von einem Versammlungsverlauf »in völliger Ordnung«; für die »überwachende Polizei« habe kein Anlaß zum Einschreiten bestanden<sup>113</sup>. Offenbar hielten sich nicht alle Anhänger der Volkspartei an die ausgegebene Devise, entfielen doch auf den »Protestkandidaten« Bebel 365 Stimmen im Oberamtsbezirk. Bemerkenswert ist, daß auch in zahlreichen Landorten für Bebel gestimmt wurde. Er erhielt z. B. in Steinbach und Wolpertshausen je 14 Stimmen, in Gailenkirchen hatten 28 Wähler für den Nichtkandidaten Schwend votiert<sup>114</sup>. Allerdings folgte diesem bisher besten Ergebnis ein trauriges Nachspiel. Die Verbreitung eines Flugblattes brachte den Haller Sozialdemokraten Hausdurchsuchungen und Vernehmungen, vier Parteianhänger wurden zu Geldstrafen verurteilt, obwohl ein lokales Flugblattverbot nicht erfolgt war<sup>115</sup>.

Demgegenüber verlief die Reichstagswahl von 1890 für die Haller Sozialdemokraten beinahe optimal. Mehrere Versammlungen – auch außerhalb des Oberamtsbezirks (in Weinsberg, Löwenstein und Mainhardt) – konnten durchgeführt, Wahlaufrufe verteilt werden. Aus Kupferzell wurde z. B. berichtet, der Ort sei mit sozialdemokratischen Flugblättern »überschwemmt« worden. Allerdings fehlte es nicht an »Begleitmusik«. Während der Haller Oberamtmann in der Wahlkampfphase belehrende Vorträge über die Invaliditäts- und Altersversicherung hielt – seine Terminwahl war sicherlich nicht zufällig –, »polemisierte« der Löwensteiner Pfarrer auf der dortigen Versammlung »in schneidiger Weise und unter Beifall der... Bürger« gegen den sozialdemokratischen Redner. Mit der Aufstellung Christoph Schwends als Reichstagskandidaten beschritt das Haller Wahlkomitee nach dessen gutem Abschneiden im Vorjahr (s. u.) einen neuen Weg. Schwend begründete seine Kandidatur während einer Versammlung in Hall einleuchtend damit, daß »er schon lange im Dienste des Volkes und für die Sache des Volkes tätig sei«. Er überließ jedoch dem Stuttgarter Reichstagsabgeordneten Dietz das Hauptreferat, da er kein »Volksredner« sei. Das über diese Veranstaltung im

109 Dazu *Rieber* (wie Anm. 99), S. 671.

110 HT Nr. 252 v. 29. 10. u. Nr. 255 v. 2. 11. 1881.

111 HT Nr. 250 v. 23. 10. 1884.

112 HT Nr. 44 v. 23. 2. 1887.

113 HT Nr. 42 v. 20. 2. 1887.

114 HT Nr. 44 v. 23. 2. 1887.

115 *Rieber* (wie Anm. 99), S. 685f.

Gegensatz zu den früheren Jahren mehrfach berichtende Lokalblatt bescheinigte Dietz' Vortrag, »ruhig und sachlich« gewesen zu sein. Das Wahlergebnis war ein eindrucksvoller Beweis der Popularität des 72jährigen Schwend. Von den im 11. Wahlkreis erzielten 872 Stimmen entfielen 458 auf den Bezirk Hall, darunter kamen 313 aus der Oberamtsstadt. Unter den Landorten ragten die Ergebnisse von Gelbingen und Steinbach mit je 25 Stimmen heraus<sup>116</sup>. Das Oberamtsergebnis lag damit über dem Landesdurchschnitt. Es dokumentiert, daß hier wie im gesamten Reich die staatliche Repression ihr Ziel verfehlt hatte, der Aufstieg der Sozialdemokratie unaufhaltbar war.

Bereits 1889, bei der ersten Beteiligung der Haller Sozialdemokraten an einer Landtagswahl, war Schwend als Kandidat aufgetreten. Trotz Wahlbehinderung – ein Auftritt des Schriftstellers Bloss in Hall war mit dubioser Begründung verboten worden – erzielte er mit 359 Stimmen (9,9 % der Abstimmenden) ein beachtliches Ergebnis. Es machte eine Stichwahl zwischen den Kandidaten der Volkspartei und der Deutschen Partei nötig. Schwends Wahlkomitee plädierte dazu für Stimmenthaltung, bestehe doch zwischen beiden Kontrahenten »ein wesentlicher Unterschied nicht«<sup>117</sup>. Dieser Erfolg eines lokalen Kandidaten hat zweifellos Schwends Kandidatur bei der Reichstagswahl 1890 veranlaßt.

Um so schmerzlicher mußte Schwends Tod am 2. Juli 1890 seine Parteifreunde treffen. »Was der Tote den hiesigen Genossen war, läßt sich in Worten nicht ausdrücken« hieß es im »Sozialdemokrat«<sup>118</sup>. Die Lokalzeitung prophezeite dem »geachteten Mitbürger« ein »freundliches Andenken« und bescheinigte ihm, seinen politischen Überzeugungen »stets offenen und rückhaltlosen Ausdruck verliehen« zu haben. Der Haller Stadtschultheiß, Schützengilde und Turngemeinde erwiesen dem Verstorbenen die letzte Ehre, die Beerdigung fand unter »sehr großer Beteiligung... aller Stände« statt<sup>119</sup>. Nach dem warmen Nachruf, den der »Sozialdemokrat« dem »überzeugungstreuen, opferwilligen Genossen« widmete, gestaltete sich das Begräbnis zu einer eindrucksvollen Manifestation der Sozialdemokratie. Zwei Redner aus Stuttgart sprachen am Grab und legten Kränze im Namen der Stuttgarter sowie der württembergischen Genossen nieder, auch Parteifreunde aus Göppingen und Öhringen ehrten ihn – wie auch seine örtlichen Genossen und Arbeiter – durch Kränze. Daß ein weiterer, stillschweigend niedergelegter Kranz als von der Volkspartei kommend angesehen wurde<sup>120</sup>, besaß symbolische Bedeutung. War doch an Schwends politischem Werdegang die Emanzipation der Arbeiterbewegung vom Linksliberalismus ablesbar.

Swend hatte so zwar noch das absehbare Ende des Sozialistengesetzes erlebt – im Reichstag war Ende Januar 1890 eine Verlängerung abgelehnt worden<sup>121</sup> –,

116 HT Nr. 20–48, Januar–Februar 1890.

117 HT Nr. 2–17, Januar 1889, vgl. auch *Rieber* (wie Anm. 99), S. 332.

118 Nr. 29 v. 19. 7. 1890.

119 HT Nr. 152, 153, 155 – Juli 1890.

120 Wie Anm. 118.

121 Die Haller »Arbeiterpartei« hatte so die »Arbeiter von Hall und Umgegend« zu einer Maifeier aufrufen können: HT Nr. 99 v. 30. 4. 1890.

nicht jedoch sein Auslaufen am 30. September 1890. Die »Heldenzeit« der deutschen Sozialdemokratie (W. Bloss) war damit zu Ende gegangen. Das »Schmachgesetz« (W. Keil) hatte Haller Sozialdemokraten Freiheitsstrafen von mindestens einem Monat und drei Tagen gebracht, in Stuttgart betrug die verhängte Straf- und Untersuchungshaft dreizehn Jahre, zwei Monate und vierzehn Tage<sup>122</sup>, im Reichsgebiet bezifferten sich die gegen etwa 1500 Personen verhängten Freiheitsstrafen auf rund eintausend Jahre<sup>123</sup>.

Der Fall des Sozialistengesetzes brachte den Sozialdemokraten keineswegs die gesellschaftliche Rehabilitierung. Im kaiserlichen Deutschland begegneten ihnen weite Kreise der bürgerlichen Gesellschaft nach wie vor mit Ablehnung, Mißtrauen, ja sogar Haß. Ein Erlaß des württembergischen Innenministeriums vom 1. Oktober 1890 forderte die Oberämter auf, sozialdemokratische Versammlungen auch weiterhin »durch geeignete Polizeibedienstete« überwachen zu lassen<sup>124</sup>. Gleichzeitig gab das Haller Tagblatt die Devise aus: »Eine dauernd wirksame Abwehr... kann nur in der unermüdlichen und zweckentsprechenden Arbeit Aller bestehen, die den Umsturz verhindern wollen«<sup>125</sup>.

Im Oktober und November 1890 erfolgte die Neuformierung der Partei auf Reichs- und Landesebene. Auf dem Parteitag von Halle/Saale (12.–18. Oktober) wurde der Name »Sozialdemokratische Partei Deutschlands« angenommen. Eine württembergische Landesversammlung verabschiedete am 2. November in Stuttgart ein Organisationsstatut, nach dem örtliche Arbeitervereine der Landesorganisation als Mitgliedschaften angehören sollten<sup>126</sup>. Der Haller Arbeitergesangverein berief daraufhin für den 22. November eine Plenarversammlung ein<sup>127</sup>. Dem Antrag des Vereinsausschusses entsprechend wurde dort »nach stürmischer Debatte« die Umwandlung in einen politischen Verein »mit sozialdemokratischer Tendenz« beschlossen. Ein Informant wußte der Lokalzeitung zu berichten, daß dieser Beschluß »verschiedene Austrittserklärungen zur Folge« haben würde<sup>128</sup>. Die Saat des Sozialistengesetzes zeigte so noch ihre Auswirkungen. Die Haller Sozialdemokraten firmierten nun wiederum als »Arbeiter-Verein« mit dem Zusatz »Mitgliedschaft der Sozialdemokratischen Partei Württembergs«<sup>129</sup>. Die neue Ausrichtung des Vereins hatte einen Wechsel in der Führung gebracht. Während in den 1880er Jahren der Obersäger Hagenlocher als Vorstand des Arbeitergesangvereins fungierte<sup>130</sup>, stand spätestens seit Anfang 1891 und dann für viele Jahre der Schreiner

122 *Rieber* (wie Anm. 99), S. 580.

123 *F. Mehring*: Zur deutschen Geschichte bis ... 1789 (= Gesammelte Schriften, Bd. 5), (Ost-)Berlin 1975, S. 216.

124 *Rieber* (wie Anm. 99), S. 636.

125 HT Nr. 230 v. 2. 10. 1890.

126 Abgedruckt bei *M. Christ-Gmelin*: Die württembergische Sozialdemokratie 1890–1914... Diss. Stuttgart 1976, S. 223f.

127 HT Nr. 274 v. 22. 11. 1890.

128 HT Nr. 277 v. 26. 11. 1890.

129 Gedrucktes Statut o. D., Kopie im KrA SHA.

130 Adreß- und Geschäftshandbuch der Oberamtsstadt Schwäbisch Hall, Hall 1886, S. 132.



Krüger dem Arbeiterverein vor<sup>131</sup>. Krüger war bereits 1878 Mitglied der Haller Arbeiterpartei<sup>132</sup> und trat 1883 als Vorstand des Schreiner-Fachvereins auf<sup>133</sup>. Demgegenüber dürfte Hagenlocher ein Exponent der unpolitischen Richtung des Arbeitergesangvereins gewesen sein; er erscheint 1878 weder als Partei- noch als Gewerkschaftsmitglied.

Ist es bereits bemerkenswert – wenn auch für Württemberg nicht unbedingt ungewöhnlich –, daß die Haller Arbeiterbewegung ganz überwiegend von unselbständigen Handwerkern getragen wurde, so sind die frühzeitige Konstituierung und ihre inselartige Existenz in und über württembergisch Franken hinaus besonders hervorzuheben. Während die Haller Sozialdemokraten auf Landesebene kaum hervortraten und stets auf auswärtige Referenten zurückgriffen, zeigt ihre Entwicklung – namentlich im Prozeß der Ablösung vom Linksliberalismus – exemplarische Züge der allgemeinen Parteigeschichte. Das aktive Eintreten der Haller Genossen für ihre Überzeugungen während der Zeit des Sozialistengesetzes brachte ab 1887 Wahlergebnisse, mit denen an die Jahre 1877 und 1878 angeknüpft werden konnte. Auch ein erstes Vordringen in die Landorte wurde erreicht. Während in der Stadt Hall 1887 und 1890 über 20 % der Abstimmenden für die verfeimte Partei votierten, blieben deren Ergebnisse in den umliegenden Oberamtsstädten mehr als mager. Im 12. württembergischen Wahlkreis (Oberämter Crailsheim, Gerabronn, Künzelsau und Mergentheim) waren bei den Reichstagswahlen bis 1890 sogar noch nie Stimmen auf die Sozialdemokratie entfallen<sup>134</sup>. So wird deutlich, daß die Haller Sozialdemokraten eine ausgesprochene Sonder- und Vorreiterstellung im ländlich strukturierten Nordosten Württembergs einnahmen.

## ANHANG

### *1. Statuten des Arbeiter-Bildungs-Vereins in Schwäbisch Hall*

- § 1 *Zweck des Vereins ist: geistige Bildung des Arbeiters durch passende Vorträge, gute Lektüre, Pflege des Gesangs und Unterricht in allgemein notwendigen Kenntnissen usw.*
- § 2 *Zu diesem Zwecke versammeln sich die Mitglieder des Vereins an bestimmten Tagen, zum mindesten aber einmal in der Woche.*
- § 3 *Jeder Arbeiter ohne Unterschied der Person und der Beschäftigung kann, wenn er das 18. Lebensjahr erreicht hat, dem Verein beitreten. Ausgeschlossen sind nur solche, welche sich eines entehrenden Vergehens schuldig gemacht haben.*
- § 4 *Jedes Mitglied zahlt als Aufnahme 12 kr. und als Monatsbeitrag 9 kr. in die Vereinskasse.*

131 Er wird genannt im HT Nr. 30 v. 6. 2. 1891.

132 KrA SHA 1/510.

133 HT Nr. 91 v. 21. 4. 1883.

134 Rieber (wie Anm. 99), S. 702.

- § 5 Sollten Geschenke oder Beiträge für den Verein eingehen, so dürfen dieselben bloß zu solchen, die Bildung der Mitglieder des Vereins befördernden Zwecken verwendet werden.
- § 6 Wer drei Monate mit Entrichtung der Beiträge im Rückstand bleibt, wird als ausgetreten betrachtet.
- § 7 Abgereiste und wieder zurückkehrende Mitglieder sind, wenn sie dem Verein innerhalb vier Wochen wieder beitreten, von der Aufnahme-Gebühr frei.
- § 8 Mitglieder, welche sich eines entehrenden Vergehens zu Schulden kommen lassen, oder trotz wiederholten Warnungen die Sitte und den Anstand verletzen, werden ohne Weiteres vom Verein ausgeschlossen.
- § 9 Jedes Mitglied ist befugt, sämtliche Bildungs-Mittel des Vereins nach ihrem ganzen Umfange zu benützen. Ebenso steht jedem Mitglied das Recht zu, Personen, die dem Vereine nicht angehören, einzuführen; doch ist der Einführende für dessen moralisches Betragen verantwortlich.
- § 10 Ein Nichtmitglied kann bloß 3 mal eingeführt werden.
- § 11 Männer, die sich dem Verein auf besondere Weise verdient gemacht haben, können auch als Ehrenmitglieder aufgenommen werden, und haben alle Rechte des Vereins zu genießen.
- § 12 Der Verein wird geleitet durch ein Komitee, welches aus einem Vorstand, Beziehungsweise Vize-Vorstand, Kassier, Schriftführer und vorläufig aus 3 Ausschußmitgliedern besteht. Die Zahl der Ausschußmitglieder richtet sich nach der Stärke des Vereins.
- § 13 Der Ausschuß hat für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Verein zu sorgen und sich mit allen Kräften der Erreichung der Vereinszwecke zu widmen.
- § 14 Das Komitee ist berechtigt, zu seinen Sitzungen auch Ehrenmitglieder einzuladen, um deren Rat entgegen zu nehmen.
- § 15 Bei besonderen Ereignissen wird eine General-Versammlung ausgeschrieben, welche ihre Beschlüsse durch einfache Stimmenmehrheit faßt.
- § 16 Alle Halbjahr findet eine bestimmte General-Versammlung statt, in welcher eine Neuwahl des Komitees stattfindet, doch sind die Mitglieder des vorigen Komitees wieder wählbar.
- § 17 Der Verein wird so lange als bestehend betrachtet, so lange noch ein Drittel der Mitglieder für das Bestehen des Vereins stimmen.
- § 18 Vorstehende Statuten können nach Verlauf eines Halbjahrs bei der Neuwahl des Komitees aufgrund der indessen gemachten Erfahrungen abgeändert werden.

Schwäbisch Hall, den 24. April 1864

Der Ausschuss

2. Das 1878 bei den Haller Sozialdemokraten eingezogene  
(Eisenacher) Parteiprogramm  
(HStA Stgt. E 146 alt. Bü 1871)

*Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.*

*I. Die sozial-demokratische Arbeiterpartei erstrebt die Errichtung des freien Volksstaats.*

*II. Jedes Mitglied der sozial-demokratischen Arbeiterpartei verpflichtet sich, mit ganzer Kraft einzutreten für folgende Grundsätze:*

- 1) Die heutigen politischen und sozialen Zustände sind im höchsten Grade ungerecht und daher mit der größten Energie zu bekämpfen.*
- 2) Der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.*
- 3) Die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von dem Kapitalisten bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, und es erstrebt deshalb die sozial-demokratische Partei unter Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem) durch genossenschaftliche Arbeit den vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter.*
- 4) Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.*
- 5) In Erwägung, daß die politische und ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse nur möglich ist, wenn diese gemeinsam und einheitlich den Kampf führt, gibt sich die sozial-demokratische Arbeiterpartei eine einheitliche Organisation, welche es aber auch jedem Einzelnen ermöglicht, seinen Einfluß für das Wohl der Gesamtheit geltend zu machen.*
- 6) In Erwägung, daß die Befreiung der Arbeit weder eine lokale noch nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder, in denen es moderne Gesellschaft gibt, umfaßt, betrachtet sich die sozial-demokratische Arbeiterpartei, soweit es die Vereinsgesetze gestatten, als Zweig der Internationalen Arbeiterassoziation, sich deren Bestreben anschließend.*

*III. Als die nächsten Forderungen in der Agitation der sozial-demokratischen Arbeiterpartei sind geltend zu machen:*

- 1) Ertheilung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts an alle Männer vom 20. Lebensjahre an, zur Wahl für das Parlament, die Landtage der Einzelstaaten, die Provinzial- und Gemeindevertretungen, wie alle übrigen Vertretungskörper. Den gewählten Vertretern sind genügende Diäten zu gewähren.*
- 2) Einführung der direkten Gesetzgebung (d. h. Vorschlags- und Verwerfungsrecht) durch das Volk.*
- 3) Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und der Konfession.*

- 4) Errichtung der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
- 5) Trennung der Kirche vom Staat, und Trennung der Schule von der Kirche.
- 6) Obligatorischer Unterricht in Volksschulen und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten.
- 7) Unabhängigkeit der Gerichte, Einführung der Geschwornen- und Fachgewerbe-gerichte, Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens und unentgeltliche Rechtspflege.
- 8) Abschaffung aller Preß-, Vereins- und Koalitions-gesetze; Einführung des Normal-arbeitstages; Einschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit. Beseitigung der durch die Zucht- und Arbeits-hausarbeit den freien Arbeitern geschaffenen Kokurrenz.
- 9) Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommensteuer und Erbschaftssteuer.
- 10) Staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatskredit für freie Produktivgenossenschaften unter demokratischen Garantien.

#### *Mitarbeiter, Mitkämpfer!*

Das »Programm« der sozial-demokratischen Arbeiterpartei, in politischer wie in ökonomischer Beziehung das radikalste, verlangt die Befreiung der arbeitenden Klasse aus den Fesseln, in welche bis heute noch die herrschende reaktionäre Staatsgewalt und die »liberale« Bourgeoisie im Bündniß mit dem Jesuitismus der privilegierten Staatskirchen dieselbe geschlagen hält. Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit – das Programm der glorreichen Revolution, welche die allgemeinen Menschenrechte proklamirte, ist auch unsere Forderung, die solidarische Forderung der Sozialdemokraten aller Länder. Dieses Programm zu verwirklichen muß die Aufgabe aller Arbeiter sein. Darum genügt es nicht allein, diesen Bestrebungen der sozial-demokratischen Partei zu huldigen, sondern jeder Einzelne von Euch, die gesammte Arbeiterklasse ist verpflichtet, in die sozialdemokratische Arbeiterpartei, in die Reihen der unerschrockenen Vorkämpfer für die Rechte des Proletariats einzutreten und in reger Agitation für die Verwirklichung dieses Programms mitzuwirken. – Darum, Mitarbeiter, gleichviel ob Ihr als Lohnslaven des Kapitals bei schwerer Handarbeit Euer Leben kümmerlich fristet, oder ob Ihr bei nicht minder anstrengender Kopf- und Geistesarbeit als Tagelöhner der Bourgeoisie kärglich besoldet werdet, – Proletarier! Euch Alle fordern wir auf, einzutreten in unsere Reihen und mit uns theilzunehmen am Befreiungswerke der Menschheit. Denn nur dann, wenn jeder Einzelne von Euch eintritt in unsere Organisation, um in geschlossenen Reihen theilzunehmen an dem gewaltigen Kampfe für die Befreiung des Arbeiterstandes, wird das Wort zur That, der Gedanke zur Wahrheit werden: »daß die Arbeiter der Fels sind, auf welchen die Kirche der Gegenwart gebaut wird«.

Arbeiter! Nochmals empfehlen wir Euch den Eintritt in die sozialdemokratische Arbeiterpartei, der schon Tausende und Abertausende Eurer Arbeitsbrüder angehören und die in allen Städten Deutschlands Freunde und Mitglieder zählt.

Der geringe Beitrag (monatl. 1 Sgr. = 3½ Kr.), der von Euch verlangt wird, und den

*jedes Mitglied zu entrichten hat, wird lediglich zur Förderung der Agitation verwandt. – Es gibt keine andere Partei in Deutschland, keinen Verein, welchen Namen dieselben führen mögen, der Eure Rechte in gleich entschiedener Weise vertritt, und gestützt auf eine feste einheitliche Organisation, die Interessen des arbeitenden Volkes in Wort und That zu fördern berufen und im Stande ist als die sozialdemokratische Arbeiterpartei, die Eure Parole, deren Organisation Eure Losung und deren Programm Euer Feldgeschrei sein muß. – Arbeiter! Dieser Partei beizutreten, das Organ derselben, den »Volksstaat«, zu lesen und zu verbreiten, ist Eure Pflicht, Eure Ehre.*

*Der Ausschuß der sozial-demokratischen Arbeiterpartei.*

*(Hamburg).*



# Christian Friedrich Bauer

VON KLAUS BAUER\*

Eines der letzten Worte von Christian Friedrich Bauer, Doktor der Medizin und Oberamtsarzt in Mergentheim, war: *Ich wollte ein Diener der leidenden Menschheit sein.* Am 20. Februar 1838 waren seine eigenen Leiden beendet. Der Tod erlöste ihn im Alter von fast 62 Jahren von einer quälenden Kopfkrankheit, die sich bereits im Jahr 1837 bemerkbar gemacht hatte.

Die Worte sind charakteristisch für diesen Mann, der medizinisches Wissen auf mehreren Universitäten erworben hatte, der viele Krankheiten gesehen, und der pragmatisch das erforscht und bearbeitet hatte, was er mit seinen Erfahrungen bewältigen konnte. Spekulationen und solche Theorien, die erst von anderen bewiesen werden mußten, waren seinem Wesen fremd. Sein Leben fiel in eine Zeit, in der die medizinische Wissenschaft noch nicht frei von naturphilosophischen Fesseln war. Die Aufklärung hatte zwar in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Naturwissenschaften neu belebt und dadurch dazu beigetragen, daß zahlreiche medizinische Entdeckungen gemacht werden konnten. Aber auch noch im 19. Jahrhundert gab es ernsthafte Versuche, die vielfältigen Krankheitserscheinungen in Grundprinzipien einzuzwängen und das Wesen von Gesundheit und Krankheit durch tiefes Nachdenken in der Studierstube begreifbar zu machen, ein Vorgehen, das Christian Friedrich Bauers Art nicht entsprach. Erst in der Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelte sich die Medizin in Deutschland zu einer überall anerkannten Höhe. So lebte er gewissermaßen in einem Spannungsfeld: rationelle Neuerungen in der Medizin, die er für seine Praxis gebraucht hätte, gab es kaum, mit den statt dessen angebotenen naturphilosophischen Überlegungen konnte er nicht viel anfangen.

Der Höhepunkt in Bauers beruflichem Leben war die Mitwirkung bei der Entdeckung und Nutzbarmachung der Mergentheimer Mineralquellen. Im Jahre 1826 begann die erstaunliche Entwicklung Mergentheims von einer kleinen am Rande des neugeschaffenen Königreiches Württemberg gelegenen Stadt zum größten Heilbad des heutigen Landes Baden-Württemberg. Zwei Persönlichkeiten, die sich damals besondere Verdienste erworben haben, werden in diesem Zusammenhang oft genannt: Der Schäfer Franz Gehrig und der Oberamtsarzt Dr. Christian

\* Den Herren Johann-Peter Bauer, 5303 Rheinbach, Gerd Rampacher, 7032 Sindelfingen, und Eckhardt Rocholl, 5060 Bergisch-Gladbach, Nachkommen von Christian Friedrich Bauer, möchte ich vielmals für Einsichtnahme in Material aus dem Familienbesitz danken, Herrn Pfarrer i. R. Heiner Weitbrecht, 7407 Rottenburg, danke ich für anregende Diskussionen. Mein besonderer Dank gilt Frau Dr. Almut Todorow und ihren Kollegen von der Universität Tübingen für die Beschaffung von Literatur und für wissenschaftliche Beratung.

Friedrich Bauer. 1976 wurde in einer instruktiven Schrift der Auffindung der Quellen, 150 Jahre zuvor, gedacht<sup>1</sup>.

Aber nicht nur die ärztliche Tätigkeit sollte Bauers Leben Spannung und Farbe verleihen. Auch als vielseitiger Naturwissenschaftler war er bekannt. Darüber hinaus umfaßten seine Interessen viele weitere Bereiche. Er lebte als kritischer Beobachter in seiner Zeit; mit allem, was um ihn herum geschah, setzte er sich auseinander, zu vielem bezog er Stellung. Als Student begeisterte er sich für die Gedanken der französischen Revolution, als gereifter Mann litt er unter der Restauration. In beiden Lebensabschnitten mußte er Opfer bringen, erst wegen seiner eigenen freiheitlichen Gesinnung, später wegen der seines Sohnes Hermann. Vor 150 Jahren ist Christian Friedrich Bauer gestorben. Dieses mag ein Anlaß sein, die wichtigsten Ereignisse seines Lebens heute noch einmal an uns vorüberziehen zu lassen. – Sein Bild tritt uns aus hinterlassenen Schriften und Tagebüchern entgegen, es lebt aber auch bis heute frisch, bunt und mit vielen Ausschmückungen verziert in seiner Familie weiter. Persönliche, für eine Publikation weder vorgesehene noch geeignete Aufzeichnungen einiger seiner Nachkommen existieren ebenso wie mancherlei mündliche Überlieferungen. Soweit dieses anekdotenreiche Material für den folgenden Aufsatz verwendet wurde, geschah das erst nach kritischer Prüfung.

### *Elternhaus und Jugendjahre*

Christian Friedrich stammte aus einer im fränkisch-schwäbischen Raum weitverzweigten, traditionsreichen Familie<sup>2</sup>. Zu Beginn des 18. Jahrhunderts zogen die Bauers von Wertheim nach Merchingen und betraten damit das Hohenloher Land. Sein Großvater und sein Vater waren Theologen, das kinderreiche Pfarrhaus seine eigentliche Heimat.

Der Vater, Wilhelm Bernhard Philipp Bauer (1739–1810), wurde nach dem Studium in Erlangen 1763 Pfarrer in Dörrenzimmern, 1768 in Künzelsau und 1789 Superintendent und Hofprediger in Weikersheim. 1809, kurz nach der neuen Grenzziehung, bei der dieser Teil des Hohenloher Landes unter Stuttgarter Herrschaft kam, wurde er württembergischer Konsistorialrat.

Wilhelm Bernhard Philipp heiratete im Jahre 1766 Sophie Marie Meister (1744–1815), die Tochter von Friedrich Albrecht Meister (1715–1778), einem seiner Vorgänger als Superintendent in Weikersheim.

Noch heute findet man in der dortigen Kirche Erinnerungen an die beiden Geistlichen: Ihre Namen sind eingeschnitzt in die hölzerne Wand des Chorgestühls und ihre Bilder hängen in der Sakristei. Wilhelm Bernhard Philipp Bauer galt zu

1 C. Gräter, H. Stütze: 150 Jahre Heilbad Mergentheim 1826–1976, Druckerei K. Hart K.G. D8712 Volkach.

2 Pfarrer a. D. Karl Bauer: Stammbaum der Familie Bauer, 1933; Gerd Wunder: Die Ahnen von Hermann Bauer, Württembergisch Franken, Bd. 57 (1973); Otto Beutenmüller: Nachtrag zu Ferd. Friedr. Fabers Württembergischen Familienstiftungen, 126. Wibel-Stiftung in Schwäbisch Hall, Verlag C. A. Starke 1966.



seiner Zeit als überaus gelehrter Theologe und Bibelforscher. Sein Portrait zeigt einen ernsten Mann in fortgeschrittenem Alter. Der Kopf, im Profil dargestellt, mit der bis auf die Schultern wallenden weißen Lockenperücke strahlt Würde und Autorität, verbunden mit einer gewissen Strenge aus. Aufschlußreicher als das Bild in der Kirche ist für sein Wesen ein Stich, der sich im Familienbesitz befindet. Hier sehen wir einen in seiner wohlausgestatteten Bibliothek sitzenden viel jüngeren Mann. Sein Kopf ist auf den linken Arm gestützt, mit dem Zeigefinger der rechten Hand wird eine Textstelle fixiert, das Gesicht ist überaus nachdenklich. Die hier dargestellte Einsamkeit des Wissenschaftlers dürfte auch seinem Sohn nicht fremd gewesen sein.

Der Bruder von Wilhelm Bernhard Philipp war Johann Christian Friedrich Bauer (1741–1821), der die drei Tätigkeiten eines Chirurgen, eines Richters und eines Landwirtes zu einer Zeit ausübte, als die Beschäftigung mit medizinischen oder juristischen Fragen noch nicht zu einem vollen Beruf reichte. Er war der erste naturwissenschaftlich-medizinisch Interessierte in der engeren Familie, so daß von dieser Seite die vielseitigen Interessen des Neffen beeinflußt sein könnten.

Es gibt einen wichtigen Grund, noch mit einem Satz bei der Familie Meister zu verweilen: Zwei Brüder von Friedrich Albert, nämlich Christian Friedrich Georg Meister (geb. 1718 in Weikersheim) und Albert Ludwig Friedrich Meister (geb. 1724 in Weikersheim), gehörten zu den ersten bedeutenden Professoren der 1737 gegründeten Göttinger Universität. Während der Ältere ein großer Rechtslehrer war, befaßte sich sein jüngerer Bruder mit Mathematik und Kriegskunst. Christian Friedrich Georg Meister hatte einen Sohn, Georg Jakob Friedrich, geboren 1755, der bereits mit 29 Jahren in seiner Heimatstadt Göttingen ordentlicher Professor der Rechte war. Das Bemühen um wissenschaftliche Exaktheit und ein tiefverankerter Sinn für Rechtlichkeit, die Christian Friedrich Bauer später auszeichneten, könnten ein Erbe aus der Meister-Familie sein.

Kinderreichtum, die Probleme, die er mit sich brachte, und ein dadurch bedingtes bescheidenes Leben war das Los vieler Familien dieser Zeit. Zahlreiche Kinder starben kurz nach der Geburt. In den Jahren 1731–1740 waren es in England beispielsweise 437 von 1000<sup>3</sup>, aber auch in Deutschland dürften ähnliche erschreckende Zahlen gegolten haben. Wahrscheinlich war es der Philosoph und Schriftsteller Jean Jacques Rousseau, der eine wichtige Verbesserung der gesundheitlichen Situation der Kleinkinder in der Mitte des 18. Jahrhunderts bewirkte. Er empfahl die Abschaffung des Wickelns und ermahnte die Mütter, ihre Kinder selbst zu stillen<sup>4</sup>. Den jungen Müttern, die in dieser Zeit der lebensbedrohenden Gefahr des Kindbettfiebers ausgesetzt waren, konnte erst ungefähr 100 Jahre später durch Ignaz Semmelweis geholfen werden. Bevor man etwas von Bakterien wußte, verordnete er eine strenge Desinfektion zur Vermeidung der tödlichen Ansteckung.

In diesem Lichte gesehen, erscheint es als ein glückliches Familienschicksal, daß

3 R. H. Shryock: Die Entwicklung der modernen Medizin. Enke 1947.

4 E. H. Ackerknecht: Geschichte der Medizin, Enke 1979.



*Utere (hirc) Consiliis ut saepius inde iuueris.*

von den elf Kindern von Wilhelm Bernhard Philipp und Sophie Marie Bauer nur drei in frühem Kindesalter starben und daß beide Eltern ein hohes Alter erreichten. Acht Kinder wuchsen heran, jedes in ein eigenes Schicksal hinein, aber in einer Weise, daß sie sich im Leben oft wieder trafen und gegenseitig helfen konnten.

Christian Friedrich wurde am 15. April 1776 in Künzelsau geboren; damals war das Fürstentum Hohenlohe eines von ungefähr 300 souveränen reichsständischen Territorien des Heiligen römischen Reiches deutscher Nation. Dieses wurde regiert von Joseph II., dem Sohn Maria Theresias, dem Kaiser, der vergebliche Versuche unternahm, Deutschlands zeitgemäßes Kleinstaatensystem zu vereinfachen. In Preußen regierte zu derselben Zeit Friedrich der Große. Er war darum bemüht, die Wunden, die der Siebenjährige Krieg seinem Lande zehn Jahre zuvor gebracht hatte, zu heilen. – In anderen Teilen der Welt traten Ereignisse ein, die symbolhaft für Christian Friedrichs späteres Leben sein sollten. Sie können hier nur andeutungsweise Platz finden: Thomas Jefferson, der in Europa geschulte Jurist und Staatsmann, verfaßte 1776 im fernen Virginia die Unabhängigkeitserklärung, die geistige Grundlage für die Umwandlung einer britischen Kolonie in ein souveränes Land. Eine heute freie und große Nation bereitete damals mit diesen Gedanken ihre Zukunft vor und beruft sich voll Stolz noch jetzt darauf. Unabhängig und frei zu sein, das waren Ideale, die bald darauf durch die französische Revolution auch in Deutschland Fuß faßten und viele Menschen in ihren Bann zogen.

Im Jahre 1777 wurde eine der größten wissenschaftlichen Entdeckungen aller Zeiten auf medizinisch-naturwissenschaftlichem Gebiet gemacht: Antoine Laurent Lavoisier konnte in Paris nachweisen, daß Atmung und Verbrennung auf ein und derselben Ursache beruhen. Es sind nämlich beides Oxydationsvorgänge. So zeigte er, daß bei der Atmung Sauerstoff verbraucht und die entsprechende Menge Kohlendioxid ausgeschieden wird. Dieses Experiment Lavoisiers war ein wichtiger Beitrag zur Überwindung der spekulativen Naturphilosophie, die bekanntlich weder in der Medizin noch in den Naturwissenschaften verwertbare Ergebnisse liefern konnte. Einem rationellen Angehen der Probleme, ganz im Sinne des französischen Genies, wandte sich auch Christian Friedrich später zu, aber es sollte lange dauern, bis sich diese Richtung durchsetzen konnte.

Die Taufpatin von Christian Friedrich war Christiane Eleonore Gräfin von Hohenlohe und Gleichen, Frau von Langenburg und Cranichfeld in Ingelfingen. In Künzelsau und später in Weikersheim ging er zur Schule und hatte daneben Unterricht bei seinem Vater. W. B. P. Bauer kümmerte sich sehr um die Erziehung aller seiner Kinder. So förderte er seine vier Söhne bis zur Universitätsreife, seinen vier Töchtern vermittelte er Kenntnisse, die weit über das Übliche hinausgingen.

### *Das Studium*

Die Tagebuchaufzeichnungen des jungen Christian Friedrich geben uns einen Einblick, welche Ideen und Gedanken ihn erfüllten, als er im März 1796 sein Elternhaus verließ, um in Halle Medizin zu studieren. Bedeutende Professoren zogen ihn an diese damals junge und moderne Universität. Da auch am Ende des 18. Jahrhunderts das Medizinstudium mit einer Ausbildung in den Naturwissenschaften begann, hörte er in seinen ersten Semestern Vorlesungen über Physik, Chemie, Mineralogie, Botanik und Pharmakologie, daneben aber auch schon rein medizinische. Bei dem berühmten Naturforscher Johann Reinhold Forster (1729–1798), der James Cook 1772–1775 auf seiner zweiten Weltreise begleitet hatte, besuchte er das etwas allgemeiner gehaltene Kolleg »Naturgeschichte«.

Polykarp Joachim Sprengel (1766–1833), der Verfasser des zu seiner Zeit sehr beachteten Lehrbuches über die großen Volkskrankheiten mit dem Titel »Versuch einer pragmatischen Geschichte der Arzneikunde«, belehrte seine Studenten über die Geschichte der Medizin, über Pathologie und über Semiotik (Grundlage der ärztlichen Diagnostik). Christian Friedrich hat in Halle fleißig studiert; er besuchte nicht nur Vorlesungen und Übungen bei weiteren Professoren, auch Lehrbücher wurden eifrig bearbeitet. Besonders beeindruckte ihn ein sechsbändiges über die Anatomie des menschlichen Körpers von dem Mainzer Professor Samuel Thomas Soemmering (1755–1830).

Wie schwierig es für Medizinstudenten in unserer Zeit ist, gründliche anatomische Kenntnisse zu erwerben, ist allgemein bekannt. Zu wenig Leichen stehen heutzutage für diese Ausbildung zur Verfügung, und so war es eigentlich schon immer. Michelangelo mußte sich auf gefährvollem Weg Leichen aus dem Hospital Santo Spirito in Florenz besorgen; ohne genaue anatomische Kenntnisse, insbesondere der Muskeln, wäre es ihm nicht möglich gewesen, seine menschlichen Gestalten in dieser Vollendung aus Marmor entstehen zu lassen. Von englischen Studenten wird erzählt, daß sie früher frische Gräber plünderten, und es wurde darüber berichtet, daß vor ungefähr 200 Jahren alle möglichen Kniffe an der Universität Tübingen angewandt wurden, um Leichen für die Anatomie zu beschaffen<sup>5</sup>.

Christian Friedrich ging einen anderen Weg. Im Sommer 1796 verlebte er seine Semesterferien zu Hause in Weikersheim. Als am 3. September bei Würzburg eine Schlacht zwischen Franzosen und Österreichern stattfand, beobachtete er diese Kämpfe aus der Ferne, schlich sich in der Nacht auf das Schlachtfeld, suchte sich eine geeignete Leiche aus und seziierte sie kunstgerecht. Das Skelett des Mannes stand viele Jahre später noch im Studierzimmer des Oberamtsarztes<sup>6</sup>.

13 Monate lang studierte Christian Friedrich in Halle. Im Tagebuch findet man Eintragungen darüber, was Studium und Leben kosteten: »Wurst«, »Brod«, »Bücher eingebunden«, aber auch »Mittagfraß«, »Allgemeine Literaturzeitung«

5 W. Jens: Eine Deutsche Universität. 500 Jahre Tübinger Gelehrtenrepublik. Kindler 1977.

6 Cornelia Rocholl, geb. Bauer: Aus vergangenen Tagen. Erinnerungen aus der Geschichte der Familie Bauer 1591–1890. Unveröffentlicht, 1928.

und »Wäscherin«, alles wurde mit zeitlich zunehmender Ordnung getreulich notiert, um die Kosten überschaubar zu halten. Die finanziellen Möglichkeiten der Familie waren begrenzt, da außer Christian Friedrich noch zwei andere Söhne eine Universität besuchten.

Von Interessen und Aktivitäten, die über das Medizinstudium hinausgingen, ist während Christian Friedrichs Zeit in Halle nichts bekannt geworden. Das sollte sich aber mit seinem Umzug nach Jena ändern. Ab April 1797 studierte er an der berühmten Thüringer Universität. Der Hauptgrund für den Wechsel war der Wunsch, bei Christoph Wilhelm Hufeland (1762–1832), dem gelehrten Medizinprofessor sowie Arzt Goethes und Schillers, Vorlesungen zu hören. »Spezielle Therapie – Die chronischen Krankheiten«, darüber belehrte Hufeland seine Studenten. Christian Friedrichs sorgfältig geführtes Kollegheft läßt uns einen kleinen Einblick in den damaligen Stand der Medizin tun. Von der Hepatitis, der Gastritis, der Pest, der Ruhr, der Cholera, aber auch vom Rheumatismus und verschiedenen Fiebererscheinungen ist die Rede, um hier nur eine kleine Auswahl zu treffen.

Noch prägender als durch seine Vorlesungen wirkte der praktisch denkende Professor durch das, was er ablehnte, auf seine Studenten. In Ermangelung von echten Erkenntnissen bemächtigten sich damals allerlei romantische Kulte und auf Spekulationen gestützte Meinungen der Medizin, besonders in Deutschland, aber auch anderswo. Es soll hier nur eines dieser Denksysteme erwähnt werden, das nach dem englischen Arzt John Brown (1735–1788) »Brownianismus« genannt wurde. Die gesamte Therapie reduzierte sich nach dieser Lehre auf die Gabe anregender oder dämpfender Arzneimittel<sup>7</sup>. Dieser offensichtliche Unsinn wurde besonders von Hufeland bekämpft, aber auch von Professor J. C. Stark, einem anderen Lehrer Christian Friedrichs in Jena. Bei dem zuletzt genannten hörte er eine Vorlesung über das »Brownsche System«. Sein Lehrer in Anatomie war Professor Justus Christian Loder, der zu dieser Zeit Prorektor der Universität war. Am Ende des 18. Jahrhunderts galt die Universität Jena als Hochburg der Aufklärung. Der leitende Kopf bei der Regierung in Weimar war Goethe, bedeutende Professoren hatten Lehrstühle inne. Friedrich Schiller und Johann Gottlieb Fichte gehörten der philosophischen Fakultät an, 1798 kam der 23jährige Philosophieprofessor Friedrich Wilhelm Joseph Schelling dazu, der auf Empfehlung Goethes nach Jena berufen wurde. Er und sein Kollege, der bedeutende Kenner der arabischen Sprachen Heinrich Eberhard Gottlob Paulus, hatten das Tübinger Stift durchlaufen und waren dort Schüler von Professor Christian Friedrich Schnurrer gewesen. Die Physik vertrat zu dieser Zeit Professor Lorenz Johann Daniel Succow, der bereits 1795 in das Stammbuch eines Studenten die visionären Worte schrieb: »Freiheit ist die Seele der Staaten«<sup>8</sup>. Auch er war ein Lehrer Christian Friedrichs.

Natürlich war Jena nicht nur eine fortschrittliche, sondern auch eine unruhige

7 Shryock, *Ackerknecht* (wie Anm. 3. 4).

8 Richard Keil und Robert Keil: *Geschichte des Jenaer Studentenlebens* (1548–1858). Leipzig 1858.

Stadt. Im Sommer 1792 hatten Studenten, die verschiedenen Landsmannschaften und Orden angehörten, ihrer Unzufriedenheit durch Tumulte Luft gemacht. Man war nicht gewillt, das strenge Verbot der Orden hinzunehmen, es ging aber auch allgemeiner um mehr akademische Freiheit und sogar darum, die überhand nehmenden Duelle durch Ehrengerichte einzudämmen. Die Regierung in Weimar war mißtrauisch und natürlich in allem anderer Meinung; auch ein Gespräch mit dem Minister Goethe ließ für die Studenten nicht viel Gutes erhoffen. Als Truppen in Jena einrückten, verließen viele die Stadt und zogen sich in das ungefähr 5 km westlich von Weimar gelegene kurmainzische Dorf Nohra zurück, um von dort aus nötigenfalls in Erfurt weiterstudieren zu können. So unzufrieden viele Studenten mit der deutschen Kleinstaatserei damals waren, so sehr kam auch manchen zustatten, daß die Ärme der Verwaltung und der Polizei aus diesem Grunde nur sehr kurz waren. Nach zähen Verhandlungen mit der Regierung kehrten die Studenten nach Jena zurück, um ihre Studien fortzusetzen.

Es herrschte also im Jahre 1797 Ruhe in Jena, als Christian Friedrich dort eintraf, aber es war nur eine scheinbare Ruhe. Die Studenten waren weiterhin aktiv, ihr Wunsch nach mehr Freiheit war keineswegs eingeschlafen. Es kam immer wieder zu Auseinandersetzungen, beispielsweise, wenn mehr als 300 Studenten nach 10 Uhr abends auf dem Marktplatz das Räuberlied ihres hochverehrten Professors sangen: »Ein freies Leben führen wir...«. Es konnte dann vorkommen, daß ein Trupp Miliz, bei den Studenten auch Schnurren genannt, versuchte, den Haufen zu zersprengen. Das führte natürlich nur zu einer weiteren Erhitzung der Gemüter: Scheiben gingen zu Bruch, die Schnurren wurden verhöhnt. Säbel- und Stockhiebe wurden mit Pistolenschüssen beantwortet, Rufe erschollen: Licht weg! Bursche raus! Vivat die akademische Freiheit, preeat der Senat und der Prorektor! Am anderen Tag erfolgte dann eine Untersuchung des Vorfalls durch eine herzogliche Kommission, und dann verlief meistens alles im Sande.

Christian Friedrich schloß sich in Jena dem Amicistenorden an. Dieser war aus der Moselaner Landsmannschaft hervorgegangen und in Anlehnung an den Orden der Freimaurer organisiert. Geheimzeichen, vertrauliche Händedrücke und strenge Ordensregeln verbanden die Amicisten miteinander. Schöne, edle Handlungen, Freundschaft, Rechtschaffenheit, wahre Aufklärung, Patriotismus, solide Gelehrsamkeit, vollkommene Schätzung der menschlichen Freiheit und ähnliches, das waren die Ideale, denen sich die jungen Leute durch einen Eid verpflichteten. Von Duellen, von Alkoholgenuß, von lockeren Beziehungen zum anderen Geschlecht und von überzogen selbstbewußtem Auftreten in der Öffentlichkeit war in diesen Statuten nicht die Rede, und doch waren es gerade diese Dinge, sowie die allzeit wachen Anstrengungen der Obrigkeit, sie zu unterdrücken, die in Jena den studentischen Alltag bestimmten<sup>9, 10</sup>. Eintragungen von Studenten in die Stammbuchblätter ihrer Freunde aus diesen Jahren sprechen für sich selbst:

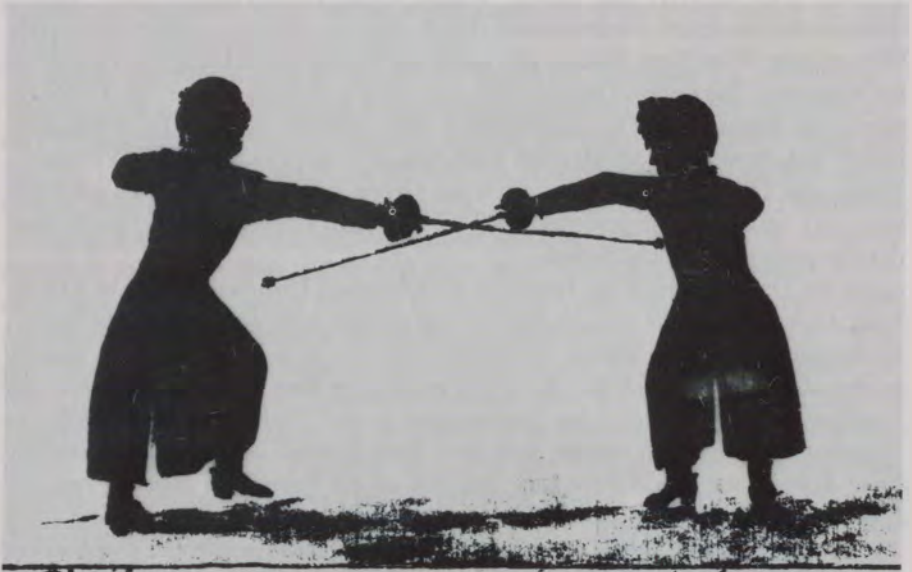
9 *Otto Götze*: Die Jenaer akademischen Logen und Studentenorden des 18. Jahrhunderts. Verlag Frommannsche Buchhandlung 1932; *Keil* (wie Anm. 8).

10 *Keil* (wie Anm. 8).

Dogmatik im Kopf, ein Mädchen im Arm,  
das eine macht gelehrt, das andre macht warm.

oder  
Es lebe jeder deutsche Mann,  
der seinen Rheinwein trinkt  
so lange er's Gläschen halten kann,  
und dann zu Boden sinkt.

Die Verteidigung seiner Ehre mit dem Florett, aber auch Bestimmungsmensuren, spielten bei Christian Friedrich eine besondere Rolle. Es ist nicht bekannt, wie oft er sich duelliert hat, aber es muß häufig gewesen sein. Zusammen mit seinen Amicistenfreunden soll er wahre Schlachten geschlagen haben. Seinen Aufzeichnungen ist zu entnehmen: *Lenz wird von G. erstochen.*



*Friedrich Wilhelm Bauer und ein Freund beim Fechten*

Auf einer anderen Seite des Tagebuches sieht man die Zeichnung eines langen Säbels und daneben eine fast abgehauene Hand. Auch ein recht gelungenes Tuschebildchen existiert von ihm: *Friedrich Wilhelm und ein Freund*. Hier sieht man seinen Bruder bei Florettübungen. Obwohl die Waffen vorne abgestumpft waren, kamen in Jena damals immer wieder Todesfälle bei Duellen vor.

Der Pastorensohn aus dem behaglich-engen Weikersheim hatte sich inzwischen zu einem selbstbewußten jungen Mann entwickelt. Seinem Ordensbruder Johann Friedrich Weißmann aus Hohenlohe schrieb er am 18. September 1797 in das Stammbuch:

»Laß Lieb und Freundschaft Dich beglücken,  
was kann Dein Glück noch mehr erhöhen,  
die Liebe schafft der Nacht Entzücken,  
die Freundschaft macht die Tage schön.«

Nach den sonst in den Alben zu findenden etwas derben Beschreibungen von Genüssen aller Art und den Aufforderungen, sich ihnen hinzugeben, kommen einem diese jugendlich-romantischen Verse fast ein wenig lyrisch vor.

An einer Demonstration subtilerer Art als auf dem Marktplatz in Jena war Christian Friedrich in Weimar beteiligt. Es war ein Vorrecht der Studenten aus der Nachbarstadt, bei der Aufführung der »Räuber« das Räuberlied mitsingen zu dürfen. Bei einer solchen Gelegenheit – es sei dahingestellt, wie der »Gesang« der jungen Leute wohl geklungen haben mag – kam es zu einem Zusammenstoß mit Goethe, der sich in seiner Intendantenloge erhob und die Worte ins Parterre richtete: *Man schweige hier unten!* Wegen dieser Einschränkung ihrer Rechte drohten die Studenten wieder einmal damit, Jena zu verlassen, wenn ihnen keine Genugtuung widerführe. Goethe gab nach, das Räuberlied erklang auch weiterhin im Weimarer Theater<sup>11</sup>. Theaterstörungen wurden damals seitens der Behörden sehr ernst genommen. Der Rädelsführer einer anderen solchen Demonstration bekam auf Anweisung des Herzogs Karl August sogar einen scharfen Verweis<sup>12</sup>. Wegen des Theatervorfalles, aber auch auf Grund dessen, was noch zu schildern sein wird, setzte sich ein gewisser Groll bei Christian Friedrich gegen Goethe fest, der ihn auch später nicht verließ.

Auch der Dichter behielt die Jahre der studentischen Unruhen lebhaft in Erinnerung: *In Jena und Halle war die Rohheit aufs höchste gestiegen, körperliche Stärke, Fechtergewandtheit, die wildeste Selbsthilfe, war dort an der Tagesordnung; und ein solcher Zustand kann sich nur durch den gemeinsten Saus und Braus erhalten und fortpflanzen. Das Verhältnis der Studierenden zu den Einwohnern jener Städte, so verschieden es auch seyn mochte, kam doch darin überein, daß der wilde Fremdling keine Achtung vor dem Bürger hatte und sich als ein eigenes, zu aller Freiheit und Frechheit privilegiertes Wesen ansah. Dagegen konnte in Leipzig ein Student kaum anders als galant seyn, sobald er mit reichen, wohl und genau gesitteten Einwohnern in einigem Bezug stehen wollte*<sup>13</sup>.

Es mag heute verwunderlich erscheinen, wie stark damals Äußerungen studentischen Übermutes beachtet wurden: Der Herzog persönlich kümmerte sich darum, sein Minister kritisierte sie Jahre später in seinen Memoiren und ein Betroffener bewahrte die Erinnerungen daran ein Leben lang. Sicherlich sahen alle Beteiligten viel mehr dahinter, die einen wollten Freiheit, den anderen waren solche Wünsche unheimlich.

Im Februar 1798 traf Christian Friedrich ein Schlag, der seine anderen Erlebnisse

11 Gertrud Bauer: Lebenslauf vom Oberamtsarzt C. F. Bauer. Unveröffentlicht, 1934.

12 Götz (wie Anm. 9).

13 J. W. v. Goethe: Wahrheit und Dichtung, 6. Buch, Cotta 1866.



in Jena unwesentlich erscheinen lassen sollte. Alle studentischen Orden waren nämlich seit einiger Zeit verboten und wurden unbarmherzig von den Behörden verfolgt. Die Amicisten schmückten sich zu Christian Friedrichs Zeiten mit dem Beinamen »Zu den 2 Schwertern«. Sie begeisterten sich für die französische Revolution und für den Sieg der französischen Waffen. Alle übrigen Merkmale des Ordens waren in den neunziger Jahren starken Schwankungen unterworfen. Auf Zeiten, in denen die Mitglieder ihre idealistischen Statuten in den Vordergrund stellten, folgten solche, auf die Goethes Beschreibung der Jenaer Zustände nur unvollkommen zutraf: Rohe Rauflust, Duelle und ein unglaublicher Bierkonsum kennzeichnen die »Ideale« der Logenbrüder einer solchen Phase. Natürlich hätte das alles schon zu einem Verbot gereicht, es kam aber noch etwas dazu, was den Verfolgungseifer der Behörden anstachelte. Dieses war der von den Ordensbrüdern zu schwörende Eid, der über jedem anderen Eid stehen sollte und Ordensverbindlichkeiten über andere Pflichten stellte. Man sah darin eine Verwirrung moralischer Begriffe, aber hinter allem stand die Furcht vor einem in eine Revolution einmündenden Freiheitswillen.

Zu Beginn des Jahres 1798 berichtete der Prorektor, Professor J. C. Loder, nach Weimar, daß die Mitglieder des Amicistenordens nunmehr bekannt seien und daß ihr Orden wegen »besonderer Schändlichkeit zu verwerfen sei«. Hierauf folgte der Prozeß: 12 Mitglieder wurden am 10. Februar 1798 relegiert, 5 inzwischen ausgetretene Mitglieder sollten straflos ausgehen, unter ihnen Johann Lorenz Wibel aus Schwäbisch Hall, ein weitläufig Verwandter von Christian Friedrich. Während elf relegierte Studenten Jena sofort verließen, hielt sich Christian Friedrich in der Stadt jede Nacht bei einem anderen Kommilitonen auf, um die Behörden an der Nase herumzuführen. Selbst in dieser Zeit haben noch Duelle stattgefunden. Aber im März wurde er von 12 Schnurren, 3 Häschern und 2 Pedellen ausgehoben und von 2 reitenden und einem fahrenden Husaren nach Weimar gebracht. Christian Friedrich gab zunächst nicht auf, er schrieb an den Herzog einen Brief, aber alles nützte natürlich nichts. Tagsüber wurde er von verschiedenen Kommissionen verhört, abends teilte er sein Zimmer mit einer Wache. Zuletzt wurde er, unter Androhung einer Haftstrafe auf der Wartburg, des Landes verwiesen.

Die in lateinischer Sprache abgefaßte, sorgfältig gedruckte, von Professor Justus Christianus Loder unterzeichnete Relegationsurkunde galt für alle deutschen Universitäten und wurde dementsprechend an alle deutschen Universitäten versandt.

Von März bis September 1798 hielt sich Christian Friedrich bei seinen Eltern und Geschwistern in Weikersheim auf und befaßte sich mit privaten Studien. Ganz sicher ist, daß er die Tragweite der Relegation erfaßte, aber dennoch nicht resignierte, sondern Pläne schmiedete, um aus seiner schwierigen Lage herauszukommen. Sein inzwischen 29jähriger Bruder Friedrich Wilhelm war vor Jahren auch ein Fechter gewesen, nun war er aber wegen einer chronischen Krankheit auf Familienpflege in Weikersheim angewiesen. Mit dessen Papieren reiste Christian Friedrich am 24. September nach Marburg, wo er sich am 8. Oktober 1798 als

»Fridericus Guilielmus Bauer« immatrikulierte. Seine klinische Ausbildung ging weiter, dazu hörte er auch eine Vorlesung bei Professor Busch über Tierarzneikunde. Sein besonderer Fleiß in Marburg wurde ihm im April 1800 von Prof. Michaelis testiert.

Im Mai 1800 wechselte er an die Universität Würzburg, wo er bei zwei bedeutenden Professoren seine Kenntnisse in praktischer Medizin erweitern und vertiefen konnte. Carl Caspar Siebold (1736–1807) lehrte damals die beiden Fächer Anatomie und Chirurgie. Er hatte dazu beigetragen, dem Chirurgenstand zu neuem Ansehen zu verhelfen. Der Sohn von Carl Caspar, Elias Siebold (1775–1828), war zu derselben Zeit Professor für Entbindungskunst in Würzburg. Er wurde später ein richtungsweisender Gynäkologe.

Auch in Würzburg ließ er sich als Friedrich Wilhelm Bauer einschreiben, im Kreise seiner Studienkollegen trat er aber unter seinem richtigen Namen auf. In den Würzburger Stammbuchblättern tauschte er mit dem Subsenior der Hohenlohischen Landsmannschaft, Wilhelm Denninger, in geschwollenem Stil verfaßte Reime aus, die der Freundschaft dienen sollten<sup>14</sup>. Es existierte also in Würzburg eine Hohenlohische Landsmannschaft und ihr gehörte Christian Friedrich an. Das Wappen dieser Vereinigung zeigte 2 gekreuzte Schwerter, und genau das gleiche Wappen hatte Christian Friedrich dem Gedicht für seinen Freund Weißmann von 1797 beigefügt. Die Amicisten »Zu den 2 Schwertern« und die Hohenloher Landsmannschaft bedienten sich somit des gleichen Erkennungszeichens. Der Orden war, wie der Name sagt, ein Orden der Freundschaft, und diese wird in den beiden Stammbucheintragungen beschworen. Die Vermutung, daß Christian Friedrich in Würzburg die Aktivitäten aus seiner Jenaer Zeit fortgesetzt hat, drängt sich hier auf.

Mit einer Arbeit »De Dyspepsodynia« promovierte Christian Friedrich am 3. August 1801 zum Dr. med. Er suchte sich hierzu die Universität Erfurt aus, wohin ihn nicht bedeutende akademische Lehrer zogen, sondern die »Wohlfeilheit«, wie er in seinem später geschriebenen Lebenslauf bekannte.

Der junge Doktor arbeitete dann noch 6 Wochen lang unter den Professoren Marcus und Röschland als Assistent an einem Hospital in Bamberg. Mit 26 Jahren erhielt er im Juni 1802 vom regierenden Fürsten von Hohenlohe die Genehmigung, sich als praktischer Arzt in Ingelfingen niederzulassen.

#### *Als Arzt in Ingelfingen und in Mergentheim*

Die materielle Lage der jungen Intelligenz in Deutschland zu Beginn des 19. Jahrhunderts war nicht gut. Bei der starken politischen Aufsplitterung existierten so viele ererbte Rechte und Vorrechte, daß es ein selbstbewußtes, sich auf Leistung stützendes Bürgertum kaum gab. Eine gewisse wirtschaftliche Rückständigkeit war die Folge, und entsprechend schwer hatten es Berufsanfänger nach einem akade-

<sup>14</sup> Dr. Otto Denecke: Würzburger Stammbuchblätter von 1801 (1933). Universitätsbibliothek Würzburg.



*Christian Friedrich Bauer (1776–1838)*

mischen Studium. Über die »Dienstvergebung« ließ sich ein Anonymus im Jahre 1791 wie folgt aus: *Herrscht noch in einem Punkt die schrecklichste Ungerechtigkeit: So ist dies bei Vergabung der Ämter. Man verkennt das Schreckliche der Sache, weil man die Verleihung von Ämtern als bloße Begnadigung ansieht und dies Vorurteil der barbarischen Zeit des Despotismus der Regenten abgeborgt hat. Kein Schuster, kein Schneider, keiner der geringsten Handwerksleute darf besorgt seyn, wenn er sein Handwerk gelernt hat, in irgend einer Stadt auf dieses sein Handwerk sein Brod zu finden und nur der Studierende kann oft in einem ganz großen Reich bis ans End seiner Tage hoffen, in den Wirkungskreis versetzt zu werden, wo er allein nuezlich seyn und sein Brod verdienen kann.*<sup>15</sup>

Die Bestallungsurkunde für Dr. Christian Friedrich atmet ganz diesen Geist: *Des Durchlauchtigsten Fürsten und Herrn, Herrn Friedrich Ludwig, regierenden Fürsten zu Hohenlohe, Grafen von Gleichen und Hochfürstlichen Durchlaucht haben dem H. Doktor Christian Friedrich Bauer von Weikersheim die gnädigste Erlaubniß erteilt, sich hier etablieren und in dem hiesigen Lande praktizieren zu dürfen, und zugleich gnädigst befohlen, daß derselbe auf die hiesige Medicinal Ordnung behörig verpflichtet und Ihm gegenwärtiges Dekret zu seiner Legitimation eingehändigt werde.*

*Urkundlich des hiesig fürstlichen Regierungssiegels und der Unterschrift,*

*Ingelfingen den 2. Juny 1802*

Christian Friedrich muß schon in jungen Jahren eine angeborene Würde des Auftretens gehabt haben, die jedes Zunahetreten abwehrte. Als er dem Fürsten seine Aufwartung machte, redete ihn dieser, entgegen seiner Gewohnheit nicht mit »Er«, sondern mit »Sie« an. Über den Grund befragt, soll er sich geäußert haben: *Ich fürchtete, wenn ich zu ihm »Er« sage, so sagt er zu mir »Du«*<sup>16</sup>.

Dr. Bauer hatte nicht die Absicht, längere Zeit in Ingelfingen zu praktizieren. Ihn interessierte das Physikat in Künzelsau, aber die Aussichten, es zu erlangen, wurden getrübt, als das Fürstentum Hohenlohe 1806 unter württembergische Hoheit kam. Er ließ sich deshalb in Stuttgart noch einmal examinieren. Im Herbst kam er als provisorischer Physikus nach Künzelsau und im März 1814 als Oberamtsarzt nach Mergentheim.

Am 10. 8. 1813 hatte Bauer Karoline Sophie Katharine Landbeck geheiratet. Sie war die am 27. 3. 1788 in Neuenstein geborene Tochter des Vesperpredigers, später Pfarrers Friedrich Gottlieb Landbeck und seiner Frau Sophie Susanne, geb. Rößle. G. Wunder gibt in<sup>17</sup> eine Genealogie dieser Familien.

Ein Mensch mit wissenschaftlichen Interessen sollte mit 40 Jahren eine seinen Fähigkeiten entsprechende Stellung gefunden haben. Hinter ihm liegt dann eine für die Ausbildung und für die Sammlung von Erfahrungen ausreichende Zeit, vor

15 H.-W. Engels: Materialien zur sozialen Lage der Intelligenz in Deutschland 1770–1800. Aus: G. Mattenklott, K. R. Scherpe (Hrsg.): Demokratisch-revolutionäre Literatur in Deutschland: Jakobinismus, Scriptor Verlag 1975.

16 Gertrud Bauer (wie Anm. 11).

17 Wunder (wie Anm. 2).



*Christian Friedrich und Karoline Sophie Katharine Bauer, geb. Landbeck*

ihm liegen Jahre, in denen seine Kreativität und sein Fleiß Früchte bringen können. Als Bauer sein Amt in Mergentheim antrat, war er beinahe 38 Jahre alt, ein neuer Abschnitt seines Lebens lag vor ihm, verbunden mit neuen Aufgaben und Anforderungen.

Die Pflichten, die ein Oberamtsarzt zu Beginn des 19. Jahrhunderts hatte, waren in zahlreichen Vorschriften festgelegt<sup>18</sup>. Über seine Tätigkeit hatte er seinem Oberamt zu berichten, dieses leitete weiter an das Medizinal-Collegium in Ludwigsburg oder an das Ministerium des Innern. Die vom Medizinal-Collegium geführten Diarien in der Zeit von 1814–1838 geben einen Einblick in die Arbeit des Mergentheimer Oberamtsarztes; über zahlreiche Vorkommnisse wurde berichtet: Masern, Nervenfieber, Blattern, Ruhr, Scharlach und andere zu Epidemien führende Krankheiten traten auf, gegen Pocken wurde geimpft, Geburtstabellen wurden eingereicht. Auch Tierseuchen wurden beobachtet, z. B. Milzbrand bei Schweinen. Ebenfalls über Verwaltungsmaßnahmen und Personalangelegenheiten geben die Diarien Auskunft<sup>19</sup>.

Dem Oberamtsarzt war es erlaubt, neben seiner offiziellen Tätigkeit auch Privat-

18 Dr. V. A. Riecke: Das Medizinalwesen des Königreichs Württemberg unter systematischer Zusammenstellung der dasselbe betreffenden Gesetze, Verordnungen, Verfügungen, Normalerlasse etc., Stuttgart 1856.

19 Staatsarchiv Ludwigsburg E 162 I-II.

patienten zu behandeln. Daten über Naturmerkwürdigkeiten und Naturereignisse in seinem Bezirk sollte er sammeln.

Bauers Anfangsgehalt betrug 450 Gulden pro Jahr, dazu 198 Gulden für Pferd und Wagen und 20 Gulden für Schreibmaterialien.

Es gelang ihm rasch, in seinem neuen Bezirk Fuß zu fassen. Mit den Augen eines vielseitigen Naturwissenschaftlers und eines interessierten Laien machte er Beobachtungen und sammelte, was ihm auffiel. Schon im Oktober 1814 konnte das Oberamt nach Ludwigsburg über die Gründung einer botanischen Gesellschaft in Mergentheim berichten. Hieran war Bauer maßgeblich beteiligt. Zusammen mit sechs anderen Autoren verfaßte er 1816 eine umfangreiche Arbeit: »Etwas über Standorte und Blütezeit der in den Fürstentümern Hohenlohe und Mergentheim bis jetzt entdeckten wildwachsenden Pflanzen«<sup>20</sup>. Dieses Thema sollte ihn noch lange beschäftigen. Er fertigte neun dicke Bände im Kanzleiformat an, in denen er Pflanzenabdrücke sorgfältig colorierte, nach dem Linnéschen System ordnete und mit Angaben über den Standort versah. Das nicht veröffentlichte Werk befindet sich im Familienbesitz. Nicht nur botanische Fragen interessierten ihn neben seiner amtlichen Tätigkeit in diesen Jahren: Säugetiere, Vögel, Amphibien, Fische, Insekten, Würmer und Mineralien wurden gemeinsam mit gleichgesinnten Freunden untersucht, wenn möglich, gesammelt und in eine systematische Ordnung gebracht<sup>21</sup>. Die umfangreichen Sammlungen, die Bauer später hinterließ, gingen auf diese Bemühungen zurück.

In Stuttgart wurde die Tätigkeit des Oberamtsarztes beachtet. Im April 1818 sprach ihm das Medicinal-Collegium beim Innenministerium für seine Amtsführung und für seinen wissenschaftlichen Eifer eine schriftliche Anerkennung aus.

Als Bauer nach Mergentheim kam, waren erst 5 Jahre vergangen, seit Napoleon den in der Stadt residierenden und sie prägenden Deutschen Orden aufgelöst hatte. Mergentheim und seine Umgebung kamen unter die Herrschaft Württembergs: 1809 hatten die Soldaten des Stuttgarter Königs in der rebellischen Stadt mit fester Hand Ordnung geschaffen und dadurch viel böses Blut bei der katholischen Bevölkerung hervorgerufen. Bauer war einer der ersten evangelischen Beamten in einem Ort, in dem konfessionelle Gegensätze immer noch Haß hervorriefen. Als seine Schwiegermutter, Frau Susanne Sophie Landbeck, geb. Rössle, am 15. Mai 1815 starb, konnte sie nur mit einer besonderen behördlichen Anordnung auf dem Mergentheimer Friedhof beerdigt werden. Ihr Grab wurde kurz danach von Unbekannten dem Erdboden gleichgemacht, die Friedhofskapelle, in der der evangelische Trauergottesdienst stattgefunden hatte, wurde neu geweiht<sup>22</sup>.

Vielleicht hat das Leben in einer anders denkenden Umwelt Bauers Interesse an Menschen geweckt, die sich als Minderheit zusammengehörig fühlten. Im Jahre 1821 schrieb er einen Aufsatz »Die Israeliten in Mergentheim«, der 47 Jahre später

20 Mergentheim bei J. G. Thomm 1816.

21 Ebd.

22 Rocholl (wie Anm. 6).

von seinem Sohn Hermann publiziert wurde<sup>23</sup>. In dieser Arbeit faßte er seine vom 13. bis zum 19. Jahrhundert reichenden historischen Untersuchungen zusammen. Auch in Mergentheim hatten im Mittelalter grausame Judenverfolgungen stattgefunden, aber die Stadt verschaffte sich einen Schutzbrief, um einer Strafe hierfür zu entgehen. Hierzu Christian Friedrich Bauer: *Auf welchem Weg sich die Bürger von hier diesen Schutzbrief von dem geldbedürftigen Kaiser zu beschaffen wußten, steht nirgends geschrieben, indessen muß er ihren Wünschen vollkommen entsprochen haben, da sie noch in demselben Jahre die Frechheit hatten, an der allgemeinen Judenverfolgung, welche 1336 durch ganz Franken statt hatte, sehr thätigen Anteil zu nehmen.*

In Mergentheim befand sich 1821 ein Oberrabinat, das 96 jüdische Familien hier und in den umliegenden Orten betreute.

In der Ingelfinger Zeit hatte Bauer einen jüdischen Patienten, um den er sich besonders intensiv kümmern mußte. Auch dieses Erlebnis kann dazu beigetragen haben, sich mit der örtlichen Geschichte der Juden zu beschäftigen.

Ein weiteres Interessengebiet Bauers waren die in Franken und in Schwaben reichlich vorhandenen Ritterburgen. Beiträge zu diesem Thema aus seiner Feder findet man in dem Werk von Friedrich Gottschalk<sup>24</sup>. Die berühmte Stuppacher Madonna von Matthias Grünewald entdeckte er für sich und seinen Kreis in einer Zeit, als man ihre Bedeutung noch nicht richtig einschätzte. Er kannte das Werk genau und schickte bei jeder Gelegenheit seine Kinder, Gäste und Patienten nach Stuppach.

Schon bald nach dem Eintreffen in Mergentheim suchte Bauer nach einem eigenen Haus, das etwas abgelegen sein, viel Raum bieten und einen Garten haben sollte. Er fand im Krametsgäßle Nr. 7, was er suchte, ein stattliches, in der Mitte des 17. Jahrhunderts errichtetes Gebäude, auf stabilen Gewölben ruhend, mit einem ausreichend großen, von der Gasse abgewandten Grundstück. Dieses Anwesen sollte 50 Jahre lang der wachsenden Familie zur geliebten Heimat werden. Als »Doktorhaus« hat es sogar einen bescheidenen Platz in der Literatur gefunden. Die Schriftstellerin Marie Bauer, jüngste Tochter des Oberamtsarztes, hat ihrem Elternhaus in ihren Erinnerungen ein kleines Denkmal gesetzt<sup>25</sup>.

Bald bevölkerte eine Kinderschar das Haus im Krametsgäßle: Am 19. 9. 1814 kam Hermann zur Welt. Vier weitere Söhne, die nach ihm geboren wurden, starben schon im Kindesalter: 1821 kam eine Tochter Bertha dazu und 1823 wieder ein Sohn, Bernhard. Die Töchter Emma und Marie wurden 1825 und 1828 geboren<sup>26</sup>. Das Leben der Familie in Haus und Garten wird von einigen Nachkommen Bauers so geschildert, als ob sich vieles im Biedermeierstil zugetragen hätte<sup>27</sup>. Nicht wenig mögen die talentvollen Zeichnungen von Bernhard Bauer hierzu beigetragen

23 Württembergisch Franken, Jg. 8, Heft 1 (1868).

24 *Friedrich Gottschalk*: Die Ritterburgen und Bergschlösser Deutschlands, Bd. 1–9, Halle 1810–1935.

25 *Marie Bauer*: Aus dem Leben eines Nestkegels, Jugendblätter 1886.

26 *Bauer* (wie Anm. 2).

27 *Marie Bauer* (wie Anm. 25), *Rocholl* (wie Anm. 6).

haben. Aber die Wirklichkeit sah vermutlich anders aus. Der Oberamtsarzt war sehr beschäftigt, selbstbewußt, von scharfem Verstand, witzig, dabei reizbar und manchmal zum Jähzorn neigend. In seinen Mußestunden entspannte er sich gern beim Flötenspiel.

Einen solchen Mann kann man sich schwerlich im Kreise seiner Kinder in der Gartenlaube vorstellen. Die Älteren hat er mit harter Hand erzogen, bei den Jüngeren hatte sich sein Eifer etwas gelegt. Besser in das überlieferte Bild paßt seine 12 Jahre jüngere Frau. Sie war von grenzenloser Güte und Hilfsbereitschaft. Unter der schroffen Gradlinigkeit ihres Mannes hat sie oft gelitten.

Als in Mergentheim die bereits erwähnte botanische Gesellschaft ins Leben gerufen wurde, gehörte Bauer zu ihren Gründungsmitgliedern. Auch im »Verein für Vaterlandskunde« betätigte er sich aktiv. Die »Wetterauische Gesellschaft für die gesammte Naturkunde« ernannte ihn 1817 zum korrespondierenden Mitglied. Ein Jahr später wurde er Ehrenmitglied des »Landwirtschaftlichen Vereins« in Stuttgart. Die berühmte »Senckenbergische naturforschende Gesellschaft« in Frankfurt nahm ihn 1821 in ihren Reihen auf.

### *Die Entdeckung der Mineralquellen*

So hätte das Leben des inzwischen beinahe 50jährigen weitergehen können: Ein geachteter Oberamtsarzt mit naturwissenschaftlichen und historischen Interessen, ein Empfänger zahlreicher Ehrungen bereitet sich in einer gemütlichen Kleinstadt im Kreise seiner großen Familie auf sein Alter vor. Aber alles verlief anders.

Am 13. Oktober 1826 traten verschiedene Ereignisse ein, von denen jedes einzelne ohne tiefere Bedeutung war, die aber zusammengenommen starke Auswirkungen auf Mergentheim, seine Bewohner, insbesondere aber auf den Oberamtsarzt haben sollten. Die Tauber hatte nach langer Trockenheit einen so niedrigen Stand erreicht, daß an einem Steilhang eine sonst überflutete Sickerquelle zum Vorschein kam. Zufällig weidete der Schafhirte Franz Gehrig seine Tiere in der Nähe und zufällig beobachtete er, daß sich die Schafe um die Quelle drängten und gierig schlürften. Er kostete selbst von dem Wasser, fand es bitter salzig und war sich offenbar rasch über die Bedeutung dieser Geschmacksprobe im klaren; jedenfalls meldete er alles sofort beim Stadtrat. Am Nachmittag besichtigten der Stadtschultheiß Anton Kober, einige Stadträte und Dr. Bauer die Quelle. Die allererste vorläufige Untersuchung führte zu einem sehr befriedigenden Ergebnis. Noch am selben Tage wurde 10 Schritte landeinwärts von der Sickerquelle ein Loch gegraben, das sich rasch mit Mineralwasser füllte. So stand Material für chemische Analysen, aber auch schon für eine private Verwendung zur Verfügung.

Sechs Wochen nach der Entdeckung des Schäfers Gehrig, am 1. Dezember 1826, legte Dr. Bauer dem Königlichen Oberamt den ersten Bericht über die Quelle vor, die später den Namen »Wilhelmsquelle« erhalten sollte. Orientierende qualitative Analysen hatte er selber durchgeführt: Keine alkalische oder saure Reaktion auf Lackmuspapier, starke Trübung mit Seifenlösung, was auf Calciumionen hindeu-



tet. Kräftiger, sich am Licht dunkel verfärbender Niederschlag mit Silbernitratlösung, ein Hinweis auf Halogenide.

Eine vorläufige quantitative Analyse des Provisors Schütz von der Mergentheimer Apotheke führte zu einem Ergebnis, das von den Professoren Gmelin und Sigwart in Tübingen, anderen Professoren und später (1853) von Professor Justus von Liebig und auch von zeitgenössischen Analytikern natürlich nicht in Einzelheiten, jedoch prinzipiell bestätigt werden konnte: Die vorherrschenden Kationen des Mineralwassers sind Natrium und Calcium, die vorherrschenden Anionen Sulfat, Chlorid und Hydrocarbonat. Eisen kommt im Mineralwasser nur spurenweise vor, ein deshalb überraschendes Ergebnis, weil es Dr. Bauer sofort aufgefallen war, daß die Umgebung der Quelle durch ausgefallenes Eisenoxid braungelb verfärbt war.

Über mögliche medizinische Anwendungen des Mineralwassers ließ sich Bauer wie folgt aus: *Die nächste Wirkung auf den Genuß dieses Wassers ist nach meiner eigenen und anderer Erfahrung: Auf 2–3 Schoppen – laxierend, woraus sich vorläufig schließen läßt, daß überhaupt seine Wirkung auf den lebenden Organismus abstauend, auflösend und ausführend und eben deswegen auch in vielen Krankheiten sehr kräftig und heilsam seyn dürfte.*

Sein Bericht schließt mit dem Satz: *Vorläufig wäre auch, meiner ohnmaßgeblichen Meinung nach, dem Entdecker eine angemessene Erkenntlichkeit auszumitteln!*

Die Mineralquelle konnte an der Stelle, an der sie gefunden worden war, aus geologischen Gründen und wegen der unmittelbaren Nähe des Flusses nicht mit System ausgebeutet werden. Dr. Bauer riet zum Nachgraben der Quelle und bot an, die Leitung dieser Arbeiten zu übernehmen, was vom Stadtrat am 14. 12. 1826 mit »innigstem Dank« angenommen wurde. Es begannen zusammen mit auswärtigen Fachleuten mühevolle, zunächst wenig erfolgreiche Arbeiten, die von A. Renz in seiner »Geschichte des Heilbades Mergentheim«<sup>28</sup> geschildert werden. Auch zu Differenzen muß es in dieser Zeit gekommen sein, als der Stadtrat dem Oberamtsarzt Langsamkeit in der Berichterstattung und Inkompetenz vorwarf, allerdings, wie sich sehr bald herausstellen sollte, zu Unrecht. Aber Bauer war nicht der Mann, der solche Vorwürfe stillschweigend einsteckte. Die Angriffe auf ihn sind aktenkundig, seine Reaktion darauf ist in Familienaufzeichnungen überliefert<sup>29</sup>: Er betrachtete es als seine Hauptaufgabe, den widerspenstigen Gemeinderat – von ihm als *kurzsichtige Starrköpfe* bezeichnet – für die Gründung eines Heilbades zu gewinnen. Bis zu seinem Tode hat er das Bad als sein eigentliches Lebenswerk betrachtet.

Im August 1828 entdeckte man eine weitere Quelle, die ungefähr doppelt so reich an Mineralsalzen war wie die Wilhelmsquelle (wobei die vorherrschenden Ionen sich entsprachen). Sie lag 300 Schritte östlich von der Wilhelmsquelle und erhielt den Namen *Karlsquelle*. Der Oberamtsarzt hatte am 10. September 1828 dem Stadtrat über die geradezu sensationelle Entdeckung berichtet. Eine im Zusam-

28 G. A. Renz: Geschichte des Heilbades Mergentheim. Bad Mergentheim 1938.

29 Bauer (wie Anm. 11).

menhang mit diesen Arbeiten gemachte Beobachtung muß den historisch interessierten Mann fasziniert haben. Die Arbeiter stießen in einer Tiefe von 10–12 Fuß auf Reste von Tongefäßen, die teilweise geschmackvoll verziert waren, außerdem fanden sie Holzkohlen und Knochen sowie Geweihreste verschiedener Säugetiere. Alles deutete darauf hin, daß sich bereits in der Bronzezeit Menschen an dieser Stelle aufgehalten hatten. Die Quelle mußte das lebensnotwendige Kochsalz geliefert haben. Eine primitive Kochsalzgewinnung hatte vermutlich darin bestanden, daß man das Quellwasser über erhitzte Steine goß. Das Wasser verdampfte und festes Salz blieb zurück. Die reichlich gefundene Holzkohle könnte zum Erhitzen der Steine gedient haben<sup>30</sup>.

Die *Karlsquelle* war also schon sehr lange bekannt, aber über Jahrtausende in Vergessenheit geraten. Nun nach ihrer Wiederauffindung kamen die Dinge in Gang: Am 13. März 1830 erschien als *Amtliche Nachricht* in mehreren Zeitungen eine Empfehlung des Mergentheimer Mineralwassers und der neugegründeten *Badanstalt*. In diesen ersten Nachrichten fehlten nicht die chemischen Analysen und ein Hinweis auf die von Mergentheimer Ärzten gemachten Erfahrungen. Eine von Dr. Bauer verfaßte Schrift hierzu wurde angekündigt. In dem im Mai 1830 erschienenen Büchlein *Mergentheim und seine Heilquellen* wird in 7 Kapiteln alles geschildert, was einen vielseitig interessierten Kurgast in dem neuen Heilbad erwartet. Eine historische Betrachtung über Mergentheim und seine Bewohner – 1830 hatte die Stadt 2359 Einwohner – leitet über zur Entdeckungsgeschichte der Quellen, zu ihren Analysen und zu ihren medizinischen Wirkungen auf Mensch und Tier. Das Buch schließt mit allgemeinen Trink- und Baderegeln, deren Befolgung den Patienten eindringlich ans Herz gelegt wird. Eine kleine Lithographie auf der 1. Seite des Buches zeigt Franz Gehrig mit seinen Tieren an der Wilhelmsquelle.

Ein Jahr später erhielt Bauer das Ehrenbürgerrecht von Mergentheim. In der feierlichen Urkunde ist zu lesen:

*Wir Stadtschultheiß, Stadträthe und Mitglieder des Bürger-Ausschusses der Stadt Mergentheim urkunden und bekennen hiermit, wie folgt: Um dem Herrn Oberamtsarzt Dr. Christian Friedrich Bauer für seinen Eifer, mit dem er das allgemeine Wohl stets zu befördern sucht, für seine Thätigkeit, die er gleich bei der Entstehung der hiesigen Bad- und Bronnen-Anstalt bewiesen hat, besonders aber für die Herausgabe der Schrift: Mergentheim und seine Heilquellen, ein bleibendes Denkmal unserer ausgezeichneten Verehrung und Dankbarkeit zu geben, ertheilen wir, im Einklang mit unseren Mitbürgern, in der angenehmen Hoffnung einer gütigen Aufnahme Wohldehmselben mit seiner werthen Familie das Bürgerrecht in unserer Stadt mit Befreiung von allen herkömmlichen Taxen und fügen noch ein kleines Andenken bei.*

*Kraft unserer Unterschriften und des städtischen Siegels.  
Mergentheim am 10. Mai 1831*

Das »kleine Andenken« bestand in einem silbernen Pokal.

30 *Renz* (wie Anm. 28).

Mergentheim  
und seine  
Heilquellen  
VON

Dr. Bauer,

*Oberamtsarzt zu Mergentheim.*



Untere Mineralquelle.

Mergentheim

1850.

*Brauer*



# Wir Stadtschultheiß, Stadtrathe und Mitglieder des Bürger Ausschusses der Stadt Mergentheim

erkünden und bekennen hie mit, wie folgt:

Uns dem hiesigen Oberamtsarzt **Dr. Christian Friderich Bauer** für seinen Eifer, mit dem Er das allgemeine Wohl stets zu befördern sucht, für seine Thätigkeit, die Er gleich bei der Entdeckung der heiligen Bad- und Sennam. Anstalt bewies, besonders aber für die Herausgabe der Schrift **Mergentheim und seine Heilquellen**, ein höchendes Denkmal unserer ausgezeichneten Verehrung und Dankbarkeit zu setzen, ertheilen wir, im Einklang mit unsern Hoffnungen, in der angenehmen Hoffnung einer gütigen Aufnahme **Vohdemselben mit Seiner werthen Familie das Bürgerrecht** in unserer Stadt mit Behrnung von allen herkömmlichen Eapen und Ligen noch ein Decem. Studen. zu Kraft unserer Unterschriften und des städtischen Siegels

Mergentheim am zehnten Mai Einsteiaund Achtbundert Dreißig und Eins



Stadtschultheiß und Stadtrathe

Anton Röder

Max von Mergentheim

Jörg Thomm

Christoph Völk

H. v. d. Hoffmann

Dr. med. C. F. Bauer

K. v. d. Hoffmann

Jörg Hoff

Carl Eber

W. v. d. Hoffmann

Anton Langenberger

Bürger Ausschüsse

Christian Ludwig v. d. Hoffmann

Anton Röder

Jörg Thomm

Christoph Völk

H. v. d. Hoffmann

Dr. med. C. F. Bauer

K. v. d. Hoffmann

Jörg Hoff

Carl Eber

W. v. d. Hoffmann

Anton Langenberger

## Ehrenbürgerurkunde

Was weiter unternommen wurde, wie sich die bescheidene Stadt nach dramatischem Auf und Ab zu einem berühmten Heilbad entwickelte, ist mehrmals beschrieben worden. Bei G. A. Renz<sup>31</sup> steht die Stadtgeschichte im Vordergrund, bei W. Carlè<sup>32</sup> sind es die geologischen Aspekte. H. Löschel hat dem Schäfer F. Gehrig ein Buch gewidmet<sup>33</sup>, über Dr. med. C. F. Bauer hat E. Fleck einen kurzen Lebenslauf in einem Zeitungsartikel erscheinen lassen<sup>34</sup>. Über die Geologie seiner Stadt hat Bauer noch einmal zusammenfassend berichtet. Die Arbeit »Mergentheim und seine Umgebung in topographischer und geognostischer Hinsicht« erschien 1836 und war sein letzter Beitrag zu diesem Thema<sup>35</sup>.

31 Renz (wie Anm. 28).

32 W. Carlè: Geologie und Hydrologie der Heilwässer von Bad Mergentheim. Jahrbuch für Bodenforschung 64 (1950).

33 H. Löschel: Der Schäfer von Mergentheim. Thomm Verlag Bad Mergentheim 1987.

34 E. Fleck: Ein namhafter Künzelsauer, Dr. med. C. F. Bauer (1776–1838). Kocher und Jagstbote Nr. 30 (November 1951).

35 C. F. Bauer: Württembergische Jahrbücher. Jg. 1836. Heft 2.

*Das Doktorhaus im Krametsgäßle*

Im Krametsgäßle wohnte die Familie zusammen mit der unverheirateten Schwester des Doktors, Friederike Renate. Man richtete sich im unteren Stockwerk ein, in den 6 Zimmern des oberen wurden die Sammlungen aufbewahrt, die mit der Zeit zunehmend Platz beanspruchten. Zum Kreis um Bauer gehörten die Persönlichkeiten, mit denen zusammen er Flora, Fauna und Geologie rund um Mergentheim erforschte. Eine engere Familienfreundschaft, die bis in die Ingelfinger Zeit zurückging, verband ihn mit dem Grafen Joseph von Salm-Reiferscheid-Bedburg zu Krauthaim. Dieser katholische Domherr in Würzburg war einer der Paten von Hermann Bauer. Im Jahr 1829 kam Johann Tobias Beck als erster evangelischer Pfarrer nach Mergentheim. Vorher war die dortige Gemeinde von Weikersheim aus in oft unzureichender Weise betreut worden. Nun stand ein Mann an ihrer Spitze, der es verstand, sich in der rein katholischen Umgebung gut zu behaupten. Später hat er sich als Professor in Basel und in Tübingen einen bedeutenden Namen in der Geschichte der evangelischen Theologie gemacht. Seine Predigten müssen anspruchsvoll gewesen sein, denn durch sie wurde der Oberamtsarzt nach längerer Pause wieder zu einem regelmäßigen Besucher des sonntäglichen Gottesdienstes. Bald bildeten sich freundschaftliche Beziehungen zwischen den Familien, die über den Zeitpunkt hinausreichen, als Beck 1838 Mergentheim verließ, um nach Basel zu ziehen.

In den dreißiger Jahren wurde der Freundeskreis noch einmal erweitert: Baron von Diemar zog mit seiner Familie nach Mergentheim. Frau von Diemar war die Tochter des Grafen Reinhard, der als Student im Tübinger Stift so von den aus Westen herüberwehenden freiheitlichen Gedanken erfüllt war, daß er in das Land seiner Ideale hinüberwechselte und es dort zu Adel und zur Position eines französischen Außenministers brachte. Man darf vermuten, daß den Doktor die schillernde Gestalt Reinhardts, die ihm über dessen Tochter nähergebracht wurde, beeindruckt hat. Der im Jahre 1761 geborene Reinhard war ein Freund und intensiver Gesprächspartner Goethes. Auch hierüber wird der Doktor sich Gedanken gemacht haben. Den großen Eindruck, den Graf Reinhard im Doktorhaus hinterlassen hat, schildern Marie Bauer<sup>36</sup> und Cornelia Rocholl<sup>37</sup>.

Ein Kollege Bauers in Weinsberg war der dortige Oberamtsarzt und Dichter Dr. Justinus Kerner, der seinerseits mit Eduard Mörike freundschaftlich verbunden war. Kerner hatte die Badbeschreibung Bauers dem Cleversulzbacher Pfarrer zu einer Zeit geliehen, als dieser sich in einer schweren Lebenskrise befand und seine angegriffene Gesundheit durch einen Kuraufenthalt stärken wollte. Im August und September des Jahres 1837 verbrachte Mörike zusammen mit seiner Schwester Clara 6 Wochen in Mergentheim. Beide verkehrten während des Aufenthaltes im Hause der Familie Bauer und erfreuten sich am Klavierspiel seiner Töchter<sup>38</sup>. Bauer litt damals schon an der Krankheit, der er ein halbes Jahr später er-

36 *Bauer* (wie Anm. 25).

37 *Rocholl* (wie Anm. 6).

38 *Eduard Mörike Werke und Briefe*, 12. Bd., hg. von *H.-K. Simon*, Klett-Cotta 1986.

liegen sollte, aber mit den Töchtern, insbesondere mit Emma und Marie Bauer, entwickelte sich eine Freundschaft, die später zu einem regen Gedankenaustausch führte, besonders, als Mörike von 1844–1851 in Mergentheim lebte. Hier heiratete er Margarethe von Speeth, eine intime Freundin Marie Bauers, kurz bevor er nach Stuttgart zog.

Am 20. Februar 1838 starb Christian Friedrich Bauer. Seine Worte, mit denen dieser Aufsatz eingeleitet wurde, müssen hier ergänzt werden: *Ich wollte ein Diener der Menschheit sein und für meine Hilfe gegenüber leidenden Mitbrüdern nicht Rechnungen herumschicken wie ein Schuster oder Schneider!* Er hatte nur von seinem Gehalt gelebt, Geld für seine Sammlungen ausgegeben und ließ deshalb nach seinem Tode eine weitgehend unversorgte Familie zurück. Als Pension erhielt seine Witwe von der Stadt jährlich 2 Klafter Buchenholz und 2 Scheffel Korn. Der zu seinen Lebzeiten schon bescheidene Lebensstil wurde noch mehr vereinfacht; die wertvollen Sammlungen mußten verkauft werden, wobei die wenig geschäftstüchtige Witwe von einigen Käufern betrogen wurde. In die freiwerdenden Zimmer des oberen Stockwerks zogen zwei verwitwete und pensionsberechtigte Schwestern des Doktors: Friederike Wilhelmine Kettner und Sophie Marie Bach. Sophie Marie war mit dem Pastor Tobias Bernhard Bach verheiratet gewesen, einem Großneffen von Johann Sebastian. Nachfolger von Dr. Bauer als Oberamtsarzt und Vormund seiner Kinder wurde sein Neffe Dr. Karl Christian Bauer, der sein Amt bis 1844 ausübte. Bei Renz<sup>39</sup> werden die beiden Dres. Bauer als eine Person behandelt, in anderen Publikationen kommt nicht immer klar genug zum Ausdruck, welcher von beiden gemeint ist.

Das Haus im Krametsgäßle verlor nach und nach seine Bewohner durch den Tod. Um 1865 verkaufte es Karoline Bauer und zog nach Weinsberg zu ihrem Sohn Hermann, wo sie am 28. Februar 1872 starb.

### Nachwort

Vom 13.–15. 8. 1926 fand in Mergentheim eine glanzvolle Feier anlässlich der Entdeckung der Wilhelmsquelle 100 Jahre zuvor statt, bei der Bauers Name nicht mehr erwähnt wurde.

Neun Jahre später besuchte ein Urenkel des Oberamtsarztes, Hermann Bauer, die Stadt. Die Tauber-Zeitung vom 19. 10. 1935 berichtete darüber: *Ein interessantes Dokument der Stadt Mergentheim befindet sich in den Händen des Herrn Admirals a. D. Exzellenz Bauer in Berlin-Zehlendorf, eines direkten Nachkommen des von 1814–1838 in Mergentheim amtierenden, um die Entwicklung des Mineralbades außerordentlich verdienten Oberamtsarztes Dr. Christian Friedrich Bauer. Es ist dies die demselben am 10. 5. 1831 verliehene Ehrenbürgerrechtsurkunde der Stadt Mergentheim. [...] Da von dieser Ehrenbürgerrechtsverleihung nichts mehr bekannt, auch eine Abschrift von ihr weder auf dem Rathaus noch im städtischen Archiv vorhanden war, sah sich der Stadtarchivar [...] veranlaßt, das Dokument zur Einsichtnahme und*

39 Renz (wie Anm. 28).

*Kopieanfertigung von dessen Besitzer zu erbitten. Der Herr Admiral hat dem entsprochen und die Urkunde nebst einer von der Enkelin, Frll. Gertrud Bauer, in Cannstadt verfaßten Biographie Dr. Bauers<sup>40</sup> dem Stadtarchiv zugeleitet.*

Am 31. Mai 1939 schrieb die Kurverwaltung an Professor Walter Bauer, Göttingen, einen anderen Urenkel Christian Friedrichs und Bruder des Admirals Hermann Bauer: *Wir erlauben uns, Ihnen anliegend die erwähnte Schrift von Archivrat Dr. Renz kostenlos zu übermitteln, nachdem Sie ein Nachkomme jenes Oberamtsarztes Dr. Bauer sind, dem Bad Mergentheim so viel zu verdanken hat.*

Die Beurteilungsmerkmale des Stadtrates und der Kurverwaltung lassen sich auf die kurze Formel bringen: Bauer hat sich um das Bad verdient gemacht, dafür ist ihm zu danken.

Aber auch aus anderen Gründen verdient das Andenken an Christian Friedrich Bauer, weiter gepflegt zu werden. Nicht nur, was er erreichte, kann als Vorbild dienen, sondern auch das, worum er sich Zeit seines Lebens bemühte. Sein Freiheitsdrang und sein Forschungswille begründeten eine Familientradition. Sie setzte sich fort mit Hermann Bauer (1814–1872), seinem ältesten Sohn. Gertrud Bauer (1861–1937) hat 1934 einen anschaulichen Bericht über ihren Vater hinterlassen<sup>41</sup>. Außerdem ist kürzlich eine Lebensbeschreibung über Hermann Bauer erschienen<sup>42</sup>, so daß es genügt, an dieser Stelle nur auf einige zum Thema gehörende Punkte hinzuweisen. Als Hermann in Tübingen studierte, sollte er ähnlichen Verfolgungen ausgesetzt sein, wie sein Vater zuvor in Jena. Er war Mitglied der Burschenschaft, der nach einer harmlosen Auseinandersetzung mit dem Korps der *Schwaben* von den Behörden *Aufruhr* vorgeworfen wurde. 1819 war August von Kotzebue, der liberale Ideen und patriotische Ideale der Burschenschaft verspottet hatte, von einem Jenaer Studenten ermordet worden, am 27. Mai 1932 hatte das Hambacher Fest stattgefunden und am 3. April 1933 hatten Burschenschaftler in Frankfurt einen Putsch versucht; an allen Universitäten blühte dementsprechend das intensive Schnüffeln nach Demagogen. Vom Juni bis August 1933 saß Hermann im Arrest, im Anschluß daran wurde er von der Universität verwiesen. Erst wiederholte Versuche seines Vaters und der von ihm selber vorgetragene Wunsch, in Erlangen weiterstudieren zu dürfen, brachten am 19. November die Wiederzulassung. Allerdings habe Hermann Bauer *bei der leichtesten Spur neuer Verirrungen die augenblickliche Wiederausweisung zu erwarten*. Im Dezember 1836 erging das endgültige Urteil gegen 37 Burschenschaftler, von denen viele für Monate auf der Festung Hohenasperg oder im Arrest verschwanden.

Während seines unfreiwilligen Aufenthalts in Mergentheim erlernte Hermann auf Verlangen seines Vaters das Drechslerhandwerk, daneben bemühte er sich um seine theologische Weiterbildung.

Auch die vielseitigen historischen Interessen waren Vater und Sohn gemeinsam.

40 Bauer (wie Anm. 11).

41 Gertrud Bauer (1934).

42 Karlheinz Bauer: Hermann Bauer (1814–1872). Der Vater der Aalener Geschichtsschreibung. Aalener Jahrbuch 1986.



*Hermann Bauer (1814–1872)*



Der Sohn baute sie neben seinem Beruf zu einer wissenschaftlich-forschenden Tätigkeit aus. Schon 1847 gründete er den »Historischen Verein für Württembergisch Franken«. Im Jahre 1867 wurde ihm die große goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft verliehen.

Max Hermann Bauer (1844–1917), Sohn von Hermann Bauer und seiner Frau Sophie, geb. Faber, wurde im Gnadental geboren. Er war Mineraloge. Leben und Bedeutung dieses Gelehrten zu schildern, würde den Rahmen dieses Aufsatzes weit überschreiten. Es soll an dieser Stelle nur erläutert werden, welche seiner Leistungen an die seines Vaters und Großvaters anknüpfen.

Nach dem Studium in Stuttgart und Tübingen vertiefte er seine Kenntnisse in Paris. Der Heilbronner Arzt und Physiker Julius Robert Mayer, ein Freund seines Vaters, hatte ihn dorthin empfohlen. Nach der Habilitation in Göttingen war Max Privatdozent in Berlin und folgte dann einer Berufung zuerst nach Königsberg und 1884 nach Marburg. Hier wurde er während seines Rektorats (1892–1893) in einen Konflikt hineingezogen. Der Lehrkörper der Marburger Universität war damals gespalten: es gab eine Gruppierung um den Physiologen Külz, die ein besonderes Verhältnis zu dem preußischen Ministerialdirektor Dr. Althoff pflegte, der seinerseits mit solchen Methoden in die Universität hineinregierte. Dieser »Althoff-Külz-Partei« stand eine andere gegenüber, in der sich weniger obrigkeitstreue Professoren lose zusammengeschlossen hatten. Max Bauer gehörte gemäß seiner schwäbisch-liberalen Art natürlich nicht zum Kreis um Külz. Dieser behandelte in seinem überzogenen Selbstbewußtsein die Studenten so schlecht, daß es zu einer Art »Külz-Streik« kam. Seine Vorlesungen wurden boykottiert, die Studenten versammelten sich, um ihrem Unwillen Ausdruck zu verleihen. Die Regierung griff ein, und der Rektor stand vor Entscheidungen. Er stellte sich vor die Studenten und erreichte, daß niemand relegiert wurde. Den »Rädelsführern« verhalf er zu außerordentlich milden Strafen. Er mag dabei an seinen eigenen Vater und Großvater gedacht haben.

Die Regierung betrachtete natürlich alles mit anderen Augen, und Rektor Bauer erhielt einen offiziellen Verweis. Die Marburger Studenten aber brachten ihm einen Fackelzug und überreichten ihm eine wertvolle »Adresse«.

Im Nekrolog auf Max Bauer werden seine wissenschaftlichen Verdienste eingehend gewürdigt. Sein 1896 erschienenes Werk »Edelsteinkunde« gilt bis in unsere Tage als hochqualifiziertes Fachbuch, sein Lehrbuch der Mineralogie genoß hohes wissenschaftliches Ansehen. Über seine charakterlichen Eigenschaften ist zu lesen: *In dem schweren Konflikt . . . erwarb sich Bauer durch sein ruhiges besonnenes Auftreten das Vertrauen aller. In einer von den Vertretern aller Korporationen unterschriebenen Urkunde hat die Studentenschaft ihren Dank dafür ausgesprochen. Das Gefühl für Recht war bei Bauer stark ausgebildet und von dem, was er für Recht erkannt hatte, konnte ihn niemand abbringen, die Sache stand ihm immer höher als die Person; und kam es je zu einer Auseinandersetzung, so hielt er mit seiner Ansicht nicht zurück*<sup>43</sup>.

Dieser Satz ist nicht nur bezeichnend für Max Bauer, sondern auch für seinen Großvater, den Oberamtsarzt Dr. Christian Friedrich Bauer.



*Max Hermann Bauer (1844–1917)*

# Das Ganerbendorf Obersteinach und die Vorfahren des Johann Peter von Ludewig

VON WALTHER LUDWIG

Der Professor der Rechte und Kanzler der Universität Halle, Johann Peter von Ludewig, Dr. iur. utr. († Halle 1743), und sein Bruder, der königlich portugiesische Generalarchitekt João Frederico Ludovice († Lissabon 1752), wurden 1668 bzw. 1673 auf dem Schloß von Honhardt als Söhne des Hallischen Amtspflegers Peter Ludewig und seiner Ehefrau Elisabeth Rosina geb. Engelhardt geboren und auf die Namen Hans Peter bzw. Johann Friedrich getauft<sup>1</sup>. Ihre Großeltern waren väterlicherseits Georg Ludwig, der als Torwart des Crailsheimischen Schlosses Morstein tätig war und 1646 in Obersteinach begraben wurde, und seine Ehefrau Anna geb. Binniker<sup>2</sup>, und mütterlicherseits der Hallische Ratsherr Johann Engelhardt (1609–1684) und seine Ehefrau Maria Agnes geb. Seiferheld<sup>3</sup>. Während die Eltern und zum Teil auch die weiteren Vorfahren ihrer Großeltern mütterlicher-

1 Vgl. zu J. P. v. Ludewig ADB 19, S. 379ff. (Koser). Der ausführliche Artikel in Zedlers Universallexikon Bd. 18 (1738), S. 954ff., für das er übrigens selbst eine Vorrede schrieb, ist vermutlich von ihm selbst verfaßt, zumindest geht er auf von ihm geliefertes Material zurück. Persönliches zu seinem Leben auch in seinem Nachruf auf seine Frau: J. P. v. Ludewig, *Memoria thalami in XL annorum connubio matronae nobilis Annae Margerithae de Ludewig...* Halle/Saale 1740 (vorhanden Universitätsbibliothek Tübingen). In Erinnerung an seinen Geburtsort (Zedler: *auf dem Schlosse Hohenhard bey Schwäbisch-Hall, woselbst sein Vater, Peter Ludewig, Amtmann war*) gab er seine Schrift »Preußisches Neuburg und dessen Gerechtsame«, Teutschenthal (= Halle), 1708, unter dem Pseudonym Peter von Hohenhard heraus und setzte auf die Titelseite sogar dessen von ihm erfundenes Wappen (Schild senkrecht dreigeteilt, außen hell, Mittelstreifen dunkel mit drei übereinandergestellten hellen Sparren, zwei offene Spangenhelme, Helmzier [i] Mann mit Hut in Mantel mit dem gleichen Muster wie im Schild, [ii] fünf Federn in einer Krone). – Zu J. F. Ludovice vgl. H. Kellenbenz: João Frederico Ludovice, der Erbauer der Klosterresidenz in Mafra, Württ. Franken N. F. 32, 1958, S. 156ff. José Saramago hat seine Person in dem Roman »Memorial do Convento«, Lissabon 1982 (dt. Übersetzung: »Das Memorial«, Rowohlt Verlag Reinbeck 1986), dichterisch behandelt. Vgl. zur Herkunft der Brüder bisher F. Ludwig: Zwei bedeutende Söhne einer Haller Familie, Württ. Franken N. F. 28/29, 1954, S. 225ff., und Ders.: Stammtafel der Familie Ludewig nach dem Stand vom Jahre 1951 (Schwäb. Hall 1952).

2 Vgl. den Nekrolog für Peter Ludewig von J. G. Wibel im Totenbuch von St. Katharina, Schwäb. Hall, zum 16. Januar 1687 (StA Schwäb. Hall, Bestand 2/33): *Sein Vater hieß Georg Ludwig, den Herrschaftlichen Kasten sambt dem Thor alda* (sc. von Schloß Morstein) *verwaltend, die Mutter war Anna defß Geschlechts eine Binikerin*.

3 Vgl. den Nekrolog für *Elisabetha Rosina, des wohl Edlen und Gestrengen Herrn Peter Ludwigs...* Wittib im Totenbuch von St. Katharina zum 6. Mai 1729 (StA Schwäb. Hall, Bestand 2/34): *Der Herr Vatter war der weyl. hoch Edle Gestreng und hochweiße Herr Johann Engelhardt, damahligen ChurBayerischer Regimentsquartiermeister unter Herrn Obrist Sforden Regiment zu Pferd, hernachen des Innern Raths allhier und hochverdienter Amtmann über der Bühler, die Mutter aber Frau Maria Agnes geb. Seyfferheld...* Zu J. Engelhardt s. G. Wunder: Die Ratsherren der Reichsstadt Hall 1487–1803, Württ. Franken N. F. 36, 1962, S. 100ff., hier Nr. 285. Ein Sohn Johann Engelhardts, Johann Wilhelm Engelhardt, war gleichfalls Ratsherr in Hall, s. ebd., Nr. 316. Eine weitere Tochter Johann Engelhardts und der Agnes Maria Seiferheld, Praxeda Rosina (19. 7. 1661–27. 11. 1697), heiratete am 2. 3. 1680 den Rothenburger Rechtskonsulenten Johann Georg Krauß, Lic. iur. utr. (7. 4. 1657–23. 2. 1705); s. StA Rothenburg o. d. T. Schragisches Familien- und Wappenbuch I, S. 682.

seits bekannt sind<sup>4</sup>, konnte die Herkunft ihrer Großeltern väterlicherseits trotz mancher Bemühungen bisher nicht geklärt werden<sup>5</sup>. Die folgende Untersuchung wird dies nun erreichen. Auf dem Weg zu diesem Ziel werden jedoch auch eine Reihe von sozial- und regionalgeschichtlichen Fragen von allgemeinerer Bedeutung berührt und teilweise eingehend behandelt werden. Da dabei die historischen Überlieferungen zu dem heute zu Ilshofen (Landkreis Schwäbisch Hall) eingemeindeten Dorf Obersteinach eine wichtige Rolle spielen, möge der etwas umständliche Doppeltitel dieses Aufsatzes gestattet sein.

Da Peter Ludwig, der Vater der beiden berühmten Brüder, im Dienst der Reichsstadt Hall stand (zuerst 1653 als Forstmeister zu Vellberg, dann ab 1663 als Amtspfleger zu Honhardt)<sup>6</sup> und seine beiden Frauen Töchter von Haller Ratsherren waren (Vater der ersten war Johann Schuler)<sup>7</sup>, hat man öfters vermutet, daß der Torwart Georg Ludwig vielleicht selbst ursprünglich aus Schwäbisch Hall stammte.

Eine solche Vermutung wird verstärkt, wenn man in dem am 11. April 1719 in Wien von Kaiser Karl VI. ausgestellten Adelsbrief liest<sup>8</sup>: »... *Johann Peter Lude-*

4 Die Eltern von Johann Engelhardt waren Balthasar Engelhardt, Glaubensflüchtling, 1609 in Marloffstein, gestorben als Bürgermeister in Baiersdorf, 20. Oktober 1620, und Anna Staud (die Angabe bei *G. Wunder*, wie Anm. 3, sie käme aus Rothenburg, ließ sich nicht bestätigen; im StA Rothenburg finden sich im Schraghschen Familien- und Wappenbuch ausführliche Eintragungen zu der Rothenburger Familie Staud, aber keine zu einer in Frage kommenden Anna, und im Kirchenregister im ev. Dekanat Rothenburg findet sich 1554–1599 kein Taufeintrag für eine Anna Staud, 1554–1650 keine Eheschließung eines Balthasar Engelhardt). Die Eltern der Maria Agnes Seiferheld waren der Haller Ratsherr Johann Georg Seiferheld (s. *G. Wunder*, wie Anm. 3, Nr. 240), ein Bruder des Stättmeisters Georg Friedrich Seiferheld (zu seinen Vorfahren vgl. *G. Wunder*: Die Bürger von Hall, Sozialgeschichte einer Reichsstadt 1216–1802, Forschungen aus Württ. Franken 16, Sigmaringen 1980, S. 302), und Agnes, die Witwe des Johann Wolf aus Durlach.

5 Als im 19. Jh. John Alfred Lewis in Philadelphia (1821–1904, ein Nachkomme des Honhardt Amtspflegers Peter Ludwig, vgl. *F. Ludwig*, wie Anm. 1, 1952, S. 35) sich durch einen Genealogen in Schwäb. Hall eine Stammtafel seiner Familie erstellen ließ, trug dieser vermutungsweise als Vater des Torwarts Georg Ludwig einen Stephan Ludwig in Schwäb. Hall ein. Es handelt sich um die unten (s. Anm. 11) erwähnte Person, die, wie dort gezeigt werden wird, gewiß nicht Georgs Vater war. Eine andere Fährte verfolgte der Haller Archivar Hommel 1949. Im StA Hall findet sich ein Verkauf verzeichnet, den 1566 ein *Peter Ludwig von Gölle bei Senserwehe* gegenüber einem *Thomas Merino (?) und seinen gesellen von S. Niclaus* tätigt und durch den er *all sein Haab und gut, liegendts und pharendts, so er alda zu Gölle von seinem Vatter Ludwig ererbt*, um 315 fl. veräußert (Contr. und Kauffprotok. 4/769, S. 18). Die merkwürdigen Namen (Lesung durch K. Ulshöfer und G. Wunder) sind zwar noch nicht überzeugend erklärt, mit den Vorfahren des Honhardter Amtspflegers Peter Ludwig hat der Verkauf, wie sich aus dem folgenden erweisen wird, gewiß nichts zu tun.

6 Diese Angaben nach dem in Anm. 2 zitierten Nekrolog.

7 Die Heirat zwischen Peter Ludwig und Katharina Magdalena Schuler fand in Schwäb. Hall am 28. November 1653 statt, der erste Sohn, Johann David, wurde 1656 geboren (s. Nekrolog für ihn im Totenbuch von St. Katharina, StA Schwäb. Hall Bestand 2/34, zum 30. März 1704, und seine Autobiographie, Kopie im Besitz des Verfassers), die Heiratspacta zwischen Peter Ludwig und Catharina Magdalena Schuler, verwitwete Binnicker, wurde aber erst am 17. Dezember 1657 ratifiziert (StA Schwäb. Hall, Bestand 4/983). Vgl. zu Johann Schuler, ihrem Vater, *G. Wunder*, wie Anm. 3, Nr. 232, und *Dens.*: David Müller und die Eingehelirateten, Bewohner der Keckenburg III, Der Haalquell 15, 6, 1963, S. 21 f., wo jedoch noch irrtümlich vermutet wird, daß die drei Kinder des Johann Schuler und der Eufrosina Müller alle jung gestorben seien.

8 Ich danke dem Österreichischen Staatsarchiv, Verwaltungsarchiv, Wien, für die freundliche Zusage einer Mikroverfilmung der dort lagernden Akten zu der Erhebung des Johann Peter (von) Ludewig in den rittermäßigen Adelsstand für das Reich und die Erblande, Wien, 11. April 1719.

wig, *Professor Juris ordinarius zu Halle und kgl. preuß. geheimer Rath, angerühmt worden, gestalten nicht allein seine Voreltern in Unserer und des Heyligen Reichs Statt Schwäbisch Hall sich unter denen alten guten Geschlechtern befunden, sein Vatter, Groß- und Oberälter-Vatter in kayserlichen Kriegsdiensten als Offizier gestanden und noch in dem vorletzten Türckhenkrieg sein Bruder Johann Georg bey der sieghafften Schlacht zu Salanchement als kayserlicher Hauptmann sein Leben ritterlich gelassen. [...] Diese Angaben stammen aus dem Supplikationsbrief des Geadelten, datiert Halle an der Saale, November 1718, in welchem dieser als Begründung für seinen Antrag, in den Adelsstand erhoben zu werden, unter anderem schrieb: [...] absonderlich als meine Voreltern in der kayserlichen Reichsstadt Schwaben Hall sich unter den alten guten Geschlechtern befunden, mich auch im übrigen die milde Hand Gottes mit Gütern, Einkünften und einem zureichenden Vermögen gesegnet, mich sothanen Adelsstand gemäß aufzuführen und einige adeliche Güter dieses Landes mit Gelegenheit an mich zu bringen; endlich mein Vatter, Groß- und OberElterVatter in kayserlicher Mayestät Kriegsdiensten als Offiziers gestanden, und noch in dem vorigen Türckenkrieg mein Bruder Johann Georg bei Salamkement als ein wirklicher Kayserlicher Capitain in dem 26. Jahr seines Alters geblieben [...].*

Auf den ersten Blick scheinen diese Ausführungen sehr für eine Haller Abstammung des Morsteiner Torwarts Georg Ludwig zu sprechen. Es läßt sich jedoch mit Sicherheit feststellen, daß kein Georg Ludwig vor 1624, dem Jahr, in dem er erstmals in Morstein bezeugt ist, Schwäbisch Hall verlassen hat. Alle aus Hall wegziehenden Personen mußten bekanntlich eine sogenannte Nachsteuer entrichten, für die die Register im Haller Stadtarchiv ebenso erhalten sind wie für die regulären Steuerzahlungen der Haller Bürger. Nirgends findet sich dort in der in Frage kommenden Zeit ein Georg Ludwig<sup>9</sup>. In der zweiten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts gab es in Hall nur eine Familie Ludwig, und sie konnte gewiß nicht zu den alten Geschlechtern der Reichsstadt gezählt werden: 1557 wurde der Schneider Stefan Ludwig aus Deubach bei Mergentheim Haller Bürger. Er steuerte bis 1579 aus einem Vermögen von 200 Gulden. Seine Söhne waren die Schneider Konrad (∞ 1591, † 1598) und Michael (∞ 1599) Ludwig, die 1591 ff. bzw. 1600 ff. aus je 50 fl. Vermögen steuerten<sup>10</sup>. Ein Wegzug dieser Ludwig oder von Kindern derselben ist nicht bekannt, auch erscheinen die Namen Stefan, Konrad und Michael nicht unter den Nachkommen des Georg Ludwig in Morstein. Ein Zusammenhang dieser Haller Schneider mit der Familie des Torwarts scheidet deshalb aus.

Vom fünfzehnten bis in die erste Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts hat noch eine andere Ludwig-Familie in Hall existiert, die sogar einen Ratsherrn zu den ihren zählen konnte. Ihr Stammvater ist Seitz Ludwig, 1421 Heiligenpfleger in Obersontheim bei Hall, dessen gleichnamiger Sohn 1424 Haller Bürger wurde und als Grempler bis 1461 aus 950 fl. Vermögen steuerte. Sein Sohn Jörg Ludwig war

9 Ich danke G. Wunder für die freundliche Auskunft.

10 Vgl. G. Wunder/G. Lenckner: Die Bürgerschaft der Reichsstadt Hall von 1395–1600 (Württ. Geschichtsquellen 25), Stuttgart 1956, Nr. 5461, 5462, 5463.

Bäcker, steuerte 1443–1495 aus 140–1200 fl. und hatte neben einer mit Hans Bechstein in Gelbingen verheirateten Tochter drei Söhne: (i) Hans, Bäcker, der 1469–1523 steuerte, (ii) Heintz, Bäcker, der 1480–1519 steuerte und 1508–1519 Ratsherr war, sowie (iii) Seitz, Schuster, der 1480–1531 steuerte und seinerseits Vater des Schusters Jos Ludwig war, der in Hall 1515–1553 seine Steuern bezahlte. Ein gleichnamiger Sohn dieses Jos Ludwig zog 1556 aus Hall weg und zahlte Nachsteuer. Was aus ihm wurde, ist unbekannt. Außerdem gab es in Hall seit Claus Ludwig, der 1395 in der ältesten Haller Steuerliste aufgeführt ist, noch einige andere Namensträger (Konz 1442, Michel 1480–1507, Hans 1551–1553 steuernd), aber es wird nirgends irgendeine Verbindung zwischen diesen Hallern und dem Morsteiner Torwart sichtbar<sup>11</sup>.

Worauf können sich die Angaben des Johann Peter Lud(e)wig über seine Vorfahren in Hall dann aber beziehen? Daß sie in dem kaiserlichen Adelsbrief wiederholt werden, gibt ihnen kein größeres Gewicht, da es üblich war, daß die Herkunftangaben von der kaiserlichen Kanzlei aus den Supplikationsbriefen ungeprüft und unverändert in die Adelsbriefe übernommen wurden. Dabei kam es auch öfters vor, daß die Antragsteller ihre Herkunft auf Kosten der Wahrheit verschönten<sup>12</sup>. Hat Johann Peter Lud(e)wig sich diesen Usus zu eigen gemacht? Da er unter anderem als Professor der Geschichte und als Verfasser und Herausgeber zahlreicher historischer Werke bekannt geworden ist<sup>13</sup>, ist zu fragen, ob die Angaben

11 Vgl. zu den vorstehend genannten Haller Ludwig *G. Wunder* (wie Anm. 10), S. 428f.

12 Beispiele für die Vergangenheit verschönernde und teilweise bewußt verfälschende Angaben bieten die Adelsbestätigungen der Brüder und Vettern Kröll (von Grimmstein) von 1569 und – in geringerem Maße – der Brüder Burgermeister (von Deizisau) von 1704, die ich in »Die Kröll von Grimmstein oder die Auflösung genealogischer Fiktionen«, Berichte aus den Sitzungen der Joachim-Jungius-Gesellschaft der Wissenschaften, Hamburg 2, 1984, Heft 4, Göttingen 1984 (vgl. auch *W. Ludwig*: Georg Günther Kröll und der Hof Bemberg, Württ. Franken 69, 1985, S. 267ff.) und in »Bürgermeister und Schöffelin. Untersuchungen zur Adelsbestätigung der Brüder Paul und Johann Stephan Burgermeister von Deizisau«, Esslinger Studien, Zeitschrift 25, 1986, S. 69ff., behandelt habe. In bezug auf die erste Arbeit behauptete *H. F. Friederichs* in *Genealogie* 17, 1985, S. 561ff., daß die »Ritter Kröll von Grimmstein« tatsächlich im 14. Jh. existierten und nicht, wie ich zeigte, im 16. für die beantragte Adelsbestätigung erfunden worden sind. Ich korrigierte, ebd., S. 748ff., verzichtete jedoch auf eine Richtigstellung seiner qualitativ ähnlichen erneuten Auslassungen, ebd., S. 770f. Vgl. im übrigen die sonst durchweg zustimmenden Besprechungen meiner Kröll-Monographie z. B. durch *K. H. Burmeister*: *Schriften des Vereins für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung* 103, 1985, S. 181f., *J. Eberl*: *Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte* 45, 1986, S. 476, *G. Nebinger*: *Blätter des Bayerischen Landesvereins für Familienkunde* 47, 1984/85, S. 155f., *A. Niederstätter*: *Montfort* 37, 1985, S. 405, *H. U. Ehrh. v. Rueprecht*: *Südwestdeutsche Blätter für Familien- und Wappenkunde* 18, 1985/87, S. 43f., 531, *B. (Gf.) Waldstein-Wartenberg*: *Adler* 13, 1985, S. 381, und *M. Kuhn-Rehfus*, *Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins* 135, 1987, S. 511f.

13 J. J. Moser warf ihm 1766 zwar vor, er habe Urkunden erdichtet oder gefälscht, nahm diesen Vorwurf später aber zurück (s. ADB, wie Anm. 1, S. 380): »Ludwig hat in einem für jene Zeit ungewöhnlichen Umfang archivalische Forschungen angestellt, abgesehen von Arbeiten im Magdeburger Archiv ... hat er auf wiederholten Studienreisen ... die Archive von Stettin, Halberstadt, Dessau und mehrere süddeutsche Archive besucht«. Er beschäftigte sich auch immer wieder seit seinem *Halarum nobilis ac liberae S. R. I. civitatis Encomium* von 1688 (nachgedruckt in seinen *Opuscula miscella*, Halle 1720, T. I, S. 541ff.) mit Fragen der Geschichte Schwäb. Halls (vgl. *Commentaria politica rerum Halensium S. R. I. liberae urbis*, Diss. Halle 1699, resp. *J. F. Hetzel*, nachgedruckt *Opuscula*, a. a. O., S. 553ff.) und hinterließ in seiner riesigen Bibliothek auch mehrere ältere Manuskripte zur Hallischen Geschichte (s. *J. D. Michaelis*: *Catalogus praestantissimi thesauri librorum typis* und was für Schlösser umb Hall gestanden, Nr. 173 Beschreibung der Stadt Schwäbisch Halle wohlher-

nicht doch einen wahren Kern oder Bezugspunkt haben. Zunächst ist nicht auszuschließen, daß er aus der Haller Überlieferung von früheren Trägern des Namens Ludwig in Hall wußte, vielleicht auch von dem Ratsherrn Heintz Ludwig, † 1519/20, erfahren hatte und die Herkunft seiner Familie mit diesen Ludwig in Verbindung brachte. Wenn dies der Fall war, war es jedoch nicht mehr als eine Vermutung, und wie sich noch zeigen wird, eine falsche. Jedoch gehörten seine »Voreltern« mütterlicherseits in der Tat zu den »guten alten Geschlechtern der Reichsstadt«.

Nach dem Tod seines Vaters nahm sich ein Bruder seiner Mutter, der Ratsherr Johann Wilhelm Engelhardt, seiner an<sup>14</sup>, den er selbst in seiner 1688 im Haller Gymnasium gehaltenen lateinischen Lobrede auf Hall in folgender Weise herausstellt<sup>15</sup>: *Kürzlich ist zum Amtmann des Rosengartens ernannt worden der hochedle und hochansehnliche Herr Johann Wilhelm Engelhardt, fürsichtigster Ratsherr unserer Vaterstadt (Vir Nobilissimus Amplissimusque DN. IOHANNES WILHELMVS ENGELHARDVS, reipublicae patriae Senator Prudentissimus) und mein Onkel, den ich immer an Vaters Stelle verehren werde. Seine Verdienste mir gegenüber, die weit zahlreicher und größer sind, als daß ich sie würdig preisen könnte, will ich hier doch nicht völlig übergehen. Wenn das Geschick mir diesen Mann bewahrt, was ich mit den wärmsten Wünschen erhoffe, so sehe ich nicht, warum ich mein Verwaistsein allzu sehr beklagen sollte*<sup>16</sup>. Sein Großvater, der Haller Ratsherr Johann Engelhardt war mit einer Tochter des Ratsherrn Johann Georg Seiferheld<sup>17</sup> und einer Nichte des Stättmeisters Georg Friedrich Seiferheld verheiratet gewesen<sup>18</sup>, an den er in der erwähnten Lobrede mit folgenden Worten erinnert<sup>19</sup>: *Letztes Jahr erlitt unsere Vaterstadt, wenn je überhaupt, den schwersten Verlust, da wir zuerst den älteren Ratskonsulenten Schragmüller, darauf beide Stättmeister ungefähr innerhalb eines Monats verloren. Von ihnen leitete der große Seufferheld die Regierung des Staates viele Jahre hindurch mit so großer Klugheit, daß bei der Nennung seines Namens sowohl Bürger als auch Auswärtige sich von selbst erhoben und die Menschen jedes Alters ihn für den gemeinsamen Vater des Vaterlandes hielten und für sich selbst Wohlergehen erwarteten, solange es ihm wohl erging. Dieser Held hat unserer Stadt*

gebrachten und geübten StadtRechten, auch des Raths daselbst Statutorum, Nr. 174 W. Widmann; Schwäbisch-Hallische Chronick, Nr. 185 Hohenlohische und Hällisch-Schwäbische Sachen, Nr. 392 Nachrichten von dem Geschlecht der Senften von Sulburg in Schwaben, Nr. 559 Chronicon Halense diversorum, Widemanni, Heroldi, Treutweinii, Senftii, Schenckii, a principio usque ad a. 1558; es ist unbekannt, wohin diese Handschriften bei der Versteigerung von 1745 gelangt sind).

14 Vgl. zu ihm oben Anm. 3.

15 S. Halarum ... Encomium (wie Anm. 13), S. 549. – Ich beabsichtige diese interessante Lobrede auf Hall demnächst gesondert vorzustellen und zu erläutern.

16 J. W. Engelhardt, der in Tübingen und Straßburg studiert hatte, dürfte maßgeblich daran beteiligt gewesen sein, daß J. P. Ludwig, der sich 1686 in Tübingen immatrikulieren ließ, auch nach dem Tod seines Vaters (1687) seine Studien in Wittenberg fortsetzen konnte (1688, Mag. 1689).

17 S. oben Anm. 4.

18 Dem in Anm. 3 zitierten Nekrolog zufolge wurde Elisabetha Rosina Engelhardt *bey der Frau Stättmeister Seyfferheldin auferzogen* (sie hatte ihre Mutter im Alter von sieben Jahren verloren). In J. P. v. Ludewigs Bibliothek befand sich bei seinem Tod auch die Leichenpredigt des D. Sieber auf Georg Friedrich Seufferheld, Schwäb. Hall 1687 (s. J. D. Michaelis, wie Anm. 13, Pars 1, Nr. 951).

19 S. Halarum ... Encomium, S. 550.

freilich so viele Gewinne gebracht und so viele Verluste von ihr abgewendet, daß keiner die Größe seiner Verdienste durch eine Rede voll beschreiben kann. Unter ihnen ist auch das erlauchte Verdienst, daß dieses unser Gymnasium auf Grund seiner Autorität und seinen Plänen errichtet und bis zum heutigen Tag großzügig bewahrt worden ist. Und nicht nur den höchsten Fürsten, auch dem allerherrlichsten Kaiser Leopold wurde seine Tüchtigkeit bekannt, so daß er zum Kuß seiner heiligen Rechten zugelassen wurde [...]. Die Ahnentafel der Maria Agnes Engelhardt geb. Seiferheld führt zu vielen alten Haller Geschlechtern, unter anderem zu dem Sieder und Ratsherrn Georg Seiferheld, der 1577 in den erblichen Adelsstand erhoben wurde, und zu dem Sieder- und Ratsherrengeschlecht Müller, von dem ein Mitglied 1608 geadelt worden war<sup>20</sup>. Johann Peter Lud(e)wig kannte zumindest seine Abstammung von den Engelhardt und den Seiferheld. An sie dürfte er bei seiner Herkunftsangabe gedacht haben. Auch schrieb er in seinem Supplikationsbrief ja nur allgemein von seinen *Voreltern*, nicht ausdrücklich von seinen väterlichen Vorfahren, wenngleich er die Formulierung wohl absichtlich so wählte, daß der Leser zunächst oder zumindest auch an seine väterlichen Vorfahren denkt.

Eine ähnliche Verunklarung scheint bei seiner Angabe über den Kriegsdienst seines Bruders, Vaters, Groß- und Urgroßvaters als kaiserliche Offiziere vorzuliegen. Daß sein Bruder Johann Georg als kaiserlicher Hauptmann bei Salankemen fiel, ist richtig. Von seinem Vater Peter Ludwig ist durch seinen Nekrolog im Totenbuch von St. Katharina, Schwäbisch Hall, vom 16. Januar 1687 bekannt, daß er vor 1653 *schwere Kriegsbedienstungen rühmlich ausgestanden* hat<sup>21</sup>. Ein Kriegsdienst seines Großvaters Georg Ludwig ist unbekannt; wenn er einen solchen leistete, dann sicher nicht als kaiserlicher Offizier. Ein Offizier war jedoch nachweislich sein Großvater mütterlicherseits. Johann Engelhardt war vor 1644 Regimentsquartiermeister in einem kurbayerischen Kavallerieregiment<sup>22</sup>. Und sein Urgroßvater Johann Georg Seiferheld stand im Dreißigjährigen Krieg im Kriegsdienst verschiedener Fürsten, zuletzt als Obristwachtmeister<sup>23</sup>. Die Vorfahren Johann Peter Lud(e)wigs leisteten also als Offiziere Kriegsdienste, aber seine Formulierung läßt mehr an kaiserliche Offiziere und an seine Vorfahren väterlicherseits denken, als man es bei Kenntnis der wahren Umstände tun sollte.

Die Angaben über seine Herkunft beziehen sich demnach vor allem auf seine Vorfahren mütterlicherseits. Für die Herkunft und die Lebensumstände seines

20 Vgl. die oben Anm. 4 zitierte Ahnentafel des Stättmeisters G. F. Seiferheld von *G. Wunder*. Geadelt wurde auf Müllerscher Seite der Lic. iur. Ludwig Müller, der Bruder des David und Sohn des Georg Müller. Ich benütze die Gelegenheit, einen diesen Ludwig Müller betreffenden Irrtum in meiner Arbeit »Die Kröll von Grimmenstein...« (wie Anm. 12), S. 108f., zu korrigieren. Ich hatte dort vermutet, daß der geadelte Ludwig Müller »auf Zanegge« in zweiter Ehe eine Anna Margaretha Kröll geheiratet hat. Dies war nicht der Fall. G. Nebinger machte mich freundlicherweise auf zwei Ulmer Taufeintragungen aufmerksam, die den Hauptmann (1630) bzw. Oberstleutnant (1633) Johann Miller von Erdingen als Ehemann der Anna Margaretha geb. Kröllin von Dambach zeigen (Ev. Kirchengemeinde Ulm, Taufbuch 13, S. 486, 14, S. 67).

21 Vgl. oben Anm. 2.

22 Vgl. oben Anm. 3.

23 S. *G. Wunder*, wie Anm. 3, Nr. 240.



Großvaters väterlicherseits geben sie nichts her. Eine Ermittlung in dieser Richtung hat vielmehr einzusetzen bei der Angabe des für Morstein zuständigen Eheregisters Ruppertshofen zum 1. Advent 1636, wonach *Jörg Ludwig*, der Vater der zur Eheschließung mit dem *Crailsheimischen Diener und Schreiber zu Morstein* Hans Ernst Scheffner aufgebotenen Margarethe Ludwig, ein *Inwohner zu Steinach* war<sup>24</sup>, sowie zweitens bei der Angabe des Obersteinacher Totenregisters, wonach Georg Ludwig, Torwart zu Morstein, am 18. April 1646 in Steinach begraben wurde<sup>25</sup>. Es gibt nur einen Grund dafür, daß ein Torwart auf dem Schloß Morstein Einwohner von Steinach war und in Steinach begraben wurde: er stammte aus diesem Ort (denn es ist ausgeschlossen, daß er erst durch seine Heirat dorthin gekommen wäre)<sup>26</sup>.

In Steinach, für das sich zur Unterscheidung zu dem benachbarten Weiler Niedersteinach im achtzehnten Jahrhundert die heute gültige Bezeichnung Obersteinach durchsetzte, beginnen die erhaltenen Kirchenbücher erst 1638. Die älteren wurden zwischen 1634 und 1637 vernichtet, als die Gegend nach der Schlacht bei Nördlingen von kaiserlichen Truppen geplündert und verwüstet wurde. Von 1638 an sind in Steinach bis ins achtzehnte Jahrhundert mehrere Familien des Namens Ludwig bezeugt. Die Beziehung, in der der Morsteiner Torwart zu diesen steht, läßt sich jedoch durch die Angaben in den Tauf-, Ehe- und Totenregistern nicht aufhellen. Um dies zu erreichen, müssen ältere Personalquellen, Zins-, Gült- und Lagerbücher, sowie Steinach betreffende Akten mitherangezogen werden. Um diese zu verstehen und richtig auszuwerten, ist es nötig, sich die Geschichte dieses Dorfes im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert zu vergegenwärtigen<sup>27</sup>.

Steinach bzw. Obersteinach ist ein zwischen Kocher und Jagst gelegenes Pfarrdorf. Das Schloß Morstein liegt 3 km nordöstlich über der Jagst; 5 km südwestlich befindet sich Braunsbach am Kocher; etwa 15 km beträgt die Entfernung nach Schwäbisch Hall. Das Dorf umfaßte zwischen 1500 und 1700 etwa 25 bis 35 Haushaltungen mit zumeist bäuerlicher Tätigkeit. Der evangelische Gottesdienst wurde 1543 eingeführt. Neben dem Pfarrer werden 1602 ein Schuldiener, 1679 ein Schulmeister genannt. Um 1600 werden zwei Wirte, ein Bäcker, ein Schmied und ein Bader im Ort erwähnt<sup>28</sup>. Politisch war das Dorf ein sogenannter Ganerbenort. Das Vogtrecht und die Gerichtsbarkeit waren in drei verschieden große Teile geteilt, ebenso die Grundherrschaft, abgesehen von dem *gemeinschaftlichen Heiligen*. Nach einer Urkunde von 1502 gehören 9 Häuser dem Deutschen Orden in Mergentheim, 12 den Herren von Vellberg zu Leofels und 4 den Herren von

24 S. ev. Pfarramt Ruppertshofen, Eheregister im -Pfarrbuch vom Jahr 1555-, S. 368.

25 S. ev. Pfarramt Obersteinach, Kirchenbuch 1638ff.

26 Zur Herkunft seiner Frau Anna Binnicker s. unten.

27 Vgl. zur Geschichte des Ortes allgemein: Beschreibung des Oberamts Gerabronn, 1847, S. 276ff., sowie *H. Grees*: Dorfgemarkung Obersteinach 1717, in: Historischer Atlas von Baden-Württemberg 17, Erläuterungen. Auf dem ev. Pfarramt Obersteinach befindet sich ein -Familienregister Obersteinach, aus den ältesten Kirchenbüchern zusammengestellt von Pfarrer Schiler 1886-, das u. a. alle in den Kirchenbüchern faßbaren Ludwig-Familien in (Ober-)Steinach aufführt.

28 S. außer der in Anm. 27 zitierten Literatur HZA Neuenstein, Arch. Niederstetten, Amt Braunsbach, B 12 (Handakten des Braunsbacher Amtmanns) und die unten Anm. 43 und 49 zitierten Zeugenlisten.

Crailsheim zu Morstein. Nach der ältesten erhaltenen Katasterkarte von 1717 hatte der Deutsche Orden damals 11, der Graf von Hohenlohe-Kirchberg als Nachfolger der Herren von Vellberg 8, der Fürstbischof von Würzburg als Nachfolger der Herren von Crailsheim 11 Untertanen, dazu kamen 3 Untertanen, die auf dem Grund des gemeinschaftlichen Heiligen saßen. Die Lage der Anteile innerhalb des Dorfetters und ihre Aufteilung in Höfe, Halbhöfe, Köbler- und Handdienster-Gütlein ist durch die Karte von 1717 genau bekannt<sup>29</sup>.

Der Anteil des Deutschen Ordens blieb bis 1806 in seinem Besitz. Er umfaßte 1650 17, 1688 9 Untertanen. 1594/95 kaufte der Deutsche Orden 6 Vellbergische Untertanen zu Steinach<sup>30</sup>. Verwaltet wurde der Anteil im sechzehnten Jahrhundert innerhalb des Odenwälder Überreiter Amtes von Mergentheim aus; unmittelbar zuständig war der Deutsch-Ordens-Schultheiß in Nitzenhausen. Als im siebzehnten Jahrhundert aus dem Odenwälder Überreiter Amt ein Nitzenhausener Amt herausgelöst wurde, wurde der Steinacher Anteil letzterem zugeschlagen. Es gab nun auch einen Deutsch-Ordens-Schultheiß in Steinach. 1806 machte der Anteil des Deutschen Ordens zwei Fünftel des Dorfes aus. Da das Mergentheimer Deutsch-Ordens-Archiv im neunzehnten Jahrhundert für die württembergisch gewordenen Territorien an das württembergische Staatsarchiv gelangte, befindet sich die schriftliche Überlieferung, soweit sie diese Verlagerung überstanden hat, heute im Staatsarchiv Ludwigsburg. Erhalten sind für den Deutsch-Ordens-Anteil von Steinach im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert Zinsbücher des Odenwälder Überreiter Amtes von 1544, 1545 und 1614, sowie ein Lagerbuch des Amtes Nitzenhausen von 1688<sup>31</sup>.

Der Anteil der Herren von Vellberg war ein Zubehör zur Burg Leofels und blieb bis 1561 im alleinigen Besitz der Vellberg. Nach dem Tod des Bartholomaeus von Vellberg wurde dieser einerseits von seinen Schwestersöhnen von Absberg, andererseits von seinem Vetter Konrad von Vellberg beerbt. Der Steinacher Anteil blieb im Vellberg-Absbergischen Besitz bis 1592. Nach dem Tod Konrads von Vellberg in diesem Jahr ging dann auch sein Teil an das Haus Absberg über, das 1592–1616 im alleinigen Besitz dieses Anteils war. Hans Konrad von Absberg ließ 1606 durch seinen Vogt zu Ruppertshofen ein umfassendes Lagerbuch über seinen Besitz um Lendsiedel, wozu auch Steinach gehörte, anfertigen: *Beschreibung der um Lendsiedel liegenden Güter, sowie der Regalien, Rechte, Zinsen, Gülten und Gefälle des Johann Konrad von Absberg, renoviert durch Michael Knie, Vogt zu Ruppertshofen, 1606*. Es ist die älteste erhaltene Beschreibung dieses Anteils<sup>32</sup>. Als der Absbergische Anteil 1616 vom Grafen Philipp Ernst von Hohenlohe gekauft

29 Vgl. H. Grees, wie Anm. 27, S. 11, und den im Historischen Atlas reproduzierten *Grundriß über das gemeinschaftliche Dorff Obersteinach, welches gemeßen und in dieße Mappam gebracht worden Anno 1717*.

30 S. StA Ludwigsburg, B 259, 154.

31 S. StA Ludwigsburg B 179, 199, 200, 203, 235. Die Zinsbücher des Odenwälder Überreiter Amtes von 1562 (B 209), 1585 (B 201) und 1605 (B 202) enthalten keine Eintragungen zu Steinach. Ebenso fehlen solche in dem fragmentarischen Fruchtschuldbuch des Odenwälder Amtes von 1621 (B 206).

32 S. HZA Neuenstein, Arch. Langenburg, Amt Langenburg, B 104.

wurde<sup>33</sup>, wurde der Steinacher Anteil zunächst bei dem neugeschaffenen hohenlohischen Amt Leofels belassen. Erhalten ist das Gültbuch des Amtes Leofels von 1616 mit Ergänzungen von 1624 und 1631<sup>34</sup>. Bei der Auflösung des Amtes Leofels kam der Steinacher Anteil 1636 an das Amt Langenburg. Der Steinacher Anteil wurde damals in das Langenburger Gültbuch von 1596, sowie in ein zusätzliches von 1607 übertragen; Ergänzungen fügte man 1650 und 1678 hinzu<sup>35</sup>. Ein neues Gültbuch des Amtes Langenburg wurde 1685 gefertigt<sup>36</sup>. Der hohenlohische Anteil von Steinach hatte 1650 und 1688 8 Untertanen. Infolge der hohenlohischen Teilung von 1699 kam der Steinacher Anteil dann zum Amt Kirchberg, wo er bis 1806 verblieb. Er machte damals wie der Deutsch-Ordens-Anteil zwei Fünftel des Dorfes aus. Die genannten Gültbücher befinden sich heute im Hohenlohe-Zentralarchiv in Neuenstein (Archiv Langenburg und Kirchberg).

Der dritte, 1502 Crailsheimische Teil von Steinach blieb bis zum Tod des Wolf von Crailsheim zu Morstein und Braunsbach, 1637, im Besitz der Herren von Crailsheim. Erhalten haben sich für diesen Anteil die Gültbücher des Jörg von Crailsheim von 1525–1529, der Herrschaft Crailsheim von 1567, des Bastian von Crailsheim von 1579, des verstorbenen Julius von Crailsheim von 1608, ein undatiertes Crailsheimisches Gültbuchfragment von etwa 1600, ein Gültbüchlein von 1617 und das Gültbuch des Wolf von Crailsheim *was zu dem Amt Morstein gehörig, renoviert und erneuert ao. 1632*<sup>37</sup>. Als Braunsbach mit Zubehör erbweise über eine Nichte des Wolf von Crailsheim 1637 an deren Tochter Helene Maria geborene von Stetten gelangte, wurde ein neues *Gültbuch über alle und jede gesetzte Güter und Geldlehen zu dem adelichen Haus und Schloß Braunsbach gehörig, angefangen und renoviert 1638* verfaßt<sup>38</sup>. 1641 wurden dem Zubehör des Hauses Braunsbach auch Untertanen und Gülten des Amtes Morstein, darunter der Steinacher Anteil, zugeschlagen. Sie werden in dem eben genannten Gültbuch Bl. 74ff. vermerkt: *folgen die aus dem Amt Morstein eigentümlichen Untertanen und Gülten so ao. 1641 allhier eingezogen und renoviert worden*. Seit dieser Zeit teilte dieser Steinacher Anteil die Geschicke des Amtes Braunsbach. Er gelangte, nachdem er im Besitz verschiedener adliger Herren gewesen war (1650 mit 11, 1688 mit 10 Untertanen) 1737 mit dem Amt Braunsbach in den Besitz des Würzburger Domkapitels und 1802 infolge der Säkularisierung an den Fürsten von Hohenlohe-

33 Der in der Literatur, z. B. in der Beschreibung des Oberamts Gerabronn, S. 286, manchmal erwähnte Kauf des Grafen Ludwig Casimir von Hohenlohe im Jahr 1563 betraf entgegen den dortigen Angaben nicht Steinach. Nach HZA Neuenstein, Arch. Kirchberg, Schubl. 630 A, Nr. 14<sup>1/2</sup>, verkauften damals Valentin von Berlichingen und Brigitta von Berlichingen geb. von Vellberg an Graf Ludwig Casimir von Hohenlohe Güter und Rechte zu Lendsiedel, Gaggsstadt, Beimbach, Mistlau sowie anhängende Güter. Steinach wird in dem Verkaufsbrief nicht genannt.

34 S. HZA Neuenstein, Arch. Langenburg, Amt Langenburg KL 11.

35 S. HZA Neuenstein, Arch. Langenburg, Amt Langenburg B 22 und B 27; vgl. auch B 188.

36 S. HZA Neuenstein, Arch. Kirchberg, AK/S 9.

37 S. HZA Neuenstein, Arch. Niederstetten, Amt Braunsbach, Bü 34, 35 (nach moderner Aufschrift um 1550, nach dem Inhalt jedoch um 1600 zu datieren, s. dazu unten Anm. 42), 38, 41, 43 (nach moderner Aufschrift um 1600, besser um 1600–1650 zu datieren), 44 (ebenso), 45, 46, 47.

38 S. HZA Neuenstein, Arch. Niederstetten, Amt Braunsbach, B 50.

Jagstberg als Entschädigung für verlorene linksrheinische Besitzungen. Dieser Steinacher Anteil machte 1806 bei seinem Übergang an Württemberg ein Fünftel des Dorfes aus. Da er 1802–1806 beim Haus Hohenlohe gewesen war, lagern die genannten erhaltenen Gültbücher gleichfalls im Hohenlohe-Zentralarchiv in Neuenstein (Archiv Niederstetten).

Damit ist die verwickelte Geschichte des kleinen Dorfes vom sechzehnten bis achtzehnten Jahrhundert deutlicher geworden. Zugleich sind die wichtigsten Quellen für die Besitz- und Personengeschichte von Steinach für die Zeit von 1500 bis etwa 1650 genannt. Dazu kommen nur wenige Akten im Deutsch-Ordens-Archiv, Amt Nitzenhausen, und in den Archiven Langenburg und Niederstetten. Der Deutsch-Ordens-Anteil wird in seinem Personalbestand also erst ab 1544, der Vellberg-Absberg-Hohenlohische erst ab 1606, der Crailsheimische ab 1525 kenntlich. Die Ausführlichkeit der einzelnen Beschreibungen ist sehr unterschiedlich. Die Verhältnisse werden dadurch noch komplizierter, daß Untertanen des einen Herrn (sie wohnen auf dem Grund desselben) zugleich für bäuerliche Lehen (Gärten, Wiesen, Äcker) einem anderen Herrn abgabepflichtig sein und unter Umständen (z. B. bei Wohnsitzwechsel) auch in ein anderes Untertanenverhältnis wechseln konnten. Angaben über Leibeigenschaft enthält nur die Absbergische Beschreibung von 1606. Von 9 dort in Steinach genannten Absbergischen Untertanen waren 8 frei von Leibeigenschaft, nur einer war leibeigen, und zwar dem Grafen Wolfgang von Hohenlohe. Man wird vermuten dürfen, daß die Verhältnisse in den anderen Anteilen ähnlich waren. Nur etwa ein Zehntel der Bewohner des Dorfes scheinen leibeigen gewesen zu sein.

Eine Befragung der angeführten Quellen auf die Herkunft des Morsteiner Torwarts Georg Ludwig zeigt beispielhaft ihre Aussagefähigkeit in Hinsicht auf genealogische Fragestellungen. Er findet sich in ihnen nur einmal, aber an einer Stelle, die seine oben angenommene Herkunft aus Steinach bestätigt. Im hohenlohischen Gültbuch des Amtes Leofels von 1616 steht auf Bl. 111 ein Nachtrag: *Neugemachte Gülten an Neugereuthen ausgeteilter Gemeinwasen zu Steinach an der gräflichen Herrschaft Untertanen allda 1624*; dazu steht am Rand *Zum Amt Langenburg gelegt 1637*. Es sind neun Posten. Nr. 6 lautet: *Georg Ludwig, Thorwart zu Morstein, 2 Herbsthühner*; dazu die Bemerkung *1631 N.B. soll nur 1 Huhn sein*. Dieselbe Eintragung findet sich als Nachtrag zum *Gültbuch des Amtes Langenburg, ao. 1596 angefangen und in den folgenden Jahren mit dem Zugang continuirt*, Bl. 105: 6. *Georg Ludtwig Thorwart zu Morstein(s Wittibin) gibt aus ein Stücklein Neugereuth jährlicher Gült 1 Herbsthuhn*. Das hier in Klammer Gesetzte ist ein späterer Zusatz. Ein noch späterer Zusatz lautet: *Georg Hetzel*. Derselbe ist auch im Gültbuch von 1685 als Besitzer des Stücks eingetragen. Er scheint das Stück, das jetzt als ein halber Morgen Acker am gemeinen Wasen gelegen bezeichnet wird, von der Witwe bzw. ihren Erben erworben zu haben.

Georg Ludwig, der in den zeitgenössischen Quellen seit 1624 als Torwart zu Morstein bezeichnet wird (die Bezeichnung *den Herrschaftlichen Kasten sambt dem*

*Thor alda verwaltend*, die sich 1687 im Nekrolog seines Sohnes Peter findet<sup>39</sup>, gibt also nicht seine tatsächliche Amtsbezeichnung, dürfte aber seine Tätigkeit korrekt beschreiben), war also, obgleich er in Crailsheimischem Dienst in Morstein stand, ein hohenlohischer Untertan in Steinach, der dort auch etwas Landwirtschaft betrieben zu haben scheint. Ähnlich waren die Verhältnisse bei seinem unmittelbaren Vorgesetzten, dem Morsteiner Vogt Peter Zehender, der anscheinend aus Dünsbach stammte und dort Crailsheimischer Untertan war. Nach dem Gültbuch des Wolf von Crailsheim, Amt Morstein, von 1632 hatte Peter Zehender, Vogt, ein gültpflichtiges Gut in Dünsbach<sup>40</sup>.

Da Georg Ludwig 1636 eine heiratsfähige Tochter hatte<sup>41</sup>, dürfte er unter Berücksichtigung der übrigen von ihm bekannten Daten um 1615/20 geheiratet haben und um 1590/1600 geboren sein. In den genannten Quellen wird sein Vater nie ausdrücklich genannt. Er kann jedoch aus ihnen erschlossen werden. Auszugehen ist von der ausführlichen Absbergischen Beschreibung von 1606, die den später hohenlohischen Anteil erfaßt. Dort wird unter den 9 Absbergischen Untertanen in Steinach jedoch kein Ludwig genannt. Es erscheint nur Michel Ludwig der Jünger, ein Deutsch-Ordens-Untertan, als Besitzer eines Ackers, *davon seinem größtünstigsten Junker von und zu Absberg das Handlohn und Hauptrecht gehört*. Dieser Michel der Jünger, der einen Michel den Alten um 1606 als lebend voraussetzt und auch in anderen Quellen erscheint, kommt als Vater Georgs nicht in Frage, da der Name Michel unter den zahlreichen Nachkommen Georgs nie vorkommt.

In derselben Absbergischen Beschreibung von 1606 findet sich in dem Steinach benachbarten und kirchlich zu ihm gehörenden Weiler Brachbach (heute genannt Windisch-Brachbach) aber auch ein Absberger Untertan Georg Ludwig, *seines Alters 70 Jahr und von der Leibeigenschaft frei*, der zusammen mit dem 45jährigen und auch von der Leibeigenschaft freien Matthes Otth ein den Absberg gültpflichtiges Haus bewohnt. Vermutlich war Matthes Otth der Schwiegersohn des alten Georg Ludwig. In einem undatierten Crailsheimischen Gültbuchfragment, das um 1600 anzusetzen ist<sup>42</sup>, werden Matthes Otth und Jörg Ludwig als gültpflichtig für ein Gut aufgeführt. Derselbe Georg Ludwig erscheint 1603/04 in einer Zeugenreihe. Ein Streit über den sogenannten Novalzehnt zu Steinach zwischen dem Deutschorden einerseits und den Herren von Crailsheim und von Absberg andererseits wurde damals beigelegt<sup>43</sup>. Den Vergleich unterschrieben 14 Zeugen; von ihnen waren 11 seßhaft zu Steinach (darunter kein Ludwig); die drei anderen waren Georg Ludwig zu Brachbach, Hans Hübner zu Forst und Hans Ludwig zu Steinkirchen. Es ist anzunehmen, daß die damals nicht in Steinach ansässigen

39 S. oben Anm. 2.

40 S. HZA Neuenstein, Arch. Niederstetten, Amt Braunsbach, B 46.

41 S. oben Anm. 24.

42 S. HZA Neuenstein, Arch. Niederstetten, Amt Braunsbach, Bü 35 (s. dazu oben Anm. 37). Das Gültbuchfragment muß um 1600 datiert werden, da in ihm wie in der Absbergischen Beschreibung von 1606 Matthes Otth und Jörg Ludwig in Brachbach erscheinen und viele Steinach betreffende Eintragungen mit dem crailsheimischen Gültregister von 1608 (Bü 45) übereinstimmen. Bü 35 darf also nicht als Beweis für Verhältnisse um 1550 herangezogen werden.

43 S. StA Ludwigsburg B 259, 236.

Zeugen eine enge Beziehung zu Steinach hatten. Der um 1536 geborene Georg Ludwig in Brachbach könnte also früher in Steinach ansässig gewesen sein. Diese Vermutung läßt sich bestätigen. In einem Reichskammergerichtsprozeß zwischen den Herren von Vellberg und dem brandenburgischen Markgrafen um gewisse Jagdrechte wird am 9. März 1592 *Georg Ludwig von Steinach, deutschherrisch, seines Alters 57 Jahr* als Zeuge verhört<sup>44</sup>. Seinem Geburtsjahr nach (um 1535) dürfte er mit dem später zu Brachbach bezeugten Georg Ludwig identisch sein, welcher also erst zwischen 1592 und 1603 zu seinem vermutlichen Schwiegersohn gezogen und dadurch anscheinend aus einem deutschherrischen zu einem Absberger Untertan geworden ist. Altersmäßig und sozial stimmt er auch zu dem Georg Ludwig, der im Crailsheimischen Gültbuch von 1567 als gültpflichtig zu Steinach genannt wird (dort als einziger Ludwig unter den 10 den Herren von Crailsheim in Steinach gültpflichtigen Personen) und der seinerseits sicher identisch ist mit dem Georg Ludwig, der 1574 und 1577 als Heiligenpfleger zu Steinach erwähnt wird<sup>45</sup>. Es hat sich ein Akt über den Vogtstag der Ganerben von Steinach am 4. November 1577 erhalten, der auf die dortigen Verwaltungsverhältnisse zusätzliches Licht wirft. Damals kamen als Ganerben bzw. für dieselben nach Steinach erstens für den Deutschen Orden der Kommenturamsverwalter zu Mergentheim Conrad Knipperg und der Odenwäldische Überreiter zu Mergentheim Wolf von Wendig, zweitens für sich Sebastian und Hans von Crailsheim, drittens für Conrad von und zu Vellberg Jacob Müller, sein Vogt zu Vellberg, und Hans Baumann, sein Vogt zu Leofels, sowie für Hans Conrad von Absberg sein Vormund Johann Huchpar, der Pfarrer von Ruppertshofen<sup>46</sup>. Vor diesen Ganerben bzw. ihren Vertretern gaben die drei Heiligenpfleger zu Steinach, Georg Ludwig, Wendel Kurz und Michael Vogt, Rechenschaft über die Heiligenrechnungen. Dieser Steinacher Heiligenpfleger Georg Ludwig, genannt 1567–1577, der mit hoher Wahrscheinlichkeit identisch ist mit dem 1535/36 geborenen Georg Ludwig, der 1592 zu Steinach, 1603–1606 zu Brachbach wohnt, ist der älteste bekannte Ludwig zu Steinach. Als Vater des Morsteiner Torwarts kommt er altersmäßig nicht in Frage, aber er könnte nach Alter und Namen dessen Großvater sein.

Diese Hypothese läßt sich stützen. Die Absbergische Beschreibung von 1606 enthält über die Liste der Untertanen und der sonstigen Gültpflichtigen hinaus eine genaue Beschreibung der gültpflichtigen Grundstücke. Dabei werden auf Bl. 52–82 auf der Steinacher Markung als Anrainer mehrmals Träger des Namens Ludwig genannt, und zwar werden sechzehnmal Äcker, Wiesen und Gärten eines Georg Ludwig erwähnt, zwölfmal Äcker von Hans Ludwigs Wittibin, siebenmal Äcker von Michel Ludwig und dreimal Äcker und Wiesen von Conrad Ludwig zu Sellboth bei Steinach. Damit werden vier zu dieser Zeit in Steinach begüterte

44 S. HStA Stuttgart C 3–V 213b: ich verdanke den Hinweis auf diese Quelle G. Wunder.

45 S. StA Ludwigsburg B 259, 152, 1 (18. Juli 1574: Jörg Ludwig und Jörg Drüber werden als gewesene Heiligenpfleger zu Steinach befragt) und 223, 1 (zum 4. 11. 1577).

46 Zu Johann Huchpar vgl. *O. Haug*: Pfarrerbuch württembergisch Franken, T. 2, Stuttgart 1981, Nr. 1162.

Familien mit Namen Ludwig kenntlich, und es liegt nahe, unter ihnen den Vater des Morsteiner Torwarts zu suchen. Ebenso wie der schon vorher erwähnte Michel kommt auch Conrad Ludwig als Vater desselben nicht in Frage, da auch dieser Name unter dessen Nachkommen ausbleibt. Der 1606 genannte Conrad Ludwig zu Sellboth scheint im übrigen der Sohn des Conrad Ludwig zu Sellboth zu sein, dessen Witwe das Crailsheimische Gültbuch von 1567 ebendort nennt.

Der als Anrainer 1606 am häufigsten genannte Georg Ludwig, der nicht als der von Brachbach bezeichnet wird, war ein Einwohner von Steinach, den man in anderen Quellen noch mehrfach antrifft. In dem Crailsheimischen Gültbüchlein von 1617 für Brachbach, Steinach, Sandelbronn und Untersteinach findet sich Georg Ludwig in Steinach mit der Gültspflicht von 34 Kreuzern, 3 Herbsthühnern, 1 Fasnachtshuhn sowie Hauptrecht und Handdienst. In dem Gültbuch des Wolf von Crailsheim von 1632 erscheint in Steinach Georg Ludwig mit einer jährlichen Gült von 2 Batzen, 2 Herbsthühnern, 1 Fasnachtshuhn sowie Hauptrecht und Handdienst. Es handelt sich bei diesem Crailsheimischen Gut sicher um dasselbe, für das Georg Ludwig in Steinach 1567 den Herren von Crailsheim gültpflichtig war (damals mit 2 Pfund Heller, 2 Herbsthühnern, 1 Fasnachtshuhn und Handdienst). Der Heiligenpfleger Georg Ludwig, genannt 1567–1577, darf danach als Vater des Georg Ludwig in Steinach, genannt 1606–1632, angesehen werden. Letzterer wird zuletzt in dem Gültbuch des Hauses Braunsbach von 1638 genannt, und zwar wird in der dortigen Eintragung von 1641 in Steinach unterschieden zwischen Georg Ludwig dem Alt und Georg Ludwig dem Jung.

Der 1641 genannte Georg Ludwig der Jung kann als Sohn des Georg Ludwig der Alt betrachtet werden. Keiner von beiden ist identisch mit dem gleichnamigen Morsteiner Torwart. Georg Ludwig der Jung ist auch aus dem jetzt einsetzenden Obersteinacher Kirchenbuch bekannt: er wurde um 1610 in Steinach geboren, starb ebenda 1689 mit 79 Jahren und war hohenlohischer Schultheiß in Steinach. Sein Sohn Hans Ludwig, geboren Steinach 1649, gestorben ebenda 1732, heiratete 1678 Barbara Druckenmüller aus Nesselbach und folgte seinem Vater im Amt des hohenlohischen Schultheißen in Steinach (so genannt 1685, 1717). Ein Bruder dieses Hans hieß wieder Georg (geboren Steinach 1643, gestorben ebenda 1692, 1671 verheiratet mit Eva Betz von Dürrmentz)<sup>47</sup>. Nachkommen dieser Brüder können in Steinach bis ins 18. Jahrhundert verfolgt werden.

Damit ist eine Generationenfolge von vier Georg Ludwig in Steinach ermittelt worden, die in ununterbrochener Vater-Sohn-Reihe einander folgten: (I) Georg, \* 1535/36, † nach 1606, Heiligenpfleger, (II) Georg, genannt 1606–1641, (III) Georg, \* 1610, † 1689, hohenlohischer Schultheiß, (IV) Georg, \* 1643, † 1692. Keiner von ihnen kann der Morsteiner Torwart gewesen sein. Dem 1606–1641 genannten

47 Zwei andere Brüder dieses Hans und Georg starben jung: Michel, geboren 1654, † 1655, Joseph, † 1658 (vgl. oben Anm. 27).

Georg lassen sich außerdem ein Johann und ein Thomas als Söhne zuweisen<sup>48</sup>. Wenn der Morsteiner Torwart, wie vermutet, ein Enkel des Heiligenpflegers war, müßte er ein Brudersohn des 1606–1641 genannten Georg gewesen sein.

Unter diesen Umständen konzentriert sich das Interesse auf den Hans Ludwig, dessen Witwe 1606 in der Absbergischen Beschreibung als Anrainerin zwölfmal genannt wird. Die Witwe erscheint auch in dem Deutsch-Ordens-Zinsbuch von 1614 unter Steinach, S. 68: Hans Ludwigs Wittib gibt danach 6 Pfund Heller für ein Lehen, ½ Fasnachtshuhn und 2 Herbsthühner für ein anderes Lehen und zinst außerdem für ein Haus. Im Crailsheimischen Gültbuch von 1617 ist Hans Ludwigs Wittib gültpflichtig von 2¼ Morgen Acker für 1 Batzen und 2 Herbsthühner. Sie war offenbar die Witwe des Bäckers Hans Ludwig, der als Deutsch-Ordens-Untertan zu Steinach 1602/03 in einer Liste von 11 Zeugen aus Steinach als zweiter den Vergleich des Sohnes von Ludwig von Crailsheim zu Morstein mit dem Deutschen Orden, den strittigen Reit- und Kreuzzehnt zu Steinach betreffend, unterzeichnet<sup>49</sup>. Dieser 1603/06 verstorbene Hans Ludwig und seine Frau sind auch aus einer Haller Quelle bekannt: 1595 zahlt Hans Ludwig zu Steinach – es ist sicher derselbe – Nachsteuer für seine Frau Barbara Herbolzheimer, die Tochter des Georg Herbolzheimer, der 1594 gestorben und Pfarrer zu Steinach sowie Bürger von Schwäbisch Hall gewesen war (er steuerte dort 1579–1591 aus 2600 fl. Vermögen)<sup>50</sup>.

Dieser Georg Herbolzheimer war um 1532/35 in der Reichsstadt Windsheim geboren worden. Vermutlich war er der Sohn des Schuhmachers Thomas Herbolzheimer, der als Sohn eines Jörg Herbolzheimer (gleichfalls Schuhmacher in Windsheim, als Bürger genannt seit 1501, seine Witwe Katharina steuert 1519–1526) 1523 Bürger von Windsheim wurde und 1525 an der aus Anlaß der Entlassung eines evangelischen Predigers ausgebrochenen und hauptsächlich von jungen Handwerkern und Krämern getragenen Revolte gegen den patrizischen Rat in Windsheim teilnahm. Er befand sich unter den neun Bürgern, die in Folge dieser Revolte im März 1525 in den äußeren Rat kamen, und war unter den sieben, die ihn wegen des schließlichen Sieges der Patrizier im August desselben Jahres wieder verlassen mußten. Thomas Herbolzheimer lebte noch 1546, als er mit 7 Gulden den 2,3-fachen mittleren Vermögenswert versteuerte. 1559 wurde sein Sohn Methusalem Bürger von Windsheim<sup>51</sup>. Es ist dem relativ vermöglichen und

48 Johannes Ludwig, Jergs Sohn von Steinach, und Ursula, Jacob Geyers von Heilbronn hinterlassene Wittib heiraten Steinach 23. Juni 1639; Thomas Ludwig Jergs Sohn von Steinach, und Eva, Hans Schneiders von Braunsbach hinterlassene Wittib, heiraten Steinach 10. Mai 1640.

49 S. StA Ludwigsburg, B 259, 231 »Hans Ludwig der Beckh«; daneben werden zwei Zeugen als Wirte bezeichnet, die übrigen Namen sind ohne Berufsangabe.

50 S. O. Haug (wie Anm. 46), Nr. 945, und G. Wunder (wie Anm. 10), Nr. 3601

51 Vgl. J. Bergdolt: Die freie Reichsstadt Windsheim im Zeitalter der Reformation (1520–1580). Quellen und Forschungen zur bayerischen Kirchengeschichte 5, Erlangen 1921, S. 63. L. P. Buck: Civil insurrection in a reformation city. Archiv für Reformationsgeschichte 67, 1976, S. 100ff. G. Wunder: Die Bevölkerung der Reichsstadt Windsheim im Jahr 1546. Jahrbuch für fränkische Landesforschung 40, 1980, S. 31ff., bes. S. 42, 55, 57. Ich danke G. Wunder für Hinweise und zusätzliche Angaben aus dem StA Windsheim.



evangelisch gesinnten Thomas wohl zuzutrauen, daß er seinen wohl ältesten Sohn Georg zum Studium der evangelischen Theologie veranlaßte<sup>52</sup>.

Georg Herbolzheimer aus Windsheim immatrikulierte sich 1552 an der Universität Leipzig und wurde 1557 von dem Crailsheimer Pfarrer Mag. Georg Widmann dem Superintendenten von Ansbach Mag. Georg Karg für die Besetzung des Diakonats in Gerabronn empfohlen<sup>53</sup>. Er erhielt die Stelle im gleichen Jahr, wurde 1559 Pfarrer in Haßfelden, 1563 Diakonus in Künzelsau, 1571 Pfarrer in Dörzbach und 1572 in Wieseth, wo er 1579 den Quellen nach wegen Unfähigkeit entlassen wurde. In Haßfelden hatte er seine erste Frau, Eva Gundel, geheiratet, von der seine Tochter Barbara stammt. Nach seiner Entlassung in Wieseth zog er nach Schwäbisch Hall in die St. Katherinsvorstadt, wurde jedoch 1581 wieder Pfarrer – in Steinach – und blieb es bis zu seinem Tod im Frühjahr 1594. Mit der dortigen Besoldung scheint es gelegentlich Schwierigkeiten gegeben zu haben. In einem Brief aus dem Jahr 1588, unterzeichnet *Georgius Herbolzheimer, Pfarrer zu Steynach*, und adressiert *an den Ehrwürdig und Edlen Herrn Johann Hercules von Leyming, Haußcomenthur zu Mergentheim Teutschen Ordens, meinen gnädigen Herrn*, bat Herbolzheimer um Auszahlung der ihm zugesagten Besoldung<sup>54</sup>. Der Hauskommentur ließ ihm über den Schultheiß zu Nitzenhausen sagen, er solle die Besoldung von den Herren von Morstein fordern; diese aber erklärten sich für unzuständig und verwiesen ihn zurück an den Deutschen Orden. Dieser suchte sich offenbar der Verpflichtung, den nunmehr protestantischen Pfarrer von Steinach zu besolden, zu entziehen. Zu Hall war Herbolzheimer wohl durch seine zweite Eheschließung in Beziehung getreten. Er heiratete dort in der Michaelskirche am 26. Mai 1579 seine zweite Frau, Ursula Merkel, eine Witwe des Kloster Schönthaler Kellers in Hall, Martin Saal, und wurde aus diesem Anlaß wohl Bürger. Später heiratete er wieder in Hall in der Katharinenkirche am 3. Dezember 1583 seine dritte Frau, Anna Firnhaber, die Tochter des Haller Spitalmüllers Josef Firnhaber und Witwe des Bäckers Oswald Hofmann. 1594 wurde er von seinem Sohn Simon, seiner Tochter Helene, der Frau des David Jung in Feuchtwangen, und seiner Tochter Barbara, der Frau des Hans Ludwig in Steinach, beerbt<sup>55</sup>.

Dieser Steinacher Pfarrer Georg Herbolzheimer, selbst ein Handwerkersohn und verheiratet mit der Witwe eines Bäckers, verheiratete also seine Tochter Barbara an diesem Ort mit dem Bäcker Hans Ludwig. Angesichts seines Standes und seiner

52 Als Vater des Pfarrers Georg Herbolzheimer kommt auch, aber m. E. weniger ein vermutlicher Bruder des Thomas, Jörg Herbolzheimer, in Frage, der 1516 Bürger von Windsheim wurde und der 1546 bereits tot war, als seine Kinder in Windsheim Steuer zu bezahlen hatten (s. *G. Wunder*, wie Anm. 51). Der Mag. Georg Herbolzheimer wird in Schwäb. Hall *Stiefsohn des Hans Gumpelin* genannt. Seine Mutter heiratete also nach dem Tod seines Vaters Hans Gumpelin, wohl denselben, der 1542–1569 im äußeren, 1569–1577 im Inneren Rat von Windsheim war (brieflicher Hinweis von *G. Wunder*, 11. 8. 1987).

53 In den Blättern für württembergische Kirchengeschichte 1910, S. 71, wird der Empfehlungsbrief, datiert Crailsheim, den 21. 4. 1557, aus einem Manuskript im Archiv des Historischen Vereins von Mittelfranken in Ansbach ediert.

54 S. StA Ludwigsburg B 259, 221.

55 S. *G. Wunder*, wie oben Anm. 50.

trotz gelegentlicher Besoldungsschwierigkeiten guten Vermögensverhältnisse setzt dies bei seinem Schwiegersohn in Steinach gleichfalls, gemessen an Steinacher Verhältnissen, gute Vermögensverhältnisse voraus; dem entspricht die relativ hohe Zahl von Anrainernennungen für Hans Ludwigs Witwe 1606. Als Vater dieses Hans kommt nur der Heiligenpfleger Georg Ludwig in Frage, der seinerseits von einem bereits in Steinach ansässigen Bauern abstammen dürfte, da man erstens die verantwortungsvollen Aufgaben eines Heiligenpflegers nicht einem Zugewanderten anzuvertrauen pflegte und da zweitens zur Zeit dieses Georg mindestens eine zweite Ludwig-Familie, die des älteren Michel von 1606, in Steinach wohnte<sup>56</sup>. Dem Heiligenpfleger Georg sind demnach zwei Söhne zuzuordnen, der Bäcker Hans, genannt 1595–1602, dessen Witwe Barbara Herbolzheimer noch 1617 lebte, und der 1606–1641 genannte Georg, dessen Sohn und Enkel Schultheißen des hohenlohischen Teils von Steinach waren.

Den aus Steinach stammenden Morsteiner Torwart Georg Ludwig wird man jetzt als Sohn des Bäckers Hans betrachten müssen. Der relativ frühe Tod dieses Hans Ludwig legte die Aufgabe der Erziehung seines vermutlichen Sohnes Georg in die Hände seiner Witwe, die als Pfarrerstochter für eine bessere schulische Ausbildung ihres Sohnes gesorgt haben dürfte. Es wird dadurch verständlich, daß er nicht ein Handwerk lernte, sondern in herrschaftliche Dienste trat. Die Stellung eines Torwarts mit der Funktion der Tor- und Kastenverwaltung im nahegelegenen Schloß Morstein setzte schreiberische Kenntnisse voraus und war eine Vorstufe für die Anstellung als herrschaftlicher Vogt oder Pfleger, die jedoch noch nicht er, sondern erst sein Sohn Peter erreichte, dessen Taufpate 1628 der Morsteiner Vogt Peter Zehender gewesen war<sup>57</sup>.

Für diese sozial aufsteigende Entwicklung war auch die Eheschließung des Morsteiner Torwarts Georg Ludwig mit Anna Binnicker von großer Bedeutung, als deren Vater der Berlichinger Vogt in Jagsthausen, Melchior Binnicker, erschlossen werden kann. Daß sie zu dieser Familie Binnicker gehörte und was ihre Eheschließung mit Georg Ludwig sozial bedeutete, wird deutlich, wenn man die aus Möckmühl stammende Familie etwas näher betrachtet.

56 Vgl. zu dem älteren Michael Ludwig von 1606 oben S. 259. Im StA Ludwigsburg B 259, 239, findet sich ein undatierter Zettel zum Zehnten der Pfarrei Steinach, gezeichnet von Michel Ludwig zu Steinach. Dieser gibt darin eine Erklärung ab, in der er schreibt, *so bin ich bey dem Vetter zu Brachbach gewest und ihn gefragt*. Mit diesem Vetter ist vermutlich der alte Georg Ludwig zu Brachbach, der ehemalige Heiligenpfleger zu Steinach, gemeint, der somit wohl als ein Onkel des Michel Ludwig d.J. von 1606 anzusehen ist. Der gemeinsame Stammvater der Steinacher Ludwig liegt vor der durch Personalquellen erschlossenen Zeit. Der Familienname ist im übrigen auch in der Umgebung verbreitet, im 16. Jh. in Lendsiedel, Niederwinden, Roth am See, im 17. in Orlach, Zottshofen, Elshausen und Bächlingen. Ursache scheint das geltende Anerbenrecht zu sein, das zur Abwanderung nicht erbender Söhne führte. Die ältesten Namensnennungen stammen aus Simmetshausen (Walther Ludwig 1343, HZA Neuenstein, Arch. Langenburg, Amt Langenburg, U 1) und Vellberg (Hans Ludwig 1361, *G. Wunder*, in: Vellberg in Geschichte und Gegenwart I, hg. von H. M. Decker-Hauff und Stadt Vellberg, Sigmaringen 1984, S. 129).

57 Im Ruppertshofener »Pfarrbuch vom Jahr 1555«, das die Taufen ab 1579 registriert, lautet der Eintrag für Peter (S. 550): *Jörg Ludwig, Thorwart zu Mohrstein, zeuget Petern, P. Dn. Peter Zehender, Vogt zu Mohrstein, getauft am Ostertag 1628*. Pate seines älteren Sohnes Georg Rudolph (getauft ebd. Sonntag nach Ostern 1625, s. S. 539) war der damalige Crailsheimische Vogt zu Morstein, Georg Rudolph Widmann (zu ihm vgl. *O. Haug*, wie Anm. 46, Nr. 2935 K).

Der Großvater des Jagsthausener Vogts war Stephan Bin(n)i(c)k(h)er, auch Binnigheimer genannt. Er wurde um 1515 geboren. Bei seiner Immatrikulation in Heidelberg gab er ebenso wie Johann Bumker/Binnicker, der sich 1508 in Leipzig immatrikulierte, Möckmühl als Herkunftsort an. In den Möckmühler Steuer- bzw. Lagerbüchern von 1495 und 1499 erscheint jedoch kein Binnicker in irgendeiner Schreibweise in Möckmühl, wohl aber lebten zu dieser Zeit in dem damals nach Möckmühl eingepfarrten Dorf Bittelbronn Hans und Thomas Bonicker als relativ vermögliche Bauern, deren nahe Verwandtschaft durch teilweise Besitzgemeinschaft dokumentiert ist. Vermutlich stammten Hans und Stephan, die beide studierten und später Chorherren des Stifts Möckmühl wurden, aus dieser Familie. Bei der Immatrikulation gaben sie verständlicherweise als Herkunftsort Möckmühl an und nicht das Filiationort Bittelbronn. Der soziale Aufstieg vom Bauernsohn zum studierten Chorherrn erinnert an den Sindelfinger Chorherrn Konrad Widmann (immatrikuliert Heidelberg 1421), der aus der Familie der Widemhofbauern in Dagersheim bei Sindelfingen stammte. Für die Verwandtschaft des Stephan Binnicker mit den Bittelbronner Binnickern spricht auch, daß um 1565 noch ein Steffan Binnicker Schultheiß in Bittelbronn war. Vater des Chorherrn Hans Binnicker war vermutlich der 1495/99 in Bittelbronn ansässige Hans Bonicker. Vielleicht war der Vater des späteren Chorherrn Stephan auch bereits von Bittelbronn nach Möckmühl gezogen und dort Bürger geworden. 1545 ist Wilhelm Binnicker Bürger in Möckmühl, vielleicht ein Bruder des Stephan. Stephan immatrikulierte sich 1532 in Heidelberg, wurde dort 1535 Baccalaureus artium und darauf einer der acht Chorherren des Stifts Möckmühl, wo sein vermutlicher Onkel Hans bereits eine Chorherrenstelle besaß. 1545 steuerten beide als Chorherrn in Möckmühl zur Türkensteuer<sup>58</sup>. Bei der Reformation des Stifts wählte Stephan Binnicker eine evangelische Pfarrei: 1545–1556 war er Pfarrer in Mulfingen, wo das Stift das Kirchenpatronat hatte. Er heiratete seine Konkubine und wurde bei der Rekatholisierung des Dorfes durch den Bischof von Würzburg vertrieben. Danach war er Pfarrer in Lampoldshausen, zuletzt in Ruchsen. Bei der Aufhebung des Stifts erhielt er 1558 für sich und seine Familie ein Leibgeding von Herzog Ludwig. Er starb 1565 in Ruchsen während des Gottesdienstes und wurde in Möckmühl beigesetzt. Eine steinerne Grabplatte mit seinem Wappen (im Schild ein Pfeil über einem X, darüber eine Kette mit drei Ringen) ist in der dortigen Friedhofskapelle erhalten<sup>59</sup>. Seine Ehefrau Agnes wird 1561 als Patin in Möckmühl genannt.

58 Vgl. *H. Gräf*: Die Wirtschafts- und Sozialstruktur des Amtes Möckmühl zu Beginn der Neuzeit. Jahrbuch Württ. Franken 71, 1987, S. 65ff., hier S. 145, 156, 85. Stephan Binnicker fehlt versehentlich in der Liste der Möckmühler Studenten auf S. 174f. Den Hinweis auf den Bittelbronner Schultheiß Steffan Binnicker verdanke ich den Kirchenbuchauszügen von *B. Oertel* (vgl. Anm. 63). – In dem nach Siglingen eingepfarrten Reichertshausen sind 1495/99 und 1545 auch vermögliche Bauern, Heinrich Bumik bzw. Heinrich Bumiker, ansässig (wohl Vater und Sohn): vgl. *H. Gräf*, S. 149, 166. Ein älterer genealogischer Zusammenhang zwischen den in Bittelbronn und Reichertshausen ansässigen Bauernfamilien Bonicker/Bumiker ist wahrscheinlich; die Chorherren Binnicker dürften jedoch aus den oben genannten Gründen auf die Bittelbronner Linie zurückgehen. Zu den Reichertshausener Binnicker s. auch unten Anm. 77, 59. Die vorstehenden Angaben zu Stephan Binnicker nach *E. Strohacker*: Möckmühl, Möckmühl 1979, S. 54, 75, 205f. (mit Abbildung der Grabplatte).

Von ihm ist ein Sohn bekannt: Melchior Binnicker. Er studierte bereits 1562 in Tübingen, wurde also vielleicht noch vorehelich geboren und nachträglich legitimiert. Er trat in fürstlich württembergischen Dienst und wurde nach einer Lehrzeit beim Stadtschreiber von Waiblingen 1566 Stadtschreiber in Möckmühl, was er bis zu seinem Tod 1613 blieb. Bereits 1566 war er mit einer Möckmühler Bürgers-tochter namens Barbara verheiratet<sup>60</sup>.

Das Ehepaar hatte mindestens 13 Kinder. (I) Sein ältester Sohn Melchior immatrikulierte sich 1583 in Tübingen, heiratete 1591 in Möckmühl Anna Steinbrenner, eine Tochter des verstorbenen Berlichingischen Vogtes zu Schrozberg, Conrad Steinbrenner, und trat danach ebenfalls in Berlichingische Dienste. 1594–1624 ist er als Vogt zu Jagsthausen bezeugt. Hans Reinhard von Berlichingen, der 1587–1595 württembergischer Obervogt zu Möckmühl war, dürfte seine Eheschließung und seinen Berlichingischen Dienst veranlaßt haben<sup>61</sup>. In der Leichenpredigt auf seinen Sohn Johann Christoph wird er 1666 als *Edelvest und Hochgeachter Herr... vieljähriger Vogt zu Jagsthausen, Notarius publicus (und) Rat von Haus aus verschiedener Grafen und Adelpersonen* bezeichnet<sup>62</sup>. Er starb 1624/26, seine Frau in Möckmühl 1634<sup>63</sup>. Beider Kinder sind nachher zu betrachten.

(II) Catharina Binnicker, geboren in Möckmühl 1569 als Tochter des Stadtschreibers, heiratete ebenda 1593 Caspar Köber. (III) Margret, geboren 1570, heiratete 1599 Marx Ruff, einen Sohn des Möckmühler Untervogts und Kellers Marx Ruff. (IV) Hans Conrad, geboren ebenda 1573, war in erster Ehe (1599) mit Maria, Tochter des Hans Kistmann in Mosbach, in zweiter mit Martha Regina, Tochter des Bartensteiner Oberamtmanns Peter Renz, und in dritter (1615) mit Eva Wilhelma, der Tochter des verstorbenen Langenbeutinger Vogts Wolf Burkhard Wölffling, verheiratet. (V) Anna Maria, geboren Möckmühl 1575, heiratete 1604 ebenda Hans Uber, (VI) Barbara, geboren 1578, heiratete 1611 Hans Jörg Bretzger, (VII) Agnes, geboren 1580, heiratete 1612 Hans Becker, (VIII) Dorothea wurde 1582 geboren. (IX) Der Sohn Marcus Binnicker, geboren ebenda 1583, der 1608 Maria Beisswenger und 1623 Maria Wagenmann heiratete, wurde 1532 Stadtschreiber von Möckmühl und war zugleich Notarius publicus. (X) Christoph, geboren 1585, heiratete ebenda 1607 Sabina, die Tochter des damaligen Möckmühler Lateinschulmeisters Mag. Jakob Fröschlin, eines Bruders des Humanisten Nikodemus Frischlin. (XI) Bernhard Ludwig, geboren 1587, wurde Öttingischer

60 S. zu Melchior (I.) Binnicker *W. Pfeilsticker: Neues württembergisches Dienerbuch*, Stuttgart 1957 ff., § 2624.

61 S. Kirchenbücher Möckmühl und Jagsthausen. Zu Hans Reinhard von Berlichingen vgl. *W. Pfeilsticker*, wie Anm. 60, § 2615, und Beschreibung des Oberamts Künzelsau, Stuttgart 1883, Bd. 1, S. 392.

62 S. *G. Gebhard: Leichenpredigt auf Johann Christoph Binnicker*, † Forchtenberg, 25. Juni 1666, vorhanden Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel (Db 752, 4) und Württ. Landesbibliothek Stuttgart (Fam. Pr. 1493). *Melchior Pinnicker*, Vogt zu Jagsthausen, wird 1610/12 zum neuensteinischen Rat von Haus aus ernannt (HZA, Archiv Neuenstein 118/1/23).

63 Prof. Dr. B. Oertel, Neubiberg, war so freundlich, mir die in seiner Kartei befindlichen Kirchenbuchauszüge betreffend Binnicker mitzuteilen (brieflich am 31. 12. 1983). Sie sind hier und im folgenden in verkürzter Form verwertet. Die Kirchenbücher von Möckmühl und Siglingen wurden auch von mir selbst eingesehen.

Kanzleiverwalter und heiratete 1614 in Öttingen Maria Wandel Scharpf. (XII) Hans Reinhard, geboren 1589, starb jung; er wie (XIII) Hans Reinhard, geboren 1593, der als Schulmeister zu Kochersteinsfeld 1619 in Neuenstadt am Kocher Margaretha Binder heiratete, hatten ihre Namen nach dem damaligen Möckmühler Obervogt Hans Reinhard von Berlichingen bekommen<sup>64</sup>.

Offensichtlich kann die um 1590/1600 geborene Anna Binnicker, die Georg Ludwig heiratete, keine Tochter des Möckmühler Stadtschreibers Melchior Binnicker gewesen sein. Von seinem mit Anna Steinbrenner verheirateten Sohn Melchior sind acht in Jagsthausen geborene Kinder bekannt<sup>65</sup>: (I) Ursula, geboren 1594, verheiratet 1629 in Ansbach mit Christoph Pankraz Eyrmann; (II) Hans Philipp, geboren 1596, gestorben Michelbach am Wald 1651, um 1625 Berlichingischer Vogt zu Berlichingen<sup>66</sup>, später bis zu seinem Tod hohenlohischer Vogt in Michelbach, verheiratet in zweiter Ehe mit Katharina Magdalena, der Tochter des Haller Ratsherrn Johann Schuler, die 1653 in Hall Peter Ludwig, den Sohn des Georg Ludwig und der Anna Binnicker, heiratet<sup>67</sup>; (III) Barbara, geboren um 1600 und verheiratet 1624 in Heilbronn mit Hans Vischer; (IV) Hans Melchior, geboren 1602; (V) Hans Jacob, geboren 1605; (VI) Hans Conrad, geboren 1607, gestorben 1673 als Schultheiß in Jagsthausen; (VII) Hans Christoph, geboren 1610, gestorben Forchtenberg 1666 und durch seine Leichenpredigt in seinem Werdegang besonders gut bekannt<sup>68</sup>; nachdem er zunächst mit seinen Brüdern in Jagsthausen durch Hauslehrer erzogen worden war, besuchte er die Schule in Öhringen für zwei Jahre; der Tod seines Vaters verhinderte einen weiteren Schulbesuch, und er kam in die Schreibereilehre bei seinem Bruder Johann Philipp, damals Vogt zu Berlichingen; 1627 setzte er sie bei dem Forchtenberger Stadtschreiber Peter Gerich fort, wurde danach Skribent bei dem hohenlohe-neuensteinischen Landeskaptän und Forchtenberger Amtskeller Peter Lutz und nach dessen Tod selbst Amtskeller in Forchtenberg; diese Stellung hatte er bis 1662 inne und war seit 1645 zusätzlich hohenlohischer Kammerrat, bis er 1662–1666 noch die Stellungen eines Rentkammerdirektors in Neuenstein und eines Amtmanns in Forchtenberg bekleidete; 1633 heiratete er in erster Ehe Maria Elisabeth Wassermann, die Witwe seines Amtsvorgängers Peter Lutz<sup>69</sup>, 1656 in Hall Anna Rosina, die Tochter des Haller Ratsherrn David Zweifel<sup>70</sup>; (VIII) Anna Sibylla, geboren 1612.

Anna Ludwig geborene Binnicker befindet sich nicht unter diesen bezeugten Kindern des Vogtes Melchior Binnicker, kann ihnen aber mit hoher Wahrscheinlichkeit beigesellt werden. Es ist anzunehmen, daß Melchior Binnicker auch zwischen 1591 und 1594 in Berlichingischem Dienst stand (vielleicht in Schrozberg

64 S. oben Anm. 61.

65 Vgl. oben Anm. 63.

66 Diese Angabe nach der Leichenpredigt für J. Chr. Binnicker, s. Anm. 62.

67 Vgl. dazu die Anm. 7 zitierten Heiratspacta.

68 S. oben Anm. 62.

69 S. zu ihr *J. Müller*: Leichenpredigt auf Maria Elisabeth Binnicker, geb. Wassermann, † Forchtenberg, 30. 11. 1652, vorhanden Württ. Landesbibliothek Stuttgart Fam. Pr. 1492, und zu ihrem Vater *O. Haug*, wie Anm. 46, Nr. 2808.

70 *S. G. Wunder* (wie Anm. 3), Nr. 252.

oder in Berlichingen): in den Jahren 1592/93 könnte eine erste Tochter, die angemessenerweise den Namen ihrer Mutter erhielt, geboren worden sein. Daß Anna Binniker tatsächlich zu der Familie des Jagsthausener Vogts gehörte, legen insbesondere zwei Indizien nahe:

Erstens war Anna Christina, die Frau des hohelohe-neuensteinischen Vogtes zu Schrozberg Ludwig Binnicker, am 30. Oktober 1661 in Großaltdorf Taufpatin der Anna Maria Ludwig, einer Tochter des Schmieds Georg Rudolf Ludwig, der seinerseits 1625 als Sohn des Morsteiner Torwarts Georg Ludwig und seiner Frau Anna Binniker geboren worden war<sup>71</sup>. Christoph Ludwig Gottfried Binnicker wurde 1635 in Jagsthausen als Sohn des oben erwähnten Hans Philipp Binnicker und seiner ersten Frau Eva getauft<sup>72</sup>, war also ein Enkel des Jagsthausener Vogts Melchior Binnicker. Als Nachfolger des am 13. April 1661 verstorbenen Johann Ernst Scheffner wurde er Vogt in Schrozberg<sup>73</sup>. Der Schmied Georg Rudolf Ludwig ließ in Großaltdorf zwischen 1649 und 1674 elf Kinder aus zwei Ehen taufen. Bei neun Kindern stammten die Taufpaten aus diesem Ort (häufig waren Kunigunde, die Frau des Pfarrers Johann Jacob Wernher, und später Agatha Maria, die Frau des Pfarrers Johann Ulrich Pringsauf, Patinnen)<sup>74</sup>. Paten von außerhalb erscheinen nur zweimal: Am 19. Oktober 1655 war als Patin seiner Tochter Margarete anwesend *Frau Margarete, Herrn Johann Ernst Schäfferer Vogts zu Schrozberg ... ehel. Hausfrau*. Es war Georg Rudolf Ludwigs Schwester Margarete, die 1637 Johann Ernst Scheffner geheiratet hatte, der zunächst Crailsheimischer Schreiber zu Morstein, dann Kammerschreiber zu Braunsbach und schließlich 1652–1661 hohelohe-neuensteinischer Vogt zu Schrozberg war. Notwendigerweise bestanden auch zu der anderen auswärtigen Patin, der oben genannten Frau des Ludwig Binnicker, enge Beziehungen. Solche sind nur über eine Verwandtschaft des Georg Rudolf Ludwig mit den Binnickern einsichtig zu machen. Unter der Voraussetzung, daß Anna Ludwig geb. Binnicker eine ältere Schwester des Hans Philipp Binnicker war, waren Georg Rudolf Ludwig und Ludwig Binnicker Vettern ersten Grades. Dies macht verständlich, daß die Vogtsfrau von Schrozberg zu der Taufe nach Großaltdorf kam.

Die gleiche verwandtschaftliche Beziehung erklärt am besten ein zweites merkwürdiges Phänomen. Hans Philipp Binnicker (1596–1651) hatte in zweiter Ehe die wesentlich jüngere Katharina Magdalena Schuler (1623–1665) geheiratet. Sie stammte aus der Haller Oberschicht und war die Tochter des Haller Ratsherrn Johann Schuler (1589–1629) und der Euphrosyna Müller (1598–1648) und die Enkelin des württembergischen Kanzlers und Haller Syndikus Dr. iur. utr. Johann Schuler (1546–1605) und seiner ersten Frau Veronika Riepp (1552–1590) sowie

71 Vgl. oben Anm. 57.

72 Kirchenbuch Jagsthausen, Taufregister zum 8. 10. 1635, nach brieflicher Mitteilung von F. Ludwig, 1949.

73 S. oben Anm. 24, und *F. Ludwig* (wie Anm. 1), 1952, S. 7, wo der Name des Vaters von J. E. Scheffner in Hans Bastian Scheffner zu korrigieren ist. Christoph Ludwig Gottfried Binnicker war vor 1661 Vogt in Jagsthausen (HZA, Archiv Neuenstein 117/1/10).

74 Zu J. J. Wernher und J. U. Pringsauf vgl. *O. Haug* (wie Anm. 46), Nr. 2899 und 1990.

des Haller Richters und Besitzers der Keckenburg David Müller (1576–1633) und seiner Frau Magdalena Reichart aus Ulm (1579–1632)<sup>75</sup>. Als Johann Philipp Binnicker als *Gräfllich Hohenlohe-Neuensteinischer Amtsvogt zu Michelbach* 1651 mit 55 Jahren starb, hinterließ er eine 28jährige Witwe mit zwei jungen unverheirateten Töchtern. Wie kam Peter Ludwig, der damalige *Churfürstlich Maintzische Bediente bei dem Oberamt Crautheim* und Sohn des Morsteiner Torwarts, dazu, die Witwe des Vogts von Michelbach bei Öhringen am 28. November 1653 in Schwäbisch Hall zu ehelichen<sup>76</sup>? Die Verbindung wird verständlich, wenn sie über die gemeinsame Binnicker-Beziehung zustande kam. Unter der Voraussetzung, daß Anna Ludwig geb. Binnicker eine ältere Schwester des Hans Philipp Binnicker war, heiratete der damals 25jährige Peter Ludwig die 30jährige Witwe seines Onkels<sup>77</sup>. Die Heirat war für ihn gesellschaftlich und finanziell vorteilhaft. Der Magistrat von Hall ernannte Peter Ludwig noch im selben Jahr zum Forstmeister zu Vellberg<sup>78</sup>. 1657 ratifizierten die Eheleute, die *Edle viel Ehren- und Tugendreiche Frau Catharina Magdalena* und der *WolEhren- und Mannveste Herr Peter Ludwig*, sowie die Vormünder der beiden Töchter aus der ersten Ehe der Frau folgende *Heiratspacta*<sup>79</sup>: Erstens wollte die Ehefrau, *ohngeachtet sie durch Ihren Herrn Binnickern eine große Einbuße ihres Vermögens erlitten*, aus ihrem Anteil am *Müllerschen Vermögen* (ihrem mütterlichen Erbe) für ihre beiden Töchter zum Heiratsgut 300 fl. einbringen. Jede ihrer Töchter sollte bei Verheiratung davon 100 fl. samt einer *Bethstatt und StandtsGebürlichem Kleid* erhalten und nach ihrem Tod weitere 50 fl. Zweitens wollte die Ehefrau, nachdem der Ehemann 900 fl. an Heiratsgut eingebracht hatte, gleichfalls 900 fl. als Widerlage geben. Drittens wurde vereinbart, daß im Falle ihres Todes zuerst die zwei Binnickerschen Kinder ihren Anteil, dann der Ehemann sein Einbringen und die übrige Verlassenschaft dann zu drei gleichen Teilen zwischen ihren zwei Töchtern aus erster Ehe, ihren Kindern aus ihrer zweiten Ehe und ihrem Ehemann verteilt werden sollte. Sollte er jedoch ohne Hinterlassung von Kindern vor ihr sterben und keine andere Disposi-

75 Zu dem Ratsherrn Johann Schuler vgl. *G. Wunder* (wie Anm. 3), Nr. 232, zu seinem Vater Dr. iur. Johann Schuler *W. Bernhardt*: Die Zentralbehörden des Herzogtums Württemberg und ihre Beamten 1520–1629, Bd. 2. Stuttgart 1972, S. 628 ff. Zu Euphrosina Müller und ihren Vater David *G. Wunder* (wie Anm. 7, 1963). David Müllers Frau Magdalena Reichart war den Kirchenbüchern von Ulm zufolge geboren in Ulm 1579 als Tochter des Lenhard Reichardt und seiner ersten Frau Barbara Fischer (☉ II Ulm 1582 Ursula Dalfinger).

76 Die Berufsbezeichnung nach den oben zitierten Heiratspacta (Anm. 7).

77 Damit stimmen alle bekannten Daten gut zu der Annahme, daß Anna geb. Binnicker eine Tochter des Jagsthausener Vogts Melchior Binnicker war, während umgekehrt keine alternative Hypothese sinnvoll erscheint. *B. Oertel* (vgl. Anm. 63) wies freundlicherweise darauf hin, daß in der fraglichen Zeit noch ein weiterer Namensträger belegt ist: Heinrich Binicker, Richter in Reichertshausen bei Siglingen. † Reichertshausen 23. 6. 1620. ☉ I Siglingen 15. 8. 1575. Katharina, Wwe. des Hans Krim, ebd., ☉ II Siglingen 6. 1. 1591, Margaretha, Tochter des Martin Vockh, Richter, ebd., † Reichertshausen 24. 6. 1620 (er dürfte ein Sohn des 1545 in Reichertshausen ansässigen Heinrich Bumiker sein, vgl. oben Anm. 58). Jedoch spricht nichts für eine Beziehung des Georg Ludwig zu dieser Binicker-Familie. Eine vorsichtshalber von mir durchgeführte Prüfung des 1559 einsetzenden Kirchenbuchs von Siglingen ergab, daß Heinrich Binicker/Bining/Bininger/Benninger aus seiner ersten Ehe 1578–1586 vier, aus seiner zweiten 1593–1606 acht Kinder taufen ließ, eine Anna befindet sich nicht darunter.

78 Laut dem in Anm. 2 zitierten Nekrolog.

79 S. oben Anm. 7.

tion hinterlassen, sollten viertens von seinen eingebrachten 900 fl. 200 fl. an seine nächsten Verwandten fallen. Der Vertrag zeigt deutlich die relativ finanzstärkere Position der Frau.

Noch zu ihren Lebzeiten wurde Peter Ludwig 1663 vom Haller Magistrat das Amt des Pflegers zu Honhardt mit dem Amts- und Wohnsitz im dortigen Schloß anvertraut, das er bis 1682 innehatte (er versteuerte dann mit seiner Frau ein auf 2000 fl. veranschlagtes Vermögen)<sup>80</sup>. Als seine Frau Catharina Magdalena am 25. März 1665 in Honhardt starb, hatte er in Hall so viel Ansehen gewonnen, daß er bereits am 4. Juni 1665 die Ratsherrentochter Elisabeth Rosina Engelhardt heiraten konnte, die 20 Jahre jünger als er war und ihn bis 1729 überlebte<sup>81</sup>. Aus dieser Ehe stammten, wie bekannt, die beiden geadelten Brüder Johann Peter von Ludewig und João Frederico Ludovice, die sich durch ihre Gelehrsamkeit bzw. Architektenkunst einen Namen machten, der in den Türkenkriegen gefallene kaiserliche Hauptmann Hans Georg Ludwig und der Haller Ratsherr Hans Philipp Ludwig<sup>82</sup>. Die Eheschließung des Peter Ludwig mit der Tochter des Haller Ratsherrn Johann Engelhardt setzte somit seine gesellschaftliche und berufliche Eingliederung in die bürgerliche Haller Oberschicht voraus. Sie war durch seine erste Eheschließung mit Catharina Magdalena Schuller, der Witwe des Michelbacher Vogtes Hans Philipp Binnicker, möglich geworden, zu der es jedoch nicht gekommen wäre, wenn nicht verwandtschaftliche Beziehungen Peter Ludwigs zu der Vogtfamilie Binnicker bestanden hätten.

Unsere Untersuchung zeigte, auf welche Weise hier innerhalb von fünf Generationen ein sozialer Aufstieg von dem bäuerlichen Milieu eines kleinen Dorfes bis zum Reichsadelstand vonstatten ging. Der nicht leibeigene Heiligenpflieger Georg Ludwig zählte durch sein Amt zwar zur Oberschicht des Dorfes Steinach, war als Bauer diesem jedoch voll integriert. Die Nachkommen seines Sohnes Georg blieben auch als Schultheißen des hohenlohischen Dorfteils bis ins 18. Jahrhundert in dieser Situation. Dagegen brachte die Eheschließung seines Sohnes Hans, der ein Handwerk ergriffen hatte, mit der Pfarrerstochter Herbolzheimer einen entscheidenden Anstoß zur Veränderung, insofern beider Sohn Georg – vermutlich auf Grund von Bildungsvoraussetzungen, für die seine Mutter verantwortlich war – in

80 Die Vermögensangabe errechnete G. Wunder aus den Steuerlisten, StA Schwáb. Hall, nach denen »Johann Peter Ludwig, Pflieger Honhardt« 1682 »auswendig« 5 Gulden, »Herr Peter Ludwig« 1684 in der Katharinen- oder Lange Gasse ebenfalls 5 Gulden steuerte.

81 Nach Auskunft von G. Wunder stieg der Steuerbetrag der Witwe des Peter Ludwig von 1687 bis 1728 stetig von 4, 5 auf 17 Gulden an (einem versteuerten Vermögen von 6800 Gulden entsprechend). Ihr erhaltenes Nachlaßinventar (StA Schwáb. Hall, 14/2090 und 2097 von 1729) ergab insgesamt ein Vermögen von 14930 Gulden, das sich aus folgenden Posten zusammensetzte: Behausung jenseits des Kochers, Lange Gasse 450, Hof Hohenstatt 3080, eigener Acker 70, Herrengült 1178, ein halb Sieden 700, Kapital in Zinsbriefen 2980, verfallener Zins 118, Currentschulden 239, verfallene Jahrziel 199, Vieh 132, Bargeld 5199, Medaillen 33, Früchte 225, Silberwerk 85, Schmuck 112, goldene Ringe 25, Pattern 91, silberbeschlagene Bücher 10 Gulden; zu letzteren gehörten, *Christian Gottlieb Kern*: Geistliche Safft- und Andachtsquelle Jesum liebender Seelen (Nürnberg 1710), *Martin Moller*: Christliche Sterbekunst (Zürich 1703), sowie – bibliographisch nicht nachweisbar – *Bonifaz Stölzle*: Geistlicher Weyhrauch; *Schapp*: Frommer Christen himmlischer Lustgarten. Die Witwe scheint vor allem durch Handel ihr großes Vermögen erworben zu haben.

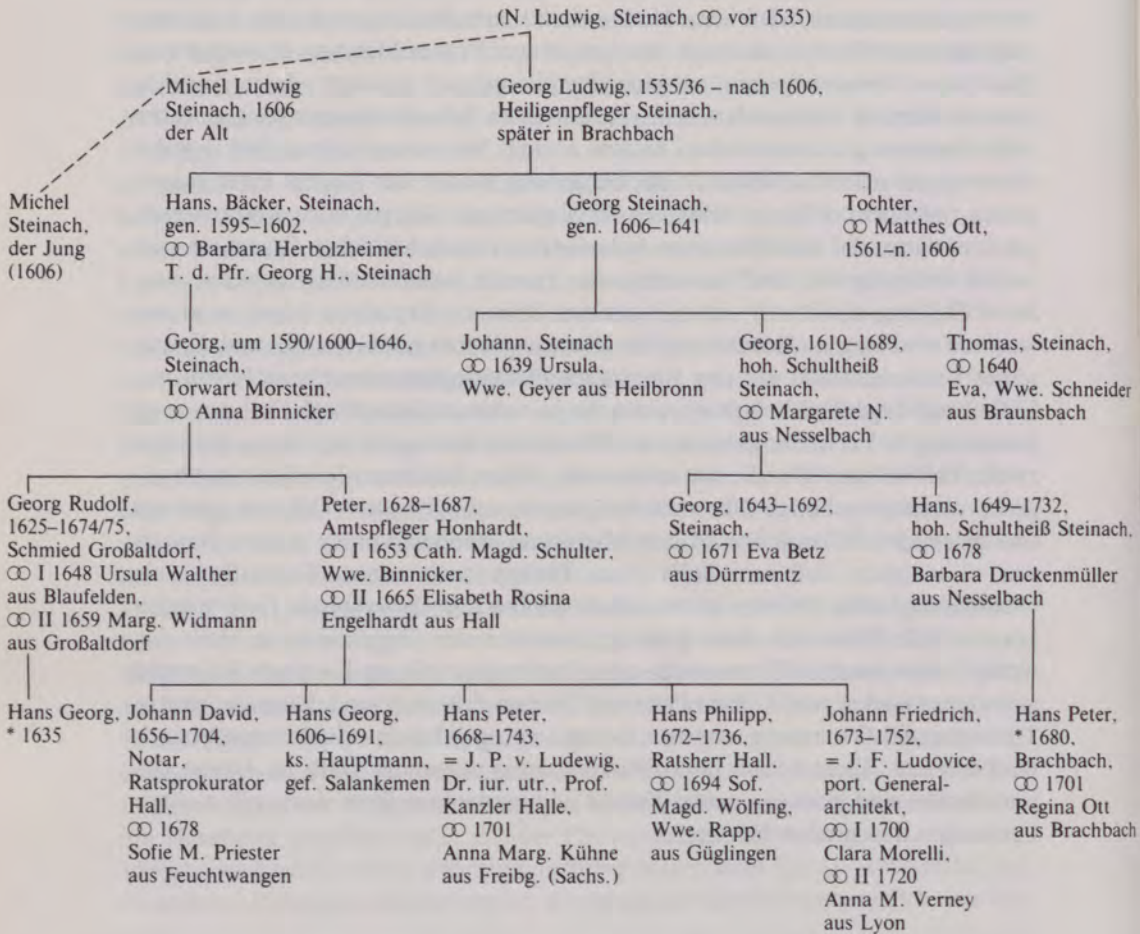
82 Vgl. *F. Ludwig* (wie Anm. 1), 1952, S. 8ff.



einen benachbarten herrschaftlichen Dienst eintrat und eine Stellung erhielt, die als Anfangsstufe zu einer Vogtlaufbahn gelten konnte. Auch wenn Georg Ludwig nicht über die Aufgaben eines Tor- und Kastenverwalters für das Schloßamt Morstein hinauskam, hatte seine Herkunft und seine Stellung doch seine Verheiratung mit einer Tochter des Jagst abwärts tätigen Vogtes Melchior Binnicker und damit seine Verschwägerung mit einer Familie möglich gemacht, deren Angehörige seit dem 16. Jahrhundert in herrschaftlichen Schreiberämtern tätig gewesen und teilweise auch Universitäten besucht hatten. Von seinen Söhnen ließ sich der ältere wieder als Handwerker in der Umgebung nieder, der jüngere Peter jedoch schlug, nachdem er gegen Ende des Dreißigjährigen Krieges noch Kriegsdienste geleistet hatte, die Laufbahn eines Schreibers im herrschaftlichen Dienst ein und verließ endgültig das Dorf, in dem seine Familie bisher ansässig gewesen war. Seine Stellung als Diener im mainzischen Oberamt Krautheim hätte zu einem weiteren Aufstieg in kurmainzischen Diensten führen können. Die auf Grund seiner Verwandtschaft mit den Binnickern zustandegekommene erste Heirat mit Catharina Magdalena Schuler brachte ihn jedoch nach Schwäbisch Hall, wo seine Bewährung in Verwaltungssämtern der Reichsstadt dann auch den Boden für seine zweite Heirat bereitete, die ihn erneut mit Haller Ratsherrenfamilien verschwängerte, deren Angehörige öfters studiert hatten, teilweise auch Offiziere gewesen und in einigen Fällen schon in den Adelsstand erhoben worden waren. Danach war es möglich, daß sein Sohn Hans Philipp nach seinem Kriegsdienst als württembergischer Offizier dann selbst Ratsherr in Schwäbisch Hall werden konnte. Alle Söhne des Peter Ludwig besuchten das Gymnasium in Hall, das wenige Jahre zuvor auf Veranlassung des Stättmeisters Georg Friedrich Seiferheld gegründet worden war<sup>83</sup>. Hans Peter und Johann Friedrich, von denen der eine in Tübingen und Wittenberg studierte, der andere zunächst das Goldschmiedehandwerk erlernte, suchten sich ihren Wirkungskreis außerhalb Halls im Dienst des preußischen und portugiesischen Königs und verdankten ihren dort vollbrachten Leistungen ihre großen Erfolge.

83 Für Johann David vgl. seinen Nekrolog (s. oben Anm. 7): *in alhiesiges Gymnasium geschickt und nachdem er darinnen 4 Classes rühmlich erstieg, endlich zur Schreiberei angeführet worden*, für Johann Peter Zedlers Universallexikon (wie Anm. 1), S. 954, für Hans Philipp seinen Nekrolog (zitiert von F. Ludwig, wie Anm. 1, 1952, S. 12): *Nach Absolvierung aller Klassen des Gymnasiums in Hall wurde er 1689 Offizier beim Herzoglich Württembergischen Regiment zu Fuß*, und für Johann Friedrich H. Kellenbenz (wie Anm. 1), S. 162.

*Nachkommen des Heiligenpflegers Georg Ludwig in Steinach (Auswahl)*



*Vorfahren des Johann Peter von Ludewig*

- Hans Ludwig.  
gen. 1595–1602  
Bäcker Steinach  
∞ v. 1595
- Georg Ludwig.  
um 1595–1646.  
Steinach.  
Torwart Morstein.  
∞ um 1615/20
- Georg Ludewig.  
1535/36–n. 1606  
Heiligenpfleger  
Steinach
- Georg Herbolzheimer.  
1532/35–1594.  
aus Windsheim.  
st. Leipzig.  
Pfarrer u. a. Steinach.  
∞ I Eva Gundel
- Peter Ludwig.  
1628–1687.  
Ampfänger Honhardt.  
Bgr. Schwäbisch Hall.  
∞ II 1665
- Melchior Binnicker.  
um 1567–1624/26  
st. Tübingen.  
Vogt Jagsthausen.  
Notar.  
∞ 1591
- Melchior Binnicker.  
1540/45–1613.  
st. Tübingen.  
Stadtschreiber  
Möckmühl.  
∞ Barbara N.
- Anna Binniker.  
1592/93–n. 1646
- Anna Steinbrenner.  
† 1634
- Conrad Steinbrenner.  
† v. 1591  
Vogt Schrozberg
- Hans Peter Ludewig**  
= **J. P. v. Ludewig**,  
1668–1743.  
Dr. iur. utr.,  
Prof. u. Kanzler  
Halle/Saale
- Balthasar Engelhardt.  
† 1620.  
Glaubensflüchtling.  
Bürgermeister  
Baierdorf.  
∞ vor 1609
- Johann Engelhardt.  
1609–1684.  
st. Jena. Offizier.  
Ampfänger Honhardt.  
Ratsherr  
Schwäbisch Hall.  
∞ I 1644
- Anna Staud
- Elisabeth Rosina  
Engelhardt.  
1648–1729
- Johann Georg  
Seiferheld.  
1597–1643.  
st. Altdorf. Straßburg.  
Gießen. Marburg.  
Offizier. Ratsherr  
Schwäbisch Hall.  
∞ I 1622
- Georg Seiferheld.  
1563–1616.  
Verw. Schöntaler Hof.  
Schwäbisch Hall.  
∞ II 1591
- Maria Agnes Seiferheld.  
1624–1672
- Maria Müller.  
1573–1636
- Agnes.  
Wwe. Johann Wolf



# Mühlen im hohenlohischen Epbachtal

VON WILHELM LAMM

## INHALTSVERZEICHNIS

|   |     |
|---|-----|
| Vorwort   | 275 |
| – aufgereiht einst wie Perlen auf einer Schnur                  | 276 |
| Mühlenkundliches  | 281 |
| 1. Allerlei Mühlen  | 281 |
| 2. Vom Getreide und den Mahlprodukten                           | 282 |
| 3. Maße und Preise zum Vergleich                                | 284 |
| 4. Die Einrichtung in den Epbachmühlen                          | 286 |
| Aus alten Neuensteiner Mühlordnungen                            | 287 |
| 1. Auszug aus der Mühlordnung Graf Krafts von 1632              | 288 |
| 2. Aus der Instruction zur Mühlvisitation von 1641              | 289 |
| 3. Auszug aus der Mahl-Mühlordnung von 1729                     | 290 |
| 4. Auszug aus der Württ. Polizeiverordnung von 1816             | 294 |
| Die einzelnen Mühlen im Epbach-Bereich (bachaufwärts ab Cappel) | 294 |

## Vorwort

Im nur 14 km langen Epbachtal standen einst 15 Mühlen, mit der Mühle am zufließenden Eschelbach waren es 16. In den meisten dieser Mühlen wurde die vorhandene Wasserkraft in mehrfacher Weise genützt. Seit Jahren mahlt nur noch die Windmühle in Neuenstein Getreide. Kaum beachtet geht hier ein Abschnitt hohenlohischer Technik-, Kultur- und Sozialgeschichte zu Ende. Davon etwas festzuhalten, solange noch ein Müller befragt werden kann, familiäre Erinnerungen, alte Schriftstücke und Bilder, Gebäude und Spuren im Landschaftsbild erhalten sind, ist die Absicht dieser Arbeit. Auf zweien dieser Epbachmühlen saßen bis ins 19. Jahrhundert Vorfahren und Verwandte der Familie Weizsäcker. Ich danke sehr für alle Unterstützung und bereitwillige Auskunft beim Zusammentragen der Unterlagen: den einstigen Müllerfamilien, dem Hohenlohe-Zentralarchiv Neuenstein, den Gemeindeverwaltungen in Neuenstein und Waldenburg, den Notariaten in Neuenstein und Öhringen, den evangelischen Pfarrämtern in Neuenstein, Öhringen und Eschelbach, dem Staatlichen Vermessungsamt in Öhringen und dem Wasserwirtschaftsamt in Künzelsau. Die Fotos hat Herr Vermessungsingenieur Rudolf Groß, Neuenstein, mit viel Hingabe und Sorfalt aufgenommen, die Ölbilder der alten Mühlen hat Herr Rektor i. R. Otto Sanwald, Neuenstein, nach verblichenen Fotos mit großem Einfühlungsvermögen gemalt; ihnen ganz herzlichen Dank für die Bereitschaft, den Sachtext damit zu veranschaulichen.

Wichtige Unterlagen für die oberen Epbachmühlen sind bei der Zerstörung Waldenburgs im April 1945 leider verbrannt, weshalb bei der Darstellung dieser Mühlen Lücken geblieben sind.

Die Signaturen in ( ) gelten für Archivalien aus dem Hohenlohe-Zentralarchiv Neuenstein.

Benützte Literatur: *Bedal, Konrad*: Mühlen und Müller in Franken. Delp München und Bad Windsheim, 1984; Beschreibung des Oberamts Oehringen, 1865; *Mattes, Wilhelm*: Oehringer Heimatbuch, 1929. F. Rau Öhringen.

Neuenstein, im November 1987

Wilhelm Lamm

### – aufgereiht einst wie Perlen auf einer Schnur

Der Epbach entspringt am Nordhang der Waldenburger Berge im quellenreichen Brunnenhözlze bei Hohenau in etwa 400 m NN. Mit Wasser aus den dort gelegenen Krebsseen (18 und 39 a groß, aber schon lange verlandet) wurde einst eine Lohmühle betrieben. Der in nordöstlicher Richtung fließende Epbach überschwemmte bei rascher Schneeschmelze und nach heftigen Regenfällen die Talmulde und nagte an den Staudämmen des Obermühl- und des Untermühlsees. Östlich der Bahnhofsiedlung Waldenburg unterquert der Epbach die 1860 errichtete Bahnlinie, er neigte sich einst hin zum Rinnenbach bei Westernach. Da gab es früher manchen Streit mit Westernacher Bauern, wenn diese in trockenen Zeiten den Bach durch quergestellte Bretter ihrem Dorf zulenkten und den westlich gelegenen Epbachmühlen das Wasser raubten. Durch bauliche Maßnahmen wurde der in seiner Richtung zwischen Ost und West schwankende Bach in seine ursprüngliche Westrichtung gewiesen, am Waldenburger Fischhaus vorbei zu den Seen der Fasanen- und Rebbigsmühle.

Südlich von Hohebuch entspringt in konkurrierender Nähe zum Epbach der Hirschbach. Durch ein Verteilerwerk kann zum Epbach drängendes Hochwasser bei Emmertshof aufgefangen werden. Dort wurde 1978 beim Bau der Autobahn A 6 quer zum Hirschbach ein 230 m langer und 12,5 m hoher Staudamm errichtet; hinter ihm entstand eine Stauffläche von 6 ha, sie kann eine Wassermenge von 100000 m<sup>3</sup> schadlos auffangen, was statistisch in fünf Jahren einmal zu erwarten ist. Bei selteneren Hochwassern können auch Privatgrundstücke überflutet werden. Die Grenze eines überhaupt möglichen Aufstaus wird laut Statistik in 500 Jahren einmal erreicht.

Ehe der Epbach bei Untereppach den Kesselbach aufnimmt, mußte er einst die Mühlen in Hohrain, Ober- und Untereppach antreiben. Beim Schleifsee in Neuenstein, unterhalb der südlichen Stadtmauer, lag die Schleifmühle mit anschließendem Hinteren Stadtgraben und Walksee.

Zwischen diesem Walksee und dem Schwanen- oder Herrnsee am Schloß klapperte die Walkmühle und westlich vom Herrnsee, nachdem dieser von Norden her den Bernbach aufgenommen hat, die Herrnmühle. Bachabwärts am Ortsetter mahlt



Gefertigt:  
 Kinzelsau, den 14. Januar, 1987  
 Wasserwirtschaftsamt

Kartenausschnitt

zum Ausklang alter Mühlenherrlichkeit noch die Windmühle mit der Wasserkraft des Epbachs. Danach fließt ihm von links der Eschelbach zu, an dem einst nahe der Kelter auch eine Mühle war. Weiter epbachabwärts stand die Ziegel- oder Bernhardsmühle. Hinter der Mühle in Eckartsweiler mündet schließlich von rechts der Weinsbach ein mit dem Reistenbach. Kurz vor seiner Einmündung in die Ohrtrieb der Epbach in Cappel auf 230 m NN seine letzte Mühle an.

Die Schreibweise »Epbach« für den Bach gibt es erst seit der Mediatisierung Hohenlohes durch das Königreich Württemberg 1806. Altwürttembergische Beamte des »Königlich statistisch-topographischen Bureaus« in Stuttgart haben das festgelegt. Das in hohenlohischen Archivalien überlieferte »Eppach« ist geblieben in den Ortsnamen Unter- und Obereppach. In einer Beschreibung der herrschaftlichen Gebäude von 1708 (A 44) heißt es vom Schwanensee (S. 242), er habe Zugang vom »Epp-Bächlein«, und der Agathen- oder Schleifsee (S. 243) fülle sich aus dem »Epp-Bächlein«.

Der Herausgeber des Öhringer Heimatbuchs von 1929, Wilhelm Mattes, mochte wie viele Hohenloher Heimatfreunde sich mit der neuwürttembergischen Schreibänderung nicht abfinden, er hielt auch für den Bach an der Schreibweise mit pp fest (z. B. S. 14, 45, 165, 285, 324), obwohl in der »Beschreibung des Oberamts Oehringen« von 1865 und allen Landkarten die Schreibung »Epbach« benützt wurde und heimisch gemacht werden sollte. Mattes hat eine Namensdeutung versucht (S. 285) in Anlehnung an das »Obleybuch des Stifts Öhringen« (ca. 1430). Dort heißt es auf Seite 58 D für eine Stiftung vor 1344 *In pfaffenwyler et sup(er) molendino In Etbach*. Mattes nennt das frühere Etebach und weist hin auf *ach* als die ältere Bezeichnung für fließendes Gewässer wie in »Westernach und Brettach«. Die Deutung alter Fluß- und Bachnamen ist eine nicht abgeklärte Frage. Hier sei nur noch vermerkt, daß man mundartlich »die Bech« sagt. Im Gültbuch der Grafschaft Hohenlohe (GMA 41/154b) ist 1410 eingetragen aus Cappel: *Hans Eppe git 3 pfund heller geltes uff sant martins tag von siner müln und 1 vasnachthun* – wer gab hier wohl wem den Namen?

Die ältesten Daten über Mühlen am Epbach stammen aus dem Öhringer Obleybuch, und beziehen sich auf eine Zeit vor etwa 650 Jahren. Technisch genutzt worden ist die Wasserkraft des Baches wohl schon früher, vielleicht schon bei der Rodung und Besiedlung des Ohrwaldes östlich des Limes vor 800 Jahren. Im Öhringer Stiftungsbrief (vgl. WFr. 31 [1957], S. 17 ff.), datiert 1037, taucht sowohl Eppach (Etebach) auf als auch der ausdrückliche Hinweis auf Mühlen. Fest steht damit, daß es im Bereich des Ohrwaldes und des Stifts Öhringen um 1050 durchaus einige Mühlen gegeben hat. Eine genauere Lokalisierung läßt die schriftliche Überlieferung für das 11. Jahrhundert jedoch nicht zu. Die Erschließung erfolgte von den Tälern aus. Wir haben keine Aufzeichnungen darüber, wer die Mühlen erbaut hat, wie sie in der Anfangszeit beschaffen waren oder wie die langen, arbeitsaufwendigen Mühlkanäle entstanden sind, in denen wohl ebenso viel Fronarbeit stecken mag wie in den Straßen, Brunnen und Wehranlagen. Auffallend groß ist die Zahl der am Epbach liegenden Wassertriebwerke. An der



dreimal längeren, auch aus wald- und quellenreichem Bergland gespeicherten Ohrn standen bis zu ihrer Einmündung in den Kocher bei Ohrnberg nur ebenso-viele, die Hälfte davon dicht beisammen im Stadtbereich Öhringen. An den zum Epbach ungefähr parallelen nördlichen Bachnachbarn (Hirschbach, Sall und Kupfer) sind durch die Ungunst der Verhältnisse nur wenige Mühlplätze entstanden.

Das Öhringer Obleybuch nennt eine Mühle am Hirschbach »molendino hellingri de hirspach« (S. 82C)«, sie muß bald eingegangen sein. 1491 mußte Wendel Gebhart von Tiefensall (CiHA 50) an Gült *3 Faßnachthüner vom mul lehen und 2 sh heller vom mulgraben* entrichten, sein Nachfahre Hanns Gebhart 1552 *2,5 sh pfennig, 6 Keß, 6 Sommerhüner, 1 Faßnachthum vom müll Lehen, 6 pfennig vom müll graben* (NLA 13/717).

An eine einstige Mühle an der Sall erinnert der Flurname *Gießmühle* in der Sallaue zwischen Orbachshof und Hohensall. *Gießübel* heißt die Kirchensaller Siedlung links der Sall. Im Sallbuch um 1571 (PAÖ 147/2/40) ist vom Fischwasser zu lesen: *Die Sallbach, oben zu Langensall . . . da die waldenburgischen Schultheißen zu fischen haben, von hier hinab under die Gießübels mühlen, biß in daß darundter Wasser, wo Jörg Zendler zu Mangoldsallen Hof ligt . . .* Im Gült- und Lagerbuch Metzdorf-Hohensall von 1671 (PAÖ M 9/43) wurde ein 1½ V großer Graspargarten im Gießübel erwähnt, der dem Georg Martin von Mainhardtsall zu eigen war; undatiert wurde später angefügt *dieser garten gehört zur* (vielleicht im Dreißigjährigen Krieg) *eingegangenen Gießmühl, so nach Waldenburg gültbahr . . .*

An der Kupfer standen einst bis zur Einmündung in den Kocher bei Forchtenberg 7 Mühlen, darunter die Neufelser Mühle unterhalb der Burg und dem Städtchen Neufels. Nach dem Gültbuch Neuenstein 1552 (NLA 13/21 S. 582) gab der Müller zu Newenfells jährlich: *1.5 fl 2 sh pfennig, 1 Faßnachthun, 1 Sommerhun, 3 Simri Korn, ferner vonn etlichem New gereutten, seind in die müll vererbt . . . 1 fl 3 sh, 6 Sommerhüner* und vom Fischwasser 0,5 fl. Aus Neureut sind genannt (S. 591) der Altmüller Hannß Doderer und der Müller Hannß Preunger.

Eine lohnende technische Nutzung von Wasserkraften mittels eines Wasserrades hing vom erfolgreichen Zusammenspiel verschiedener Faktoren ab wie der Besiedlungsdichte und der sich daraus ergebenden Nachfrage, ferner von den herrschaftlichen Interessen und den topographischen Verhältnissen (Gefälle, zur Verfügung stehende Wassermenge im Jahresverlauf, Hochwassergefährdung, Zufahrts- und Ausdehnungsmöglichkeiten). Auch Möglichkeiten mehrfacher Nutzung und des Zuerwerbs waren bei der Anlage einer Mühle nicht unwesentlich. Über die Wasserverhältnisse orientiert die folgende Übersicht des Wasserwirtschaftsamts Künzelsau:

| Mühlen<br>an                          |                     | 15<br>Epbach | 2<br>Hirschbach | 1<br>Sall | 7<br>Kupfer |
|---------------------------------------|---------------------|--------------|-----------------|-----------|-------------|
| Länge ca.                             | km                  | 14           | 11              | 15        | 21          |
| Einzugsbereich                        | km <sup>2</sup>     | 31.2         | 18.75           | 52.13     | 72.28       |
| mittleres Gefälle                     | ‰                   | 13.8         | 10.1            | 9.4       | 6.76        |
| durchschnittliche Wassermenge         | m <sup>3</sup> /Sek | 0.4          | 0.24            | 0.67      | 0.93        |
| niedrigster Wassermengen-Durchschnitt | m <sup>3</sup> /Sek | 0.084        | 0.05            | 0.14      | 0.194       |
| in 10 Jahren ein Hochwasser mit       | m <sup>3</sup> /Sek | 18.3         | 16.9            | 34.0      | 44.7        |
| in 20 Jahren ein Hochwasser mit       | m <sup>3</sup> /Sek | 22.7         | 21.0            | 42.3      | 55.7        |
| in 50 Jahren ein Hochwasser mit       | m <sup>3</sup> /Sek | 28.0         | 25.9            | 52.2      | 68.6        |
| in 100 Jahren ein Hochwasser mit      | m <sup>3</sup> /Sek | 32.5         | 30.0            | 60.5      | 79.2        |

Die große Dichte der Mühlen am Epbach ist das Ergebnis günstiger Faktoren bei den einstigen Residenzen Neuenstein und Waldenburg. Die im 19. Jahrhundert einsetzende Industrialisierung und in ihrem Gefolge die Umwälzung aller wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse hat das Mühlwesen verändert (Rationalisierung in sog. Kunstmühlen, billiger Import kleberreicher Getreides, Bau von Großmühlen bei den Silos in Hafenstädten, Bildung von Genossenschaften uws. usf.). Dies hat schließlich der Müllerei am Epbach den Boden entzogen – von der einstigen Perlenkette ist nur die Schnur geblieben.

Während des Zweiten Weltkrieges und im ersten Jahrzehnt danach wurden die Epbachmühlen noch dringend gebraucht und von hungrigen Städtern zu Tauschhandel und Bettel regelrecht heimgesucht. Dann setzte allenthalben ein unaufhaltbarer Absterbeprozess ein. Wo sich das Mühlensterben nicht aus familiären Verhältnissen ergab, wurde es mit staatlicher Hilfe unterstützt.

Die Müller gehörten einst zur wohlhabenden und angesehenen Bürgerschaft. Sie waren nicht allein auf die Mitz, den Mahllohn, angewiesen, sondern nützten die vorhandene Wasserkraft häufig noch zur Öl-, Gips-, Loh- oder Sägemüllerei. Dazuhin hatten sie eine meist ansehnliche eigene Landwirtschaft und trieben ihre Dreschmaschine, Kreissäge, Futterschneidmaschine und Obstmühle über eine Transmission vom Wasserrad aus an. Der Herrnmüller zu Neuenstein erzeugte in der Anfangszeit der Elektrifizierung mit einem Generator gar elektrischen Strom. Einige Beispiele mögen die Einkommens- und Vermögensverhältnisse einstiger Epbachmüller anleuchten:

Im Neuensteiner Kontributions-(Kriegssteuer)Register von 1633 ist der Bernhardsmüller Paul Virnbler mit 2000 fl Vermögen eingeschätzt, nur vier gräfliche Beamte und ein Wirt sind höher veranschlagt.

Nach dem städtischen Gewerbesteuerregister mußten 1844/45 zusammen entrichten:

|                           |             |                |             |
|---------------------------|-------------|----------------|-------------|
| 4 Müller                  | 38 fl       | 1 Apotheker    | 11 fl 36 kr |
| 5 Hufschmiede             | 20 fl 24 kr | 8 Schreiner    | 12 fl 18 kr |
| 13 Bäcker und Gassenwirte | 30 fl 54 kr | 4 Wagner       | 9 fl        |
| 9 Schildwirte             | 69 fl 24 kr | 20 Leineweber  | 15 fl 24 kr |
| 4 Kaufleute               | 39 fl       | 10 Schneider   | 11 fl 12 kr |
| 6 Metzger                 | 21 fl       | 21 Schuhmacher | 32 fl 54 kr |

Nachgeborene Müllersöhne ohne Mühle heirateten gerne in eine Mühle ein. Ein Mühlknecht mußte schon recht vermögend sein, um eine eigene Mühle kaufen zu können. Es war für Außenstehende nicht leicht, mit eingereicht zu werden in die Perlenkette am Epbach.

## Mühlkundliches

### 1. Allerlei Mühlen

Die Mühlen am Epbach waren vor allem Getreidemühlen; nebenbei betrieben wurde noch allerlei sonstige Müllerei, auch solche, die mit der idg. Wurzel mel=zerreiben nichts mehr zu tun hatte. Bei gleichem Wasserradantrieb wurde eine Walkerei auch *Walkmühle* und eine Steinschleiferei *Schleifmühle* genannt.

In der Neuensteiner Walkmühle wurden Tuche aus tierischen Haaren durch Stauchen, Stoßen und Pressen in sauren, neutralen oder auch alkalischen Lösungen verfilzt. Halbedelsteine, Achate oder französisch Agathe genannt, ließ die Witwe des Grafen Kraft schleifen in der von ihr 1669 erbauten Schleif- oder Agathenmühle für Schmuckstücke und wertvolle Mosaikarbeiten.

In der *Lohmühle* (oberhalb Obermühle) und der Walkmühle Neuenstein zerkleinerte man abgeschälte Rinde junger Eichen, Fichten, Weiden und Pappeln für Lohe zum Gerben von Leder; 1825 forderte ein Regierungserlaß auf, vermehrt solche Lohgehölze anzupflanzen.

Etlichen Epbachmühlen waren *Gipsmühlen* oder »Gypsstampfen« angebaut, wo Brocken aus den Gipsgruben von Waldenburg, Kesselfeld und Michelbach zermahlen oder zerstoßen wurden als Düngemittel auf die Felder. Die Gipsdüngung hatte der Kupferzeller Pfarrer J. F. Meyer (1719–1798) angeregt, Gipsapostel wurde er daher auch genannt. Gips ist schwefelsaurer Kalk ( $\text{CaSO}_4 \cdot \text{H}_2\text{O}$ ), später erkannte man, daß noch besser ist, zermahlener kohlen-saurer Kalk ( $\text{CaCO}_3$ ) auszubringen.

In *Ölmühlen* wurden Samen von Raps, Rübsen, Leindotter, Hanf und Lein (Flachs) zerrieben und fette Öle ausgepreßt als Speise- und Lampenöl oder für technische Zwecke. Die nüßchenartigen Hanfsamen z. B. enthalten 32 % langsam trocknendes Hanföl, geeignet zur Herstellung von Seife und Firnis. Die ausgepreßten Rückstände (Ölkuchen) sind proteinreiches Viehfutter, sie enthalten z. T. aber auch betäubende

Stoffe. Ölmühlen arbeiteten auch fernab von einem Bach mit menschlicher und tierischer Kraft (in Neuenstein z. B. in der Vorstadt und an der Eschelbacher Straße), stets außerhalb der Stadtmauern wegen starker Geruchsbelästigung.

Was es mit einer *Schwungmühle* (in der Beschreibung des Oberamts Öhringen von 1865 nur bei der Rebbigs- und Fasanenmühle erwähnt) auf sich hatte, konnte bislang nicht geklärt werden.

Mehrere Epbachmühlen hatten *Hanfreiben*, wo auf einer Holzscheibe die faserreichen Stengel der Gespinstpflanzen Hanf und Flachs mit einer Steinwalze gerieben wurden, um das Fasergewebe von den »Angeln« (unbrauchbaren Teilen) zu befreien.

Die Epbachmühle in Cappel war zuletzt nur noch *Säge- oder Schneidemühle*. Hier wurden aus dem Wald herangeführte Baumstämme zu Balken, Bohlen, Brettern, Pfählen, Latten u. a. Kantholz aufgearbeitet. Wohl jeder Epbachmüller konnte auf einer Kreissäge seinen Eigenbedarf ersägen. Für ein reines Sägewerk günstiger gelegen war die dem Wald nähere Ohrn und Kupfer.

Die sog. *Mahlmühlen* am Epbach verarbeiteten Dinkel, Weizen, Gerste, Hafer (Haber) und Roggen (Korn). Sie waren Lohnmühlen, in die der Kunde nach Verabredung seine »Frucht« brachte. Beim Mahlen konnte er dabei sein und die Arbeit des Müllers überwachen. Nach Abzug des Mahllohns, der Mitz, nahm er seine angefallenen Mahlprodukte mit nach Hause. Durch seine Anwesenheit und eine strenge Mühlenordnung der Obrigkeit war möglichem Betrug, Mißbrauch und Streitigkeiten vorgebeugt. Es mußte auch nichts in der Mühle gelagert werden. Der »Mahlgast« bekam das Seinige ungeschmälert wieder. War er über Mittag da, so lud ihn der Müller wohl zu Gast. Kleinere Mahlposten konnten zur Vermahlung auch kurzfristig gelagert oder gegen Mehl und Kleie eingetauscht werden. Die gelegentlich gehörte Rede vom »staubigen Gewissen der Müller« war mehr scherzhaft und neckisch gemeint. Die Luft in den alten Mühlen war mit Mehlstaub geschwängert, 18–35 g je m<sup>3</sup> sind bereits explosionsfähig. Die fast ganz aus Holz gefertigten Mühleinrichtungen waren dadurch erheblich brandgefährdet. Wir wissen zwar, daß Mühlen am Epbach im Lauf der Jahrhunderte immer wieder abgebrannt und aufgebaut worden sind, doch ist Näheres darüber nicht überliefert.

## 2. Vom Getreide und den Mahlprodukten

Nach der Beschreibung des Oberamts Öhringen von 1865 wurden bei uns angebaut vor allem Dinkel, dann Gerste, Weizen, Haber und Roggen; letzterer mehr oben in den Waldenburger Bergen und im Mainhardter Wald, *sonst meist nur um des Bindestrohs willen* für Garbenbänder zur Ernte. Seit etwa 1900 verdrängt der Weizen den Dinkel als Hauptbrotfrucht schließlich ganz.

Dinkel ist wie Emmer und Einkorn eine anspruchslose, winterharte, bespelzte Weizenart. Er wurde seit der Bronzezeit (2500–900 v. Chr.) in Süddeutschland und der Schweiz angebaut. Der Körnerertrag entsprach allerdings nur etwa  $\frac{1}{3}$  einer Weizenernte. Die einzelnen Dinkelährchen stehen getrennt auf brüchigen Achsen

an der Ährenspindel. Bei der Reife bleiben die Körner umschlossen von den Spelzen. Sie mußten in der Mühle erst noch »gegerbt« werden, d. h. durch einen besonderen »Gerbgang« wurden die Hüllspelzen abgeschält. Das nackte Dinkelkorn wurde »Kern oder Kernen« genannt. Eine solche Vorbehandlung ist bei den durch Züchtung geschaffenen Nacktweizenarten nicht mehr erforderlich.

Gerste wurde als Hauptfutter für die Schweinemast in der Mühle und häufig auch vom Bauern selbst auf einer Schrotmühle bloß geschrotet; nur wenig Gerste wurde zu Mehl vermahlen als Beimischung ins Brot, wenn ein Jahr eine Mißernte gebracht hatte. Gute Gerstenqualität war gefragt zur Malzgewinnung beim Bierbrauen. Gerstenkörner sind ähnlich wie der Dinkel mit den Spelzen verwachsen, sie müssen daher vor der Vermahlung erst ausgeschält werden. Die Gerste wird angebaut als Winter- und Sommerfrucht. An den Boden und das Klima stellt sie nur geringe Ansprüche, daher ist sie auch weit verbreitet.

Hafer verwendeten unsere hohenlohischen Bauern fast ausschließlich auf dem eigenen Hof als Kraftfutter für die Pferde und das Zugvieh sowie zur Aufzucht des Jungviehs. Das Haferkorn ist ebenfalls mit den Spelzen fest verwachsen. In besonders ausgerüsteten Mühlen wird es von den Hülsen gereinigt und grob zu Grütze, Flocken und Mehl als Nahrungsmittel verarbeitet.

Vor dem Mahlen muß das Getreide »geputzt« (gereinigt) werden von Grannen, Stroh, Erde, Sand und Staub, von verkümmerten »Schmachkörnern«, teilweise giftigen Unkrautsamen (Kornrade) und Pilzsporen (Ruß). Dies geschah teilweise schon daheim beim Mahlkunden nach dem Dreschen durch Sieben und Umschaukeln (Worfen) und im 18./19. Jahrhundert durch damals üblich gewordene kleine Windfegen oder Putzmühlen.

Die Windmühle zu Neuenstein hat ihren Namen wohl bekommen vom Einbau eines mit Wasserkraft erzeugten Windgebläses, mit dem besonders beim Gerben des Dinkels die leichten Spreuer vom Kernen getrennt wurden. Die Bezeichnung »Windmühl« neben der sonst nach einem einstigen Müller Grönig/Gröning benannten Epbachmühle taucht erstmals auf im Gültbuch des Amtes Neuenstein 1578 (PAÖ 147/4). Diese Mühle war damals in herrschaftlichem Besitz. Vielleicht war eine solche technische Neuerung in der Gegend eine besondere Sache, die – pars pro toto, wie der Lateiner sagt – einen Teil fürs Ganze setzt und so der gesamten Einrichtung den Namen »Windmühle« gab.

Über eine Reinigung des Getreides von anhaftendem Staub durch Waschen am Bach und anschließendes Trocknen ist hier nichts überliefert. Nach 1870 wurden zunächst in den großen »Kunstmühlen« an den Flüssen Bürstmaschinen eingesetzt, um auch den qualitätsmindernden Staub aus den Längsfurchen der Körner zu entfernen und wirklich weißes Mehl zu bekommen.

Die anfallenden Mahlprodukte (Schrot, Kleie, Grieß, Dunst und Mehl) werden bereits während des Mahlens gesichtet, d. h. gesiebt und sortiert.

Die erste grobe Zerkleinerung des Getreidekorns ergibt Schrot. Er enthält noch alle Bestandteile (Schalentrümmer, den Keimling und den stärkereichen Mehlkörper). Wegen des fetthaltigen Keimlings kann Schrot nicht lange gelagert werden.

sonst wird er ranzig. Die Schalenstücke sind reich an Kleber (verschiedene Eiweißstoffe), Mineralstoffen und den Vitaminen B<sub>1</sub> und E. Zur gesunden Ernährung werden daher Schrotmehle empfohlen.

Die ausgesiebten Keimlinge und Schalenteilchen heißen Kleie. Sie dient vor allem als Futter zur Schweinemast, wird gelegentlich aber auch als Ballaststoff und wegen der enthaltenen Mineralien und Vitamine dem Brotteig beigemischt.

Grieße nennt der Müller die auf Sandkorngröße (0,2–1,5 mm) zermahlene Mehlkörper des Weizens. Sie werden in der Küche für Breie, Suppen und Klöße verwendet.

Bei weiterem Zermahlen der Weizengrieße entsteht Dunst, ein feinkörniges Mehl, geeignet zum Brotbacken und für allerlei Teigwaren.

Das feinste Mahlprodukt ist pulverförmiges Mehl, es wird klassifiziert nach Getreideart und Ausmahlungsgrad. Das weiße haushaltübliche Weizenmehl Type 405 enthält je 100 g Trockensubstanz 405 mg Mineralstoffe. Es eignet sich wegen seines hohen Klebergehalts gut für feine Backwaren. Je mehr Eiweißstoffe ein Mehl enthält, desto backfähiger, aber auch dunkler ist es. Die Getreidemehle enthalten etwa 10–15 % Feuchtigkeit, ein höherer Feuchtigkeitsgrad mindert ihre Lagerfähigkeit sehr. Sie müssen trocken und kühl aufbewahrt und immer wieder durchgesiebt werden.

### 3. Maße und Preise zum Vergleich

Getreide und Mehl wurde einst in der Mühle weniger gewogen als vielmehr mit örtlich verschiedenen Hohlmaßen gemessen, für die Epbachmühlen waren dies bis zur Mediatisierung 1806: Malter, Simri oder Meß und Invel. Dabei unterschied man zwischen einem Maß für glatte Frucht und einem für rauhe Frucht, ferner zwischen einem Roggenmaß und einem Dinkel/Habermaß. Nach 1806 bis Ende 1871 galten hier die württembergischen Landmaße (Scheffel, Simri, Vierling, Achtel, Ecklein und Viertelein) und seitdem die metrischen Gewichtsmaße (t, dz, kg, g bzw. nach alter Gewohnheit noch Zentner = ½ dz und Pfund = ½ kg).

Malter bedeutete ursprünglich eine Getreidemenge, die auf einmal gemahlen werden konnte; dem Malter entsprach in etwa der mit einem lateinischen Lehnwort bezeichnete württembergische Scheffel.

Simri oder Simmer geht zurück auf ahd. »sumbir« = ein dichter strohgeflochtener Korb. Die gebräuchlichen Simmern waren mit eisernen Bändern verstärkte strapazierfähige Holzzyylinder.

Invel (Infel) ist ein aus »Imi (Immi) voll« zusammengezogener Begriff, ähnlich wie Arv(f)el aus »ein Arm voll« oder Hampfel aus »eine Hand voll«. Imi ist ein altes süddeutsches Getreide- und Flüssigkeitsmaß, ahd. imin, lat. hemina.

Nach Angaben der württembergischen Maßregulierungskommission von 1806 war:

|                                 |   |           |
|---------------------------------|---|-----------|
| 1 Malter rauhe Frucht           | = 9 Simri = 36 Invel  | ≈ 190,7 l |
| 1 Malter glatte Frucht          | = 8 Simri Öhringer Dinkel- u. Habermaß                                | ≈ 184,5 l |
|                                 | = 8 Simri Öhringer Roggenmaß  | ≈ 160,3 l |
| 1 Öhringer Simri (Sri) oder Meß | = 4 Invel   | ≈ 20,5 l  |
| 1 württ. Scheffel               | = 8 Simri = 32 Vierling = 64 Achtel                                   |           |
|                                 | = 256 Ecklein = 1024 Viertelein                                       | ≈ 177,2 l |
| 1 württ. Simri                  | ≈ 22,2 l (je nach Getreideart 12–17 kg);                              |           |
| 1 Vierling                      | ≈ 5,5 l; 1 Achtel ≈ 2,77 l; 1 Ecklein ≈ 0,7 l; 1 Viertelein ≈ 0,17 l. |           |

\*

An den Schranken (Getreidemärkten) wurde im April 1834 gehandelt

| 1 Scheffel                  | in Heilbronn          | in Schwäbisch Hall    |
|-----------------------------|-----------------------|-----------------------|
| Dinkel                      | 3 fl 45 kr–3 fl 26 kr |                       |
| Kernen (entspelzter Dinkel) | 7 fl 45 kr            | 9 fl 20 kr–7 fl 28 kr |
| Weizen                      | 7 fl 30 kr            |                       |
| Korn (Roggen)               | 5 fl 52 kr–5 fl 26 kr | 5 fl 36 kr–5 fl 12 kr |
| Gerste                      | 4 fl 48 kr            | 4 fl 32 kr            |
| Haber (Hafer)               | 3 fl 28 kr–3 fl       |                       |

1 fl (Florin oder Gulden) = 60 kr (Kreuzer) = 1,71 Mark bei der Umstellung 1875, etwa der Lohn eines Handwerkers vor 150 Jahren an zwei vollen Arbeitstagen.

1830 bezahlte Neuenstein bei freiwillig geleisteter Fuhr- und Handfron täglich im Sommerhalbjahr; mit einem zweispännigen Wagen 3 fl. für ein Ochsespann 1 fl. einem Handarbeiter 24 kr (im Winterhalbjahr wegen kürzerer Arbeitszeit  $\frac{1}{2}$  weniger).

Die Öhringer Brot- und Fleischtax verzeichnete am 12./13. Aug. 1834 für: einen vierpfündigen Laib Kernen-(Dinkel)brot 9 kr, 6 Pfund Korn-(Roggen)brot 12 kr, 8 Lot ( $\approx 120$  g) Weck 1 kr, 1 Pfund Mastochsenfleisch 6 kr, 1 Pfd bestes Rindfleisch 5 kr, 1 Pfd gutes Kuhfleisch 4 kr, 1 Pfd Schweinefleisch 6 kr, 1 Pfd Kalbfleisch 5 kr und 1 Pfd hiesiges Hammelfleisch 6 kr.

\*

Längenmaße vor 1806 (Öhringer Maß)

|         |                             |
|---------|-----------------------------|
| 1 Ruthe | = 16 Schuh $\approx 4,70$ m |
| 1 Schuh | $\approx 29,35$ cm          |

nach 1806 (würtembergisches Maß)

|               |  |
|---------------|--|
| 1 Ruthe       | = 10 Schuh = 100 Zoll = 1000 Linien $\approx 2,8649$ m |
| 1 Schuh (')   | = 10 Zoll = 100 Linien $\approx 28,65$ cm              |
| 1 Zoll (")    | = 10 Linien $\approx 2,86$ cm                          |
| 1 Linie (''') | $\approx 2,86$ mm                                      |

#### 4. Die Einrichtung in den Epbachmühlen

An topographisch geeigneter Stelle oberhalb einer Mühle zweigt ein Wehr das nötige Oberwasser vom Bach ab in einen Mühlkanal zum Antrieb von Wasserrädern. Die frühen Wehre waren aus eichenen Balken gefügt, später wurden sie gemauert. Fachbaum hieß der oberste Balken des Wehrs, von seiner Höhe hing ein möglicherweise schädlicher Rückstau des Unterwassers einer bachaufwärts gelegenen Mühle ab.

Der Auslauf des zum Mühlweiher ausgeweiteten Kanals, ein bewegliches Kleinwehr, Schütz genannt, war regulierbar von der Mühle aus. Es gab Wasser frei auf das hölzerne Gerinne zu den meist mehreren oberflächigen Wasserrädern. Diese wurden Anfang unseres Jahrhunderts überall durch Turbinen ersetzt. Gegen eine Vereisung im Winter schützte eine einfache abgedeckte Radstube (manchmal nur ein loser Bretterverschlag). Nach dem Absturz (3–8 m tief) floß das Unterwasser in einem Kanal wieder zurück in den natürlichen Bachlauf.

Bis ins 19. Jahrhundert hinein war die Achse der Mühlräder ein mehrere Meter langer dicker Wellbaum aus Eichenholz. In seine mit Eisenbändern verstärkten Enden waren eiserne Lagerzapfen eingelassen. Diese drehten sich außen in der Radstube auf einem starken eichenen Bock oder einer gemauerten Radstatt, innerhalb der Mühle im Bieth, einem robust gezimmerten Unterbau für die schweren steinernen Mahlgänge. Auf den meist sechs Radspeichen waren Felgen aus Lärchenholz zu Radkränzen montiert und daran Auffangschaukeln oder offene Kammern schräg angebracht.

Im Bieth drehte sich langsam der Wellbaum des Mühlrades und auch ein mit ihm verbundenes Kammmrad mit vielen einst eschenholzernen Zähnen (Kammen), die alle seitlich in die Felgen eingepaßt waren. Sie griffen rechtwinkelig in das mit nur wenigen Zähnen ausgestattete Mahlganggetriebe am mannshohen vierkantigen Mühleisen. Seine Drehung wurde durch diese Übersetzung vielfach beschleunigt. Das Mahlwerk mit Steingang hatte einen ruhenden Bodenstein mit einer Buchse für das durchgehende Mühleisen. Auf diesem ruhte, sorgfältig eingepaßt als senkrechter Achse, der Läuferstein. Der Abstand zwischen den Steinen konnte reguliert werden: je kleiner, desto feiner das Mahlprodukt. In die einander zugewandten Mühlsteinflächen waren Schrenzen (scharfkantige Rinnen) so eingehauen, daß bei der Drehung ein Schereffekt entstand. Da sich die rauhen Mahlfächen und die Schrenzen gegenseitig trotz der Härte des Steins rasch abnützten, mußten die Müller die Steine etwa alle zwei Wochen mit besonderen Hämmern aufräumen und nachschärfen. Dazu wurde der Läuferstein mit einem Krangalgen abgehoben und umgedreht.

Die Steine waren von einer Holzzarge ummantelt und oben mit einem hölzernen Schild abgedeckt. Darüber befand sich die Gosse, ein hoher Aufschütt-Trichter mit Rüttelschuh und Glocke, die meldete, wann wieder Getreide aufzuschütten war. Der Läuferstein hatte in der Mitte ein Loch, das Auge, durch welches das aufgeschüttete Getreide zwischen die Mühlsteine rann und dort zermahlen werden konnte.



Außer der Waldenburger Lohmühle besaßen alle Epbachmühlen mehrere Mahlgänge. Für einen bloßen Schrotgang genügten noch ältere abgearbeitete Steine. Der Schwarzgang diente für dunkles Roggenmehl, im Weißgang wurde helles Weizen- und Dinkelmehl gemahlen und im Gerbgang der Dinkel nur entspelzt. Im allgemeinen trieb ein Wasserrad nur einen Mahlgang an, so daß bei drei Mahlwerken auch drei Mühlräder erforderlich waren. Doch konnte die Drehung des großen Kammrads auch noch übertragen werden durch einen Nebenantrieb (Trillis) auf einen zweiten Mahlgang. Seit Ende des 19. Jahrhunderts wurden Steingänge mehr und mehr verdrängt durch leistungsfähigere Walzenstühle mit glatten und geriffelten Hartguß- und Porzellanwalzen.

Aus der Zarge des Mahlgangs rutschte das angesammelte Mahlgut durch das Mehloch zum Sichten in einen Beutelschlauch aus Müllergaze (etwa 1,5 m lang und 15 cm im Durchmesser). Dieser Beutel hing diagonal in einem Beutelkasten und wurde mittels einer Schlaggabel und Schüttelstange ständig durchgerüttelt. Dadurch fiel das feine Mehl durch die Maschen in den Kasten, und die zurückgehaltenen größeren Getreideteilchen rutschten weiter in einen Vorkasten. Mit auf Rahmen gespanntem siebartigem Gewebe (Abreitern = Sieben), die ständig gerüttelt wurden, siebte man hintereinander Dunst, Grieß und Kleie aus. Die verschiedenen Mahlprodukte fielen in getrennte Kästen.

Das Beutelwerk zum Sichten der Mahlprodukte wurde in den Epbachmühlen um die Jahrhundertwende nach und nach ersetzt durch Mehlsichtmaschinen verschiedenartiger Konstruktion.

Auch andere technische Neuerungen, wie Exhaustoren zur Be- und Entlüftung, Transporteinrichtungen u. a. fanden schrittweise Eingang im Epbachtal, soweit vorgegebene räumliche Verhältnisse dies zuließen und umgebaut werden konnte.

### **Aus alten Neuensteiner Mühlordnungen**

Das Mühlrecht, auch die Mühlengerechtigkeit genannt, war wie das Münzrecht ein vom König an Landesherren, Städte und Klöster verliehenes Hoheitsrecht. Dieses Recht konnte weitergegeben werden als Erblehen zur Erlangung von Zins und Gült in Naturalien, Dienstleistungen oder Geld. Die Einkünfte sind in den alten Lager-, Gült- und Schatzungsbüchern aufgeschrieben. Über die genaue Abgrenzung der Bannrechte der Epbach-Mühlen oder den örtlichen Mahlzwang ist schriftlich nichts erhalten. Erst mit der Einführung der Gewerbefreiheit 1866 verloren die überlieferten Bannrechte ihren Zwang, sie blieben aber weithin als Gewohnheit, sich zu einer Mühle zu halten, in Kraft. Gutes und unverfälschtes Mehl als Grundnahrungsmittel zu haben, lag seit eh und je in allgemeinem Interesse und obrigkeitlichem Verantwortungsbereich. Mühlenordnungen und Visitationsanweisungen sollten seine Herstellung und den Umgang damit überwachen. In Hohenlohe wie überall zog man bei der Aufstellung und bei Änderungen von Mühlordnungen bereits bestehende Ordnungen und auswärtige wie die von Hall und Rothenburg heran.

1. Auszug aus der Neuensteiner Mühlordnung Graf Krafts vom 10. 4. 1632  
(PAÖ 128/4)

- 1) *Die Mühlen, wan die Stein Neugehauen, solle er (der Müller) mit Spreuern reinigen und eine Probe mit eigener Frucht mahlen, daß er dem Kunden daz seinig ohne Abgang, ohnvermischt des Bühlmeels, und ohne sandig liffen könne, bei straff 2 kr geld.*
  - 2) *Von jedem Malter glatter Frucht sind zu liefern zu hauß brodt 12 gestrichen Simren Melb undt 1½ Sri Kleyen. . .*
  - 4) *Wann in guten Jahren eine größere Mehlausbeute zu erwarten steht, sind unter der Aufsicht bestellter Mühlmeister Proben zu mahlen, eine uff Laurenty (10. 8.), sobalden die Neuen Früchte anfangen getroschen zu werden, die ander umb Martini (11. 11.) oder Andree (30. 11.). Auch müssen die Mühlmeister Jährlichen Zweimahl ohn Vorsehens die mühlen visitirn, die Stein abheben, uff die Büchs, Wassergraben, daß lauffendt geschirr. . . undt ander Mahlzeug, in sonderheit uff daß Ablaß Wehr undt Stellbretter gutt achtung geben, damit kein Müller seinem Nachbarn Wasser wegnehme. Fehl undt mangel sind der herrschaftlichen Kammer schriftlich zur Bestrafung zu melden.*
  - 5) *Zwischen dem Läufer und den Zargen darf nur ein Spielraum von höchstens ¾ Zoll sein: überprüfbar durch drei Öffnungen in den Zargen, doch nit so daß Melb heraufleufft.*
  - 6) *Die Mühlen sollen mit thüren, fensttern, Läden undt anderem alßo versehen werden, daß den Kunden bei wehrendem Ungewitter an Ihren frucht oder Melb kein schadt geschehen möge.*
  - 7) *Es sollen auch weder hünere scherren, gänß, Enten oder tauben. Noch ein eich (Eichhörnchen), ander Viehe undt geflügel In die Mühlen kommen, auch vom Müller weiter nit, alß was ihm von Gn. Herrschafft erlaubt, gehalten werden.*
  - 8) *Die böden in den Mühlen sollen gantz eben undt womöglich mit gehauen steinern blatten belegt sein, damit man ob etwas verschüttet, ohne spürbaren abgang wider uffzuheben. . . vermag.*
- Die Bieth sollen dicht an den Wänden stehen, gute Beutel vorrätig undt uffs behebt sauber gehalten werden, die Gerbkästen von rechter Größe sein und auch daß Melb von dem Stein nit offen, sondern. . . durch ein Rohr oder fürgesetztes Kästlein in Meelkasten lauffen.
- 9) *Ein Jeder Kundt mag, ohne deß Müllers verwehren, bei seiner frucht in der Mühl verbleiben, biß sie gegerbt undt abgemahlen, gemessen undt gefaßt worden. . .*
  - 11) *Wenn sich ein Kunde übervorteilt fühlt, dann soll er dies dem bestallten Mühlmeister, seinem Schultheißen oder seinem Amtmann melden, damit dieser beide Teile gegeneinander anhöre und den Streit nach dieser Ordnung schlichte, einen strafbar befundenen Müller aber bei Gn. Herrschaft anzeige.*
  - 12) *Die Stein sollen Jeder Zeit fleißig undt so oft es die Notturfft erfordert, in daß richtscheitt gehauen, die Bodenstien wagrecht gesetzt, die gräben offengehalten undt die Zargen mit guten Leissten wohlverwahrt werden.*

- 13 *Die Büchs solle von gutem dürrem Holtz gantz beheb, deßgleichen umb daß Mühl Eissen mit einem Wülschein von tuech, vermacht, auch oben druff mit einer scheiben von Leder oder filtz mit fleiß geheb versehen sein, daß man vor allem Abgang (Verlust) gesichert sein möge.*
- 14 Das Gerbrohr soll dem Gerbtrog dicht anliegen und die 3–4 Zoll breite Zunge nur 3 Zoll darüber hinausreichen; im übrigen mögen die Spreuer 9 Schuh weit frei fliegen. Was innerhalb dieser 9 Schuh fällt, gehört dem Kunden; was außerhalb liegt, mag der Müller wohl für sich nehmen.
- 15 Der Kunde mag gleich am Gerbrohr eine Probe nehmen. Findet er etwas Kern in seinen Händen, es sei viel oder wenig, nachdem er die Spreuer weggeblasen hat, *so ist die Mühl nit recht*, und der Müller muß sie richten lassen.
- 17 *Der Müller solle Niemandt sein Sackh eröffnen... , vorheben oder dessen betrüngen, bei straff eines Gulden.*
- 18 Ortsansässige haben vor Auswärtigen Vorrang, *sonsten aber bleibts beim alten Sprichwort: Wehr vor (zuerst) kombt, der Mahlt auch vor.*
- In jeder Mühle soll da sein: 1 ganzes Simri,  $\frac{1}{2}$ ,  $\frac{1}{4}$  oder Invel,  $\frac{1}{6}$  oder Viertelin, *... welches alles mit dem Öringer Zeichen gebrant, beschlagen undt recht abgeycht undt alle Johr von Neuem Probiret werden sollen, wie auch Peuttel, Kästen, Trommel, Zargen, Zuber, Korn Schaidt, Breimelb, Koben undt ander Siedrer, wie auch Wannen undt Kerrwisch undt alles ander Mühlgeschirr recht undt guth erhalten.*

## 2. Aus der Instruction zur Mühlvisitation vom 30. 10. 1641 (PAÖ 128/4)

Die Herrschaftliche Vormundschaftskammer Neuenstein beauftragte nach dem Tode des Grafen Kraft als Mühlsachverständigen den Baumeister Wolff Vogel (1601–1673) »zusammen mit Hannß Säubotten (Hofbäcker) und Simon Peter Schiffmann (Hofschreiner) sich alßbalden von einer Mühl zur andern zu verfügen«, sie gründlich zu visitieren und schriftlich darüber zu berichten und *hiran sich niemale, weder von freunt- noch von feindschafft ... hindern zu lassen.*

Sie sollten nachprüfen, ob die Vorschriften der Mühlordnung von 1632 genau eingehalten werden, auch darauf achten, *ob ein Eych Pfal oder daß Zeichen, wie hoch der Wasserbau zu führen, verwandt wird... Und in Summa, weil nit alles zu beschreiben, sollen die Abgeordneten für sich selbst in Acht Nehmen, wo ein fehl oder mangel, dadurch der Müller Vorthail gebrauchen, undt den Mahlgästen Abgang entstehen kann, vorhanden ist.*

Ein Visitationsbericht ist leider nicht überliefert, doch dürfte in den immer noch andauernden Wirren des Dreißigjährigen Krieges, im sechsten Jahr nach dem schrecklichen Pestwinter 1634/35 nicht wenig zu beanstanden gewesen sein.

3. Auszug aus der Gräflich Hohenlohe-Neuensteinischen Mahl-Mühlordnung, erlassen an Fasnacht 1729 von Graf Johann Friedrich (PAÖ 128/4)

Um möglichst alles zu regeln, ist an dieser 61 Punkte umfassenden Ordnung hinten wohl angestückelt worden. Sie hat dadurch an Übersichtlichkeit verloren; darum ist Zusammengehöriges in der folgenden Wiedergabe zusammengestellt. Die alten Mühlordnungen geben einen anschaulichen Einblick in den Betrieb der damaligen Mühlen.

1. + 9.) Jede Mühle ist jährlich viermal *unvermerkt* (überraschend) zu visitieren, dabei ist auch ein verständiger, erfahrener Bäcker zuzuziehen. Es gilt allein der *Hohenlohische Maas-Staab*. Bei der Überprüfung dürfen weder der Müller noch seine Angehörigen und auch kein Gesinde in der Mühle sein. Widersetzen sie sich mit Worten oder Werken, sollen sie festgenommen und zur Strafe angezeigt werden.
- 2.) Die durch Mahlproben ermittelten Werte sind zu allgemeiner Einsichtnahme an die Türen der Mühle auszuhängen. Auf Wunsch eines Kunden muß der Müller die herkömmlichen  $1\frac{1}{2}$  Simri Mehl von 1 Simri glatter Frucht vormessen, bzw. soviel die Mahlprobe ergeben hat.  
Der Müller und sein Gesinde haben sich des übermäßigen Mitzens, des Bettelns um Trinkgeld und anderer Belästigungen der Kunden zu enthalten. Die Mitz beträgt wie bisher  $\frac{1}{16}$  der Früchte, in einem Dürrejahr  $\frac{1}{20}$  bei den Bachmühlen und  $\frac{1}{24}$  bei den Kochermühlen; je nach Teuerung auch weniger.
3. + 12.) Von Rechts wegen bestehender Zwang, bei einer bestimmten Mühle zu mahlen, gilt weiter. Doch sollen einheimische Mahlgäste bevorzugt werden. Kunden aus fremder Herrschaft wird nur gemahlen, wenn genügend Wasser da ist. Im übrigen gilt: Wer zuerst kommt, mahlt auch zuerst.
4. + 59.) Kein Müller kann sich damit entschuldigen, von einem Verbot oder einer Unregelmäßigkeit nicht gewußt zu haben. Dies gilt auch, wenn er die Arbeit fahrlässig einem Knecht, seinem Weib oder Kind überlassen hat.
5. + 13.) Wo nötig, muß Frucht in der Mühle sauber geputzt werden. Der Müller ist verpflichtet, jedem Mahlkunden aus seinem »Fruchtguth zu mahlen«, wie der es haben will: Kleien, Semmel-, Roggen-, auch Gersten- und anderes Mehl.
6. + 58.) Der Müller darf zwar seine Mitzfrucht, aber kein Mehl daraus verkaufen und künftig auch kein Weißmehl mehr, um jeglichem Verdacht und Betrug vorzubeugen. In der Mühle dürfen Früchte nur durch einen verpflichteten Kornmesser verkauft werden, dem steht dafür je Simri 1 Pfennig zu.
- 7.) Es ist verboten, ohne herrschaftliche Erlaubnis eine neue Mühle zu bauen oder weitere Mahlgänge einzurichten.
8. + 51.) Neue *Meeß* müssen geeicht, die übrigen (*Simern, Invell, Halbinvell, Vierteln und Halbviertel*) aber bei jeder Mühlschau genau visitiert werden; bei Beanstandung 10 fl Strafe.

- 10.+ 42.+ 53.) Die Mühle muß gegen Wasser und Wind mit Wänden wohlverwahrt sein, aber auch Fenster haben, damit man darin sehen und alles überprüfen kann. Der Mühlboden soll mit guten Platten oder wenigstens mit zusammengefügtten Brettern sauber belegt und das Bieth oben her in die Mauer eingelassen sein, *damit ein jeder Mahlgast sein Verschüttetes wieder völlig sauber aufheben kann.* Bei Verstoß 5 fl Strafe.
- 11.) Die Müller sollen weder Gänse, Hühner, Enten noch anderes Viehzeug in die Mühle gehen lassen, auch keine Tauben und Enten halten und nicht mehr Schweine mästen, als sie von dem Ihrigen halten können.
- 14.+ 15.+ 60.) Alle Müller werden nachdrücklich auf ihre angelobte *Eydt*e Pflicht und die sorgfältige, getreue Einhaltung der Mühlordnung durch Handschlag verpflichtet. Sollte sich einer unterstehen, etwas anderes zu seinem Vorteil unterzumahlen, gutes gegen geringes Mehl zu vertauschen, zu verwechseln oder in anderer Weise zu betrügen, so muß er *ohnnachlässig gestraffet werden.* Verschweigen Mühlmeister etwas Strafbares, so werden Wir solches mit ernstlichen Strafen ahnden.
- 16.) Die Mühlgräben sollen offen und rein gehalten und nicht durch Weiden und Gebüsch am Ufer verengt werden und im Durchfluß beeinträchtigt sein. Der Müller soll mit Hilfe der Obrigkeit solche Hindernisse beseitigen.
- 17.–24.) Wird bei einer Visitation festgestellt, daß ein Wehrpfahl ausgezogen, der Fachbaum verrückt, mit Leisten, Kies oder Sand erhöht oder das Wehr und Gerinne betrügerisch verändert worden ist vom Müller oder seinetwegen, soll er hart bestraft und unter Umständen aus dem Mühlhandwerk entfernt und des Landes verwiesen werden.  
Nur im *Beysey*n der Müller, so in der nächsten Mühle ober oder unter *Ihm sey*nd sowie der Obrigkeit und der Feld- und Wiesennachbarn darf ein neuer Fachbaum gelegt, ein gesunkener gehoben und ein Aufziehwehr in ein Stockwehr verwandelt oder sonst eine Änderung vorgenommen werden.  
Bei Frost oder Wasserfluten soll der Müller die Aufzüge, Gerinne, Schleusen und auch die *Fischereyen* hochziehen und kein Schutzbrett darin vorsehen lassen. Um Streit zu verhüten, sollen bei allen Mühlen zwei mit Kupfer oder Eisen belegte Pfähle eingeschlagen werden, einer für die Höhe des Fachbaums und einer für die Dämmung des Wassers. Dies soll auch ausführlich registriert werden, damit man jederzeit nachsehen kann.
- 25.+ 26.) Spürt ein Müller eine Beeinträchtigung seiner Mühle, so steht ihm unabhängig von den Gerichten frei, die benachbarten Mühlen zu besichtigen und den Mühlachbarn und der Obrigkeit von dem Mangel pflichtgemäß zu berichten. Werden sie zu Unrecht beschuldigt, so ist der Müller ihnen 24kr und ihre Unkosten zu geben schuldig.
- 27.) Weil den Müllern durch das mutwillige Umlaufen wenig arbeitsfreudiger Mühlknechte oft große Belastungen entstehen, soll fürderhin kein Mühl-

knecht in einer Mühle länger als eine Nacht geduldet werden. Falls ihm der Müller keine Arbeit gibt, soll er andern Tags stracks von der Obrigkeit ausgeboten werden.

Aufgenommene Mühl- und Fuhrknechte, Lehrjungen oder Mägde haben sich nach längstens acht Tagen, bei Strafe von 1 fl 30 kr, beim Amt vorzustellen, um teils den wirklichen unten vermerkten *Müller-Eydt*, teils das Handgelübde abzulegen, wie das auch von des Müllers Weib und mannbaren Kindern und dem übrigen Hausgesinde gefordert wird.

28.+ 29.) Kein *Müeth* (= eingestellter) Müller, der seinem Herrn aus Pacht oder Dienst entlaufen ist, soll von einem anderen eingestellt werden.

Kein Mühlknecht darf ohne Wissen und Erlaubnis seines Meisters über Nacht aus der Mühle wegbleiben, noch um Geschenk und Eigennutzes willen den Leuten ungemitzt mahlen, jemanden vorziehen oder Trinkgeld abfordern, damit kein Mahlgast abwendig gemacht werde. Verstöße dagegen werden von der Obrigkeit mit Gefängnis, Geld, Handwerksverbot oder gar am Leib bestraft.

30.–34. + 47. + 48. + 52.) Um bei der Visitation nicht strafbar erfunden zu werden, soll der Läufer nicht unter 3 Schuh breit sein und ein Loch haben, oben 6–8 und unten 7–9 Zoll groß; er muß versehen sein mit 4 *Schräntzen* (1½ Zoll tief und 2½ Zoll weit). Da die Steine nicht täglich nachgehauen werden können, darf noch 1 Zoll Tiefe durchgehen, sonst 1 fl 30 kr Strafe. Außen herum darf der Läufer nicht abgenützt sein bis auf 2½ Zoll, auch nicht *grubigt noch Löcherricht*, damit kein Mehl darinnen liegen bleibt.

Der Bodenstein soll ein Loch von höchstens 6–7 Zoll haben, bei Strafe von 1 fl 30 kr, und er muß wie der Läufer *fleißig in das Richtscheid gehauen und in die Bleywaag gelegt seyn*, sonst 1 fl 30 kr Strafe.

35.–36. + 43.) Die Zargen müssen den Läufer abdecken, ringsum ist 1¼ Zoll (beim Gerbläufer 2–5 Zoll) Abstand zu halten. Sie sollen 1½ Zoll tief in den Bodenstein eingelassen und mit Werg oder Tuch unten abgedichtet sein; 5 fl Strafandrohung bei Undichte. Die Zargen müssen oben ein 1 Schuh großes Kontroll-Loch haben, das mit Tuch oder Zwillich (bis auf den Stein hängend) so abzudichten ist, daß nichts herausstäuben kann, sonst 2 fl Strafe.

37.–57.) Um Mahlverluste und Nachteile für die Mahlgäste zu verhindern, sind Strafen angedroht:

von 5 fl für ein nicht sachgemäßes Rohr vom Bodenstein zum Beutelkasten bzw. Gerbvorkasten,

5 fl für einen undichten Beutelkasten (er muß vorne mindestens 3½ Schuh Abstand haben, mit guten Tüchern oder Brettern umschlossen sein und ein möglichst niedrig gehängtes Tröglein unter der Trommel haben),

5 fl für einen *Beuttel steckken*, der nicht mit einem guten Säcklein abgedichtet ist,

5 fl für einen *Bux* (Buchse) *darinn das Eysen gehet; er solle mit gutem Holtz*

*geheb gehalten werden, und mit einem guten Umschweiff von Filz oder Zwilich wohl versehen seyn.*

5 fl. wenn ein Müller nach erfolgter Renovierung die Mühle nicht erst mit Spreu und hernach *mit Kleie ausröhrt* und schließlich 1 Simri eigene Frucht mahlt, damit das Mühlwerk auch mit liegengebliebenem Mehl versehen ist,

1 fl 30 kr. wenn der Trommelkessel und das Kästlein daran nicht *jederzeit aufs beste und fleißigste gemacht und erhalten werden.*

1 fl 30 kr. wenn außer zur Winterszeit mehr als 3 Schaufeln an einem Wasserrad schadhafft sind und durch die langsamen Umdrehungen des Rades *das Mehl vermahlen und verschlissen wird.*

1 fl 30 kr. wenn der Müller sich nicht mit den zum Mahlwerk nötigen Kammern und Schaufeln vorgesehen hat.

1 fl 30 kr. wenn die Gerbmühle so gerichtet und geführt ist, daß der Kern zerstoßen wird oder das Windhaus nicht so instandgehalten ist, daß der Wind den Kern nicht unter die Spreuer jagt.

1 fl 30 kr. wenn es in der Mühle mangelt an guten *Siebern, Köhrwischen, Reedzubern, Einnetzkästen, zweyerley guten Beuteln* und unzerbrochenen Wannen,

1 fl 30 kr. wenn der Müller einem Mahlgast verwehrt, nach dem Mahlen den Läufer *auszuröhren* (= durchzuputzen) und die Zargen auszuklopfen, um das darin Liegende noch zu bekommen.

- 61.) Falls irgendein wesentlicher Punkt hier nicht aufgeführt ist, haben die Amtleute und verpflichteten Mühlmeister dies an gehörigem Ort anzuzeigen und so zu handeln, als ob in dieser Mühlordnung eine Anweisung gegeben wäre.

*von der Müller Eydt:*

*Ein jeder Müller, Fuhr- oder Mühl Knecht, welchem gegenwärtige Mühl-Ordnung vorgegeben wird, solle einen leiblichen Eydt mit aufgehobenen Fingern zu Gott dem Allmächtigen schwören.*

*Was aber die Weiber, Mannbaren Kinder, Buben und Mägd auch alle anderen, die mit der Mühlen zu schaffen haben und darinnen wohnen, Betrifft, haben Unserem Amtmann oder Burgermeister in Gegenwart Zweyer Gerichts Persohnen, Handgelübd zu leisten: Uns, dem Amt und gantzen Orth getreu und hold zu seyn, Unseren und Unsrer Unterthanen Nutzen und Frommen zu fördern, dagegen aber allen Schaden und Nachtheil zu warnen und zu wenden nach ihrem Besten Vermögen, und in Sonderheit alle und jede Punkte, so in dieser Unserer Ordnung begriffen, mit getreuem Fleiß zu halten, darum vor allem nicht anzusehen Geschenckh oder Gaben, argen Nutz, Freund- oder Feindschafft, sondern jedem, sowohl dem Reichen als dem Armen, das Seinige ordentlich zusammenzuheben, und widerfahren, auch dasjenige Getraid, so zum Mahlen, jederzeith überanthworttet wird, der Prob gemäs, gerecht und unverfälscht, und was es von Zeithen zu Zeithen giebt, ohne Abzug wiederum zu liefern und zuzustellen, nicht weniger vor (für) sich noch sein Gesind etwas erhalten, noch heimlich abtragen zu laßen, mithin in allem sich getreu, aufrecht, fromm und redlich*

zu erzeugen und zu verhalten, wie dergleichen gegen Gott dem Allmächtigen Er sichs zu veranantworten getraue, und so wahr Ihm Gott und sein Heil. Wortt helfete, alles getreulich und recht zu thun.

#### 4. Auszug aus der Württ. Polizeiverordnung wegen Ruß, Mutterkorn, Schwindelhafer und Kornraden in Getreide (vom 4. 11. 1816)

Die nasse Witterung im Sommer hat Krankheiten und giftige Unkräuter begünstigt, daher wird fleißiges Werfen und Sieben befohlen, den Kornmessern größte Aufmerksamkeit eingeschärft und den Müllern *die möglichste Säuberung der unter die Mühle gebrachten, mit Ruß, Mutterkorn oder Schwindelhafer und Kornraden vermischten Früchte zur Pflicht gemacht*. . .

*Um insbesondere das Getreide von Ruß vollkommen zu reinigen, haben alle Müller nicht allein sich mit einem Koppbeutel zu versehen, welcher in den nächsten Gang bei der Gerbmühle eingezogen wird, sondern auch den abgegerbten Kernen nachher durch den Stäuber laufen zu lassen*. . .

### Die einzelnen Mühlen im Epbach-Bereich

#### Cappel

Nach der Oberamtsbeschreibung von 1865 (S. 197) *fließen im Ort in die Ohrn der Söllbach und Epbach; letzterer treibt kurz vor seiner Einmündung eine Mühle mit drei Mahlgängen und einem Gerbgang, während an der Ohrn selber eine Oel-, Gyps-, Hanf- und Lohmühle liegt*.

Im frühesten Beleg für diese untere Epbachmühle, dem Gültbuch der Grafschaft Hohenlohe von 1410–1454 (GMA 41/154b), wird 1410 als gültpflichtiger Müller genannt Hans Eppe, *er git 3 pfund heller geltes uff sant martins tag von siner muln vnd 1 vasnachthun*. 1422 heißt es dort (S. 73): *Die müllerin von Cappeln geit 7 sh heller*.

1491 ist verzeichnet im *Gült und Zins Ampt Newenstein* (GMA 50) Peter Dilger mit *3 pfund Heller, 1 Vaßnachthun und deglichen Dinst von Eppenmulen*.

Ähnliche Abgaben sind auch 1552 und später vermerkt (NLA 13/21) für Peter Muglart. 1578 ist der tägliche Dienst genauer beschrieben (PAÖ 147/4) mit *1 Pferd, 1 Karch*.

Nach einer Zins- und Gültaufstellung zur bevorstehenden Landesteilung um 1610 (PAÖ 147/4/9) hatte Adam Seuboldt von der Eppenmühlen zu entrichten an Gült jährlich 15 sh und in jedem Veränderungsfall 5 fl zu Handlohn und Hauptrecht (eine Art Umschreibgebühr und Erbschaftssteuer).

Im Dreißigjährigen Krieg ist die Mühle abgebrannt und die Müllerfamilie, möglicherweise an der Pest 1634/35, ausgestorben. Jedenfalls waren die Güter laut *Lager- und Gültbuch über das Dorf Cappel* von 1672 (PAÖ-C 8/45 und 77) *schon lang Gn. Herrschaft heimbegefallen*.



Als gültpflichtig ist eingetragen der Müller Georg Wilhelm Labinger mit jährlich *15 kr an geld, 1 Faßnachthun und 12 Malter Mitzfrücht (Mahllohngetreide), wie er solches ermahlet, von seiner Inhabenden Mühl, so Er von Gn. Herrschafft mit Übernehmung dießer Gült pro 200 fl erkaufft . . . Uff solch seiner (wiederaufgebauten) Mühl muß der Müller auch einen Jag Hundt (für die Herrschaft) halten, wofür Er dießer Zeit 3 fl Hundts geldt Jährlichen abstattet, darf aber Keine Koppen (Kapaunen) erziehen.* In einem Konzept des Lagerbuchs ist später auf S. 97 mit Bleistift angefügt: *An Philipp Martin Bräuniger verkauft, lt Schatzungsbuch von 1705, Bl. 2b.* Nach dem um 1750 erstellten Schatzungsbuch (PAÖ-C 4) gaben *von ihrer inhabenden Mühl jährlich Gült: 15 kr an geld, 1 Faßnachthun, 6 Malter Mitzfrucht, wie solches ermahlet, anstatt ehemahls gewesener 12 Malter*

*Hannß Thomas Dieterichs Wittib*

*modo der Sohn Philipp Dietrich, Müller*

*1790 der Sohn Heinrich Dietrich und 1821 der Sohn gleichen Namens.*

*Dazu gehöret die Mühl mit 2 Mahl- und 1 Gerbgang, 2 Stuben, 7 Cammern, bühntem Keller, Stallung und Hoffreih, Mühl- und Wasserbau, 1 Stallung vor dem Hauß, 1 einbährigte Scheuer mit Stallung neben dem Hauß; an Äckern und Wiesen etwa 10 Öhringer Morgen (ca. 3,6 ha).*

Im Güterbuch (erstellt um 1850) ist das Cappeler Mühlenanwesen beschrieben als zweistöckiges Wohnhaus (Gebäude Nr. 21), Mahlmühle im Dorf mit steinernem Fuß, Stallung und gedremmten (= ungewölbtem) Keller, Schweinestall, Wasserstube, Backofen und Hofraum.

Mühlenbesitzer waren seit

1752 Johann Philipp *Dietrich*, Müller, verh. 1752 mit I. Susanna Christina Magdalena geb. Müller, einer Tochter des Pfaffenmüllers zu Öhringen, und II. Maria Juliana geb. (?)

1790 Friedr. Ludwig Heinrich *Dietrich*, Müller und Schultheiß, geb. 1770, gest. 1850, verh. 1790 mit Catharina Dorothea geb. Roth aus Eckartsweiler (1772–1847), 2 Kinder.

1820 Georg Friedr. Heinrich *Dietrich*, Müller, geb. 1798, gest. in Pfdelbach 1863, verh. 1820 mit Rosina Magdalena Barbara geb. Mögerle aus Füßbach (1804–1847), 6 Kinder.

1857 Bernh. Joh. Michael Heinrich *Dietrich*, Müller und Gutsbesitzer, geb. 1821, gest. 1880, verh. 1856 mit Johanna Susanna geb. Beyer aus Baumerlenbach (1837–1897), 12 Kinder.

1893 Gotthold *Haug*, Müller aus Löwenstein, und wieder verzogen, geb. 1855, verh. 1884 mit Christiane geb. Zeltwanger aus Maulach (geb. 1859), 7 Kinder.

1899 Wilh. Gotthilf *Kayser*, Müller aus Zell/Oppenweiler, und wieder verzogen, geb. 1872, verh. 1900 mit Magdalena Marie geb. Veyel aus Michelbach (geb. 1875), 3 Kinder.

1908 Karl Friedr. Julius *Hoffmann*, Müller aus Möhrig, geb. 1865, gest. 1923, verh. 1908 mit Christiane geb. Maurer aus Möhrig (188?–1934), 3 Kinder.

1925 Die Witwe *Christine Hoffmann und ihre 3 Kinder*. 1928 wurde zum Haus an der Straße ein Sägereigebäude erstellt.

1936 *Karl Pfisterer*, Säger aus Floßholz, gest. 1947, verh. 1906 mit *Sofie geb. Maurer* aus Möhrig (1885–1961).

1948 *Albert Pfisterer*, Säger, geb. 1909, gest. 1970, verh. 1946 mit *Helene Hanni geb. Jakob* aus Lauter in Sachsen.

1953 Holzwerk Cappel der Fa. Schaffitzel u. Co. Öhringen. Das alte Mühlgebäude und das Sägewerk wurde später abgebrochen.

### *Eckartsweiler*

Die Mühle wurde 1972 mit staatlicher Hilfestellung stillgelegt und im Grundbuch dazu beschönigend eingetragen *eine beschränkte Dienstbarkeit für den Mühlbetrieb zugunsten der Bundesrepublik Deutschland vom 12. 9. 1972–15. 8. 2002*.

Das Mühlgebäude liegt auf etwa 235 m NN an einem Mühlkanal des Epbachs, etwas unterhalb mündet der Weinsbach ein mit dem Reistenbach.



*Eckartsweiler Mühle*

1411 und 1430 ist die Eckartsweiler Mühle indirekt genannt im hohenlohischen Gültbuch (GMA 41/193 und 107b), wo es heißt: *Dis eker bauwet my herre uf dis zeit: Einen morgen ob Rystenbachs muln, galt 4 Sri, waß er truge* (= an angebaurem Getreide).

1491 schuldete der Müller *Contz Vlm der Jung* (GMA 50) an Gült 2 pfund heller, 2 herbsthüner 3 vaßnachthüner von der mulen zu eckartzweyler.

1552 entrichtete Linhart Werner (NLA 13/21 S. 31) 20 sh pfennig, 1 Faßnachthum und 2 Herbsthüner von der Mullen daselbst, und 1573 (PAÖ 147/4) Georg Werner, der Müller, dasselbe von der Mullen Alda.

1578 gab laut Gültbuch des Ampts Newenstein (PAÖ 147/4) Jörg Happolt, der Müller, 20 sh Pfennig, 2 Herbsthühner, 1 Faßnachthuhn mit seinen rechten und täglichen muhl diensten (= dienstbereit auf Abruf mit 1 Pferd und Karren) von der Mühle, so hievor Jörg Wernher gehabt, außerdem 21 Pfennig von einem guettlein uf der Hörnlings Halden, so Lienhart Werner hievor gehabt. Er mußte 1587 auch 1 fl 19 sh 4 pfennig Türkensteuer bezahlen (NLA 43/29).

In dem um 1606 nach dem Tod des Grafen Philipp zur Landesteilung aufgestellten Gültverzeichnis von Eckhartsweiler ist Georg Rudell aufgeführt, von seiner Myhlen zu geben 20 sh, 1 Herbsthuhn, 1 Faßnachthuhn und in jedem Veränderungsfall 5 fl zu Hauptrecht und Handlohn.

Im Lagerbuch Eckhartsweiler von 1672 (E 1/18a) ist zu lesen über Güter mit Hauptrecht und Handlohn: *Niclas Weidtsecker, Müller in der Ziegmühle, gibt Jährlich, 1700 Heinrich Weizsecker, 1756 Andreas Heinrich Weydsecker 1 fl an Geldt, 1 Faßnachthum und 2 Herbsthüner, auch 1½ Pfundt Wachß von der Eingäscherten und im Kriegsweßen (Dreißigjährigen Krieg) abgebrannten Mühl zu Eckhartsweiler, so weyl. Georg Rudels geweßen. Darzu ist gehörig Gemelte eingegangene Mühl, Hofrait, Scheuern, so alles wüst, und ein halb Viertele Graßgarden, beyeinander gelegen. (Nachtrag: Die Mühl stehet gebaut, die Scheuer aber noch nicht). Undt hat Er Müller hiebevordaruff Ein Hund und zwei Kappaunen Jährlich erziehen müßen, so biß die Mühl wird erbaut, in abgang beruhet... (Nachtrag: Die Hunds- und Capaunehaltung wurde auf dem Grund der Beedengesetze v. 27. Oct. 1836 Art. 5, 2 vermöge Vertrags vom 30. Juni 1840 im 20 fachen Werthbetrag abgelöbt.).*

Das Schatzungsbuch (E 2/69b) 17091 berichtet:

*Heinrich Weidtsecker, modo Wolfgang, 1756 Andreaß Heinrich Weydsecker Eine Mühlbehausung, so erst anno 1680 wider erbaut worden, Hoffrecht und Plaz, worauff eine Scheuern gestanden, dann Ein Krauthgärtlein auff dem Mühlwehr, gibt davon...*

*1 fl an gelt, 1 Faßnachthum, 2 Herbsthüner, 1½ pfundt Wax...*

*Nota: Es ist bey dißer Mühlen weitres nichts alß obiges, und hat so gar einen Seuchten Wassergraben, daß wann ein wenig Kalter Winter einfällt, solcher zugefrieret, daß Er nicht mehr mahlen kann. Im übrigen auch keine anderen Mahlgäste hat, alß die im Weyler, deßwegen solche Uneinträgliche Mühlen man nicht höher gegen andere (hat) ansetzen können.*

1701 waren veranschlagt für die Mühle, ein kleines Gärtlein, 3 Morgen Acker und 1¼ V Wiese 349½ fl, dazu 4 fl für Mobilien, 6 fl für eine Kuh, Abzüge 49 fl, so daß verblieben 310½ fl. Des weiteren: für 1 Dienstpferd und den halb verrichteten Dienst 2½ fl, für 1 Hund zu halten 3 fl, für 2 Kapaunen zu mästen jährlich in die Küchenschreiberei 100 Eier.

Aus dem Schatzungsbuch (E4/123–127d) erfahren wir, daß die Mühle erneut abgebrannt und 1727 wieder aufgebaut worden ist mit 2 Stuben, 9 Kammern, Böden, *nebst 2 Mühl- und 1 Gerbgang*. Die Gült blieb unverändert. Als gültpflichtig wurden genannt: Wolfgang Friedrich Weidsecker, 1756 Andreas Friedrich W., 1799 Joh. Friedrich W. (damals betrug die Schatzung 876¼ fl), 1839 Christian Friedrich W., 1840 Georg Michael Müller.

Eigentümer der Eckartsweiler Mühle waren nach den kirchlichen Registern: ab 1680 Johann Heinrich *Weidsecker*, geb. 1654 als 2. Sohn des Niclas W. und der Elisabeth Firnsler von der Ziegel- oder Bernhardsmühle, gest. 1729. Bereits den Eltern gehörte das im Dreißigjährigen Krieg verwüstete Eckartsweiler Mühlengrundstück. Dort baute Heinrich W. 1680 die Mühle wieder auf und heiratete 1681 Magdalena Roth aus Belzhag (1657–1719).

Eine jüngere Schwester Heinrichs schloß 1691 die Ehe mit dem Weißensburger Müller Christoph Pfisterer, einem Vorfahren jener Pfisterer, die 1854 als Müller nach Eckartsweiler kamen.

Seit etwa 1711 der Sohn Wolfgang Friedrich *Weidsecker* (1687–1747), verh. I. 1711 mit Maria Margaretha Pfeiffer (1691–1716) aus Eckartsweiler, II. 1717 mit Maria Katharina Schlösser (1696–1765).

Der Sohn Gottlieb Jacob Weidsecker (1736–1798) war fürstlicher Mundkoch. Des Mundkochs älterer Sohn Carl Friedrich Gottlob W. (1774–1835) wurde Stadtschultheiß und der jüngere Sohn Christian W. (1785–1831) Stiftsprediger in Öhringen. Letzterer ist ein Ururgroßvater der Gelehrten- und Politikerfamilie von Weizsäcker. 1756 Andreas Friedrich *Weydsecker* (1729–1795), Müller, verh. 1765 mit Margaretha Dorothea geb. Eberhardt aus Westernach (1745–1816), 10 Kinder.

1799 Johann Friedrich *Weidsecker* (1769–1838), Müllermeister und Schultheiß, verh. 1803 mit Eva Maria Mezger aus Neuenstein (1782–1841), 3 Kinder.

1839 Christian Friedrich *Weidsecker* (1805–1858), Müllermeister, verh. 1831 mit Maria Rosina geb. Gebert, verwitw. Bort aus Weinsbach (1796–1860). Er mußte seiner vielen Schulden wegen die Mühle und den Hof 1840 verkaufen.

1840 Georg Michael *Müller* (1804–1853), Müller aus Untersöllbach, verh. 1831 mit Katharina Barbara Beyerbach aus Untersöllbach (gest. 1852), 5 Kinder.

1854 bzw. 1868 die Müllerstochter Rosine Christiane Barbara geb. *Müller* (1835–1866), verh. 1854 mit Johann Christian *Pfisterer* (1831–1911), Müllermeister aus Weißensburg, 5 Kinder. Nach ihrem Tod erbt er die Mühle. Er schloß 1863 eine II. Ehe mit Eva Magdalena Barbara geb. Steinbach aus Lohe (1839–1921), 7 Kinder.

1904 Georg Friedrich *Pfisterer* (1869–1943), Müllermeister, verh. 1907 mit Lina geb. Klenk aus Kesselhof/Kirchensall (1883–1971), 3 Kinder.

1939 Ernst *Pfisterer* (1909–1962), Müllermeister, verh. 1939 mit Marie Lina Anna geb. Heinrich aus Untersöllbach (gest. 1893), 5 Kinder.

1964 Anna Pfisterer, Witwe des Ernst Pfisterer.

1971 Heinrich Pfisterer, Müllermeister, geb. 1942, verh. 1971. Er legte 1972 die Mühle still.

*Ziegel- oder Bernhardsmühle**Bernhardsmühle*

Der ältere Name ist wohl Ziegelmühle, durchgesetzt aber hat sich schließlich Bernhardsmühle (in verschiedener Schreibweise). In einem Verzeichnis der Mühlendienste von 1578 (PAÖ 147/4) ist die Ziegelmühle mit 1 Pferd und Karch vermerkt und im Türkensteuer-Schatzungsregister (HLN 43/29) der Müller Peter Virntzler mit 7 fl 5 sh 8½ pfennig.

1579 mußte Peter Virntzler 8 fl 4 batzen entrichten, die benachbarten Hannß Schwarzenbergers Kinder 1 fl 5 batzen, Jörg Schwarzenberger 14 batzen und Bernhard Müllers Kinder 10 batzen. Auf jenen Bernhard Müller geht wohl der Name Bernhardsmühle zurück, umgangssprachlich Berndsmühl. Vielleicht war besagter Bernhard eine besonders originelle Natur, von der man sich immer wieder erzählte. Das Gültbuch der Grafschaft Hohenlohe von 1410–1450 (GMA 41/109) berichtete 1430: *hannsen müller bei mule gibt 12 sh 30 ayer vnd 4 herbsthüner*. Die Berufsbezeichnung Müller ist hier wohl zum Familiennamen geworden.

Am Montag nach Oculi 1499 bestätigten Graf Kraft von Hohenlohe und Mathias Haße, Dekan des Stifts in Öhringen (GH 10/15), die Eigenständigkeit der Kirche zu Neuenstein, die bis dahin ein Filial der Stiftskirche in Öhringen gewesen war, doch nun ihren eigenen Pfarrer bekam. Dabei wurde aufgezählt, daß zu dieser Kirche



Kartenausschnitt

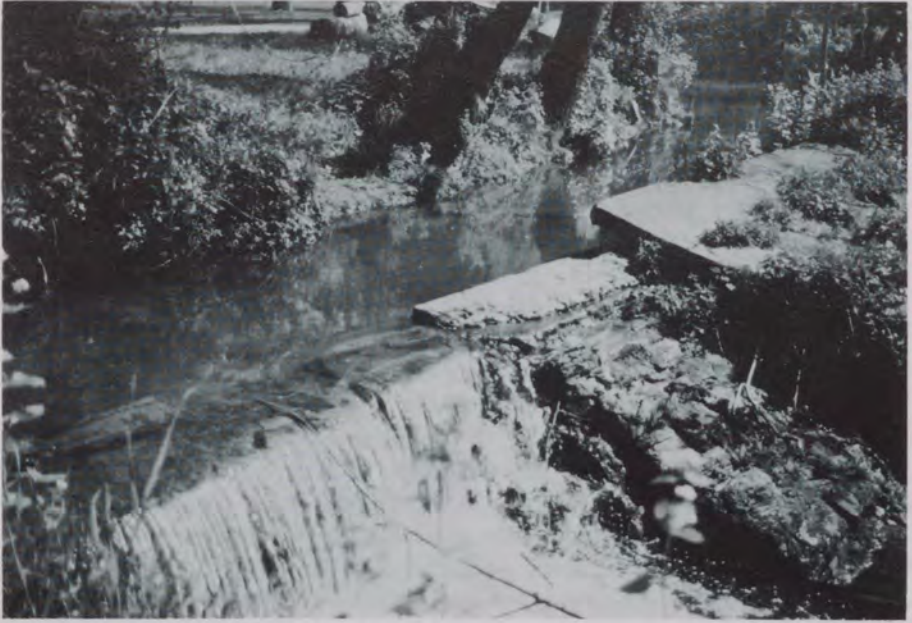
gehören sollten: Neuenstein Schloß und Stadt, der Schafhof, die Herrnmühle, die Gronigsmühle (später als Windmühle bezeichnet), Schwarzenbergers Mühle (die später Ziegel- oder Bernhardsmühle genannt wurde), Obersöllbach ... u. a. 1533 verkauften (GHA 8/327) Hans Schwarzenberger und Margarete seine Hausfrau, seßhaft auf der Schwarzenberger Mühle unterhalb Neuenstein, an das Gemeine Brot im Stift zu Öhringen eine Gült von einem Gut unterhalb der Mühle, genannt Stoffel Kerns Gut. Über die verwandtschaftlichen Beziehungen der Schwarzenberger mit den Müllers gibt es keine Unterlagen.

Es muß wohl eine Besonderheit an der Mühle selbst gewesen sein, die ihr in der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts den Namen Ziegelmühle eingetragen hat, vielleicht war es ein mit Ziegeln gedecktes Dach nach einem Brand gegenüber den üblichen Strohdächern (Lehm für Ziegel gibt es überall in der Umgebung). Der derzeitige Eigentümer G. Hettenbach berichtete, bei Grabarbeiten hinter dem Haus auf eine dunkle Erdschicht gestoßen zu sein, die auf einen Brandfall hinweise. Gefunden wurden dabei auch 3 tiefliegende parallele Wasserrinnen, die auf mittelschlächchtige Wasserräder hindeuten. Die Rinnen waren mit harten Sandsteinen ausgelegt, »wie sie oben in Waldenburg vorkommen (Kieselsandstein) und wie man sie gerne nimmt in frostgefährdetem Bereich«. Archivalien dazu fehlen. Im Neuensteiner Lagerbuch (N 17), in den späteren Schatzungsbüchern sowie in den alten Kirchenregistern werden die Namen Ziegel- und Bernhardsmühle nebeneinander verwendet.

Laut dem Gült- und Lagerbuch Neuenstein von 1672 (N 17/1235f.) gab Niclas Weidtseckher, ab 1700 Hanß Crafft W. und Leonhard Frank ab 1805 *Jährlich 1 fl 46 kr 1 pfennig an geldt, 4 Sommerhüener undt 1 Faßnachtuen von seiner Mühlen, Scheuern undt Hoffrecht, Krautgarten, ½ V Wiesen und ¼ V Graßgarten hinder der Scheuern, 1 Morgen Etzwaidt unden an die Eppbach stoßend. ... Uff dieser Muhl ist auch der Müller Jährlich zwey Kappaunen undt ein Jaghund zu halten schuldig; vertritt darneben 1 Dienstpferdt, thut aber darmit nur wie andere Müller Dienst.* Letztere Verpflichtungen wurden 1840 mit dem zwanzigfachen Wertbetrag abgelöst. Auf Neuensteiner Markung lagen noch 2 kleinere gültpflichtige Grundstücke der Ziegelmüller, für die 1½ Pfund Wachs abzuliefern waren; 4½ Morgen Acker waren als eigene Güter gültfrei.

In den fortgeschriebenen Schatzungsbüchern (N 26/910ff.; N 27/776ff. von 1750); N 32/237ff. ab 1785) wurden als Müller genannt: Hannß Crafft Weidsäckher, Michael W. mit 1502 fl Schatzung, Friedrich Gottfried W., ab 1805 Leonhard Franck, ab 1819 Joh. Michel Jacob und ab 1835 dessen Ehenachfolger Georg Michael Eßlinger. Die Mühlbehäusung wurde beschrieben als zweistöckig mit 2 Stuben, 8 Kammern, Böden, Stallung und Hofrecht, 3 Mahlgängen und 1 Gerbgang, dreibährigte Scheuer mit gewölbtem Keller, 1 Vorbäulein samt Wagenhütte, neben der Scheuer mit gebühntem Keller 1 stehende große Viehstallung, 1 Schweinestall, Garten-, Wiesen- und Ackerstücke.

Über dem Eingang des jetzigen Hauses steht: *Im Jahr Christi 1836. Dieses Haus erbaute mit Gotteshülf Michael Eßlinger und dessen Ehefrau Rosina Maria.* Es wurde



*Einstiges Mühlwehr der Bernhardsmühle*

im Gebäudekataster II 1858/59 (Blatt 295 mit Nr. 5) beschrieben als dreistöckiges Wohnhaus, die Mahlmühle mit 3 Mahlgängen und 1 Gerbgang, nebst Stallung, Staubhäuschen, zweibarnigter Scheuer und gewölbtem Keller und Stallungen, ein zweistöckiges Stallgebäude, eine einstöckige Schaf- und Schweinestallung und Hofraum, erkaufte

1856 von Joh. Jakobs Erben durch Müller Johann Hettenbach, 1904 dessen Sohn Müller Christian Hettenbach, verh. mit der verwitweten Rößleswirtin Pauline Götz geb. Augst.

1930 ist im Grundbuch Heft Nr. 210 die Erbengemeinschaft Hettenbach (Witwe Pauline und die Kinder Paul, Anna und Otto), ab 1940 Müllermeister Paul Hettenbach eingetragen und ab 1961 Landwirt Günter Hettenbach und dessen Ehefrau Inge geb. Förster. Letztere legten die Mühle still durch den Eintrag einer beschränkten Dienstbarkeit ins Grundbuch zugunsten der Bundesrepublik Deutschland dahin: *Mehl, Backschrot, Grieß oder Dunst für die menschliche Ernährung oder für technische Zwecke aus Roggen, Weizen, Spelz (Dinkel, Fesen, Emmer oder Einkorn) darf auf dem Grundstück bis zum 31. Jan. 1990 nicht hergestellt werden...*



Auszug aus dem Kaufvertrag vom 7. Okt. 1856:

Johann Hettenbach, ledig, 22 Jahre alt, Bauer von der Bernhardsmühle, ersteigerte die Verlassenschaftsmasse des verst. Müllers Joh. Ludwig Jakob von den Erben, nämlich ein 1836 neu erbautes Wohnhaus, darin die Mahlmühle mit 3 Mahlgängen und 1 Gerbgang, Scheuer, Stallgebäude und 43 Morgen Acker, Wiesen, Gärten und Weinberg um 17400 fl und dem lebenslänglichen Leibgedinge und Wohnsitz im Haus für den Stiefvater Müller Michael EBlinger und den Aufenthalt von dessen ledigen Kindern... Zur Mühle gehörten: 12 Wannen, 10 Siebe, 4 Abräther (kl. Siebe), 4 Kehrwische, 6 Billen (= Hämmer zum Schärfen der Rillen oder Schrenzen in den Mühlsteinen), 3 zweispitzige Hämmer und 2 Kieselhämmer (zum Aufrauhnen der Mahlflächen), 1 Buxmeißel, 2 Hebeisen, 1 Schnellwaage, 6 Mitzgeschirre u. a. Werkzeug.

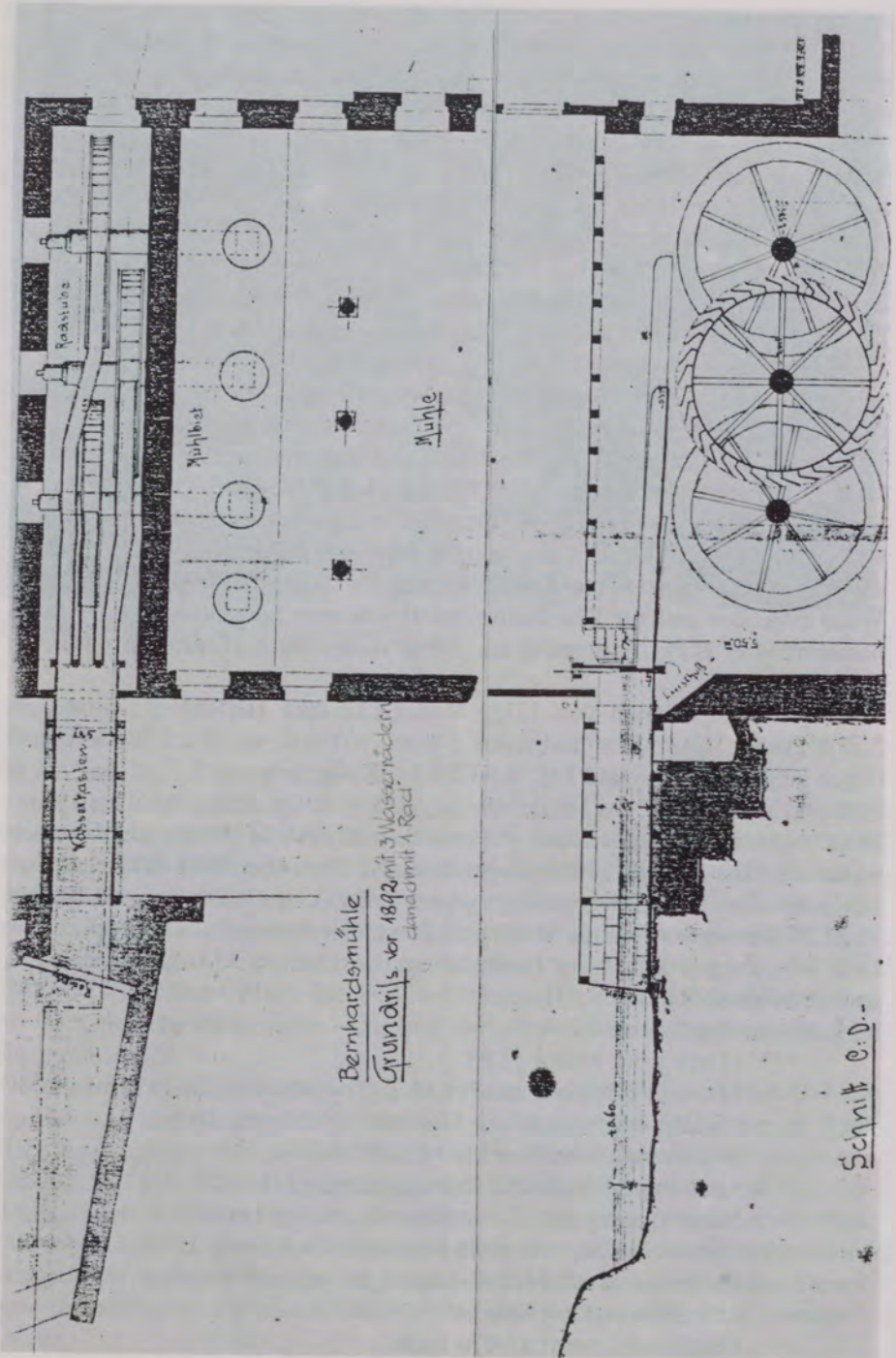
1892 wurden die 3 alten oberschlächtigen Wasserräder ( $\varnothing$  4,4 m und 4,5 m) sowie die dreiteilige Radfalle ersetzt durch: 1 neues oberschlächtiges Holzrad ( $\varnothing$  5 m u. 1,1 m breit, Rosette und Achse aus Eisen) und eine einteilige eichene Falle (1 m lang, ein 0,9 m breites Gerinne, Seiten 0,4 m hoch, Gefälle 6 cm). Für das neue Rad war bei 180 l/sec Wasser und 65 % Nutzeffekt eine durchschnittliche Leistung von 9 PS errechnet worden. 650 m oberhalb der Bernhardsmühle bzw. 490 m unterhalb der Windmühle wurde in den Epbach für den Mühlkanal ein 5,93 m langes festes Wehr eingebaut und zur Regulierung bei Hochwasser oder Stillstand der Bernhardsmühle in 242 m Entfernung ein Ablaß in den Bach vorgesehen mit 0,6 m breiter Falle.

Im Eichzeichenprotokoll von 1912, Müller Christian Hettenbach, wurde ein 2,25 m großer Holzrechen (Stabdichte 5–8 cm) vermerkt vor einem Wasserkasten (5,8 m lang, 0,9 m breit und 1,05 m hoch); das Radgerinne war 4,15 m lang, 0,9 m breit und 1,05 m hoch; das Nutzgefälle betrug 5,93 m; der Abflußkanal maß 80 m. 1937/38 ließ Müllermeister Paul Hettenbach statt eines Mühlrads eine Wechselwasser-Turbine mit 240 Umdrehungen/min zum Preis von 2000,- RM einbauen; sie leistete bei voller Beaufschlagung mit 200 l/sec und 85%igem Nutzeffekt 13,75 PS. Der Antrieb wurde übertragen durch eine Boden-Transmission.

Laut Schätzungsprotokoll zur Gebäudebrandversicherung 1937 war dort installiert an Mühleinrichtung:

im I. Stock (Mahlraum):

- 1 Drehstrom-Motor 11 PS
- 1 Porzellan-Walzenstuhl mit Holz-Vorratskasten für 25 Ztr.
- 1 Schrot-Walzenstuhl mit Einschütt-Trichter für 30 Ztr.
- 1 Mehlmisch-Maschine für 24 Ztr/Stunde
- 1 Einschütt-Trichter für Reinigungstransport
- 1 Schwarzgang mit 2 Champagne-Steinen je 1 m  $\varnothing$
- 1 Schütt-Trichter mit Holz-Vorratskasten für 20 Ztr.
- 1 Schrotgang mit 2 Kunst-Steinen  $\varnothing$  1 m, samt Trichter
- 3 Sack-Stulpen mit Rohren
- 1 einfacher Transport, 6 m hoch



Bernhardsmühle. Grundriß vor 1892

im II. Stock (Absackboden):

- 1 Decken-Transmission, 16 m lang
- 9 Absackschnallen
- 1 Horizontalschnecke, 1,25 m lang
- 4 Gieß-Putzmaschinen

im Dachstock:

- 1 Müller-Aufzug durch 4 Stockwerke
- 1 Spitz- und Schälmaschine (um Schale und Keimling zu entfernen)
- 1 hängender Trieur (= Ausleser zur Reinigung)
- 1 Zweikasten-Plansichter mit je 8 Sieben (zur Sortierung des Mahlguts)

im Kehlgebälk:

- 2 Aspirateure (zur Be- und Entlüftung, Entstaubung und Kühlung)
- 4 Transporte, 15 m hoch

Müller auf der Ziegel- oder Bernhardsmühle (nach dem Kirchenregister):

Nach dem für 1430 bereits erwähnten Hannsen *Müller* (GMA 41/109) wurde in dem 1565 begonnenen, aber zunächst unregelmäßig geführten Neuensteiner Kirchenregister im Jahr 1574 die Geburt der Tochter eines Melchior *Müller* und seiner Ehefrau Magdalene vermeldet ohne Ortsangabe. Er soll »Berndsmüller« genannt worden sein (warum ist unklar), auch sein Verhältnis zu den 1587 aufgeführten Bernhard Müllers Kindern (HLN 43/29). In einer Türkensteuerliste jedenfalls war »Peter *Virtzler* der müller« eingeschätzt mit entsprechendem Vermögen. Er steht als Ziegmüller und Besitzer des Gerichts in den kirchlichen Aufzeichnungen, verh. I. mit Margarete (4 Kinder um 1578), aus einer II. Ehe stammen die 1603 geb. Zwillinge Paul und Elisabeth.

Als Ziegmüller bezeichnet sind auch die Söhne Hans *Firnsler*, geb. um 1580, verh. mit Eva (9 Kinder geb. 1610–nach 1626); Michael *Firnsler*, verh. 1602 mit Anna geb. Batz verwitw. Breunger (1 Kind 1612); Paul *Firnsler*, geb. 1603, verh. 1623 mit Anna Stecher aus Weiler (Kinder: Paul 1624, Eva Maria 1626, Elisabeth um 1630, Salomo).

Niclas *Weidsäcker*, geb. um 1612 zu Waldmohr im Fürstentum Zweibrücken, gest. 1673, verh. 1650 mit der etwa zwanzigjährigen Elisabeth *Firnsler* (gest. 1703 nach einer 1682 geschlossenen 2. Ehe), 8 Kinder zwischen 1652–1673.

Hans Krafft *Weitsäcker*, geb. 1652, gest. 1732, verh. 1676 I. mit Veronica Halbisch aus Eckartsweiler (1655–1691, 5 Kinder); verh. II. 1692 mit Maria Barbara Wüst, Müllerstochter aus Hohrain (7 Kinder geb. 1693–1711).

Johann Michael *Weidsäcker*, geb. 1700, gest. 1759, verh. 1726 mit Eva Rosina Gözl, Müllerstochter aus Plochingen (2 Kinder geb. 1727 und 1732).

Friedrich Gottfried *Weidsäcker*, geb. 1727, verh. 1756 mit Ursula Katharina Frank aus Einweiler (2 Kinder geb. 1758 und 1764).

Georg Leonhard *Franck* aus Bernhardsmühle, geb. 1773, gest. 1819, verh. 1793 mit Rosina Margaretha Rupp aus Obersöllbach (1771–1834, Tochter Rosina Marie geb. 1794); *Franck* hat die Mühle käuflich erworben.

Johann Michael *Jacob* aus Untersöllibach, geb. 1789, gest. 1834, verh. 1816 mit der Müllerstochter Rosina Maria Franck (1794–1854), 10 Kinder.

Georg Michael *Eßlinger*, geb. 1803 in Neureuter Mühle, gest. 1875, verh. 1835 mit der Müllerswitwe Rosina Maria Jacob geb. Franck (1 Sohn 1835).

Johann Peter *Hettenbach*, geb. 1834, gest. 1915, verh. 1857 mit Eva Rosina Carle aus Neureut (1830–1900). Hettenbach hat die Mühle 1857 von Jacobs Erben käuflich erworben.

Georg Christian Friedrich *Hettenbach*, geb. 1864, gest. 1925, verh. 1903 mit Pauline Karoline verwitw. Götz geb. Augst, 4 Kinder.

Paul *Hettenbach*, geb. 1904, gest. 1987, verh. 1931 mit Helene Wochele aus Ludwigsburg.

### *Eschelbach*

Unterhalb der Windmühle in Neuenstein mündet in den Epbach der Eschelbach. An dessen Quellzulauf nahe der Kelter klapperte bis nach dem I. Weltkrieg eine 1739 von der Herrschaft Hohenlohe-Waldenburg in Bestand (= Pacht) verliehene kleine Mühle (Gebäude Nr. 9) mit 2 Mahlgängen und 1 Gerbgang (lt. Oberamtsbeschreibung Öhringen 1865). Der letzte Müller Christian Klaiber beantragte 1914, sein Wassertriebwerk Nr. 48 in das Wasserrechtsbuch einzutragen. Das Wehr war 3,15 m breit, Stauhöhe am Werk 2,5 m.

Der Erbauer dieser Mühle, Johann Georg Eichinger (gest. 1749), ein Waldenburger »Zimmer Bollier« (W 17/467 und W 18/159 5/8), hat 1747/48 auch die Fasanenmühle erbaut. Erster Bestandsmüller war Johann Christoph *Prehm* (W 18 Schatzungsbuch des Amtes Waldenburg von 1681). Er ist in die Eschelbacher Kirchenbücher, in Ermangelung einer geistlichen Amtshandlung, nicht eingegangen. Als Zugezogener verließ er nach Ablauf der Pacht wieder den Ort.

Auf Lichtmeß 1754 übernahm die Mühle Georg Friedrich *Schumm* (Sohn eines Ingelfinger Bäckermeisters und Gerichtsverwandten), geb. 1723, gest. 1780, verh. 1757 mit Anna Dorothea Starck aus Neuenstein (1725–1780).

Ihm folgte der Sohn Christoph Friedrich *Schumm*, geb. 1758, gest. 1805, verh. 1780 mit Maria Margarethe Frank aus Cappel (1760–1823, sie hatte 14 Kinder von 1781–1804). Der Schatzungswert des Anwesens betrug um 1800 280 fl (E 39/190).

Johann Jakob Friedrich *Schumm*, Müller und von 1827–1835 auch Heiligenpfleger, geb. 1784, gest. 1861, verh. 1824 mit Maria Katharina Wagner aus Rückertsbronn (1802–1864, sie gebar 9 Kinder von 1824–1839).

Georg Friedrich *Schumm*, geb. 1826, gest. 1874, verh. 1853 mit Catharina Margarethe Barbara Weyhprecht (1830–1884, zehn Kinder von 1854–1871).

Friedrich Christian Albrecht *Schumm*, geb. 1854, gest. 1919, verh. 1884 mit Rosine Katharina Friederike Veil aus Beingasse (10 Kinder von 1885–1900). In dem um 1853 erstellten Gebäudekataster und folgenden Grundbuch wurde das Mühlgrundstück folgendermaßen beschrieben: Wohnhaus mit Keller, Mühlgebäude, Schweinestall, Scheuer und Viehstall, Schafstall, Waschhaus, Schuppen, Hofraum und Baumgarten neben dem Mühlgraben.

Johann Georg Christian *Klaiber* aus Eschelbach, Weingärtner und Müller, geb. 1861, gest. 1930, verh. 1893 mit Barbara Katharina Magdalena Wieland aus Eschelbach (1862–1929, zwei Kinder).

Christian *Klaiber*, Bauer, geb. 1896, verh. 1928 mit Karoline Weippert aus Oberrohrn (1898–1970).

### *Die Windmühle in Neuenstein*



*Windmühle*

Sie wurde genannt 1422 im Gültbuch der Grafschaft Hohenlohe (GMA 41/92) als *dy mulle vnder dem see hinabe gelegen dy Wendel gronig hat* (beim Namen ist radiert und später eingetragen worden), *gibt jehrlichen martini 12 sh h ye 3 pfennig für 1 sh, 37 ayer zu ostern vnd 3 Sumerhüner*. In ähnlicher Weise wurde Wendel Grönig auch erwähnt in Gült und Zins Neuenstein 1491 (GMA 50) und als zum Kirchspiel Neuenstein gehörig 1499 (GHA 10/15).

1511 verkaufte Wendel Grönig seine Mühle an den Neuensteiner Bürger Hans Schwarzenberger, den Jungen, um 230 fl, woran 50 fl in bar und der Rest in Raten zu je 30 fl jeweils auf Martini zu bezahlen waren. Die Gült an die Herrschaft betrug 3 sh pfennig, 30 Eier und 3 Herbsthühner, an die Frühmeß zu Neuenstein 15 pfennig. Da Schwarzenberger seinen Ratenzahlungen nicht nachkam, verkaufte Wen-



Kartenausschnitt. Windmühle



*Windmühle: Aufgang zum Mühlbieth*



*Vorne der Schwarzgang, hinten der Weißgang*



*Einzelner Mahlengang mit Läutevogel auf der Gosse. Rechts aushebbarer Kranthalgen mit Mühlsteinzange, unterm Fenster Stellrädern zur Wasserregulierung*



*Windmühle: Plansichter und allerlei Antriebe*



*Grießputzmaschine*



*Der letzte Epbachmüller  
Karl Kuhn im Aufzug*



del Grönig seine Restforderung von 150 fl im Jahr 1517 an den Grafen Albrecht von Hohenlohe (GHALVII Neuenstein 11 und 12).

Laut Gültbuch 1552 (NLA 13/21 S. 25) zahlte der Müller Michel Laibinger an die Herrschaft seit Trinitatis 1547 jährlich zurück 1 fl 1 Ort für ein Darlehen von 25 fl, womit *sein müll verunderpfandet sein soll*.

1578 entrichtete die Gröninger Mühle, nun auch *Windmühl* genannt (PAÖ 147/4), *1 fl und 1 Vaßnachhuen Gült und zu Jedem fall 5 fl vermög eines briefs, so hir der Canzley Registrirt, und hatt Jährlich einen besetzten Dienst mit einem Karch zu thun*. Diese Gült hatte ab 1588 (PAÖ 147/4/6 S. 50) auch Bastian Boster zu entrichten. Der in der Folge üblich gewordene Name *Windmühle* für ein Wassertriebwerk weist hin auf den damals auf gekommenen mühltechnischen Fortschritt, beim Gerben des Dinkels ein Windgebläse einzusetzen, um die abgeriebenen Spelzen vom Kernen zu fegen. Ein auffallendes Teil oder Merkmal gab hier, wie oft in der Sprache, dem Ganzen seinen Namen (wie z. B. der Rotschopf, die Blonde). Später wurden auch bloße Gerb- und Putzmühlen als *Windmühlen* bezeichnet.

In den Gültübersichten um 1606 und 1615 (PAÖ 147/4) war als Windmüller Jörg Heffelin (Häfellin) verzeichnet. 1635/36 schuldete *Wüindtmüller Jerg Bestlin* zur Gült noch 3 Sri 3 Viertel ein Korn. In den Kammerprotokollen 1667/68 (A 12/3/19) wurde Hannß Mayer auf der Windmühle erwähnt.

Nach dem Lagerbuch von 1672 (N 17/302) war die »Windmühl« eingeschätzt auf 490 fl. Sie *hält 60 Schuch in der Leng und 24 in der Breitung (17,6 × 7,05 m) ohne die Rathstuben, dieselbe ist 30 Schuch lang und 3 Schuh breit, darinnen 3 Weye Waßer Reder, zwey Kammreder, zweeen mahlgang und ein Gerbgang mit dem Trilles, so mit dem Waßer Rath getriben wird; hatt zwey Stockwerkh, mehreren Theils mit einem steinern Fuß. Im ersten Stockwerkh daß mühlwerkh, Ein Stüble, Ein Kamer ahn der mühl. Unnder der Kammer ein getrümbtes Kellerle, Stallung zue Sechs Stückh Vieh, zween Schweinstall in einem Viehstall. In dem anderen Stockwerkh eine Stuben, Küchen und zwo Kammern, welche der Bawfelligkeit halber, ingleichem auch der Bödam nicht zu gebrauchen, und vor dißes von den Soldaten alles verwüestet worden*. Im April 1700 verkaufte die Herrschaft Hohenlohe-Öhringen (N 17/911) die Gröningers oder Windmühle an Hans Georg Wegelin. Er schuldete jährlich an Gült 5 fl, 1 Fasnachthuhn, 6 Malter Korn und bey ereignenden Veränderungs- u. Tottesfällen zu Handlohn und Hautrecht von jedem einhundert Gulden 5 fl, vertritt anbey jährlich ein Dienstpferd mit 5 fl.

Im Schatzungsbuch N 25/289 wurde Leonhardt Michel Wägele genannt als gültpflichtiger Windmüller; im Schatzungsbuch N 27/719 ein neuerbautes Haus mit Mahlmühle beschrieben, *volgo die Windmühlen mit 1 Stube, 4 Kammern, Böden und bühntem schlechtem Kellerlein, nebst 2 Mahl- und 1 Gerbgang*, ferner 1 einbahrigte Scheuer mit Stallung und eine neuerbaute Ölmühle hinter dem Mühlbau; Müller darauf war Christian David Wägele und ab 1768 Andreas Knöller.

Nahezu gleich beschrieben ist die Windmühle im letzten Schatzungsbuch der Herrschaft Hohenlohe (N 32/184), hinzu kam nur noch eine neuerbaute »Gypsmühl und Hanfreibe«. Müller waren ab 1785 Johann Franz Meißner, 1816

Christoph Friedrich Hau, 1844 dessen Sohn Wilhelm Philipp Hau und seit 1866 ist es mehrere Generationen hindurch die Müllerfamilie Kuhn (Jakob, Ludwig 1882, Karl 1920 und Karl).

Einige Daten aus einem Protokoll 1911:

Zulaufkanal 220 m lang und 1,15–4 m breit; Sammelweiher 40 × 15 m; Zulaufgrinne 11,9 m lang und 0,54–1,11 m breit; Radgrinne 4 m lang und 0,6–0,8 m breit; 1 oberflächliches Wasserrad 4,5 m hoch und 1 m breit; Unterwasserspiegel 258,7 m NN; Unterkanal 11 m lang überdeckt, 80 m lang offen und 1,4 m breit.

1930 baute Karl Kuhn die Windmühle aus, das alte Wasserrad wurde durch ein Turbinenriebwerk ersetzt. Als einziger Müller am Epbach mahlt 1987 noch der Sohn Karl Kuhn jährlich ca. 25 t (etwa  $\frac{1}{10}$  von einst), meist Weizen für einige alte und auch neue Kunden, und betreibt Landwirtschaft.

Windmüller, von denen die Kirchenregister wissen:

*Bästlin* Georg, seine Ehefrau Barbara hat 11 Kinder geboren zwischen 1598–1616.

*Häffelin*, Georg, erst auf der Herrn-, später auf der Windmühle, Ehefrau Margarethe; 2 vor 1600 geb. Töchter haben 1614 und 1622 geheiratet, 5 weitere Kinder sind geb. 1600–1610.

*Arras*, Hans, 1 Kind geb. 1648.

*Mayer* (Meyerer), Hans, Ehefrau Ursula; 3 Kinder geb. vor 1655, 4 weitere Kinder geb. 1655–1664; ein Sohn heiratete 1669.

*Wägelin*, Leonhard Michael, verh. 1709 mit Maria Margarete Kern, 7 Kinder geb. 1714–1725.

*Wägelin*, Christian David, verh. 1744 mit Anna Maria Vollmer, 10 Kinder geb. 1745–1764.

*Meißner*, Johann Franz, geb. 1761 als Sohn des Schleifmüllers, gest. 1833, verh. 1785 mit der Windmüllerstochter Anna Sabina Wägelin (1764–1842), 5 Kinder.

*Hau*, Christoph Friedrich, geb. 1791 in Neuffen, gest. 1848, verh. 1816 mit der Neuensteiner Bierbrauerstochter Christine Jakobine Himmelein (1791–1841), 3 Kinder.

*Hau*, Wilhelm Philipp, geb. 1818, gest. 1854, verh. 1844 mit Johanna Friederike Beck aus Urach (1816–1865), 9 Kinder.

*Großhans*, Johannes, geb. 1825 in Berneck b. Nagold, verh. I. 1859 mit der Müllerswitwe Johanne Friederike Hau (1 Kind).

*Kuhn*, Christian Jakob, geb. 1821 in Neuffen, gest. 1886, verh. I. 1849 mit Christina Barabara Heß aus Neuffen (1822–1864), II. mit Maria Barbara Muckenfuß; zus. 16 Kinder.

*Kuhn*, Johann Ludwig, geb. 1852 in Neuffen, gest. 1919, verh. 1882 mit Karoline Christine Burkhard aus Unterginsbach (1857–1944), 12 Kinder.

*Kuhn*, Karl, geb. 1885, gest. 1977, verh. 1921 mit Anna Bühl aus Kleinhirsbach (1893–1969), 3 Kinder.

*Kuhn*, Karl Gustav Alfred, geb. 1924, verh. 1952 mit Anneliese Thier aus Obersöllbach.

*Herrenmühle (Öhringer Straße 14)**Herrenmühle*

Bei den 1499 zur Neuensteiner Kirche eingepfarrten Orten ist die Herrenmühle, weil außerhalb der Stadtmauer gelegen, besonders aufgeführt (GHA 10/15). Ihre Wasserräder wurden angetrieben aus dem See rund um die Wasserburg Newensteyn, die 1230 urkundlich erstmals genannt ist. Früh dürfte wohl schon eine herrschaftliche Mühle gebaut worden sein zur Versorgung der Burgbewohner und ihrer Untertanen, doch fehlen darüber schriftliche Überlieferungen.

Im Lagerbuch 1672 (N 17/303) wurde die Herrenmühle so beschrieben ... *in der Läng 49 Schuch, in der Breitung 36 Schuch, gantz vonn unden biß oben hinauß mit Steinwerkh aufgemauert, hatt zwey Stockwerkh, ein Radt- oder Waßer Stuben angebawet, darinnen zwey Waßer Reder. In dem andern Stockwerkh die Mühlen, zween Mahlgang, ein Gerbgang, zwey Kamm Reder, ein Trilles, welcher von dem einen Waßer Radt zum Gerben getrieben, vier Ställ darin die Schwein gethan. Im oberen Stockwerkh drey Kammern zur Schüttung der Sprayer. Under dem Tach eine Stuben, darinnen ein eißerner Offen, Kammer und Küchen, so der Müller bewohnt. Widerumb ein große Kammern, so der Müller zu den Spreyern gebraucht, ferner ein Boden zur Schüttung der Früchte, angeschlagen...* 500 fl.

Aus teilweise erhaltenen Pachtbriefen und Instruktionen (PAÖ 153/3/8) geht her-

vor, daß von 1724–1778 Pächter der Herrnmühle waren: Gabriel Scheuffler, Leonhardt Michael Wägelin (später auf der Windmühle), Hans Georg Schneider von Talheim, 1734 Georg Michel Kühner vom Kloster Gnadental, die deserirte (verlassene) Herrnmüllerin Würth, 1751 Johann Davit Rittmann, 1763 Johann Christian Küstner aus Gerabronn, 1769–1778 Tobias Popp.

1774 ließ Fürst Ludwig Friedrich Carl zur Stiftung eines wohlthätigen Hospital-Instituts im ungenützten Schloß Hofgüter verkaufen als Canonsgut, verbilligt zwar, aber mit einer jährlichen Abgabe, einem Canon, belastet. Dazu gehörte auch die Herrnmühle. Im Lagerbuch der Canonsgüter 1774 (N 29/2f.) beschrieben: *Die Herrnmühle, dabey befindl. Schweinestall, Backofen, Waschgebäude, Rind- und Pferd stall hinter der Mühlen, so ehemdem zum (benachbarten) Fischhaus und Gärtne- rey gehört, Miststatt und Hofraith, ein kleines Sommergärtlein hinter dem Schweine- stall.* Die jährlichen Abgaben betragen: 50 fl Canon an Geld, 12 Malter Misch- frucht und 1 fl 45 kr Stadtbeed (Steuer an die Stadt). Müller waren: 1790 Johann Georg Dafferle, 1800 Georg Michael Dafferle, 1824 Friedrich Steinbach.

Nach der Beschreibung des Oberamts Öhringen von 1865 (S. 284) hatte *die Herrnmühle 2 Mahlgänge und 1 Gerbgang, eine Gypsstampe und eine Hanfreibe... Eine Oelmühle besteht außerhalb des Orts.* Das 1853 erstellte Gebäudekataster nennt als Herrnmüller: 1851 Steinbach, Friedrich, 1867 Stolz, Friedrich, und 1896 Stolz, Carl. Carl Friedrich Christian Stolz scheint ein technisch interessierter, fortschrittlicher Mann gewesen zu sein. 1901 begann er, in der Herrnmühle mit Wasser aus dem Schwanensee elektrischen Strom zu erzeugen und Leitungen zu verlegen. Der Gemeinderat beschloß, angetan von der neumodischen, sauberen und hellen Beleuchtung, eine solche versuchsweise im Rathaus, in der Schule und mit 13 Straßenlampen installieren zu lassen. Der jährliche Strompreis betrug für ein 20-kerziges Straßenglühhlicht und für ein 16-kerziges Hauslicht je 20 Mark. 1907 verkaufte Stolz die zum Elektrizitätswerk umfunktionierte Herrnmühle an die Fürstliche Standesherrschaft zu dem geplanten Umbau des Schlosses, das damit sein eigenes Elektrizitätswerk bekommen sollte.

In den Kirchenbüchern sind als Herrnmüller registriert:

*Häffelin*, Georg, erst Herrn- dann Windmüller um 1600, 7 Kinder.

*Happolt*, Michael, verh. I. mit Barbara (3 Kinder vor 1635 und 1636), II. 1654 mit Eva Birker aus Neuenstein (2 Kinder 1658 und 1659).

*Mack*, Matthäus, geb. in Hohrain, verh. 1665 mit Magdalene Burkhart aus Dötenweiler (2 Kinder 1666 und 1667).

*Ehrenfried*, Johan Georg, geb. 1674 in Hohebach, gest. 1730, verh. I. 1701 mit Christina Johanna Meyer (geb. 1645, Tochter des Herrnmüllers H. Georg Meyer); II. 1718 mit Christina Elisabeth Cappler (3 Kinder); III. 1723 mit Kunigunde Sinthöfer (3 Kinder).

*Wägelin*, Leonhard Michael, auch Windmüller gewesen, verh. 1709 mit Maria Margarete Kern (7 Kinder, 1714–1725).

*Kühner*, Georg Martin, verh. 1734 mit Maria Elisabeth Förnsler aus Bernhards- mühle (6 Kinder, 1735–1744); sie heiratete 1748 den Herrnmüller Christian Wirth.

*Wirth*, Christian, geb. in Tiergarten, verh. 1748 mit Maria Elisabeth geb. Förnsler verwitw. Kühner (2 Kinder 1750 und 1751).

*Rittmann*, Johann David, geb. 1710, gest. 1756, aus seiner Ehe geb. 1738 Joh. Friedrich Rittmann (herrschaftlicher Ziegler).

*Popp*, Tobias, Bäckermeister und herrschaftlicher Kastenmeister, geb. 1738, gest. 1791; er beschäftigte wohl einen gelernten Müller, denn lt. Taufregister 1776 wurde »Georg Lionhard *Sommer*, Müllermeister auf der gewesenen herrschaftlichen Mühle, ein Sohn getauft«.

*Dafferle*, Johann Georg, geb. 1750, gest. 1819, verh. 1774 mit Eva Rosina Margaretha geb. Koppenhöfer verwitw. Frank von Utereppach (1751–1833), 10 Kinder.

*Dafferle*, Johann Michael, geb. 1776, gest. 1849, verh. 1798 mit Rosina Magdalena Nagel aus Neuenstein (1779–1855), 1 Kind.

Steinbach, Johann Christian Friedrich, geb. 1830 (der Vater war Schleifmüller), gest. 1867, verh. 1851 mit Marie Julia Horn aus Neuenstein (1830–1902), 11 Kinder.

*Stolz*, Georg Friedrich Christian, geb. 1837 in Stuttgart, gest. 1912, verh. 1846 mit Christiane Luise Kollmar aus Heilbronn (1841–1925), 2 Kinder.

*Stolz*, Carl Friedrich Christian, geb. 1865, gest. 1917, verh. 1896 mit Maria Katharina Schäfer aus Maulach (1868–1924), 4 Kinder.

### *Die Walkmühle*

Eine Inschrift an der Straßenseite weist hin auf einen 1667 gefundenen und dort eingemauerten Wappenstein des Grafen Ludwig Casimir von 1564. Auf Wunsch der Herrschaft sei der Stein zur Zier *An der neuen Walk angebracht worden zur Zeit, da dießer Baw war bubereit*. Nach dem Lagerbuch 1672 (N 17/330) jedenfalls war *die neue Walckh vor dem Schloß am Rennplan (dem heutigen Park) in undern Stockh die Walckh mit 4 Löchern, alß zwey zum Tuch, 1 zu den Weißgerbers Fellen und 1 zum Lohen, item befindet sich auch ein großer Schleifstein allda. Im andern Stockhwerkh 2 Stuben, 2 Kammern, 1 Küchen, darbey zwey eyßerne öfen. Im dritten Stockh hat es gleiche Gemächer. . . Im vierten Stock allein ein freyer Boden*, angeschlagen 350 fl. Beim Walken werden durch Stoßen, Pressen und Stauchen in warmen sauren oder seifenartigen Lösungen Wollgewebe, Schafwolle, Hasen- und Kaninchenhaare sowie andere tierische Haare miteinander verschlungen und verfilzt, z. B. für Hüte, Decken, Regen- und Winterkleidung. 1708 beklagten herrschaftliche Beamte (A 44/212) zehn Jahre nach dem Tod des letzten Neuensteiner Grafen, *. . . es ist aber alles eingegangen und nichts mehr brauchbar. . .* Das Gebäude wurde verpachtet an vier Haushaltungen zur Wohnung.

1764 erwarb der Hofschlosser Johann Peter Starckh das Haus für 325 fl (PAÖ 150/2/20), um darin eine Lohmühle einzurichten. 1778 erhielt diese der Rotgerber Georg Friedrich Müller als Heiratsgut von seinem Schwiegervater Bürgermeister Starckh überschrieben (N 27/159c) *samt allen dazugehörigen Rechten und Gerechtigkeiten, besonders dem dabey liegenden Weer- und Wasserbau*.



*Walkmühle*

Im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts vereinigte der menschenfreundliche Senior des Hauses Hohenlohe, Fürst Ludwig Friedrich Karl, drei Stiftungen zu einem Wohlfahrtsinstitut, dem Hospital-Institut, im Neuensteiner Schloß und verschiedenen angrenzenden Gebäuden drum herum. Arme alte Landeskinder sollten hier eine Heimstatt und Pflege bekommen, Waisenkinder ein fürsorgliches Daheim, Bettler, Landstreicher und Gestrauchelte eine Unterkunft und Arbeit. 1782 wurden im Institut 87 Insassen gezählt, die Waisen jedoch aus pädagogischen Gründen auf Pflegefamilien verteilt. Der Verwalter des Instituts richtete bereits 1777 eine Tuchmanufaktur ein. Die Insassen sollten nach Kräften zu ihrem Lebensunterhalt beitragen durch Spinnen und Weben, und der Verkauf von Tuchen sollte die gemeinnützige Einrichtung mittragen helfen.

Um die hergestellten Tuche walken zu können, wurde der Mühlenbauer Thum aus Cappel beauftragt, die einstige Walk mit ihren 3 alten überschlächtigen Wasserrädern zweckmäßig einzurichten. Sein Kostenvoranschlag belief sich auf 744 fl. Er baute die Walk auch aus, aber so stümperhaft, daß aus ihr nur minderwertige Ware kam. Durch Jahre sich hinziehende Änderungen und Reparaturen verbesserten nichts, so daß der für die Manufaktur verantwortliche Inspektor immer wieder auswärts walken lassen mußte. Dem Mühlenbauer Thum wurde nachgesagt, daß er einmal geäußert habe, für ihn sei ausgesorgt, denn ohne ihn werde die



Walkmühle nie laufen. Wegen großer Verluste, auch durch eine unglückliche Verbindung mit einem Handelshaus, mußte die Manufaktur 1801 schließlich eingestellt werden.

In den folgenden Jahren diente das Walkhaus als Wohngebäude und Werkstatt, u. a. für den Rotgerber Hochstätter. 1906 kaufte es die Fürstliche Standesherrschaft zurück zum Umbau des Schlosses und der Schloßanlagen.

*Die Schleif- oder Agathenmühle*



*Schleifmühle*

Nach den Drangsalen des Dreißigjährigen Krieges ließ 1669 die Witwe des Grafen Kraft hier eine Schleifmühle zum Bearbeiten halbedler Achate (frz. agate) bauen. Hinter einem Treppenanbau, an der Westseite versteckt, ist über einem Türstock eingemeißelt: *Zu Ehren dem edlen achatischen Stein / und meiner noch fürderhin indenk zu sein / erbaut ich, Sophia Pfalzgrävin bey Rhein / die Mühlen. Gott sende Glück, Segen hinein.* (Abb. S. 319). Darüber hält eine Engelsgestalt zwei Wappenschilder mit hohenlohischen Leoparden, Rauten und dem pfälzischen Löwen ihrer Heimat, von wo sie 1615 als Braut nach Neuenstein mit großen Erwartungen gekommen war. In ihrer Heimat bei Idar-Oberstein war die Achatschleiferei ein bodenständiges altes Gewerbe. Was mag die alte, von Leid und Sorgen geprägte



Frau Pfalzgräfin noch sieben Jahre vor ihrem Tod wohl veranlaßt haben zum Bau dieser Agathenmühle?

Nach einer Bestandsaufnahme aller herrschaftlichen Gebäude 1708 (A 44/213) scheinen Glück und Segen dem späten Unternehmen nicht sonderlich hold gewesen zu sein: *Die Agathenmühl, lang 37 und breith 25 Schuh, bestehet in zwei Stockwerckhen, in welche man durch eine steinerne Schnecken geht. In dem untren befindet sich die Gelegenheit zu einem gehenden Werckh, nebst einem Stüblein und Cämmerlein. Dann unter dem Dach 2 Stüblein, 2 Cämmerlein und ein Kuchlein und oben ein schlecht Bödemlein. Daß Gemäuer und Blendwerckh an dießem Bau ist samt dem Dach und Imgebäu von schlechter Dauer und der Dachstuhl schon zimbleich außgefault, und weilen ohne zimbliche Costen solcher Bau nicht in nuzbaren Stand zu sezen, wird solcher angeschlagen pro 175 fl.*

Bereits 1703 interessierte sich der Dörzbacher Müller Johann Andres Hartmann dafür, die bestehende Mühle für 400 fl zu kaufen, aber erst 1709 erwarb er sie um 375 fl (inzwischen waren etliche Eisenteile daraus entwendet worden). Ab Lichtmeß 1710 schuldete er an Abgaben 3 fl 30 kr Gült und einen gemästeten Kapaunen. Er kaufte sich in der Stadt bürgerlich ein und entrichtete für gewährte Dienstfreiheit wie die Bader jährlich  $\frac{1}{2}$  Reichstaler an die Stadt und die Herrschaft. Zum



Inskrift über dem alten Treppenaufgang von 1669

Ausbau der Mühle und Ställe erhielt er gratis 10 Eichbäume. Eingerichtet wurden 2 Mahlgänge und ein Gerbgang (PAÖ 150/2/20).

Im Schatzungsbuch von 1785 (N 32/148) ist die Schleifmühle beschrieben als *eine Wohnbehausung, so zweistöckigt und die Agathenmühl genannt wird, außerhalb der Stadt, oberhalb des herrschaftlichen Schwanensees, neben dem sog. Schleifsee liegend und izeo eine Mahlmühlen mit 2 Mahl- und 1 Gerbgang versehen, die 2 Stuben, 3 Kammern, Boden, Stallung und Mistrecht hat. Einen a. p. Schweinestall neben der Mühl aufgebaut*. Ein späterer Nachtrag nennt: Gips- und Walkmühle im Nebengebäude.

1911 kaufte die Fürstliche Verwaltung die Schleifmühle und den -see zurück zur Anlage der Umgebung des Schlosses beim Umbau. Das Wasserrad und die Mühleinrichtung wurden 1925 ausgebaut, der kleine Mühlteich später aufgefüllt. Das Gebäude gehört seit 1939 dem Baumschulgärtner Ernst Friedrich.

Als *Schleifmüller* wurden in den Kirchenbüchern verzeichnet:

*Eiselin*, Georg, Diamantschneider aus Augsburg, verh. 1686 mit Anna Maria Siegelin von Neuenstein, 2 Kinder (1688 und 1692);

ab 1709: Johann Andreas *Hartmann*, vorher Müller in Dörzbach;

um 1712 *Schneider*, Jakob, *Achatmüller*, verh. mit Maria Salome, 10 Kinder (geb. 1712–1732), sie heiratete 1734 den Weißbacher Müllersohn Joh. Georg Zippe-  
rich;

um 1746 *Strecker*, Johann Leonhard, geb. in Untereppach, verh. 1746 mit Maria Katharina Diez (geb. 1720), 7 Kinder (1747–1754);

ab 1760 *Meißner*, Johann Christoph, verh. II. 1760 mit Rosina Barbara Diez aus Neuenstein, 3 Kinder (1761–1766). Die Witwe heiratete den Müller Joh. Christoph Wurst;

ab 1771 *Wurst*, Johann Christoph, geb. 1742 in Bretzfeld, gest. in Oberohrn, verh. I. 1769 mit Rosina Barbara verwitw. Meißner geb. Diez (gest. 17986), II. 1796 mit der Windmüllerstochter Maria Rosina Wägelin (1756–1828);

ab 1788 *Rittmann*, Johann Friedr. Ludwig, geb. 1766, verh. I. 1788 mit der Schleifmüllerstochter Maria Catharina Wurst (1770–1799), II. 1803 mit Maria Magdalena Steinbach aus Hohrain (1763–1816), 9 Kinder;

ab 1811 *Steinbach*, Jakob Friedrich;

ab 1819 *Steinbach*, Georg Friedrich, geb. 1795 in Emmertshof, gest. 1842, verh. 1818 mit Rosina Dorothea Freyer (1793–1867), 4 Kinder;

ab 1824 *Dafferle*, Georg Michael, Herrnmüllerssohn;

ab 1826 *Freyer*, Johann Georg, geb. 1804, gest. 1846, verh. 1828 mit Rosina Förnsler (1810–1863), 9 Kinder;

ab 1837 *Arnold*, Carl;

ab 1839 *Oettinger*, Johann Ernst, geb. 1815 in Großbottwar, gest. 1865, verh. I. 1840 mit Maria Elisabeth Hartmann aus Neuenstein (1821–1856), 4 Kinder. II. 1857 mit Christiane Elisabeth Schuh (1829–1900), 5 Kinder;

ab 1856 *Schöller*, Leonhard Johann, geb. 1835 in Heuendorf, gest. 1900, verh. 1866 mit Christiane Elisabeth verwitw. Oettinger geb. Schuh;

ab 1890 *Oettinger*, Ludwig Wilhelm, geb. 1858, gest. 1920, verh. 1890 mit Karoline Friederike Katherina Hofmann (1863–1934), 4 Kinder.

*Untereppach*



*Mühle in Untereppach*

Die Inschrift am einstigen Mühlgebäude weist zurück ins Jahr 1700 auf den Erbauer Hans Martin Fohmann; inzwischen wurde baulich aber viel geändert. Die Mühle gehörte dem Öhringer Stift. Im Lagerbuch der *aufherrischen Güter* des Amts Neuenstein von 1672 (N 18/56ff.) wurden genannt: Georg Vohmann, 1700 Michael Martin Vohmann, Hannß Georg Vohmann, 1760 der Sohn Hanß Georg Vohmann, 1766 Jörg Schmid. Sie gaben jährlich als Gült 26 kr 1 Pfennig, 1 Faß-nachthuhn, 2 Herbsthühner,  $\frac{1}{2}$  Gans und 18 Eier von der Mühle und den zugehörigen Gärten. Dazu gehörten ferner  $4\frac{1}{2}$  M Acker am Zeilweg,  $4\frac{1}{2}$  M im Bezenfeldt,  $2\frac{1}{4}$  M Straßenäckher,  $1\frac{1}{2}$  M in der Klingen, 3 V Weinberg und Baumgarten,  $3\frac{1}{2}$  Tag-werkh Wießen.

Im Türkensteuer-Register 1532 (NLA 42/15) wurde *die alt mullerin* aufgeführt, und in einer Gefäll-Liste von 1588 nachgetragen: Müller Georg Philips (PAÖ 147/4/7).

Böse Ereignisse im Dreißigjährigen Krieg sind angedeutet im Gültbüchlein über ausständige Gülten (PAÖ 147/4/1): 1636 Hannß Sigelin, Müller sel. *hinderleßt erben, 3 Malter Korn und 3 Malter Haber schuldig; ist seid 1630 nichts geben worden. . . Ist gestorben und verdorben, ligt zum teil wüst.*

Nach dem Moderationsprotokoll von 1682/83 (W 23/1144) waren auf der Untereppacher Mühle leibeigene Leute der Herrschaft Waldenburg: *Georg Vohemann, Müller, Seines Alters 72, hat seine 2½ Böhnisch vnd daß Huen alle Jahr in natura geben (als Leibgedinge). Sagt, er müße 1000 fl verschätzen, wolle aber nechster Tag sein gueth seiner Söhne Einem geben, wan Er Ihme 500 fl dafür bezahle, seye zwar mehrers nicht werth. Er bietet für seine abkauffung 10 fl an* (Freikauf von der Leibeigenschaft außerhalb des Landes).

Mündliche Überlieferung berichtet von einer Wirtschaft in der Mühle und einer Badstube im Erdgeschoß für das schwefelhaltige Wasser des 1722 entdeckten nahen Sauerbrunnens. Dr. Joh. Valerius Bauer aus Öhringen, hochgräflicher Leibmedicus, schrieb 1725 darüber ein Büchlein und empfahl vor allem Trink-, aber auch Badekuren mit dem Wasser des vortrefflichen Heilbrunnens bei Krätze, Krämpfen, Zipperlein, Lenden- und Hüftweh, Schwachheit, Lähmungen, Blödigkeit, Verdauungsbeschwerden, Ruhr, Melancholica, Raserei, Entzündung, Geschwüren, Unfruchtbarkeit der Weiber, Gelbsucht, Wassersucht, Fiebern und anderen inneren und äußerlichen Gebrechen.

Im Untereppacher Gebäudekataster (erstellt um 1850) ist das Mühlenanwesen Parz. 3 beschrieben als: Wohnhaus, Mühle, Staubhäuschen südwestl. am Haus, Wasserstube, Kanal, Schweine- und Gänsestall, Backofen, Hofraum. . .

Der letzte Müller Emil Pfisterer erzählte, daß bis 1926 zwei große Wasserräder die Mühle angetrieben haben mit 1 Gerb-, 1 Schrot- und 2 Mahlgängen, dazu eine kleine Sägerei für Weinbergpfähle, eine Dresch- und andere landwirtschaftliche Maschinen. Dann wurde eine Turbine eingebaut. In trockenen Sommern war das Wasser knapp; bei anhaltender Dürre war z. B. einmal nötig geworden, zum Mahlen angeliefertes Getreide wegzuführen in die Kochermühle Döttingen. Jährlich wurden etwa 350 t Getreide gemahlen, der Einzugsbereich ging bis Waldenburg und Übrigshausen, ca. 10 km im Umkreis.

1972 wurde die Mühle mit Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland stillgelegt, d. h. bis zum Jahr 2002 zu Gunsten der BRD eine beschränkte Dienstbarkeit ins Grundbuch eingetragen.

Müller zu Untereppach, in Kirchenbüchern gefunden:

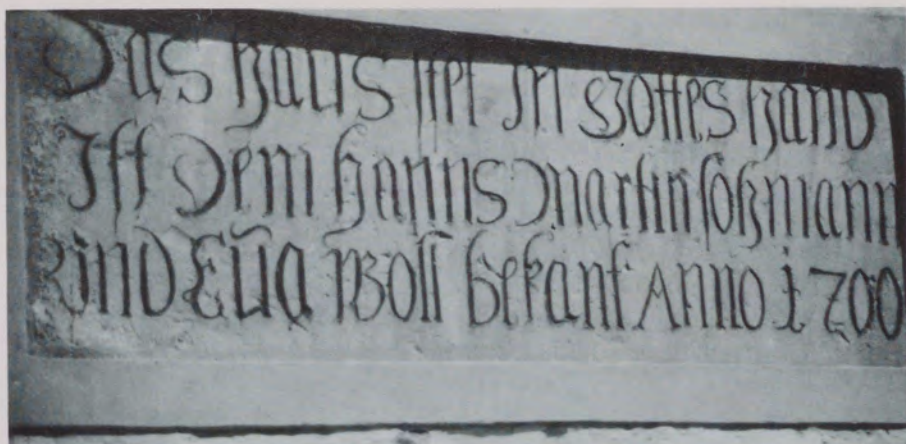
*Sigelin*, Hans, der Ältere; Ehefrau Barbara, 4 Kinder (1606–1625);

*Sigelin*, Hans, verh. I. 8 Kinder (1602–1617), II. 1620, 2 Kinder (1620 und 1623);

*Vohmann*, Georg, Ehefrau Margarete, 5 Kinder (1644–1660);

*Vohmann*, Hans Martin, geb. 1653, gest. 1737; er hat das jetzige Gebäude erbaut; verh. I. 1685 mit Eva Most von Obereppach (1669–1705), 9 Kinder, II. 1706 mit Anna Maria Eisenmenger aus Untertürkheim, 2 Kinder;

*Vohmann*, Hans Georg, geb. 1691, gest. 1755, verh. 1723 mit Maria Dorothea Sigelin (1698–1777) aus Neuenstein, 3 Kinder (1724–1732);



*Inschrift am Mühlgebäude*



*Der Epbach im Vordergrund; hinten der höher gelegene Mühlkanal*

*Vohmann*, Joh. Georg, geb. 1732, verh. 1760 mit Rosina Elisabeth Birkert aus Neuenstein;

*Dörner*, Joh. Friedrich, Schultheiß, geb. 1765, gest. 1824, verh. 1795 mit Anna Barbara Schultheiß aus Untermünkheim (1772–1847), 5 Kinder;

*Dörner*, Jacob Heinrich, geb. 1805, gest. 1843, verh. 1830 mit Anna Catharina Grün von Obersteinach; die Witwe heiratete 1844 den Müller Georg Friedrich *Krauß*, geb. 1809 aus Crailsheim, gest. 1878;

seit 1855 *Dörner*, Joh. Christian Albrecht, geb. 1831, gest. 1879, verh. 1855 mit Friederike Christine Häußer von Ungeheuerhof (1833–1891), 3 Kinder;

seit 1883 *Dörner*, Friedr. Wilhelm Carl, geb. 1858, seit 1906 in Neuenstein, verh. I. 1883 mit Anna Marie Mathilde Häußer (1865–1885) 1 Kind, II. 1887 mit Christiane Dorothea Caroline Zöller (1866–1950) aus Verrenberg;

seit 1911–1924 *Pfisterer*, Johann Karl Friedr., geb. 1878 in Untersteinbach, gest. 1923, verh. I. 1907 mit Karoline Endreß (1800–1911) aus Emmertshof, II. 1912 mit Katharine Eckert (1886–1977) in Buchenmühlen;

seit 1926 *Schiemer*, Joh. Georg, geb. 1884 in Crispenhofen, gest. 1959, verh. 1925 mit Katharine geb. Eckert verwitw. Pfisterer;

*Pfisterer*, Emil, geb. 1915, verh. 1946 mit Gretl Geck aus Untereppach; er legte die Mühle 1972 still.

### *Obereppach*

Die Mühle Obereppach gehörte wie Untereppach und Hohrain auch dem Stift Öhringen. Am Thomastag (21. Dez.) 1378 verkauften *Seitz Muhner von Oberr Ettebach und Els*, seine Hausfrau, an das Stift zu *Orengaw* eine Gült auf ihrer Mühle zu Oberr Ettebach (GHA 5/47).

Im Verzeichnis der Mühlendienste 1578 (PAÖ 147/4) steht die Mühle mit 1 Pferd und 1 Karch. Laut Gültbüchlein über ausstehende Gülten (PAÖ 147/4/1) schuldeten 1635/36 Martin Niedthamer sel., bzw. seine Nachfolger 2 Sri Korn und 2 Sri Haber.

Das *Lagerbuch OberrEppach* 1672 (N 18/106b) nennt als gültpflichtig nach Öhringen:

*Peter Sebastian Schuekrafft, Friedrich Carle, 1749 Hanß Leonhard Most und 4 Consorten, nämlich 4½ kr und 1 Faßnachthun, von der Mühlen und darvorstehenden Behausung, sambt ¼ Scheuern undt 4 Stücklein Krautgarten darbei, ½ M Acker, 1½ V Wiese, 1½ V Weinbergwiesen und 1½ Tagwerk Wiese im Schutzzrain, stößt an die Mühle.* Im Gebäudekataster Obereppach ist die Mühle Parz. Nr. 7 beschrieben als zwei-stöckiges Wohnhaus mit Mahlmühle nebst laufendem Geschirr, Wasserstube, Staffel und Hofraum ... Als Eigentümer waren eingetragen:

ab 1850 Melchior Stegmaier, 1858 Michael Bauer, 1874 Christian Darbinger, 1877 Christian Walter und Ehefrau, 1880 Michael Walter von Adolzfurt und Ehefrau, 1881 Friedrich Oettinger und Ehefrau, 1882 Ernst Oettinger und Ehefrau, 1889 Johann Pfefferle und Ehefrau Magdalene geb. Wieland, 1919 Ludwig und Anna



*Mühle in Obereppach*

Pfefferle geb. Wolf. 1948 Erbgemeinschaft Anna Pfefferle und Kinder. In den siebziger Jahren wurde die Mühle stillgelegt.

In den kirchlichen Registern sind verzeichnet:

*Niedhammer*, Martin, verh. I. mit Maria, 5 Kinder (1601–1613), verh. II. 1615 mit Barbara Göller, 4 Kinder (1617 bis nach 1626);

*Schuhkraft*, Philipp, geb. 1611, gest. 1673, Ehefrau Maria, 5 Kinder (1639–1653);

*Schuhkraft*, Albrecht, geb. 1646, verh. 1664 mit Margarete Kraut aus Obersöllbach;

*Schuhkraft*, Peter Sebastian, geb. ca. 1642, gest. 1692, verh. um 1674 mit Maria Barbara – ?;

*Carle*, Friedrich aus Neufels, verh. 1692 mit Maria verwitw. Schuhkraft (1650–1716);

*Schuhkraft*, Johann Peter, geb. 1676, gest. 1735, verh. 1716 mit Anna Maria Barbara Stremper aus Wittighausen;

*Müller*, Johann Friedrich, aus der Pfaffenmühle zu Öhringen, verh. 1735 mit Anna Maria Barbara geb. Stremper verwitw. Schuhkraft;

*Hüsser*, Johann Andreas, aus Roigheim, geb. 1747, gest. 1829, verh. 1781 mit Maria Barbara Geck aus Cappel, 4 Kinder (1782–1788);

*Kümmerer*, Johann Friedrich, geb. 1779 in Hohrain, gest. 1817, verh. 1806 mit Eva Rosina Katharina Hüsser (geb. 1783 in Obereppach);

*Wieland*, Johann Wilhelm, aus Scheppach, geb. 1791; verh. 1818 mit Eva Katharina geb. Häusser verwitw. Kümmerer;

*Horn*, Peter Carl, geb. 1806 in Murrhardt, verh. 1832 mit Dorothea Hubel (geb. 1808), 14 Kinder;

*Stegmaier*, Melchior, geb. 1818 in Lorch, verh. 1850 mit Katharina Mezger (geb. 1831), 5 Kinder;

*Oettinger*, Johann Ernst, aus Neuenstein, geb. 1852, verh. 1883 mit Katharina Christine Friederike Schmierer aus Hornberg;

*Pfefferle*, Johann, geb. 1860 in Erdbeerhof b. Gundelsheim, gest. 1938, verh. 1889 mit Magdalene Rosine Barbara Wieland aus Lindig (1862–1912), 7 Kinder; sein Vater Ludwig Pfefferle war Pächter im Rebbighof;

*Pfefferle*, Johann Ludwig, geb. 1890, gest. 1948, verh. 1920 mit Anna Wolf aus Haag (geb. 1897), 3 Kinder.

### *Hohrain*



*Mühle in Hohrain*

Der gewerbliche Mühlbetrieb wurde 1954 nach einem Defekt, der größere Reparaturen erfordert hätte, eingestellt und die Landwirtschaft intensiver betrieben. Laut Eichzeichen-Protokoll 1912 bestanden für die Mühle folgende Daten:



Sicherheitszeichen am Wohn- und Mühlgebäude 317 m NN, Zulaufkanal 160 m lang, Sammelkanal 70 m lang und 3–7 m breit, Unterkanal 16 m in Zementröhren und 60 m offen; Wasserrad I  $\varnothing$  5,46 m, breit 0,56 m, Gerinne  $6\text{ m} \times 0,38\text{ m}$  offen und  $3\text{ m} \times 0,25\text{ m}$  bedeckt; Wasserrad II  $\varnothing$  5,48 m, breit 0,5 m, dazu  $10,6\text{ m} \times 0,35\text{ m}$  offen,  $3\text{ m} \times 0,25\text{ m}$  bedeckt; die am häufigsten vorhandene Wassermenge wurde mit 30 l/sec erhoben, das Nutzgefälle betrug 7,32 m, die rohe Wasserkraft demnach 3 PS. Später wurde eine Turbine als Antrieb eingebaut.



*Mühlradreste in Hohrain*



## II. Frau-Beibringen:

|   |               |
|---|---------------|
| bar   | 6000 fl       |
| Schmuck: 4 Paar goldene Ohrringe à 4 fl, 2 gold. Broschen, 3 Finger-<br>ringe à 3 fl  | 30 fl         |
| 1 goldbeschlag, Haarring 1 fl, 1 goldenes Patterschloß 3 fl   | 4 fl          |
| 1 Gesangbuch mit silbernem Schloß   | 3 fl          |
| Kleider (Aussteuer): 6 Kleider à 10 fl, 25 Hemden à 1 fl, 20 Paar<br>Strümpfe à 20 kr   | 91 fl 40 kr   |
| 1 seidene Jacke 7 fl, 1 seidener Schurz 1 fl 20 kr  | 8 fl 20 kr    |
| Kleider (eigen)   | 200 fl        |
| 1 doppelschläfriges Bett 60 fl, 1 einschläfriges Bett 40 fl, 1 Kindsbett 10 fl  | 110 fl        |
| Leinwand: 2 einschläfrige und 16 doppelschläfrige Bettüberzüge à 3 fl   | 54 fl         |
| 18 Leintücher à 1 fl, 10 Drillichtischtücher u. 14 verschie-<br>dene à 1 fl   | 42 fl         |
| 6 Servietten à 10 kr, 14 Drillich-Handtücher à 12 kr, 10<br>verschiedene Handtücher à 6 kr, 18 Napftücher à 6 kr, 12<br>neue Säcke à 1 fl   | 21 fl 36 kr   |
| Küchengeschirr: 3 Messingpfannen à 2 fl, 3 eiserne Pfannen à 1 fl,<br>1 Wergelholz 24 kr, 6 Schüsseln à 15 kr, 1 Kuchen-<br>schießer, 4 Kuchenbleche à 15 kr, 1 blech. Salatbek-<br>ken, 1 Reibeisen, verschiedene Schöpflöffel zus.  | 13 fl 9 kr    |
| 1 Butterfaß, 1 Melkkübel, 2 Waschgölten, 2 Wasser-<br>kübel, 3 verschiedene Kübel, 1 Badzuberle zus.  | 20 fl         |
| Schreinwerk, nämlich 1 doppelter Kleiderkasten, 1 Weißzeugkasten,<br>1 Küchenkasten, 1 Tisch, 1 kleiner Tisch, 1 Nachttisch,<br>1 doppelschläfrige Bettlade, 1 einschläfrige Bettlade,<br>1 Kommode mit und 1 ohne Aufsatz, 1 Sofa, 2 gepol-<br>sterte und 4 andere Sessel, 1 kl. Behälter, 1 doppelschläf-<br>riger Bettrost | zus. 300 fl   |
| 1 Spinnrocken und -rad, 1 Haspel, 1 Mangholz  | 16 fl         |
| 6 weiße Kreden à 1 fl, 6 dto. schwarz à 10 kr, 18 Nöpfe à 10 kr   | 10 fl         |
| 100 fl Staatsobligationen + Zins für 87 Tage  | 100 fl 58 kr  |
| zusammen  | 7024 fl 43 kr |
| davon Heiratsgut und Aussteuer  | 6686 fl 43 kr |

Müller in Hohrain, im Kirchenregister festgehalten:

*Kremer*, Hans, verh. mit Apollonia, 13 Kinder (1598–1619).

*Mack*, Hans, und sein Sohn Hans Martin, der sich 1616 verheiratete.

*Wüst*, Hans, verh. II. 1668 mit Elisabeth Wüst aus Untermünkheim, 3 Kinder (1669–1672).

*Fischer*, Johann Jakob, geb. 1681, verh. 1709 mit Maria Anna Feinauer aus Eschelbach.

*Kümmerer*, Johann Leonhard, aus Michelbach a. H., verh. mit der Müllerstochter Maria Elisabeth Fischer.

*Kümmerer*, Johann Georg, geb. 1747, gest. 1822, verh. 1774 mit Clara Christina Breuning aus Liebesdorf (1754–1802), 12 Kinder.

*Kümmerer*, Johann Georg, geb. 1776, gest. 1856, verh. 1805 mit Eva Barbara Denner (1785–1840) vom Reistenhof, 3 Kinder.

*Kümmerer*, Johann Friedrich, geb. 1812, gest. 1865, verh. 1837 mit Marie Katharina Regine Wieland aus Sailach, geb. 1815, gest. 1877, 6 Kinder.

*Kümmerer*, Johann Gottlieb Christoph, Müller und Bauer, geb. 1838, gest. 1918, verh. 1874 mit Margarethe Rosine Katherine Müller aus Waldsall (1850–1909), 13 Kinder.

*Kümmerer*, Friedrich Michael und Erbgemeinschaft, Müller und Bauer, geb. 1875, ledig, gest. 1923.

seit 1923: *Kümmerer*, Hermann Paul, Müller und Bauer, mit Erbgemeinschaft, geb. 1891, gest. 1976, verh. 1930 mit Maria Schulz, geb. 1904; 2 Kinder.

1954 wurde der gewerbliche Mühlbetrieb eingestellt.

### Rebbigsmühle

Der Rebbigshof mit der Mühle war ein alter Versorgungsbetrieb der frühen Waldenburg. 1615 erstellte der hohenlohische Baumeister Georg Kern zusammen mit herrschaftlichen Beamten und beauftragten Handwerkern eine Übersicht über evtl. abzureißende Häuser, Mühlen, Keltern u. a. Gebäude in der Herrschaft Waldenburg und Pfedelbach (Wa XIII D/33). Darin heißt es über die *Rebbis Mühl*, sie stehe auf einem *feinen Lustigen Platz, mit Seen, Eckern, Wisen vnd Gärten umfangen*. Sie habe 4 Gänge: bei großer Dürre *kan man deß Tages mit Einem Gang Mahlen, vnd muß man des Nachts stillhalten, damit sich das Wasser in denen darob ligenden Seen wieder samblet*.

Das eine Wasserrad sei nicht mehr zu gebrauchen, es sollte entfallen, dafür aber der Gerbgang durch einen Trillis und ein Kammrad angetrieben werden. Das innere Mühlwerk hatte für jeden der 4 Gänge bisher ein besonderes Wasserrad von 17½ Schuh (5,14 m) Höhe. Das daraufspringende Wasser sei aber *wegen der Rinnenwinkel oder Eck etwas matt, die Campräder, Püchsen und Spindeln noch gut . . . , auch sonst kein Mangel*.

Das Haus sei 100 Schuh (29,35 m) lang, 60 Schuh (17,61 m) breit und 3 Stockwerk hoch, die beiden unteren gemauert, das obere von Holz. Unten sei die Mühle und ein Vorplatz, dann eine Durchfahrt so lang wie der Bau, auf der anderen Seite ein großer Pferde- und ein Viehstall. Der gewölbte Keller an der Seite (26 × 14 × 10 Schuh groß) führe 10 Stufen abwärts, er sei aber *wegen des Wassers, so täglich darein sinckt, nicht wohl zu gebrauchen*. Im mittleren Stockwerk reiche noch die Mühle herauf, *also daß es selbigen Ortt kein Gebäck hatt*, dazu 2 Stuben, 2 Kammern, 1 Küche und ein großes Vorgemach. Im oberen Stock liege gegen Waldenburg hin ein durchgehender Saal, 1 geringes Kämmerlein und 1 Vorgemach, sonst



*Rebbigsmühle*

sei ausgeriegelt. Unter dem Dach befinde sich ein Boden, so zwischen den Palcken mit Gips gossen, zur Fruchtschüttung wegen Schwäche des Holzes nicht geeignet.

Vor dem Haus liege ein schöner Brunnen mit gutem Wasser. Gleich gestellt ein Viehstall,  $46 \times 40$  Schuh ( $13,5 \times 11,7$  m), von gutem Holz und aufs beste gemacht. Angeschlagen für 2700 fl.

Im Moderationsprotokoll (W 23/1069f.) von 1682/83 zur bevorstehenden Landes-  
 teilung der Herrschaft Waldenburg wird festgestellt: *Die Mühl stehet auff Einem  
 dem ansehen nach zwar schönen, aber sehr übel disponierten Steinern fuß, indeme . . .  
 der grund sich mit beeden Eckhen wegen großer Feuchtigkeit harth gesencket vnd die  
 Eckh hinauß begeben, oben in der Wasserstuben ebenmeßig ein gantz stuckh Mauer  
 zum einfallen das ansehen habe.* Die Seite sei sehr von Wasser ausgewaschen, und  
 das Holzwerk scheine auf schwachen Füßen zu stehen. In der Fruchtschüttung  
 unterm Dach könnten über 1000 Malter Früchte aufbewahrt werden, wenn das  
 Holz nicht gar so *verfault und gering* were. Die Last der Stockwerke und das  
 überaus schwere Dach mit über 3600 Ziegeln gebe Grund zu sorgen. Die Kammern  
 müßten alle repariert und ein Wasserrad müsse erneuert werden. Ihrem Ertrag  
 nach (jährlich 18 Malter Mitzfrucht, 1 fl Steingeld und 9 fl zur Mast von 2 Schweinen)  
 werde die Mühle angeschlagen zu 700 fl.

Generationen hindurch hießen die Bestandsmüller *Übel*. Nach dem Lagerbuch



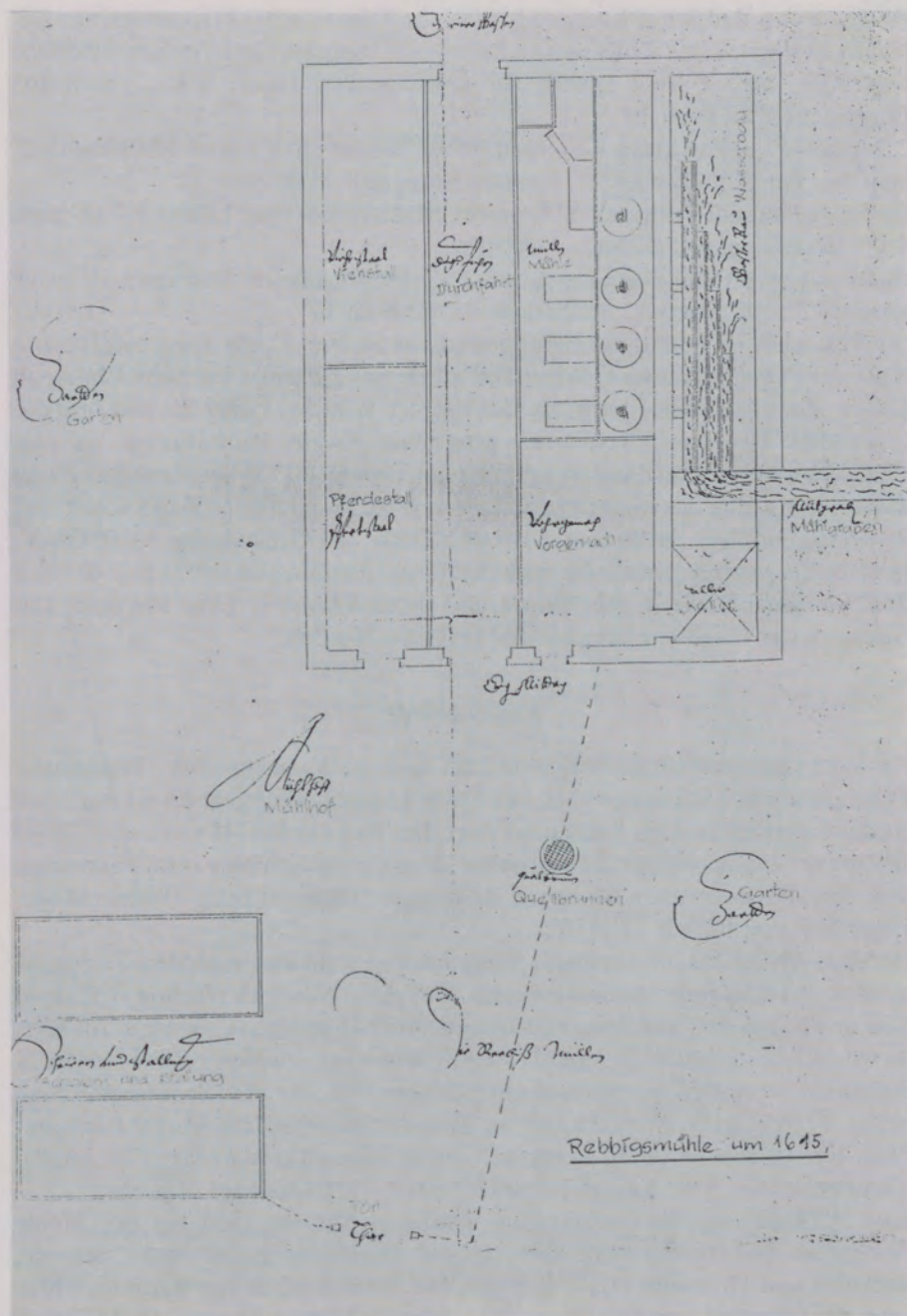
*Rebbigsee*

1680/81 (W 17) war es ein Hannß Michel *Übel*. 1734 verkaufte die Herrschaft die Mühle an den bisherigen Pächter Johann Christian Georg *übel* (XVI 285), samt See und Fischbesatz, Gärten, Hofrait und Benützung eines Scheueranteils zum Preis von 1000 fl und einem jährlichen Gült-Canon von 100 fl unter Befreiung von den üblichen Diensten. 1857 kaufte die Fürstliche Verwaltung das Hofgut (87 Morgen Güter) und die Mühle (mit 2 Mahlgängen und 1 Gerbgang, 2 Gipsmühlen und 1 Hanfreibe) zurück um 17613 fl (sie hat damit einen Teil der ihr zugeflossenen Gelder aus der Gült- und Zehntablösung von 1848/50 fest angelegt).

Der Hof und die Mühle wurden verpachtet um 1100 fl jährlich an Johannes *Eckert* von Goggenbach, nachdem die Mühle mit etwa 3000 fl Reparaturkosten überholt worden war. Der Pächter verpflichtete sich, die Mühleinrichtung auf seine Kosten instandzuhalten.

Dazu wurde folgendes Protokoll angefertigt (XIV H 283/15):

- a) Wasserrad für die Gipsmühle: 15' hoch, 17"5''' breit, 40 Wasserkästen, eichene Welle  $\varnothing$  17"6''', sechs Radarme;
- b) Wasserrad 17' hoch, 18" breit, 48 Wasserkästen, eichener Wellbaum  $\varnothing$  19", 8 Radarme je 1' breit;
- c) Wasserrad 15' hoch, 16"5''' breit, 40 Wasserkästen, eichener Wellbaum  $\varnothing$  18", 8 Radarme.



Rebbigsmühle um 1615

*Weißgang*: an Rad b mit Kammrad 10'5" Ø, 7" breit, mit 120 Kammern: am 6'6" langen Mühleisen, ein Trillis aus Gußeisen mit 7 Spindeln und 1 eichenen Scheibe von 1' Ø, stark 4" zum Betrieb der *Schwingmühle*; Läufer 3'4" Ø, hoch 10"; Bodenstein 4' Ø, hoch 30".

2. *Mahlgang*: an Rad a) mit Kammrad 9'6" Ø, breit 6" mit 8 Armen; Mühleisen 6'3" lang mit Trillis, Läufer 3'4" Ø, hoch 8"; Bodenstein 4' Ø, hoch 30".

*Gerbgang* läuft am Trillis mit 28 Spindeln; Mühleisen 6' lang; Läufer 3'7" Ø, hoch 4'5". Bodenstein 4'1" Ø, hoch 2'4".

*Gipsmahlgang* an Rad a) mit Kammrad Ø 9' und 90 Kammern; Mühleisen 5'3" lang; Läufer 3'3'5" Ø, hoch 4"; Bodenstein 3'8" Ø, hoch 10".

*Hanfreibmühle* an Rad a) die Hanfreibe ist aus Stein Ø 8', die Zarge aus Blech. Nach dem Tode Johannes Eckerts 1866 wurde neuer Pächter der Sohn Christoph *Eckert*. Zum Jahresende 1926 zog der Pächter Wilhelm *Rieker* ab und übergab vorhandene Heu- und Strohvorräte dem neuen Pächter Paul *Maulick*. Im Juni 1931 verkaufte die Fürstliche Verwaltung auf Lichtmeß 1932 den Rebbighshof und das aus der Mühle hervorgegangene Gipswerk an Hugo *Enssle*, Baugeschäft und Zementwarenfabrik, Heilbronn: 60 ha 26 a Güter und Gebäude um 40 000 GMK. In einer Erbaueinmündung nach dem Tod Hugo Enssles (1955) ging der Hof über an Doris Pfefferle geb. Enssle und deren Ehemann Theo Pfefferle. Das Gipswerk war schon vor längerer Zeit stillgelegt worden.

### Fasanenmühle

Nach der Oberamtsbeschreibung von 1865 hatte die Fasanenmühle 2 Mahlgänge, 1 Gerbgang und 1 Schwungmühle. Der Name Fasanenmühle geht zurück auf einen einstigen herrschaftlichen Fasanenhof dort. Der Hof wurde 1741 verkauft. 1747/48 erbaute der Waldenburger Zimmerpolier Hanß Georg Eichinger beim Fasanensee und dem Fasanenbauern Hansjörg Rapp eine Mühlbehausung (Waldenburger Lagerbuch von 1680 W 17/467 ff.).

Der erste Müller Johann Leonhard *Niethammer* ist wohl kurz nach dem Einzug gestorben, das Lagerbuch benannte bereits 1749 seine Witwe als pflichtig zu Canon, Fall- und Handlohn. Nach einer Verfügung der herrschaftlichen Cammer wurde noch im selben Jahr die Mühle an *Johann Leonhard Wittmann*, *gewesenen Bestandmüller zu Sindringen verkäuflich begeben* und mit künftiger Fall- und Handlohnbeschwerung belegt. 1757 ging das Anwesen über an Anna Margaretha, Jörg Michel *Baumanns* Frau; 1782 an Johann Georg *Baumann*, 1788 an Johann David *Keßler*, 1792 Johann Christian *Beyrer*, 1802 Johann Friedrich *Franck*, 1818 Leonhard *Megerle*.

Laut Auskunft des Vermessungsamts Öhringen war um 1830 auf der Mühle (Wohnhaus und Mühlgebäude mit 3 Gängen, Gipsmühle östlich davon, Scheuer, Backofen und Hofraum) David *Eßlinger*. Der Mühlkanal ab See war etwa 170 m lang, der Unterlauf zum Epbach ca. 70 m. Weitere Müller waren vor 1867 Gottlieb *Braun*, ab 1867 Otto *Mörrike*, 1890 Magdalene *Sonder*, 1901 Christoph *Schmidt* (geb. 1862 in Eschelbach, verh. 1894 mit Luise Bezner aus Schrozberg).







*Von der Fasanenmühle kündigt nur noch eine zerfallene Scheuer*

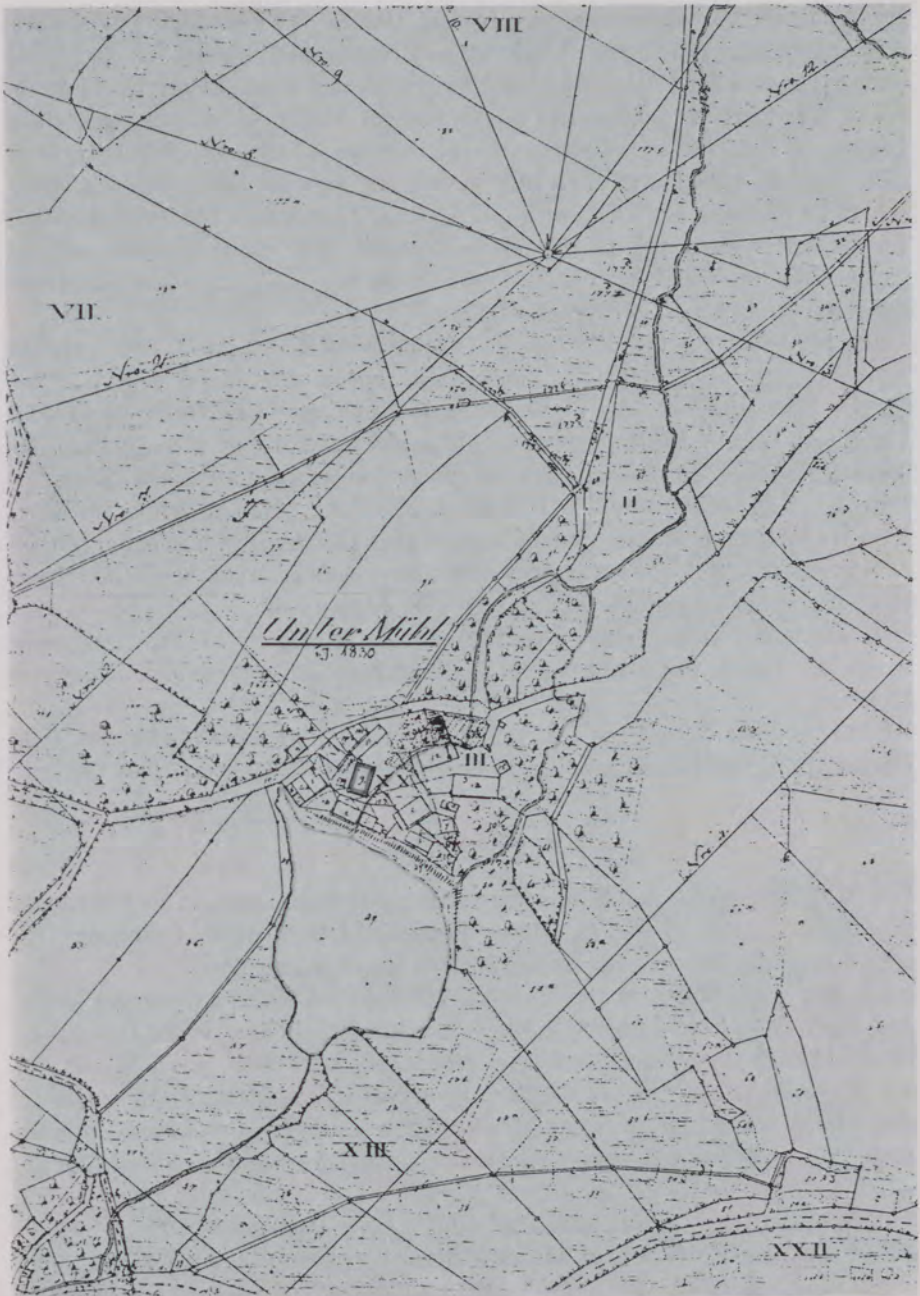
Der Sohn Karl *Schmidt* (geb. 1915, gest. um 1977), Landwirt, gab in den sechziger Jahren den Hof auf und verließ ihn. Die Gebäude zerfielen. Sie wurden 1978 von der Baden-Württ. Landsiedlung samt Grundstücken um 156890,50 DM verkauft an Kurt Otto und Gertrud Riehle aus Lindig.

#### *Untermühle*

Aus der Oberamtsbeschreibung 1865 (S. 353): ... *der Ort besteht neben einer Mühle mit 1 Mahlgang und 1 Gerbgang aus einigen Bauernhöfen...*

Mehrere Generationen hindurch hieß die dortige Müllerfamilie Schwendt. Nach dem Waldenburger Gültbuch 1553 (NLA 17/13) hatte Luingart *Schwendnt* an Abgaben zu entrichten: 8 sh heller und 3 Sommerhüner vonn der müllen, 6 sh 8 pfennig vonn Vier morgen Acker am Hesselbronner weg; 2 sh pfennig, 1½ Sommerhüner vonn einer wyßen; 10 sh 5 pfennig, 1 Faßnachthun vonn Newgereuten; 4 Sri Korn, 2 Sri Habern, 1 Sommerhun, 2 Keß undt Faßnachthun vonn Wolframsguett; 20 sh heller, 2 Sommerhüner, 2 Herbsthüner, 2 Faßnachthüner vonn Pfarr güettern.

1573 verkaufte die Herrschaft den großen Untermühlsee (92a) an Leonhard Schwendt um 20 fl (W 17/316) ... *mit allen desselben Fischereyen Nutzungen ... außgenommen allein des Krebsens...* Bei jedem Verstoß dagegen 10 fl Strafe.



Kartenausschnitt – Untere Mühle

Im Waldenburger Lagerbuch von 1680/81 (W 17/313ff.) sind als gültpflichtig eingetragen: Martin *Schwendt*, Müller in der Udern Mühl, Michel *Schwendt*, 1735 Hannß Leonhard *Herold*, 1771 Georg Martin *Herold*, 1802 Johann Georg *Hambrecht*. Die jährliche Schuldigkeit betrug von der Mühle und den dazugehörigen Gütern 1 fl 6 kr, ½ Pfund Wachs, 4 Sommerhühner, 1 Faßnachthuhn, Dienst mit 2 Pferden und 1 Jagdhund. Zum Mühlgut gehörte 1 großer See und 2 kleine Seen unterhalb der Mühle, 3½ V Garten und 1 kleines Gärtchen. 17 M 3 V Ackerland, 7½ Tagwerk Wiesen und 1¼ Tagwerk »Etzweydt«. Für die Obermühle galt die gleiche Ordnung und Mitz (W 17/135) wie für die herrschaftlichen Bestandsmüller der Rebbigmühle und der Neuen Mühle.

Laut Moderationsprotokoll 1682/83 (W 23/1304/1305 u. 633) hat Martin *Schwendt*, seines Alters 60 Jahr, *seinem Sohn Leonhardten, Sein Gueth pro 1100 fl* (in der Schatzung mit 1360 fl veranschlagt) *Kaufflichen überlassen...* und dem Leibsbeeth-Knecht jährlich 5 Böhnisch und das Leibhuhn geliefert, ebenso der 40jährige Michel *Schwendt*, dessen Vermögen damals auf 400 fl geschätzt war.

Im Schatzungsbuch 1694 (W 19/159) wurde als Müller genannt Simon *Strickher*, 1735 Hannß Georg *Herold*, später Georg Martin *Herold*; 1856 übernahm Martin *Hambrecht* die Mühle, er war der letzte untere Müller. 1888 brach bei einem Hochwasser der Damm des Sees und legte die Mühle still.

1902 wurde das Mühlgebäude abgebrochen. Der See lag bis 1922 trocken, dann wurde der Damm ausgebessert und die Wasserkraft genützt zur Erzeugung von Elektrizität.

Ab 1891 gehörte das Hofgut Untermühle der Familie *Kleinknecht* (August, 1900 Christoph), seit 1913 den Familien *Krämer* (Friedrich, 1943 Ernst, 1974 Otto).

### Obermühle

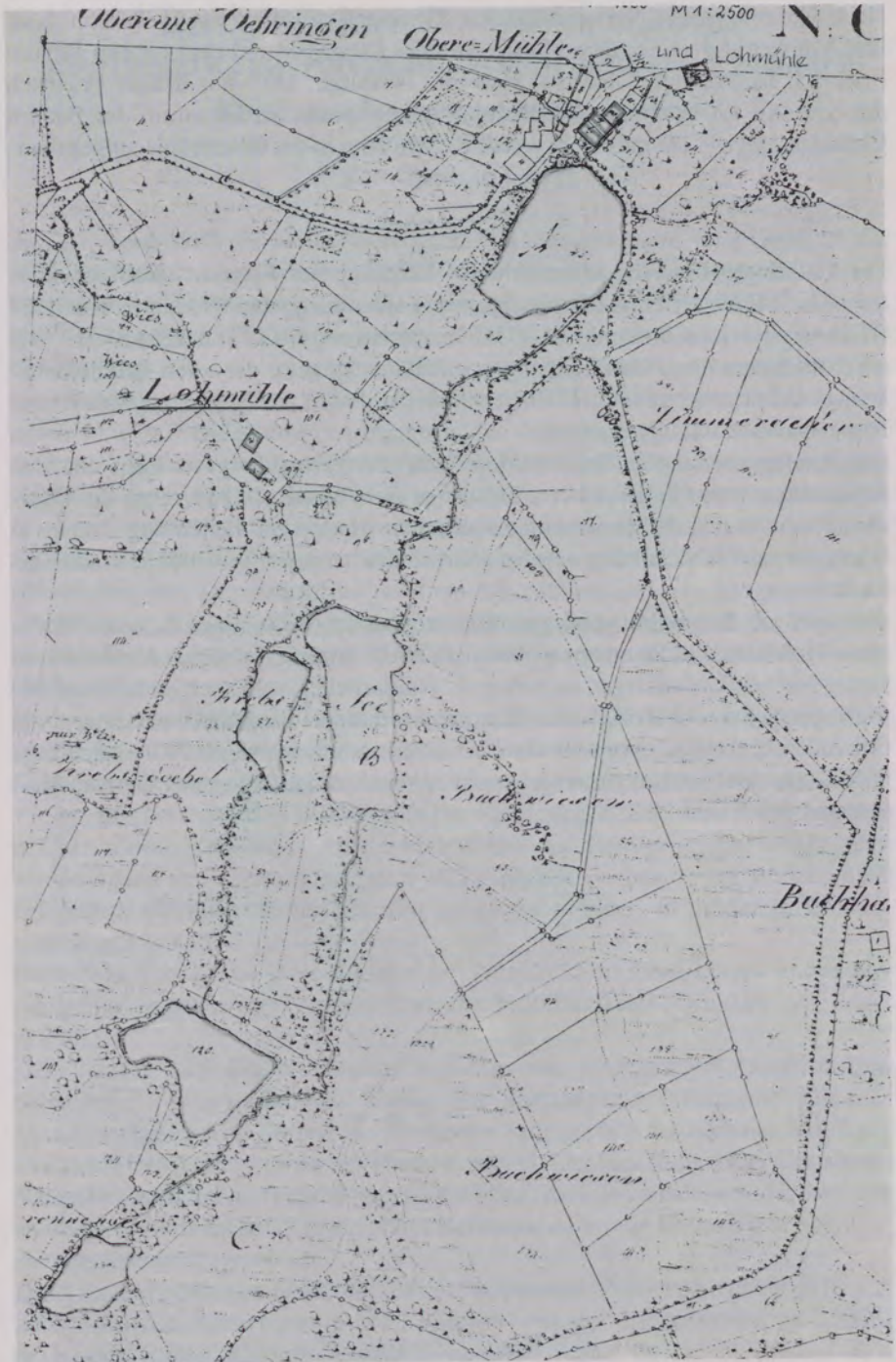
Das alte Mühlgebäude und Wohnhaus wurde 1920 abgebrochen. In der Oberamtsbeschreibung 1865 war für die Mühle angegeben 1 Mahl- und 1 Gerbgang. Der einst 40 a große Obermühlsee ist seit längerer Zeit trockengelegt.

Nach dem Waldenburger Lagerbuch von 1680/81 (W 17/309ff.) waren am Mühlgut, *die Schißlers Mühl genannnd, Jörg Schukrafft, Michel Kühner und Georg Jörg Müller Betheilt; drey Häuser, in welchem Einem Eine Mahl Mühl, zwo Scheuren, Ein See, 40 Morgen Äcker, Wiesen, Gärten, Reuung und Etzweydt alles beysammen ... Jörg Müller besitzt eine zu vorstehendem Mühlgut gehörende Behaußung, darinnen Eine Mahlmühlen vndt Gerbgang im Triller, zusampt dem darbey liegenden See...* Als Nachfolger sind angefügt:

1722 Hannß Georg Urban *Bachmayer*, Hannß Peter *Bachmeyer*.

1733 Caspar *Hak*, 1769 Johann Michel *Maurer*, 1792 Georg Christian *Rößler*, 1795 Joh. Georg *Feuchter*, 1819 Georg Andreas *Blinzinger*.

Das Schatzungsbuch 1694 (W 19/147) nennt: Hannß Peter *Bachmeyer*, von dem Hübner erkaufte; 1733 Caspar *Hak*; 1784 Joseph *Rößler*; 1791 Georg Christian *Rößler*; 1796 Melchior *Störrle*.



Kartenausschnitt Lohmühle – Obere Mühle

Nach Unterlagen des Vermessungsamts Öhringen gehörten um 1830 Wohnhaus und Mühle mit dem See dem Müller Andreas *Blinzinger* und dem Bauern Johann Friedrich *Wagner* eine Ölmühle, Stall und Hofraum. 1886 war Müller Friedrich *Rückert*. Ab 1904 war das Wohn- und Mühlgebäude im Eigentum des Bauern Christian *Mugele*. Damals wohl wurde die Müllerei in der Obermühle aufgegeben.

### *Die Lohmühle*

Die Unterlagen über die Lohmühle am Ursprung des Epbachs sind sehr spärlich. Die Mühle ist eingezeichnet in eine waldenburgische Waldkarte von 1787 (HZAN – Kartensammlung Nr. 134). Im Schatzungsbuch von 1694 (W 19/147) wird ein Lohmüller *Haan* beiläufig erwähnt, er habe an der alten Brühlscheuer keinen Anteil mehr gehabt. 1770 ist ähnlich beiläufig Georg Michel *Maurer* von Hohenau als Lohmüller genannt.

Die Rindengewinnung in Schälwäldern und die Vermahlung zu Lohe bei den Krebsseen war ein Teil des herrschaftlichen Forstbetriebs. 1865 nennt die Oberamtsbeschreibung die Gewinnung von Eichenrinde von Bedeutung, allein in Öhringen und Waldenburg wurden jährlich für wenigstens 10000 fl Rinde verkauft.

Auf dem zur Lohmühle gehörigen Söldnergütchen (Wohnhaus, Scheuer, Backofen, Hofraum und Brunnen) wohnten 1830 die Söldner Friedrich *Hofmann* und Georg Michel *Daubenberger*; sie haben als Waldarbeiter wohl auch im Lohmühlbetrieb gearbeitet. 1872 ließ die Standesherrschaft Hohenlohe-Waldenburg die Gebäude abbrechen (mitgeteilt vom Vermessungsamt Öhringen). Die Nachfrage nach Gerberlohe scheint zurückgegangen zu sein, wohl infolge neuer Gerbmethoden und -mittel.

# Der Arbeitskreis für Mühlenforschung im Historischen Verein für Württembergisch Franken

## Bericht von der konstituierenden Sitzung

VON GERHARD FRITZ

Am 25. April 1987 wurde im Murrhardter Grabenschulhaus, dem Gebäude der Volkshochschule, der Arbeitskreis für Mühlenforschung innerhalb des Historischen Vereins für Württembergisch Franken gegründet. Vor über 40 Mühlenkundlern – Historikern, Physikern, Lehrern, Mühlenbauern, Müllern, Ingenieuren – lief ein Tag mit dicht gedrängtem Programm ab. Nach den Grußworten des Vereinsvorsitzenden Albert Rothmund, des Murrhardter Technischen Beigeordneten Martin Pfender und des Initiators des Arbeitskreises, Dr. Gerhard Fritz, folgten insgesamt acht Kurzreferate mit anschließender Diskussion. Zum Abschluß des Tages wurde die Murrhardter Rümelinsmühle besichtigt. Hinsichtlich der Organisation des neuen Arbeitskreises wurde beschlossen, daß er für alle Interessenten – auch für solche, die nicht Mitglied im Historischen Verein sind – offenstehen soll. Der Arbeitskreis wird ein- bis zweimal pro Jahr Veranstaltungen durchführen. Die Aufgaben des Arbeitskreises ergeben sich aus den im folgenden in Kurzform wiedergegebenen Referaten, insbesondere aus dem Referat von Gerhard Fritz.

*Hartmut Kugler*, Müller aus Murrhardt, ging in seinem Referat in Überblicksform auf die Entwicklung der Mühlentechnik seit der Steinzeit bis in die Gegenwart ein. Nachdem jahrtausendlang nur Handmühlen in Gebrauch waren, begann seit 300 v. Chr. die Nutzung der Wasserkraft für Mahlzwecke. Seit dem 1. Jahrhundert n. Chr. waren Sieb- und Beuteleinrichtungen zur Reinigung des Mehls beim Mahlvorgang in Gebrauch, seit dem 16. Jahrhundert existierte der Walzenstuhl, der jedoch die alten Mühlsteine erst im 19. Jahrhundert in größerem Umfang verdrängen konnte.

Daraufhin wurden die Grundformen der Wasserräder (ober-, mittel- und unterschlächtig) erläutert und Sonderformen der Mühlen (Wind-, Schiffsmühlen) dargestellt.

Der Vortrag von *Bruno Winghart* aus dem oberschwäbischen Oberteuringen behandelte im Gegensatz zu Kugler ein Spezialthema. Winghart, gelernter Maschinenbauer und derzeit als Reallehrer tätig, arbeitet zusammen mit Lutz Dietrich Herbst seit Jahren an Themen zur Mühlenforschung Oberschwabens. Neben den Mühlen im engeren Sinne gilt das Interesse Wingharts und Herbsts vor allem den Mühlkanälen. Thema seines Referates waren die Mühlen und Mühlbäche des Kreises Ravensburg.

Die Arbeit Wingharts und Herbsts ist praxisorientiert. Zwar fallen dabei durchaus auch historisch-theoretische Erkenntnisse an – es war beispielsweise aufschlußreich, den Stillen Bach im Lichtbild zu sehen, einen aus karolingischer Zeit

stammenden Mühlkanal –, der Schwerpunkt des Referats lag aber auf anderem Feld. Winghart dokumentierte anhand zahlreicher Dias, wie rasant Mühlen und Mühlbäche in den letzten Jahren verschwinden. Häufig kam das Mühlenduo Winghart/Herbst zu spät und konnte nur noch zertrümmerte Wasserräder, demontiertes Mahlwerk, verfallene Wasserrinnen und zubetonierte Mühlkanäle feststellen. Neben Negativbeispielen konnten auch einige erfreuliche Fälle gezeigt werden. Seit 1981 gibt es im Kreis Ravensburg ein Förderprogramm für Mühlen. Markante Beispiele sind drei Hammerschmieden, von denen eine noch in regulärem Betrieb – also nicht als Museum – arbeitet, die Riedmühle, die wieder in Betrieb genommen wurde, obwohl sie seit 1939 stillgelegt war, und mehrere weitere. Alle wiederaktivierten Mühlen sind in einer beim Landkreis Ravensburg erhältlichen Broschüre kurz dokumentiert.

Bei der anschließenden Diskussion wurde insbesondere die Frage erörtert, wie man das Alter von Mühlkanälen feststellen könne. Winghart führte aus, daß bei der Altersermittlung des Stillen Bachs die gute Weingartener Überlieferung ausschlaggebend gewesen sei. Eine Altersermittlung aufgrund konstruktiver Eigenarten von Mühlkanälen sei dagegen problematisch.

*Frieder Schmidt* vom Technischen Landesmuseum in Mannheim arbeitet an einem Forschungsprojekt, in dem er am Beispiel der Papierproduktion den Übergang von der Hand- zur Maschinenarbeit zeigen soll. Sein Referat befaßte sich mit Papiermühlen in Baden-Württemberg. Die Ausführungen waren von erheblichem methodischem Interesse. Schmidt wendet Kriterien an, die erstmals von der englischen Industriearchäologie verwendet wurden. Danach soll eine beliebige Branche einer beliebigen Region ausgewählt werden (hier: Papiermühlen in Baden-Württemberg), Branche und Region müssen aber vollständig bearbeitet werden. Auf diese Weise kann zu bestimmten Zeitpunkten ein komplettes Bild eines Industrie- bzw. Gewerbezweiges erstellt werden. Die intensive Arbeit nur an Einzelobjekten kann zwar exemplarische Beispiele liefern, ist aber empirisch wertlos. Schmidt zeigte anhand einer Übersichtskarte den Bestand an Papiermühlen um 1825. Auf besonderes Interesse stieß Schmidts Erfassungsbogen für Papiermühlen, der an Forschungen von Rudolf Vorberger über die industrielle Revolution in Sachsen anknüpft. Für empirisch breite Arbeiten sind die strikt formale Rubrizierung und saubere Dokumentation nach klaren Kriterien unabdingbar. Um eine derartige Vollständigkeit zu erreichen, sei es nötig, für jede Mühle etwa 8–9 Stellen anzulaufen, wo Quellen liegen (Pfarramt, Vermessungsämter, örtliche Bauämter, Landratsämter usw.). Schmidt regte ein Erfassungsraster auch für die Arbeit des Historischen Vereins an.

Der Schorndorfer Stadtarchivar *Uwe Jens Wandel* stellte Quellen zur Mühlenforschung im Stadtarchiv Schorndorf dar. Wandel sah sein Referat als exemplarisch an: Es gehe nicht um Details der Schorndorfer Mühlengeschichte, sondern um die Frage, was man in einem Stadtarchiv eigentlich über Mühlen finden und erwarten könne. Im Schorndorfer Archiv existieren zwei große Quellengruppen zur Mühlengeschichte, zum einen die Unterlagen über die Mühlen der Stadt und des



Spitals, zum andern die Akten der Schorndorfer Müllezunft. In Schorndorf gab es zunächst die Stadtmühle (Burgermühle, Untere Mühle), die 1400 erstmals erwähnt wird. Unterlagen über diese Mühle sind im Stadtarchiv erst seit dem Wiederaufbau der Mühle nach dem 30jährigen Krieg vorhanden. Wesentlich sind auch die Akten über die Holzrechte der Mühle, ferner die Gerichtsprotokolle und die Bürgermeisterrechnungen. Da jeweils einer der vier Schorndorfer Bürgermeister zum Mühleninspektor ernannt wurde, sind auch die sogenannten Ämterersatzungsprotokolle zu berücksichtigen, in denen diese Inspektoren erwähnt werden. In diesen Protokollen sind außerdem die Festsetzungen des Bestandsgeldes (Pachtgeldes) enthalten. 1822 wurden die Schorndorfer Mühlen und die Ziegelhütte an Privat verkauft. Darüber gibt es Akten. Weitere Akten über die Untere Mühle beinhalten bauliche Veränderungen im Laufe des 19. Jahrhunderts, etwa den Einbau einer Turbine. Sinnvoll wäre ferner die Benutzung von Gebäudekatastern, Feuerversicherungsbüchern, Untergangprotokolle, Bauakten des Baurechtsamtes, Gewerbesteuerkataster, Akten über Wasserrechte, Inventuren und Teilungen.

Die zweite Schorndorfer Mühle, die Spitalmühle, wird 1358 als Gebenmühle erstmals erwähnt. Zur Spitalmühle wurde die Mühle erst 1489, als sie aus Adelsbesitz an das Katharinenspital in Esslingen kam. Der Esslinger Spital verkaufte die Mühle bereits 1493 an den Schorndorfer Spital zum heiligen Geist. Anders als die städtischen Akten wurden die Spitalakten bei der Zerstörung Schorndorfs nicht völlig vernichtet. Nach einem Müller namens Degen hieß die Mühle seit dem 15. Jahrhundert auch gelegentlich Degenmühle, hin und wieder auch Sheckenmühle. An die Mahlmühle war eine Lohmühle angeschlossen. Die Quellenlage ist für eine relativ frühe Zeit so gut, weil ein Bernhard Degenmüller häufig in Streit verwickelt war. Die Akten zu diesen Streitigkeiten sind weitgehend erhalten. Nachdem die Spitalmühle 1634 zerstört worden war, baute man sie 1671 wieder auf. Da sie im Glacis der Festung Schorndorf lag, mußten die Militärs ein Gutachten abgeben, ob sie nicht dem Verteidigungswert Schorndorfs hinderlich sei. Darüber sind Akten vorhanden. Als die Mühle wenig später in Bestand gegeben wurde, entstanden ebenso neue Akten wie bei Renovierungsarbeiten am Wehr. Quellenwert haben natürlich auch die laufenden Rechnungen des Spitals. Seit dem Verkauf von 1822 gleichen die Quellen im wesentlichen denen der Stadtmühle. Die Spitalmühle ist als einzige Schorndorfer Mühle noch heute in Betrieb, allerdings nach starken baulichen Veränderungen des späten 19. Jahrhunderts in Form einer Kunstmühle. Die Müllerfamilie besitzt noch eine Zeichnung vom Zustand der Mühle vor den Umbauten 1889.

Darauf ging Wandel in ähnlicher Weise auf die seit 1444 erwähnte, mit der Spitalmühle verbundene Lohmühle ein. Die Lohmühle hatte im Laufe ihrer Geschichte auch zahlreiche Zusatzfunktionen wie Schleifmühle oder Walkmühle. Walkmühlen gab es zudem außerhalb von Schorndorf am Schornbach. Über diese kleinen Mühlen ist vieles unklar, ebenso wie das Schicksal kurzlebiger Öl-, Tabaks- und Sägmühlen. Eine Schorndorfer Besonderheit ist die Roßmühle, die – mit

Pferden betrieben – in der Festung die Mahltätigkeit auch in Kriegszeiten sicherstellen sollte.

Die Schorndorfer Müllerzunft ist insofern von überörtlichem Interesse, als sie außer für die Stadt auch für das Amt Schorndorf und für das Klosteramt Adelberg zuständig war. Leider sind Unterlagen erst seit der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts erhalten, z. B. Einschreibbücher für Meister und Jungen von 1744–1828. 1828 wurde das Müllerhandwerk durch die Gewerbeordnung für unzüftig erklärt, die Zunft bestand dann nur noch als Verein weiter. Auch von diesem bestehen Einschreibbücher und Rechnungen. Die Einschreibbücher sind sozialgeschichtlich interessant und verdienen eine genaue Auswertung.

Von den Diskussionsbeiträgen zu Wandels Vortrag ist insbesondere der von Gerd Wunder erwähnenswert. Wunder wies darauf hin, daß in den Haller Stadtrechnungen des 15. Jahrhunderts mehrere Hinweise vorhanden sind, daß in Kriegen oder Fehden die Mühlen des jeweiligen Gegners ein bevorzugtes Angriffsziel waren. Durch die Zerstörung der Mühlen konnte die Wirtschaftskraft des Gegners entscheidend getroffen werden. Wunder zeigte darüber hinaus eine juristische Besonderheit der Mühlen im Salzburgischen. Die Bauernlehen dort gehörten verschiedenen geistlichen und weltlichen Herren, während die Mühlen alle dem Erzbischof gehörten. Mühlen waren dort sehr häufig, sie standen bei jedem besseren Bauernhof, die nur den bäuerlichen Eigenbedarf deckten. – Pierre Frankhauser konnte zum selben Thema erklären, daß solche Haus- oder Hofmühlen in gewissen schwer zugänglichen Landschaften – etwa dem Schwarzwald – ebenso vorkamen wie im gebirgigen Salzburger Land.

Des weiteren wurde angesprochen, daß Wandel eine fast beängstigend große Zahl an Mühlenquellen genannt habe. Es bestehe das Problem, in der Quellenflut zu ertrinken. Als Konsequenz wurde vorgeschlagen, daß der einzelne Mühlenforscher sich auf ein ziemlich kleines Gebiet – etwa das einiger Ortsmarkungen – beschränken müsse, um bei den Mühlen überhaupt Vollständigkeit zu erreichen. Frieder Schmidt warnte dagegen vor einem solchen allzu kleinräumigen Vorgehen. Nur wenn man ein größeres Gebiet bearbeite, sei man davor gefeit, möglicherweise vorhandene lokale Sonderentwicklungen als Norm anzusehen. Er wies namentlich auf das Beispiel der Hammerschmiede hin, wo er erst durch eine flächendeckende Untersuchung für ganz Baden-Württemberg auf das Phänomen gestoßen sei, daß hier insgesamt etwa 200 Hammerschmieden existiert hätten. Kein Bauer habe es weiter als etwa 10 Kilometer zur nächsten Hammerschmiede gehabt. Bei einer kleinräumigen Arbeitsweise hätte man diese Beobachtung niemals machen können. Angesichts der Arbeitsbelastung der Mühlenforscher – praktisch jeder ist berufstätig und betreibt Mühlenkunde nur nebenbei – wird sich allerdings eine großräumige Arbeitsweise nur verwirklichen lassen, wenn man viele lokale Forschungsergebnisse zusammenfaßt und auswertet.

Das Referat von *Pierre Frankhauser* ging ein auf die rechtliche Sonderstellung von Mühlen an Beispielen aus Hessen und dem Schwarzwald. Bis ins 19. Jahrhundert waren Mühlen keine freien Gewerbebetriebe wie heute, sondern unterlagen zahl-

reichen rechtlichen Sonderbestimmungen, insbesondere dem Mahlzwang und dem Bannrecht. In Hessen scheint der Mühlenbann bzw. -zwang länger und konsequenter beibehalten worden zu sein als in Süddeutschland. Man hat ihn in Hessen erst 1834 beseitigt. Mühlenbannrecht ist ein Verbotungsrecht. Es verbietet erstens den Bau einer weiteren Mühle in einem Banngebiet. Neuanlagen von Mühlen mußten deshalb von den Grundherren genehmigt werden und kamen nicht oft vor. In einem solchen Fall wurde dann das Banngebiet geteilt; die neue Mühle bekam einen Teil des Banngebiets zugeordnet. Zum Mühlenbann gehörte zweitens, daß die Bauern ihr Getreide nur an die ihnen zugeteilte Mühle liefern durften. Ein weiterer wichtiger rechtlicher Aspekt der Mühlen war der Mühlenfrieden. Als öffentlicher Ort waren Mühlen ähnlichen rechtlichen Friedensordnungen unterworfen wie Burgen oder Märkte. Als Idee hat sich der bereits im 12. Jahrhundert erwähnte Mühlenfrieden sehr lange gehalten. Die hessische Mühlenordnung von 1615 schärft ihn detailliert nochmals ein.

Nach altem Recht durfte eine Mühle nur anlegen, wer Grundeigentümer beider Bachseiten war. Infolge der hohen Baukosten waren nur reiche Grundherren in der Lage, Mühlen zu errichten – in der Frühzeit namentlich die Klöster. Seit dem 14./15. Jahrhundert erscheinen Mühlen als Erblehen; daneben gibt es gelegentlich auch Mühlen, die unmittelbar von Beamten des Landesherrn verwaltet werden. Bei den Lehensmühlen gab es Unterschiede insofern, als manche Mühlen grundsätzlich vererbt wurden, andere, die Erbleihmühlen, mußten von ihren Besitzern nach dem Erbfall durch Erwerb eines teuren Leihbriefs praktisch jedesmal neu erkauft werden. In Hessen mußten die Lehensmühlen, nicht anders als in Südwestdeutschland, jährlich Lehenszins entrichten. Dieser bestand aus Naturalien, später auch immer mehr aus Geld, und war zu bestimmten Terminen des Jahres fällig. Die Instandhaltung der Mühle oblag dem Müller, das Baumaterial dazu wurde jedoch vielerorts vom Grundherrn gestellt.

Den Müllern gelang es vor allem seit dem 16. Jahrhundert, sich immer größere Freiräume gegenüber den Lehensherren zu erstreiten. Das führte dazu, daß die Müller, die ihre Monopolstellung weidlich ausnutzten, immer mehr zu Betrügereien neigten, so daß die Müllerei allmählich in den Ruf eines unehrlichen Gewerbes kam. Im 17. Jahrhundert ist dagegen eine Verarmung der Müller festzustellen, einerseits durch den 30jährigen Krieg, andererseits auch durch die Entstehung kleiner Hausmühlen. Solche Hausmühlen verbreiteten sich seit dem 16. Jahrhundert insbesondere im Schwarzwald. Allein in St. Georgen wurden um 1525 acht Anträge auf Hofmühlen gestellt. Der Klostermüller beklagte sich auch sofort, daß ihm bei dieser Entwicklung die Kundschaft wegbliebe. Solche Bauern- oder Hofmühlen hatte es zuvor nur in Gegenden mit geschlossenen Bauern- oder Hofgütern gegeben, wo mißliche Verkehrsverhältnisse es erforderlich machten, daß die einzelnen Höfe abgeschlossene wirtschaftliche Einheiten waren. Der Absolutismus versuchte durch intensive Reglementierung, die Mißstände der Müllerei in den Griff zu bekommen. Frankhauser stellte diese Reglementierungen ausführlich dar. Bemerkenswert ist, daß mancherorts zur Verwertung des Mühlen-

abfalls Mahlschweine gehalten werden mußten, gelegentlich waren aber auch Jagdhunde bei den Müllern in Pflege, oder die Müller mußten in öffentlichem Auftrag fischen. 1677 und 1722 wurden in Hessen neue Mühlengesetze erlassen. Sie schärfen erneut die Bekämpfung der Mißstände ein, die nach allem Anschein nicht in den Griff zu bekommen waren.

Unter den Diskussionsbeiträgen zu Frankhausers Referat verdient der von Karl-Heinrich Schanz besondere Erwähnung. In Darmstadt habe es eine Sonderform des Mühlbanns gegeben. Dort waren zeitweilig nicht die Bürger in eine bestimmte Mühle gebannt, sondern verschiedene Mühlen waren in die Stadt gebannt. Die Mühlen durften dann an bestimmten Tagen nur für die Stadt mahlen. Offenbar war eine unzureichende Mahlkapazität die Ursache für diese Form des Banns. Die Darmstädter wollten ihre Mahlkapazität nicht mit dem Umland teilen. Die Müller haben sich – allerdings erfolglos – gegen den Bann gewehrt.

Die übrigen drei Referate von Gerhard Fritz, Karl-Heinrich Schanz, Sabine Reustle geben wir in vollem Wortlaut wieder.

# Die Erfassung bestehender und verschwundener Mühlen

## Das Projekt eines Mühlenatlases

VON GERHARD FRITZ

Wer sich mit Mühlen beschäftigt, kann das auf zwei verschiedene Arten tun: Er kann sich mit dem Einzelobjekt »Mühle« beschäftigen, oder er kann eine Vielzahl von Mühlen vergleichend betrachten. Beide Vorgehensweisen sind legitim, beide sind aufeinander angewiesen und profitieren voneinander. Die perfekte vergleichende Mühlenbetrachtung wäre überhaupt erst möglich, wenn alle einzelnen Mühlen detailliert untersucht sind. Was eine solche Perfektion verhindert, ist die riesige Menge an Arbeit, die geleistet werden müßte, bis alle Quellen zu allen Mühlen aufgearbeitet wären.

Wer sich also mit dem Gedanken an einen Mühlenatlas beschäftigt, der muß sich von vorneherein über die Schwierigkeiten seines Vorhabens klar sein. Wie kann unter diesen Umständen überhaupt ein Mühlenatlas möglich sein?

Meiner Ansicht nach kann ein Mühlenatlas mit einer Karte, die alle Mühlen verzeichnet, nur am Schluß einer langen Arbeit stehen. Was man vorher als realistischere Zwischenziele sich setzen müßte, wären regional und zeitlich eingegrenzte Mühlenkarten. Diese Karten müßten den Mühlenbestand zu unterschiedlichen Zeiten wiedergeben. Für Württemberg würde sich aufgrund der Quellenlage sogar ein verhältnismäßig leicht gangbarer Weg ergeben. In den Jahrzehnten von etwa 1820 bis 1850 wurde Württemberg erstmals kartographisch exakt in Karten 1:2500 erfaßt. Diese berühmte Urkartenaufnahme verzeichnet in der Regel alle damals vorhandenen Mühlen.

Es wäre vom Arbeitsaufwand her durchaus zu bewältigen, auf der Basis der Urkarten spezielle Mühlenkarten zu erstellen – sie könnten am besten landkreisweise herausgegeben werden. Damit wäre der Mühlenbestand von 1820/1850 dokumentiert. Die Quellen, also die Urkarten, sind in den jeweiligen Vermessungsämtern vorhanden, aber nicht ausgewertet.

Auf der dann erarbeiteten Grundlage – Mühlenbestand 1820/1850 – könnte man weiterforschen. Von 1820/1850 aus könnte man rückschreitend oder nach vorne schreitend zusätzliche Mühlenkarten anlegen. Ob man dabei in Fünfzig- oder in Hundertjahresschritten vorgeht, müßte diskutiert werden. Wichtig wäre es auf jeden Fall, den Mühlenbestand um 1900 und dann den um 1950 zu dokumentieren. Welche Quellengruppen dazu im einzelnen ausgewertet werden müßten, wäre noch festzulegen, eine entscheidende Rolle dürfte aber auch für diese Jahre das reichlich vorhandene Kartenmaterial spielen.

Ganz andere Probleme ergeben sich, wenn man von 1820/1850 aus weiter in die Vergangenheit zurückschreitet. Am Schluß der Arbeit würden auf jeden Fall

Mühlenkarten auf Kreisebene aus den Jahren 1800, 1700, 1600 und 1500 stehen, wobei aber mindestens für das 17. Jahrhundert eine Karte des Mühlenbestandes um 1650 dazukommen müßte. Nur so könnte man eventuelle Veränderungen der Mühlenzahl vor und nach dem Dreißigjährigen Krieg erkennen. Die systematische Auswertung von Lagerbüchern dürfte für die Zeit vor 1800 das erfolgversprechendste Vorgehen für eine flächendeckende Ermittlung der Mühlen sein. Geht man über das Jahr 1500 zurück, werden die Quellen dieser Art rarer. Regional mag man noch Mühlenkarten von 1450 oder gar 1400 erstellen können, über 1350 reichen die Lagerbücher in Württemberg aber nirgends zurück. Flächendeckende Arbeit wird hier also nicht mehr geleistet werden können. Dennoch wäre es reizvoll, auf einer Art »Altmühlenkarte« einmal alle jene Mühlennennungen zu dokumentieren, die in Urkunden und anderen Quellen vor 1350 vorkommen. Das Württembergische Urkundenbuch wäre hier die wichtigste Quelle, einige andere gedruckte Quellen – etwa die Württembergischen Regesten, die Württembergischen Geschichtsquellen und jüngere Werke – könnten das Bild ergänzen.

Was derartige Mühlenkarten leisten könnten, liegt auf der Hand: Die Zunahme bzw. Abnahme der Zahl der Mühlen läßt präzise Rückschlüsse auf die Wirtschaftsentwicklung und auf die demographische Entwicklung zu, und zwar auch dort, wo im Einzelfall andere Quellen fehlen. Liegen genügend Mühleneinzelkarten vor, könnte man an die abschließende Arbeit gehen und die Einzelkarten in einem landes- oder gar bundesweiten historischen Mühlenatlas zusammenfassen. Das kann sicher erst in Jahrzehnten der Fall sein. Eines ist auf jeden Fall klar: Angesichts der geschilderten Möglichkeiten der Wirtschaftsgeschichts- und Demographie-Forschung ist ein Mühlenatlas mit seinen Vorarbeiten kein exotischer Wunsch. Es handelt sich vielmehr um eine eminent wichtige Angelegenheit historischer Forschung.

# Ziele des Arbeitskreises für Mühlenkunde und der Deutschen Gesellschaft für Mühlenkunde

VON KARL-HEINZ SCHANZ

Oberstes Ziel des Arbeitskreises war es von Anfang an, alle Mühlenfreunde der Bundesrepublik Deutschland innerhalb eines Dachverbandes zusammenzuführen. Im September 1986 luden wir zur 2. Herbsttagung in den Hessenpark ein. Diesmal waren auch die Vertreter der großen norddeutschen Mühlenerhaltungsvereine aus Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Westfalen dabei sowie Historiker von Berlin bis Basel. Der Wunsch nach einem Zusammenschluß wurde verstärkt geäußert. So traf sich Mitte März dieses Jahres eine Vorbereitungskommission in Minden an der Weser, um sich über die zukünftige Zusammenarbeit einig zu werden.

Die Vorbereitungen zur Gründung der »Deutschen Mühlengesellschaft« laufen. Vier Vertreter der großen Mühlenvereine und des Arbeitskreises für Mühlenkunde treffen derzeit alle Maßnahmen, um dann im Herbst an der Mühlenstraße Minden-Lübbecke die Gesellschaft aus der Taufe zu heben.

## *Zu den Zielen der »Deutschen Mühlengesellschaft«*

Eine Formulierung wurde in Minden gefunden, die aber durchaus noch weiter entwickelt werden kann:

»Die Gesellschaft hat die Aufgabe, für Vereine zur Erhaltung von Mühlen aller Art und zur Erforschung des Mühlenwesens sowie für auf diesem Gebiet tätige Einzelpersonen als Dachverband in Deutschland tätig zu sein.«

Als Sitz der Gesellschaft wird der Gründungsversammlung der Kreis Minden-Lübbecke mit seiner Mühlenstraße vorgeschlagen. Denkbar wäre, daß Geschäftsführung und Vorstand turnusmäßig wechseln und somit auch der Sitz der Gesellschaft.

Ein wichtiges Ziel ist es, in weiteren Regionen, vor allem auch in Süddeutschland, Vereine und Einzelpersonen zu finden, die sich der Deutschen Mühlengesellschaft anschließen.

Einzelaufgaben für den Verein wurden bereits wie folgt angesprochen:

Erfahrungsaustausch unter den Mitgliedern.

Inventarisierung aller Mühlen auf Kreisebenen.

Einleitung von Restaurierungsmaßnahmen.

Ausarbeitung von Finanzierungsmöglichkeiten für Restaurierungsobjekte.

Erstellung von Berichten über Restaurierungsmaßnahmen.

Austausch von Erfahrungen über Nutzung solcher Objekte.

Ausarbeitung von Anleitungen für Mühlenrestaurierung, Mühlenbetreiber und Energienutzung.

Erfahrungsaustausch und Schulung von Handwerkern, die bei der Mühlenerhaltung und -betrieubung tätig sind.

Förderung der Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und Handwerkern auf dem Gebiet der Mühlenkunde.

Wahrung der deutschen Interessen bei der internationalen Mühlengesellschaft TIMS (The International Molinological Society).

Ein zentrales Mühlenarchiv und eine Bücherei sollen mit Hilfe der Mitglieder angelegt werden.

Ein Lager oder mehrere regionale Lager für Mühleninventarien sollen angelegt werden.

Die Herausgabe von Veröffentlichungen soll unterstützt werden.

Gemeinsame Aktionen der Mitglieder wie Tagungen, Besichtigungsreisen, Mühlenaufnahmen, Restaurierungen usw. sollen initiiert werden.

Sicherlich gibt es im Laufe der Zeit noch viele weitere Aufgaben, die für die Gesellschaft denkbar wären. Es wird weitgehend von der Aktivität der Mitglieder abhängen.

Ein repräsentatives Publikationsorgan ist zu schaffen.

Vorerst wird die periodische Zeitschrift »Der Mühlstein« vom »Verein zur Erhaltung von Wind- und Wassermühlen in Niedersachsen« die Mitteilungen der »Deutschen Mühlengesellschaft für Mühlenkunde und Mühlenerhaltung« integrieren.



# Mühlen des 16. Jahrhunderts im Backnanger Raum

VON SABINE REUSTLE

Mühlen, die Zentren vorindustrieller Produktion, nehmen für die wirtschafts- und sozialgeschichtliche Forschung der frühen Neuzeit eine wichtige Rolle ein. Für die Backnanger Gegend liegen die wichtigsten Unterlagen dazu in Form der Stiftslagerbücher vor, die etwa bis in die zwanziger Jahre des 16. Jahrhunderts zurückreichen. Zusätzlich erhält man weitere Informationen für die zweite Hälfte unseres Zeitraumes aus den frühen Ämterakten, die umfangreiche Prozeßschriften beinhalten. Alle diese Quellen betreffen hauptsächlich die vier Mahl- oder Getreidemühlen in und um Backnang, doch soll zunächst einmal nur eine Übersicht über die direkt in der Stadt befindlichen Mühlen gegeben werden.

## *1. Bestandsaufnahme: Die städtischen Mühlen in der ersten Jahrhunderthälfte*

### a) Mahlmühlen

In Backnang gab es zwei Getreidemühlen mit Namen »Hintere« und »Untere Mühle«. Beide befanden sich im Besitz des hier ansässigen Augustiner-Chorherrenstifts, doch wurde die letztere um 1502 an die Backnanger Bürgerschaft verliehen. In den 1590er Jahren findet man sie wieder unter der Bezeichnung Stadt- oder Bürgermühle, doch erhielt sich der ursprüngliche Name noch mindestens bis 1871 in der Oberamtsbeschreibung, welche als ihren Standort das damalige Gerberviertel, den Biegel, ausweist. Der Lehnsbrief von 1502 schreibt vor, daß ein ehrbarer Mann ziemlichen Alters von den Bürgern als Mahlmeister bestimmt werden solle, der dann mit seinen Knechten dem Stiftskeller geloben müsse. Ansonsten unterschieden sich die Lehnsbedingungen beider Mühlen nicht wesentlich voneinander. Die Hintere Mühle befand sich dem Wasserlauf nach weiter oberhalb und mußte demgemäß eine höhere Gült ans Stift entrichten, da sie eine noch ungehemmte Strömung nutzen konnte und bei Niedrigwasser den geringsten Nachteil hatte. Außer Fall, Handgeld und Gült wurden in den Lehnsbriefen noch zusätzlich folgende Vereinbarungen getroffen:

- ein Vierteljahr lang mußte der Müller zwei Schweine fürs Stift mästen
- viermal im Jahr sollte auf die sogenannten »hochzeitlichen Feste« ein Kuchen aus feinem Mehl an dasselbe geliefert werden
- alle in der Grathurt gefangenen Fische im Wert von 3 Schilling und mehr mußten abgegeben werden, d. h., der Müller besaß kein Fischrecht
- den Insassen des Stifts mußte das Korn kostenlos gemahlen und transportiert werden

- Instandhaltungen und Reparaturen, die sich über mehr als drei Tage hinzogen, wurden vom Stift bezahlt
- ebenso lieferte das Stift Steine und Holz für Bauarbeiten, jedoch mußte der Müller die Transportkosten bestreiten
- zusätzlich sollte die Stadt 16 Schilling als Steuer für Wasser, Wunn, Waid, Steg und Weg erhalten.

Man erkennt an diesen Abmachungen noch die naturalwirtschaftliche Grundlage der damaligen Zeit, in der die Vertragspartner weniger Geld als lebensnotwendige Grundstoffe untereinander austauschten. Im Gegensatz zu der Bürgermühle mußte der Untere Müller sich außerdem verpflichten, seine Mühle nicht an irgendwelche Genossenschaften, Bürgerschaften, Herrschaften oder edle Geschlechter zu verkaufen, sondern nur an seinesgleichen. Das Stift als Lehnherr befürchtete offensichtlich, daß ein solcher Besitzwechsel sich ungünstig auf seinen Einfluß an dieser Mühle auswirken würde.

#### b) Lohmühlen

Ein Hinweis auf die Bedeutung des Gerberhandwerks in Backnang mögen die beiden Lohmühlen sein, die durch Zerstampfen von Rinde das wichtige Gerbmittel für die Häute herstellten. Hießen die Inhaber der Mahlmühlen fast alle Müller, so tritt hier bei den Lohmüllern der Name Gerber bzw. Gerwer verstärkt auf. Da ihre verschiedenen Besitzer oftmals nur bis zu einem Achtel Anteil an ihnen hatten, ist es anzunehmen, daß sie daneben selbst noch als Gerber tätig waren und sich mit ihrem Anteil zuerst einmal die Menge an benötigtem Gerbmittel sicherten. Auch diese Mühlen befanden sich im Besitz des Stifts.

#### c) Die Schleifmühle

Flußabwärts wird um 1500 einmalig noch eine Schleifmühle erwähnt, deren Besitzer identisch zu sein scheint mit einem der obigen Lohmüller. Seine Aufgabe war das Schärfen von verschiedensten Metallgeräten wie Messer, Spaten und Sichel. Ein technisches Detail, das hierbei erwähnt wird, zeigt, daß die Arbeit dieser Mühle als der letzten entlang der Murr oft schwierig war und weniger galt, als die der Kornmühlen, heißt es doch, daß der Schleifmüller bei niedrigem Wasserstand das Brett vorstoßen und seine Arbeit einstellen solle, um den anderen Mühlen nicht noch das wenige Wasser streitig zu machen. Vielleicht ist dies ein Grund, weshalb diese Mühle in späteren Jahren nicht mehr auftaucht.

#### d) Die Walkmühle

Die einzige Mühle, welche sich außerhalb des stiftischen Besitzes befand, war die 1528 erwähnte städtische Walkmühle, welche jährlich 10 Schilling Steuer an die württembergische Herrschaft zu entrichten hatte. Sie ist wohl als Teil innerhalb des städtischen Lederhandwerks zu sehen, doch leider gibt es über sie und ihre Inhaber keine weiteren Angaben.

### e) Zusammenfassung

Betrachtet man die rechtliche Situation der Backnanger Mühlen, so fällt auf, daß sich mit einer Ausnahme alle in den Händen des Stifts befanden. Dasselbe trifft im übrigen auch für andere hochspezialisierte Betriebe wie Schmiede oder Ziegelhütten zu. Dies ist wohl ein Indiz dafür, daß die Wirtschaftskraft des württembergischen Teils der Stadt gegenüber derjenigen der geistlichen Institution recht gering war. Dem Stift scheint innerhalb des städtischen Gemeinwesens eine starke Position zugekommen zu sein. Der materielle Zugewinn, den die württembergische Herrschaft und vielleicht auch die Bürger selbst mit der Säkularisierung des Stifts 1534 erhielten, muß recht beträchtlich gewesen sein.

### 2. Konkurrenz unter den Getreidemüllern in der zweiten Jahrhunderthälfte

Parallel zu der allgemeinen Bevölkerungszunahme in Backnang während des 16. Jahrhunderts ist auch zu beobachten, daß die Getreidemühlen ausbauen und sich vergrößern. Das erste Mal geschieht dies durch einen Vergleich der zwei städtischen Mühlen mit dem Stift, der den jeweiligen Neubau eines vierten Mahlganges beinhaltete. Auch die Mühlen in Zell und Oberweissach konnten sich auf diese Weise vergrößern. Als in den 90er Jahren jedoch einige Müller auf eigene Faust weitere Ausbauten vornahmen, kam es zu zwei großen Prozessen zwischen ihnen und ihren Kollegen. Die Prozeßakten enthalten dabei einige interessante technische Details, welche die damalige Zeit bildhaft wiederaufleben lassen.

#### a) Obermüller gegen Bürgermühle

1589 baut die Bürgermühle ohne vorherige Bewilligung einen neuen Dreilauf hinzu und erhöht das Wehr. Der Obermüller, dessen Mühle weiter flußaufwärts liegt, beklagt sich über das Zurückschlagen des Wassers, wodurch der Lauf seiner Räder behindert würde. Außerdem entstünde ihm durch die nun größere Mahlkapazität der Stadtmühle eine Konkurrenz, derer er sich nicht mehr erwehren könne. Die Stadt behauptete dagegen, der Obermüller sei untüchtig und viele Kunden hätten überwechseln müssen, weil er seine Arbeit schlecht verrichte. Dadurch sei der Stadtmüller oft mit dem Mahlen nicht mehr nachgekommen, besonders auch, wenn der Herzog bei der Jagd sein Hoflager in der Stadt aufgeschlagen habe. Es habe dadurch Unterversorgung an Mehl gegeben und Mangel und Not habe in der Stadt geherrscht.

Der neue Dreilauf befand sich nach der Beschreibung zwischen den Mahl- und Gerbgängen, so daß man sich seiner je nach Bedarf für beide Zwecke bedienen konnte. In normalen Zeiten sollte er zum Gerben oder Mahlen von Schweine- und Viehfutter verwendet werden. Bei großem Andrang auf die Mühle wurde er jedoch gereinigt und zum Mahlen von Brotgetreide benutzt.

Eine Waffe in diesem Streit war der Mahlzwang, der von der Stadt ausgeübt wurde. Das städtische Korn wurde dabei nur an Kunden verkauft, die in der

Burgermühle mahlen ließen. Trotzdem gewann der Privatmann den Rechtsstreit gegen die Stadtmühle.

#### b) Neubau der Seemühle in Unterweissach

In den zweiten Prozeß waren noch zwei weitere Mühlen verwickelt, die sich innerhalb einer halben Meile entlang der Murr mit den Backnanger Mühlen befanden. Es sind die heute noch tätige Seemühle in Oberweissach (heute Unterweissach) und wohl die heutige Bentzenmühle im selben Ort. Ausgangspunkt des Streites war folgende Situation: 1593 erhielt der Seemüller die Erlaubnis, seine alte, vom See in Cottenweiler verschwellte Mühle an den unteren Teil des Sees zu versetzen und das Seewasser durch sie zu leiten. Das neue Gebäude fiel jedoch viel größer und aufwendiger aus als das alte, außerdem hatte der Müller das Gußbett so erhöht, daß die umliegenden Wiesen des öfteren überschwemmt wurden. Sein größtes Vergehen in den Augen der anderen Müller war jedoch, daß er das neue Mahlwerk so groß baute, daß er mit einem Gang in 24 Stunden so viel mahlen konnte wie zuvor in vier bis fünf Tagen. Dadurch, daß die Mühle jetzt an der Landstraße stünde, so meinten seine Gegner, würden die Waldbauern, die sonst das Mahlen mit einem Handel ihrer Pfähle, Brennholz und Geschirr in der Stadt verbänden, zu sich abziehen. Dadurch, daß die anderen Müller ihre Kundschaft aus diesem Landstrich verlören, entstehe ihnen ein Schaden von etwa 2000 Gulden. Bei niedrigen Kornpreisen könnten sie unter Umständen die hohen Steuern nicht mehr aufbringen.

Trotz mehrfacher Versuche von seiten der Backnanger Vögte, wenigstens den Abriß des neuen dritten Rades zu erreichen, und trotz mehrfacher finanzieller Strafandrohungen konnte sich der Beklagte letztendlich durchsetzen. Der Prozeß zog sich über mehr als fünf Jahre hin, und die neue Mühle scheint in dieser Zeit schon so etwas wie Gewohnheitsrecht erlangt zu haben. Ihr Florieren zeigt sich nicht zuletzt auch in der Tatsache, daß sie bis heute noch in Betrieb ist.

# Das Kleinkastell Mainhardt-Ost

VON HORST CLAUSS

Im Vorfrühling des Jahres 1975 begannen im Neubaugebiet Mainhardt-Ost die Erschließungs- und Kanalisationsarbeiten. Beinahe gleichzeitig wurden im nördlichen Bereich dieses Gebietes zwei Baugruben für ein Ein- und ein Zweifamilienhaus ausgehoben (Flurstück 217/9 bzw. 217/10 u. 217/24). Im Verlauf dieser Erdarbeiten beobachtete der Verfasser am 26. April 1975 am südlichen Rand dieser Baugrube Mauerreste und barg römische Scherben. Glücklicherweise waren der Baufirma, die den Kanalgraben auf der Trasse des späteren »Keltenrings« vorantrieb, die Betonrohre ausgegangen, so daß die Arbeiten gerade an der Stelle eingestellt wurden, an der weitere Mauerreste zum Vorschein kamen. Wegen der unmittelbaren Nachbarschaft zum Limes dachte man gleich an eine römische Befestigungsanlage. Eine noch am selben Tage vorgenommene Untersuchung deckte das Mauerwerk der abgerundeten südwestlichen Ecke dieser Anlage auf. Am 29. April 1975 begann die Abteilung Bodendenkmalpflege des Landesdenkmalamts unter der Leitung von Grabungstechniker E. Stauß mit der Ausgrabung, die am 19. Mai 1987 abgeschlossen werden konnte. Die Erdarbeiten im Bereich der Flurstücke 217/10 und 217/24 waren inzwischen – leider unnötigerweise – so weit fortgeschritten, daß fast die gesamte Nordseite der römischen Anlage zerstört worden war.

An dieser Stelle ist der Gemeinde Mainhardt, vor allem Herrn Bürgermeister Rau und den Grundstücksbesitzern, zu danken, die sofort einer mehrwöchigen Untersuchung zustimmten und bereit waren, Verzögerungen ihrer Bauvorhaben in Kauf zu nehmen.

Knapp unter der Oberfläche des Wiesengeländes – der ehemalige Besitzer, Herr Johann Steiner, erzählte später, daß er, als er das Gebiet noch umpflügte, an manchen Stellen immer den Pflug anheben mußte – kam die etwa 0,90 m breite Umfassungsmauer eines bis zu diesem Zeitpunkt völlig unbekanntem Kleinkastells zum Vorschein. Die Anlage besaß eine Länge von 25,40 m und eine Breite von 25 m und hatte die für die Kleinkastelle des südlichen vorderen Limes charakteristischen abgerundeten Ecken. Die Innenfläche betrug demnach etwa 540 m<sup>2</sup>. Das Mauerwerk, das gut erhalten und an manchen Stellen noch bis 0,70 m hoch war, bestand aus grob behauenen Stubensandsteinen. Das Kastell war von einem etwa 2 m breiten Spitzgraben umgeben. Da infolge der Bauarbeiten die Zeit der Untersuchung nur knapp bemessen war, wurde dieser Graben nicht vollständig aufgedeckt. Er konnte aber an der Ostseite südlich des Tores, von der südwestlichen Ecke und im Profil des Kanalisationsgrabens erfaßt werden. Entlang der Mauern konnten an der Innenseite (Abb. 1) zahlreiche Pfostengruben ermittelt

werden. Es fällt auf, daß sich vor allem an der Westseite größere und kleinere Gruben in regelmäßigen Abständen abwechselten. Diese Pfostenreihe gehörte zu einem hölzernen Wehrgang, der vorne auf der Steinmauer aufgelegt und nach innen durch Pfosten abgestützt war. Das nach Osten unmittelbar zum Limes orientierte Tor konnte vollständig erfaßt werden (Abb. 2). Es war 3 m breit und wurde von zwei je 3,30 m langen, nach innen einziehenden Torwangen gebildet. Eine in der Mitte der Toreinfahrt gefundene Pfostengrube, in der sicherlich eine Stütze stand, legt die Vermutung nahe, daß das Tor mit einer hölzernen Plattform oder einem kleinen Turm überdacht und möglicherweise besonders befestigt gewesen sein könnte. Im Innenraum, der durch verschiedene Erdbewegungen stark in Mitleidenschaft gezogen war, zeichneten sich unter einer mit angezeigetem Hüttenlehm durchsetzten Brandschicht verschiedene Pfostengruben und Gräbchen ab, die zweifellos zu hölzernen Innenbauten gehört hatten. Obwohl deren Grundrisse nicht einwandfrei ermittelt werden konnten, dürfen wir annehmen, daß ähnlich wie beim Kleinkastell Rötelsee ein hufeisenförmiger Innenbau vorhanden war, der sich nach Osten zum Tor hin öffnete und einen Innenhof umschloß, dessen Bodenbefestigung in Resten nachgewiesen werden konnte.

Wie die Kleinfunde, vor allem einige Metallgegenstände und die recht zahlreiche Keramik, zeigen, gehörte das Kleinkastell zu Mainhardt nicht in die Frühphase des obergermanischen Limes. Besonders auffallend ist die große Anzahl von Töpfen mit herz- bzw. sichelförmiger Randbildung, die gerade für das späte zweite und die erste Hälfte des dritten Jahrhunderts charakteristisch ist. Die Anlage dürfte demnach gegen Ende des zweiten Jahrhunderts entstanden sein.

Im Herbst 1974, ein halbes Jahr vor der Ausgrabung des Kleinkastells Mainhardt-Ost, war mit dem Kleinkastell Rötelsee, nördlich von Welzheim, zum ersten Mal eine derartige Anlage vollständig mit den gesamten Innenbauten (Abb. 3) untersucht worden. Das Mainhardter Kleinkastell ist zwar um etwa 200 m<sup>2</sup> größer als das Kleinkastell Rötelsee, besitzt aber sonst ein völlig identisches Aussehen, so daß man wohl annehmen darf, daß der Bau dieser und weiterer Anlagen am südlichen obergermanischen Limes in dieselbe Zeit und auf eine einheitliche militärische Anordnung zurückgeht.

Mit der Auffindung des Kleinkastells Mainhardt-Ost treten einige Fragen über die Art der Befestigung am südlichen Abschnitt des obergermanischen Limes auf. Gerade zwischen Mainhardt und Welzheim, also im Bereich des schwer zu überwachenden Limesabschnitts im Schwäbischen Wald, gibt es noch zwei ganz ähnliche, aber noch nicht eingehend untersuchte Anlagen:

1. das etwa 450 m<sup>2</sup> große Kleinkastell Ebnisee (Abb. 4) nördlich von Gausmannsweiler.
2. Im Rottal, etwa 4,5 km südlich von Mainhardt, das kaum 300 m<sup>2</sup> große Kleinkastell oberhalb der Hankertsmühle. (Abb. 5)

Vermutlich war eine ähnliche Anlage im Brettachtal nördlich von Mainhardt. Dort wurden beim Bau eines zur Vordermühle gehörenden Gebäudes römische Mauerreste entdeckt, die aber nicht näher untersucht wurden (ORL Abt. A,

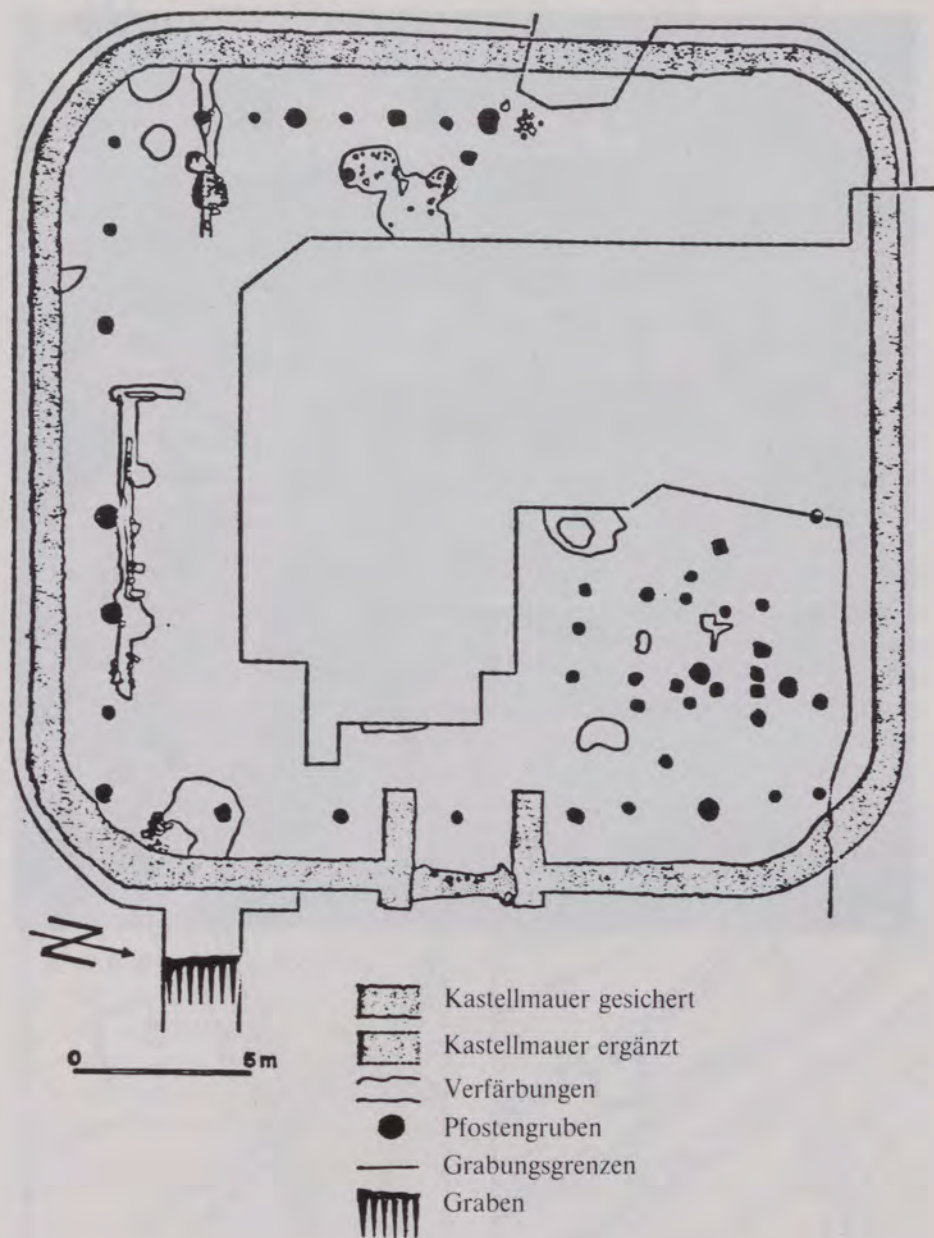


Abb. 1 Mainhardt, Lkr. Schwäbisch Hall, Kleinkastell. Gesamtplan aufgrund der Grabung im Jahre 1975



Abb. 2 Toranlage des Kleinkastells



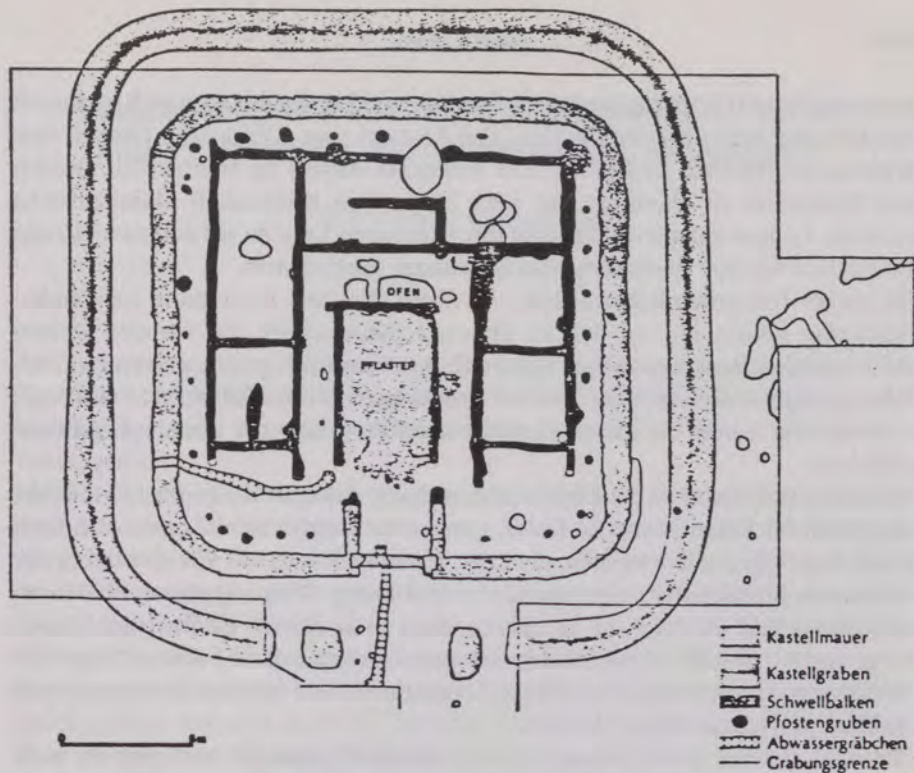


Abb. 3 Welzheim, Rems-Murr-Kreis. Kleinkastell Rötelsee. Gesamtplan aufgrund der Ausgrabung im Jahre 1974

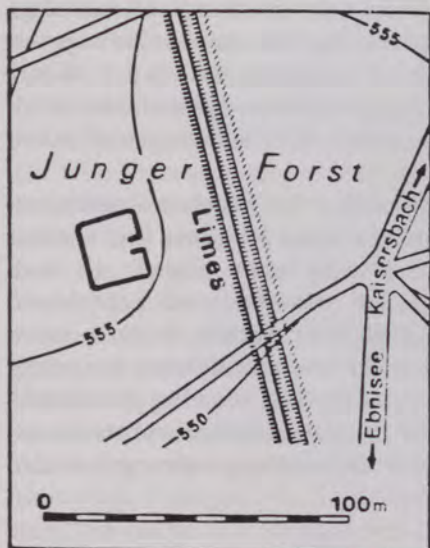


Abb. 4

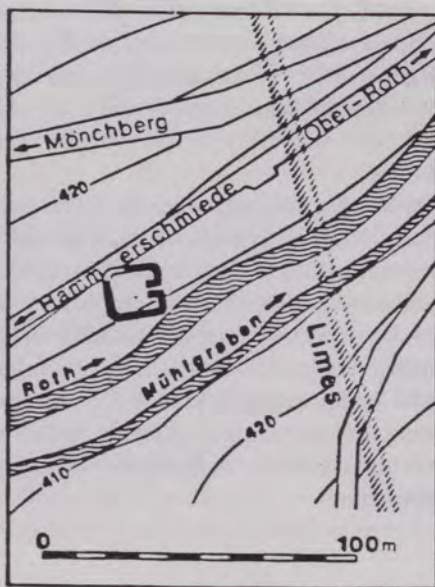


Abb. 5

Kleinkastelle zwischen Mainhardt und Welzheim.  
Kleinkastell Ebensee; Kleinkastell Hankertsmühle.

Maßstab: 1:2500

Strecke 9, S. 163). Der Abstand vom Kleinkastell Mainhardt-Ost zum Kleinkastell Hankertsmühle beträgt etwa 4,5 km, der Abstand vom Kleinkastell Ebnisee zum Kleinkastell Rötelsee ist ähnlich. Die vermutete Anlage im Brettachtal nördlich von Mainhardt ist allerdings nur etwa 500 m vom Kleinkastell Mainhardt-Ost entfernt. In diesem Falle dürfte wohl ihre exponierte Lage im tief eingeschnittenen Brettachtal für ihre Errichtung von Bedeutung gewesen sein.

Die bisher bekannten Kleinkastelle, vor allem aber ihre Entfernung zueinander, lassen die Vermutung zu, daß an diesem Limesabschnitt mit weiteren kleinen Befestigungsanlagen in ungefähr regelmäßigen Abständen gerechnet werden kann. Eine systematische Begehung und Untersuchungen durch die Luftbildarchäologie – soweit der Limes im freien Gelände verläuft – könnten weitere Ergebnisse erbringen.

Besonders auffallend ist die Einheitlichkeit dieser Anlagen: die geringe Größe, die abgerundeten Ecken, das nach Osten zum Limes ausgerichtete Tor mit den nach innen eingezogenen Torwangen, die Lage direkt am Limes, die Gleichartigkeit der bekannten Innenbauten, der abgestützte Wehrgang. Möglicherweise entstanden die Kleinkastelle in derselben Zeit, als der Ausbau des Limes mit Wall und Graben vorgenommen wurde. Doch müßten hier durch eingehendere Untersuchungen des vorhandenen Fundmaterials genauere Erkenntnisse zur Frage der Datierung dieser Anlagen gewonnen werden können.

Sicher ist, daß mit diesen Anlagen weitere Grenzbefestigungen vorliegen, die wohl in erster Linie der Unterbringung der zur Überwachung der Grenzabschnitte abkommandierten Truppen dienen. Die Größe dieser Kleinkastelle läßt eine Besatzung von etwa 20 Soldaten vermuten. Ob sie dem Kommandanten der benachbarten Kohortenkastelle unterstellt waren oder ob sie eine eigenständige Einheit bildeten, ist bis jetzt noch nicht auszumachen. Gerade aber die Lage des Kleinkastelles Mainhardt-Ost, etwa 320 m östlich des großen Kastells der *cohors I asturum equitata*, zeigt deutlich die eigenständige Funktion der Kleinkastelle im Hinblick auf die Grenzüberwachung im südlichen Teil des obergermanischen Limes.

Da das Kleinkastell Mainhardt-Ost im unmittelbaren Bereich einer Straßenkreuzung (Keltenring und Asturerweg) und mehrerer privater Bauplätze liegt und erst bei den Bauarbeiten entdeckt wurde, war es leider nicht möglich, die noch vollständig erhaltenen Grundmauern und das Tor, oder wenigstens Teile davon, zu konservieren und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Wäre es schon früher entdeckt worden, hätte es aufgrund seiner wissenschaftlichen Bedeutung und seines ausgezeichneten Erhaltungszustandes durch eine andere Straßenführung und durch entsprechende Aufteilung der Bauplätze erhalten und als interessanter Aspekt für die Limesforschung in die Neubausiedlung einbezogen werden können.

# Anthropologische Untersuchungen an Skelettresten von Prälaten aus der Murrhardter Stadtkirche

VON ALFRED CZARNETZKI

Mit Beginn des Jahres 1973 starteten die archäologischen Ausgrabungen in der Murrhardter Stadtkirche. Der geplanten Renovierung des Kircheninnenraumes sollten eingehende Forschungen über die Vergangenheit des ehemaligen Klosters vorausgehen.

Geleitet wurden die Untersuchungen vom damaligen Murrhardter Heimatpfleger Rolf Schweizer, der in enger Verbindung mit dem Stuttgarter Amt für Denkmalpflege und ihrem Leiter G. P. Fehring die Ausgrabungen durchführte. Geplant war, die Grabungen bis Ostern desselben Jahres zu beenden. Die reichhaltigen Funde und Befunde führten aber dazu, daß die archäologischen Untersuchungen erst im Dezember 1973 abgeschlossen werden konnten. Während der gesamten Grabungszeit erschienen in der Murrhardter Zeitung Vorberichte, die den aktuellen Stand der Arbeiten auch der Murrhardter Bevölkerung zugänglich machten. Eine abschließende Gesamtpublikation der Grabungsergebnisse steht jedoch noch aus.

Über lange Jahrhunderte war die Kirche ein Ort, wo besondere Persönlichkeiten des weltlichen und kirchlichen Adels ihre letzte Ruhestätte fanden. So war die stattliche Zahl von über siebenzig Bestattungen, die im Laufe der Grabungen aufgedeckt wurden, nicht erstaunlich. Die gefundenen Überreste der einstigen Würdenträger wurden vom Tübinger Anthropologen Alfred Czarnetzki, dem Leiter der Osteologischen Sammlung an der Universität Tübingen, untersucht. Ein erster Bericht wird hier vorgelegt.

Die erste Untersuchung betraf die Skelettreste der in der Murrhardter Stadtkirche bestatteten barockzeitlichen Prälaten. Ihre Grablegen konnten vom Ausgräber anhand von Aufzeichnungen in den Kirchenbüchern eindeutig identifiziert werden. Die Geburts- und Sterbedaten, wie auch einzelne biographische Angaben konnten den Kirchenbüchern ebenfalls entnommen werden. Somit ergab sich die Möglichkeit, Daten zur Alters- und Geschlechtsbestimmung, die an Referenzpopulationen erarbeitet worden sind, an historischen Personen des 17. und 18. Jahrhunderts zu überprüfen. Die Namen wie auch die Lebensdaten der untersuchten Murrhardter Geistlichen sind der Tabelle I zu entnehmen.

Als Referenzpopulation dienten 134 Schädel der Osteologischen Sammlung der Universität Tübingen. Da alle Schädel aus Württemberg stammen, war anzunehmen, daß die bei den Tübinger Schädeln beobachteten Altersmerkmale denen der Murrhardter Funde entsprechen würden.

Die Geschlechtsbestimmung der einzelnen Murrhardter Bestattungen erfolgte

Tabelle 1

| Grab-<br>nummer | Name                         | geboren      | gestorben    | tatsächl.<br>Alter               |
|-----------------|------------------------------|--------------|--------------|----------------------------------|
| 162             | Matthäus Alber               | 1559         | 24. 11. 1606 | 47 Jahre                         |
| 64              | Georg Ehrenreich Rümmelin    | 12. 1684     | 8. 11. 1738  | 53 Jahre<br>11 Monate            |
| 279             | Felix Gaspar                 | 1539         | 13. 6. 1595  | 56 Jahre                         |
| 48              | Georg Conrad Brodbeck        | 30. 4. 1651  | 30. 6. 1714  | 63 Jahre<br>2 Monate<br>6 Tage   |
| 119             | Martin Planck                | 1550         | 23. 2. 1614  | 64 Jahre                         |
| 66              | Georg Reinhold Fronmüller    | 10. 11. 1683 | 30. 10. 1751 | 67 Jahre<br>11 Monate<br>20 Tage |
| 49              | Wilhelm Conrad Haselmajer    | 26. 4. 1663  | 19. 12. 1731 | 68 Jahre<br>7 Monate<br>21 Tage  |
| 77              | Johann Majer                 | 13. 4. 1641  | 15. 12. 1712 | 71 Jahre<br>8 Monate<br>2 Tage   |
| 68              | Johann Kreiling              | 9. 6. 1618   | 14. 7. 1694  | 76 Jahre<br>1 Monat<br>5 Tage    |
| 67              | Friedrich Christoph Oetinger | 6. 5. 1702   | 10. 2. 1782  | 79 Jahre<br>9 Monate<br>4 Tage   |
| 65              | Petrus Scharffenstein        | 13. 6. 1677  | 1. 11. 1765  | 88 Jahre<br>5 Monate<br>5 Tage   |

aufgrund morphologischer Merkmale, die beim männlichen und weiblichen Geschlecht jeweils eine verschiedene Ausprägung erfahren.

Einige seien hier genannt: Die *Glabella*, das Feld zwischen den beiden Augenbrauenbögen, war bei den Murrhardtern als männlich zu bestimmen, wenn auch die Vorwölbung nicht sehr stark ausgebildet war. Beim weiblichen Geschlecht ist die *Glabella* in der Regel nicht bzw. nur unmerklich vorgewölbt. Die *Arcus superciliares*, die Augenbrauenbögen, die einen knöchernen Wulst über dem oberen Augenhöhlenrand bilden, traten bei den Murrhardter Prälaten nicht sehr deutlich hervor. Sie wiesen dennoch deutlich auf das männliche Geschlecht hin: ihre Form war firstartig. Bei weiblichen Individuen ist dagegen eine gerundete Form der

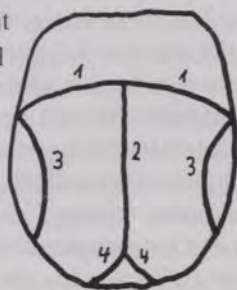
*Arcus superciliares* zu beobachten. Die Nasenwurzel war bei den einzelnen Personen deutlich eingesattelt, wie es beim männlichen Geschlecht zu erwarten war. Der *Margo supraorbitalis*, der obere Augenhöhlenrand, war bei allen Untersuchten gerundet; im weiblichen Geschlecht bildet er eine scharfe Kante.

Die hier aufgeführten Merkmale hatten sich in der Referenzpopulation aus der osteologischen Sammlung als besonders geeignet erwiesen und sind deshalb auch bei der Untersuchung der Murrhardter Prälaten mit Priorität herangezogen worden. Das Ergebnis war eindeutig. Alle Individuen zeigten – wie oben beschrieben – maskuline Merkmale. Die Untersuchung der Becken, welche besonders eindeutige geschlechtsspezifische Merkmale aufzuweisen haben, auf die hier aber nicht näher eingegangen werden soll, bestätigten den an den Schädeln erarbeiteten Befund. Eine Überraschung hingegen erbrachte die Überprüfung der Altersbestimmung. Hier zeigte sich zwischen dem anthropologischen Befund der Murrhardter Bestatungen und dem tatsächlichen, aus den Kirchenbüchern überlieferten Alter eine große Diskrepanz.

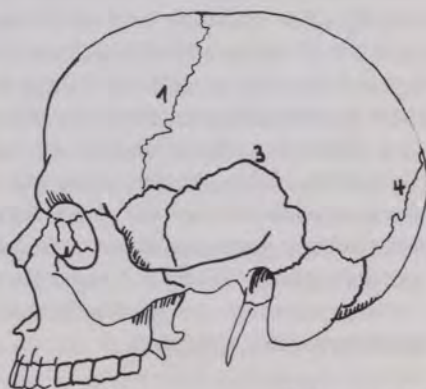
Die Altersbestimmung wurde anhand von zwei Faktoren durchgeführt. Zum einen wurde der Verknöcherungsstatus der großen Schädelnähte (*Sutura coronalis* / Kranznaht, *Sutura sagittalis* / Pfeilnaht, *Sutura lambdoidea* / Hinterhauptsnaht, *Sutura squamosa* / Schuppennaht) betrachtet, der mit steigendem Alter zunimmt. Der Verlauf der großen Schädelnähte ist Abbildung 1 zu entnehmen. Wenn möglich, wird dabei zuerst die Schädelinnenseite betrachtet. Die Verknöcherung beginnt mit der *Sutura coronalis*, schreitet mit der *Sutura sagittalis* fort und wird gefolgt von der *Sutura lambdoidea*. Zuletzt verknöchert die *Sutura squamosa*.

Abb. 1 Überblick über den Verlauf der großen Schädelnähte am menschlichen Schädel (Skizze: Hans-Dieter Bienert, Murrhardt)

schemat. Aufsicht  
auf einen Schädel



- (1) *Sutura coronalis*
- (2) *Sutura sagittalis*
- (3) *Sutura squamosa*
- (4) *Sutura lambdoidea*



Seitenansicht

Tabelle 2

| 1   | 2     | 3   | 4    | 5           |
|-----|-------|-----|------|-------------|
| 66  | 40–50 | III | 51,1 | 27–17 Jahre |
| 49  | 50–60 | III | 51,1 | 18– 8 Jahre |
| 77  | 40    | IV  | 58,1 | –           |
| 68  | 50–60 | III | 51,1 | 27–17 Jahre |
| 65  | 80    | II  | 46,5 | 8 Jahre     |
| 67  | 50–60 | –   | –    | 29–19 Jahre |
| 162 | 20–30 | I   | 26,3 | 27–17 Jahre |
| 279 | 30–40 | –   | –    | 26–16 Jahre |
| 119 | 60–70 | –   | –    | 4– 6 Jahre  |
| 64  | 50–60 | –   | –    | 10– 3 Jahre |
| 48  | 40    | IV  | 58,1 | 23–13 Jahre |

*Erläuterungen:* (1) Grabnummer (2) anhand der Verknöcherung der großen Schädelnähte ermitteltes Lebensalter (3) Stufe des Spongiosaabbaues nach Acsádi & Nemeskéri (4) nach dem Spongiosaabbau ermitteltes Alter (5) größte und niedrigste Abweichung vom tatsächlichen Alter nach der Bestimmung des Lebensalters anhand der Verknöcherung der großen Schädelnähte

Zum anderen wurde der Abbau der *Substantia spongiosa*, der aufgelockerten Knochensubstanz, in deren Zwischenräumen das Knochenmark sitzt, und die Reduktion der relativen Dicke der *Substantia compacta*, der dichten Knochensubstanz, röntgenologisch erfaßt und mit einem bereits von Acsádi und Nemeskéri (\*) publizierten Schema verglichen. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind in Tabelle 2 zusammengefaßt.

Der Erhaltungszustand der Skelette hatte in einigen Fällen die Altersbestimmung etwas erschwert, so daß nicht immer alle Merkmale beurteilt werden konnten, was sich natürlich im Ergebnis in negativer Weise niederschlug.

Die relativ genaueste Bestimmung gelang bei Petrus Scharffenstein (Bestattung 65). Hier weist die Verknöcherung der *Sutura squamosa*, der Schuppennaht zwischen Schläfen- und Scheitelbein, nach der zugrundegelegten Referenzpopulation auf ein Alter von über 80 Jahren hin, was dem tatsächlichen Lebensalter, wie es im Sterberegister vermerkt ist, sehr nahekommt. Ähnlich ist das Ergebnis für G. E. Rummelin (Bestattung 64). Die deutlichste Abweichung wurde bei M. Planck (Bestattung 119) beobachtet. Hier waren alle großen Schädelnähte an der Schädelinnen- (*Tabula interna*) wie der Schädelaußenseite (*Tabula externa*) völlig offen, was eindeutig gegen ein Alter von 64 Jahren und für ein wesentlich geringeres Alter sprechen würde. Einzig F. Caspar (Bestattung 279) wurde aufgrund des Verknöcherungszustandes der großen Schädelnähte älter geschätzt, als dies seinem tatsächlichen Alter entsprach.

\* G. Y. Acsádi & J. Nemeskéri: *History of Human Life Span and Mortality*. Budapest 1970.

Die Spongiosastruktur, d. h. der sukzessive, altersbedingte Abbau der *Substantia spongiosa* im oberen Bereich des Oberschenkelknochens konnte aufgrund des schlechten Erhaltungszustandes nur bei sieben der untersuchten Individuen röntgenologisch beurteilt werden. Abbildung 2 gibt zwei Befunde wieder. Man hatte hier eine bessere Übereinstimmung mit dem tatsächlichen Lebensalter erwartet als bei den Schädelnähten. Dies war jedoch nicht der Fall, wie ein Blick auf Tabelle 2 beweist. Im Gegenteil, hier liegt die durchschnittliche Abweichung noch höher als bei den Schädelnähten. Die individuellen Differenzen zum tatsächlichen Alter erreichen bei Petrus Scharffenstein (Bestattung 65) nur das Stadium zwei (II) des Spongiosaabbaues nach Acsádi und Nemeskéri. Damit beträgt die Fehlbestimmung maximal 52 und mindestens 36 Jahre. Im Gegensatz hierzu steht die Bestattung der Skelettreste von G. C. Brodbeck (Bestattung 48). Bei ihm liegt der Fehler zwischen vierzehn und null Jahren. Aus den vorgefundenen Abbaustufen der Spongiosa errechnete sich ein durchschnittlicher Fehler in der Bestimmung des Alters der Personen von mindestens 16 und maximal 24,8 Jahren.

Das Verhältnis von Kompakta zum Lumen des Oberschenkelknochens läßt ebenfalls keine altersbedingte Reihe erkennen. Der stärkste Kompaktaabbau findet sich bei G. C. Brodbeck (Bestattung 48). Für die jüngste Person, M. Alber (Bestattung 162), konnte ein weit höherer Abbau ermittelt werden. Dagegen zeigen die Oberschenkelknochen von Kreiling (Bestattung 68) und Majer (Bestattung 77) den größten Anteil der Kompakta am gesamten Querschnitt. Analog zum Abbau der *Substantia spongiosa* ergibt sich auch beim Abbau der *Substantia compacta* im Durchschnitt ein zu geringes Alter pro Individuum.

Betrachten wir nun den bisher besprochenen Sachverhalt im Zusammenhang, so sind noch folgende Anmerkungen nötig. Die Diskrepanz zwischen dem tatsächlichen Alter der Prälaten und dem nach anthropologischen Gesichtspunkten ermittelten Alter könnte sich – zumindest teilweise – dadurch erklären, daß es sich bei der betrachteten Personengruppe um Angehörige einer ausgelesenen Schicht handelt. Bei Betrachtung der einzelnen Lebensläufe fiel jedoch auf, daß es nicht Personen des sog. »gehobenen« Bürgertums oder des Adels sind, sondern »nur« Vertreter des »angesehenen« Bürgertums. Eine Auslese nach biologischen Gesichtspunkten hat bei der Berufung nach Murrhardt sicherlich keine Rolle gespielt. Einzig entscheidend war bei allen genannten Geistlichen ihr jeweiliges Engagement für den Pietismus und ihr Einsatz für die Interessen der Kirche. Dies bedeutet aber, daß diese Menschen nicht a priori als besonders vital angesehen werden können. Es kann aber auch nicht von vornherein angenommen werden, daß die genetische Anlage, alt zu werden, direkt mit der Verzögerung der Alterungsprozesse am Skelett zu korrelieren ist. Die Untersuchten stellten auch keine Sippe dar, in der ein hohes Alter, verbunden mit der Verzögerung des Alterungsprozesses, erblich war.

Gerichtete Fehler bei der Altersbestimmung der Referenzpopulation scheiden ebenfalls aus. Die untersuchte Stichprobe von Schädeln wird in Tübingen an der Osteologischen Sammlung von Studierenden der Anthropologie in Praktika zum



Abb. 2 Röntgenbilder des oberen Teils der Oberschenkelknochen von P. Scharfstein (li.) und G. C. Brodbeck (re.) (Reproduktion: Hans-Dieter Bienert)





Abb. 3 Bestattung 66 in situ  
Prälat Georg Reinhold Fronmüller

Bestattung 48 in situ  
Prälat Georg Conrad Brodbeck

Erlernen der Altersbestimmung verwendet. Hier beobachtete Fehlbestimmungen zeigen keinerlei Richtung und beruhen durchweg auf Beobachtungsfehlern.

Die vorgefundenen Abweichungen in der Geschwindigkeit der Verknöcherung der großen Schädelnähte lassen mit der nötigen Vorsicht erwarten, und das ist das verblüffende Hauptergebnis der Murrhardter Untersuchungen, daß zu unterschiedlichen historischen Zeiten sowohl mit einem langsameren – wie im Murrhardter Fall – als auch mit einem schnelleren Verlauf der Verknöcherung der großen Schädelnähte gerechnet werden kann. Der geringe Umfang der Murrhardter Stichprobe kann natürlich zu keinem endgültigen Urteil führen. Durchaus berechtigt ist aber der Hinweis auf die bisherigen Vermutungen, daß es Abweichungen geben könne. Mit anderen Worten: Werden bei Ausgrabungen Skelette aus vergangenen Jahrhunderten entdeckt, so können wir unser aus rezenten Skelettbeständen gewonnenes Wissen zur Altersbestimmung nicht ohne weiteres auf die historischen Skelette übertragen. Die Murrhardter Prälaten wären nach dem bisherigen Kenntnisstand aufgrund ihrer osteologischen Befunde in mehreren Fällen als deutlich jünger eingeschätzt worden, als sie es tatsächlich waren. Es wäre dringend erforderlich, die Skelette weiterer historischer Personen zu untersuchen, deren tatsächliches Lebensalter aus schriftlichen Quellen überliefert ist.

Bei der Beurteilung des Spongiosaabbaues kann sicherlich in verstärktem Maße mit der Wirkung exogener Faktoren gerechnet werden, was aber nicht in gleichem Maße für den Verknöcherungsablauf der Schädelnähte gilt. Bei den zuvor betrachteten Oberschenkelknochen dürfte die physische Belastung als ein entscheidender exogener Faktor gesehen werden, wobei auch hier betont werden muß, daß noch keine gezielten Untersuchungen über die Verbindung zwischen körperlicher Belastung und Aktivitätsunterschieden der knochenbildenden bzw. knochenabbauenden Zellen vorliegen. Es erscheint aber durchaus verständlich, daß bei länger anhaltender Dauerbelastung bzw. lange anhaltendem Fehlen einer solchen Belastung das Verhältnis der Aktivität der knochenbildenden bzw. knochenabbauenden Zellen unabhängig von der individuellen Anlage entsprechend verändert wird. Bekannt ist beispielsweise eine Rückbildung im Bereich der langen Extremitätenknochen bei fehlender Belastung dieser Knochen. Diese Beobachtung bezieht sich aber auf den äußeren Umfang und nicht auf den Spongiosaabbau. Es muß aus diesem Grunde offenbleiben, ob beispielsweise unter lange anhaltender Belastung Spongiosa und Kompakta in geringerem oder stärkerem Maße abgebaut werden. Die Lebensläufe der Murrhardter Prälaten geben hierüber keinen Aufschluß.

Vielleicht erbringen zukünftige Untersuchungen nähere Auskunft über die geschilderten Sachverhalte. Eine Bearbeitung des gesamten anthropologischen Materials, also namentlich der vorbarockzeitlichen Bestattungen, welches aus der Murrhardter Stadtkirche geborgen wurde, steht ebenfalls noch aus.

# Zur Grabinschrift von Karl Julius Weber

VON KONRAD BETZ

Die lateinische Grabinschrift Webers in Kupferzell hatte mir schon immer großen Eindruck gemacht. Ich hatte sie mal auswendig gelernt und auch, um sie besser zu behalten, in einen deutschen Vers zu bringen versucht:

|                                   |   |
|-----------------------------------|---|
| Jocosus, non impius vixi,         | Ich lebte lustig, doch nicht ehrfurchtslos, |
| incertus morior, non perturbatus, | sterbe in Ungewißheit, ohne Pein.           |
| humanum est nescire et errare.    | Dunkel und Irrtum sind des Menschen Los.    |
| Ens Entium, miserere mei!         | Du höchstes Wesen, nun erbarm dich mein!    |

Vor einigen Jahren hatte unser alter Schulkamerad Walter Baer die Reste unserer Klasse vom Karls gymnasium Heilbronn, das er im Dritten Reich hatte verlassen müssen, nach London eingeladen. In einem überwältigenden Programm herzlicher Gastfreundschaft führten er, Gattin und zwei Töchter, jedes in einem Auto, uns durch die Hauptsehenswürdigkeiten bis Schloß Windsor. In Westminster Abbey blieb der schon etwas ermüdete Blick an einem der zahlreichen (tausende!) Grabmäler, dessen großartiger Ausstattung und der Inschrift hängen. Ich stutzte: Das kenn' ich doch! Und im Hinausgehen, bevor man sich noch genau den Grabstein gemerkt hatte, fiel mir ein, daß dies ja verblüffende Ähnlichkeit mit Webers Inschrift habe.

Man war fast peinlich berührt. Ich hoffte, mal selbst wieder nach London zu kommen. Aber es ergab sich nicht. Und nun sah ich in einer der zuverlässigen alten OA-Beschreibungen, hier in der von Öhringen, daß dort nur sachlich die Inschrift berichtet, aber nie von der Urheberschaft Webers die Rede ist. Und beim Blättern in der glücklicherweise vom Eppinger-Verlag wieder herausgegebenen zweibändigen verkürzten Fassung von seinem »Demokrit« fand ich auch, daß Weber selbst nur schreibt: »Meine eigene Grabschrift, wenn ich eine der Mühe wert hielte, wäre entweder:

›Munter hab ich gelebt, doch ruchlos niemals;  
ungewiss der Zukunft, doch nicht bekümmert  
sterb ich jetzt. Den Menschen als Los beschieden  
ist Unwissenheit und dann und wann ein Fehltritt.  
Wesen der Wesen, erbarme dich meiner!«

oder kürzer:

›Hier ruhen meine Gebeine.  
Ich wollte, es wären deine!‹«

Also keine Rede von einer eigenen Autorschaft! Die haben ihm erst seine vielen Beschreiber angedichtet!

So konnte ich nochmals meinen Freund Walter Baer um Hilfe angehen. Seinem Charme gelang es, Frau E. Nixon, Bibliotheksassistentin an der Westminster-Abtei, zur Suche zu inspirieren. Sie schickte uns den reizenden Stahlstich des Grabmals von John Sheffield, erstem Herzog von Buckingham. Er starb 1721. Sein Denkmal findet sich im Schiff der Kapelle Heinrichs VII., einem östlichen Anbau für die Ritter des Bath-Ordens, in der Westminster-Abtei.

Man kann, wie auch Frau Nixon meint, kaum bezweifeln, daß Webers Grabspruch von hier stammt. Weber war auch zweimal in London. Dies sagt seine Lebensbeschreibung. Und er kannte Westminster; von den Gräbern im Schöntaler Kreuzgang spricht er als der »Westminster Abbey der Familie Berlichingen«. Weber hat seine Vorlage nur an drei Stellen verändert. In der ersten Zeile setzte er anstatt »dubius« (im Zweifel) »jocosus« (lustig, heiter, zum Scherzen aufgelegt), dann anstatt »improbus« das weitgehend sinngleiche »impius«. Vielleicht hat »impius« noch einen kleinen religiösen Beigeschmack; aber Weber selbst hat es mit der abgeschliffeneren weiteren Bedeutung »ruchlos« übersetzt, was etwa dem »improbus« = unanständig entspricht. Die Wortänderungen betreffen also nur die erste Zeile. Hat er insbesondere den Versanfang unkenntlich machen wollen? Wir wissen es nicht. Ganz weggelassen hat Weber die Zeile »Deo confido« und die folgende. Nur weil er Freigeist war? Vielleicht. Aber dieser Einschub paßt ja eigentlich auch nicht zum Grundtenor der ganzen Inschrift. Sie ist auf Skepsis gestimmt. Man lebt im Zweifel und stirbt in der Ungewißheit. Das Bekenntnis des Vertrauens zu Gott als dem Allmächtigen und Allgütigen mutet wie eine unvermittelte Pflichtübung, ein hastiger Hofknicks vor den Anglikanern an. Oder kannte der Herzog von Buckingham, von dem, nach Frau Nixon, angenommen wird, er habe die Grabschrift für sich selbst verfaßt – er wird auch seine »Schriftgelehrten« gehabt haben –, schon Descartes? Der war ja bereits 1644 in seinem Hauptwerk »*principia philosophia*« über das »*dubito, ergo sum*« (ich zweifle, also bin ich) und das »*cogito, ergo sum*« (ich denke [zweifelnd], also bin ich) zu einem Gottesbeweis gekommen, so verblüffend der nach allen Zweifeln anmutet (ontologischer Gottesbeweis).

Weber hat also seine Grabschrift nicht selbst verfaßt. Er hat dies auch nie behauptet, erst seine Beschreiber.

Die Inschrift ist schön. Warum sollte er sie nicht übernehmen, wenn sie komprimiert und geschliffen seine Überzeugung zum Ausdruck brachte? Bert Brecht läßt seinen Herrn Keuner über Originalität meditieren: »Heute ... gibt es Unzählige, die sich rühmen, ganz allein große Bücher verfassen zu können ... Der chinesische Philosoph X ... verfaßte ... ein Buch aus hunderttausend Wörtern ... zu neun Zehnteln aus Zitaten. Gedanken werden jetzt nur in eigener Werkstatt hergestellt.



... Freilich gibt es auch keinen Gedanken, der übernommen, und keine Formulierung eines Gedankens, der zitiert werden könnte. ... Nur mit dem kümmerlichen Material, das ein einzelner auf seinen Armen herbeischaffen kann, errichten sie ihre Hütten! Größere Gebäude kennen sie nicht, als solche, die ein einziger zu bauen imstande ist!« Soweit Brecht zur Rechtfertigung Webers. Jetzt noch der Bezug zum Heute.

Und wenn schon bei Grabmalen – Frau Anne Baer hat bei der Einweihung des Denkmals für die in der Deportation umgekommenen jüdischen Mitbürger von Heilbronn im Juni 1987 schlichte Worte, ohne jede Anklage, gesprochen. Ich finde sie großartig; sie greifen mehr ans Herz und klagen stärker als jedes Pathos, klagen an und mahnen zur Nachdenklichkeit. Sie wollen festgehalten werden.

»Ich bin dankbar, bei dieser Enthüllung dabei sein zu dürfen. Bei meinem ersten Besuch auf diesem Friedhof, als ich meines Onkels Namen auf der Gefallenentafel vom Ersten Weltkrieg sah, war es mir ein dringendes Bedürfnis, JEDEN Namen, einschließlich derer meiner geliebten Heilbronner Großeltern, hier auf diesem Friedhof in Erinnerung zu bringen. Alle, die hier genannt sind, haben ohne persönliche Schuld keinen ihnen gebührenden Ruheplatz gefunden. Ich bin Herrn Dr. Weinmann, dem Bürgerkomitee, Herrn Palm und allen Heilbronnern dankbar, daß sie es ermöglicht haben, dies für die armen Menschen zu tun, die leider nicht in der Stadt, in der sie lebten und der sie angehörten, ihr Leben zu Ende führen durften.

Hoffen wir, daß es ein Mahnmal sein wird für die Zukunft.«

Soviel noch als Brücke vom Einst zum Jetzt. Frau Nixon und meinen lieben Freunden Anne und Walter Baer vielen Dank!

# Zur Geschichte der Juden in Weikersheim (1637–1987)

VON HELMUT HERRMANN

Die Geschichte der Juden in Weikersheim ist leider ein noch ungeschriebenes, aber äußerst inhaltsschweres Kapitel der Stadt-Chronik. Sie ist eng verbunden mit dem Jubeljahr 1987, denn vor genau 350 Jahren, am 11. November 1637, kamen die beiden ersten jüdischen Händler nach Weikersheim. Damals war die Grafschaft Weikersheim für wenige Jahre dem Deutschorden zugefallen. Wie Dr. Elmar Weiß in seiner lesenswerten Broschüre »Jüdisches Schicksal zwischen Neckar und Tauber« nachweist, werden die ersten Juden in unserem Raum urkundlich bereits um 1218 in Grünsfeld und 1222 in Wertheim erwähnt. Auch in Bad Mergentheim und Röttingen sind schon seit dem 13. Jahrhundert Juden ansässig. In den genannten Städten kam es um 1298 unter Führung des Ritters Rindfleisch zu schrecklichen Judenverfolgungen, die einen hohen Blutzoll forderten. In den hebräischen Urkunden sprach man von »hadomin« oder Blutstädten<sup>1</sup>.

Für die Entstehung der Judengemeinde in Weikersheim ist das Jahr 1637 von besonderer Bedeutung. Damals residierte der Deutschordenskomtur Joachim von Eyb als Oberamtmann in Weikersheim. Er erteilte den beiden Juden Moses und Mannaß aus Hanau auf drei Jahre einen Schutzbrief. Nach der israelitischen Gemeindezeitung vom 15. Mai 1924 wurden sie damit zu den eigentlichen Stammvätern der jüdischen Gemeinde zu Weikersheim. Etwa zur gleichen Zeit wurden in den Gemeinden Elpersheim, Hohebach und Hollenbach die ersten Juden aufgenommen. In der Endphase des 30jährigen Krieges war die Versorgung der Bevölkerung mit den lebensnotwendigen Gütern besonders schlecht. Der Oberamtmann legte der Weikersheimer Bürgerschaft die Frage vor, ob jemand in ihrer Mitte vorhanden und bereit wäre, die Stadt mit den notwendigen Waren zu versehen. Als die Bürger diese Frage verneinten, gestattete der Deutschmeister den beiden jüdischen Familien »dasselbst zu wohnen«. Sie hatten aber folgende Bedingungen einzuhalten: »nicht vom christlichen Glauben reden, an Sonn- und Feiertagen nicht mit Waren zu hausieren, in einem Hause zusammen zu wohnen, keinen fremden Juden länger als acht Tage zu beherbergen und alle bürgerlichen Lasten mitzutragen«<sup>2</sup>.

Bei der Aufnahme in die Stadt, bei wichtigen Rechtsgeschäften und vor Gericht hatten die Juden einen besonderen Eid zu leisten, den sog. JUDENEID. Obwohl die einzelnen Eidesformeln dem Text nach verschieden waren, bezogen sie sich jedoch inhaltlich auf die gemeinsamen religiösen Anschauungen des Judentums.

1 Elmar Weiß: Jüdisches Schicksal im Gebiet zwischen Neckar und Tauber, Heidelberg 1979, S. 5.

2 Adolf Fischer: Geschichte des Hauses Hohenlohe, II. Teil, Stuttgart 1868, S. 21.

Damit sollten sie auf die Wichtigkeit der zu beschwörenden Sache hinweisen und dem Eid eine besondere Heiligkeit verleihen. Der Rothenburger Judeneid v. 1451, den auch die Israeliten in der Landhege Archshofen abzulegen hatten, war verhältnismäßig knapp gehalten. Die Juden mußten vor Gericht die Hand in das Hl. Buch Mose legen und (nach)-sprechen:

*Jud, als Dir dieser Christenmann zuspricht, daß Du ihm nichts darum schuldig seiest, also helf Dir der wahre Adonay, und ob Du recht schwörst, so komme Dich all die Segen an, die in Hl. Moysis Büchern und in der Dora geschrieben stehen; und ob Du unrecht schwörest, so kommen Dich all die Fluch an, die in Hl. Moysis Büchern und in der Dora geschrieben stehen.*

Wesentlich ausführlicher und in einer äußerst bildhaften Sprache gehalten war der Eid, den die Juden im 17. Jahrhundert in der Grafschaft Weikersheim ablegen mußten. Ihm fehlt die Klausel, die den Segen der Thora verheißt; dafür wird für den Fall des Meineids mit der Verfluchung und Vertreibung als Strafe gedroht. Im Gegensatz zu dem Rothenburger Eid ist er persönlich gehalten und entspricht dem sich abzeichnenden individuellen Lebensgefühl der Renaissance. Die »christliche Handschrift« ist bei der Formulierung dieses WEIKERSHEIMER JUDENEIDS unverkennbar:

*Ich, N.N. (nun folgt d. Name), JUD, schwöre bei dem allmächtigen, lebendigen Gott, der Himmel und Erde geschaffen hat und Moysi erschienen ist in dem feurigen Busch und bei den zehn Geboten, die Moysi gegeben sind, daß ich (... nun wird der zu beschwörende Fall ausführlich dargelegt!) ... und wenn ich in solchem ungerecht, falsch oder meineidig rede und handle, so will und begehre ich, daß ich deswegen verjagt und verstreut werden müsse unter die Völker und wohnen in dem Erdreich meiner Feinde, und das Erdreich müsse mich verschlingen als Dathan und Abiram, und ankommen die Aussätzigkeit als Naemann Syrium und werde mein Haus verlassen und kommen über mich alle meine und meiner Voreltern Feinde und alle Fluch, die in dem Gesetz Moysis und in den Propheten geschrieben sind und bleiben mir ewig, und gebe mich Gott zu Verfluchung, zu einem Schandzeichen allem seinem Volk.*

Dieser Eid war Ende des 16. und zu Beginn des 17. Jahrhundert in der Grafschaft Weikersheim »im Gebrauch«, wie Pfarrer Hartmann, Nassau, um 1894 ausführt. Als nach dem Westfälischen Frieden (1648) die Grafen von Hohenlohe auf ihren angestammten Besitz zurückkehren durften, haben sie zum eigenen Vorteil und zum Nutzen der Juden die »Duldung« beibehalten; eine Reihe weiterer Juden erhielten Schutzbriefe. So finden sich in den Annalen die Namen Veit, Mayer, Nathan und Seligmann. Um 1688 – also vor fast genau 300 Jahren – wurde die erste Synagoge in Weikersheim erbaut und mit Simon und Seligmann erhielt die Gemeinde im gleichen Jahr ihre ersten Vorsteher. Sie hatten das Kranken- und Armenwesen zu regeln und waren auch bei der feierlichen Huldigung des neuen Grafen Carl-Ludwig am 6. Januar 1709 die Repräsentanten der Jüdischen Gemeinde. Der baulustige Graf Carl-Ludwig war den Juden wohl gewogen, profitierten doch er und seine aufstrebende kleine Residenz von der Geschäftstüchtigkeit und den mannigfachen Verbindungen seiner jüdischen Untertanen. Aller-



dings brachte seine Regentschaft den Juden auch »allerlei Erschwernisse und vor allem neue Steuern«<sup>3</sup>.

Zur Zeit des Grafen Carl-Ludwig lebten bereits 19 jüdische Familien in der Residenzstadt, von denen der »Hofjud« Lämmle-Seligmann besondere Beachtung verdient, genoß er doch das fast uneingeschränkte Vertrauen seines gnädigen Herrn, des Grafen von Hohenlohe-Weikersheim. Mit seinem vornehmen Rock und seinem eleganten Zwicker zählt der Hofjud Lämmle noch heute zu den einprägsamsten Figuren in der Gnomengalerie des Hofgartens. Es ist vor allem seinem persönlichen Einsatz zu verdanken, daß der Graf um 1730 den Juden die Erlaubnis gab, einen eigenen Friedhof auf der Höhe nach Honsbronn zu eröffnen. Als Finanzier des Grafen besorgte er nicht nur dessen Geldgeschäfte, sondern versorgte alljährlich den Hof mit Tee und Kaffee, den er von der Frankfurter Messe mitbrachte, was zur damaligen Zeit ein besonderer Luxus war. Auch die Pferde des gräflichen Marstalls wurden vom »Lämmle-Jud« selbst aus Mainz angeritten, während die ordinären Acker-Gäule vom »Mayer-Jud« geliefert wurden.

Als im Jahr 1710 die Steinhauer und Maurer *ein Loch von mehr als 6000 Gulden in den Beutel des Grafen stießen* – wie es in der Chronik heißt<sup>4</sup> –, da zwinkerte der Hofküfer Simon Rosenbusch dem Hofkassier zu, konnten sie doch mit Lämmles Vermittlung im Jahre des Heils 1711 für fast 10000 Gulden Tauberwein aus dem herrschaftlichen Keller verkaufen und so das *Loch wieder stopfen*. Damit wurde zugleich eine Wurzel für die Blüte Weikersheims in der Barockzeit aufgezeigt.

Die Aufnahme jüdischer Untertanen hat sich gelohnt. Das geht auch aus einer Abgaben-Abrechnung der Gutsherrschaft Archshofen aus dem Jahre 1731 hervor, in der nachgewiesen wird, daß ein abgabepflichtiger Jude der Herrschaft fast viermal soviel eintrug als ein Christ, nämlich 16 Gulden pro anno<sup>5</sup>.

Wie bereits erwähnt, erhielt die jüdische Gemeinde unter den Vorstehern Lämmle und Mayer um 1730 eine eigene Begräbnisstätte, nachdem zuvor die Gemeinde ihre Toten im Deutschordensgebiet von Unterhalbach bestattete. Über den »Judenfriedhof« am Weg nach Honsbronn schreibt der Alt-Weikersheimer Otto Kienzle: *Da lobe ich mir den Friedhof der Israeliten, der weit, weit draußen auf freiem Feld, zwischen Weikersheim und Honsbronn in köstlichem Gottesfrieden zwischen den wogenden Kornfeldern gelegen ist. Dort finde ich manchen bekannten Namen und manchen braven Israeliten, vor dem ich, als ich vor seinem Grabe stand, wieder im Geist den Hut abzog, wie ich ihn einst grüßte als Knabe, wenn ich ihm im Städtchen begegnete. Da liegen sie, der alte Ascher und der alte Adler, der alte Königsberger, der Vater des Max, der jetzt auch schon graue Haare hat, und die alte Frau Thalheimer, die einst vor dem Gänseturm ein Geschäft betrieb. [...] Ob sie große Geschäfte jemals in dem kleinen Lädchen gemacht hat, weiß ich nicht, aber daß sie mit*

3 Dr. Schweizer-Horb: Beiträge zur Geschichte der Juden in Württemberg; Gemeindezeitung f. d. israel. Gemeinden Württembergs. Stuttgart 1924, Nr. 2.

4 Dekan Dr. Blind: Ein Grafenhof vor 250 Jahren. 2. Aufl., Bad Mergentheim 1957, S. 17.

5 Erich Bauer: Die Geschichte der jüdischen Minderheit in Archshofen. Finsterlohr 1964, S. 58ff.

großer Liebe an ihrem Enkelkind hing, davon war ich Zeuge. Nirgends ist der Familiensinn und die Anhänglichkeit stärker ausgeprägt als bei den Israeliten. Das predigen auch diese Grabsteine auf dem Friedhof, auf denen immer und immer wieder die Liebe der Eltern zu ihren Kindern, wie die der Kinder zu den Eltern in ergreifend schlichten Worten zum Ausdruck kommt. Und noch etwas finden wir auf den jüdischen Grabsteinen: die Befriedigung, den Nachkommen einen guten Ruf und einen ehrlichen Namen zu hinterlassen. »Ein guter Ruf ist mehr wert als alle Schätze der Welt«, sagt einer der Verstorbenen als Mahnung an seine Hinterbliebenen. 662 Totenkammern gestorbener Israeliten aus Weikersheim, Laudenbach, Grünsfeld und Tauberrettersheim zähle ich und wohl drei Jahrhunderte haben an der endgültigen Ansiedlung dieser Männer und Frauen aus dem ewig wandernden Volk Gottes gearbeitet. Mehrfach ist der Friedhof erweitert worden..., aber trotz der Länge der Zeit sind sich die Grabmonumente in ihrer schlichten Form und Einfachheit gleich geblieben, und so macht der Friedhof einen weit imposanteren Eindruck als der christliche, er ist im wahren Sinn des Wortes ein Friedhof, fern von allem Erdenleid und nur gewaltig in der Majestät des Todes<sup>6</sup>.

Eine bevorzugte Stellung innerhalb der jüdischen Gemeinde nahmen die bereits erwähnten »Hofjuden« ein, die später den Titel *Hofagenten der Fürsten von Hohenlohe* tragen und deren Grabmäler auf dem Judenfriedhof zu Weikersheim die Jahrhunderte überdauert haben. Sie waren vorwiegend Mitglieder der Familie Marx, die später den Namen Pfeiffer annahm, nach Stuttgart übersiedelte und dort maßgeblich das kulturelle Leben der Landeshauptstadt im 19. Jahrhundert bestimmte. So war beispielsweise Marx Pfeiffer aus Weikersheim, der mit der Tochter des Stuttgarter Hofrats Kaula verheiratet war, einer der Gründungsväter des Stuttgarter Kulturvereins.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts erlebte die jüdische Gemeinde zu Weikersheim ihre höchste Blütezeit. Von den etwas über 1000 Einwohnern der Stadt bekannten sich um 1804 etwa 100 zum jüdischen Glauben. Das ist eine beachtliche Minderheit, deren Gewicht dadurch unterstrichen wird, daß es in der Oberamtschronik heißt: *Kein Kauf und kein Tausch, ja selbst wenige Eheverlöbnisse können ohne israelitische Mitwirkung zustande kommen*. Die Juden waren vor allem im Textil- und Getreidegeschäft, aber auch im Pferde- und Weinhandel tätig<sup>7</sup>.

Die jüdische Gemeinde hatte inzwischen eine neue Synagoge (1768), ein Gemeindegewölbe (1748), ein Rabbinat (1824) und eine eigene israelitische Volksschule (1835) erhalten. Außerdem sind neben dem Verein für Krankenpflege, *Chebra Kaddischa*, zwei bedeutsame Stiftungen zu erwähnen.

Neben dem *Hofagenten* Pfeiffer waren die Familien Adler, Marx, Sontheimer und Strauß besonders angesehen. Das alles sind Namen, die einen guten Klang in der deutschen Geistes- und Kulturgeschichte haben.

Nach der Mediatisierung kam das Fürstentum Hohenlohe und damit Weikersheim

6 *Otto Kienzle*: Im Hirsch zu Weikersheim – Gedanken u. Erinnerungen – Aufsatz i. d. Tauberzeitung (1923).

7 Beschreibung des Oberamts Mergentheim. Stuttgart 1880.

an Württemberg, das Königreich von Napoleons Gnaden. In den folgenden Jahren mußte sich das ganze »Ländle« der einheitlichen schwäbischen Gesetzgebung unterwerfen, das galt auch für die Juden. Im Artikel 3 des Judengesetzes aus dem Jahre 1828 wurde vorgeschrieben, daß auch die Juden feststehende Familiennamen für sich und ihre Nachkommen führen müssen. Neben den oft aufgezwungenen »Wald- und Wiesennamen« wurde vielfach der Herkunftsort als Eigenname gewählt. So finden sich die Namen Breslauer, Landauer, Königsberger, Weikersheim(er), Wertheimer und Wolfsheimer in den Annalen der Einwohnerverzeichnisse.

Die beginnende Industrialisierung, verbunden mit der Juden-Emanzipation, führte seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts zu einer starken Abwanderung der Juden aus dem ländlichen Raum. Auch das höhere Bildungsangebot der Städte, insbesondere der Universitätsstädte Würzburg und Frankfurt, übte eine starke Anziehungskraft aus. Die Stadt Fürth mit ihrer jüdischen Lehranstalt –*Jeschiwah*– zog viele Juden aus dem fränkischen Raum an. In Fürth wurde auch der Talmud-Kommentar des Weikersheimer Rabbiners Moses Feis gedruckt (1785). Der Weikersheimer Rabbiner Mainzer, der in Würzburg studiert hatte, *genießte die ungeteilte Liebe seiner Gemeinde und die höchste Wertschätzung der Behörden*. Nach fast 40jähriger Tätigkeit wurde er 1862 von Dr. Heilbronn abgelöst, der das Rabbineramt bis 1902 wahrnahm. Infolge des starken Rückgangs der jüdischen Gemeinde mußte wenige Jahre später das Rabbinat Weikersheim aufgelöst werden.

Die Juden hatten früh erkannt, daß das gesellschaftliche Ansehen weniger auf Reichtum als vielmehr auf Bildung beruht. Deshalb nahmen sie oft persönliche Entbehrungen auf sich, um ihren Kindern eine gehobene und gediegene Schulbildung vermitteln zu lassen. So wurde auch Max Wolfsheimer, ein Sohn aus der kinderreichen Pferdehändlerfamilie, die seit Generationen in Weikersheim ansässig war und einen guten Ruf hatte, in das Gymnasium geschickt, um bei dem evangelischen Stadtpfarrer, der zugleich an der Schule unterrichtete, die Grundzüge des Lateinischen zu erwerben.

An einem heißen Erntetag schickte nun eine Bäuerin aus Honsbronn, die spürte, daß ihr letztes Stündlein nahte, nach dem Weikersheimer Stadtpfarrer, der sich gerade abmühte, lateinische Vokabeln in die Köpfe seiner maßlos interessierten Schüler zu pauken. Der Mesner, der den Pfarrer immer kutscherte und assistierte, war bei der Erntearbeit auf dem Felde und nun war guter Rat teuer. Da meldete sich der kleine Max und sagte: *Herr Stadtpfarrer, die Fuhr übernehme ich!* Er spannte sein kleines Pferdchen vor den zweirädrigen Wagen und ab ging die Post. Alle waren zufrieden: Die Bäuerin, weil ihr letzter Wunsch in Erfüllung ging; der Mesner, der auf dem Felde bleiben konnte; der Stadtpfarrer, der mitsamt seinem heiligen Gerät nicht laufen mußte, und vor allem der kleine Max, der an dem heißen Sommertag seiner lateinischen Grammatik entfliehen konnte, ebenso wie seine Mitschüler.

In seiner reich bebilderten und lesenswerten Autobiographie »So war es« schildert der jüdische Bürger Bruno Stern aus Niederstetten eine weitere Episode, die

seinem Schwiegervater Max Wolfsheimer während des I. Weltkriegs widerfuhr: Auf dem Rückzug der Russen wurden in der Nähe von Brest-Litowsk auch viele polnische Juden gefangen genommen. Als der Ulane Wolfsheimer mit seiner deutschen Einheit zu dem Lager kam, bereitete sich unter den Gefangenen eine panikartige Angst aus, denn die Ulanen waren gefürchtet. Sobald sie aber der deutsche Soldat mit »Schema Jisrael«, dem »Höre Israel-Gebet« anrief, konnten sich die Gefangenen vor freudiger Überraschung kaum fassen<sup>8</sup>.

Wie Finanzgerichtspräsident a. A. Emil Dürr in seiner Festschrift über Weikersheim ausführt, war das Verhältnis zwischen der jüdischen Minderheit und ihren christlichen Mitbürgern ungetrübt und gut<sup>9</sup>.

Zu Beginn der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft (1933) hatte sich die Zahl der Weikersheimer Juden durch starke Abwanderung auf etwa ein halbes Dutzend vermindert. Der Boykott der jüdischen Geschäfte kurz nach der »Machtergreifung« ließ Schlimmes ahnen. Von Jahr zu Jahr verschlechterte sich die Situation der Juden – auch in Weikersheim. Die Nürnberger Gesetze beraubten sie ihrer materiellen Grundlagen und stempelten sie zu Menschen dritter Klasse. Noch hielten Sigmund Emmerich und Jakob Ascher durch! Der eine, weil er seine betagten Eltern nicht im Stich lassen wollte, die am Marktplatz wohnten, wo viele unter dem Grafen Carl-Ludwig erbaute repräsentative Bürgerhäuser mit jüdischem Geld finanziert waren. Wie sagte doch die alte Frau Emmerich: *Wir waren lange vor Hitler hier!* Und damit hatte sie recht, wenn man weiß, daß der »österreichische Gefreite« erst 1932 die deutsche Staatsbürgerschaft erhielt. Der andere, der im Schatten des Gänseturms ein kleines Textilgeschäft betrieb, hielt durch, weil er als Frontkämpfer des Ersten Weltkriegs und Träger des Eisernen Kreuzes einfach nicht glauben konnte, daß der Staat, für den er einst sein Leben eingesetzt hatte, ihm einmal dieses Leben nehmen würde.

Nach der »Reichskristallnacht« (1938) fristeten sie ihr Dasein als städtische Zwangsarbeiter, dann verlieren sich ihre Spuren in der Deportation und im Inferno des Holocaust.

Damit schließt sich der Kreis und zugleich die Geschichte der Weikersheimer Juden, die 1637 mit Moses begann und die 300 Jahre später mit dem Holocaust von Jakob endete. Sie sollte im Jubeljahr 1987 nicht vergessen werden, zumal sie mit der Blütezeit Weikersheims im 18. Jahrhundert eng verbunden ist!

8 *Bruno Stern*: So war es – Autobiographie – Sigmaringen 1985, S. 31.

9 *Emil Dürr*: WEIKERSHEIM – im Laufe d. Zeiten, Festschrift zum Heimattag, Bad Mergentheim 1950, S. 20.

# Neue Bücher

## 1. Quelleneditionen, Bibliographien, Nachschlagewerke

Quellen zur Entstehung der Verfassung von Baden-Württemberg. 1. Tl.: Gründung des Landes und Überleitungsgesetz. Bearb. von Paul Feuchte. (= Veröffentlichungen zur Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg seit 1945, 2. Bd.). Stuttgart: Kohlhammer 1986. XXX. 787 S.

Der erste Band dieser für die Verfassungsgeschichte unseres Landes zentralen Edition enthält die Beratungen der Verfassungsgebenden Landesversammlung von der ersten (konstituierenden) Sitzung am 25. März 1952 bis zur neunten am 29. Mai 1952. Die Protokolle der Plenarsitzungen lagen bisher schon gedruckt vor, dagegen werden die hektographierten Ausschußberatungen hier erstmals publiziert. Die bundesrechtlichen Grundlagen, ohne die der Vorgang der Verfassungsgebung im Lande selbst unverständlich bliebe, werden durch Auszüge aus dem 2. Neugliederungsgesetz und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Oktober 1951 dokumentiert. Beigefügt ist ferner ein Verzeichnis der Mitglieder der Landesversammlung und des Verfassungsausschusses. Für die Edition wurde die Form einer »Gesetzesdokumentation« gewählt; die Sitzungsprotokolle und die Beilagen werden also im vollen Wortlaut, im übrigen aber nur sparsam kommentiert, wiedergegeben. Ein weitergehender Sachkommentar erübrigte sich, weil Feuchte auf das Schrifttum – zuallererst natürlich auf seine eigene, der Edition vorausgegangene »Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg« – verweisen konnte.

Der jetzt vorliegende Band dringt noch nicht bis zur eigentlichen Verfassungsberatung vor; er beschränkt sich auf die Materie der Regierungsbildung und des Überleitungsgesetzes. Es handelt sich dabei aber um alles andere als um belanglose und allenfalls für Parlamentsjuristen interessante Präliminarien. Daß dem so ist, ergibt sich aus der Eigenart der baden-württembergischen Staatsgründung, bei der bekanntlich die gewöhnliche Reihenfolge der konstitutiven Akte umgedreht worden war: Vorbereitet und begünstigt durch die bundesrechtliche Regelung erhielt das Land mit der Wahl Reinhold Maiers zum ersten Ministerpräsidenten am 25. April 1952 und der von diesem »handstreichartig« vollzogenen Ministererennung bereits eine exekutive Spitze, bevor es eine – und sei es auch nur vorläufige – Verfassung oder ein Parlament gab. Bei der Gründung unseres Landes ereignete sich das Interessanteste vor der eigentlichen Verfassungsgebung und damit in der hier dokumentierten Präliminarphase. Das dürfte – ein endgültiges Urteil läßt sich dazu aber erst nach Erscheinen der folgenden Bände abgeben – wohl nicht nur für die Ministerpräsidentenwahl gelten. Bei der Schaffung einer vorläufigen Staatsorganisation durch das Überleitungsgesetz scheinen wesentliche Weichenstellungen für die spätere endgültige Landesverfassung erfolgt zu sein, nicht zuletzt in der heiklen Frage der Namensgebung.

Mit den erregenden Debatten jener Wochen und Monate läßt dieser Band auch den Geist wieder aufleben, der die baden-württembergischen »Gründerväter« beseelte. Im Stil dieser Verhandlungen kam – neben manch Kleinlichem und Kurzsichtigem – nun eben doch ganz überwiegend ein die unmittelbare Nachkriegszeit auszeichnendes, hochstehendes Staatsethos zum Ausdruck, in dem sich Nüchternheit und Neuordnungswille in unpräntiöser, aber gerade darum auch heute noch als würdig empfundenener Weise kundtaten. *R. J. Weber*

Lexikon der deutschen Geschichte. Personen, Ereignisse, Institutionen. Von der Zeitwende bis zum Ausgang des zweiten Weltkriegs. Hrsg. von Gerhard Taddey. 2., überarbeitete Aufl. Stuttgart: Kröner 1983. 1391 S.

Das beliebte Nachschlagewerk, das zuerst 1976 und in unverändertem Nachdruck schon 1979 erschienen ist, liegt nun in einer kritisch überarbeiteten Neuauflage vor. Die 25 Verfasser haben 70 neue Artikel hinzugefügt, die neuere Literatur eingearbeitet und den Text ergänzt. So ist ein Werk entstanden, das für den geschichtlich interessierten Laien unentbehrlich ist. Es verdient nachhaltige Empfehlung.

*G. Wunder*

## 2. Allgemeine deutsche Geschichte, Kirchengeschichte

Martin Erbstösser: Ketzer im Mittelalter. Stuttgart: Kohlhammer 1984. 235 S.

Trotz der mittlerweile perfekten deutschen Teilung ergeben sich wenigstens im wissenschaftlichen Bereich hin und wieder Beispiele innerdeutscher Kooperation. Martin Erbstösser ist Professor für Mediävistik an der Universität Leipzig, seine kurze Ketzergeschichte – Auszug aus umfangreicheren Publikationen – wird nun vom Stuttgarter Kohlhammer-Verlag in Lizenz herausgebracht.

Das Buch ist reich bebildert. Etwas unverständlich ist der durchgehend verwendete Großdruck, denn die dadurch bedingte höhere Seitenzahl ist dem Verkaufspreis gewiß nicht förderlich.

Erbstösser beschränkt sich auf Ketzer bzw. Häretiker in vorreformatorischer Zeit. Die Reformation selbst – in den Augen der katholischen Zeitgenossen ebenfalls eine Häresie – wird bewußt ausgeklammert. In knapper Form kommen alle wesentlichen Ketzerbewegungen des Mittelalters zur Sprache, begonnen mit den Paulikianern und v. a. den Bogomilen, über die Ketzerbewegungen des Investiturstreits, die Patarener, bis hin zu den Katharern, Waldensern, Bettelorden und Albigensern. Besondere Betonung wird auf die Tatsache gelegt, daß die Bettelorden ursprünglich nichts anderes waren als Ketzerbewegungen, daß die Amtskirche es aber schaffte, wenigstens diese Gruppierungen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, wobei die Dominikaner schließlich sogar zur schärfsten Waffe der Kirche gegen die Ketzerbewegungen wurden. Ein ausführliches Kapitel über Ketzer im Spätmittelalter schließt das Buch ab.

Erbstösser weist auf den spätestens seit dem Hochmittelalter unübersehbaren Zusammenhang zwischen Verstädterung, wirtschaftlicher Entwicklung und Ketzerbewegungen hin. Es entspricht dem mittlerweile fast allgemein hohen intellektuellen Niveau der DDR-Geschichtsschreibung, daß es trotz des materialistischen Ansatzes nirgends mehr zu jener vulgärmarxistischen Phraseologie kommt, die das Lesen mitteleuropäischer mediävistischer Abhandlungen etwa aus den 50er Jahren zur Qual machte. Man würde manchem westdeutschen Professor die Souveränität Erbstössers wünschen.

*G. Fritz*

Horst Fuhrmann: Einladung ins Mittelalter. München: Beck 1987. 327 S.

Wenn einer der führenden Historiker des deutschen Mittelalters, der Präsident der Monumenta-Kommission, ein Buch nicht für den Fachmann, sondern für seine »Nachbarn und Freunde« schreibt, sich dabei ausdrücklich zum »Dialog der Historiker mit der Welt« bekennt, so wird auch der Historiker Gewinn und Anregung aus dem Buche ziehen. Fuhrmann hat Aufsätze und Vorträge überarbeitet und zusammengefaßt, aber der Leser nimmt das Buch als ein Ganzes auf. Er wird über »das Mittelalterliche am Mittelalter«, »Lebensqualität«, über Ritter und Herrscher, über Päpste und Rechtsgelehrte, über Fälschungen und die Grenzen der modernen Kritik Neues erfahren. Trotz dieses vielfältigen Inhalts, der eine allgemeine Kenntnis des Mittelalters vorauszusetzen scheint, ist das Buch so spannend und leserlich geschrieben, daß seine Lektüre jedem Geschichtsfreund empfohlen werden kann. Er wird es bereichert aus der Hand legen.

*G. Wunder*

Hans-Werner Goetz: *Leben im Mittelalter vom 7. bis zum 13. Jahrhundert*. München: Beck 1986. 302 S., zahlr. Abb.

Ausgehend von Frankreich, von den Büchern und Fernsehvorträgen etwa eines Georges Duby, ist auch bei uns das Interesse am Alltag, an der Lebensweise, an der Denkweise (»Mentalität«) der Vergangenheit gewachsen. Der junge Bochumer Dozent stellt in ansprechender Aufmachung das frühe und hohe Mittelalter vor. Familien und Mönche, Bauern, Ritter, Bürger werden sachkundig und gut leserlich dargestellt. Der Verfasser kennt auch die Gefahren jeder Verallgemeinerung und weist auf »regionale wie auch individuelle Unterschiede« hin. Aber erst durch eine solche Darstellung wird der Leser Unterschiede erkennen können. Zu dem empfehlenswerten Buch möchten wir nur einige Fragen am Rande stellen, die seinen Wert nicht einschränken sollen.

Hatte das frühe Mittelalter »keinen Blick für das Individuum« (S. 17) oder nur keine Darstellung? Lebten Ritter »auf der Burg« (S. 244) oder im Dorfe? Kamen nur Reichsadel und Bischöfe »aus der gewohnten Umgebung heraus« (S. 18) oder auch Knechte (Brecht sprach von Cäsars Koch)? Werden »kognatische« Verwandte (nicht Verschwägere, sondern Blutsverwandte im Mutterstamm, S. 34) auch in der Namengebung wirklich »in geringerem Maße« (S. 37) beachtet? Was ist eine »Sippe« (sicher nicht nur im Mannesstamm des 19. Jh.)? Haben Verwandtenverbände (S. 132) oder Gefolgschaften Siedlungen angelegt?

*G. Wunder*

Walther Ludwig: *Römische Historie im deutschen Humanismus. Über einen verkannten Mainzer Druck von 1505 und den angeblich ersten deutschen Geschichtspräsidenten; vorgelegt i. d. Sitzung v. 30. 1. 1987.* (= Berichte a. d. Sitzungen d. Joachim Jungius-Gesellschaft der Wissenschaften, Hamburg 5 [1987] H. 1). Göttingen: Vandenhoeck u. Ruprecht i. Komm. 1987. 80 S.

Als der Haller Chronist Johann Herolt von den Wappenverleihungen an bürgerliche Geschlechter berichtet, bemerkt er: »Dan tugent die pringt adel, die überwindet und zamet all ding. Wer gut und recht edel sein will, hilfft nit, das er von edlem stammen geporn ist und er in aller boßheit dem waren adel ungemäß lebt, sonder er muß sein aigen thadt und tugent wirckhen. Es werden oft von guten und edlen vätern böse unartige kindt und von bösen wider gute kindt geborn.« (S. 61). Ludwig zitiert aus Bernhard Schöffers Römischer Geschichte die Sätze: »Dan wer gut und recht edel syn will, hilfft nit, das er vom edlen stammen geborn ist. Es werden oft von gutten und edlen vettern böse unartige kynd und von bösen wider gut kindt geborn, aber tugent bringt adel, die überwindt und zempt alle ding.« Damit ist eine der ungenannten Quellen des Haller Chronisten entdeckt. Schöffers römische Geschichte, die 1505 nach seinem Tod gedruckt wurde, galt bisher als eine Übersetzung des Livius. Auf Grund dieser Übersetzung habe Schöffers eine Professur für Geschichte (die erste in Deutschland) an der Universität Mainz 1504 erhalten. Ludwig weist nach, daß Bernhard Schöffers aus Eßlingen, Dr. und fürstlicher Rat des Hauses Württemberg, zeitweilig »Kanzler«, Beisitzer des Reichskammergerichts († 1501), keineswegs eine gering besoldete junge Professur innegehabt hat (die es nicht gegeben hat) und daß seine angebliche Übersetzung tatsächlich ein selbständiges Werk, die erste römische Geschichte in deutscher Sprache, gewesen ist. Der höchst interessante Beweisführung, dem Lebenslauf und der Genealogie Schöffers, der zum Kreis um den Grafen Eberhard im Bart gehörte, können wir nun diesen Beleg seiner Wirkung aus Hall beifügen.

*G. Wunder*

Michel Mollat: *Die Armen im Mittelalter*. München: Beck 1984. 299 S.

Der Autor, Professor für Geschichte des Mittelalters an der Sorbonne in Paris, hat das reiche Material in vierzehnjähriger Forschungsarbeit mit vielen Mitarbeitern zusammengetragen. Es reicht von der Spätantike bis zum Beginn des 16. Jahrhunderts. Armut war ein konstantes Phänomen im Mittelalter. Schon das Vokabular dafür enthüllt die verschiedenen Aspekte, Einstellungen und Verhaltensweisen dazu. Arme waren eine nicht eindeutig zu

definierende Schicht. Es gibt auch kaum Äußerungen der Betroffenen selbst und nur wenige spezifische Quellen. Mollat definiert als arm denjenigen, der sich ständig oder vorübergehend in einer Situation der Schwäche, der Abhängigkeit oder der Erniedrigung befindet, in einer nach Zeit und Gesellschaftsform unterschiedlich geprägten Mangelsituation, einer Situation der Ohnmacht und gesellschaftlichen Verachtung. Die Einstellung zur Armut war zwiespältig. Sie wurde geschätzt und verdammt. Der »wahre« Arme genoß aus religiöser Anschauung immer Anerkennung, wenn er durch Krankheit, Alter, Berufsunfähigkeit oder durch Schicksal in diese Lage gekommen war. Aber die Angst vor einer ständig anwachsenden Zahl von Parasiten, sozialen Randexistenzen und Vagabunden nährte den Widerstand, jemand als »echten« Armen anzuerkennen. Hier sah man in der Armut etwas Böses, eine Folge der Sünde und eine Geißel für die Gesellschaft. Angegangen wurde die Armut von zwei Seiten, einmal von den unglücklichen Armen selbst, aber dabei blieb bezeichnend, daß sie unfähig waren, ihre Armut und ihre moralische und materielle Abhängigkeit ohne fremde Hilfe zu überwinden, zum andern aus dem Geist des Evangeliums, indem das Elend der materiellen Armut zur Tugend der Armut umgedeutet wurde. Grob vereinfacht läßt sich folgende Entwicklung erkennen: Im Frühmittelalter wurde das antike Erbe der Armut in religiöser Motivation zu bewältigen gesucht. Im Hochmittelalter wurde durch das Wirken von Franziskus und Dominikus das noch erweitert. In diese Zeit fiel auch die Blütezeit der institutionalisierten Wohltätigkeit durch die Kirche. Das wich aber bald einer Ernüchterung und Enttäuschung. Man wußte nicht, die Wurzel des Übels zu erkennen. Die Lage der Armen verschlechterte sich, ihre Zahl wuchs. Die Kirche war materiell überfordert. Von der Mitte des 14. Jahrhunderts an wurde der Arme zunehmend als lästiges und beunruhigendes Element empfunden. So erscheint die Bilanz der christlichen Caritas negativ, wenn auch ihre moralische Grundhaltung die Armen rehabilitierte und etwas motivierte, ihnen zu helfen. Das lesenswerte und anregende Buch gibt viele Antworten und wirft neue Fragen auf.

A. Zieger

Beiträge zur Geschichte des Deutschen Ordens, Bd. 1. Hrsg. von Udo Arnold. (= Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens, Bd. 36. Zugl. Veröffentlichungen der Internationalen Historischen Kommission zur Erforschung des Deutschen Ordens, Bd. 1). Marburg: Elwert 1986. X, 302 S., 16 Abb.

Im September 1985 ist in Wien die Internationale Historische Kommission zur Erforschung des Deutschen Ordens gegründet worden. Ihr Präsident und zugleich Herausgeber der »Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens«, Udo Arnold, nennt im Vorwort des vorliegenden Bandes den Zweck dieses Unternehmens – »die wissenschaftliche Erforschung der Geschichte des Deutschen Ordens von den Anfängen bis zur Gegenwart in ihren regionalen, europäischen und universellen Bezügen« (S. VIII).

Internationale Vortrags- und Arbeitstagungen – die erste fand 1986 in Bad Mergentheim unter dem Thema »Wirtschaftsentwicklung des Deutschen Ordens im Mittelalter« statt – sollen die Deutschordensforschung weiter vorantreiben; eine neue Veröffentlichungsreihe dient der Kommission als wissenschaftliches Forum.

Band I der »Beiträge zur Geschichte des Deutschen Ordens« eröffnet die Reihe, die sich als Unterabteilung innerhalb der »Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens« versteht. Ganz im Sinne der Gründungsideen der Internationalen Historischen Kommission sind die Beiträge in diesem Band weit gestreut.

Der stellvertretende Präsident und polnische Deutschordensspezialist Marian Biskup handelt »Wendepunkte der Deutschordensgeschichte« von der Entstehung der Korporation bis zum heutigen geistlichen Orden ab. Diesem Überblick folgen vier thematisch bzw. regional eingegrenztere Arbeiten: Maksymilian Grzegorz berichtet über »Entstehen und Entwicklung der Ordensverwaltung in Pommerellen nach 1308«, und Frithjof Spertling gibt einen Einblick in das »Appellationsrecht unter dem Deutschen Orden« von der Amtszeit des Deutschmeisters Reinhard von Neipperg (1480–1489) bis zu Hoch- und Deutschmeister Maximilian Franz (1784–1801).



Zentrales Gewicht insbesondere für die Wirtschaftsführung der Deutschordenskommenden im Reich kommt dem Beitrag Udo Arnolds zu: »Agrarwirtschaft im Deutschen Orden. Besitzverwaltung und Bewirtschaftungsformen des landwirtschaftlichen Besitzes im Deutschen Reich bis zum Reformationszeitalter«. Einmal mehr läßt der wohl beste Kenner der Deutschordensgeschichte die Quellen sprechen. Er analysiert das Werden und Wachsen des mittelalterlichen Ordensbesitzes, seine einzelnen Verwaltungsformen und Spezifika der agrarischen Bewirtschaftung im Spätmittelalter. Hierbei greift dieses Thema schon weit in die Bad Mergentheimer Arbeitstagung der Internationalen Historischen Kommission von 1986 hinein.

Von großem Interesse für den geographischen Raum Württembergisch Franken ist auch die Arbeit des Wiener Deutschordensarchivars Bernhard Demel. Er, der sozusagen ständig an der Quelle sitzt, gibt in seiner bewährten akribischen Arbeitsweise einen Augenzeugenbericht wieder über kirchliche Feierlichkeiten in der Mergentheimer Schloßkirche im September 1797. Der Hofpfarrer und Seminarregent Georg Peter Hoepfner beschreibt unter anderen Feierlichkeiten den Weiheakt des Kölner Weihbischofs Clement August Maria von Merle, die einzige Bischofskonsekration der Ordenszeit in der 1736 geweihten barocken Schloßkirche. Die Studie von William Urban, »Der Deutsche Orden in amerikanischen Schulbüchern«, bietet eine gute Ergänzung zu den 1982 erschienenen Arbeiten in Band 30 der »Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens« (»Der Deutschordensstaat Preußen in der polnischen Geschichtsschreibung der Gegenwart«). Der Autor zeigt, wie sich das allgemeine Bild der deutschen Geschichte in der amerikanischen Literatur seit der Jahrhundertwende ins Negative gekehrt hat. Der Deutsche Orden wird in Büchern für Schüler und Studenten, wenn überhaupt die Rede auf ihn kommt, nahtlos in das Bild von Militarismus, Imperialismus und Rassismus eingepaßt. »The Teutonic Knights« in Preußen, und nur von ihnen wird gesprochen, sind Anfangsglieder einer Kette, die über Friedrich den Großen und Bismarck gehend bei Hitler endet. Selbst Studien des Autors, der gegen solches Unverständnis angeht, ändern nichts, da sie kaum beachtet werden.

Die beiden letzten Beiträge dokumentieren schön die Spannweite dieser neuen Veröffentlichungsreihe. Markian Pelech, »Der verlorene Ordensfoliant 5 (früher Hochmeister-Registrant II) des Historischen Staatsarchivs Königsberg, mit Regesten (nach Rudolf Philippi und Erich Joachim)«, ediert 131 Regesten des Hochmeisters Heinrich Reuß von Plauen aus der Zeit November 1410 bis Februar 1414. Gerhard Taddey und Gabriele Benning erstellen im Anschluß daran ein Archivinventar des Bestandes B 290 im Staatsarchiv Ludwigsburg (Akten der Deutschordensregierung Mergentheim).

Überblickt man abschließend das Spektrum der vorliegenden Beiträge, so bleibt nur zu hoffen, daß die Arbeit der Internationalen Historischen Kommission zur Erforschung des Deutschen Ordens weiterhin zu so reichen Erträgen führen wird. *M. Diefenbacher*

Bernd Wunder: Geschichte der Bürokratie in Deutschland. (= Neue Historische Bibliothek. Edition Suhrkamp 1281, NF, Bd. 281). Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1986. 232 S.

Erst mit dem Ende des Ancien Régime und seines geburtsständischen Sozialsystems war die Etablierung einer Bürokratie möglich, wie wir sie spätestens seit Max Weber verstehen. In Wunders sehr informativer Einführung wird die rheinbündisch-preußische Reformzeit als Zäsur auch der Verwaltung überaus deutlich. Früheren Versuchen, die Anfänge des Berufsbeamtentums in die Zeit des (preußischen) Absolutismus zu datieren, wird eine einleuchtende Absage erteilt. Die Einführung bringt ferner eine Übersicht über die wissenschaftliche Behandlung des Themas sowie eine Schilderung der im Laufe von zweihundert Jahren erheblich gewandelten Sicht der Bürokratie und ihrer Exponenten bis hin zur Feststellung, daß heute eine scharfe Trennung zwischen Regierung und Verwaltung kaum mehr möglich erscheint. Ausgangspunkt der Analyse ist »die Funktion der Beamtenschaft innerhalb der staatlichen Organisation«; schwerpunktmäßig wird dabei die höhere Beamtenschaft und die Entwicklung des Beamtenrechts betrachtet.

Die eigentliche Untersuchung ist in vier Kapitel – Reformzeitalter/Deutscher Bund, Kaiserreich, Zwischenkriegszeit und Nachkriegsentwicklung – gegliedert. Durchgehend werden quantitative bzw. statistische Aussagen gemacht, Besoldungs- und Versorgungsentwicklung skizziert, seit dem Kaiserreich die Beamtenorganisationen, die Anfänge und Entwicklung des weiblichen Staatsdienerkorps, die Mechanismen zur Disziplinierung und Ausschließung behandelt. Wunder zeigt dabei die jeweils epochenspezifischen Entwicklungen auf – etwa die bis heute wirkende »endgültige Ausprägung« des Berufsbeamtentums im Kaiserreich, das Scheitern von Reformversuchen in der Weimarer Republik, den Masseneintritt »märzgefallener« Beamter in die NSDAP nach dem 30. Januar 1933. Sein Fazit für die Jahre 1918 bis 1945 – eklatantes Versagen der an eigenen Maximen gemessenen Beamtschaft – ist leicht nachvollziehbar.

Das abschließende Kapitel ist durch die Behandlung der Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands besonders interessant. Wunder bewertet die Entnazifizierung – obwohl im Westen weitgehend als »Mitläuferfabrik« wirkend – als »insgesamt« erfolgreich. (Hier seien – man denke nur an die Nachkriegskarrieren von NS-Juristen – doch erhebliche Bedenken angemeldet.) Geschildert wird die Restaurierung des herkömmlichen Berufsbeamtentums im Westen gegen alliierte Vorbehalte, die Vorgeschichte und die z. T. grotesken Auswirkungen bzw. Begleiterscheinungen des »Radikalenerlasses«, die fortschreitende Entwicklung zum Parteibuchbeamtentum. Trotz aller Unterschiede sieht der Verf. hier eine Affinität zum »Nomenklatura«-System der SED.

Wunders kritische Betrachtung, abschließend sowohl eine Überreglementierung des öffentlichen Dienstes als auch die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit des Beamtenrechts betonend, dürfte (nicht nur) auf konservativer Seite zum Widerspruch reizen. Als historische Bestandsaufnahme wie als Gegenwartsbeschreibung sei dem Band eine breite Leserschaft – auch aus der Bürokratie – gewünscht.

*H. P. Müller*

Gerhard Schäfer: Die Evangelische Landeskirche in Württemberg und der Nationalsozialismus. Eine Dokumentation zum Kirchenkampf. Bd. 6: Von der Reichskirche zur Evangelischen Kirche in Deutschland 1938–1945. Stuttgart: Calwer, 1986. XXXII, 1468 S.

Es war ein steiniger Weg von der von den Nationalsozialisten propagierten Reichskirche bis zur Bildung der Evangelischen Kirche in Deutschland, die erst nach Kriegsende zustandekam. Der Weg war voller Vorurteile und Widerstände mancherlei Art. Letztlich fand aber alles ein gutes Ende, wodurch der Neuanfang möglich wurde.

Mit dem 6. Bd. schließt der landeskirchliche Archivdirektor D. Dr. Gerhard Schäfer seine Dokumentation zum Kirchenkampf in Württemberg ab. Auch dieser letzte Band bringt eine Fülle von Nachrichten, die z. T. nur vom Hören-Sagen bekannt waren. Am Anfang steht die Schilderung der Alltagsarbeit in der württembergischen Landeskirche. Die Folgen der »Reichskristallnacht« werden aufgezeigt und das Ergehen des Oberlenninger Pfarrers Julius von Jan dokumentiert. An die Stelle des Religionsunterrichts sollte ein Weltanschauungsunterricht treten. Württemberg sollte dabei eine Art Vorreiter sein, dem nach dem Zweiten Weltkrieg das übrige Reichsgebiet folgen sollte. Im innerkirchlichen Bereich ging es um die Fragen nach der rechten Verkündigung und nach der rechten Ordnung. Der Fall des Pfarrers Paul Schempp wird ausführlich behandelt. Schließlich geht es um das kirchliche Einigungs-werk, das dann nach dem Krieg abgeschlossen werden konnte.

Württemberg ist die erste Landeskirche, deren Dokumentation zum Kirchenkampf abgeschlossen vorliegt. Man wird bei der Behandlung des »Dritten Reiches« an ihr nicht vorübergehen. Ein Nachwort schrieb Gotthilf Weber, der den Kirchenkampf mit durchstand. Verschiedene Verzeichnisse erschließen den umfangreichen Band.

*H.-J. König*

Quellen und Forschungen zur Geschichte des Bistums und Hochstifts Würzburg. Hrsg. von Theodor Kramer und Klaus Wittstadt. Würzburg: Schöningh i. Komm.

Bd. 31: Bernhard Schemmel: Figuren und Reliefs an Haus und Hof in Franken. 1978. 68 S., 334 Abb.

Bd. 32: Peter Spitznagel: Wähler und Wahlen in Unterfranken 1919–1969. 1979. 68 S., 37 Tab., 12 farb. Abb.

Bd. 33: Hermann Hoffmann: Das Lehenbuch des Fürstbischofs Albrecht von Hohenlohe 1345–1372. (2 Teilbde.) 1982. 282, 539 S.

Bd. 35: Ludwig Remling: Bruderschaften in Franken. Kirchen- und sozialgeschichtliche Untersuchungen zum spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Bruderschaftswesen. 1986. 442 S.

Bd. 36: Dieter Michael Feineis: Das Ritterstift St. Burkard zu Würzburg unter der Regierung von Fürstbischof Julius Echter von Mespelbrunn (1573–1617). 1986. 550 S.

Die im Jahr 1948 von Theodor Kramer begründete, seit 1980 von Klaus Wittstadt betreute Reihe ist eng mit dem Würzburger Diözesanarchiv verbunden. Sie hat sich große Verdienste um die Dokumentation und Erforschung der Regionalgeschichte Unterfrankens, insbesondere der Kirchengeschichte, erworben. Auch die hier anzuzeigenden Bände beweisen das breite, über theologische und kirchengeschichtliche Themen hinausgehende Interesse der Herausgeber. Es reicht von der volkscundlichen Bestandsaufnahme über bemerkenswerte Quelleneditionen, kirchengeschichtliche Untersuchungen bis zu zeitgeschichtlichen Arbeiten. Alle Bände, meist Promotions- oder Habilitationsschriften, sind zuverlässig gearbeitet und mit den wünschenswerten Registern, Bildern und Karten versehen.

Band 32 veröffentlicht die amtlichen Wahlergebnisse Unterfrankens aus den Jahren der Weimarer Republik, des Dritten Reiches, der Nachkriegszeit und der Bundesrepublik. Die Analyse des Wählerverhaltens zeigt, welche Parallelen trotz veränderter Gesellschaftsstrukturen, unterschiedlicher Wahlgesetze und neuer Parteien beobachtet werden können. – Band 33 bringt im 1. Teilband den vollständigen Text des Würzburger »Lehenbuch 4«, das die Belehnungen der Jahre 1345–1372 unter Fürstbischof Albrecht von Hohenlohe enthält, und im 2. Teilband ein umfassendes Orts-, Personen- und Sachregister mit Glossar, so daß diese Quellenveröffentlichung bestens benutzt werden kann. – Die Bände 35 und 36 werten bisher kaum beachtete Quellenbestände unter sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Fragestellungen aus. Sie vertiefen unser Wissen um das religiöse, kirchliche und kulturelle Leben des 15. und 16. Jahrhunderts in Unterfranken. Spätmittelalterliche Frömmigkeitsformen und die Gegenreformation Julius Echters sind Grundtatsachen fränkischer Geschichte, sie haben bis in unser Jahrhundert die unterfränkische Mentalität und Identität geprägt. *E. Göpfert*

Gottfried Mälzer: Die Würzburger Bischofs-Chronik des Lorenz Fries. Textzeugen und frühe Überlieferung. (= Mainfränkische Hefte, 84). Würzburg: Freunde Mainfränkischer Kunst und Geschichte e. V. Würzburg. 56 S., 13 Abb.

Lorenz Fries (1489–1550), geboren in Mergentheim, Geheimsekretär und Kanzleivorstand der Würzburger Fürstbischöfe, Verfasser einer Geschichte des Bauernkriegs und der Würzburger Bischofschronik, gilt als der bedeutendste fränkische Geschichtsschreiber des 16. Jahrhunderts. Seine Bischofschronik, die von der christlichen Frühzeit Frankens bis zum Ende der Regierungszeit Rudolfs von Scherenberg (1495) reicht, liegt bis heute in keiner zuverlässigen Ausgabe vor. Neben zahlreichen späteren Fassungen kann sich die Textüberlieferung auf drei Handschriften stützen, von denen eine, die sog. Bibra-Handschrift, die Julius Echter anfertigen ließ, versteigert werden soll, ein Schicksal, das heute manchem unersetzbaren, einmaligen Kodex droht. Der Ausverkauf wertvoller Handschriften aus Privatbesitz kann nur noch durch die massive Hilfe des Staates verhindert werden. Man erinnere sich, welche Mühe es gekostet hat, die Welfenchronik zu retten. Der bekannte Sammler Ludwig hat seine umfangreiche Sammlung mittelalterlicher Handschriften, die im Kölner Schnütgen-Museum hervorragend betreut wurde, nach Malibu / USA verkauft. Um

auf die Bibra-Handschrift aufmerksam zu machen, um sie auf Dauer für Franken zu retten und um eine wissenschaftliche Edition vorzubereiten, hat der Leiter der Universitätsbibliothek Würzburg die Textgeschichte der Friesschen Bischofschronik untersucht und die Überlieferung kritisch gewürdigt.

*E. Göpfert*

Jahrbuch des Historischen Vereins Dillingen an der Donau. LXXXIX. Jg. 1987. Dillingen an der Donau: Verlag des Vereins 1987. 384 S., Abb.

Auch nach dem plötzlichen Tod des am 3. April 1984 verstorbenen langjährigen Vorsitzenden und Schriftleiters des Historischen Vereins Dillingen, Prof. Dr. Adolf Layer, hat dessen Jahrbuch sein hohes wissenschaftliches Niveau bewahren können. Der vorliegende Band beweist dies eindrucksvoll. Sein Themenkreis spannt sich von der Latènezeit (Hermann Josef Seitz: Ein späteisenzeitliches Stiergebilde aus dem Landkreis Dillingen an der Donau) bis ins 19. Jahrhundert (Walter Kögler: Das Haus Fugger-Glött und die Industrialisierung um die Mitte des 19. Jahrhunderts unter besonderer Berücksichtigung der Schretzheimer Fabrik). Neue Erkenntnisse zur Herrschaftsgeschichte enthalten die Aufsätze des Heidenheimer Historikers Heinz Bühler »Zur Genealogie der Herren von Gundelfingen an der Brenz« und des Kaufbeurer Studienrats Helmut Lausser zum Thema »Die ältesten Güter und Rechte der Grafen von Oettingen im Altlandkreis Dillingen«. Über die Kreisgrenzen hinaus weist Rudolf Poppa, der Schriftleiter des Jahrbuchs, mit seinem Beitrag »Herrschaftliche Grablegen zu Weißenhorn und Witzighausen«. Das seit Jahren zentrale Thema der archäologischen Forschung im Dillinger Raum, die Ausgrabung des Apollo-Grannus-Tempels in Faimingen, behandelte Prof. Dr. Dr. h. c. Kurt Bittel in einem Vortrag, dessen Manuskript in das Jahrbuch aufgenommen wurde, in gewohnt souveräner Form. Beachtung verdienen ferner der Abdruck des Inventarverzeichnisses des Dillinger Residenzschlosses aus dem Jahr 1802 (Wolfgang Wüst), die Zusammenstellung der in den Dillinger Stadtteilen Donaualtheim, Schretzheim und Steinheim erhaltenen Feldkreuze, Bildsäulen, Bildstöcke und Feldkapellen (Reinhold Schönwetter) und das umfangreiche Verzeichnis der Veröffentlichungen von Hermann Josef Seitz (geb. 30. 11. 1902), der von 1932–1982 das Ehrenamt des Bezirksheimatpflegers ausübte (Josef Bellot).

*M. Akermann*

R Theo Kiefner: Die Waldenser auf ihrem Weg aus dem Val Cluson durch die Schweiz nach Deutschland 1532–1755. Bd. 2: Vorübergehend nach Deutschland 1685–1698. Göttingen: Vandenhoeck u. Ruprecht 1985. 489 S., 24 Abb.

Kiefner legt hier den zweiten Band seines auf vier Bände angelegten Werkes über die Waldenser vor. Er setzt beim Verbot der Evangelischen im Val Cluson 1685 ein und schildert die vielfachen Wanderschicksale bis zur zweiten Ausweisung 1698. Aufnahmeländer waren die Schweiz, Brandenburg, die Kurpfalz und Württemberg, wobei letzteres als lutherisches Gebiet die meisten Schwierigkeiten machte. Vier Rückkehrversuche wurden unternommen, drei scheiterten. Die Waldenser waren oft wie Schachfiguren im Kalkül der politischen Machtinteressen, die bis England reichten. Ihr Leidensweg dabei war zuweilen entsetzlich. Auch dieser zweite Band bringt aus jahrelanger Kleinarbeit viele Erkenntnisse und ist für dieses Fachgebiet ein unentbehrliches Nachschlagewerk.

*A. Zieger*

Donat de Chapeaurouge: Einführung in die Geschichte der christlichen Symbole. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1984. 156 S. und 48 Abb. im Anhang.

Jeder, der sich mit antiker, mittelalterlicher oder neuzeitlicher Geschichte beschäftigt, stößt über kurz oder lang auf Quellen, deren Symbolgehalt dem nüchternen Menschen des 20. Jahrhunderts fremd geworden ist. Der Historiker ist dann entweder auf eigene Interpretation der Quellen angewiesen, oder er kann sich mehr oder weniger zuverlässiger Literatur bedienen. Der Wuppertaler Kunstgeschichtsprofessor de Chapeaurouge versucht mit seinem handlichen Werk wenigstens in bezug auf die christlichen Symbole den derzeitigen Forschungsstand zusammenzufassen. Dabei stellt sich heraus, daß so manche Symboldeutung

eher auf einer stillschweigenden Übereinkunft denn auf empirisch nachweisbaren Fakten beruht. Donat de Chapeaurouge beschäftigt sich mit mehreren Dutzend Symbolen wie etwa Kreuz, Nimbus, Barfüßigkeit, diversen Tiersymbolen oder solchen aus der Pflanzenwelt. Er gliedert seine Arbeit in die drei Kapitel »Symbole aus frühchristlicher Zeit«, »Symbole aus dem Mittelalter« und »Symbole aus dem späten Mittelalter und der Neuzeit«. Allen denen, die im Rahmen ihrer Arbeit Symbolinterpretationen zu leisten haben, wird de Chapeaurouges Buch eine unentbehrliche Hilfe sein.

*G. Fritz*

### 3. Geologie, Vor- und Frühgeschichte, Archäologie

Bernhard Ziegler: Der schwäbische Lindwurm. Funde aus der Urzeit. Stuttgart: Theiss 1986. 171 S., 166 Abb.

Es gibt wohl kaum ein zweites Land, wo Fossilagerstätten von Weltrang so konzentriert sind wie in Baden-Württemberg. Frühe Funde gelangten als Kuriositäten in die landesherrschaftlichen Kabinette und erlangten damit neben ihrem Wert als naturgeschichtliche Dokumente auch wissenschaftsgeschichtliche Bedeutung. Aus den fürstlichen Naturaliensammlungen sind die großen naturkundlichen Staatssammlungen in Stuttgart und Karlsruhe hervorgegangen. Der Autor, Leiter des Staatlichen Museums für Naturkunde Stuttgart, führt in seinem Buch die Fundgeschichte der großen Fossilagerstätten Baden-Württembergs und ausgewählter Einzelstücke vor und erläutert sie im Zusammenhang einer allgemeinen Geschichte der Paläontologie. Vom geologisch Jüngeren zum Älteren fortschreitend, werden Fossilfunde des Quartärs, des Tertiärs, des Juras und der Trias behandelt. Als Beispiele seien hier genannt die Großsäugerreste aus den Schottern von Rhein, Neckar und Murr, aus denen auch die ältesten europäischen Menschenreste stammen, Süßwasserfaunen aus dem Tertiär von Öhningen und aus dem Meteorkrater von Steinheim, Saurier, Seelilien und Fische aus den Schwarzschiefern des Unterjura von Holzmaden und aus den Plattenkalken von Nusplingen, und schließlich die reichen Saurierlager aus den verschiedenen Abteilungen der schwäbischen und fränkischen Trias. Württembergisch Franken ist mit den Crailsheimer Muschelkalksauriern und den Panzerlurchen von Gaildorf und Kupferzell vertreten. Als Beispiel eines Fundes aus der vorwissenschaftlichen Periode stellt Ziegler den Mammutstoßzahn von Neunbronn vor, der im Chor von St. Michael in Schwäbisch Hall hängt.

Parallel zum fortlaufenden Text findet der Leser, durch Kleindruck abgesetzt, ergänzende Erläuterungen und Kurzbiographien von Sammlern und Forschern. Nimmt man noch die Abbildungslegenden und die zahlreichen Anmerkungen hinzu, so verliert dabei der Gesamttext gelegentlich an Übersichtlichkeit. Eine Zeittafel, die originellerweise erdgeschichtliche und historische Daten zusammenfaßt, erleichtert die chronologische Übersicht. Ein umfangreiches Literaturverzeichnis und ein Personen- und Ortsregister machen das Buch auch zu einem zuverlässigen Nachschlagewerk für die Geschichte der Erdwissenschaften in Südwestdeutschland. Vorbildlich in Auswahl und drucktechnischer Wiedergabe sind die Bilder, die meist Schaustücke aus den Landesmuseen, daneben aber auch historische Fossildarstellungen, Rekonstruktionen und Porträts von Sammlern und Forschern zeigen.

Der naturwissenschaftlich interessierte Leser hätte, durch die schönen Bilder neugierig geworden, gerne etwas mehr über die einstigen Lebewesen selbst und über die Prozesse erfahren, die zur Entstehung der einmaligen Fossilagerstätten geführt haben. Der Buchtitel bezieht sich genaugenommen nur auf die Plateosaurier aus dem Knollenmergel, denen im Buch aber nur fünf Seiten gewidmet sind.

Das Buch kann als detaillierte und zuverlässige Einführung in die Entdeckungsgeschichte der baden-württembergischen Fossiltschätze empfohlen werden. Die äußerst ansprechenden Illustrationen machen es gleichzeitig zu einem Bildband, der einen Eindruck vom Reichtum des Landes an Fossilien und von ihrer Ästhetik vermittelt.

*H. Hagdorn*

Karl Wiedmann (Hrsg.): Hofrat Dr. h. c. Richard Blezinger und die Crailsheimer Geologie. Dokumentation seiner Sammeltätigkeit und deren wissenschaftliche Bearbeitung. Crailsheim 1987. 90 S., zahlr. Abb.

In chronologischer Anordnung sind Auszüge aus der Forschungsliteratur zur Paläontologie von Crailsheim wiederabgedruckt. Die Übersicht beginnt mit den »Beiträgen zur Paläontologie Württemberg's« von H. v. Meyer und T. Plieninger aus dem Jahr 1844 und führt bis an die Gegenwart heran. Ergänzt ist die Darstellung durch Dokumente zu Leben und Wirken des Crailsheimer Fossiliensammlers R. Blezinger (1847–1928), die hier erstmals veröffentlicht sind, und durch Berichte aus der lokalen Tagespresse. Ein verbindender Text fehlt. Dem kompilatorischen Charakter des Heftes entspricht – bei angenehmer Gestaltung – der einfache Druck im A4-Format. Die Textauswahl beschränkt sich auf paläontologische, insbesondere wirbeltierpaläontologische Arbeiten. Die Zusammenstellung wendet sich in erster Linie an den Fossiliensammler, dem sie den Zugang zu der verstreuten Spezialliteratur erleichtert, aber auch an den heimatkundlich Interessierten.

*H. Hagdorn*

Gerfrid Arnold: Die Römer in Franken. Ansbach: Ansbacher Verlagsgesellschaft 1986. 287 S., Abb.

Von den Kelten zur Zeit Caesars bis zum Hunneneinfall wird hier die Territorialgeschichte in Bayerisch Franken ausgebreitet. Im Mittelpunkt aber steht der Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen, von ihm wird zusammengetragen, was an Wissenswertem aus der römischen Zeit erhalten und bekannt ist: die verschiedenen Limesarten, Kastelle, Lager, Bäder, Tempel, die Lebensweise und die verschiedenen Kämpfe in diesem nördlichen Teil der Provinz Raetien. Das Ganze wird durch zahlreiche Abbildungen, Zeichnungen und Kartenskizzen reich illustriert. Der Wert des Buches liegt in diesen Einzelheiten. Der Verfasser wendet sich mit seiner populärwissenschaftlichen Darstellung an einen breiten Leserkreis, dem er diese heimatgeschichtlichen Details vorlegen will. Darüber hinaus werden die historischen Fakten verkürzt und vereinfacht, was notgedrungen zu nicht nachvollziehbaren Feststellungen führt. Im Vorwort des Buches selbst wird das so kommentiert: »Dabei kann ein streng wissenschaftlicher Kritiker nicht immer voll mit dem Ergebnis einverstanden sein«.

*A. Zieger*

Rainer Christlein: Otto Braasch: Das unterirdische Bayern. Stuttgart: Theiss 1982. 272 S., 80 Farbtaf., 100 Text-Abb., zahlr. Pläne und Rekonstruktionszeichn.

Das Gemeinschaftswerk des leider frühverstorbenen Archäologen R. Christlein und des ehemaligen Starfighterpiloten und heutigen Luftbildarchäologen O. Braasch zeigt eindrucksvoll auf, wie mit relativ geringem Aufwand bisher unbekannte und obertägig nicht mehr sichtbare Bodendenkmale aus der Luft erkundet und oftmals gerade noch vor der Zerstörung aus Unkenntnis gerettet werden können.

Der Band gibt eingangs einen Überblick über die Vor- und Frühgeschichte Bayerns, gefolgt von einem Kapitel über die Grundlagen und Methoden der Luftbildarchäologie. Anschließend werden vor- und frühgeschichtliche Siedlungsformen, Formen von Einzelbauten sowie Kultbezirke und Begräbnisstätten anhand von Grabungsplänen, Luftbildern und Rekonstruktionszeichnungen vorgestellt.

Der zweite Hauptteil des Buches enthält 80 ganzseitige farbige Luftbilder, die jeweils auf der gegenüberliegenden Textseite mit Zeichnungen interpretiert und erläutert werden. Neben der oftmals erstaunlichen inhaltlichen Aussage der Luftbilder ist der Betrachter vielfach auch von dem ästhetischen Reiz der Aufnahmen gefesselt. Der Band schließt mit einem Ortsregister und einer Literaturliste ab.

*S. Mezger*

Philipp Filtzinger: Limesmuseum Aalen. Hrsg. von der Gesellschaft zur Förderung des Württ. Landesmuseums Stuttgart. 3. Aufl. Stuttgart: Württ. Landesmuseum 1983. 249 S., 154 Abb., 2 Ktn. im Vorsatz

Der nach der Erweiterung des Aalener Limesmuseums erschienene Führer präsentiert den ausgestellten Bestand des Museums. Die Exponate werden in der Abfolge eines Museumsdurchgangs, gegliedert nach Eingangsbereich, Gebäudeebenen, Themenbereichen und Vitrinen, aufgeführt. Dabei werden die Inhalte der Informationstafeln, die im Museum in die einzelnen Themenbereiche einführen, im Führer durch zusätzliche Informationen erweitert dargeboten. Jedes Exponat, bis hin zur kleinsten Münze in einer Vitrine, erfährt eine exakte Beschreibung nach Aussehen, Beschaffenheit, Maßen, Inventarnummer und Fundort. Modelle, Karten, Rekonstruktionszeichnungen und Photos im Museum werden näher erläutert. Dies alles erfolgt mit wissenschaftlicher Akribie; selbst zugehörige Literatur wird aufgeführt. Eine Beschreibung der ausgegrabenen Kastell-Teile im Freibereich und der Abgüsse römischer Steindenkmäler im Parkmuseum Aalen rundet den Führer ab.

Leider wird diese Fülle an Informationen nicht gerade übersichtlich und schlüssig dargeboten. Die Erläuterung der Vorsatzkarten erfolgt erst im Innern des Buches unter den Themenbereichen. Münzbildnisse werden auf S. 28 ff. abgebildet; die Darstellung des zugehörigen Themenbereichs beginnt jedoch erst auf S. 200. Ausstellungstafeln werden photographisch verkleinert an der Grenze der Lesbarkeit abgebildet, obwohl ihr Inhalt (s. o.) doch im Text erweitert wiedergegeben wird. Der Halbfett-Druck der Exponatbezeichnungen konkurriert optisch mit Themen- und Zwischenüberschriften. Das Gliederungsmittel der Einrückung scheint nicht bekannt . . . Schade, man wünscht dem Buch einen Hersteller oder Drucker, dessen Erfahrung dem Fleiß des Autors entspräche.

*S. Mezger*

Forschungen und Berichte der Archäologie des Mittelalters in Baden-Württemberg, Bd. 7. Hrsg. vom Landesdenkmalamt Baden-Württemberg. Stuttgart: Müller u. Gräff i. Komm. 1981. 435 S., 434 Abb.

Unter den 6 Berichten des Bandes seien der von M. Schulze über die Auswertung der mittelalterlichen Keramikfunde aus der Wüstung Wülfigen am Kocher und die Arbeit von S. Kummer über die Krypta von Unterregenbach und ihre Kapitelle hervorgehoben:

Die Funde aus der Grabung in Wülfigen bei Forchtenberg im Jahre 1966/67 unter G. P. Fehring erbrachten ein nahezu lückenloses Bild der gleichzeitig bestehenden und der einander ablösenden Keramikgruppen von der Mitte des 6. Jh. bis zum Ende des 14. Jh. Die Art der aufgefundenen Ware ist typisch für eine bäuerliche Ansiedlung des Mittelalters im württembergischen Franken und eine wichtige Datierungsgrundlage für Keramikfunde dieses Raumes.

Die Bauform der Unterregenbacher Krypta sowie die Formen ihrer Säulen und Kapitelle werden von S. Kummer einer weiträumig angelegten vergleichenden Untersuchung unterzogen. Der Autor gelangt schließlich zu einer Datierung der Krypta in die zweite Hälfte des 10. Jh. Er ordnet sie einer unter byzantinischem Einfluß stehenden Gruppe ottonischer Bauten mit den Schwerpunkten in Regensburg und Augsburg zu.

*S. Mezger*

Aus Frankens Frühzeit. Festgabe für Peter Endrich. (= Mainfränkische Studien, 37). Würzburg: Freunde Mainfränkischer Kunst und Geschichte e. V. u. a. 1986. 238 S.

Der 37. Band der Mainfränkischen Studien ist Professor i. R. Peter Endrich zum 100. Geburtstag am 6. März 1986 gewidmet. Die Gratulation übermittelt der im Ruhestand lebende Museumsdirektor Prof. Dr. Max H. von Freeden, den Lebensgang des Jubilars stellen Hauptkonservator Dr. Erwin Keller vom Bayer. Landesamt für Denkmalpflege, Abt. Vor- und Frühgeschichte, und Oberkonservator Dr. Ludwig Wamser von der Außenstelle Würzburg vor. Der Band enthält zwanzig Abhandlungen über Franken von der Vorgeschichte bis zum späten Mittelalter oder anders ausgedrückt: von Ausgrabungen zum Neolithikum in Schwanfeld, Landkreis Schweinfurt, bis zu einem Grabhügel des späten

Mittelalters bei Sulzfeld im Landkreis Rhön-Grabfeld in Unterfranken. Die Palette der Darstellungen ist bunt gemischt. Das hängt aber teilweise mit den Funden zusammen. Besonders stark ist die Hallstattzeit vertreten, doch auch das Mittelalter fehlt nicht.

*H.-J. König*

Fundberichte aus Baden-Württemberg, Bd. 10 (1985). Hrsg. vom Landesdenkmalamt Baden-Württemberg. Stuttgart: Schweizerbart 1986. 735 S., 105 Abb., 88 Taf. 1 Fundortkarte, 4 Faltbl.

Band 10 der Fundberichte ist dem emeritierten Ordinarius und Direktor des Instituts für Vor- und Frühgeschichte an der Universität Tübingen, Professor Dr. Wolfgang Kimmig, zu seinem 75. Geburtstag am 28. August 1985 gewidmet. Der Band enthält die alljährliche Fundschau aus Baden-Württemberg, 11 Besprechungen archäologischer Buchveröffentlichungen sowie 16 Aufsätze zu archäologischen Untersuchungen und wissenschaftlichen Fragestellungen. Für den Leser in Württembergisch Franken sei besonders auf den Aufsatz von R. Braun hingewiesen, der sich mit der Forschungsgeschichte des Limes in Württemberg bis 1890 und in diesem Zusammenhang auch eingehend mit den Arbeiten des Hohenloheschen Archivrats Christian Ernst Hansselmann (1699–1775) befaßt. Ein weiterer Aufsatz, verfaßt von E. Schallmayer, stellt neue Funde aus dem römischen Kastell und Lagerdorf in Walldürn vor. Einen Überblick über aufgefundene bildliche Darstellungen der römischen Göttin Epona in Baden-Württemberg gibt G. Fellendorf-Börner. In ihrem Aufsatz beschrieben und abgebildet sind auch die Epona-Reliefs aus Mainhardt, Jagsthausen und Öhringen. Den beiden Funden aus Öhringen zwischenzeitlich hinzugesellen wäre das dritte derartige Relief, das von Mitgliedern des Arbeitskreises Archäologie unseres Vereins im Jahr 1986 aus einer Baugrube in Öhringen geborgen werden konnte und seiner Art nach einzigartig unter den bisher in Baden-Württemberg aufgefundenen Stücken dasteht.

*S. Mezger*

Dieter Planck; Willi Beck: Der Limes in Südwestdeutschland. Limeswanderweg Main – Rems – Wörnitz. 2., neu bearb. Aufl. Stuttgart: Theiss 1987. 156 S., 134 Abb. u. 1 Wanderkarte.

Dieses Buch ist 1980 in erster Auflage erschienen. Seither ist auch die Limesforschung weitergegangen, so daß eine Neuauflage sich nicht darauf beschränken konnte, den Text von 1980 abermals zu präsentieren. Die neuen Forschungsergebnisse sind in diesem Buch also mit verwendet worden, zugleich hat man den Text etwas gestrafft. Aktualisiert hat man auch die Wanderkarte im Maßstab 1:50000 und den Bildteil dieses auf zwölf Tagesetappen aufgelegten Wanderführers.

*E. Pastor*

#### 4. Geschichte Baden-Württembergs

Heinz Bardua (Bearb.): Die Kreis- und Gemeindegewappen im Regierungsbezirk Stuttgart (= Kreis- und Gemeindegewappen in Baden-Württemberg, Bd. 1). Stuttgart: Theiss 1987. 158 S., Abb.

Das von der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg herausgegebene vierbändige Werk beinhaltet, nach Regierungsbezirken geordnet, die derzeit gültigen kommunalen Wappen unseres Landes. Im vorliegenden 1. Band sind es 13 Wappen von Stadt- und Landkreisen sowie 341 Wappen von Städten und Gemeinden im Regierungsbezirk Stuttgart. Die zeichnerischen Vorlagen für die farbig wiedergegebenen heraldischen Embleme besorgte der Backnanger Grafiker Hellmut G. Bomm, ihre Beschreibung sowie die historische Begründung für die Wahl der einzelnen Wappenbilder und -zeichen lieferte der langjährige Sachbearbeiter für Wappen und Siegel im Hauptstaatsarchiv Stuttgart und in der Landesarchivdirektion, Heinz Bardua. Seine knappen, auf jeweils eine Drittelseite beschränkten



Hinweise enthalten interessante Fakten zur Ortsgeschichte. In einer sehr informativen Einführung geht der ehemalige Präsident der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg, Prof. Dr. Eberhard Gönner, zunächst auf die bisherigen Veröffentlichungen zur Gemeindeheraldik in unserem Land ein, behandelt dann den kulturgeschichtlichen Hintergrund der Wappendarstellungen und gibt Hinweise zum kommunalen Wappenrecht. Als sehr nützlich wird der aufmerksame Betrachter der Wappenbilder die Erläuterung der wichtigsten heraldischen Begriffe empfinden.

*M. Akermann*

Willi A. Boelcke: Wirtschaftsgeschichte Baden-Württembergs von den Römern bis heute. Stuttgart: Theiss 1987. 725 S., 169 Abb.

Die hier anzuzeigende »erste monographische Wirtschaftsgeschichte Baden-Württembergs«, von der Römerzeit bis zur Gegenwart reichend, ist vom Thema wie vom Umfang ein beeindruckendes Werk. Als neuartige Form der Stoffpräsentation bietet der Verf. eine »längsschnittartige Verbindung zwischen makro- und mikroökonomischer Betrachtungsweise«.

Während der Zeitraum bis zum Ende des Mittelalters auf knapp einhundert, die frühe Neuzeit auf etwa siebzig Seiten abgehandelt wird, steht der übrige Raum – damit wird der Schwerpunkt deutlich – dem 19. und 20. Jahrhundert zur Verfügung. Das sehr informative Schlußkapitel (»Gehemmtes Wachstum an der Schwelle zur ›dritten industriellen Revolution«) zeichnet die Entwicklung der vergangenen zwei Dezennien und geht auf gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen ein. Ausgeklammert bleibt die Sozialgeschichte; sie soll in einer eigenen Monographie dargestellt werden.

Boelcke behandelt das gesamte Spektrum des Wirtschaftslebens und liefert namentlich für die Zeit ab etwa 1800 sehr differenzierte Branchenbeschreibungen. Gleichzeitig wird das Umfeld, wie Bevölkerungsentwicklung, Verkehr, Geld- und Bankwesen, aber auch wirtschaftstheoretisches Denken und staatliche Wirtschaftspolitik – letztere allerdings etwas am Rande – dargestellt. Der permanente Prozeß wirtschaftlichen und technischen Wandels, im Bildteil eindrucksvoll dokumentiert, aber auch Sonderentwicklungen bleiben stets im Blickfeld.

Der neuartigen Betrachtungsweise entsprechend werden zahllose Unternehmen und Unternehmerpersönlichkeiten vorgestellt. Neben Großfirmen tritt eine Fülle nur lokal oder regional bedeutender Betriebe. Den Leser des Jahrbuchs wird interessieren, daß dabei Unternehmen unseres Raumes fast gänzlich fehlen. (So bleibt z.B. die seinerzeit im Limpurger Land so wichtige ARWA unerwähnt.)

Der Band ist mit ausführlichen Sach- und Firmen- bzw. Namensregistern ausgestattet und daher als Nachschlagewerk nutzbar. Demgegenüber blieb das Literaturverzeichnis ausgesprochen mager. Der große Umfang hat den Verzicht auf einen Anmerkungsapparat diktiert.

*H. P. Müller*

Die Geschichte Baden-Württembergs. Hrsg. von Reiner Rinker und Wilfried Setzler. Stuttgart: Theiss 1986. 353 S., Abb.

Der vorliegende Band ist aus einer Reihe von Rundfunkvorträgen hervorgegangen und behandelt die Geschichte der im Bundesland Baden-Württemberg vereinigten ehemaligen Länder in 26 Beiträgen sozusagen als »Pars pro toto«, wie die Herausgeber sagen. Naturgemäß heißt das mehr Teil als Ganzes, denn »Geschichte« als Ganzes würde einen durchgehenden Ablauf fordern, der wenigstens die Markgrafen von Baden neben den Grafen von Württemberg zusammenhängend darstellt und einen Blick auf die Grafen von Hohenzollern und Hohenlohe, die kleinen Territorien, aber auch die Kurpfalz nicht verschmäht. Immerhin wird Ausgewogenheit erstrebt. Eberhard im Bart wird der (weniger bedeutende) Markgraf Christof, dem Herzog Karl Eugen der bedeutende Großherzog Karl Friedrich und der Kurfürst Karl Theodor zur Seite gestellt. Dafür bieten die Beiträge alle Vorzüge des Essays (wie etwa Decker-Hauuffs glanzvolle Studie über Karl Eugen). Ob Kelten

und Römer oder Reichsstädte und Juden, gute Kenner haben flüssige und lesenswerte Vorträge bis zur Gegenwart hin verfaßt. Die älteren Stammtafeln von Baden und Württemberg hätten neuere Erkenntnisse verwenden dürfen. Solange es keine Geschichte des deutschen Südwestens gibt, wird der anregende Band dankbare Leser finden. *G. Wunder*

Gunther Mai: Kriegswirtschaft und Arbeiterbewegung in Württemberg 1914–1918. (= Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, 35). Stuttgart: Klett-Cotta 1983. 487 S.

Mais Abhandlung ist eine Marburger Habilitationsarbeit von 1981. In drei großen Kapiteln (I: Die Grundlagen; II: Das Hilfsdienstgesetz; III: Die Arbeits- und Lohnbedingungen) entwirft er ein umfassendes Bild der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Württembergs im Ersten Weltkrieg. Nicht weniger als 43 ausführliche Tabellen ergänzen das Buch. Allein schon wegen der Tabellen wird Mais Arbeit zur Fundgrube für jeden Sozialhistoriker, der sich mit Südwestdeutschland befaßt. Man erfährt in den Tabellen sowohl die »offiziellen Monatsrationen bei vier Grundnahrungsmitteln in Württemberg 1914–1918«, als auch die »Tarifverträge in Württemberg zwischen 1913 und 1919« oder die »Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften in Württemberg 1900 bis 1920«, um nur einige wenige der Tabellen zu nennen.

Mais Ergebnisse untermauern mit breiter Materialgrundlage Sachverhalte, die in ihrer Substanz bisher nicht unbekannt waren: So etwa, daß Deutschland eine miserable, auf den meisten Einzelgebieten sogar gar keine wirtschaftliche Kriegsplanung hatte. Konsequenz der fehlenden wirtschaftlichen Vorsorge waren eine katastrophale Hungersnot seit 1916 infolge der britischen Seeblockade, die Deutschland von seinen Lebensmitteleinfuhren abschnitt, und mehrere verzweifelte Versuche der deutschen Führung mit Notprogrammen – etwa dem Hilfsdienstgesetz – die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes den Bedürfnissen des Molochs Front anzupassen. Eine Vielzahl von Einzelprozessen wird sichtbar: Der Hunger ebnete nicht nur soziale Unterschiede ein – die Angestellten sanken de facto ins Proletariat ab –, der Würgegriff der ständig schrumpfenden Nahrungsmittelrationen und der ungeheuren Arbeitsbelastung waren 1918 mindestens im selben Maße für den deutschen Zusammenbruch verantwortlich wie die Niederlagen an der Front.

In der Beurteilung des Hilfsdienstgesetzes, das seit Jahrzehnten von der Forschung heftig diskutiert wird, wobei Marxisten und Nichtmarxisten zu sehr pointierten Beurteilungen kommen, ist Mai relativ zurückhaltend: Weder sei es eindeutig als die »Verwandlung Deutschlands in ein Militärzuchthaus« (Lenin) zu beurteilen, noch war es der absolute wirtschaftliche und soziale Fehlschlag (so namentlich rechts stehende Historiker der Weimarer Zeit). Mai stellt zum wirtschaftlichen Aspekt des Gesetzes lediglich fest: »Selbst auf der Grundlage des hier ausgebreiteten Materials bleibt es schwierig, die kriegswirtschaftliche Bedeutung des HDG abschließend und zuverlässig einzuschätzen.« (S. 311). Zum sozialen Aspekt des Gesetzes unterstreicht Mai, daß das Hilfsdienstgesetz so reaktionär nicht war und beispielsweise mit seinen Schlichtungsausschüssen »unbestreitbar« ein Erfolg für die Arbeiterbewegung wurde. Gegen diese Erfolge liefen zwar die Unternehmer Sturm, ihre Bestrebungen wurden aber durch das Kriegsende und die Revolution beendet.

Mais Ergebnisse zeigen, daß mit kurzen, schlagwortartigen Beurteilungen soziale Prozesse nicht angemessen beschrieben werden können. *G. Fritz*

Klaus Megerle: Württemberg im Industrialisierungsprozeß Deutschlands. Ein Beitrag zur regionalen Differenzierung der Industrialisierung. (= Geschichte und Theorie der Politik. Abhandlungen aus dem Institut für Grundlagen der Politik des Fachbereichs Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin, Unterreihe A: Geschichte, Bd. 7). Stuttgart: Klett-Cotta 1982. 274 S.

Gegenwärtig besteht in der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich Beschäftigtenzahl und Pro-Kopf-Einkommen ein Süd-Nord-Gefälle. Baden-Württemberg wird häufig als »Muster-

land« für wirtschaftliche Stabilität und Wachstum bezeichnet. Im 19. Jahrhundert war dies gerade umgekehrt: Es existierte ein Nord-Süd-Gefälle. Württemberg wurde auch als »Armenhaus« Deutschlands bezeichnet und war ein Auswanderungsland. Megerle untersucht in dem Buch die Ursachen dieses grundlegenden Wandels und den Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung Württembergs. Dabei verliert er nie den Blick für die Gesamtentwicklung, indem er Württemberg mit den anderen deutschen Staaten anhand von aussagefähigen Kriterien vergleicht. Dies macht er überaus anschaulich und auch für den wissenschaftlich wenig vorgebildeten Leser gut verständlich.

Den Schwerpunkt seiner Arbeit legt er auf die Frühindustrialisierung, in der Württemberg mit den norddeutschen Staaten und auch mit Baden nicht Schritt halten konnte. Weniger ausführlich berichtet er über die Phase, in der Württemberg den Norden Deutschlands »überholte«.

Für die Landesgeschichte sind die Analysen über die regionale Entwicklung der 64 Oberämter von Bedeutung. Sie zeigen die Bevölkerungsentwicklung, den Gewerbebesatz, die Agrarstruktur, die Standortfaktoren und die Entstehung der südwestdeutschen Ballungszentren.  
*O. Windmüller*

Manfred Scheck: Zwischen Weltkrieg und Revolution. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Württemberg 1914–1920. (= Dissertationen zur neueren Geschichte, 10) Köln: Böhlau 1981. 365 S.

Die Konstanzer Dissertation Manfred Schecks ist im Jahre 1979 entstanden und behandelt ein ähnliches Thema wie die einige Jahre jüngere Habilitationsarbeit von Gunther Mai (Ebenfalls besprochen in diesem Jahrbuch). Was unterscheidet die beiden Arbeiten?

Da ist zunächst einmal der bei Scheck etwas weiter gefaßte Zeitraum. Scheck behandelt die revolutionäre Nachkriegszeit mit, ja die Zeit von 1918–1920 bildet sogar den größeren Teil seiner Darstellungen. Ferner ist Scheck bei weitem nicht so wirtschafts- und sozialpolitisch orientiert wie Mai. Stattdessen geht Scheck intensiver auf die Ereignisgeschichte und auf die Geschichte der linken Parteien und Organisationen ein. Überflüssig gemacht wurde Schecks Werk durch die Arbeit Mais also keineswegs. Über zwanzig Seiten Anlagen und Quellen bei Scheck machen sein Buch ebenfalls zum Nachschlagewerk, wenn auch dieser Aspekt mehr im Hintergrund steht als bei Mai.

Man würde sich wünschen, daß weitere Dissertationen die Geschichte der Arbeiterbewegung in Württemberg auch in den ruhigeren Jahren nach 1920 – und natürlich auch in dem Katastrophenjahr 1923 – ähnlich fundiert untersuchen wie Scheck dies für die Kriegs- und Revolutionszeit tut. Die Quellenlage ist gut, allerdings sind umfangreiche Archivstudien – Schecks Quellenverzeichnis erweist dies – nicht nur hier im Lande nötig, sondern auch in den wichtigen Archiven der DDR und in verstreuten Verbands- und Parteiarchiven. *G. Fritz*

## 5. Landeskunde

Baden-Württemberg. Eine politische Landeskunde. Mit Beitr. v. Hermann Bausinger u. a. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. 3., durchges. u. erw. Aufl. (= Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württemberg, Bd. 1). Stuttgart: Kohlhammer 1985. 310 S.

Die von der Landeszentrale für politische Bildung erstmals 1975 herausgegebene »politische Landeskunde« hat sich in der Zwischenzeit als ein Standardwerk der Geschichte des Südweststaates seit 1946 entwickelt. Deshalb gab es auch keine Veranlassung, von dem bewährten Schema abzurücken. Die Neuauflage enthält die aktualisierten Aufsätze von Hermann Bausinger zur politischen Kultur Baden-Württembergs; Theodor Eschenburg, wohl der beste Kenner der Gründung des Südweststaates, berichtet über die Entstehung des

Landes Baden-Württemberg. Weitere namhafte Autoren befassen sich mit der Entwicklung von Landesverfassung, Landesparlament, Regionalplanung, Verwaltungsstruktur und Wirtschaft. Gut aufgearbeitete statistische Daten zur Bevölkerungsstruktur, eine Übersicht über die bisherigen Landesregierungen, eine Verwaltungskarte und eine Literaturübersicht, die die wichtigsten Veröffentlichungen enthält, runden dieses faktenreiche Buch ab.

*O. Windmüller*

Carlheinz Gräter: Anmutigste Tochter des Mains. Ein tauberfränkisches Lesebuch. Tauberbischofsheim: Frankonia 1986, 368 S., Abb.

Dieser Sammelband von Beiträgen aus alter und neuer Literatur über das Taubertal, ist vom Verfasser als Lesebuch und als Bibliothek im Kleinen gedacht. Die verschiedensten Aspekte dieser Landschaft, ihrer Geologie, ihrer Geschichte, ihrer Kultur und ihrer Menschen werden aufgezeigt. Das Verzeichnis mit den Literaturhinweisen ist ein Beweis für die umfassende Kenntnis und Zuständigkeit des Verfassers. Besonderer Wert ist auf die Schicksale des Volkes und der einfachen Menschen gelegt worden. Manche Beiträge hätten gestrafft werden können. Der Verfasser betont, daß sein Buch ein Versuch ist, diese Taubertäler Kulturlandschaft als Ganzes zu sehen.

*J. R. Frank*

Richard Meinel: Gesammelte Grüße. Baden-Württembergische Sehenswürdigkeiten auf Briefmarken und alten Ansichtspostkarten. Stuttgart: Silberburg 1987, 72 S., Abb.

33 alte und neue Postkarten mit markanten Ansichten aus Baden-Württemberg sind hier zusammengestellt, von Bebenhausen bis Zwiefalten. Jede dieser Postkarten wurde einer deutschen Briefmarke gegenübergestellt, die (bis auf eine Ausnahme) das gleiche Motiv enthält – von einem anderen Künstler gesehen und auf die graphischen Bedürfnisse einer Briefmarke reduziert. Eine kurzgefaßte Geschichte des dargestellten Orts sowie Beschreibungen von Briefmarken und Postkarten geben dem Leser zusätzliche Informationen über die Besonderheiten des dargestellten Motivs und der Herstellungsverfahren bei Karte und Briefmarke.

*E. Pastor*

Otto Meyer: Varia Franconiae Historica. Aufsätze, Studien, Vorträge zur Geschichte Frankens, Bd. 3. Hrsg. von Dieter Weber und Gerd Zimmermann. (= Mainfränkische Studien, Bd. 24/3). Würzburg 1986. VIII, S. 925–1397.

Auch der dritte Band der gesammelten Schriften und Reden des Altmeisters der fränkischen Landesgeschichte enthält eine Fülle von interessanten, anregenden und fördernden Beiträgen. Die Herausgeber haben sie unter den Überschriften Städte und Dörfer, Weinbau, Biographie, Hagiographie, Handschrift und Buch, Geschichtspflege geordnet. Otto Meyers Geschichtsforschung besticht nach wie vor durch die Vielfalt der Themen und Fragestellungen und durch die humorvoll nachdenkliche Art des spontanen Vortrags.

*E. Göpfert*

Trauben im Unterland. Hrsg. von Carlheinz Gräter. (= Landschaften und Begegnungen an der Schwäbischen Dichterstraße). Stuttgart: Steinkopf 1986, 254 S., Abb.

Für Liebhaber dieser neuen literarischen Form landschaftsbezogener Anthologie ist auch dieser zweite Band des Verfassers wieder eine Fundgrube, so wie der erste Band »Im grünen Licht Hohenlohes.« Es ist eine literarische Reise in das Gebiet zwischen Marbach und Odenwald, »an Dichters Hand durch Dichters Land.« Nach knappen biographischen Hinweisen läßt der Verfasser den literarischen Zeugnissen entsprechenden Raum. Prosa und Strophen der Dichter und Schriftsteller, vom 17. Jahrhundert bis heute, sollen, an den jeweils heimischen oder aufgesuchten Orten, etwas über Landschaften und Menschen aussagen. Ein Register gibt ausführliche Textquellen und Literatur an. Eine Bebilderung mit alten Porträts, Ortsansichten und Faksimiles erweitert die anschaulichen Schilderungen.

*J. R. Frank*

## 6. Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

Karl Brunner; Gerhard Jaritz: Landherr, Bauer, Ackerknecht. Der Bauer im Mittelalter: Klischee und Wirklichkeit. Wien u. a.: Böhlau 1985. 144 S., Abb.

Die fach- und sachkundigen Verfasser verstehen es, in Kurzfassungen Faktoren aufzuzeigen, welche in der europäischen Geschichte Wandlungen in der Entwicklung des Bauerntums bewirkten. Man erfährt, wie die Bauerngeschichte sich vollzieht im Ineinander von Natur und Kultur und wie das Dorf einzuschätzen ist als innerste Zelle des politischen Lebens, ja als echte Demokratieform. Es wird verdeutlicht, wie sich mit den Anbauflächen rechtliche, soziale und wirtschaftliche Verhältnisse verbinden. Die Einwirkung von Krisen wird betont, wie sie etwa durch die Umstellung von der Naturalwirtschaft auf die Geldwirtschaft entstanden oder durch das Aufkommen des Bürgertums der Städte, sowie durch Seuchen und Kriege. Die Wurzeln der Sozialformen, welche bis in die Neuzeit reichen, werden im fränkischen Reich des 6. bis 8. Jahrhunderts gesehen, in der Verschmelzung von Römischem mit Germanischem und es wird deutlich gemacht, daß erst im Hochmittelalter von einem »Stand der Bauern« gesprochen werden kann. Viel historisches Bildmaterial, farbig und schwarzweiß, sowie reichliche Quellenzitate bereichern die Darstellungen.

*J. R. Frank*

Deutsches Handwerk in Spätmittelalter und Früher Neuzeit. Sozialgeschichte – Volkskunde – Literaturgeschichte. Hrsg. von Rainer S. Elkar. (= Göttinger Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Bd. 9) Göttingen: Schwartz 1983. 328 S.

Der erste Band der »Göttinger Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte«, der 1978 erschien, war wegweisend für die neuere Handwerksgeschichte. Er inspirierte eine größere Anzahl von Forschungen, die sich mit der ökonomischen Situation des Handwerks, v. a. des 19. Jahrhunderts, befaßten. Es zeigte sich aber zusehends, daß eine auf Gewerberecht, Löhnen und Preisen reduzierte Handwerksgeschichte keinen umfassenden Einblick in das »alte Handwerk« geben kann. Deshalb wird in dem neuen Band der Reihe der Versuch unternommen, die Volkskunde und die Literatur, die vom Handwerk mitgestaltet und beeinflusst wurden, in die Handwerksgeschichte einzubeziehen. Diese Erweiterung des »Horizonts« ist nur zu begrüßen; denn wer sich mit Handwerksgeschichte befaßt, weiß, daß sie überaus komplex ist, und eine Einengung zwangsläufig das Bild verfälschen würde. Gewiß. – Die Aufsätze in diesem Buch, die sich vorwiegend mit Nürnberg befassen, können nur ein Anfang sein; es bleibt deshalb zu hoffen, daß der interdisziplinäre Ansatz der Handwerksgeschichte weitere Freunde findet.

*O. Windmüller*

Flößerei in Deutschland. Hrsg. von Hans-Walter Keweloh im Auftrag des Deutschen Schiffahrtsmuseums Bremerhaven. Stuttgart: Theiss 1985. 172 S., 90 Abb.

Nach einem letzten Höhepunkt setzte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit dem Ausbau der Eisenbahn und des dichter werdenden Straßennetzes der unaufhaltsame Niedergang der Flößerei ein. Als letztes Relikt überlebt die »Gaudiflößerei« auf der Isar und im Frankenwald.

Der vorliegende Band möchte in acht Einzelbeiträgen die Entwicklungsgeschichte der Flößerei aufzeigen und über die technischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe informieren.

Der erste Aufsatz ist der »Flößerei in Vorgeschichte, Römerzeit und Mittelalter« gewidmet. Das älteste bis heute gefundene Floß stammt bereits aus der Bronzezeit, wenn auch Floßwerkzeuge erst seit den Römern durch Funde belegt sind. Im 13. Jahrhundert tauchen die ersten schriftlichen Quellen über die Rheinflößerei auf. Erste bildliche Überlieferungen stammen aus dem 15. Jahrhundert. In dieser Zeit gewinnt die Flößerei auch immer mehr an Bedeutung. Der steigende Bedarf an Holz in den Bergbaugebieten, für die Salinen und die Eisen- und Glashütten führt zu einer Blütezeit der Flößerei, die im 17., 18. und



eisen/Schulze-Delitzsch zum Anlaß, die Geschichte des württembergischen Genossenschaftswesens seit seiner Entstehung nachzuzeichnen. Dies gelang in hervorragender Weise. Nicht nur der faktenreiche, aber dennoch gut lesbare Text, sondern auch die gelungene Aufmachung mit zahlreichen Abbildungen und Illustrationen machen das Buch ansprechend. Es erzählt von den Motiven der Genossenschaftsbewegung, ihren Schwierigkeiten, ihrer Differenziertheit und dem allmählichen Zusammenwachsen der landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaften, das in Württemberg 1970 seinen Abschluß fand. *O. Windmüller*

## 7. Rechts- und Verwaltungsgeschichte

Festschrift für Hans Thieme zu seinem 80. Geburtstag. Hrsg. von Karl Kroeschell. Sigmaringen: Thorbecke 1986. XII, 411 S.

Hans Thieme ist – wie es der Grazer Gernot Kocher in seinem Beitrag formuliert hat – einer der »großen Alten« der deutschen Rechtsgeschichte, und nicht wenige seiner zahlreichen Schüler sind heute selbst schon »Große« ihres Fachs. So war es eigentlich fast selbstverständlich, daß sich eine stattliche Schar namhafter Germanisten des In- und Auslandes abermals zu einer wissenschaftlich-literarischen Ehrung versammelte – immerhin nun schon die dritte Jubiläumsgabe nach einer Schüler-Festschrift zum 70. und den »Gerichtslaubenvorträgen« zum 75. Geburtstag. Die Aufsätze sind nach Zeitstufen gegliedert und umspannen die ganze Themenbreite der Rechts- und Verfassungsgeschichte. Für Nichtjuristen interessant sind besonders jene Beiträge, die sich mit den sogenannten Grenzgebieten des Rechts befassen. Beispielhaft erwähnt sei hier der lesenswerte Essay Wolfgang Leisers über Staat und Gesellschaft im evangelischen Kirchenlied. Hier wird das Gesangbuch – der Verfasser ist Besitzer einer offenbar reichhaltigen Sammlung – zu einer neuen und überraschend ergiebigen Quelle rechtshistorischer Forschung. Wichtig für die Stadtgeschichte ist Rudolf Gmürs Überblick zum Thema »Städte als Landesherrn«. Es handelt sich dabei um die aktualisierte Fassung eines Vortrags, der schon 1960 beim Saarbrückener Rechtshistorikertag gehalten wurde, seinerzeit mit vorwiegend programmatischer Zielsetzung. In der jetzigen Form ist der Beitrag zugleich ein Rechenschaftsbericht des Schweizer Gelehrten, der lange Jahre in Münster gewirkt hat und inzwischen als Emeritus wieder in seine Berner Heimat zurückgekehrt ist. Daß der Forschungsstand auf dem Gebiet der städtischen Territorialgeschichte seit Saarbrücken beträchtlich gehoben werden konnte, ist nicht zuletzt ein Verdienst Gmürs und der von ihm angeregten Arbeiten, zu denen auch einschlägige Dissertationen für Hall (Hans Lesener) und Rothenburg ob der Tauber (Herbert Woltering) gehören. *R. J. Weber*

Peter Moser: Das Kanzleipersonal Kaiser Ludwigs des Bayern in den Jahren 1330–1347. (= Münchener Beiträge zur Mediävistik und Renaissance-Forschung, Bd. 37). München: Arbo-Gesellschaft 1985. 405 S., 30 Taf.

Mosers Untersuchung schließt an Helmut Bansas Studien über die Kanzlei Ludwigs des Bayern von der Wahl 1314 bis zur Rückkehr aus Italien 1329 an. Zusammen mit der jüngst erschienenen Arbeit Alfons Sprinkarts für die Regierungszeit Ludwigs als Herzog von (Ober-)Bayern ist nun das Urkunden- und Kanzleiwesen des bedeutendsten spätmittelalterlichen Wittelsbachers vollständig erschlossen und aufgearbeitet. Der Verfasser weist 32 nummerierte Hände (von denen vier identifiziert werden) und 16 namentlich überlieferte Schreiber nach. Behandelt werden ferner die Kanzler und Protonotare. Die materialreiche prosopographische und hilfswissenschaftliche Auswertung der Urkunden wird durch eine knappe, aber gediegene allgemeine Charakterisierung der ludovizischen Kanzlei abgerundet. Allenthalben tritt in Mosers Arbeit die enorme Bedeutung des studierten und mindestens »halb« gelehrten Notariats für die fürstliche Regierungs- und Verwaltungspraxis jener Zeit

hervor. Zumal die höheren, graduierten Kanzlei-Chargen gewinnen plastische Gestalt. Das gilt besonders für den eingehend beschriebenen Protonotar Ulrich der Hofmaier. Dieser aus Augsburger Familie stammende Jurist und Diplomat war eine der markantesten Figuren aus der Schicht jener studierten (und verheirateten) Klerikernotare und »viri sapientes« des Spätmittelalters, in denen schon länger wichtige Träger der Rezeption vermutet wurden, die bislang aber mangels einschlägiger Verarbeitung des Urkundenmaterials in ihrer Persönlichkeit und in ihrem Wirken kaum faßbar waren.

*R. J. Weber*

Dieter Werkmüller: Über Aufkommen und Verbreitung der Weistümer. Nach der Sammlung von Jacob Grimm. Berlin: Schmidt 1972. 190 S., 11 Ktn., 8 Diagr.

Seit Jacob Grimms berühmter Sammlung gehört die Weistumsforschung zu den Kerngebieten der deutschen Rechtsgeschichte. Ihr Aufblühen im 19. Jahrhundert wurde begünstigt von dem liberal-romantischen Mythos eines im »Volk« lebenden und von diesem »frei« gefundenen Rechtes, dem – gewissermaßen als dem »guten« – der Vorzug vor den von Kirche und Obrigkeit eingeführten fremden Rezeptionsrechten gebührt hätte. Diese zeitgebundene Wertung hat inzwischen einer nüchterneren, vor allem aber differenzierteren Betrachtungsweise Platz gemacht. Mit dem Anwachsen der Quelleneditionen wurden neue Fragen aufgeworfen, die sich mit dem simplen Denkschema der Anfangszeit nicht mehr lösen ließen: Es stellte sich heraus, daß der Inhalt der Weistümer nicht ausschließlich bäuerlich-genossenschaftlich, sondern je nach Lage des Orts und der Zeitumstände auch mehr oder weniger stark obrigkeitlich beeinflußt sein konnte. Nicht überall und jederzeit wurden die fraglichen Rechte gerade durch die klassische Form einer »Weisung«, d. h. mittels Befragung und Aussage der im Ortsrecht bewanderten Männer, gewonnen. Schließlich traten Fragen der regionalen Differenzierung und terminologische Probleme auf. Über hundert Jahre nach Grimm war damit eine Zwischenbilanz fällig, sollte auf diesem Gebiet der sprichwörtliche »rote Faden« nicht völlig verlorengehen. Werkmüller, heute Redakteur des renommierten »Handwörterbuchs zur deutschen Rechtsgeschichte«, hat diese Aufgabe mit solcher Prägnanz und Übersichtlichkeit gelöst, daß der schmale Band schon bald nach seinem Erscheinen zum unentbehrlichen Handwerkszeug für jeden geworden ist, der sich mit Weistümern bzw. ganz allgemein mit ländlichen Rechtsquellen zu befassen hat. Ausgehend von einer kritischen Würdigung der Grimmschen Sammlung wird zunächst die Bedeutung der Weistümer und die Problematik des Weistums-Begriffs behandelt. Besonders wichtig ist die daran anschließende Quellenkunde, die einen Überblick über regionale Editionen gibt, und die kritische Bestandsaufnahme der seitherigen Forschungsergebnisse. Eine vergleichende räumliche und zeitliche Betrachtung des Vorkommens der Weistümer wird durch Karten und Diagramme veranschaulicht. Im Lauf der Jahre bedarf natürlich jede, auch noch so treffliche Bestandsaufnahme der Ergänzung und Fortführung; für das württembergische Franken ist vor allem der inzwischen von Marianne Schumm fertiggestellte Band der hohenlohischen Dorfordnungen nachzutragen.

*R. J. Weber*

## 8. Bau- und Kunstgeschichte

Georges Duby: Die Kunst des Mittelalters. Das Europa der Höfe und Städte 1280–1440. Genf/Stuttgart: Skira/Klett-Cotta 1985. 222 S., Abb.

Georges Duby, Professor für mittelalterliche Geschichte in Paris, behandelt in seinem repräsentativen dreibändigen Werk nach dem »Europa der Mönche und Ritter (980–1140)« und dem »Europa der Kathedralen (1140–1280)« in dem vorliegenden Band jene Epoche der Kunstgeschichte, die vorwiegend in den Städten und an den Fürstenhöfen ihren Niederschlag fand. Damit gewann das künstlerische Schaffen völlig neue Dimensionen. Die religiösen Leitbilder wurden mehr und mehr verlassen; Maler, Bildhauer und Goldschmiede



wandten sich nun auch weltlichen Themen zu. Das Bild gewann nicht selten illustrativen Charakter; es berichtet aber nicht mehr nur vom Leben und Sterben Christi und der Heiligen, sondern auch von den Taten der klassischen Helden und vom Glanz des Hofes Karls des Großen und der Tafelrunde des Königs Artus. Besonders signifikant für die behandelte Epoche ist die Wiederentdeckung des individuellen Antlitzes des Menschen: die Porträtarstellung erreicht vor allem in den Niederlanden einen einsamen Höhepunkt. Duby hat für seinen Text in Hans Staub einen adäquaten Übersetzer gefunden. Die 72 Farb- und 39 Schwarzweiß-Abbildungen sind für das Thema repräsentativ ausgewählt; die Qualität ihrer Wiedergabe ist unterschiedlich.

*M. Akermann*

Winfried Bolter (Hrsg.): Heinrich Schickhart, Bawmeister, Rayß in Italien 1599–1600 in dreierley Version. Herrenberg 1986. 551 S., Abb.

Die im Auftrag des Kulturkreises Herrenberg e. V. von dessen Vorsitzendem herausgegebene Publikation hat eine höchst bemerkenswerte Entstehungsgeschichte: Am Anfang stand die Absicht eines Reprints des 1902 erstmals publizierten Tagebuchs des herzoglich-württembergischen Hof- und Landbaumeisters Heinrich Schickhardt (1558–1634) über seine zweite Reise nach Italien in den Jahren 1599 und 1600, auf der er entscheidende Impulse für seinen beruflichen Werdegang erhielt. Ähnliche Bemühungen waren in Montbéliard, der einstigen württembergischen Besetzung Mömpelgard, im Gange, wo Schickhardt wichtige Jahre seines frühen Schaffens verbracht und mehrere heute noch das Stadtbild bestimmende Bauwerke, die Stadtkirche, die Hallen, das Uhreng Gebäude und das Alte Kolleg, errichtet hatte. Diese parallellaufenden Bemühungen wurden, ganz im Sinne einer europäischen Zusammenarbeit, vereinigt zu jenen »dreierley Versionen« der Reisebeschreibung; der faksimilierten Wiedergabe der bei »Jacob Foillet, Fürstlichen Württembergischen Buchdruckern ... zu Mümpelgard« erschienenen Originalausgabe, des Nachdrucks der Edition von 1902 und der von Geneviève Carrez besorgten Übersetzung ins Französische. Heinrich Schickhardt, der die vom 13. November 1599 bis zum 7. Mai 1600 dauernde strapaziöse Reise im Gefolge seines Landesherrn, Herzog Friedrich I. von Württemberg, unternommen hatte, hält in dem 213 Druckseiten umfassenden Band seine vielfältigen Eindrücke der über Mailand, Pisa, Siena nach Rom und über Spoleto, Florenz, Mantua nach Venedig führenden Exkursion in erster Linie aus der Sicht des Architekten fest, gibt aber darüber hinaus eindrucksvolle Schilderungen von Handel und Wandel in den besuchten Städten.

*M. Akermann*

Helmut Vökl: Orgeln in Württemberg. Texte von Helmut Vökl, Wolfram Rehfeld, Gerhard Rehm. Unter Mitarbeit von Eugen Gröner. Neuhausen-Stuttgart: Hänssler 1986. 368 S., 232 Farb-, 10 SW-Abb.

Eine geschlossene Orgeltopographie, wie zu anderen Orgellandschaften vorliegend und in Württemberg längst überfällig, ist dieser prachtvolle Bildband nicht. Dazu sind Quellsammlung und Nachweis des vorhandenen historischen Bestandes zu dürftig, die Auswahl der Orgeln eines so großen Gebietes zu gering.

Vorgelegt wird dagegen ein herrlicher Kunstband mit durchweg meisterhaften Farbfotos, der in ökumenischer Eintracht (Wolfram Rehfeld zeichnete für die katholische Orgellandschaft) entstand. Er spiegelt die Vielfalt der Orgelgehäuse Württembergs wieder: Angefangen vom eindrucksvollen Renaissanceprospekt in Hechingen bis zu Schöpfungen unserer Tage wie die Orgel in Leinfelden-Echterdingen.

Der aufwendige Bildband zeigt jedoch auch die Diskrepanz zwischen optischem Erscheinungsbild alter Orgelprospekte und ihrem klanglichen Material: Besonderes Dilemma der Orgeldenkmalpflege speziell in Württemberg. Dafür gibt es verschiedene Gründe, wie etwa der hierzulande stark fluktuierende geschmackliche Zeitgeist bei den Kirchenmusikern, der häufig nach Veränderungen strebt. Zu nennen sind auch im protestantischen Bereich jene seit dem 18. Jh. fließenden Strömungen ernster Frömmigkeit, die nicht nur Altäre, sondern

besonders auch die Orgeln und ihre Ausgestaltung optischer und klanglicher Art zu »Adiaphora«, den belanglosen Dingen, zählten.

Es wäre jedoch falsch, den tragischen Verlust zahlreicher originaler Innenwerke von barocken Orgelgehäusen allein dem Unverständnis früherer Zeiten zuzuordnen: Der Bildersturm findet auch in unseren Tagen statt: Noch zu Beginn dieses Jahrzehntes wurde z. B. das letzte, im Hohenloher Land weitgehend original erhaltene Orgelwerk von 1702 durch Erweiterungs- und Umbaumaßnahmen beseitigt. Die Denkmalpflege beschränkte sich, wie in vielen anderen Fällen, nur auf das Äußere. Die Organisten wollen sich keine Beschränkungen durch historische Gegebenheiten auferlegen lassen (wobei vielfach der musikalische Wert alten Pfeifenmaterials nicht erkannt wird), sondern suchen Vielfältigkeit, um jede Musik jeder Epoche spielen zu können. Der stille Charme süddeutscher Barockinstrumente bleibt dabei zumeist auf der Strecke ...

Für die Fachleute, Orgelbauer, Organologen und Kirchenmusiker ist dieses Buch daher eher eine Dokumentation von Orgelschicksalen. Viel stärker angesprochen sind die interessierten Laien: Allein der kunstgeschichtliche Wert der einzigartigen, großen Farbbildungen rechtfertigt den verhältnismäßig hohen Preis vollauf. Es bereitet immer wieder Vergnügen, diese in ihrer Verschiedenheit faszinierenden Orgelprospekte anzuschauen und damit dem Wunsch des Herausgebers im Vorwort zu entsprechen: »... Wert und Wertschätzung der Orgel als dem vornehmsten Musikinstrument stärker ins Bewußtsein zu rücken, damit sie in Kirche und Kultur (Württembergs, Anm. d. Rez.) wieder jenen Rang erhält, der dem geistigen Gewicht ihres Wesens, ihrer Geschichte und ihrer Literatur entspricht.« – Ein äußerst empfehlenswerter Bildband!

*B. Goethe*

Ulrich Gräf: Kunst- und Kulturdenkmale im Kreis Ludwigsburg. Fotos von Rose Hajdu. Stuttgart: Theiss 1986. 327 S., 210 Abb.

Ein ähnlicher Band, wie er jetzt über den Kreis Ludwigsburg vorliegt, ist 1979 im selben Verlag über den Kreis Schwäbisch Hall erschienen. Allerdings schloß dieser – inzwischen längst vergriffen und einer Neuauflage harrend – auch das Thema »Archäologie« mit ein. Wie beim Haller Band kommt auch in dem Ludwigsburger Handbuch der Bebilderung eine ungewöhnliche Bedeutung zu: ihr Umfang übertrifft denjenigen des Textteils bei weitem, ihre Qualität ist durchweg vorzüglich. Wieder einmal hat es sich ausbezahlt, nicht auf vorhandenes Bildmaterial zurückzugreifen, sondern eine durchgängige Neuauflage anzufertigen. Vielfältig wie die Geschichte des Landkreises Ludwigsburg, im Herzen Württembergs und im Zentrum des mittleren Neckarraumes gelegen, präsentiert sich auch sein reicher Bestand an Bau- und Kunstdenkmälern. Erstaunlich groß ist dabei die Zahl der Burgen und Schlösser des niederen Adels, in denen sich kostbare Schätze an Malereien, Meublement und Sammlungen verbergen. Unter den Sakralbauten nehmen die ehemalige Frauenstiftskirche in Oberstenfeld und die Alexanderkirche in Marbach am Neckar Sonderstellungen ein. Die bürgerliche Architektur in den Städten und Gemeinden wird seit dem 15. Jahrhundert vom Fachwerkbau geprägt, der seinen Höhepunkt in so singulären Schöpfungen wie dem Hornmoldhaus in Bietigheim und dem Rathaus in Markgröningen erreicht. In europäische Dimensionen wächst der Denkmälerbestand des Kreises Ludwigsburg mit den Schloßbauten Herzog Eberhard Ludwigs und seiner Nachfolger hinein, die der 2. Residenzstadt Württembergs den Ruf einer der glanzvollsten Hofhaltungen des Kontinents einbrachten.

*M. Akermann*

## 9. Literatur, Musik

Literatur im deutschen Südwesten. Hrsg. von Bernhard Zeller und Walter Scheffler. Stuttgart: Theiss 1987. 389 S., Abb.

Das nach Inhalt und Ausstattung vorzügliche Buch geht auf eine Sendereihe des Südwestfunks und des Süddeutschen Rundfunks zurück. Es ist keine Literaturgeschichte Südwest-

deutschlands, kein vollständiges und geschlossenes Kompendium. Es reiht chronologisch, aber ohne systematischen Zwang 26 selbständige Studien zur Literatur im deutschen Südwesten vom Humanismus des 15. Jahrhunderts bis in die Gegenwart. Fragestellungen und Methoden wechseln nach den Vorlieben der beteiligten Literaturwissenschaftler, wobei die Kultur- und Geistesgeschichte ebenso zum Zuge kommt wie die Literatursoziologie und Rezeptionsgeschichte. Neben den Portraits der großen Dichter und Schriftsteller, die in einer solchen Sammlung nicht fehlen dürfen (Grimmelshausen, Wieland, Schubart, Schiller, Hölderlin, Hebel, Uhland, Hauff, Mörike, Scheffel, Hesse), findet man ausgezeichnete Quer- und Längsschnitte. Genannt seien die Beiträge von Bernhard Zeller »Literatur und Geselligkeit« und »Politik und Dichtung«, von Dorothea Kuhn »Italiensehnsucht«, von Otto Borst »Bestseller«, von Hermann Bausinger »Dialektdichtung«. Gewiß, alle Wünsche wollen und können die Herausgeber nicht erfüllen. Man vermißt z. B. Christian Wagner oder, um einen Schriftsteller aus Baden zu nennen, dem immerhin der Insel-Verlag jüngst eine Werkausgabe in 10 Bänden gewidmet hat, Reinhold Schneider – darf er fehlen, wenn René Schickele und Alfred Mombert mit einem Kapitel »Verfolgung und Exil« gewürdigt werden?

Dennoch, auf ein solches Buch hat man gewartet. Es ist anregend und macht Lust zu lesen, wiederzulesen und neu zu entdecken.

*E. Göpfert*

Eberhard Wagner: Das fränkische Dialektbuch. Mit einem Beitrag von Reinhard Rascher. München: Beck 1987. 264 S., 7 Abb., 5 Ktn.

Ein Leitfaden durch den fränkischen Dialekt will dieses Buch sein, wie sein Autor im Vorwort sagt. Wagner analysiert diesen Dialekt mit seinen regionalen Unterschieden, wobei er den Leser in die fränkische Grammatik und den fränkischen Satzbau einführt. Daneben untersucht der Verfasser, wo und von wem dieser Dialekt gesprochen wird und wertet kritisch die Dichter, die sich in fränkischer Mundart mitteilen – vom Nürnberger Johann Konrad Grübel bis hin zu Hohenlohern wie Haag, Wieland oder Hampele. Ein dreigeteiltes Register trennt Sprachliches von aufgeführten Personen und Literarischem.

*E. Pastor*

Rosemarie Moor: Der Pfaffe mit der Schnur. Fallstudie eines Märes. (= Europäische Hochschulschriften, Reihe I: Deutsche Sprache und Literatur, Bd. 945). Bern u. a.: Lang 1986. IX, 337 S., 4 Abb., 27 Ktn.

Die hübsche junge Bauersfrau bindet sich eine Schnur um die Zehe. Daran soll der liebeslüsterne Geistliche ziehen, wenn er nächstens zu verbotenem Treiben in das Haus einschleichen will. Aber der Ehemann wacht schon vorher auf und entdeckt die Machenschaft. Der Eindringling darf froh sein, im Schutz der Dunkelheit unerkannt entwischen zu können. Und doch siegen zuletzt weibliche List und Pfaffenrüg: Da er keine Beweise hat, muß der Bauer die im jähen Zorn verstoßene Frau wieder aufnehmen und am Ende gar noch als »Unsinniger« den Exorzismus eben jenes Klerikers erdulden, der seinen Ehefrieden stören wollte. Dieses im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit verbreitete, von Boccaccio wie von Hans Sachs verwertete Motiv tauchte im 15. Jahrhundert auch in der literarischen Einkleidung des deutschen »Märes« auf. Eine der vier überlieferten Handschriften (Cod. Karlsruhe 408) wird in der vorliegenden Basler Dissertation aufgrund eingehender sprachgeographischer Analyse dem Raum Schwäbisch Hall zugeordnet. Ausgehend von der Entstehungszeit um 1430 wird auch – ohne die Frage zu entscheiden – eine Urheberschaft des Haller Stadtschreibers Konrad Heiden in Betracht gezogen. In ihm hat schon Friedrich Pietsch, ebenfalls ohne endgültigen Nachweis, den Verfasser eines bekannten Rechtsbuches, des 1516 von Sebastian Brant im Druck herausgegebenen »Richterlich Klagspiegels«, vermutet. – Wie für das 16. Jahrhundert die Namen Spreng (Augsburg) und Ayrer (Nürnberg) belegen, haben Stadtschreiber und Notare nicht selten als Literaten bzw. Übersetzer gewirkt; von seinem Metier her käme Heiden also durchaus in Frage, auch wenn einschlä-

gige Texte aus seiner Hand bislang nicht nachgewiesen sind. Der Fall »Heiden« sollte auch künftig aufmerksam verfolgt werden. Nach den jüngsten Anstößen von archivari-scher, rechtshistorischer und nun auch philologischer Seite wäre jetzt wohl die Paläogra-  
*R. J. Weber*

## 10. Volkskunde

Walter Hampele: Dorfleben und Brauchtum im Jahreslauf. Erinnerungen eines Hohenloher Bauernbuben (= Zeugnisse aus Hohenlohes Vergangenheit, Bd. 1). Schwäbisch Hall: Mahl 1987. 55 S., Abb.

Walter Hampele, Oberstudiendirektor in Schwäbisch Hall, engagierter Streiter für die Bewahrung der Hohenloher Mundart, gebürtiger Bauernsohn aus Westheim, eröffnet eine vom Hohenloher Freilandmuseum Schwäbisch Hall-Wackershofen begründete neue Veröffentlichungsreihe. Deren Konzeption zeigt der Leiter des Museums, Dr. Heinrich Mehl, in einem ausführlichen »Nachwort« auf. Er begründet darin die Notwendigkeit einer intensiven »Feld- und Archivforschung«, die der »Planung und dem Aufbau eines Freilichtmuseums bäuerlicher Kulturdenkmäler« vorausgehen müsse. Dazu gehört auch die Aktivierung des Erinnerungsvermögens von Menschen, die in den ländlichen Raum hineingeboren wurden und sich bis heute der bäuerlichen Lebens- und Arbeitswelt verbunden fühlen. Kaum jemand wäre besser geeignet als Walter Hampele, um uns eine Vorstellung vom Leben und Schaffen in einem fränkischen Bauerndorf in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts zu vermitteln. Am Beispiel seiner Heimatgemeinde Westheim berichtet er plastisch und mit der Liebe zum Detail über den Tageslauf der Bauern, Handwerker und Arbeiter, der Knechte, Mägde und Tagelöhner in diesem Dorf am Fuß der Limpurger Berge. Er fügt dieses tägliche Geschehen in den Ablauf eines Jahres ein, erinnert sich an die Spiele der Kinder, die Streiche der Jugendlichen, die Feste der Erwachsenen, das bis zum 2. Weltkrieg noch lebendige Brauchtum und an viele Einzelheiten, die inzwischen längst in Vergessenheit geraten sind. Hamepele Buch leistet einen kaum zu überschätzenden Beitrag zur Überlieferung exemplarischer Zeugnisse Hohenloher Volkskultur, zumal das Beispiel Westheim sich auf weite Teile Württembergisch Frankens übertragen läßt.  
*M. Akermann*

Walter Hampele: Fer nix un widder nix. Gedichte in hohenlohisch-fränkischer Mundart. Gerabronn: Hohenloher Druck- und Verlagshaus 1987. 88 S.

Mit seinem vierten Gedichtband seit 1980 stellt sich Walter Hampele endgültig in die vorderste Reihe der Lyriker, die sich der Pflege der hohenlohisch-fränkischen Mundart verschrieben haben. Er darf also getrost neben Gottlob Haag und Dieter Wieland genannt werden. Hampele nimmt seine Themen mit Vorliebe aus den Lebensbereichen der einfachen Leute dieses Landes. Ein feiner Humor zieht sich durch seine Verse, manchmal, wie etwa in der »Familiabolidigg«, mit hintergründiger Kritik verwoben. Trefflich gelingt ihm das mit wenigen Strichen hingetupfte Bild der Monatsfolge; alles Überflüssige ist weggelassen, so daß »das Wesentliche mit klaren Konturen aufscheint«.  
*M. Akermann*

Herbert und Elke Schwedt: Schwäbische Bräuche. Stuttgart u. a.: Kohlhammer 1984. 160 S., 72 Abb.

Solange es Menschen auf der Erde gibt, solange gibt es auch Bräuche. Sie unterliegen wie die Menschen selber der Veränderung. Es kommt vor, daß sie von Ort zu Ort oder von Termin zu Termin wandern. Auch in der heutigen Zeit ist das so. Tradition und Gemeinschaft, modern ausgedrückt: die zeitliche und die soziale Stabilität sind für Bräu-

che bestimmend. Eine funktionale und eine strukturelle Dimension fügen Herbert und Elke Schwedt dem hinzu. Außerdem spielt die Geschichtlichkeit bei Bräuchen eine Rolle. Träger und Trägergruppen sind heute vielfach die Vereine.

Um der Übersichtlichkeit willen teilen die Autoren die Bräuche nach dem Jahres- und dem Lebenslauf ein. Sie beginnen mit Martini und dem Nikolaustag, wobei der Pelzmärl und der Nikolaus wie auch der Weihnachtsmann auswechselbar sind. Den Adventsbräuchen folgen die Weihnachtsbräuche. Und so geht es weiter bis zur Kirchweih. Die Bräuche im Lebenslauf beginnen mit der Geburt und der Taufe und enden mit Tod und Begräbnis. Interessant an der Darstellung ist es, daß die Bräuche bis in die unmittelbare Gegenwart verfolgt werden.

*H.-J. König*

Wolfgang Staiger (Fotogr.). Text von Heidi-Barbara Kloos: Mit Schippe, Pferch und Karren. Ein Wanderschäfer auf der Schwäbischen Alb. Stuttgart: Theiss 1983. 104 S., 70 Farbtaf.

Kaum ein Beruf ist immer wieder so zur Idylle verklärt worden wie der des Schäfers, und mancher zivilisationsmüde Städter hat sein Heil bei Hirten und Schafen gesucht. Wie es bei einem Schäfer wirklich zugeht, wie hart und karg dieses Leben ist, wie viel Wissen und Können nötig sind, um in diesem Beruf sein Auskommen zu finden, davon berichten die Autoren, eine Redakteurin des Süddeutschen Rundfunks und ein Fotograf. Sie haben den Schäfer Hans Schurr im Spätherbst bei seiner Wanderung über die Ulmer Alb zur Winterweide ins mildere Oberschwaben begleitet und festgehalten, was sie dabei gesehen, gehört und gelernt haben. Der Alltag des Schäfers wird ebenso einfühlsam notiert wie das bewegende Natur- und Landschaftserlebnis.

*E. Göpfert*

Volkkultur und Heimat. Festschrift für Josef Dünninger zum 80. Geburtstag. Hrsg. von Dieter Harmening und Erich Wimmer. (= Quellen und Forschungen zur Europäischen Ethnologie, 3). Würzburg: Königshausen und Neumann 1986. 449 S.

Der 3. Band der Reihe »Quellen und Forschungen zur Europäischen Ethnologie« wurde Josef Dünninger als Festschrift zum 80. Geburtstag am 8. Juli 1985 gewidmet. Er enthält 28 Aufsätze, die sich mit der Volkultur und der Heimat beschäftigen. Dabei geht es, wie es im Vorwort heißt, um theoretisch-systematische Beiträge zum Heimatbegriff und zur regionalen Kulturforschung, um wissenschaftshistorische und biographische Studien, Realienforschung zu Haus und Hof, Bildstöcken und ländlichem Handwerk, sozialgeschichtliche Untersuchungen über Mobilität und Auswanderungen, über landwirtschaftliche Lohnarbeit und sozialhistorische Quellen, um Mundartforschung und -dichtung und frömmigkeitsgeschichtliche Untersuchungen zur Heiligenverehrung und zum Wallfahrtswesen. Für unser Vereinsgebiet ist vor allem der Aufsatz von Heinrich Mehl über »Die Rößlerlegende—Möbelforschung in Hohenlohe« von großem Interesse, auch wenn der Autor ihn nur als »Zwischenbericht« bezeichnet.

*H.-J. König*

## 11. Biographien. Familiengeschichte

Gerd Wunder: Personendenkmale der Michaelskirche in Schwäbisch Hall. Schwäbisch Hall: Haller Tagblatt 1987. 125 S., Abb.

Gerd Wunder, der Mann, dem die Stadt Schwäbisch Hall die profundesten Beiträge zur Aufhellung ihrer Geschichte verdankt, hat in jahrelanger Arbeit die Reihe der im Innenraum und am Außenbau der Michaelskirche erhaltenen Personendenkmale auf ihre genealogische Aussagekraft geprüft und das Ergebnis dieser Forschungsarbeit in den Jahren 1984 und 1985 in der Beilage des Haller Tagblatts »Der Haalquell« veröffentlicht. Die insgesamt 132 Gedenksteine, Grabmäler, Epitaphien, Bilder, Totenschilder und Inschriften stellen eine

einzigartige Quelle zur Haller Personengeschichte vom 14. bis in das 20. Jahrhundert dar, zumal der Verfasser die meisten der durch die Denkmale geehrten Persönlichkeiten und deren familiäres, gesellschaftliches und berufliches Umfeld – wo es die Quellenlage erlaubt – in erschöpfender Weise behandelt. Der hohen Bedeutung dieser Arbeit Rechnung tragend, war von Anfang an beabsichtigt, sie in der Form einer eigenständigen Veröffentlichung herauszugeben. Damit war auch die Möglichkeit geboten, so gut wie alle der in und an St. Michael überkommenen Personendenkmale im Bild zu publizieren. So gewinnt man einmal einen Eindruck von dem derzeitigen Zustand des Kunstwerks, was vor allem für etwa notwendige Erhaltungs- und Konservierungsmaßnahmen an den am Außenbau aufgestellten Bildwerken wichtig erscheint. Zum andern gestattet es diese Fotodokumentation erstmals, die künstlerische und ikonographische Bedeutung der bisher weitgehend unbeachtet gebliebenen Personendenkmale zu erkennen. Es ist zu hoffen, daß die Bildwerke auch unter diesen Gesichtspunkten in absehbarer Zeit wissenschaftlich bearbeitet werden. *M. Akermann*

Erst nachträglich ist zu meiner Kenntnis gelangt, daß in meinem Manuskript wie im Zeitungsabdruck bei Nr. 28 der untere Teil der Inschrift des Epitaphs Regulus Villingen fehlt. Es ist zu ergänzen:

S. 19 rechte Spalte ab Zeile 11:

»... viventes necnon Joannes Doct. Pauli filius unicus Labaci degens: hocce monumentum debiti amoris et honoris ergo posuere ipso S. Joannis Evang. die XXVII Decemb. Anno Christi MDCXVII.« (... und Johannes, der einzige Sohn von Doktor Paul, in Laibach lebend, dieses Denkmal schuldiger Liebe und Ehre gesetzt am Tag des Evangelisten Johannes, dem 27. Dezember 1617).

Darunter steht ein Spruch aus Augustins »Gottesstaat«: »Sepulcrorum memoria magis vivorum est consolatio quam utilitas defunctorum:« (Die Erinnerung der Grabmäler ist eher ein Trost für die Lebenden als ein Nutzen für die Toten).

Unter den Bildern und am unteren Rand der Tafel folgen noch Zitate lateinischer Klassiker, im linken Bild klein der Hinweis auf den Maler: Johann Dentzel zu Ulm malte dies 1617.

*G. Wunder*

Bosls Bayerische Biographie. 8000 Persönlichkeiten aus 15 Jahrhunderten. Hrsg. von Karl Bosl. Regensburg: Pustet 1983. XVI, 918 S., Nachtrag u. Ortsregister

Dieses Lexikon stellt in kurzen, für die erste Information ausreichenden Biographien über 8000 Personen vor, die entweder aus Bayern stammen oder in Bayern politisch, kulturell, geistig tätig gewesen sind. Erfasst werden alle Regionen des Freistaats, also Altbayern, Schwaben und Franken. Zuverlässig wird über Lebensdaten, Lebensorte, Herkunft, Ausbildung, berufliche Stationen und Positionen, Leistungen und Werke Auskunft gegeben. Literaturangaben helfen dem Interessierten weiter. *E. Göpfert*

Friedrich Berber: Zwischen Macht und Gewissen. Lebenserinnerungen. Hrsg. von Ingrid Strauß. München: Beck 1986. 239 S.

Friedrich Berber (1898–1984) lehrte öffentliches Recht und Völkerrecht zunächst in Berlin und Hamburg, nach dem Krieg dann für mehrere Jahrzehnte in München. Sein Völkerrechts-Lehrbuch gehört zu den maßgebenden Standardwerken unserer Zeit. Als religiös und humanitär, pazifistisch und – im guten Sinne – patriotisch bewegter Mensch gehörte Berber zu jenen Deutschen, die glaubten, auch unter der Diktatur ausharren und wirken zu müssen, um das Schlimmste zu verhindern. Dieses Bestreben brachte ihn zeitweise in Berührung mit führenden Repräsentanten des Regimes – Kontakte, die den zweifellos in lauterster Absicht handelnden und über jeden Verdacht der Komplizenschaft erhabenen Mann später bei Uneingeweihten oder oberflächlich Urteilenden in einem Zwielficht erscheinen ließen. So ist ein zentrales Anliegen dieser postum veröffentlichten Memoiren die Aufklärung, in gewisser Weise wohl auch Rechtfertigung. Das Risiko des Mißbrauchs an sich gut gemeinter

Aktionen war in der menschenverachtenden Diktatur hoch, und die idealistisch gesonnenen Initiatoren konnten sich unversehens in einer tragischen Verstrickung wiederfinden. So diente die von Berger über befreundete Quäkerkreise vermittelte Reise des angesehenen englischen Historikers Toynbee in das um internationale Anerkennung bühnende Nazi-Deutschland letztlich nicht dem Frieden. Von Hitler geschickt ausgenutzt, trug sie vielmehr zur Verschleierung seiner wahren Absichten und zur Einschläferung der Weltöffentlichkeit bei. Erst ganz am Ende des Krieges, als sich vor dem nahen Zusammenbruch einzelne nervös gewordene NS-Größen zu »humanitären« Zugeständnissen bequemen wollten, bekamen Bergers Intentionen eine gewisse Realisierungschance. Zusammen mit neutralen Vermittlern in der Schweiz (Carl Jacob Burckhardt, Max Huber) suchte er sie in seiner berühmten Genfer Mission zu nutzen.

Der international bekannte, eine Person der Zeitgeschichte darstellende Berber hatte übrigens eine – zwar nur private und episodenhafte, für seine Persönlichkeitsentwicklung aber doch nicht unwesentliche – Beziehung zu der alten Salzstadt am Kocher. Als Sohn eines häufig versetzten Methodisten-Predigers besuchte er von 1910 bis 1914 das Haller Realgymnasium. Noch im Alter fühlte er sich mit der Stadt verwachsen, und er erinnerte sich gern der »ernsten (Schul-)Kameraden« aus der Hahnshen Gemeinschaft und der – namentlich erwähnten – »gütigen klugen Lehrer«. Beim Bibelstudium auf dem Friedensberg hatte er als Dreizehnjähriger jenes Erweckungserlebnis, das ihn zum tätigen christlichen Bekenntnis im Dienst an der Gerechtigkeit wies und damit seinen künftigen Weg zum Rechtslehrer vorzeichnete.

*R.J. Weber*

Wilhelm Joseph Behr. Dokumentation zu Leben und Werk eines Würzburger Demokraten. Hrsg. von Ulrich Wagner. (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Würzburg, Bd. 1). Würzburg: Schöningh 1985. 211 S., 27 Abb.

1835 verurteilte das Appellationsgericht Landshut den Würzburger Ersten »rechtskundigen« Bürgermeister und ehemaligen Professor Wilhelm Joseph Behr (1775–1851) wegen versuchten Hochverrats und Majestätsbeleidigung. Damit gipfelte die Repression freiheitlicher Kräfte in Mainfranken nach der französischen Juli-Revolution in einem ganz Deutschland erregenden Akt politischer Justiz. Den 150. Jahrestag dieser Verurteilung hat die Stadt Würzburg zum Anlaß für eine Archivausstellung genommen. Der begleitende Sammelband enthält neben Quellenstücken, die den Prozeß beleuchten, Aufsätze über Behrs Leben (Ulrich Wagner), sein – ursprünglich gutes – Verhältnis zu Ludwig I. und den späteren Konflikt (Walter Ziegler) sowie über die philosophischen Grundlagen seiner Staatslehre (Franz Träger). Der gut illustrierte, schmale Band überrascht durch seinen Gehalt. Er bietet ein im wesentlichen abgerundetes und über weite Strecken tiefdringendes Bild vom Leben und Charakter und von der politischen Tätigkeit Behrs. Leider fehlt ein Beitrag von berufener rechtsgeschichtlicher Hand; so kommt der Jurist und Staatslehrer Behr zu kurz. Über das Personengeschichtliche hinaus eignet sich das Werk auch als Einführung in die Geschichte der freiheitlichen Bewegung um 1830 in Unterfranken und zumal in Würzburg als dem »Hauptsitz der Ultraliberalität« (Ludwig I.).

Behr war, und diese Klarstellung ist ein wesentliches Verdienst gerade der vorliegenden Schrift, nicht einfach ein »früher Liberaler«. Sein Leben bezeichnet vielmehr den weiten Bogen, der geistesgeschichtlich von der späten Aufklärung zur Mitte des 19. Jahrhunderts und politisch-staatsrechtlich vom Ende des Alten Reiches bis zur 48er-Revolution führt. Behr, der als betagter und schon gebrechlicher Mann noch an der Paulskirchen-Versammlung teilnahm, hat als Göttinger Student bei Pütter und Schlözer Reichsgeschichte und Reichsstaatsrecht gehört. Als geistig im 18. Jahrhundert wurzelnder Mann teilte er mit dem aus dem benachbarten württembergischen Franken stammenden und ebenfalls in der Zeit der Juli-Revolution politisch wirkenden Karl Friedrich Hufnagel (1788–1848) manche Gemeinsamkeiten. Hier wie dort trat bei überzeugtem Eintreten für den Verfassungsgedanken das (deutsch-) nationale Element zurück; und bei beiden meldete sich die aufklärerische

Skepsis gegenüber dem sich entwickelnden modernen Parlamentarismus zu Wort. Unterschiedliche Persönlichkeitsstruktur und ein anders gelagertes politisches Umfeld führten jedoch zu diametral entgegengesetzten Lebensschicksalen. Während der aufklärerische Dogmatismus bei dem Haller Hufnagel durch Realismus und Beweglichkeit gemildert wurde, so daß er als Zentrist politisch unangefochten und im Rahmen des Möglichen sogar erfolgreich wirken konnte, war Behr ein ungleich härteres Los beschieden. Rigoristisches Denken und ungeschicktes Handeln führten hier in Verbindung mit einer weniger glücklichen Zeitsituation zur Vernichtung der beruflichen und politischen Existenz, für die auch die spätere Rehabilitierung nach 1848 nicht mehr zu entschädigen vermochte. Gerade seine Märtyrerrolle sichert Behr aber die Aufmerksamkeit der ihre Anfänge im vorigen Jahrhundert suchenden, modernen liberalen Demokratie.

*R. J. Weber*

Charlotte Hofmann-Hege: Eine goldene Spur. Erinnerungen an Hans Hege. Heilbronn: Salzer 1984. 215 S.

»Eine goldene Spur« zu finden, das ist es, was sich wohl jeder Leser wünscht, wenn er die »Erinnerungen« Hofmann-Heges liest. Ziel der Autorin ist es, Hans Heges Leben zu erzählen, aus dem der Leser im besten (bildungs-)bürgerlich-konservativen Sinne Lebenshilfe ziehen soll.

Der Autorin geht es um das private Leben Heges, seine Verdienste um die Landwirtschaft, speziell um die Heimvolkshochschule Hohebuch. Die Beschreibung beginnt mit den ärmlichen Verhältnissen in Heges Elternhaus in Breitenau bei Löwenstein und endet mit seinem Lebensabend und Tod in Hohebuch.

Jeder naive Leser wünscht sich sicherlich aus der Lektüre der Biographie Antwort auf verschiedene Fragen: Was für eine Persönlichkeit war Hege? Worin bestanden seine Verdienste um Politik und Gesellschaft? Welche Rolle spielte er im Wirtschaftsleben nach 1945? Leider sind diese Fragen am Ende des Buches einseitig oder gar nicht beantwortet und stellen sich deshalb um so drängender.

Als Tochter des Portraitierten ist es für die Verfasserin ohne Frage nicht einfach, eine gesunde Distanz zum Geschilderten einzunehmen. In geradezu nostalgischen Rückblicken stellt sie die Person Heges auf eine rührende, bisweilen anrührende Art dar, ohne dabei allzu oft über die persönliche Ebene hinauszugehen und das sozialgeschichtliche Umfeld miteinzubeziehen. Schwerfällig auch der parataktische Stil mit seinen gekünstelten Dialogen: »Sie möchten mit mir über Hans reden?« »Ja, Sie wissen, daß er inzwischen in der letzten Klasse angekommen ist.« Peinlich die naiv-idyllisierenden Darstellungen modernen Arbeitslebens: »Hei, wie die Funken sprühten, die Stanzmaschinen liefen, die Bohrer knatterten!« Hier wie auch in der Beschreibung des Alltagslebens des kleinen Mannes verfällt die Autorin einer unreflektierten falschen Idyllisierung, die das Leben Heges in seiner Zeit nicht erhellt, sondern verklärt. Hinzu kommt ein beinahe moralisierender Grundzug, wenn etwa auf die Religiosität und die Strebsamkeit Heges abgehoben wird. Schade, denn letztere Wechselbeziehung hätte sich für eine tiefergehende Analyse angeboten, die charakteristische Züge nicht nur dieses Mannes, sondern Menschen unseres Landstrichs überhaupt erklären könnte. Was dem Leser stattdessen bleibt, ist eine unbestimmte Ahnung, aber keine »goldene Spur«, vom Charisma und den Verdiensten dieses Mannes – Verklärung also statt Erklärung und Aufklärung.

*G. Kugler*

Hermann Heimerich: Lebenserinnerungen eines Mannheimer Oberbürgermeisters. (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Mannheim, Bd. 7). Stuttgart u.a.: Kohlhammer 1981. 82 S., 17 Abb.

1955 begann Hermann Heimerich, der erste sozialdemokratische Oberbürgermeister der Stadt Mannheim, der dieses Amt von 1928 bis 1933 und 1949 bis 1955 innehatte, seine Lebenserinnerungen niederzuschreiben, die nun in überarbeiteter Form vorliegen. Es ist weder eine übertriebene Selbstdarstellung, noch eine Abrechnung mit den Nationalsoziali-



sten, die ihn 1933 absetzten, in »Schutzhaft« nahmen und ihn zwangen, eine neue Existenz aufzubauen, sondern eine knappe Darstellung seiner Jugend als Sohn eines höheren Justizbeamten im bayerischen Staatsdienst, seines Wegs zur SPD und seines kommunalpolitischen Aufstiegs, der ihn über Nürnberg und Kiel an die Spitze der Stadt Mannheim brachte, sowie den Problemen, die sich Großstädten im 1. Weltkrieg und in der Weimarer Republik stellten.

*O. Windmüller*

Walter Arnold: Fritz H. Lamparter: Friedrich Wilhelm Raiffeisen · Einer für alle – alle für einen. Neuhausen-Stuttgart: Hänssler 1985. 209 S., zahlr. Abb.

Mit »behutsamer dichterischer Freiheit« – erfundenen Dialogen und Szenenbeschreibungen – vermittelt der Autor (F. H. Lamparter) ein anschauliches und spannend zu lesendes Wirkungs- und Charakterbild Raiffeisens. (Obwohl im Westerwald aufgewachsen, fühlte sich Raiffeisen mit Hohenlohe-Franken eng verbunden. Sein Großvater wirkte vierzig Jahre als Pfarrer in Mittelfischach, sein Vater wurde dort geboren.)

Als Bürgermeister verschiedener Landgemeinden des Westerwaldes – einer verarmten und weitgehend vernachlässigten Region – wurde Raiffeisen Zeuge menschlichen Elends und einer verbreiteten Hoffnungslosigkeit. Prägend waren vor allem seine Erfahrungen mit dem von den Behörden hingenommenen Wucherwesen, das zahlreiche Landsleute in den Ruin trieb. Nach seiner Milieubeschreibung schildert der Verf. Raiffeisens von tiefer protestantisch-pietistischer Frömmigkeit – ihr ist ein eigener Abschnitt gewidmet – bestimmten Bemühungen um eine bäuerliche Selbsthilfe. Aus Erfahrungen mit karitativ geprägten Hilfs- und Wohltätigkeitsvereinen erwuchs ihm die Idee ländlicher Genossenschaften, wie sie die 1862ff. im Raum Neuwied errichteten Darlehenskassenvereine schließlich repräsentierten. 1866 veröffentlichte Raiffeisen – er hatte inzwischen wegen eines Augenleidens seine Bürgermeistertätigkeit aufgeben müssen – die Summe seiner Erfahrungen. (»Die Darlehenskassenvereine als Mittel zur Abhilfe der Not der ländlichen Bevölkerung ...«)

Lamparter behandelt anschließend die Phase der Durchsetzung und Verbreitung dieser Idee, aber auch den »Systemstreit« mit Schulze-Delitzsch. Sein Abschlußkapitel (»Raiffeisen weltweit«) ist nicht nur eine Wirkungsgeschichte bis zur Gegenwart, sondern auch ein engagiertes Plädoyer für das Genossenschaftsprinzip als Modell (nicht nur) für die Dritte Welt.

Der mit zahlreichen Abbildungen, einem Familienstammbaum sowie einer Zeittafel versehene Band bietet zudem ein Sach-, Personen-, Orts- und Bibelstellenregister. Geschrieben für ein breites Publikum, sollte er namentlich im ländlichen Raum auf Interesse stoßen. Auch die heutigen Raiffeisenbanken württembergisch-Frankens – sie entstanden mehrheitlich während einer Gründungselle vor einhundert Jahren – verdanken ihre Existenz dem segensreichen Wirken Raiffeisens.

*H. P. Müller*

Ludwig Uhland 1787–1862. Dichter, Germanist, Politiker. Bearb. von Walter Scheffler und Albrecht Bergold. Mit einer Bibliographie von Monika Waldmüller. (= Marbacher Magazin 42/1987). Stuttgart-Bad Cannstatt 1987: Cantz. 95 S., Abb.

Dieses Marbacher Magazin erinnert an den 200. Geburtstag Ludwig Uhlands. Er war der populärste deutsche Dichter des 19. Jahrhunderts, geachtet und verehrt als Poet und aufrechter Volksvertreter. Übrigens wurde er 1852 zum Ehrenmitglied unseres Vereins gewählt. Das Magazin charakterisiert Person und Werk im Urteil der Zeitgenossen. Den einführenden Aufsatz »Erbschaft mit Widersprüchen. Ludwig Uhland im bürgerlichen Zeitalter« hat der Tübinger Literaturwissenschaftler Gerd Ueding geschrieben. Als Beilage haben die Herausgeber eine Illustration zur Ballade »Der Überfall im Wildbad« ausgewählt.

*E. Göpfert*

Friedrich Winterhager: Wilhelm Zimmermann. Ein schwäbischer Pfarrer als Historiker des Bauernkrieges. Würzburg: Königshausen und Neumann 1986. 82 S.

Entstanden ist diese biographische Skizze als Nebenprodukt einer langjährigen Beschäftigung mit der Bauernkriegsforschung. Der Autor hat die wichtigsten Fakten zu einer Biographie Wilhelm Zimmermanns zusammengetragen. Sie werden hier knapp und übersichtlich dargeboten, um damit zu einer Beschäftigung mit Leben und Werk dieses vielseitigen schwäbischen Pfarrers anzuregen. Zimmermann hatte das Zeug zu einem tüchtigen Gemeindepfarrer, aber seine bleibende Leistung erwarb er sich als Historiker, sein Werk über den Bauernkrieg wurde bis in die Gegenwart gedruckt und gelesen, es war zu einem Standardwerk geworden. Er arbeitete auch als Philologe und verfaßte Gedichte, hier aber war er nur wenig erfolgreich. Während der Revolution von 1848 war Zimmermann Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung. Er hatte sich um den Wahlkreis Schwäbisch Hall beworben. Als glänzender Volksredner gewann er das Mandat mit großer Mehrheit. In der Nationalversammlung gehörte er zur Linken. Seine Rede für eine freie Kirche in einem freien Staat und gegen das Erbkaisertum fand große Beachtung. Aber zum Politiker fehlte ihm Zähigkeit und Durchsetzungsvermögen. Nach dem Scheitern der Revolution wurde er zunächst in den Ruhestand versetzt. Dann trat er wieder in den Pfarrdienst ein, den er an verschiedenen Orten bis zu seinem Tode 1878 versah. *A. Zieger*

## 12. Allgemeine Stadtgeschichte

Hartmut Boockmann: Die Stadt im späten Mittelalter. München: Beck 1986. 357 S., 521 Abb.

Mit diesem Buch läßt Boockmann zu einem exemplarischen Spaziergang durch eine idealtypische Stadt im Spätmittelalter ein, die er aus den Zeugnissen dieser Zeit zusammengefügt hat. Im Mittelpunkt seines Bemühens steht dabei das Bild. Es ist nicht Illustration des Textes, sondern Kern des Buches. Die Worte sollen die Bilder nur erschließen helfen, eine Brücke von Bild zu Bild herstellen. Die Bilder werden bewußt in ihrer heutigen Umgebung gelassen, neben einem mittelalterlichen Spital steht eine Tankstelle. Sie werden nicht als Kunstwerke vorgestellt, sondern in ihrer zeitlichen Funktion gesehen. Deshalb können nur Auskünfte über städtische Dinge gegeben werden, die im Bild faßbar sind. Oft lenkt der Verfasser bewußt die Aufmerksamkeit des Betrachters auf das scheinbar Nebensächliche, auf die Randbereiche des Bildes, weil die Maler dort aufschlußreich vom Leben ihrer Zeit berichten. So wird in 26 Kapiteln städtisches Leben und Kultur umfassend vor Augen geführt. Als Kriterium für die räumliche Abgrenzung gilt, daß alle Städte, die von deutscher Kultur geprägt worden sind, einbezogen werden. Die zeitliche Abgrenzung zum Hochmittelalter ist fließend, zur Neuzeit hin gilt die Reformation als obere Grenze. Die Quellen bevorzugen zwar die Reichen, die sich im Bild darstellen konnten, der nicht erreichbare Ausgleich zu den andern Schichten der Bevölkerung schmälert aber nicht den Wert des Buches. Auch hat der Verfasser die Bilder nicht auf eine Interpretationsmöglichkeit festgelegt. So ist ein sehenswertes Buch entstanden, das über das Medium Bild eine vergangene Welt wieder sichtbar macht. *A. Zieger*

Stellung und Wirksamkeit der Bettelorden in der städtischen Gesellschaft. Hrsg. von Kaspar Elm. (= Berliner Historische Studien, Bd. 3: Ordensstudien II). Berlin: Duncker und Humblot 1981. 158 S.

Mittelalterliche Stadtgeschichte und Ordensgeschichte waren in den letzten Jahren Forschungsschwerpunkte. Im Rahmen dieser Aktivitäten veranstaltete das Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin ein Kolloquium über die Stellung und Wirksamkeit der Bettelorden in der städtischen Gesellschaft des Spätmittelalters. Der vorliegende Band

enthält sechs Aufsätze, die 1977 in Berlin als Vorträge gehalten wurden. Zuerst gibt Jean-Claude Schmitt einen Überblick, wieweit die Forschung auf diesem Gebiet in Frankreich gediehen ist. Dann werden Stellung und Wirksamkeit des Ordens in den Städten Pisa, Zürich, Straßburg und Basel vorgestellt. Der letzte Aufsatz befaßt sich mit der Rolle der Bettelorden im Umbruch der politischen Theorie an der Wende zum 14. Jahrhundert. Hier steht die hohe Theologie im Mittelpunkt. Die Bettelmönche sahen im Papst als dem Stellvertreter Christi den notwendigen Vermittler aller nichtsakramentalen Gewalt in der Kirche an Bischöfe und Priester. Diese Auffassung führte dazu, daß Bischöfe und Priester zur Ausübung ihrer sakramentalen Vollmacht prinzipiell auf die Zuteilung der entsprechenden Jurisdiktion durch den Papst angewiesen waren, der damit zum eigentlichen Haupt der Kirche erklärt wurde. Auf der unteren Ebene tritt man sich freilich auch um Beichtprivilegien, Bestattungsrechte und Predigtaufträge. Die Aufsätze geben ein anschauliches und informatives Bild über das religiöse und kirchliche Leben in der Stadt des Spätmittelalters.

*A. Zieger*

### 13. Einzelne Orte

750 Jahre Stadt Backnang. Beiträge zur Geschichte der Stadt. (= Schriftenreihe des Heimat- und Kunstvereins Backnang, Bd. 5). Backnang: Stroh 1987. 224 S.

Der Schriftleiter Helmut Bomm sen. legt 12 Beiträge zur Backnanger Geschichte vor. Dabei werden Daten und Bürgermeisterlisten geboten. Gerber und Weber eingehender behandelt, die Wappen, der Widerstand gegen den Nationalsozialismus und die letzten 20 Jahre dargestellt. Grundlegend ist der Beitrag von G. Fritz über die »Frühgeschichte« der Stadt. Er beweist, daß das Jubiläum von 1987 (750 Jahre Backnang – wie Berlin!) auf einem Irrtum beruht, der 1932 zuerst aufkam und seitdem immer wieder abgeschrieben wird: angeblich soll Backnang 1237 seine Mauern erhalten und damit zur Stadt »erhoben« worden sein. (Es gibt in Franken ummauerte Dörfer, es gibt auch Städte ohne Mauer, wie Bamberg – die Mauer ist also keineswegs als Kennzeichen der Stadt anzusehen!). Fritz konnte keinerlei Beleg für 1237 finden, wohl aber die Nennung eines Schultheißen und der Bürger zu Backnang 1230. Er legt einleuchtend dar, daß die Siedlung Backnang wohl zwischen 1220 und 1230 zur Stadt »erhoben« (oder entwickelt) wurde, wie Stuttgart. Über das Ausmaß der Zerstörung von 1235 (nicht in einer »Fehde«, sondern im deutschen Bürgerkrieg) kann man angesichts der geringen Überlieferung verschiedener Ansicht sein: wenn die Stiftskirche erst nach 10 Jahren wieder brauchbar war, so muß sie doch stärker zerstört worden sein, als hier angenommen wird, zumal das Langhaus ja 1693 abermals zerstört wurde. Es kann also 1237 nichts anderes geschehen sein, als vielleicht der Beginn des Wiederaufbaus der Mauern. Wir möchten vermuten, daß der Erfinder dieser Jahreszahl geraten hat, daß wohl zwei Jahre nach der Zerstörung eine Mauer und, wie er meint, damit eine Stadt geschaffen worden sei. Das Ganze ist eine Warnung davor, ungeprüfte Jubiläen zu feiern!

*G. Wunder*

Helmut Neumaier: Geschichte der Stadt Boxberg mit Beiträgen über ihre Stadtteile. Boxberg 1987. 559 S., Abb.

Nach einer Arbeit von mehreren Jahren legt die Stadt Boxberg ihre Geschichte sowie die Geschichte der eingemeindeten Orte vor. Einen Beitrag hat die Kunsthistorikerin Ulrike Plate beigesteuert: sie behandelt die Baugeschichte der Wölchinger Kirche, die sie weder den (sagenhaften) Templern noch den Johannitern, sondern den Ortsherren von Boxberg zuschreibt. Daß der gesamte übrige Text aus einer Hand stammt, ist heutzutage überraschend, aber es bietet den großen Vorteil, daß sich die Beiträge nicht überschneiden: sie sind gleichmäßig gründlich erforscht und gut dargestellt. Der Verfasser behandelt die Geschichte der Herrschaft ebenso ausführlich wie die »Lebenswirklichkeit des gemeinen Mannes« (in

der Anlage werden die Schöpfer Untertanen 1578 und die gemusterten Männer des Amts Boxberg 1583 aufgeführt), er stellt von der Vorgeschichte bis zur Schulgeschichte oder dem »Alltag im Wandel« die weiten Bereiche einer Gemeinde dar. Boxberg wurde nacheinander von den Edelleuten von Boxberg, den Schenken von Schüpf, den Herren von Rosenberg und Dottenheim, den Johannitern, der Kurpfalz und Baden beherrscht. Der Verfasser kann zu seiner ausgezeichneten Arbeit nur beglückwünscht werden.

*G. Wunder*

Braunsbach – Bilder erzählen aus vergangenen Tagen. Horb: Geiger 1985. 84 S., Abb.

Untermünkheim – Bilder aus alter Zeit. Horb: Geiger 1986. 96 S., Abb.

Die Machart dieser Buchreihe ist stets gleich: der Verlag regt Gemeinden an, alte Bilder bei den Bürgern zu sammeln und zu einem Bilderbuch der Gemeinde zusammenzustellen. Das Resultat ist darum meist ebenfalls gleich und überläßt es der Phantasie der Gemeindeverwaltung, lokale Varianten zu entwickeln. Stereotype Gruppenbilder von Schulklassen, Vereinen und Konfirmanden nehmen darum in der Regel den vierten oder fünften Teil des Buches ein. Der Rest sind Ansichtskarten vergangener Zeiten, Amateurfotos von bäuerlicher oder handwerklicher Arbeit, einige Höfe – in Untermünkheim ist eins der ersten Autos und eins der ersten Motorräder im Bild festgehalten, eine Doppelseite füllen uralte Rechnungen. Im Braunsbacher Büchle wird auch die alte Synagoge gezeigt, zwei jüdische Braunsbacher, Hochwasserbilder und ein Schnappschuß von der durch Braunsbach fahrenden Queen. Die Untermünkheimer haben die Chance genutzt, dem Bilderbuchteil drei Seiten Text mit einer kurzen Beschreibung der Gemeinde voranzustellen.

*E. Pastor*

Hansmartin Schwarzmaier: Geschichte der Stadt Eberbach am Neckar bis zur Einführung der Reformation 1556. (= Geschichte der Stadt Eberbach a. Neckar, 1). Sigmaringen: Thorbecke 1986. 242 S., 80 Abb.

Einmal anders als sonst üblich, aber deswegen nicht ungeschickt, hat Hansmartin Schwarzmaier die Geschichte der Stadt Eberbach am Neckar bis zur Einführung der Reformation 1556 dargestellt. Er beginnt nicht mit der eigentlichen Siedlungs- und Stadtgeschichte, ihn interessiert zunächst die Geschichte des Platzes, auf dem Eberbach entstand. Der Mangel an Urkunden aus frühester Zeit mag ihn dazu bewogen haben. So erfährt man mehr als allgemein üblich. Der Verf. behandelt die Frühgeschichte der Region, ihre Bedeutung als Teil des römischen Weltreichs, die Besiedlung durch die Alamannen und die Zeit der Christianisierung. Im frühen Mittelalter wurden Kloster Lorsch, die Abtei Amorbach und das Bistum Worms zu den bestimmenden Faktoren des Gebietes. Der Kampf um das Eberbacher Stadtrecht im 14. Jahrhundert und seine Eingliederung in das kurpfälzische Herrschaftsgebiet werden dargestellt. Die Sozialstruktur Eberbachs im 15. Jahrhundert wird untersucht und schließlich geht es um das soziale und geistige Leben im Zeitalter der Reformation. In einem Anhang werden etliche Urkunden abgedruckt, die üblichen Register angefügt, die Anmerkungen folgen jedem Kapitel. Das Buch ist sowohl für den Historiker als auch für den Laien eine wahre Fundgrube mit Informationen zur Lokal- und zur Heimatgeschichte.

*H.-J. König*

Die Gemeinde Mainhardt, wie sie war und wurde. Eine historische Betrachtung. Zusammenstellung: Harry Massini. Hrsg.: Gemeinde Mainhardt. Gerabronn: Hohenloher Druck- und Verlagshaus 1987. 256 S., Abb.

Das neue Mainhardter Heimatbuch beruht nicht auf neuen Forschungen, sondern es faßt zusammen, was zu sagen war. Die Untertitel (»Mit den Römern ging alles an« oder »Mal hierhin – mal dorthin – ein Grenzort«) sind mehr auf die Neugier des Lesers abgestimmt, und die Beiträge der 14 Verfasser geben keine Einzelbelege an. Aber gerade solchen Büchern messen wir Bedeutung für das Geschichtsbewußtsein bei. Der Leser findet hier Unterlagen über fünf Orte (Mainhardt, Ammertweiler, Bubenorbis, Geißelhardt, Hütten) und erfährt nicht nur über Schulen und Kirchen, sondern auch über Genossenschaften, Post, Feuer-

wehr, Zeitung, Markt und Vereine das Wichtigste. Von besonderem Wert ist der Bildteil: außer den 134 Bildern (S. 123–256) auch zahlreiche Aufnahmen im Text. Dokumentarisch sind auch die Erinnerungen von 1945 in Geißelhardt (S. 40). Wenn wir für eine künftige neue Auflage Wünsche äußern dürfen, so wäre das eine ausführliche Arbeit über das Bad Mainhardt, das ja im 16. Jh. auch von Haller Ratsherren (David Wetzel 1568) besucht wurde. Ferner hätten wir gern als Anhang Listen der Bürgermeister, Pfarrer, Lehrer und ein Register aller Personennamen. Den 12 Verfassern und dem Herausgeber kann aber für ihre Mühe nur gedankt werden.

*G. Wunder*

Engil Pastor: Die Räuber vom Mainhardter Wald. Schwäbisch Hall: Haller Tagblatt 1986. 122 S., Abb.

Die kleine Schrift ist eine Zusammenfassung von Zeitungsbeiträgen im »Haalquell«, der Beilage des Haller Tagblatts. Nach gründlichen Archivstudien hat der Verfasser die Geschichte der Räuberbande erzählt, die um 1760 bis gegen 1773 die weitere Umgebung unsicher machte. Die aufgelockerte Form der Darstellung, wie sie für die Zeitung erforderlich war, beeinträchtigt den durchweg belegten dokumentarischen Inhalt keineswegs. Das ist umso wichtiger, als solche Räubergeschichten in der mündlichen Überlieferung oder in der Phantasie (etwa eines August Knapp) ungeahnte Maße annehmen. Wir begrüßen es daher, daß der Verfasser den Tatsachen nachgegangen ist und sie zuverlässig darstellt. Das Oberhaupt der Bande, der Metzger und Wirt (und Gemeinderichter) Johann Heinrich Weiß († 1787) in Neuwirtshaus, brachte es fertig, jeden Verdacht von sich abzulenken – auch dies ein Beitrag zu dem Bandenproblem des 18. Jh.

*G. Wunder*

Wilhelm Lamm: Im alten Neuenstein. Auf historischen Spuren durchs Städtle. Hrsg. Stadt Neuenstein. Sigmaringen: Thorbecke 1986. 128 S., Abb.

Einen abwechslungsreichen und lehrreichen Stadtbummel unternimmt der Autor mit seinem Leser. Er stellt ihm Häuser aus dem alten Neuenstein vor und berichtet von ihrer Vergangenheit. Daneben erfährt man manches Wissenswerte und auch Amüsante – so z. B. Einzelheiten zur Besoldung herrschaftlicher Beamter im 17. Jahrhundert, den Inhalt eines Berichts vom Hofprediger Meyer an seinen Fürsten über die stadtbekanntesten Damen mit einem ausschweifenden sexuellen Lebenswandel oder Zitate aus dem Ausschellbuch des Städtchens während des sogenannten Dritten Reichs – um nur einige der behandelten Themen zu nennen. Die einzelnen Kapitel sind liebevoll zusammengestellt und machen den Band zu einem Neuensteiner Historienbuch, das wegen seiner darin behandelten Themen auch außerhalb Neuensteins von Interesse sein dürfte. Zusammenstellungen über alte Öhringer Maße, Preise und Löhne sind eine wertvolle Ergänzung dieses reizvollen Buchs.

*E. Pastor*

1200 Jahre Oberrot. Aus der Geschichte der Rottalgemeinden Hausen und Oberrot. Beitr. von Gerhard Fritz, Hans Peter Müller, Rolf Schweizer und Andreas Zieger. Stuttgart: Wegra 1987. 216 S., Abb.

Jubiläen dienen oft der Darstellung und damit auch der genaueren Erforschung der Geschichte und geben damit einen Ertrag auch über das Festjahr hinaus. Vier bekannte Kenner haben sich der Geschichte von Oberrot und Hausen a. R. angenommen. Wie Fritz nachweist, bezieht sich der Eintrag im Lorscher Kodex, der »Raodhaha in Westheimer Mark« im 20. Regierungsjahr Karls des Großen zuerst schriftlich nennt, auf den 7. Juni 788 (und nicht 787). Aber die Dörfer entwickelten sich verschieden. Das Pfarrdorf Oberrot, das den Herren von Rot bis nach 1530 unterstand, gehörte zur Herrschaft Limpurg-Gaildorf, Hausen dagegen seit 1362 dem Kloster Komburg. Das hat dazu geführt, daß Oberrot nach der Reformation evangelisch war, während Hausen durch die Gegenreformation des Dechanten Johann Heinrich von Ostein ebenso wie Großallmerspenn am Ende des 17. Jh. katholisch wurde, durch zugezogene Obersteiermärker verändert. Die äußeren Schicksale

wie die innere Entwicklung beider Dörfer werden in vorbildlicher Weise dargestellt, das Buch bedeutet eine Bereicherung unserer Orts- und Landesgeschichte. Lediglich zu den Namenlisten im Anhang hätten wir einen Wunsch: ausgeschriebene Vornamen, dazu wären Listen der Bürgermeister, Pfarrer und Lehrer beider Orte sowie ein Gesamtregister für den Benutzer nützlich.

*G. Wunder*

Wilhelm Mattes: Oehringer Heimatbuch. Gerabronn: Hohenloher Druck- und Verlagshaus 1987. 536 S., 32 Abb. (Reprint d. Ausg. 1929).

Dieses 1929 bei Rau in Öhringen erschienene Heimatbuch war schon lange nicht mehr käuflich zu erwerben. Es ist ein Muster eines alten Heimatbuchs mit Kapiteln über die Landschaft, ihre Bewohner und ihr Erwerbsleben, über Sagen und Bräuche, über Familiennamen und über bildende Kunst. Angereichert wird es durch eine kurzgefaßte geschichtliche Übersicht, statistische Zahlen und eine Darstellung der Entwicklung der Lohnverhältnisse. Wie gesagt – Stand des Buches ist das Jahr 1929. Aber das mindert nicht das Verdienst, mit diesem Reprint den Band wieder verfügbar gemacht zu haben.

*E. Pastor*

Horst Krüger: Rothenburg ob der Tauber – Ein deutscher Augenblick. Würzburg: Echter 1987. 72 S., Abb.

Ein Souvenir für die vielen Freunde der Stadt Rothenburg. Das Bändchen war ursprünglich eine Rundfunksendung, in der die Stadt vorgestellt werden sollte, und die man später zu diesem kleinen Buch umgemünzt hat. Es ist angereichert mit gemalten und gezeichneten Liebeserklärungen verschiedener Künstler an die Stadt.

*E. Pastor*

Wilhelm Heinrich Riehl: Ein Gang durchs Taubertal von Rothenburg bis Wertheim. Bearb. und erl. von Carlheinz Gräter. Tauberbischofsheim: Fränkische Nachrichten o. J. 64 S., 32 Abb.

Der Titel beschreibt exakt, wovon das Buch handelt: von einer Wanderung des Kulturhistorikers Wilhelm Heinrich Riehl von Rothenburg nach Wertheim. Diese Wanderung hat 1865 stattgefunden. Riehl zieht plaudernd mit dem Leser durch die schöne Landschaft, die nicht nur anschauenswert ist, sondern auch voller geschichtlicher Erinnerungen. Daraus ist ein geistreiches Büchle geworden, dessen Reiz nicht zuletzt darin liegt, daß etliches von dem darin Gesagten auch heute noch gültig ist. Gräter, der dazu eine kleine Einführung schrieb, stellt darin den Autor vor, der zu Unrecht etwas in Vergessenheit geraten ist.

*E. Pastor*

Michael Sylvester Koziol: Fliegerhorst. Geschichte des Militärflugplatzes Schwäbisch Hall von 1934 bis 1987 in Dokumenten und Bildern. (Home Base. A History of the Schwäbisch Hall military airfield from 1934 to 1987 in documents and photographs). Bad Wimpfen: Stumpf 1986. 208 S., 224 Abb.

Ergänzend zu seinem preisgekrönten Werk »Rüstung, Krieg und Sklaverei«, das demnächst in neuer Auflage vorliegen wird, hat der Verfasser in diesem deutsch-englischen Bildband einen Überblick über die Geschichte des Flugplatzes, ergänzt bis zur Gegenwart, vorgelegt. Dabei hat er dem ersten Düsenflugzeug, der hier montierten Messerschmitt 262, der Außenstelle des Konzentrationslagers Natzweiler, aber auch dem deutschen wie dem amerikanischen Fliegerhorst (»Feinde werden Freunde«) Aufmerksamkeit gewidmet.

*G. Wunder*

Tübingen 1945. Eine Chronik von Hermann Werner. Bearb. und mit einem Anhang versehen von Manfred Schmid. (= Beiträge zur Tübinger Geschichte, Bd. 1). Stuttgart: Theiss 1986. 256 S., 95 Abb.

Über 30 Jahre nach ihrer Niederschrift wird die von dem Tübinger Journalisten Hermann Werner (1880–1955) erarbeitete Chronik über die Universitätsstadt Tübingen im Jahre 1945 erstmals der Öffentlichkeit zugänglich. Für die Edition überarbeitete Manfred Schmid die Chronik und schildert in einem Vorwort die Problematik ihrer Entstehungsgeschichte.

Gespräche mit Zeitzeugen bildeten für Hermann Werner die Grundlage seiner Arbeit, waren doch schriftliche Quellen kurz nach Ende des Krieges schwer zugänglich bzw. noch in den letzten Wochen desselben vernichtet worden.

Im ersten Teil der Chronik beschreibt Werner die Zeit vor der französischen Besetzung. In kurzen Kapiteln schildert er u. a. »Die letzten Kriegsmonate«, »Tübingen im Luftkrieg«, »Die Arbeit der Stadtverwaltung«, »Das Unterrichtswesen«, »Die Stadt der Lazarette«, »Die letzten Tage in Tübingen« und »Die Besetzung«.

Im zweiten Teil wird dann die Zeit nach der Besetzung behandelt: »Das Chaos der ersten Wochen«, »Die Versorgung der Bevölkerung«, »Ein erster demokratischer Anlauf«, »Tübingen wird Zonenhauptstadt«, »Politische Säuberung« und »Das kulturelle Leben« sind einige der Themen.

Werner ist hier sicherlich nicht der nüchtern analysierende Wissenschaftler, sondern selbst Betroffener, Zeitzeuge. Er ist mitten im Geschehen und so verwundert es wohl nicht, daß seine Darstellungen oft fast ins Romanhafte gleiten. Wissenschaftliche Objektivität – wenn man in Bezug auf die Geschichtsschreibung überhaupt von einer solchen sprechen kann – steht nicht im Vordergrund. Wer hier eine kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus erwartet, wird enttäuscht werden. Das Erleben der Geschichte, subjektive Erfahrung, machen aber gerade auch den Wert dieses Bandes aus. Der narrative Stil erhöht dabei noch die Lesbarkeit.

Zur besseren Orientierung für den Ortsunkundigen wäre es wünschenswert, einen Stadtplan in die sonst reich bebilderte Publikation aufzunehmen, um die zahlreichen im Text erwähnten Orte zu lokalisieren. Im Anhang finden sich zahlreiche kurze Beiträge. Es sind z. T. unveröffentlichte Dokumente oder Originalbeiträge, u. a. von Thaddäus Troll, Hannes Messemer, Iring Fetscher und Gerhard Storz.

Den Abschluß bilden eine Zeittafel der Tübinger Geschehnisse des Jahres 1945, Literaturangaben und ein Personenregister.

Dieser Band empfiehlt sich sowohl als Lesebuch Tübinger Geschichte, wie auch als Arbeitsbuch. Denn nicht nur der Inhalt, sondern die Art der Schilderung und Darstellung der Ereignisse können heute als ein Dokument der Zeitgeschichte gelten, oder um es mit den Worten von Manfred Schmid selbst zu sagen: »Diese Chronik ist zwar keine wissenschaftliche Darstellung, leistet aber trotzdem einen wichtigen Beitrag zur lokalen Geschichtsschreibung und ist, durch die Umstände ihrer Entstehungsgeschichte, gerade auch ein Dokument der Bewußtseinslage der damaligen 50er Jahre.«

*H.-D. Bienert.*

## 14. Ausstellungen

Hall in der Napoleonzeit. Eine Reichsstadt wird württembergisch. [Katalog der] Ausstellung der Stadt Schwäbisch Hall in der Johanniterhalle, 17. Juli bis 6. September 1987 / Hällisch-Fränkisches Museum und Stadtarchiv Schwäbisch Hall, Hrsg. von Manfred Akermann und Harald Siebenmorgen. Mit Beitr. von Philippe Alexandre u. a. Sigmaringen: Thorbecke 1987. 200 S., XVIII Farbtaf., Abb.

Als lokale Begleitausstellung zur großen Landesausstellung »Baden und Württemberg im Zeitalter Napoleons« war diese gemeinsame Ausstellung des Hällisch-Fränkischen Museums und des Stadtarchivs Schwäbisch Hall gedacht, erarbeitet wurde eine erste, gründliche Darstellung der für die Haller Stadtgeschichte entscheidenden Jahre von 1780 bis 1820. Die reichsfreie, selbstbewußte Stadtrepublik und ihre Führungsschicht verloren ihre politische und wirtschaftliche Selbständigkeit und versanken in der Bedeutungslosigkeit und Enge einer württembergischen Oberamtsstadt. Aufsätze von Manfred Akermann (Hall im Spiegel des europäischen Umbruchs), Walter Döring (Die Besitzergreifung der Stadt Hall durch Herzog Friedrich II. von Württemberg), Gerd Wunder (Die Bürgerschaft der Reichsstadt

Hall vor und nach der Napoleonischen Zeit), Otto Windmüller (Die wirtschaftliche Entwicklung von Hall im Zeitalter Napoleons), Raimund J. Weber (Die Haller Saline wird württembergisches Staatsunternehmen), Philippe Alexandre (Das »Hallische Wochenblatt« und Napoleon Bonaparte) und Harald Siebenmorgen (Neues Bauen in Hall nach 1802) berichten über diesen alle Lebensbereiche erfassenden Umbruch, über die lokalen Auswirkungen der weltpolitischen Ereignisse im Gefolge der Französischen Revolution. Die im Katalogbuch beschriebenen und zum überwiegenden Teil abgebildeten 250 Ausstellungsobjekte zeigen, wie sehr sich die Haller Bürger mit den Zeitereignissen beschäftigt, wie heftig sie darauf reagiert haben. Im Besitz des Historischen Vereins für Württembergisch Franken und der Stadt befinden sich einzigartige Dokumente für die Auseinandersetzung mit der epochalen Umwälzung am Ende des 18. Jahrhunderts, die auch überregionalen Vergleichen standhalten. Der verdienstvolle Katalog »Hall in der Napoleonzeit« ist ein unentbehrliches Lese- und Nachschlagewerk zur Stadtgeschichte zwischen Aufklärung und Biedermeier.

*E. Göpfert*

Altes Dorfhandwerk in Hohenlohe. Begleitbuch zur Ausstellung v. 29. 3.–1. 11. 1987. Hohenloher Freilandmuseum Schwäbisch Hall-Wackershofen. Red.: Heinrich Mehl. Texte: Michael Bauer u. a. (= Kataloge und Begleitbücher des Hohenloher Freilandmuseums, Nr. 4). Schwäbisch Hall 1987: Mahl. 216 S., Abb.

Wesentliche Veröffentlichungen über dörfliches Gewerbe in Hohenlohe fehlen bisher. Dieses Begleitbuch zur Ausstellung 1987 im Hohenloher Freilandmuseum Wackershofen ist nun ein hilfreicher Beitrag zu einem historisch realistischen Bild ländlicher Gewerbe der letzten einhundertzwanzig Jahre, ab 1850. Es kann Anregung sein zur weiteren Handwerkerforschung für diesen Zeitraum der industriellen Revolution, wo Handwerksbetriebe verschwanden oder zu Industriebetrieben wurden und neue Berufe entstanden. Es ist keine betont wissenschaftliche Arbeit, aber Mitarbeiter des Museums haben, in intensiver Dokumentationsarbeit, Beiträge mit umfangreichen Ergebnissen geliefert. Der Leser erhält Überblicke und Einblicke zu fünfzehn Handwerksberufen. Jedem Handwerk ist ein eigener Aufsatz gewidmet, wobei Wert darauf gelegt wurde, sowohl die Gesamtheit der Werkstatt als auch die Beschaffenheit der Geräte darzustellen. Mündliche Berichte alter Handwerksmeister bilden, neben zahlreichen Abbildungen, einen besonderen Anreiz für den Leser.

*J. R. Frank*

Mit dem Dampfroß vom Neckar zum Kocher. 125 Jahre Eisenbahnlinie Heilbronn–Schwäbisch Hall. Bearb. v. Christhard Schrenk. Ausstellung des Stadtarchivs Heilbronn in Verbindung mit dem Stadtarchiv Schwäbisch Hall. (= Kleine Schriftenreihe des Archivs der Stadt Heilbronn. 18). Heilbronn: Stadtarchiv 1987. 223 S., Abb.

Mit Festlichkeiten an allen Unterwegsstationen wurde im August 1987 das 125jährige Bestehen der Eisenbahnlinie Heilbronn–Schwäbisch Hall begangen. Zu den herausragenden Begleiterscheinungen gehörte die von den Stadtarchiven Heilbronn und Hall zusammengetragene historische Ausstellung, die auch in beiden Städten zu sehen war. Ohne nun dieser Ausstellung Abbruch tun zu wollen: Der begleitende und von Dr. Christhard Schrenk, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Stadtarchivs Heilbronn, bearbeitete Katalog mag einen versäumten Besuch durchaus zu ersetzen. Klar gegliedert und reichhaltig illustriert – darunter auch zahlreiche Abbildungen über den Exponatenfundus hinaus – umreißt diese Arbeit die Historie dieser Linie von den ersten Anfängen bis hin zu den heute noch lange nicht gelösten Problemen.

Der Textteil nimmt die allgemeine Eisenbahngeschichte zur Basis, widmet sich dann der Entstehung der Jubiläumslinie, um schließlich deren Entwicklung in 125 Jahren nachzuzeichnen. Der Katalogteil widmet jedem Ausstellungsstück einen umfassenden, erläuternden Absatz, der die Vielfalt der zusammengetragenen Exponate einer weit intensiveren Einvernahme zuzuführen vermag, als dies ein auch noch so gründlicher Besuch der Ausstellung



vermocht hätte. Wo immer es möglich war, sind die Ausstellungsstücke auch abgebildet. Reichhaltig und einer vertiefenden Information ebenfalls recht zuträglich der Anhang, zu dem faksimilierte Urkunden ebenso zählen wie eine Zusammenstellung der Dampflokomotiven des Betriebswerks Heilbronn im Jahre 1950.

*St. Müller*

Eisenbahnen im Kreis Schwäbisch Hall. Hrsg. von Hans P. Müller. Katalog zur Ausstellung des Kreisarchivs im Landratsamt Schwäbisch Hall. Schwäbisch Hall: Kreisarchiv 1987. 31 S., 14 Abb.

Die Eröffnung der Bahnlinie Heilbronn–Hall vor 125 Jahren nahm auch der Haller Kreisarchivar Dr. Hans P. Müller zum Anlaß, 136 Dokumente – zumeist aus dem eigenen Bestand – zusammenzustellen und der Öffentlichkeit in einer Ausstellung zugänglich zu machen. Nach einem Blick auf die Postkutschenepoche und den Beginn des Eisenbahnzeitalters im Königreich Württemberg informiert die Ausstellung nicht nur über die Jubiläumsbahn, sondern ebenso umfassend über den in mehreren Etappen verlaufenden Bahnbau im heutigen Kreisgebiet. Auch das soziale Umfeld des Bahnbaus wird gebührend gewürdigt. Der begleitende Katalog führt in die 20 Abschnitte der Ausstellung mit kleinen Vorspannen ein und benennt im übrigen die einzelnen Exponate samt Quellen.

Mit ein Ziel von Ausstellung und Katalog: Die sukzessive Erschließung des Kreisarchivs für die Öffentlichkeit.

*St. Müller*

Aus Balthasar Neumanns Baubüro. Pläne der Sammlung Eckert zu Bauten des großen Barockarchitekten. Katalog der Sonderausstellung des Mainfränkischen Museums Würzburg vom 16. Mai bis 19. Juli 1987. Würzburg: Echter 1987. 279 S., Abb. und Farbtaf.

Die Erinnerung an den 300. Geburtstag Balthasar Neumanns veranlaßte das Mainfränkische Museum, die aus konservatorischen Gründen nur selten gezeigte »Sammlung Eckert« auszustellen, eine Sammlung von 172 Entwürfen und Plänen aus dem Nachlaß des genialen Architekten. Leider sind große Teile dieser einmaligen Plansammlung bei der Zerstörung Würzburgs 1945 untergegangen. Was Ausstellung und Katalog zugänglich gemacht haben, ist aber immer noch beeindruckend. Die Sammlung enthält Zeichnungen und Originalpläne aus dem Architektur-Atelier Neumanns, darunter geschlossene Planreihen für die Schönbornkapelle in Würzburg, für die in der Säkularisation abgerissene Abteikirche Münster-schwarzach, für Vierzehnheiligen und Neresheim. Hinzu kommen Baumodelle, Kupferstiche der Bauten, Pläne konkurrierender Architekten, dekorative Entwürfe von Künstlern wie Bossi, Byss, Auwera oder Lünenschloß. An den Plänen ist abzulesen, wie Neumann und seine Mitarbeiter gearbeitet haben, wie sich der architektonische Gedanke entfaltet und gewandelt hat. Barockes Bauen war weithin kollektives Bauen. In fruchtbarer Auseinandersetzung mit den Plänen der Kollegen haben Neumanns Bauten ihre Gestalt gefunden. Balthasar Neumann hat als schöpferischer Architekt und als beharrlicher Organisator und Koordinator Außerordentliches geleistet. Der gründliche Katalog beschreibt in 163 Nummern ausführlich die Hinterlassenschaft seines Baubüros. Ein biographischer Essay von Hanswernfried Muth und ein tabellarisches Itinerar und Werkverzeichnis machen den Katalog für jeden, der sich mit Balthasar Neumann beschäftigt, zum unentbehrlichen Handbuch.

*E. Göpfert*

Reichsstädte in Franken. Katalog zur Ausstellung. Hrsg. von Rainer A. Müller und Brigitte Buberl. Unter Mitarb. von Eva Maria Brockhoff.

Aufsätze. Hrsg. von Rainer A. Müller. Bd. 1: Verfassung und Verwaltung. Bd. 2: Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. (= Veröffentlichungen zur Bayerischen Geschichte und Kultur. Nr. 14, 15/1 u. 2). München 1987. 295, 386, 443 S., Abb.

Fränkische Reichsstädte. Hrsg. von Wolfgang Buhl. Würzburg: Echter 1987. 277 S., Abb. Das Haus der Bayerischen Geschichte in München hat im Sommer 1987 in Rothenburg o. d. T. die Ausstellung »Reichsstädte in Franken« veranstaltet, über deren Objektauswahl

und Präsentation man nicht durchweg glücklich sein konnte. Die Ausstellung ist abgebaut, geblieben sind Katalogband und zwei stattliche Aufsatzbände mit 61 größeren und kleineren Beiträgen. Sie sind künftig für jeden unentbehrlich, der sich mit den Reichsstädten beschäftigt. Leider fehlen erschließende Register. Im Überblick und im Detail wird ausgebreitet, was die aktuelle Forschung über Verfassung und Verwaltung, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur mitzuteilen hat. Absicht der Herausgeber ist, die »Charakteristika des Reichsstädtischen« aufzuzeigen; dazu dient die Geschichte der Reichsstädte Rothenburg, Dinkelsbühl, Schweinfurt, Weißenburg und Windsheim. Nürnberg, die bedeutendste Reichsstadt in Franken, bleibt, was sehr erstaunt, ausgespart. Ausgespart bleiben auch die fränkischen Reichsstädte, die Napoleon Württemberg zugeschlagen hat, Hall oder Heilbronn. Franken, das es zu keinem geschlossenen Staatsgebiet gebracht hat, dessen Eigenart im Positiven und Negativen die bunte Kleinstaaterei und Reichsfreiheit gewesen ist, endet aus Münchner Sicht an den bayerischen Grenzpfählen. – Der von Wolfgang Buhl, dem Leiter des Nürnberger Studios des Bayerischen Rundfunks, konzipierte und für ein breites Publikum gedachte Band mit Portraits fränkischer Reichsstädte, beachtet solche Grenzen nicht. Vorgestellt werden Nürnberg (Walter Lehnert), Windsheim (Godehard Schramm), Schweinfurt (Werner Dettelbacher), Weißenburg (Eugen Schöler), Rothenburg (Wilhelm Staudacher), Dinkelsbühl (Gustav Roeder), Schwäbisch Hall (Kuno Ulshöfer) und die Reichsdörfer Sennfeld und Gochsheim (Angela Baumann). Die Autoren dieses empfehlenswerten Buches sind persönlich meist eng mit den Städten verbunden. Sie verstehen es, Geschichte und Kultur dieser unverwechselbaren Stadtrepubliken lebendig werden zu lassen.

*E. Göpfert*

Elisabeth Schraut, Claudia Opitz: Frauen und Kunst im Mittelalter. Katalog zur Ausstellung. Braunschweig 1983. 50 S., Abb.

Elisabeth Schraut: Stifterinnen und Künstlerinnen im spätmittelalterlichen Nürnberg. (= Ausstellungskataloge des Stadtarchivs Nürnberg, Nr. 1). Nürnberg 1987. 78 S., Abb. u. 8 Farbtaf.

Seit Edith Ennens Buch »Frauen im Mittelalter« können wir uns ein differenziertes Bild von der gesellschaftlichen Stellung der Frau in dieser Epoche machen. Auf die Bedeutung, die Frauen im Bereich der Kunst gespielt haben, hat Elisabeth Schraut aufmerksam gemacht. Sie hat die Behauptung, daß Frauen im Mittelalter kulturell nicht tätig gewesen seien, kritisch überprüft und die Ergebnisse ihrer Forschungen seit 1983 im Rahmen einer Wanderausstellung ausgebreitet, die mit großem Erfolg in Hannover, Braunschweig, Ludwigshafen, Konstanz und im Hällisch-Fränkischen Museum Schwäbisch Hall gezeigt wurde. Frauen sind nicht nur Thema und Publikum mittelalterlicher Kunst, sie sind in Städten und Klöstern als Stifterinnen und Auftraggeberinnen hervorgetreten, sie haben als Autorinnen, Übersetzerinnen, Schreiberinnen und Malerinnen Bücher hergestellt und in Bibliotheken gesammelt. Für die Ausstellung in Schwäbisch Hall hat Elisabeth Schraut den Katalog der Wanderausstellung um einen regionalen Sonderteil erweitert, der u. a. erstmals Zeugnisse eines Skriptoriums im Zisterzienserinnenkloster Gnadental vorstellt. Für das Stadtarchiv Nürnberg hat Elisabeth Schraut im Herbst 1987 eine bemerkenswerte Ausstellung und einen ansprechenden Katalog »Stifterinnen und Künstlerinnen im mittelalterlichen Nürnberg« erarbeitet. Das reiche und mächtige Nürnberg mit seinen zahlreichen Klöstern, in denen die Töchter des Stadtpatriziats versorgt wurden, ist ein Zentrum kultureller Aktivitäten von Frauen gewesen. Elisabeth Schraut hat großartige und aussagekräftige Beispiele für ihre Produktivität aufgespürt und konnte bisher unbeachtete Handschriften bestimmten Autorinnen und Künstlerinnen zuordnen, so daß wir nun den Anteil der Frauen an der Kunstlandschaft Nürnberg überblicken.

*E. Göpfert*

Regensburger Buchmalerei. Von frühkarolingischer Zeit bis zum Ausgang des Mittelalters. Ausstellung der Bayerischen Staatsbibliothek München und der Museen der Stadt Regensburg. Katalogred.: Florentine Mütterich und Karl Dachs. München: Prestel 1987. 320 S., 80 Farbtaf., 100 Schwarzweißtaf.

Die altehrwürdige Stadt Regensburg verkörpert wie keine andere Stadt in Süddeutschland deutsche und europäische Geschichte und Kultur. In ihren Klöstern St. Emmeram und Prüfening, den Herzogs- und Kaiserpfalzen, Adelstürmen und Kaufmannshäusern konzentrierten sich über Jahrhunderte Auftraggeber und Produzenten geistlicher und weltlicher Bücher, die von Künstlern ersten Ranges geschrieben und gemalt wurden. Eine große Ausstellung hat im Sommer 1987 die seit der Säkularisation verstreuten Zeugnisse der Regensburger Buchmalerei für wenige Monate zusammengetragen. Das ausgezeichnete bilderte und kommentierte Katalogbuch verzeichnet die historische und stilistische Entwicklung von der Karolingerzeit bis zur Gotik und würdigt die Leistungen der Schreibschulen und ihrer Meister. Zu den Glanzstücken zählen das Sakramentar Kaiser Heinrichs II., das Uta-Evangelistar und die Buchmalerei des Berthold Furtmeyr. Glossar und Register erschließen den wissenschaftlichen Katalog. Die Farbtafeln vermitteln die Aura der prächtigen Handschriften auch dem, der die Originale nicht gesehen hat.

*E. Göpfert*

## 15. Kleine Veröffentlichungen und Festschriften

### **Schwäbisch Hall**

Festschrift zum 100-jährigen Jubiläum der Kircheneinweihung von St. Joseph Schwäbisch Hall 1887–1987. O. E. 1987. 48 S., Abb. (Enth.: Manfred Akermann: Zur Geschichte der Pfarrgemeinde St. Joseph. Harald Siebenmorgen: St. Joseph in Schwäbisch Hall. Bau und Ausstattung)

Führer durch das Hohenloher Freilandmuseum. Nr. 2 (September 1986). Hrsg.: Verein Hohenloher Freilandmuseum e. V. Text und Gestaltung: Heinrich Mehl Schwäbisch Hall 1986: Leyh. 167 S.

Gartenbau und Ernährung im alten Hall. Begleitausstellung zur Eröffnung des spätmittelalterlichen Museumsgartens. Hällisch-Fränkisches Museum Schwäbisch Hall 6. 5.–21. 6. 1987. O. E. 150 S., 22 Abb.

### **Crailsheim**

Hans Joachim König: Vom Leben in Crailsheim im 16. Jahrhundert. (= Bilder aus der Geschichte der Stadt Crailsheim, 8. Hrsg.: Crailsheimer Volksbank eG). Crailsheim: Hohenloher Druck- und Verlagshaus 1987. 24 S., Abb.

### **Creglingen**

125-jähriges Vereinsjubiläum des Männergesangsvereins Eintracht 1862 Freudenbach e. V. vom 3. bis 5. Juli 1987. Festschrift. Uffenheim: Liewald 1987. O. S., Abb.

### **Michelbach a. d. Heide**

125 Jahre Gesangsverein Michelbach/Heide. Sängerfest und Heimattag vom 19. bis 21. Juni 1987. Gerabronn: Hohenloher Druck- und Verlagshaus 1987. 48 S., Abb.

### **Michelfeld**

100 Jahre Liederkranz Michelfeld 1887–1987. [Umschlagtitel]. Festschrift zum 100-jährigen Jubiläum 26.–28. 6. 1987. O. E. 78 S., Abb.

**Vellberg**

Vellberger Gschichtlich. 20. Weinbrunnenfest in Vellberg. Hrsg.: Thomas Gerhardt. O. E. [1987]. 51 S.

## 16. Weitere Buchzugänge

Wilhelm Abel: Strukturen und Krisen der spätmittelalterlichen Wirtschaft. (= Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, Bd. 32). Stuttgart: Fischer 1980. 132 S., 7 Abb., 10 Tab. Bergbau und Bergleute. Aalen: Wir-Verl. 1987. 96 S., Abb.

Ulf Dirlmeier: Untersuchungen zu Einkommensverhältnissen und Lebenshaltungskosten in oberdeutschen Städten des Spätmittelalters. (Mitte 14. bis Anfang 16. Jahrhundert). Vorgelegt am 5. Febr. 1977 von Erich Maschke. Heidelberg: Winter 1978. 620 S.

Wilfried Forstmann, Eduard Haug u. a.: Der Fall der Reichsstadt Straßburg und seine Folgen. Zur Stellung des 30. Sept. 1681 in der Geschichte. (= Schriften der Erwin von Steinbach-Stiftung Frankfurt a. M., 7). Neustadt a. d. Saale: Pfaehler 1981. VIII, 222 S.

»Fühle mich heimisch bei dir ...«. Ludwig I. und Aschaffenburg. Ausstellung zum Ludwig-Gedenkjahr 1986 vom 31. Oktober bis 30. November. Aschaffenburg: Stadt- u. Stiftsarchiv, Geschichts- und Kunstverein 1986. 96 S., Abb.

Geschichte und Naturwissenschaft in Hohenheim. Beiträge zur Natur-, Agrar-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte Südwestdeutschlands. Festschrift für Günther Franz zum 80. Geburtstag. Hrsg. von Harald Winkel. Sigmaringen: Thorbecke 1982. VI, 338 S.

Hauslandschaften in Baden-Württemberg. Beiträge zur Hausforschung. Hrsg. v. d. Landesstelle für Museumsbetreuung Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Museumsverb. Baden-Württemberg e. V. (= Museumsmagazin, 3). Stuttgart: Theiss 1986. 167 S., Abb.

Landesgeschichtliche Vereinigungen in Baden-Württemberg. I. A. der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg bearb. von Eberhard Gönner. Stuttgart: Kohlhammer 1987. 141 S.

Christoph Sachße, Florian Tennstedt: Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Vom Spätmittelalter bis zum 1. Weltkrieg. Stuttgart u. a.: Kohlhammer 1980. 367 S.

Elisabeth Schraut: Frauen und Kunst im Mittelalter in und um Schwäbisch Hall. Begleitinformation zum regionalen Sonderteil. [Ausstellung im] Hällisch-Fränkischen Museum Schwäbisch Hall 1. Febr. bis 26. April 1987. Schwäbisch Hall 1987. 11 S.

Uffenheimer Geschichte und Geschichten. 8. Bd.: Die Geschichte des Gollachgaaes dargestellt an der Geschichte des Dorfes Rudolzshofen. Uffenheim: Wecker-Wildberg 1987. 238 S.

Wolfram Wettges: Reformation und Propaganda. Studien zur Kommunikation des Auf- ruhrs in süddeutschen Reichsstädten. (= Geschichte und Gesellschaft, Bochumer historische Schriften, 17). Stuttgart: Klett-Cotta 1978. 152 S.

## Verfasser und Herausgeber der besprochenen Werke

- Akermann, Manfred 414  
Arnold, Gerfrid 388  
Arnold, Udo 382  
Arnold, Walter 407  
Bardua, Heinz 390  
Bauer, Michael 414  
Bausinger, Hermann 393  
Beck, Willi 390  
Berber, Friedrich 404  
Bergold, Albrecht 407  
Boelcke, Willi A. 391  
Bolter, Winfried 399  
Bomm, Helmut 409  
Boockmann, Hartmut 408  
Bosl, Karl 404  
Braasch, Otto 388  
Brockhoff, Eva-Maria 415  
Brunner, Karl 395  
Buberl, Brigitte 416  
Chapeaurouge, Donat de 386  
Christlein, Rainer 388  
Dachs, Karl 417  
Duby, Georges 398  
Elkar, Rainer S. 395  
Elm, Kaspar 408  
Erbstösser, Martin 380  
Feuchte, Paul 379  
Filtzinger, Philipp 389  
Fineis, Dieter Michael 385  
Fritz, Gerhard 411  
Fuhrmann, Horst 380  
Goetz, Hans-Werner 381  
Gräf, Ulrich 400  
Gräter, Carlheinz 394  
Gröner, Eugen 400  
Hajdu, Rose 400  
Hampele, Walter 402  
Heimerich, Hermann 406  
Hoffmann, Hermann 385  
Hofmann-Hege, Charlotte 406  
Jaritz, Gerhard 395  
Keweloh, Hans-Walter 395  
Kiefner, Theo 386  
Kloos, Heidi-Barbara 403  
Koziol, Michael Sylvester 412  
Kroeschell, Karl 397  
Krüger, Horst 412  
Lamparter, Fritz H. 407  
Ludwig, Walther 381  
Mälzer, Gottfried 385  
Mai, Gunther 392  
Massini, Harry 410  
Mattes, Wilhelm 412  
Megerle, Klaus 392  
Mehl, Heinrich 414  
Meinel, Richard 394  
Meyer, Otto 394  
Mollat, Michel 381  
Moor, Rosemarie 401  
Moser, Peter 397  
Müller, Hans P. 411, 415  
Müller, Rainer A. 415  
Mütherich, Florentine 417  
Neumaier, Helmut 409  
Opitz, Claudia 416  
Pastor, Egil 411  
Planck, Dieter 390  
Rascher, Reinhard 401  
Rehfeld, Wolfram 399  
Rehm, Gerhard 399  
Remling, Ludwig 385  
Rinker, Reiner 391  
Schäfer, Gerhard 384  
Schäfer, Hans-Peter 396  
Scheck, Manfred 393  
Scheffler, Walter 400, 407  
Schemmel, Bernhard 385  
Schmid, Manfred 412  
Schraut, Elisabeth 416  
Schrenk, Christhard 414  
Schwarzmaier, Hansmartin 410  
Schwedt, Elke 402  
Schwedt, Herbert 402  
Schweizer, Rolf 411  
Schickart, Heinrich 399  
Setzler, Wilfried 391  
Siebenmorgen, Harald 413  
Spitznagel, Peter 385  
Staiger, Wolfgang 403  
Strauß, Ingrid 405  
Taddey, Gerhard 380  
Völkl, Helmut 399  
Wagner, Eberhard 401  
Wagner, Ulrich 405  
Weber, Dieter 394  
Werkmüller, Dieter 398  
Werner, Hermann 412  
Wiedmann, Karl 388  
Winterhager, Friedrich 408  
Wunder, Bernd 383  
Wunder, Gerd 403  
Zeller, Bernhard 400  
Zieger, Andreas 411  
Ziegler, Bernhard 387  
Zimmermann, Gerd 394



## Marianne Schumm, geb. Hegel

geb. Bamberg 3. 10. 1902

† Sanderbusch 29. 5. 1987

Marianne Hegel wuchs in einem gebildeten Elternhaus als Tochter eines Offiziers, Enkelin des Historikers Karl von Hegel (1813–1901) und Urenkelin des Philosophen Wilhelm Hegel (1770–1831) (mit diesem Vornamen unterschrieb er sich selbst in seinen Briefen) auf. Daß sie auf der Mutterseite von Hans Sachs (1494–1576) abstammte, hat ihr Spaß gemacht. Als Wirtschaftsleiterin im Landerziehungsheim Herrlingen bei Ulm lernte sie den jungen Lehrer Karl Schumm kennen. Sie heirateten 1927 in München, aus der Ehe gingen drei Söhne und eine Tochter hervor. In den Lehrerstellen in Eschenthal 1927, Neunkirchen (Gem. Michelfeld) und Künzelsau lernte sie ihre neue Heimat und deren Menschen kennen und lieben. Aber zur vollen Entfaltung kamen ihre Gaben, unermüdliches Interesse für die Geschichte und großzügige und herzliche Gastfreundschaft, in den Jahren 1946–70 im Hause des Hohenloher Archivars in Neuenstein. Aus ihrer Feder erschienen im Jahrbuch »Württ. Franken« Beiträge über das Spital in Döttingen (1963, 1970), über die Apotheken fürstlicher Frauen (1985) und über die schützende Koralle auf Kinderbildern (1974). Andere Beiträge schrieb sie für die »Lebensbilder aus Schwaben und Franken« (Adelheid von Öhringen) und die mittelfränkischen Jahrbücher (Die Gesellschaft mit dem Rügenband [1981]). Nach dem Tode ihres Mannes (1976) fühlte sie sich verpflichtet, die von ihm (und mit ihm) gesammelten Dorfordnungen herauszugeben. Der Vergleich der Abschriften mit den Originalen (soweit vorhanden) und die Anpassung an die Vorschriften für die Publikation in den Veröffentlichungen für geschichtliche Landeskunde (A 37) erforderte Jahre fleißiger und unermüdlicher Kleinarbeit. Aber als im Rathaus in Neuenstein 1985 die »Hohenlohischen Dorfordnungen« vorgestellt wurden, erhob sich Marianne Schumm und sprach in freier Rede und ausgezeichnete Formulierung über den sprachlichen Wert dieser Dokumente, über ihre Aussagen in Ergänzung zu den Erkenntnissen von Jakob Grimm. Keiner, der damals zugegen war, wird diese bewegende Stunde vergessen. Mitten unter der Arbeit für den im nächsten Jahrbuch zu veröffentlichenden Öhringer Vortrag über Adelheid, die Mutter Konrads II., überfiel sie die tückische Krankheit, der sie bald nach dem Unfalltod ihres Sohnes Georg erlag.

*Gerd Wunder*

## Friedrich Reichert

geb. Schw. Hall 31. 10. 1908

† Schw. Hall 28. 10. 1987



Die Nachricht vom plötzlichen Tod von Friedrich Reichert hat nicht nur seine Angehörigen, sondern auch seine zahlreichen guten Freunde erschüttert.

Friedrich Reichert stammte aus einer Familie, die im Mannesstamm 1731 aus Aldingen nach Hall gekommen war, aber bald in die alten Siederfamilien einheiratete, wie die Gräter, Seiferheld und alle die anderen. Der Tod seines Vaters, des Haalschreibers, zwang ihn schon früh, das Gymnasium zu verlassen und eine kaufmännische Lehre (bei Kade in Hesselental) anzutreten. Schon als Kind hat er durch eine unglückliche Operation ein Kniegelenk eingebüßt. Sein Berufsleben hat er als Kaufmann bei den Firmen Ensinger und Nudel-Franz verbracht. Aus der Ehe mit Emilie Jedele († 1979) gingen drei tüchtige Söhne hervor. Als 1975 sein Schulkamerad Dr. Breit ihn bat, die Kasse des Historischen Vereins für Württembergisch Franken zu übernehmen, erwies sich bald auch für den Verein, was für ein sachkundiger, fähiger und geschickter Kaufmann er war. Er wußte stets, die Mittel auf die günstigste Weise anzulegen und sie rechtzeitig für die zahlreichen Veröffentlichungen dieser Jahre freizumachen. Besonders mühsam war die Umstellung auf die Datenverarbeitung, die er mit unermüdlichem Fleiß vollbrachte. Friedrich Reichert war stets an der Geschichte seiner Heimat stark interessiert und in den Siedersachen wohl beschlagen. Fehlen wird uns vor allem der Mensch Friedrich Reichert mit seiner klugen, klaren und nüchternen Sicht der Welt, seinem gütigen und hilfsbereiten Wesen und seinem stillen Humor. Mit ihm ist wieder ein Stück des guten alten Hall von uns gegangen.

*Gerd Wunder*

## Aus der Arbeit des Historischen Vereins für Württembergisch Franken im Jahr 1987

### *Mitglieder:*

Im Jahr 1987 hat sich die Zahl der Mitglieder des Historischen Vereins für Württembergisch-Franken wie folgt verändert:

|  |                 |
|--|-----------------|
| Der Mitgliederstand betrug am 1. Januar 1986 | 1136 Mitglieder |
| verstorben und ausgetreten sind              | 53 Mitglieder   |
| neu eingetreten sind                         | 54 Mitglieder   |
| am 31. Dez. 1987 betrug der Mitgliederstand  | 1137 Mitglieder |

### *Personalien:*

Am 7. April 1987 wurde der neue Leiter des Hohenlohe Zentralarchivs, Oberstaatsarchivrat Dr. Franz Mögle-Hofacker, vom Präsidenten der Landesarchivdirektion Dr. Richter in sein neues Amt eingeführt. Gleichzeitig wurde Staatsarchivdirektor Dr. Gerhard Taddey offiziell verabschiedet.

Am 26. August 1987 wurde dem Verfasser des Buches »Rüstung, Krieg und Sklaverei – Der Fliegerhorst Schwäbisch Hall-Hessental und das Konzentrationslager«, Michael Sylvester Koziol, für dieses Werk der Landespreis für Heimatforschung 1987 verliehen.

Am 29. Oktober 1987 ist der langjährige Rechnungsführer des Historischen Vereins für Württembergisch-Franken, Friedrich Reichert, im Alter von 79 Jahren überraschend verstorben.

Am 23. Dezember 1987 wurde zum bevorstehenden Geburtstag von Prof. Dr. Gerd Wunder dessen Buch »Personendenkmale der Michaelskirche in Schwäbisch Hall« im Rathaus Schwäbisch Hall vorgestellt.

Am 24. Dezember 1987 feierte das Vereinsmitglied Oberbürgermeister Karl-Friedrich Binder seinen 50. Geburtstag.

### *Schrifttum:*

Zu der Jahreshauptversammlung am 3. Mai 1987 wurde der 71. Band des Jahrbuches »Württembergisch Franken« zusammen mit dem von Frau Ursula Pfeiffer, Stadtarchiv Schwäbisch Hall, erstellten Gesamtverzeichnis des Jahrbuches von 1847 bis 1986 (Heft 1 bis Band 70) übergeben.

Am 8. Mai 1987 wurde der Band Nr. 4 der Reihe »Forschungen aus Württembergisch-Franken«, »Kloster Korb im Mittelalter« von Rainer Jooß, in zweiter Auflage vorgestellt.

Am 25. Juli 1987 wurde der Band Nr. 30 der Reihe »Forschungen aus Württembergisch-Franken«, »Pfedelbach 1037 bis 1987 – Aus Geschichte und Gegenwart –« der Öffentlichkeit übergeben.

### *Veranstaltungen:*

Die Jahreshauptversammlung fand am 3. Mai 1987 im Blauen Saal des Schlosses Öhringen statt.

Dabei wurde die neue Satzung einstimmig beschlossen (s. S. 429). Die Mitgliederversammlung wählte auch den Ausschuß für weitere drei Jahre. Ihm gehören folgende Mitglieder an (Das Ausschußmitglied Willi Kettacker bat im Dezember 1987 aus persönlichen Gründen um Entpflchtung; als sein Nachfolger wurde Herr Fritz Kellermann aus Ingelfingen in den Ausschuß berufen):



*Ausschuß-Mitglieder* (Stand: 31. Dezember 1987)

- Manfred Akermann, Stadtoberarchivrat, 7170 Schwäbisch Hall, Gelbinger Gasse 86  
 Dr. Konrad Betz, Facharzt für Nervenkrankheiten, 7170 Schwäbisch Hall, Obere Herrngasse 17  
 Herta Beutter, Stadtarchivamtsrätin, Stadtarchiv, 7170 Schwäbisch Hall  
 Dr. Ernst Breit sen., Apotheker, 7170 Schwäbisch Hall, Im Vorderen Gewann 10  
 Wilfried Brückner, Technischer Beigeordneter, 7170 Schwäbisch Hall, Gelbinger Gasse 38  
 Horst Clauß, Conrektor, 7173 Mainhardt, Keltenring 52  
 Ernst Conrad, Rechtsanwalt, 7170 Schwäbisch Hall, Neue Straße 23  
 Werner Martin Diel, Oberlehrer d. D., 7184 Kirchberg-Lendsiedel, Im Schmiedberg 17  
 Dr. Gerhard Fritz, Studienrat, 7157 Murrhardt, Hofberg 40  
 Eberhard Göpfert, Oberstudiendirektor, 7170 Schwäbisch Hall, Konradweg 4  
 Friedrich Gräter, Schwäbisch Hall, Mauerstraße 21  
 Hans Hagdorn, Oberstudienrat, 7118 Ingelfingen, Schloßstraße 11  
 Walter Hampel, Oberstudiendirektor, 7170 Schwäbisch Hall, Auf dem Galgenberg 7  
 Richard Hirsch, Bankdirektor a. D., 7170 Schwäbisch Hall, Crailsheimer Straße 10/1  
 Wilhelm Hoffmann, Dipl. Ing., 7170 Schwäbisch Hall, Pfitzner Weg 2/2  
 Gisela Joos, 7157 Murrhardt, Hauptstraße 23  
 Fritz Kellermann, 7118 Ingelfingen, Uhlandstraße 51  
 Hans-Joachim König, Pfarrer i. R., 7180 Crailsheim, An den Hecken 35  
 Hans König, Bürgermeister a. D., 7160 Gaildorf, Prescherstraße 43  
 Paul Körner, Oberbaurat i. R., 7170 Schwäbisch Hall, Auf dem Klingenberg 24  
 Dr. Franz Moegel-Hofacker, Oberstaatsarchivrat, 7113 Neuenstein, Hohenlohe Zentralarchiv, Schloß  
 Dr. Hans-Peter Müller, Kreisarchivar, 7170 Schwäbisch Hall, Landratsamt  
 Dr. Helmut Neumaier, Studiendirektor, 6960 Osterburken-Buchen, Wilhelm-Pfoh-Straße 32  
 Ursula Pfeiffer, 7170 Schwäbisch Hall, Stadtarchiv  
 Albert Rothmund, Ltd. Regierungsdirektor, 7170 Schwäbisch Hall, Im Loh 59  
 Kurt Rück, Bankkaufmann, 7180 Crailsheim, Hammersbachstraße 80  
 Dr. Harald Siebenmorgen, Museumsleiter, 7170 Schwäbisch Hall, Untere Herrngasse 12  
 Dr. Gerhard Taddey, Staatsarchivdirektor, 7113 Neuenstein, Obere Gartenstraße 11  
 Dr. Fritz Ulshöfer, 6990 Bad Mergentheim, Unterer Graben 8  
 Wolfgang Weirether, Kreisamtmann, 7170 Schwäbisch Hall, Raibacherstraße 19  
 Martin Wissner, Pfarrer, 7183 Langenburg, Evangelisches Pfarramt  
 Prof. Dr. Gerd Wunder, 7170 Schwäbisch Hall, Urbanstraße 1  
 Die Neufassung des Vertrages zwischen der Stadt Schwäbisch Hall und dem Historischen Verein für Württembergisch-Franken über das Hällisch-Fränkische Museum in der Keckenburg wurde bei einer Gegenstimme beschlossen.  
 Herr Staatsarchivdirektor Dr. Gerhard Taddey sprach über das Thema »Öhringen und Regensburg – aus der Geschichte der Beziehungen zwischen Stift und Bistum«.

*Offene Vortragsabende:*

9. Januar 1987 Dr. Gerd Wunder, Schwäbisch Hall: »Die Markgrafen von Baden in Backnang«  
 6. Februar 1987 Dr. Gerhard Taddey, Neuenstein: »Die Fürsten zu Hohenlohe und die Entwicklung der Industrie in Oberschlesien«  
 6. März 1987 Jakob Rudolf Frank, Schwäbisch Hall: »Streifzüge durch das barocke Oberschwaben«  
 4. September 1987 Dr. Philippe Alexandre, Epinal: »Die Anfänge des Hallischen Wochenblatts 1788 bis 1802«

2. Oktober 1987 Dr. Michael Diefenbacher, Nürnberg: »Agrarwirtschaftliche Zentren des Deutschen Ordens am unteren Neckar«
6. November 1987 Dr. Hans-Wernfried Muth, Würzburg: »Balthasar Neumann«
4. Dezember 1987 Dr. Harald Siebenmorgen: »Die Beuroner Kunstschule und die Anfänge der Kunst der Moderne«

### Tagungen:

Vom 16. bis 18. Juni 1987 fand in Schöntal in Zusammenarbeit mit dem Bildungshaus Kloster Schöntal eine Tagung über »Die Zisterzienser im Baden-Württembergischen Franken« statt. An der Tagung nahmen über 60 Teilnehmer teil.

Das einführende Referat hielt Pater Kolumban, Dr. Dr. Spahr, Prior des Zisterzienser-Klosters Mehrerau bei Bregenz, über das Thema »Der Zisterzienserorden in der Gegenwart«. Der erste Tag klang aus mit einem Konzert des Londoner Barock-Ensembles, das in Schöntal gastierte.

Am zweiten Tag sprach Prof. Dr. Jürgen Sydow, Tübingen, zum Thema »Die Zisterzienser – Entstehung und Geschichte eines Mönchsordens«.

Museumsleiter Dr. Harald Siebenmorgen, Schwäbisch Hall, referierte über den »Bautypus des mittelalterlichen Zisterzienser-Klosters«.

Frau Elisabeth Schraut, Schwäbisch Hall, sprach über Frauenkonvente und stellte einige Handschriften aus Frauenklöstern vor.

Pfarrer Heribert Hummel, Stuttgart, gab sodann eine Einführung in die Geschichte des Klosters Schöntal, die mit einer Führung durch die Klosteranlage verbunden war.

Oberstudiendirektor Dr. Elmar Weiß, Osterburken, sprach über das ehemalige Zisterzienserrinnen-Kloster Seligenthal.

Oberstaatsarchivrat Dr. Hermann Ehmer, Wertheim, hielt einen Vortrag zum Thema »Das Kloster Bronnbach im Zeitalter der Reformation«.

Architekt Becking, Würzburg, stellte in Lichtbildern die ehemaligen und bestehenden Zisterzienser- und Zisterzienserrinnenklöster in Franken dar.

Am 18. Juni fand sodann eine Exkursion zu den Klöstern Bronnbach (Führung Oberstaatsarchivrat Dr. Ehmer) und Frauenthal (Führung Rektor Schurr) statt.

Die Referate sind in diesem Jahrbuch zum Teil vollständig abgedruckt, zum Teil in Kurzfassungen wiedergegeben.

### Exkursionen:

Die folgenden Exkursionen wurden durchgeführt:

- 23./24. Mai 1987 »Auf den Spuren Balthasar Neumanns«, Fahrt nach Giebelstadt–Veitshöchheim–Würzburg–Vierzehnheiligen–Gaibach–Wiesenheim–Kitzingen in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Schwäbisch Hall
- 27./28. Juni 1987 Fahrt in das obere Donautal nach Ulm–Wiblingen–Oberdischingen–Ehingen–Munderkingen–Obermarchtal–Riedlingen–Heiligkreuztal–Heuneburg–Zwiefalten
19. September 1987 Fahrt in das Mittlere Jagsttal unter Führung von Dr. Mattern, Schorn-dorf, nach Mulfingen–Ailringen–Hollenbach–Jagstberg–Dörzbach–St. Wendel am Stein–Meßbach
10. Oktober 1987 Besichtigung von Kirchenbauten des 19. und 20. Jahrhunderts im Kreis Schwäbisch Hall unter Führung von Dr. Harald Siebenmorgen, Schwäbisch Hall, in Westheim–Gaildorf–Winzenweiler–Geifertshofen–Bühlerzell–Gaggstatt–Kirchberg/Jagst.

*Arbeitskreise:*

Der Arbeitskreis »Archäologische Denkmalpflege« führte folgende Veranstaltungen durch:

10. April 1987 Referat von Dr. Öftinger, Landesdenkmalamt Baden-Württemberg, über vor- und frühgeschichtliche Anlagen in Hohenlohe.
26. April 1987 Exkursion durchs »Keltische Hohenlohe« unter Führung von Karl Wiedmann und Bernd Weidner.
22. Mai 1987 Besichtigung der Stadtbefestigung von Schwäbisch Hall und der Arbeiten im Bereich des Unterlimpurger Tores, Führung Manfred Akermann, Schwäbisch Hall.
- Von April bis Juni war der Arbeitskreis an Ausgrabungen beteiligt in Mainhardt im Bereich des Römischen Lagerdorfes (Schulhauserweiterung), bei Schwäbisch Hall-Hessental von einer handkeramischen Siedlung (Fernwasserleitung), im mittelalterlichen Crailsheim.
- Im September 1987 führten Günter Stachel, Unterregenbach, zu den neuen Ausgrabungen in Unterregenbach und Dr. Krause, Landesdenkmalamt Stuttgart, zu den Ausgrabungen in Jagsthausen.
18. Oktober 1987 Exkursion zum Oppidum von Finsterlohr, Führung Rektor Heißwolf.
26. November 1987 Lehrgang über vor- und frühgeschichtliche Keramik.
- Der Arbeitskreis, der von Konrektor Horst Clauß, Mainhardt, geleitet wird, hat inzwischen 60 Mitglieder.

Am 25. April 1987 wurde in Murrhardt der »Arbeitskreis Mühlenkunde« gegründet. Er wird von Studienrat Dr. Gerhard Fritz, Murrhardt, geleitet (Referat bzw. Bericht S. 341 ff.). Am 24. Oktober 1987 fand eine Besprechung in der Landesarchivdirektion Stuttgart zum Thema »Mühlenkartierung/Mühlenatlas« statt. Der Arbeitskreis hat inzwischen 44 Mitglieder.

Die Zusammenarbeit mit den Volkshochschulen in Hohenlohe konnte im vergangenen Jahr intensiviert werden. Insbesondere wurden mit den Volkshochschulen in Künzelsau, Öhringen, Schwäbisch Hall und Crailsheim gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt.

Eine gemeinsame Veranstaltung fand auch am 23. März 1987 zusammen mit dem Crailsheimer Historischen Verein statt zum Thema »Kloster und Stift Ellwangen«, Referent: Dr. Hans Pfeifer, Ellwangen.

Zusammen mit dem Sandel'schen Museum in Kirchberg an der Jagst hat der Historische Verein für Württembergisch Franken vom 16. bis 30. August 1987 in der Orangerie in Kirchberg an der Jagst die Ausstellung »140 Jahre Historischer Verein für Württembergisch Franken« veranstaltet.

Der Ortsverband Murrhardt führte folgende Veranstaltungen durch:

29. März 1987 Fahrt an den Hochrhein nach Zurzach (römischer Rheinübergang Tenedo) – Basel Kaiseraugst (Augusta Rauracum/Augusta Caesarea) – Säkingen (karolingische Krypta im Fridolinsmünster). Führung: Dr. Rolf Schweizer.
3. und 12. Sept. 1987 Mitgliederversammlung, verbunden mit einem Vortrag über die »Geologie des Murrhardter Raumes« von Dieter Seegis, Schorn-dorf, verbunden mit einer Exkursion.
8. November 1987 Exkursion in das »Untere Kochertal von Neuenstadt bis Künzelsau (Cleversulzbach, Forchtenberg, Niedernhall, Ingelfingen, Künzelsau)«. Führung: Dr. Rudolf Schweizer, Murrhardt.
17. November 1987 »Fornsbacher Frühgeschichte«, Vortrag von Dr. Gerhard Fritz, Murrhardt.
1. Dezember 1987 »Murrhardt in alten Ansichten«, Vortrag von Hans-Dieter Bienert, Murrhardt.

Dazu fanden Veranstaltungen statt in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Murrhardt über den schwäbischen Dichter Ludwig Uhland und zur Sozialgeschichte von Murrhardt.

Das *Hohenlohe Zentralarchiv Neuenstein* führte folgende Ausstellungen durch:

19. bis 31. Mai 1987 »Zur Geschichte der Familie Weizsäcker«.

22. August bis 30. August 1987 »Geschichte des Stifts Öhringen«.

Der Historische Verein für Württembergisch Franken ist in den Vorständen des Hohenloher Freilandmuseums Schwäbisch Hall-Wackershofen e.V., des Vereins Alt Hall und in der Weygangstiftung Öhringen vertreten und wirkt auf diesem Weg an der Meinungsbildung der jeweiligen Gremien mit.

### *Museumswesen*

Der Gemeinderat hat der von Museumsleiter Dr. Harald Siebenmorgen entworfenen Konzeption des Hällisch-Fränkischen Museums zugestimmt. Es wurden auch wieder beträchtliche Mittel zum Ausbau des Museums bereitgestellt. Die Gebäude Untere Herrngasse 8, 10 und 12 (Erd- und Kellergeschosse) sowie das Haus Keckhof 7 wurden weitgehend fertiggestellt. Mit den Umbauarbeiten am Haus Keckenhof 6 wurde begonnen.

Die Zusammenarbeit mit der Stadt Schwäbisch Hall ist sehr gut. Das finanzielle Engagement der Stadt Schwäbisch Hall bezüglich der Einstellung von Museumspersonal und der Schaffung geeigneter Museumsräume ist groß und verdient Anerkennung.

Zwei Schwerpunkte in der Arbeit des Hällisch-Fränkischen Museums 1987 sind herauszustellen: zum einen die intensive Ausstellungstätigkeit, die sich in fünf neuen Sonderausstellungen niederschlug, zum anderen der Baufortschritt in den für das Museum vorgesehenen Räumlichkeiten, die im November des Jahres zum lange erwarteten Bezug eines neuen, optimal ausgestatteten Museumsmagazins führte.

Mit seiner intensiven Ausstellungstätigkeit versucht das Museum, insbesondere die durch die umbaubedingte Schließung entstandene schwierige Situation zu überbrücken und das Interesse der Öffentlichkeit an den Sammlungen wachzuhalten. Dieses Ziel wurde 1987 mehr als erwartet erfüllt. Mit knapp 24000 Besuchern konnte das Museum im letzten Jahr seine Besucherzahl gegenüber 1986 um das Dreifache, den Jahren zuvor, auch den letzten der regulären Museumsöffnung, um das Vierfache steigern.

Die im Oktober 1986 eröffnete Ausstellung »Louis Braun, Panoramen von Krieg und Frieden aus dem Deutschen Kaiserreich« wurde zunächst bis 11. Januar verlängert; sie wurde im Sommer 1987 in die Stadtgeschichtlichen Museen Nürnberg übernommen und im dortigen Fembohaus gezeigt. Am 1. Februar wurde die von Claudia Opitz und Elisabeth Schraut zusammengestellte Ausstellung »Frauen und Kunst im Mittelalter« eröffnet; sie wurde von Elisabeth Schraut um einen regional-geschichtlichen Teil, in dem teilweise originale Zeugnisse von Künstlerinnen und aus Frauenklöstern unserer Region, u. a. aus der Württembergischen Landesbibliothek in Stuttgart, ergänzt. Am 6. Mai folgte die Ausstellung »Gartenbau und Ernährung im alten Hall«, die die Eröffnung eines ständig für die Zukunft eingerichteten »spätmittelalterlichen Museumsgartens« auf einem ca. 70 qm großen Areal bei der Oberen Herrngasse in Schwäbisch Hall begleitete. Das Museum bereitete die Ausstellung und die Anlage des Gartens im Rahmen eines Volkshochschulkurses mit einer interessierten Gruppe aus der Bevölkerung vor; unterstützt wurde das Vorhaben insbesondere durch das Botanische Institut der TU Braunschweig, deren Direktor, Prof. Dr. Gottfried Galling, auch den Einführungsvortrag zur Ausstellung hielt. Ein Begleitprogramm, bei dem typische Gerichte der mittelalterlichen Küche zubereitet und zum Probieren angeboten wurden, machte diese Ausstellung für viele Besucher besonders interessant.

Mit der Ausstellung »Michael Turzer: Der Fluß der Zeit« (28. 5.–16. 8) zeigte das Museum erstmals aktuelle Kunst aus unserer Region. Intensive Diskussionen in der Bevölkerung lösten dabei insbesondere die sechs Freiraum-Installationen bei den Kocherinseln aus, mit denen Michael Turzer seine künstlerischen Anschauungen vorstellte. Zu dieser Ausstellung,

die 1988 vom »Städtischen Museum im Prediger« in Schwäbisch Gmünd übernommen wird, erschien in der edition Cantz, Stuttgart, ein sorgfältig ausgestatteter Katalog.

Bis dahin die meiste Beachtung fand jedoch die gemeinsam mit dem Stadtarchiv Schwäbisch Hall vom 17. Juli bis 27. September in der Johannerhalle gezeigte Schau »Hall in der Napoleonzeit. Eine Reichsstadt wird württembergisch«, die aus Anlaß eines Stadtjubiläums, der erstmaligen Erwähnung Halls vor 950 Jahren (1037), und parallel zur Stuttgarter Landesausstellung zur Napoleonzeit veranstaltet wurde. Die Ausstellung zeigte eine wichtige Umbruchsepoche der Haller Stadtgeschichte von 1780 bis 1830 und konnte mit 2376 Katalognummern neben verschiedenen Leihgaben auch einen Einblick in die reichen Bestände des Museums allein aus einem solch begrenzten Zeitraum geben. 6668 Besucher sahen diese Ausstellung, zu der im Thorbecke Verlag, Sigmaringen, ein umfangreicher Katalog erschien.

Am 1. November wurde schließlich die Ausstellung »Weihnachtsbräuche in aller Welt« eröffnet. Die volks- und völkerkundliche Ausstellung wurde vom Hamburger Museum für Völkerkunde nach Schwäbisch Hall ausgeliehen und von der Sammlerin der Objekte, Maud Pohlmeier, persönlich aufgebaut. Mit 6155 Besuchern allein bis Jahresende verspricht diese Ausstellung ein neuer Publikumsschlagler zu werden.

Neben vier Fernsehsendungen und zahlreichen Rundfunkberichten hat die Arbeit des Museums 1987 auch eine erfreuliche Resonanz in der Presse gefunden, darunter mehr und mehr auch in überregionalen Publikationen. Das Museum hat dazu einen »Pressespiegel 1987« zusammengestellt, der über das Museumssekretariat bezogen werden kann.

Die Ausstellungen und ein vielfältiges begleitendes Veranstaltungsprogramm stellten freilich nur einen – wenngleich öffentlichkeitswirksamen – Teil der Museumsarbeit 1987 dar. Erfreuliche Fortschritte konnten im letzten Jahr im Bereich der Baumaßnahmen erzielt werden, wenn auch die Neueröffnung der Schausammlungen erst im Herbst 1988 möglich sein wird. Der Gemeinderat der Stadt Schwäbisch Hall gab den Beginn der Baumaßnahmen in den Bauabschnitten II und III frei. Nach der erwarteten Fertigstellung des ersten Bauabschnitts im März 1988 laufen jetzt die Umbaumaßnahmen an Keckenturm/Anbau und der Stadtmühle an; mit dem neuen Verwaltungsgebäude des Museums (Bauabschnitt IV) wurde bereits begonnen und mit dessen Fertigstellung ist ebenfalls für Frühjahr 1988 zu rechnen. Mit dem im November 1987 in Betrieb genommenen neuen Magazin-gebäude im Fabrikareal Held & Teufel, in das die bislang unzureichend auf verschiedene Gebäude verteilten Sammlungen überführt wurden, steht dem Museum eine museumstechnisch optimale, teilweise vollklimatisierte Lagerungsmöglichkeit für das Museumsgut in fünf Gebäudegeschossen zur Verfügung.

Von der personellen Seite her ist das Museum freilich nur unter großen Schwierigkeiten in der Lage, die Vielfalt der anstehenden Aufgaben angemessen zu erfüllen. Anstelle des verstorbenen Gerhard Maier wurde mit Oliver Wisotzki ein Fachschreiner für das Museum eingestellt. Frau Elisabeth Schraut M. A. trat einen Zeitvertrag als wissenschaftliche Angestellte zur Vorbereitung einer für 1989 geplanten Ausstellung über das Kloster Comburg an. Im Rahmen eines landesweiten Inventarisierungsprogramms begann Frau Monika Joggerst M. A. mit einer Neuinventarisierung der Sammlungen, die gleichzeitig durch einen Fotografen komplett dokumentiert werden. Der Gemeinderat der Stadt Schwäbisch Hall bewilligte für 1988 die Einrichtung von acht Halbtagsstellen für Aufsicht und Kassenführung im neueröffneten Museum.

Die Sammlungen des Museums konnten 1987 in vielfältiger Weise durch Ankäufe, Stiftungen, Überstellungen und Dauerleihgaben vermehrt werden. Am 20. Januar übergab der baden-württembergische Minister für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Helmut Engler, dem Museum den »dudelsackspielenden Knaben« von Leonhard Kern als Dauerleihgabe des Landes. Auch der fünfundzwanzigteilige Zeichnungszyklus »Hohenlohe« von Thomas Lenk, den Ministerialrat Dr. Helmut Gerber in Anwesenheit des Künstlers am 22. Mai übergab, gelangte als Leihgabe des Landes Baden-Württemberg ins Museum. Weiterhin

erwarb das Land Arbeiten junger Haller Künstler (Thomas Achter, Markus Neufanger, Michael Turzer), die sie uns für den Aufbau einer Abteilung regionaler Kunst des 20. Jahrhunderts zur Verfügung stellten.

Aufgrund einer Stiftung von Dr. Max Bühler erhielt das Museum zwei wichtige Arbeiten des Malers Dieter Franck (1909–1980), des bekanntesten Vertreters der Moderne nach 1950 in Hall. Die Witwe des Künstlers, Frau Rita Franck, gab diesen Arbeiten eine dritte als Dauerleihgabe hinzu. Herr Otto Rezbach aus Schwäbisch Hall stiftete dem Museum eine wertvolle Sammlung von 185 historischen Grenzsteinzeugen, die er in jahrzehntelanger Arbeit im heutigen Landkreisgebiet sammelte. Mit Unterstützung der Fa. Würth, Künzelsau, und der Kreissparkasse Schwäbisch Hall-Crailsheim konnte das Museum einen kostbaren, in die Frühzeit der Manufaktur gehörigen Schrezheimer Vayenceteller mit reicher Blumenmalerei erwerben. Historischer Verein und Stadt Schwäbisch Hall erwarben verschiedene Goldschmiede- und Zinnarbeiten des 17. und 18. Jahrhunderts aus Haller Werkstätten, wobei insbesondere ein sogenannter »Apostellöffel«, 1645 von dem Haller Goldschmied Georg Wüst für die Siedersfamilie Gronbach entstanden, besondere Erwähnung verdient. Für die geplante Judaica-Abteilung konnten u. a. ein Pessah-Teller, ein Kidduschbecher und eine Besonimbüchse erworben werden.

Wichtigster Ankauf der Stadt war 1987 jedoch zweifellos der einer figürlich bemalten Wandvertäfelung mit der Darstellung des »Urteil Salomons« aus der Zeit um 1540, die in den fünfziger Jahren im Haller Clausnitzerhaus entdeckt wurde und sich seitdem als Leihgabe aus Privatbesitz in der Haller Michaelskirche aufgestellt fand. Dieses nahezu einzigartige Zeugnis der Gerechtigkeitsikonografie aus der Renaissancezeit könnte ursprünglich aus einem öffentlichen Gebäude der Reichsstadt Hall (dem 1728 im Brand zerstörten Alten Rathaus?) stammen.

Das Museum hatte 1987 zudem die Gelegenheit, wertvolles historisches Gut aus den Deposita anderer städtischer Ämter zu sichern. So fanden u. a. die wiederaufgefundenen, bedeutenden Originalfragmente von Hans Beuschers spätgotischem Haller Marktbrunnen definitiv den Weg ins Museum. Der städtische Bauhof Bad Friedrichshall überließ dem Museum ein historisches, 4 m Durchmesser umfassendes Tretrad der dortigen ehemaligen Saline.

Im Hinblick auf die erwähnten Ausstellungen und die Neueröffnung des Museums wurde auch ein umfangreiches Restaurierungsprogramm am Museumsgut durchgeführt. 1987 wurden eine Reihe von Gemälden und Möbeln aus der Zeit um 1800 sowie verschiedene spätgotische Skulpturen restauriert. Im Rahmen des neugefaßten Museumsvertrages zwischen dem »Historischen Verein für Württembergisch-Franken« und der Stadt Schwäbisch Hall wurde eine neue Regelung zur Bestreitung der Restaurierungskosten getroffen, nach der sich Stadt und Verein die nicht durch Zuschüsse Dritter gedeckten Aufwendungen am vereinseigenen Museumsgut hälftig teilen. Zur Aufwendung der derzeit hohen Restaurierungskosten veräußerte der Verein einen in seinem Besitz befindlichen spätgotischen Palmesel an die Stadt; damit bleibt das wertvolle Werk selbstverständlich dem Museum erhalten. Die Restaurierung der Synagogenvertäfelung aus Unterlimpurg von 1739 schritt zügig voran und wird, da sie dem Germanischen Nationalmuseum Nürnberg als Leihgabe für die große »Judaica«-Ausstellung im Herbst 1988 zugesagt wurde, im März 1988 abgeschlossen sein. Auf eigene Kosten restaurierte das Nürnberger Museum unsere Laubhütte von 1682, die ebenfalls auf dieser Ausstellung gezeigt werden soll.

Die aktuelle Museumsarbeit steht nunmehr ganz im Zeichen der für den 3. September im Rahmen eines großen Museumsfestes geplanten Wiedereröffnung, die innerhalb des ersten Bauabschnitts zunächst die Abteilungen Geologie (Sammlung Hans Hagdorn), Vor- und Frühgeschichte und mittelalterliche Stadtgeschichte umfassen wird. In Hinblick auf die Museumseröffnung wurden ein großes Stadtmodell, das das Stadtbild Halls vor dem Brand des Jahres 1728 zeigen soll, sowie ein geologisches Geländemodell in Auftrag gegeben; ein von dem international bekannten Bildhauer Thomas Lenk geschaffenes neues Museumssi-

gnet wird künftig das öffentliche Erscheinungsbild des Museums einschließlich des Wegweisungssystems in der Stadt prägen.

Zur Neueröffnung der ständigen Schausammlungen wird das Museum im Herbst 1988 erstmals die neu aufgebaute Abteilung »Kunst des 20. Jahrhunderts« in einer Sonderausstellung zeigen, bevor am 21. Oktober 1988 eine hochkarätige, aus Leihgaben vieler großer Museen Europas zusammengestellte Ausstellung des Haller Barockbildhauers Leonhard Kern, des bedeutendsten je in der Stadt ansässigen Künstlers, eröffnet werden wird.

*Albert Rothmund*, Vorsitzender

*Dr. Harald Siebenmorgen*, Museumsleiter

### *Historischer Verein für Württembergisch Franken*

#### *Satzung*

vom 3. Mai 1987

#### § 1 Name und Sitz des Vereins

Der Verein führt den Namen »Historischer Verein für Württembergisch Franken e. V.«. Er hat seinen Sitz in Schwäbisch Hall und ist in das Vereinsregister beim Amtsgericht Schwäbisch Hall eingetragen.

#### § 2 Zweck und Aufgaben des Vereins

Der Historische Verein für Württembergisch Franken erfaßt die Geschichte Württembergisch Frankens (Landkreis Schwäbisch Hall, Hohenlohekreis, Main-Tauber-Kreis und angrenzende Gebiete), weckt und pflegt den Sinn für Geschichte und Heimatkunde.

Der Verein erreicht diesen Zweck durch:

- a) Herausgabe des Jahrbuchs Württembergisch Franken
- b) Herausgabe und Drucklegung historischer Arbeiten
- c) Veranstaltung von Vorträgen, Ausflügen, Ausstellungen und Führungen
- d) Erhaltung und Ausbau der Sammlungen im Hällisch-Fränkischen Museum in der Keckenburg und der Vereinsbibliothek
- e) Einrichtung von Forschungskreisen für bestimmte Themenbereiche
- f) Einrichtung von Ortsgruppen in Städten und Gemeinden des Vereinsgebiets bei genügendem Interesse.

#### § 3 Gemeinnützigkeit

Der Historische Verein für Württembergisch Franken verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts »Steuerbegünstigte Zwecke« der Abgabenordnung. Der Verein ist selbstlos tätig und verfolgt keine eigenwirtschaftlichen Zwecke. Die Mittel des Vereins werden nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

#### § 4 Mitglieder

Mitglied des Vereins kann jedermann werden, der sich für den Zweck des Vereins interessiert. Mitglieder können auch juristische Personen oder deren Einrichtungen (Körperschaften, Anstalten, Behörden, Schulen und Vereine) werden.

Die Anmeldung erfolgt beim Vorsitzenden und wird mit einer Mitgliedskarte bestätigt.

#### § 5 Mitgliedsrechte

Die Mitglieder üben ihr Stimmrecht in der Jahreshauptversammlung aus. Sie haben freien Zutritt zu den Vorträgen des Vereins und in das Hällisch-Fränkische Museum in der Keckenburg. Sie können die Vereinsbibliothek kostenlos benützen und erhalten das Jahrbuch des Vereins unentgeltlich.

### § 6 Ehrenmitglieder

Zu Ehrenmitgliedern können Personen ernannt werden, die sich namhafte Verdienste um die Förderung der Vereinsaufgaben erworben haben oder die besonders mit den Aufgaben des Vereins verbunden sind.

Die Ernennung der Ehrenmitglieder erfolgt auf Vorschlag des Ausschusses durch die Jahreshauptversammlung. Ehrenmitglieder haben die Rechte der ordentlichen Mitglieder und sind von der Bezahlung des Jahresbeitrages befreit. Sie können an den Ausschußsitzungen stimmberechtigt teilnehmen und als Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes berufen werden.

### § 7 Ende der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft endet:

1. durch schriftliche Austrittserklärung zum Ende des Geschäftsjahres, für das jedoch der Beitrag noch zu entrichten ist;
2. durch Ausschluß seitens des Ausschusses bei Zahlungssäumnis trotz zweimaliger Mahnung und Androhung des Ausschlusses oder bei einem den Vereinsinteressen abträglichen Verhalten;
3. durch den Tod des Mitglieds.

### § 8 Geschäftsjahr

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

### § 9 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind:

- a) die Jahreshauptversammlung,
- b) der Vorsitzende und sein Stellvertreter,
- c) der Geschäftsführende Vorstand,
- d) der Ausschuß.

### § 10 Jahreshauptversammlung

Die Jahreshauptversammlung findet jährlich mindestens einmal statt. Die Jahreshauptversammlung hat die Aufgabe:

- a) den Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden, den Kassenbericht des Rechnungsführers und den Prüfungsbericht des Kassenprüfers entgegenzunehmen und ihnen Entlastung zu erteilen.
- b) Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters auf die Dauer von 3 Jahren,
- c) Wahl der Mitglieder des Ausschusses auf die Dauer von 3 Jahren,
- d) Festsetzung und Änderung der Satzung,
- e) Festsetzung der Höhe des Mitgliedsbeitrages,
- f) Ernennung von Ehrenmitgliedern auf Vorschlag des Ausschusses,
- g) Beschlußfassung über Verträge über die Verwaltung der Sammlungen und der Vereinsbibliothek,
- h) Beschlußfassung über Anträge von Mitgliedern,
- i) Beschlußfassung über die Auflösung des Vereins.

Bei der Jahreshauptversammlung soll ein wissenschaftlicher Vortrag gehalten werden.

Die Jahreshauptversammlung wird vom Vorsitzenden mindestens einen Monat vorher durch Mitgliederrundschreiben einberufen. Anträge der Mitglieder zur Jahreshauptversammlung sind spätestens 14 Tage vorher schriftlich beim Vorsitzenden einzureichen. Eine außerordentliche Jahreshauptversammlung ist einzuberufen, wenn es die Belange des Vereins erfordern oder wenn mindestens 5 % der Mitglieder schriftlich die Einberufung unter Angabe des Zwecks verlangen.

Die Jahreshauptversammlung beschließt mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder. Beschlußfassungen über Festsetzung und Änderung der Satzung bedürfen der Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder. Stimmenübertragung ist nicht zulässig.

### § 11 Vorsitzender

Der Vorsitzende und sein Stellvertreter werden von der Jahreshauptversammlung auf die



Dauer von 3 Jahren gewählt. Vorstand im Sinne von § 26 BGB sind der Vorsitzende und ein Stellvertreter. Jeder ist allein vertretungsberechtigt. Der Vorsitzende lädt zu den Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstandes und des Ausschusses sowie zur Jahreshauptversammlung ein und leitet sie.

#### § 12 Geschäftsführender Vorstand

Der Geschäftsführende Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter, dem Rechnungsführer und zwei vom Ausschuß aus seiner Mitte gewählten Mitgliedern. Der Geschäftsführende Vorstand entscheidet über alle Angelegenheiten, soweit sie nicht anderen Vereinsorganen vorbehalten sind, und berät den Vorsitzenden bei der Führung der laufenden Geschäfte.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben kann er Sachverständige beratend beiziehen. Dies gilt besonders für die verantwortlichen Vertreter der Körperschaften, mit denen Verträge nach § 10 Absatz 2 Buchstabe g) der Satzung abgeschlossen sind. Der Geschäftsführende Vorstand tagt regelmäßig und wird dazu vom Vorsitzenden eingeladen.

#### § 13 Ausschuß

Der Ausschuß des Vereins besteht aus dem Geschäftsführenden Vorstand und den von der Jahreshauptversammlung auf die Dauer von 3 Jahren gewählten Mitgliedern. Der Ausschuß kann auf die Dauer seiner Amtsperiode weitere Mitglieder zuwählen. Die Zuständigkeit des Ausschusses umfaßt:

1. Wahl der zwei weiteren Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes,
2. Wahl des Schriftführers, des Rechnungsführers und des Kassenprüfers,
3. Bestellung von Schriftleitern für das Jahrbuch und die Veröffentlichungen des Vereins,
4. Bestellung je eines Beauftragten für die Sammlungen des Vereins und die Vereinsbibliothek,
5. Vorberatung der Jahreshauptversammlung,
6. Vorschläge zur Ernennung von Ehrenmitgliedern,
7. Veranstaltungsprogramm,
8. Beschlußfassung über die Herausgabe historischer Arbeiten,
9. Kauf von Gegenständen für die Sammlungen, deren Anschaffungswert mehr als 10000 DM beträgt,
10. Restaurierung von Museumsgegenständen, deren Kosten mehr als 10000 DM im Einzelfall beträgt,
11. Bildung von Forschungskreisen,
12. Einrichtung von Ortsgruppen,
13. Entgegennahme des Berichts des Geschäftsführenden Vorstandes.

Der Ausschuß sollte jährlich mindestens zweimal einberufen werden. Er entscheidet mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder.

#### § 14 Schriftführer

Der Schriftführer führt die Protokolle der Jahreshauptversammlung und der Ausschußsitzungen. Das Protokoll ist von dem Vorsitzenden der Versammlung und dem Schriftführer zu unterschreiben. Wenn mehrere Vorsitzende tätig waren, unterzeichnet der letzte Versammlungsleiter das ganze Protokoll.

#### § 15 Rechnungsführer

Der Rechnungsführer verwaltet das Vereinsvermögen, besorgt die Kassengeschäfte, erhebt die Beiträge und legt jährlich Rechnung.

#### § 16 Auflösung des Vereins

Bei Auflösung des Vereins fallen das Vereinsvermögen, die Sammlungen und die Bibliothek an die Stadt Schwäbisch Hall oder eine andere Körperschaft des öffentlichen Rechts im Vereinsgebiet. Die Stadt Schwäbisch Hall oder die andere Körperschaft des öffentlichen Rechts übernehmen dabei die Verpflichtung, das Vereinsvermögen gemeinnützig zu verwenden, Sammlungen und Bibliothek in geordnetem Zustand zu erhalten.

**Förderer des Vereins 1987**

Bausparkasse Schwäbisch Hall  
Dr. Ernst Breit sen., Schwäbisch Hall  
Wolfgang Detroy, Kirchberg/Jagst  
Ernst Glock, Alfter-Dedekoven  
Wilhelm Hahn, Stuttgart  
Kreissparkasse Schwäbisch Hall  
Eberhard Knorr, Ulm  
Landratsamt Hohenlohekreis  
Landratsamt Main-Tauber-Kreis  
Landratsamt Schwäbisch Hall  
Optima Maschinenfabrik, Schwäbisch Hall  
Stadtverwaltung Schwäbisch Hall  
Hermann von Olnhausen, Kriftel

## Orts- und Personenregister

Vorbemerkung: Ortsnamen werden in der historischen Form wiedergegeben, also Hall und Mergentheim statt Schwäbisch Hall und Bad Mergentheim.

Adlige Namen sind unter dem Zunamen eingereiht, auch Grafen, Pfalz-, Land- und Markgrafen oder Fürsten. Dagegen stehen Bischöfe, Äbte, Herzöge und Könige unter dem Vornamen.

Der Zusatz u. a. bezieht sich auf Träger anderer Vornamen mit demselben Zunamen, die auf derselben Seite genannt sind.

- Aalen 389  
Absberg 259  
–, Hans Konrad v. 256  
Adelsheim 93–106, 110–153, 158, 162ff, 174, 178f, 182  
Adolzfurt 325  
Akermann, Manfred 414  
Alber, Matthäus 362, 369  
Alberich, Prior v. Cîteaux 9  
Aldingen 421  
Alexander VII., Papst 17  
Alexandre, Philippe 414  
Angstmann, H. 142  
Ansbach 263  
Arbrissel 7, 43  
Archshofen 374  
Arnold, Carl 320  
Arnold, Udo 383  
Arras, Hans 312  
Aschaffenburg 397  
Ascher, Jakob 378  
Atz, Wilhelm 199f, 202  
Augsburg 71, 320  
Augst, Pauline Karoline 302, 306
- Bach, Sophie Marie 244  
Bach, Tobias Bernhard 244  
Bachmayer, Hannß Georg Urban 338  
Bachmeyer, Hannß Peter 338  
Backnang 204, 351–354, 409  
Bär, Julius 197  
Baer, Anne 371  
Baer, Walter 369f  
Bästlin, Georg 312  
Ballenberg 117f, 133f, 157f, 161, 174, 187  
Bamberg 42, 69, 232, 397  
Bansa, Helmut 398  
Basel 243, 349  
Bauer, Christian Friedrich 221–249  
–, Friederike Renate 243  
–, Friedrich Wilhelm 231  
–, Hermann 222, 244ff  
–, Johann Christian Friedrich 223  
–, Marie 237  
–, Max Hermann 247ff
- , Michael 325  
–, Walter 245  
–, Wilhelm 222, 224f  
Baumann, Angela 416  
–, Jörg Michel 334  
–, Johann Georg 334  
Bausinger, Hermann 401  
Bavarus (Beyer), Philipp 27  
Bazille, Wilhelm 89  
Bebel, August 200, 211f  
Bebenhäuser 14, 16  
Bechstein, Hans 252  
Bellot, Josef 386  
Benedikt XII., Papst 15  
Benning, Gabriele 383  
Berber, Friedrich 405  
Berlichingen, Götz von 26  
–, Hans Reinhard v. 267, 270  
Berlin 209, 244, 349, 409,  
Bernhard v. Clairvaux 10, 13  
Bernhardsmühle (Ziegelmühle) 299–306, 315  
Berokmüller, Regierungsrat 186  
Berolzheim 117, 136, 159, 163, 168, 172, 178  
Bestlin, Jerg 311  
Beyer, Philipp 38  
Beyrer, Johann Christian 334  
Bibersfeld 210  
Bierneisel, Landrat 150  
Bietigheim 401  
Billigheim 46, 48, 52  
Binder, Karl-Friedrich 423  
Binnicker, Anna 249, 264, 268  
–, Christoph Ludwig Gottfried 268  
–, Hans Philipp 268ff  
–, Ludwig 268  
–, Melchior 264ff  
–, Stephan 265, 268  
Birker, Eva 314  
Birkert, Rosina Elisabeth 324  
Birnaue 16  
Bischoff, Friedrich 208f  
Bismarck 205  
Bittel, Kurt 386  
Bittelbronn 265  
Biskup, Marian 382

- St. Blasien 6  
 Blezinger, Richard 388  
 Blinzinger, Georg Andreas 338  
 Bloch, KPD-Mitglied 143  
 –, Judenlehrer 144  
 Bloss, Wilhelm 89, 213  
 Bobstadt 120  
 Bochum 381  
 Bodenlauben, Beatrix v. 53  
 –, Otto v. 53  
 Bofsheim 104ff, 116, 118, 123, 127, 179, 185  
 Bolz, Eugen 89  
 Bomm, Hellmut G. 391, 409  
 Bonicker, Hans 265  
 –, Thomas 265  
 Borst, Otto 401  
 Boster, Bastian 311  
 Boxberg 96, 99, 410  
 Bräunche, E. O. 95  
 Bräuniger, Philipp Martin 295  
 Braunschweig 204  
 Brandenburg, Joachim Kurfürst von 34  
 Braunsbach 410  
 Braut, Sebastian 402  
 Brecht, Bert 370  
 Brest-Litowsk 378  
 Breitenbronn 120  
 Brenz, Johannes 28  
 Breuninger, Clara Christina 330  
 Brodbeck, Georg Konrad 362, 365, 367  
 Bronnacker 93, 109, 117, 153, 157  
 Bronnbach 10, 15f, 21–27, 31f, 73  
 Broszat, Martin 94  
 Brown, John 227  
 Brüning, Reichskanzler 109  
 Brunecke, Margareta v., Äbtissin von Frauenental 51  
 Bruno v. Köln, Kartäusergründer 7  
 Buch 116ff, 136, 160, 165, 184, 189  
 Buchen 103  
 Bühler, G. 199  
 –, Heinz 386  
 –, v. 205, 207  
 Buhl, Wolfgang 416  
 Burhart, Magdalene 314  
 Burckhardt, Carl Jacob 405
- Cadouin, Dordogne 7  
 Camaldoli, Kloster nördlich von Arezzo 7f  
 Cannstatt 198  
 Cappel 278, 282, 294ff, 306, 316, 325  
 Cappler, Christina Elisabeth 315  
 Carle, Eva Rosina 306  
 Carle, Friedrich 324f  
 –, Georg 328  
 Carlè, W. 242  
 Caspar, Felix 362, 364  
 Cava, Unteritalien 6  
 Chaise-Dieu, Mittelfrankreich 6  
 Childers, Th. 123
- Christoph, Herzog v. Württemberg 33f  
 Clairvaux 10  
 –, Bernhard v. 10, 13  
 Cluny 5f, 9  
 Cook, James 226  
 Crafft, Simon 328  
 Crailsheim 215, 263, 324, 387f, 418  
 –, Hans v. 240  
 –, Jakob v. 260  
 Creglingen 418  
 Crispenhofen 324  
 Czarnetzki, Alfred 361
- Dafferle, Georg Michael 314, 320  
 –, Johann Georg 314  
 –, Johann Michael 315  
 Dagersheim (bei Sindelfingen) 265  
 Damiani, Petrus 5, 7  
 Damms, Hauptmann a. D. 106  
 Daniel, v., Oberamtmann 200, 204–208  
 Darbringer, Christian 325  
 Darmstadt 346  
 Daubenberger, Georg Michel 340  
 Decker-Hauff, Hansmartin 392  
 Demel, Bernhard 383  
 Denner, Eva Barbara 330  
 Denninger, Wilhelm 232  
 Deppisch, kath. Pfarrer in Osterburken 186f  
 Descartes 370  
 Dettelbacher, Werner 416  
 Deubach (bei Mergentheim) 251  
 Dietrich, Hans, u. a. 295  
 Dietz, MdR 212f  
 Diez, Maria Katharina 320  
 –, Rosina Barbara 320  
 Dilger, Peter 294  
 Ditz, Stephan 27  
 Dillingen 386  
 Dinkelsbühl 416  
 Doderer, Hanns 279  
 Döring, Walter 414  
 Dörlesberg 25  
 Dörlesheim 39f  
 Dörner, Johann, u. a. 324  
 Dörrenzimmern 222  
 Dörzbach 128, 263  
 Döttenweiler 314  
 Döttingen 420  
 Dünninger, Josef 403  
 Dürr, Konrad v. 73  
 Dürr, Emil 378  
 Dulk, SPD-Redner 204f
- Eberbach 75, 410  
 Eberhard, Schneider 209  
 Eberlin, Johann 23f, 33  
 –, Maria 33  
 Eberstein, Wilhelm v. 25  
 –, Eberstein, Philipp, Graf v. 33  
 Ebnisee 356

- Ebrach 69  
 Echter, Julius 40, 385  
 Eckartweiler 278, 296ff. 305  
 Eckert, Christoph 334  
 –, Johann 332  
 –, Katharine 326  
 Ehrenfried, Johann Georg 314  
 Eichinger, Johann Georg 306, 334  
 Einweiler 305  
 Eiselin, Georg 320  
 Eisenmenger, Anna Maria 322  
 Eisenach 200f, 216f  
 Ellwangen 78, 85  
 Elpersheim 373  
 Els 324  
 Elser, Friedrich 207f  
 Emmerich, Sigmund 378  
 Emmertshof 276, 320, 324  
 Endreß, Karoline 324  
 Endrich, Peter, Prof. 390  
 Engelhardt, Maria Agnes 254  
 Engelhard, Pfarrer 104f  
 Englert, Albert 150, 186  
 Engelhardt, Elisabeth Rosina 249, 270  
 –, Johann Wilhelm 249, 253, 270  
 Ennen, Edith 416  
 Enssle, Hugo 334  
 Eppe, Hans 278, 294  
 Eppel, Emil 143  
 Erlangen 51, 222  
 Erlenbach 109f, 133, 153, 157  
 Eichelbach 275, 306f, 329, 334  
 Eschenburg, Theodor 394  
 Eschental 420  
 Esslingen 195, 381  
 Eßlinger, Georg Michael 301, 306  
 –, David 334  
 Ettebach 324  
 Eubigheim 94–107, 117, 139, 161ff, 174, 178, 187ff  
 Eyb, Joachim v. 373  
  
 Faber, Sophie 247  
 Fasanenmühle 334–336  
 Fehring, G. P. 361, 389  
 Feilzer, Johann 40  
 Feinauer, Maria Anna 329  
 Feis, Moses 377  
 Fellendorf-Börner, G. 390  
 Ferdinand I., Kaiser 35  
 La Ferté (südlich Dijon) 10  
 Fest, Joachim 135  
 Fetscher, Iring 413  
 Feuchter, Johann Georg 338  
 Feuchtwangen 263  
 Fichte, Johann Gottlieb 227  
 Firnhaber, Josef 263  
 Firnsler, Elisabeth 307  
 –, Hans 305  
 –, Michael 305  
 –, Paul 305  
 –, Peter 299  
 Fischer, Hans Michael 328  
 –, Johann Jakob 329  
 –, Maria Elisabeth 330  
 Flach, Georg 27  
 Fleck, E. 242  
 Fleischhacker, Nathan 145  
 Florenz 399  
 Foillet, Jacob 399  
 Förnsler, Maria Elisabeth 315  
 –, Rosina 320  
 Fontaines-lès Dijon, Bernhard v. 9f  
 Fontenay 75  
 Fontevrault, Kloster bei Poitiers 7  
 Forchtenberg 267, 279, 389  
 Forster, Johann Reinhold 226  
 –, Konrad 54  
 Frankfurt 196, 245  
 Fran(c)k, Georg Leonhard 305  
 –, Johann Friedrich 334  
 –, Ursula Katharina 305  
 –, Leonhard 301  
 –, Maria Magdalena 306  
 Frankhauser, Peter 344ff  
 Frauental 46, 52  
 Frauenroth 53, 69  
 Freeden, Max v. 390  
 Freudenberg 40  
 Freyer, Rosina Dorothea 320  
 –, Johann Georg 320  
 Frick, Reichsinnenminister 131  
 Fried, Johannes 31  
 Friedrich, Kg. v. Württemberg 78, 399  
 Friedrich v. Wirsberg, Bischof v. Würzburg 33  
 Fries, Lorenz 385  
 Fritz, Gerhard 341, 409  
 Fröhlich, E. 95  
 Fronmüller, Georg Reinhold 362, 367  
 Fruttuaria (Piemont) 6  
 Fürth 396  
 Fütterer, Heinrich 103  
  
 Gaildorf 387  
 Gailenkirchen 212  
 Gandersheim, Roswitha v. 43  
 Gaubüttelbronn 27  
 Gausmannsweiler 356  
 Gebert 178, 186f  
 Gebhart, Wendel 279  
 Geck, Grete 324  
 –, Maria Barbara 325  
 Gehrige, Franz 221, 238  
 Gelbingen 210, 213  
 Genf 405  
 Gerabronn 215, 263, 314  
 Gnodental 46, 49–54, 247, 314, 417  
 Göller, Barbara 325  
 Gözl, Eva Rosina 305

- Gönner, Eberhard 391  
 Göppingen 195, 213  
 Göttingen 223, 245  
 Goethe, Johann Wolfgang v. 227f, 243  
 Göz 207  
 Goggenbach 332  
 Gommersdorf 124, 187  
 Gorze, Kloster bei Metz 6  
 Gotha 203  
 Gottschalk, Friedrich 237  
 Graef, Gottlieb 146f  
 Grenoble 8  
 Grill, J. H. 95ff, 117, 121  
 Gröner, Eugen 400  
 Grönig, Wendel 307, 311  
 Groß, Rudolf 277  
 GroBaldorf 268  
 GroBbottwar 320  
 GroBhans, Johannes 312  
 Grosse, Sturmbannführer 118, 133, 150  
 GroBeicholzheim 97, 103f, 110, 127, 136, 142f,  
 156, 163, 171  
 Grottaferrata, Kloster bei Rom 7  
 Grün, Anna Catharina 324  
 Grüna u 40  
 Grünsfeld 373, 376  
 Grundmann, Herbert 43  
 Grzegorz, Maksymilian 383  
 Gualbertus, Johannes 7  
 Guda, mittelrheinsche Nonne 50  
 Günzburg 23, 33, 95, 160  
 Güssler, Albert 104  
 Guigo I., Kartäuserprior 8  
 Gundel, Eva 263  
 Gundelfingen/Brenz 386  
 Gwichtmacherin, Barbara 54
- Haag, Gottlob** 403  
 –, Wilhelm 93, 146  
 Haan, Lohmüller 340  
 Hackeborn, Gertrud v. 14  
 –, Mechthild v. 14, 45  
 Häffelin, Georg 314  
 Häußer, Anna Marie Mathilde 324  
 –, Eva Rosina Katharina 325  
 –, Friederike Christine 324  
 –, Johann Andreas 325  
 Hagenlocher, Obersäger 214  
 Hak, Caspar 338  
 Halbisch, Veronica 305  
 Hall 78, 114, 160, 195–219, 226, 231, 250ff,  
 269ff, 288, 381, 387, 396, 402ff  
 Hall in Tirol 23  
 Hambrecht, Johann Georg 338  
 –, Martin 338  
 Hamburg 204, 218f  
 Hanemann, Landgerichtsdirektor 128  
 Hanselmann, Christian Ernst 390  
 Happolt, Jörg 297  
 –, Michael 314
- Harding, Stephan, Abt v. Cîteaux 9f, 12f, 44  
 Hardheim 26  
 Hartmann, Johann Andreas 319f  
 –, Maria Elisabeth 320  
 –, Pfarrer 374  
 Haselmajer, Wilhelm Conrad 362  
 Haslach 95  
 HaBe, Mathias 300  
 HaBfelden 263  
 Hau, Christoph Friedrich 312  
 –, Wilhelm Philipp 312  
 Haug, Gotthold 295  
 Hechingen 400  
 Heffelin, Jörg 311f  
 Hege, Hans 406  
 Hegel, Karl v. 420  
 –, Wilhelm 420  
 Heidelberg 14, 21, 34, 128, 265  
 Heiden, Konrad 402  
 Heilbronn 197, 247, 369, 415f  
 Heilsbronn 28, 69  
 Heinrich Göbhardt, Abt von Bronnbach 41f  
 Helene v. Hohenlohe, Äbtissin 50  
 Helfta, Bistum Halberstadt 14  
 Helfta, Gertrud v. 14  
 Hemsbach 73, 104, 109f, 157, 172  
 Herbolzheimer, Barbara 262  
 –, Georg 262f  
 Herbst, Lutz Dietrich 341f  
 Herold, Georg Martin 338  
 –, Hans Georg 338  
 –, Johann 381  
 –, Ortsgruppenleiter SA 132  
 Herrenalb 16  
 Herrenberg 399  
 Herrlingen 420  
 Hespelt, Fritz 164  
 Heß, Christina Barbara 312  
 Hettenbach, Chr. u. a. 301–306  
 Hetzel, Georg 258  
 Heuendorf 320  
 Hieber 89  
 Himmelkron 69  
 Himmelsporten 69  
 Himmelthron 69  
 Hirsau 6  
 Hirschlanden 121, 127, 137, 182  
 Hochstätter, Rotgerber 318  
 Hoepfner, Georg Peter 383  
 Hoffmann, Friedrich 348  
 –, Karl Friedrich Julius 295  
 –, Karoline Friederike Katherine 321  
 –, Oswald 263  
 Hofrichter, Christina 26  
 Hohebach 314, 373  
 Hohebuch 276  
 Hohenasperg 245  
 Hohenau 276, 340  
 Hohenlohe, Albrecht v. 385  
 –, Helene v. 50

- Langenburg, Philipp Ernst Graf v. 256
- Neuenstein, Ludwig Casimir Graf v. 315
- Oehringen, Ludwig Friedrich Karl Fürst zu 314, 316
- Weikersheim, Karl Ludwig Graf v. 374f
- , Wolfgang Graf v. 258
- Hohensall 279
- Hohenstadt 93, 104, 123, 127, 136, 153, 156, 182
- Hohrain 276, 305, 314, 320, 325-330
- Hollenbach 373
- Holzkirchen 23, 40
- Holzmaden 387
- Holzwarth, Redakteur Süddt. Volkszeitung 204
- Honhardt 249f, 270
- Honsbronn 375, 377
- Horn, Peter Carl 326
- , Marie Julia 315
- Horrenbach 97, 104, 157
- Hubel, Dorothea 326
- Huber, Max 405
- Hüngheim 109f, 143, 157, 159, 172, 178, 187
- Hufeland, Christoph Wilhelm 227
- Hufnagel, Karl Friedrich 406
- Hugo, Abt v. Cluny 5
- Huß, Karl 103, 150f, 164
  
- Ilshofen 204, 250
- Ingelfingen 225, 232ff, 243, 423
- Inzlingen, Lörrach 23
  
- Jäger, Bezirksarzt 150
- Jagsthausen 264ff, 390
- Jakob, Johann Ludwig 303
- , Johann Michael 301f, 306
- , Rosina Maria 306
- Jan, Julius v. 384
- Jefferson, Thomas 225
- Jena 227ff, 245
- Jodokus, Abt von Amorbach 27
- Johann Feilzer, Abt von Bronnbach 40
- Johannes, Abt von Bronnbach 22
- Johannes Fries, Abt von Neustadt 31
- Johannes VI., Abt von Bofsheim 22
- Jooß, Rainer 423
- Jung, David 263
  
- Karg, Georg 263
- Karl V., Kaiser 27
- Karlsruhe 130, 387
- Kasche, Siegfried 111
- Kaulla, Hofrat 376
- Kayser, MdR 211
- Kayser, Wilhelm Gotthilf 295
- Keil, Wilhelm 214
- Keller, Erwin 390
- Kellermann, Fritz 423
- Kemper, Friedhelm 108, 111
- Kennicken (Königheim), Johannes 27
- Kern, Maria Margarete 315
- , Stoffel 301
- Kershaw, J. 135, 138
- Kesselfeld 281
- Keßler, Johann David 334
- Kettacker, Willi 423
- Kettner, Friederike Wilhelmine 244
- Kiel 407
- Kienzle, Otto 375
- Kimmig, Wolfgang 390
- Kirchensall 279
- Kislau, Konzentrationslager bei Bruchsal 186
- Klaiber, Christian 306
- , Johann Georg Christian 307
- Kleineicholzheim 97, 103, 110, 142f, 163-171
- Kleinhirschbach 312
- Kleinknecht, August 338
- Klepsau 110, 117, 155, 160, 162, 168, 171, 178
- Knapp, August 411
- Knie, Michael 256
- Knipperf, Conrad 260
- Kober, Anton 238
- Kochersteinsfeld 267
- Kocka, Jürgen 114
- Kögler, Walther 386
- Köln 14
- Königsberg 129, 383
- Königsbronn 16
- Königshofen 31
- Kohlhepp, Landrat 99
- Kolb, Franz 23
- Komburg 6, 433
- Konrad, Abt von Neustadt 27
- Koppenhöfer, Eva Rosina 315
- Korb 103f, 110, 116f, 121, 156, 163ff, 188f
- Koziol, Michael Sylvester 423
- Krämer, Friedrich u. a. 338
- , Theodor 385
- Krauß, Georg Friedrich 324
- Kraut, Margarete 325
- Krautheim 97, 101, 117, 168ff, 178, 187ff
- Krautheim, Konrad v. 49
- Kreiling, Johann 362, 365
- Kremer, Hanns 329
- Krug, Andreas 26
- Krüger, Haller Schreinergereselle 209f, 215
- Kudl, Johann 31, 36-39
- Kühner, Georg Martin u. a. 314
- , Michel 338
- Kühlsheim 26, 31
- Kümmerer, Friedrich Michael u. a. 330
- , Johann Friedrich 325
- , Johann Georg 328
- Künzelsau (Oberamt) 215, 222, 225, 234, 263, 275, 420
- Küstner, Johann Christian 314
- Kugler, Hartmut 341
- Kuhn, Dorothea 401
- Kuhn, Jakob u. a. 312
- Kull, Verwaltungssekretär 102
- Kummer, S. 389

- Kupferzell 212, 387  
 Kupprichhausen 27
- Labinger, Georg Wilhelm 295  
 Laibinger, Michel 311  
 Lämmle (»Hofjude«) 375  
 Lampoldshausen 265  
 Landbeck, Friedrich Gottlieb 234  
 –, Karoline Sophie Katharine 234f  
 Landshut 73, 405  
 Lang, Rechtsanwalt 128  
 Langenburg 257  
 Langheim 69  
 Laudenbach 40, 376  
 Lausser, Helmut 386  
 Lavoisier, Antoine Laurent 225  
 Layer, Adolf 386  
 Lehnert, Walter 416  
 Leibenstadt 100ff, 110, 117, 146, 154, 179  
 Leibigheim 161  
 Leipzig 263  
 Lendsiedel 256  
 Leofels 256f  
 Leinfelden-Echterdingen 400  
 Lesener, Hans 398  
 Leusser, Clemens 25ff  
 –, Valentin 26  
 Lexington, Stephan 14  
 Lichtenstern 46, 52, 54  
 Lichtenthal bei Baden-Baden 55  
 Liebig, Justus v. 239  
 Liebknecht, August 201  
 Limpurg, Wilhelm Schenk v. 25  
 Linden, Joseph Frhr. v. 87  
 Lindig 326, 336  
 Link, Robert 143  
 Linnebach, Pfarrer 137  
 Lissabon 249  
 Loder, Justus Christian 227, 231  
 Löschel, H. 242  
 Löwenstein 212, 295, 406  
 –, Ludwig III., Graf v. 33, 38  
 Lohmühle 329, 339f  
 Lorch 326  
 Lübbecke 349  
 Ludovice, João Frederico 249  
 Ludwig, Anna Maria 268  
 –, Claus 252  
 –, Georg 249ff, 258f, 264, 270  
 –, Georg Ludwig 268  
 –, Georg Rudolf 268  
 –, Hans 262f  
 –, Hans Philipp 271  
 –, João 270  
 –, Johann Peter 249ff  
 –, Jos 252  
 –, Peter 249f, 271  
 –, Seitz 251  
 –, Stefan 251  
 Ludwigsburg 85, 235f, 306, 383, 400
- Luther, Martin 23, 28  
 Lyn, Thomas 27
- Mack, Hans 329  
 –, Matthäus 314  
 Magdeburg, Mechthild v. 14, 45f  
 Mai, Günther 393  
 Maidbronn 69  
 Maier, Reinhold 379  
 Mailand 399  
 Mainhardt 212, 355–360, 390, 411  
 Mainhardtsall 279  
 Mainz 52, 381  
 Mainzer, Rabbiner 377  
 Majer, Johann 362, 365  
 Majolus, Abt von Cluny 5  
 Manderscheid, Dietrich Graf v. 33  
 Mannaß, Weikersheim 373  
 Mannheim 97, 342, 407  
 Mannheimer, jüdischer Händler aus Heilbronn 143  
 Mantua 399  
 Marbach 401, 408  
 Marburg 231f, 247  
 Margareta v. Brunecke, Äbtissin in Frauental 51  
 Maria Bildhausen 69  
 Mariaburghausen 69  
 Markgröningen 401  
 Markus Hauck, Abt 26  
 Marseille, St. Victor 6  
 Martin, Georg 281  
 Marx, jüd. Familie 376  
 Matte, Wilhelm 278  
 Maulach 315  
 Maulbronn 16, 34, 75  
 Maulick, Paul 334  
 Maurer, Johann Michael 338  
 –, Georg Michel 340  
 Mayer, Julius Robert 247  
 Mayer, Wigand 39  
 Medingen 55  
 Megerle, Leonhard 334  
 Mehl, Heinrich 402, 404  
 Meißner, Johann Christoph 320  
 –, Johann Franz 311  
 Meister, Albert Ludwig Friedrich u. a. 222f  
 Melanchthon 28  
 Melchior Zobel, Bischof von Würzburg 32f  
 Memmingen 95  
 Merchingen 97, 104, 110, 115ff, 131, 136, 143ff, 155f, 163, 167f, 222  
 Müller, Georg Michael 298  
 –, Hanns 299, 305  
 –, Jakob 260  
 –, Johann Friedrich 325  
 –, Joseph 49  
 –, Melchior 305  
 München 416f, 420  
 Mugele, Christian 340  
 Mulffingen 265



- Mulnner, Seitz 324  
Murrhardt 326, 341, 361–368  
Muth, Hanswernfried 415f
- Nagel, Rosina Magdalena 315  
Nassig 40  
Neuenstadt/Kocher 267  
Neuenstein 267, 275ff, 288ff, 297ff, 306, 411, 420  
– -Herrenmühle 313–315  
– -Schleif-, Agathenmühle 318–321  
– -Walkmühle 315–318  
– -Windmühle 307–312  
Neufels 279  
Neuffen 312  
Neumaier, Helmut 96, 185  
Neumann, Balthasar 415  
Neunbronn 387  
Neunkirchen 420  
Neunstätten 103, 117, 136, 163, 169  
Neureut 279, 306  
Neuwirtshaus 411  
Neuwied 407  
Niederaltaich 6  
Niederstetten 377  
Niethammer, Johann Leonhard 334  
Nitzenhausen 256  
Nixon, E. 370  
Nobiling 205  
Nohra (bei Weimar) 228  
Northeim 91  
Nothaft, Anna 50  
–, Cäcilie 51  
Nürnberg 54, 80, 199ff, 396, 407, 414, 417  
Nusplingen 387
- Obereppach 276, 322–326  
Oberkochen 81  
Obermühle 338f  
Oberndorf 104, 109f, 153, 157, 165–168, 172  
Oberrot 412  
Oberschüpf 109  
Obersöllbach 305, 312, 325  
Obersontheim 251  
Obersteinach (Steinach) 249–274, 324  
Oberstenfeld 401  
Oberteuringen 343  
Oberwittstadt 94, 153, 168, 174, 178, 187  
Odilo, Abt von Cluny 5  
Odo, Abt von Cluny 5  
Öhringen 204, 213, 275, 278f, 284f, 300, 324f, 369, 387, 390, 412, 420, 423  
Oesterlen 198, 199  
Oettinger, Ernst 325  
–, Friedrich 325  
–, Friedrich Christoph 362  
–, Johann Ernst 320, 326  
–, Ludwig Wilhelm 321  
Ohrnberg 279  
Opilis, Martinus 27
- Oppenweiler 295  
Orbachshof 279  
Osterburken 97ff, 106–139, 157, 167f, 174, 178–190  
Osheimer, Nathan 145  
Otth, Matthes 259  
Otto v. Freising, Bischof 10  
Otto, Kurt 336  
Oxford 14
- Paris 14, 225, 382  
Paschalis II., Papst 9  
Paulus, Heinrich Eberhard 227  
Pelech, Markian 383  
Pffaffenweiler 328  
Pfalz, Friedrich Kurfürst v. d. 34  
Pfedelbach 295, 423  
Pfefferle, Doris 334  
–, Johann 324ff  
–, Ludwig 326  
–, Theo 334  
Pfender, Martin 341  
Pfeiffer, Daniel 36ff  
–, Maria Margaretha 298  
–, Marx 376  
–, Ursula 423  
Pfisterer, Christoph u. a. 296–298, 324  
Philippi Rudolf 383  
Philips, Georg 321  
Pietsch, Friedrich 402  
Pisa 399  
Piscator, Jakob 36f  
Pius VII., Papst 17  
Planck, Martin 362, 364  
Plauen 383  
Pleittner, Johannes 27, 31, 35ff  
Plochingen 305  
Plotzele-Wiederhake, Gisela 47  
Popp, Rudolf 386  
–, Tobias 314f  
Prehm, Johann Christoph 306  
Preunger, Hanns 279  
Pringsauf, Johann Ulrich 268
- Quidenbeumen, Alheidis 49, 54
- Rapp, A. 121  
–, Hansjorg 334  
Rappold, Otto 143  
Ratzenberg, Friedrich v. 27  
Rau, Bürgermeister 355  
Rebbigsmühle 331–334  
Regensburg 6, 417  
Regula, Schreibmeisterin 55  
Rehberger, H. 95  
Rehfeld, Wolfram 400  
Rehm, Gerhard 400  
Reichart, Magdalena 268  
Reichert, Friedrich 421, 423  
Reicholzheim 38ff

- Reinhard, Graf 243  
 Reißner, Helmut 118  
 Remlingen 40  
 Renftle, Georg 208  
 Renz, G. A. 239  
 Reuß, Heinrich 383  
 Reutlingen 85  
 Richelieu 17  
 Richter, Gregor 423  
 Rieher, Wilhelm 334  
 Riehl, Wilhelm Heinrich 412  
 Riehle, Gertrud 336  
 Riepp, Veronika 268  
 Rittmann, Johann David 314f  
 –, Johann Friedrich 320  
 Robert v. Arbrissel 7  
 Robert v. Molesme 8  
 Rocholl, Cornelia 243  
 Rodemer, Richard 118  
 Roeder, Gustav 416  
 Römer, Friedrich 87  
 Rößler, Georg Christian u. a. 338  
 Röttingen 373  
 Roigheim 325  
 Rom 399  
 Romuald von Camaldoli, Abt 7  
 Rosenberg 31, 137f, 163, 174  
 Rosenberg, Albrecht v. 31  
 Rosenthal, Siegfried 103, 143  
 Rossano, Nilus v. 7  
 Roth, Albert 108, 115ff, 188  
 Rothenberger, K. H. 96  
 Rothenburg 288, 374, 398, 412, 416  
 Rothmund, Albert 341  
 Rothmund, Landrat, Kr. Mosbach 150, 186  
 Rousseau, Jean Jacques 223  
 Rottenburg 78  
 Rottweil 78, 200  
 Ruchsen 73, 117, 154ff, 165, 174, 265  
 Rudell, Georg 297  
 Rückert, Friedrich 340  
 Rückertsbronn 306  
 Rüdiger, Valentin 33  
 Rummelin, Georg Ehrenreich 362, 364  
 Rupp, Rosina Margaretha 305  
 Ruppertshofen 255f
- Saal, Martin 263  
 Sachs, Hans 402  
 Sachsen, Moritz Kurfürst v. 27  
 Säubotten, Hanns 289  
 Salem 16  
 Salles, Givaldus 7  
 Salm-Reiferscheid-Bechburg zu Krautheim,  
   Joseph Graf v. 243  
 Sandelbronn 261  
 Sanwald, Otto 275  
 Sauckel, thüringischer Reichsstatthalter 146  
 Schäfer, Maria Katharina 315  
 –, Martin 30
- Schäffer, Johann Ernst 268  
 Schallmayer, E. 390  
 Schanz, Karl-Heinrich 346  
 Scharffenstein, Petrus 362, 364, 366  
 Scheffner, Ernst 268  
 –, Hans Ernst 255  
 Schelling, Friedrich Wilhelm 227  
 Schelm, Agnes 53ff  
 Schelm v. Berg, Amalia 74  
 Schempp, Paul 384  
 Schepferus, Martinus 30  
 Scheppach 326  
 Scherenberg, Rudolf v. 385  
 Scheuffler, Gabriel 314  
 Schickele, René 401  
 Schickhardt, Heinrich 399  
 Schiemer, Johann Georg 324  
 Schiffmann, Simon Peter 289  
 Schiller, Friedrich 227  
 Schillingstadt 93, 104, 116f, 155f, 163, 178  
 Schlageter, Albert L. 140  
 Schlierstadt 73, 103f, 109f, 117, 127, 143,  
   157f, 163, 172, 187f  
 Schlösser, Maria Katharina 298  
 Schmid, Jörg 321  
 –, Manfred 413  
 Schmidt, Christoph 334  
 –, Frieder 342  
 –, Karl 336  
 Schmierer, Katharina Christiane Friedrike 326  
 –, Wolfgang 195ff, 203  
 Schmitt, Staatspräsident 112  
 –, Jean Claude 409  
 Schnabel, Thomas 95, 114, 160  
 Schneider, Hans Georg 314  
 –, Reinhold 401  
 Schneidt, Joseph Maria 41  
 Schnurrer, Christian Friedrich 227  
 Schöffler, Bernhard 381  
 Schöler, Eugen 416  
 Schöller, Leonhard Johann 320  
 Schoenbaum, D. 170  
 Schönhuth, Ottmar 90  
 Schöntal 10, 16, 49, 69, 263  
 Schorndorf 342–344  
 Schramm, Godehard 416  
 Schrozberg 267f, 334  
 Schuh, Christiane Elisabeth 320  
 Schuhkraft, Albrecht u. a. 324ff  
 –, Jörg 338  
 Schuler, Katharina Magdalena u. a. 268ff  
 Schultheiß, Anna Barbara 324  
 Schulze-Delitzsch 196  
 Schumm, Christoph Friedrich u. a. 306  
 –, Karl 420  
 –, Marianne 420  
 Schwabhausen 109, 115  
 Schwanfeld 390  
 Schwarzenberger, Jörg u. a. 299ff  
 Schwarzenbrunn 97, 104, 161

- Schweinberg 40  
 Schweinfurt 142, 416  
 Schweizer, Rolf 361  
 Schwend, Carl 207  
 –, Christoph 199ff, 211ff  
 –, Ludwig 202f, 208ff  
 Schwendt, Leonhard u. a. 336ff  
 Seckach 73, 97ff, 103f, 107ff, 117, 127, 162, 166, 171f, 174, 179f  
 Seiferheld, Georg Friedrich 253f  
 –, Johann Georg 253f  
 –, Maria Agnes 249  
 Seitz, Hermann Josef 386  
 Seligental 46, 52, 73, 106  
 Semmelweis, Ignaz 223  
 Senft, Fritz u. a. 111, 118, 119, 137, 150f, 190  
 Sennfeld 97f, 103ff, 110ff, 123ff, 136ff, 143f, 153ff, 163ff, 172ff  
 Seuboldt, Adam 294  
 Sheffield, John, Herzog v. Buckingham 370  
 Sherborne, engl. Benediktinerabtei 9  
 Siebold, Carl Caspar u. a. 232  
 Siegburg 6  
 Siena 399  
 Sigelin, Anna Maria 320  
 –, Hans 322  
 –, Maria Dorothea 322  
 Sigismund, König 24  
 Sindelfingen 265  
 Sindolzheim 97, 106, 113ff, 120ff, 169ff, 190  
 Sindringen 334  
 Sinthöfer, Kunigunde 315  
 Soemmering, Samuel Thomas 226  
 Sommer, Georg Lionhard 315  
 Sonder, Magdalene 334  
 Sonnefeld 69  
 Spaichingen 78  
 Spatz, Gemeinderat 163  
 Sperling, Frithjof 383  
 Speyer 38  
 Spoleto 399  
 Sprengel, Polykarb Joachim 226  
 St. Georgen 345  
 Starck, Anna Dorothea 306  
 –, Johann Peter 227, 315  
 Stark, J. C. 227  
 Staub, Hans 399  
 Staudacher, Wilhelm 416  
 Steger, Oberlehrer 137  
 Stegmaier, Melchior 325f  
 Stein, M. 142  
 Steinbach 212f  
 Steinbach, Georg Friedrich u. a. 320  
 –, Johann Chr. Friedrich 314f  
 Steimbrenner, Anna 265  
 Steiner, Johann 355  
 Steinheim 387  
 Stephan Harding, Abt v. Cîteaux 9f, 12f, 44  
 Stephan v. Thiers 7  
 Stern, Bruno 377  
 Stern, Stuttgarter Schriftsteller 211  
 Störrle, Melchior 338  
 Stolberg, Ludwig Graf v. 32ff, 39  
 Stolz, Carl Friedrich Christian 314, 315  
 Storz, Gerhard 413  
 Storz, SPD-Gemeinderat 136, 150, 164  
 Strauß, Jakob 23  
 Strecker, Johann Leonhard 320  
 Stremper, Anna Maria Barbara 325  
 Strickher, Simon 338  
 Stuttgart 52, 77ff, 195ff, 201ff, 213f, 222, 232, 236, 247, 376, 387, 391  
 Succow, Lorenz Johann Daniel 227  
 Sulzfeld 390  
 Taddey, Gerhard 383, 423  
 Tart, Frauenkloster nordöstlich Cîteaux 13, 44  
 Tauberbischofsheim 99, 109, 115, 181  
 Tauberrettersheim 376  
 Talheim 314  
 Tettngang 79  
 Thiers 7  
 Thieme, Hans 397  
 Thum, Mühlenbauer 316  
 Tiefensall 279  
 Tiergarten 315  
 La Trappe, Normandie 17  
 Träger, Franz 406  
 Triefenstein 40  
 Trier, St. Maximin 6  
 Troll, Thaddäus 413  
 Trunk, Philipp 26  
 Tübingen 85, 245, 247, 266, 271, 397, 408, 413  
 Tunnein, Elisabeth 51  
 Übel, Johann Christian Georg 332  
 –, Hans Michel 332  
 Ueding, Gerd 408  
 Uhland, Ludwig 408  
 Ulshöfer, Kuno 416  
 Ulm 78, 85, 195, 297, 420  
 Ulm, Contz der Jung 297  
 Ungeheuerhof 324  
 Unterkessach 94, 117, 121, 123, 174, 179  
 Untereppach 276, 320  
 Untermühle 336ff  
 Untermünkheim 204, 210, 324, 329  
 Unterregenbach 389  
 Untersöllbach 306  
 Untersteinbach 261, 324  
 Untertürkheim 322  
 Unterwittstadt 109f, 157, 168  
 Urach 312  
 Urban, William 383  
 Vahteich, Julius 203–207  
 Vellberg 250, 256, 260, 269, 418  
 Vellberg, Conrad v. 260  
 Venedig 399  
 Verrenberg 324

- Vitry v., Jakob 44  
 Vökl, Helmut 400  
 Vogel, Bürgermeister von Leibenstadt 146, 154, 179  
 –, Wolff 289  
 Vohmann, Georg u. a. 321ff  
 Vollmer, Anna Maria 312  
 Vorberger, Rudolf 342  
  
 Wacker, Kultusminister 137  
 Wägle(-in), Anna Sabina u. a. 311f  
 –, Leonhardt Michael 314f  
 –, Maria Rosina 320  
 Wagner, Christian 401  
 –, Johann Friedrich 340  
 –, Maria Katharina 306  
 –, Robert 116, 133ff, 152, 155, 187f  
 –, Valentin 38  
 Waldenburg 275f, 279, 281, 287  
 Waldenburg (Schlesien) 201  
 Waldmohr 305  
 Waldsall 328f  
 Walldürn 26, 186, 390  
 Walter, Christian u. a. 325  
 Walz, Andreas 27  
 Wamser, Ludwig 390  
 Wandel, Uwe Jens 342f  
 Weber, Gotthilf 389  
 –, Karl Julius 369ff  
 –, Max 383  
 –, Raimund J. 414  
 Wechterswinkel 69  
 Weikersheim 222f, 226, 231, 243, 373–378  
 Weimar 228, 230f  
 Weinsberg 204, 212  
 Weinsberg, Konrad v. 52  
 Weinsberg, Luitgart v. 52  
 Weiß, Johann, Heinrich 411  
 Weiß, Elmar 373  
 –, Johann Heinrich 411  
 Weißbach 320  
 Weißenburg 416  
 Weißblensburg 290  
 Weißmann, Johann Friedrich 229, 232  
 Weiz(dt)säcker, Niclas u. a. 297f, 301, 305  
 Welzheim 356  
 Wendig, Wolf v. 260  
 Werner, Georg 297  
 –, Hermann 413  
 –, Johann Jakob 268  
 –, Linhart 297  
 Wertheim 89, 95, 120, 222, 373, 412  
 Wertheim, Georg II. Graf v. 23, 24  
 –, Katharina Gräfin v. geb. v. Stolberg 32  
 –, Michael II. Graf v. 21f, 24  
 –, Michael III. Graf v. 25, 28ff  
 Wertheimer, Willy 96, 107  
 Westernach 276  
 Weyhprecht, Catharina Margarethe Barbara 306  
  
 Wibel, Johann Lorenz 231  
 Widmann, Georg 263  
 –, Konrad 265  
 Wieland, Dieter 403  
 –, Johann Wilhelm 326  
 –, Magdalene 324  
 –, Magdalene Rosine Barbara 326  
 –, Marie Katharina Regine 330  
 Wien 382  
 Wienhausen 55  
 Wieseth 263  
 Wilhelm, Abt von Hirsau 6  
 Wilhelm I., Dt. Kaiser 205  
 Wilhelm I., König v. Württemberg 78  
 Windisch-Brachbach 259f, 261  
 Windsor 369  
 Windmüller, Otto 414  
 Windsheim 262, 416  
 Wingham, Bruno 341f  
 Winzenhofen 110, 117, 157, 168  
 Wirth, Christian 315  
 Wirth, Reichskanzler a. D. 111  
 Wittenberg 271  
 Wittighausen 325  
 Wittmann, Johann Leonhard 334  
 Wittstadt, Klaus 385  
 Wochele, Helene 306f  
 Wolbach, Oberbürgermeister von Ulm 79  
 Wolf, Anna 325  
 Wolfgang, Herzog von Pfalz-Zweibrücken 34  
 Wolpertshausen 212  
 Wolfsheimer, Max 377f  
 Woltering, Herbert 397  
 Worms 23  
 Wülffingen 389  
 Würzburg 27, 30, 52, 73, 80, 226, 232, 377, 385, 397, 406  
 Würth, Herrnmüllerin 314  
 Wüst, Barbara 305  
 –, Hans 329  
 –, Wolfgang 386  
 Wunder, Gerd 334, 344, 404, 414, 423  
 Wuppertal 387  
 Wurst, Johann Christoph 320  
 Wyden (Schweiz) 210  
  
 Xanten, Norbert v. 43  
  
 Zieglmühle 299–306  
 Ziegler, Walter 406  
 Zimmermann, Wilhelm 78, 153, 408  
 Zimmern 73, 117, 127, 157, 178  
 Zipperich, Johann Georg 320  
 Zobel, Melchior 33  
 Zöller, Christiane Dorothea 324  
 Zofka, Z. 95, 160  
 Zweifel, Anna Rosina, u. a. 267

## Verzeichnis der Mitarbeiter

### *Schriftleitung:*

Dr. Franz Moegle-Hofacker, Oberstaatsarchivrat, Hohenlohe-Zentralarchiv, 7113 Neuenstein

Manfred Akermann, Stadtoberarchivrat, Stadtarchiv, 7170 Schwäbisch Hall  
(Rezensionen)

Dr. Gerd Wunder, Gymnasialprofessor i. R., Urbanstraße 1, 7170 Schwäbisch Hall  
(Register)

Dr. Klaus Bauer, Wetterkreuzstraße 20, 8218 Unterwössen

Gereon Ch. M. Becking, Neutorstraße 8, 8700 Würzburg

Dr. Konrad Betz, Obere Herrngasse 17, 7170 Schwäbisch Hall

Hans-Dieter Bienert, Justinus-Kerner-Straße 37, 7157 Murrhardt

Horst Clauß, Keltenring 52, 7173 Mainhardt

Prof. Dr. Alfred Czarnetzki, Hauserstraße 140, 7400 Tübingen

Dr. Michael Diefenbacher, Stadtarchivar, 8500 Nürnberg

Dr. Hermann Ehmer, Staatsarchiv Wertheim, Mühlenstraße 26, 6980 Wertheim

Jakob Rudolf Frank, Brahmsweg 11, 7170 Schwäbisch Hall

Dr. Gerhard Fritz, Hauffstraße 11, 7157 Murrhardt

Eberhard Göpfert, Konradweg 4, 7170 Schwäbisch Hall

Burkhart Goethe, Kocherhalde 20, 7170 Schwäbisch Hall

Hans Hagdorn, Schloßstraße 11, 7118 Ingelfingen

Helmut Herrmann, Tannenweg 9a, 6972 Tauberbischofsheim

Anette Hettinger, Zweigstraße 8, 8580 Bayreuth

Hans Joachim König, An den Hecken 35, 7180 Crailsheim

Gabriele Kugler, Gerhart-Hauptmann-Straße 1, 7157 Murrhardt

Wilhelm Lamm, Eichhofer Straße 17, 7113 Neuenstein

Prof. Dr. Walther Ludwig, Reventlowstraße 19, 2000 Hamburg 52

Prof. Dr. Bernhard Mann, Geißhäuserstraße 4, 7406 Mössingen-Belsen

Siegfried Mezger, Haller Straße 31, 7112 Waldenburg

Dr. Hans-P. Müller, Ackeranlagen 4, 7170 Schwäbisch Hall

Stefan Müller, Markgrafenallee 37, 7175 Vellberg

Egil Pastor, In der Au 2, 7173 Mainhardt-Bubenorbis

Sabine Reustle, Brahmsstraße 8, 7152 Großaspach

Dr. Harald Siebenmorgen, Hällisch-Fränkisches Museum, 7170 Schwäbisch Hall

Karl-Heinz Schanz, Fürthweg 9, 6109 Mühlthal-Draisa

Elisabeth Schraut, Untere Herrngasse, 7170 Schwäbisch Hall

Prof. Dr. Jürgen Sydow, Jürgensenstraße 32, 7400 Tübingen

Dr. Raimund J. Weber, Philosophenweg 45, 7400 Tübingen

Dr. Elmar Weiß, Wilhelm-Pfoh-Straße 26, 6960 Osterburken

Otto Windmüller, Kernerstraße 29, 7170 Schwäbisch Hall

Andreas Zieger, Memelstraße 29, 7160 Gaildorf

Aus der Reihe

# Forschungen aus Württembergisch Franken

## Pfedelbach 1037–1987. Aus Geschichte und Gegenwart

Bearbeitet von Hans Bräuer, Erich Fritz, Fritz Kempt. Redaktion: Gerhard Taddey

1987. 502 Seiten mit 286 Abbildungen, darunter 9 farbige und 1 Ausschlagkarte. 17 × 24 cm. Leinen.

In der Gründungsurkunde des Stiftes im unmittelbar benachbarten Öhringen wird auch Pfedelbach im Jahr 1037 erstmals erwähnt. Aus diesem Anlaß hat die Gemeinde alle verfügbaren Quellen und die Literatur über den Ort zu einer Chronik aufarbeiten lassen, die seine Geschichte über neun Jahrhunderte bis in die unmittelbare Gegenwart schildert. Als Adelssitz mit einem interessanten ehemaligen Wasserschloß, als Amtsort der entstehenden hohenlohischen Grafschaft, als zeitweilige Residenz einer eigenen Linie Hohenlohe-Pfedelbach und als Standort einer französischen Emigrantenlegion in der Zeit der Französischen Revolution erlebte der Ort eine wechselvolle Vergangenheit. Nach einem steilen Abstieg im 19. Jahrhundert, der bis zur staatlichen Zwangsverwaltung führte, vollzog sich nach dem Zweiten Weltkrieg ein Umbruch, indem alle Möglichkeiten zu einer neuen Entwicklung geschickt ausgenutzt wurden.

## Öhringen. Stadt und Stift

Redaktion: Gerhard Taddey, Walter Rößler, Werner Schenk

1988. XVI, 716 Seiten mit 370 Abbildungen, darunter 21 farbige, sowie 2 farbigen Karten in Kartentasche. 17 × 24 cm. Leinen

Öhringen. »die heimliche Hauptstadt Hohenlohes«, konnte im Jahr 1987 ein doppeltes Jubiläum feiern: die 950jährige Wiederkehr der Gründung des ehemaligen Stiftes und die erste urkundliche Erwähnung der Stadt nach der Römerzeit. Aus diesem Anlaß haben sachkundige Autoren ein Buch geschrieben, das die wechselvolle Geschichte von Stadt und Stift wissenschaftlich fundiert und allgemeinverständlich darstellt. Ein einleitender Beitrag befaßt sich mit dem Landschaftsbild und den geologischen Grundlagen der Öhringer Region sowie mit ihrer vielfältigen Tier- und Pflanzenwelt. Funde aus der Stein-, Eisen- und Bronzezeit und archäologische Zeugnisse aus der römischen und alamannischen Epoche stehen im Mittelpunkt der folgenden Arbeiten. Die Verfasser zeichnen ferner ein lebendiges Bild von der Gemeinde im Mittelalter und in der frühen Neuzeit. Sie schildern die wirtschaftliche und bauliche Entwicklung der Stadt. Weitere Stationen der Stadtgeschichte sind die Zugehörigkeit zum Königreich Württemberg zu Beginn des 19. Jahrhunderts, die revolutionären Neuerungen des Jahres 1848, schließlich die Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus. Schulwesen, religiöses und kulturelles Leben, Industrie und Handel im modernen Öhringen werden erstmals eingehend behandelt.

## Westheim am Kocher. 1200 Jahre Geschichte

Gesamtverantwortung und Redaktion: Gottfried Bazlen

1988. 512 Seiten mit 285 Abbildungen, darunter 10 farbige, 3 Ausschlagtafeln. 17 × 24 cm. Leinen

Im Jahr 788 wird Westheim zum ersten Mal in einer Schenkungsurkunde genannt: Das Kloster Lorsch erhält Güter »in Cochengowe in Westheimer marcha«, das heißt im Köchergau, in Westheimer Mark. Die erste Erwähnung des Ortes vor 1200 Jahren ist der Anlaß für die Entstehung des Buches, das die lange und reiche Geschichte Westheims vom Mittelalter bis in die Gegenwart nachzeichnet. Die Vielfalt von Industrie, Handwerk und Gewerbe wird geschildert, die kommunalen Probleme, Sorgen, Leistungen und Erfolge treten hervor. Mit den Beiträgen über Kirchen, Schulen und Vereine rundet sich das Bild einer traditionsreichen, liebenswerten Gemeinde. Die große Bilderchronik am Ende des Buches ergänzt auf originelle Weise die Aufsätze der Wissenschaftler und der einheimischen Autoren.



Jan Thorbecke Verlag · Postfach 546 · D-7480 Sigmaringen